

17./III. 1916.

L 70000

51

1916

17./II - 31./III.

unpers. Politik
20**Abg. Hänisch gegen Dr. Liebknecht.**

Die „Deutsche Tagesztg.“ hat in ihrem Stimmungsbild über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag behauptet, auch der sozialdemokratische Abg. Hänisch hätte sich unter den wenigen Abgeordneten befunden, die im Fall Liebknecht gegen die Wortentziehung gestimmt haben. Abg. Hänisch sagt dazu in einer Zuschrift an die „Deutsche Tagesztg.“: „Die Tatsache selbst ist richtig. Doch verwahre ich mich auf das Entschiedenste gegen die etwa daraus herzuleitende Schlussfolgerung, als hätte ich durch diese Abstimmung irgend welche innere Gemeinschaft mit den Ausführungen Dr. Liebknechts über den Krieg beklunden wollen. Ich stimmte gegen die Wortentziehung nur deshalb, weil ich die Parteidisziplin und die Fraktionsolidarität bis an die äußerste Grenze des Möglichen aufrechterhalten wollte. Die Mehrheit der Fraktion hatte nun einmal Dr. Liebknecht zu ihrem Redner erkoren und so hielt ich es für meine Pflicht, durch meine Abstimmung die Fraktion auch in dem Augenblick noch zu decken, in dem ihr Redner in seinen ungeheuerlichen Schlusswendungen das Maß des Erträglichen weit überschritten hatte. Diese Wendungen selbst und die anderen Erörterungen Dr. Liebknechts über den Krieg deden zu wollen, ist mir nicht in den Sinn gekommen. Irgend welche Mitverantwortung für das Auftreten Dr. Liebknechts im Abgeordnetenhause, irgend welche politische Gemeinschaft mit ihm lehne ich ein für allemal rundweg ab.“

Abschreckende Beispiele.

Der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz vom Amte greift tief ein in das deutsche Volksempfinden, denn als Organisator der Flotte und langjähriger Berater des Kaisers erfreute Tirpitz sich einer seltenen nationalen Vertrauensstellung. Man hört daher das Ereignis in allen Kreisen mit einer hier und da zur Erregung gesteigerten Sorge erörtern und fragen: was sind die Ursachen, welches werden die Folgen sein? Im Ausland wird man es zweifellos als eine Schwächung unserer Wehrkraft zur See deuten und frohlocken. Anlaß dazu hat man freilich nicht, denn wenn man sich einmal an die eigene Nase fassen wollte, hätte man allen Grund, besinnlich zu werden in der Erinnerung an die Männer und Kräfte, die der Krieg bei unsern Gegnern schon verbraucht hat. Wie in vielem andern ist auch darin England ihnen mit seinem Beispiel vorausgegangen. Dort hat der Krieg nicht nur die great charter, die magna charta der Freiheit, das dem Engländer heilige Grundgesetz der Verfassung außer Kraft gesetzt, überhaupt mit den politischen Grundbegriffen Alt-Englands ausgeräumt, er hat ihm auch Krise über Krise im Innern gebracht. Ein Koalitionsministerium — das Zeichen äußersten Noistandes in diesem Lande — führt schlecht und recht die Geschäfte; schon sind der dritte Seelord und der zweite Marineminister im Amte, French wurde vom Oberkommando entfernt, und was man sich dort leistet in gegenseitiger Verleherung und Herabsetzung der Autorität der politischen und militärischen Oberleitung, ist selbst in Frankreich, dem Lande gallischer Schmähfucht, nicht übertroffen worden. Auch hier haben wir ähnliche Erscheinungen: der Krieg hat einen seiner Urheber, Herrn Delcassé, Olivier Nummer zwei „mit dem leichten Herzen“, und einen Ministerpräsidenten erledigt, den höchstkommandierenden kalgestellt und schon zwei Kriegsminister verbraucht. Selbst Rußland hat mitten im Strom die Pferde gewechselt, Kriwojtschew geopfert, Goremitin durch Stürmer ersetzt und den allgewaltigen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nach dem Kaukasus abgeschoben. Und daß in Italien die latente Krisis permanent geworden ist, ist öffentliches Geheimnis.

Nun wäre es freilich eine Wissenseinschlüßerung, die im Kriege doppelt gefährlich wäre, wollten wir uns mit den Fehlern der andern trösten. Vielmehr wird zu der ersten schweren Krise, die der Krieg uns gebracht — und das ist der Wechsel im Reichs-Marineamt mit seinen Begleiterseinschlüßerungen und Folgen — jeder Deutsche die Stellung zu gewinnen suchen müssen, welche die schwere Not der Zeit ihm anweist. Das wird dadurch erschwert, daß das Für und Wider, aus dem dieser Konflikt entstanden, nicht in der Öffentlichkeit kontradiktorisch verhandelt werden kann. So weit das möglich ist, werden ja wohl die Erörterungen im Reichstag und die Darlegungen des Kanzlers Aufklärung bringen. Bis dahin werden wir uns dabei bescheiden müssen, uns einiger Tatsächlichkeiten zu erinnern, welche die vielfach verbreiteten irigen Anschauungen berichtigten und zerstreuen. So darf man mit aller Zuverlässigkeit behaupten, daß die Meinung, als ob der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz die Einstellung unseres U-Bootkrieges bedeute, falsch ist. Denn in ihrer Denkschrift vom 10. Februar an die Neutralen hat die deutsche Regierung aufs unzweideutigste erklärt, daß sie nach einer gewissen Frist (vom 1. März an) bewaffnete feindliche Rauffahrtschiffe als Kriegsführende behandle; also ohne Verwarnung angreifen lassen werde, und noch am 14. März wurde amtlich mitgeteilt, daß dieser U-Bootkrieg im vollen Gange sei, daß niemals und bei keiner verantwortlichen Stelle erwogen worden sei, ihn nicht durchzuführen oder aber aufzuschieben. Das wissen unsere Gegner, das wissen die Neutralen, und die Berichte über die Tätigkeit unserer Tauchboote in den letzten Wochen sollten Zweifel darüber, wo sie noch vorhanden waren, zerstreut haben.

Ob und wie weit darüber hinaus die Verwendung der U-Bootwaffe mit dem Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz zusammenhängt, entzieht sich bislang der öffentlichen Erörterung. Nun sind im Publikum, in der Presse, im Reichstag und auch im preußischen Abgeordnetenhaus Ansätze zu erkennen gewesen, die offenbar darauf hinielen, die öffentliche Meinung durch den Gedanken zu erregen, daß die in unserer Hand liegende scharfe Waffe des U-Bootes nicht in dem Maße und Umfange angewandt werden sollte, wie es der Krieg, d. h. das Mittel, den Feind durch Gewalt zu bezwingen, erfordert. Ist diese Annahme richtig, so würde ein solcher Versuch, durch einen Druck der Öffentlichkeit auf die militärischen Operationen Einfluß zu nehmen, mit den guten und durch den Erfolg bewährten Überlieferungen deutscher Kriegsführung nicht zu vereinbaren sein, und die Beispiele anderer Länder, in denen solche Versuche zu militärischen Mißerfolgen und Niederlagen geführt haben, sollten uns abschrecken, sie nachzuahmen. Wo wären wir wohl heute, wenn 1866 die Volksbewegung in den preußischen Städten — mit Ausnahme von Breslau —, in Köln, Berlin, auf dem deutschen Abgeordnetentag in Frankfurt, in der Rheinischen Handelskammer gegen den Krieg mit Österreich maßgebend gewesen wäre. Als die italienische Volksstimmung den Admiral Persano zwang, die österreichische Flotte anzugreifen, gewann Tegetthoff am 20. Juli 1866 die Seeschlacht bei Lissa. Der bekannte Abmarsch Mac Mahons

nach Sedan vom Lager von Chalons wurde wesentlich dadurch herbeigeführt, daß die Volksvertretung verlangte, es müsse Bazaine in Metz Hilfe gebracht werden. Im Befehlgebenden Körper in Paris wurden damals Reden gehalten, die es für eine Schmach für das französische Volk erklärten, wenn Bazaine ohne Unterstützung bliebe. Die Regierung fürchtete nach den bisherigen Niederlagen einen Aufstand in Paris, wenn sie diese drohende Forderung unbeachtet ließe. Mac Mahon wurde gegen seinen Willen gezwungen, den Vormarsch zu unternehmen; er endete mit der Ergebung der kaiserlichen Armee und Napoleons. Gründe der innern französischen Politik hatten 1870 auch unheilvoll auf den Entschluß zum Krieg gegen Deutschland eingewirkt, denn es war nicht nur das Kaisertum, das durch einen äußern Erfolg seine brüchig gewordene Macht wiederherstellen wollte, sondern auch das Parlament hatte sich mit dem Gedanken erfüllt, Preußen müsse für seine Siege von 1866 gestraft werden. Wie jeder Engländer auch heute noch sein Volk für allein berechtigt und von Gott aus-erwählt hält, so waren die Franzosen damals der Meinung, das Aufsteigen Preußens und Deutschlands sei eine Beeinträchtigung der Frankreich zustehenden Vormachtstellung in der Welt und müsse mit Gewalt verhindert werden. Ähnlich ist der Zar Alexander 1877 zum Krieg mit der Türkei durch das Übergewicht der panslawistischen Strömung gezwungen worden, und viele Volkskreise meinten, es handle sich nur um einen militärischen Spaziergang, bis Osman Pascha in Plewna plötzlich dem Vorbringen einen ehernen Wall entgegensetzte und schließlich der Oberbefehlshaber Großfürst Nikolai stehend das misshandelte Rumänien um Hilfe bitten mußte, um sein Heer vor einer Katastrophe zu retten. Ferner war es eine kleine Gruppe Geschäftspolitiker, die das Zarenreich in den Krieg mit Japan hineintrieb, dem seine Machtmittel gar nicht gewachsen waren, weil seine Politik zu gleicher Zeit im Fernen Osten ihren Willen gegen einen aufstrebenden Mitbewerber durchsetzen und doch nicht auf eine entscheidende Rolle in Europa verzichten wollte. Das russische Volk wurde in einen Kolonialkrieg hineingetrieben, dessen Gründe und Ziele ihm völlig unklar waren, und daher fehlte der innere Anteil, der den Erfolg verbürgte, während Japan auf die begeisterte Unterstützung seiner ganzen Bevölkerung zählen durfte. Für den Inselstaat waren Politik und Kriegsführung zwei logisch ineinander übergehende Begriffe, keine Gegensätze, deren Aufeinanderprallen die Stoßkraft lähmte.

Die Beispiele lassen sich mehren. Wir verzichten darauf, aber der Hinweis auf das schlechte Beispiel anderer sollte uns eine Mahnung sein, ihnen auf dieser Bahn nicht zu folgen. Was wir bisher in diesem gewaltigsten aller Kriege gegen die erdrückende Übermacht unserer Feinde erreicht und errungen haben durch die Einheitslichkeit in Führung und Verantwortung, durch Selbstzucht, Disziplin und unbedingtes Vertrauen in die Kriegsleitung, ist ohnegleichen in der Geschichte. Das ist preußisch-deutsches System, das ist der Geist des Militarismus, den man vernichten will, weil man damit die nationale Daseinsform zertrümmert, die wir uns, von feindlicher Mißgunst umringt, haben geben müssen, um uns das Licht und den Raum zu sichern, die wir zum Leben und zur politischen und kulturellen Entfaltung unserer nationalen Kraft brauchen. Mit Meinungen und Stimmungen Uneingeweihter und Halbeingeweihter, welche die Verantwortung für die Folgen nicht tragen können und wollen, werden keine Kriege gewonnen. Dazu tut Not der Mut und die Entschlossenheit, den Männern, die das Geschick und der Kaiser uns zu Führern setzt, zu vertrauen und sie durch unser Vertrauen zu stärken in der schweren Verantwortung für ihr Volk, mit der sie sich belasten. Das, meinen wir, sollte die Willensverfassung sein, in der jeder einzelne von uns mit sich und seinem Gewissen zu Rate gehen sollte, wenn es das Wohl des Vaterlandes gilt.

Berichte der feindlichen Generalkstäbe.

Wien, 16. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

14. März. Im Val Lagarina Tätigkeit der feindlichen Artillerie im Abschnitte von Rovereto, welche in den Ortschaften einigen Schaden verursachte. Unsere Artillerie zerstreute feindliche Arbeiter zwischen Selva und Levis im Val Sugana, zerstörte feindliche Verteidigungsanlagen im oberen Cordevole und im Val Ropena, beschloß Trainkolonnen in Landro (Rienz) und bombardierte den Bahnhof von Toblach.

An der Monzofront behinderte fortwährender Regen und Nebel auch gestern die Artillerietätigkeit und vergrößerte die Ungangbarkeit des Geländes. Trotzdem erneuerte unsere von hohem Offensivgeist beseelte Infanterie die glücklichen Angriffe auf die feindlichen Stellungen, besonders am Fuß des Sabotino, zwischen San Michele und San Martino, östlich von Monfalcone. Die größten Erfolge wurden im Abschnitt von San Martino errungen, wo die tapfere Infanterie der Brigade der Königin nach heftiger Artillerievorbereitung im Bajonettkampf eine starke Verschanzung eroberte und die Verteidiger gefangen nahm. Links von ihr brachen andre Abteilungen in die feindlichen Linien bei der Kirche von San Martino ein und zerstörten dieselben. Südöstlich von San Martino wurde ein Stützpunkt der feindlichen Verteidigung, der sogenannte Dente del Croviglio, erobert.

In Summe wurden im Laufe des Tages 254 Gefangene, darunter fünf Offiziere, gemacht und zwei Maschinengewehre erbeutet.

Rußland.

15. März. Ein deutsches Flugzeug überflog die Umgebung von Friedrichstadt und verschwand, als es von unserer Artillerie beschossen wurde. Bei Jakobstadt heiderseits heftiges Feuer. Bei Dünaburg in der Nähe von Illuxt und an der Eisenbahn nach Peniewicz zerstreute unsere Artillerie lange feindliche Trainkolonnen. Zwischen Meddum und dem

Demmensee beschossen wir erfolgreich feindliche marschierende Kolonnen.

Südlich des Bripjatj und in Galizien an der Strypa hatten wir günstige Kämpfe mit feindlichen Patrouillen.

17. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 17. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

16. März, 3 Uhr nachmittags. In Belgien stellten unsre Patrouillen fest, daß das Zerstörungsfeuer unsrer Artillerie von gestern abend auf die deutschen Stellungen in La Plage (in Gegend Neuport) die Verbindungsgräben völlig zerstört und zahlreiche Feinde getötet hat.

Aus der Gegend nördlich von Verdun wird keine Infanterieunternehmung gemeldet. Im Laufe der Nacht dauerte auf dem linken Ufer der Maas ziemlich schwaches, auf dem rechten Ufer heftigeres Artilleriefeuer an in der Gegend von Harcourt und Damfoug. Die Artillerie beschuß heftig die Gegend westlich Douaumont, wo der Feind Schanzarbeiten ausführte.

In der Woëvre beschossen wir mehrere Probiantskolonnen. Westlich vom Walde Apremont gestattete uns ein Handstreich auf die deutschen Schützengräben, dem Feind einige Verluste zuzufügen und Gefangene zu machen.

In den Vogesen südlich der Thur machten die Deutschen einen Angriff auf unsre Stellung bei Burnhaupt. Der Angriff wurde durch Sperrfeuer angehalten. Der Feind konnte nicht an unsre Gräben gelangen.

17. III. 1916

Ungeteilte Zustimmung im Bundesratsauschuß.

N. München, 16. März. Die Korrespondenz Hoffmann meldet:

Gestern nachmittags fand im Reichskanzlerpalais unter Vorsitz des Staatsministers des Aeußern Dr. Grafen von Hertling eine Sitzung des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten statt.

Der Reichskanzler gab dem Ausschuss eine eingehende Darstellung der gesamten Lage, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt des Weltkrieges für uns ergibt.

Die zuversichtlichen, von einem unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende getragenen Ausführungen des Reichskanzlers beschäftigten sich mit allen wichtigen schwebenden Fragen.

Die vom Kanzler vertretene Politik fand die ungeteilte, vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des auswärtigen Ausschusses.

Deutschlands Kriegführung „mit allen verfügbaren Waffen“.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 17. März.

Der „Lokalanzeiger“ führt in einem Artikel „Zur Lage“ aus:

Nach allem, was man hört, muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß unsere verantwortlichen Staatsmänner in vollem Einvernehmen mit den militärischen Führern der Gesamtlage jetzt anders gegenüberstehen, als damals als der Reichskanzler unsere Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter bestimmten Grundbedingungen aussprach. Schon damals ließ der Kanzler keinen Zweifel, daß, sofern sein ehrlicher Wunsch, weiteres sinnloses Blutvergießen zu vermeiden, vergeblich sein sollte, wir entschlossen sind, unsere Kräfteanstrengungen zu verdoppeln. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß jedes Machtmittel, das uns zu Gebote steht, unbedingt zur Anwendung gelangen muß. Darüber besteht, wie wir zu wissen glauben, keinerlei Meinungsverschiedenheit an keiner Stelle.

Allerdings ist es heute noch nicht möglich, der Öffentlichkeit Angaben über einzelne Kampfmittel und innere Organisationsfragen zu machen, denn sie kämen selbstverständlich auch den Feinden zugute. Diese Pflicht, den Schleier nicht vorzeitig zu lüften, zwingt die Verantwortlichen, manches wenig begründete Gerücht zunächst unwidersprochen zu lassen. Aber endgültig können wir darüber ruhig sein, daß alle an der Spitze stehenden Männer die ganze Schärfe des gegen uns entfesselten Vernichtungskrieges erkannt haben und fest entschlossen sind, ihn mit allen verfügbaren Waffen zur siegreichen Durchführung zu bringen.

Anwendung aller Kriegsmittel des Deutschen Reiches.

Eine offiziöse bayerische Meinberung.

München, 17. März.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt in der heutigen Nummer unter der Ueberschrift „Einigkeit und Vertrauen“:

Seit einiger Zeit ist öffentlich in einigen Zeitungen und im Geheimen von Mund zu Mund eine Agitation betrieben worden, deren schädliche Wirkungen wir nicht ohne Sorge verfolgt haben, und es ist, als kämen viele von den unerfreulichen Erscheinungen und Gewohnheiten im politischen Leben, mit denen wir im Frieden zu tun hatten, allmählich jetzt wieder auf. Die lange Dauer des Krieges macht das erklärlich. Alle ihrer Verantwortung bewußten Kreise werden darin einig sein, daß dem Umsichgreifen einer solchen Entwicklung mit allen Mitteln Widerstand geleistet werden muß. Unser Volk bedarf zur Erfüllung der schweren Aufgaben, vor die es die Geschichte gestellt hat, der unverbrüchlichen Einigkeit in allen seinen Teilen, es bedarf der tatkräftigen Entschlossenheit wie der inneren Freudigkeit. Diese wird nur zu leicht geschädigt und in Frage gestellt, wenn durch Herumtragen von Gerüchten und Andeutungen das felsenfeste Vertrauen in die Leitung der Reichsgeschicke untergraben wird, auf das die verantwortlichen Führer unseres Volkes vollen und uneingeschränkten Anspruch haben.

Auch nach dem Süden unseres Vaterlandes sind solche Gerüchte gelangt. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß es nicht an Versuchen gefehlt hat, die Reichsfreudigkeit unserer Bevölkerung dadurch zu beeinträchtigen, daß Besorgnisse ins Land getragen wurden, als ob wegen Mangels an Festigkeit und Entschlossenheit der Reichsleitung die vorhandenen Kriegsmittel nicht oder nicht genügend angewandt würden. Solche Versuche weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Bundesregierungen, insbesondere auch die bayerische Regierung, stehen in genauer Kenntnis der zu lösenden militärischen und politischen Aufgaben und der in jeder Beziehung erfreulichen Lage mit vollem Vertrauen zur politischen und militärischen Führung des Krieges. Die Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat den beteiligten

Bundesregierungen erneut die Möglichkeit gegeben, die Reichsleitung dieses Vertrauens zu vergewissern. Wer die Zuversicht unseres Volkes zu erschüttern unternimmt, versündigt sich am Vaterlande. Das zu beherzigen, ist jedes deutschen Mannes Pflicht.

17. III. 1916

Der englische Handelskrieg gegen Deutschland.

London, 16. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

Der australische Premierminister Hughes war Mittwoch Gast bei einem Diner in der Reichshandelskammer. Bei diesem Anlasse hielt der Staatssekretär für Inneres Samuel eine Rede, in der er sagte, die Nation habe das entschiedene Gefühl, daß es unmöglich sein werde, nach dem Kriege wieder zu freundschaftlichen, gleiche Rechte gewährenden Handelsbeziehungen mit den jetzigen Feinden zurückzukehren. Eines der Resultate der zerschmetternden Niederlagen, die wir dem Feinde zufügen müssen, würde ein engerer Zusammenschluß zwischen dem Mutterlande und den Dominions sein.

Hughes erklärte, er fordere bereits, daß der Krebschaden des deutschen Einflusses im britischen Handel und im nationalen Leben ohne Schonung ausgerottet werde. Der Sieg werde nur dann den britischen Waffen beschieden sein, wenn die Briten ihre ganze Energie diesem höchsten Ziele widmen. Die jetzige Stunde sei nicht nur eine harte Prüfung, sie gewähre auch große Aussichten. Die Frage der Handelspolitik nach dem Kriege sei von höchster Bedeutung für die Dominions und die Grundzüge

dieser zukünftigen Politik sollten ohne Verzug festgelegt werden. Was er verlange, sei ökonomische Revolution und Organisation des britischen Reiches für den Handel, die Industrie, die nationale Verteidigung und die Erhaltung des Weltfriedens. Hinter der Stahlmauer der Flotte, die nicht nur Großbritannien, sondern die zivilisierte Welt rettete, könne diese Organisation durchgeführt werden.

17. III. 1916

Der englische Angriff auf Deutsch-Ostafrika.

London, 14. März.

Smuts berichtet aus Ostafrika:

Wir besetzten am 13. März Moschi auf dem Wege nach Kruschu, das wahrscheinlich vom Feinde geräumt ist. Der Feind zieht sich schnell südwärts zurück, wobei ihm die Tanga-Eisenbahn große Dienste leistet. Die zahlreichen Flüsse hielten die Verfolgung einigermaßen auf. Für die Größe der feindlichen Niederlage bei Kitovo mehrten sich die Anzeichen. Im Busch und an den Abhängen der Hügel wurden zahlreiche tote gefunden. Auch fanden wir eine Kanone und drei Maschinengewehre, die der Feind im Stiche gelassen hat.

Das Wolffsche Bureau bemerkt hierzu: Nach der vorstehenden Nachricht ist kaum daran zu zweifeln, daß die englische Heeresleitung nach anfänglichen Mißerfolgen nunmehr einen groß angelegten Angriff mit weit überlegenen Kräften und unter Ausnützung ihrer technischen Hilfsmittel gegen Ostafrika unternommen und einen gewissen Erfolg erzielt hat. Das Kilimandscharogebiet, das seit Beginn des Weltkrieges der Schauplatz zahlreicher, für uns meist günstiger Gefechte gewesen ist, geriet wohl zunächst in die Gewalt feindlicher Uebermacht. Die durch mehrere Burenregimenter verstärkten englischen Angriffsstruppen wendeten augenscheinlich dieselbe Umgehungsstrategie an, die ihrer Uebermacht auch im Kampfe gegen Deutsch-Südwestafrika zum Erfolge verhalf. Die Steppen um den Kilimandscharo bieten ähnliche günstige Verhältnisse für die Verwendung von Kraftwagenkolonnen, wie sie auch in Südafrika das Vorgehen des Feindes begünstigten. Dabei darf man nicht übersehen, daß die Engländer die verfloffenen Kriegsmonate dazu benützt haben, zwei Bahnen gegen das Kilimandscharogebiet vorzutreiben, so daß auch hiedurch für die Angriffsstruppen besonders günstige Verhältnisse geschaffen wurden und ihnen vor allen Dingen die Heranführung schwerer Artillerie ermöglicht wurde. Aus dem englischen Bericht ergibt sich nur, daß unsere tapfere ostafrikanische Schutztruppe, dem Deute sie umfassender, meist überlegener feindlicher Kräfte ausweichend, sich in ein für ihre besondere Fehrtweise günstigeres Gelände zurückzog.

17. III. 1916

Kriegskalender.

10. März: Am Tolmeiner Brückenkopf heftiges feindliches Artilleriefeuer. — Die Franzosen gewinnen die Panzerfeste Baur zurück; die Deutschen nehmen den Ablainwald und den Berg rücken westlich von Douaumont; in der Woëvre schieben sie ihre Linien durch die Waldstücke südöstlich von Damloup vor. — Deutsche Seeflugzeuge greifen nordöstlich von Varna russische Kriegsfahrzeuge erfolgreich an. Der französische Viermastler „Bille de Sabre“ versenkt. — Der englische Zerstörer „Coquette“ und das Torpedoboot Nr. 11 werden an der englischen Ostküste durch Seeminen zerstört. — Englische Niederlage östlich Tschahie am Tigris. — Amerikanische Truppen erhalten Befehl, die Grenze Mexikos zwecks Bestrafung der Räuberbanden zu überschreiten. — Tod des 1. u. 1. Vizeadmirals v. Mauler in russischer Gefangenschaft.

11. März: In Albanien weichen die Italiener nach kurzem Kampfe auf den Höhen nördlich von Ferras auf das südliche Bojusa-Ufer zurück. — An der küstalenindischen Front wird das feindliche Artilleriefeuer wieder lebhafter. — Nordwestlich von Reims erstürmen sächsische Regimenter die französischen Stellungen bei Ville-aux-Bois in einer Breite von 1400 Meter und einer Tiefe bis 1 Kilometer; französische Gegenstöße gegen den Südrand des Raben- und des Cumiereswaldes sowie gegen die deutsche Stellung westlich davon werden abgeschlagen; auf dem östlichen Maasufer und in der Woëvre-Ebene lebhaftes Artilleriekämpfe. — Bei Varna sinkt das russische Torpedoboot „Leutnant Puscin“. Der italienische Dampfer „Luisiana“ versenkt.

Italienische Kammer.

Zürich, 16. März.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer wurde die Erörterung der wirtschaftspolitischen Fragen fortgesetzt.

Abg. Grossocampagna (Anhänger Giolittis) hebt hervor, daß die Vorkornvorräte erwießenermaßen unzulänglich seien. Er bezeichnet die Entsendung italienischer Arbeiter nach Frankreich als untunlich.

Minister Cavasola ruft dazwischen: Wir schicken auch keine hin!

Redner schließt, er werde trotz aller seiner Beanstandungen zugunsten des Ministeriums stimmen, weil er gewissen Aufregungen überspannter Parteien widerstehe.

Abg. Canepa (Reformist) kritisiert das Verhalten des Kabinetts in den Fragen der Schiffsfrachten und des Geldwechsels, stellt den unangenehmen Ausfall des gewohnten Geldzuflusses durch die Fremdenindustrie und die Auswanderer fest und bemerkt unter Beifall, daß zwischen Italien und den Verbündeten wegen der Differenzen des Geldwechsels eine unhaltbare Schranke bestehe und daß Italien anscheinend von einer wirtschaftlichen Knechtschaft in eine andere, aber noch schlimmere, geraten sei. Das Zusammenwirken Italiens mit den Verbündeten müsse in Zukunft unter dem Gesichtspunkte stehen, daß Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einen festen wirtschaftlichen Block von 150 Millionen Menschen bilden werden. Die Entsendung eines Sondergesandten nach London seitens der Regierung sei ungeschickt und erfolglos gewesen. Die englischen Heeder hätten ihre Gewinne nur noch zu erhöhen vermocht. In den wirtschaftlichen Problemen habe das Ministerium bürokratisch gehandelt und die angebotene Mitwirkung Sachverständiger und redlicher freier Volkskräfte ängstlich abgelehnt.

Im Verlaufe seiner Ausführungen polemisiert Canepa mit den Sozialisten, wobei man sich gegenseitig Berrat, Idiotentum, Nachlässigkeit und dergleichen vorwirft.

Während des Wortwechsels wird den Reformisten der Vorwurf gemacht, daß sie entgegen der diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Zweckmäßigkeit vorzeitig zum Kriege getrieben haben, während den Sozialisten vorgeworfen wird, daß sie den angebotenen Generalstreik nicht zur Durchführung gebracht haben.

Die Sozialisten weisen diesen Vorwurf zurück, indem sie rufen, daß auch Ministerpräsident Briand einst den Generalstreik für den Kriegsausbruch vorgeschlagen habe.

Abg. Canepa geht sodann zur Besprechung der politischen Lage über und erklärt, die Regierung müsse stark sein und allgemeines Vertrauen besitzen und deshalb jene Parteien, die in ihr noch nicht vertreten sind, zur Erweiterung ihrer Basis und zur Teilnahme an der Verantwortung heranziehen. Die Reformisten seien siegesgewiß, aber sie wissen noch nicht, wann der Sieg kommen und welche

Opfer er noch erheischen werde. Sie halten an dem Programm fest, welches Salandra auf dem Kapitol verkündet habe und dem zufolge der Krieg ergeben müsse: 1. Verteidigung der Italienität; 2. Eroberung sicherer Landesgrenzen; 3. eine minder unterlegene und minder unsichere strategische Stellung im Adriatischen Meere; 4. Verhinderung einer deutschen Welt Hegemonie und Sicherung eines Friedens, in welchem ein großes Deutschland, den anderen Großmächten gleichgestellt, aber nicht sie beherrschend, leben kann. Die Interventionisten haben keineswegs das Verlangen, den Verlegenheiten Italiens durch eine Kriegserklärung an Deutschland abzuweichen oder Truppen für Frankreich abzugeben und die italienische Grenzverteidigung zu schwächen. Es sei ohnehin bereits vorgesorgt, daß Italien mit den anderen Mächten des Vierverbundes einen einheitlichen Krieg führe und mit ihnen siege oder unterliege. Gewiß wäre es angenehmer gewesen, wenn die Regierung hinsichtlich Belgiens weniger zurückhaltend gewesen wäre und die Feindseligkeit gegen Deutschland schärfer hervorgekehrt hätte. In diesen Dingen solle allerdings die Entschliessungsfreiheit der Regierung nicht eingeschränkt werden. Auch genieße General Cadorna, der Italien die gefürchtete Invasion ersparte, volles Vertrauen und ihm allein soll die Freiheit belassen werden, nach seinem Gutdünken den Krieg einzuschränken oder auszuweiten, irgendwo die Offensive zu ergreifen oder bloß die Defensive zu bewahren.

Bei der Meinung Cadornas erscholl wiederholt lebhafter Beifall. Abgeordneter Canepa wurde von zahlreichen Abgeordneten und auch von einigen Ministern beglückwünscht. Die Minister Barzilai, Martini und Orlando umarmten ihn.

Der sozialistische Abgeordnete Casalini legte nochmals die Gesichtspunkte der Sozialisten gegenüber der wirtschaftlichen Politik des Kabinetts dar und bezieht die Reformisten der Unehrlichkeit. Er führt zahlreiche Fälle eines jammervollen Lebens von Soldatenfamilien an, welches durch die Leuerung, aber auch durch Geiz der Regierung und durch bürokratische Obstruktionen verursacht sei. Schließlich wünscht Redner namens der sozialistischen Partei, Italien möge die nächstbeste Gelegenheit wahrnehmen, um die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen.

Abg. Paratore (liberal) spricht gegen die Regierung, kündigt jedoch an, daß er für sie stimmen werde.

Die deutsch-portugiesischen Handelsbeziehungen.

Das Reichsschatzamt macht bekannt: Infolge des Krieges ist hinfällig geworden: der mit Portugal abgeschlossene Handels- und Schiffsahrtsvertrag vom 30. November 1908. Hiernach ist auch dieser Staat von der Meistbegünstigung ausgeschlossen, und es sind auf seine Boden- und Gewerbserzeugnisse bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet die Sätze des autonomen Tarifs anzuwenden. Ferner ist das Sonderzugeständnis für reinen Portwein und Madeirawein, sowie das Zugeständnis für Wein und Olivenöl in Wegfall gekommen.

Untersuchungszeugnisse portugiesischer Untersuchungsanstalten und Fachchemiker über die Einfuhrfähigkeit von Wein, Traubenmost und Traubenmaische sowie über die Reinheit von Baumöl sind nicht mehr zugelassen. Für Portwein und Madeirawein mit einem Weingeistgehalt von nicht mehr als 20 Gewichtsteilen in 100 Gewichtsteilen ist die Anwendung des Vertragszafes von 20 Mark für 1 dz an die Bedingung geknüpft gewesen, daß diese Weine Erzeugnisse der betreffenden Bezirke des Douro und der Insel Madeira sind und über die Häfen von Porto und Funchal mit Ursprungs- und Reinheitszeugnissen, die von den zuständigen portugiesischen Behörden ausgestellt sind, verschifft werden. Da diese Bedingungen bei Erzeugnissen anderer Länder nicht erfüllt werden können, ist die zollbegünstigte Behandlung von Portwein und Madeirawein auf Grund von Ursprungszeugnissen usw. in Zukunft ausgeschlossen.

17. III. 1916

Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten.

in Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Der Vorsitzende des in den letzten Tagen wieder einmal viel genannten Bundesratsauschusses für die auswärtigen Angelegenheiten ist der bayerische Ministerpräsident Graf von Hertling. So erklärt es sich auch, daß die knappe Mitteilung über den Verlauf der Sitzung, die dieser Ausschuss vorgestern im Reichskanzlerpalais gehalten hat, durch die halbamtliche Korrespondenz der bayerischen Regierung von München aus erfolgte.

Sonst heißt es gewöhnlich nur, daß dieser Ausschuss die Darlegungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik mit Dank entgegengenommen und sich mit ihnen einverstanden erklärt habe. Diesmal ist die Mitteilung etwas ausführlicher. Es wird gesagt, daß der Reichskanzler dem Ausschuss eine eingehende Darstellung der gesamten Lage vorgelegt hat, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt des Weltkrieges für uns ergibt, und daß sich die zuverlässlichen und vom unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende des Kampfes getragenen Ausführungen des Kanzlers mit allen schwebenden Fragen beschäftigt haben. Das wird also heißen, nicht bloß mit der auswärtigen Politik im engeren Sinne, sondern auch mit der eng damit zusammenhängenden militärischen Lage und der Kriegsführung zu Wasser und zu Lande, und gewiß noch mit manchem, was damit im weiteren Zusammenhange steht und die Öffentlichkeit in letzter Zeit beschäftigt hat. Es hat die Bedeutung eines stark formulierten Vertrauensvotums, wenn in der Mitteilung weiter gesagt wird, daß die vom Kanzler vertretene Politik die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses gefunden hat. Zu diesem Ausschuss gehören bekanntlich außer Bayern und Württemberg Baden und Mecklenburg. Aber diese Zusammensetzung genügt wohl, um daraus auf die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung der gesamten verbündeten Regierungen zu schließen. Es würde nicht nötig sein, darauf besonders hinzuweisen, wenn nicht in den letzten Wochen und Monaten an parlamentarischen Stellen und, soweit das unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, auch in einem Teile der Presse, noch viel mehr aber in mancherlei Broschüren und Denkschriften, die als Manuskript verbreitet werden, Behauptungen aufgestellt worden und Darstellungen zu Tage getreten waren, aus denen man auf eine ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung zu der vom Reichskanzler vertretenen Politik durchaus nicht schließen konnte. Ist doch sogar in einem angesehenen Blatte kurz vor dem Zusammentritt des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten die mit dem Reiz des Ansehenshaften unkleidete Behauptung aufgestellt worden, daß sich die Reichsregierung durch einen Abgeordneten bemüht habe, in München zu verhindern, daß dieser Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten zusammentrete. Das war eine für verständige Beurteiler fast komisch wirkende und eine ungewöhnliche Unternehmung der Verhältnisse verratende Behauptung. Daß auch derartige Behauptungen nun öffentlich durch die Vertrauenskundgebung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten nebenbei beseitigt werden, ist gut, nicht der Person des Kanzlers wegen, sondern wegen der Lage, in der wir uns im zwanzigsten Monat des Krieges befinden, und wegen der Wirkung im Inlande und im Auslande.

Es ist übrigens anzunehmen, daß mindestens ein wesentlicher Teil dessen, was der Reichskanzler im Ausschuss mitgeteilt hat, auch den Führern der Fraktionen des Reichstages mitgeteilt ist, als sie am Dienstag beim Reichskanzler versammelt waren.

Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Verdun. — Das Wesen der Artilleriekämpfe. — Strategisches und taktisches Verhalten der Franzosen. — Balona. — Die Portugiesen. — Die Lage im Orient.

16. März.

Die taktische Lage der Franzosen ist durch unsere neuerlichen Erfolge am Mort Homme und östlich davon wieder um einen Grad verschlechtert worden. Es ist über diese kriegerische Handlung selbst schon genügend geschrieben worden, so daß eine nochmalige Schilderung der Einzelheiten sich erübrigt. Für die Gesamtaufassung, die in Frankreich herrscht, sind nicht die tröstenden Zeitungsartikel maßgebend, sondern die Tatsache, daß die 48 jährigen einberufen werden, ferner die Tatsache, daß ein Brigadeführer seinen Truppen drohen muß, sie mit Artillerie und Maschinengewehren beschießen zu lassen, wenn sie weichen würden, endlich die Nervosität der Kammer in Fragen der Führerverantwortlichkeit und eine starke Pensionierungssucht vulgo Angst, die Mißgeschick, die jedem Führer zustößen können, nicht mehr ruhig erträgt. Denen, die sich wegen der Langsamkeit unseres Vorgehens sorgen, kann gesagt werden, daß gerade die überlegene Wirkung unserer schweren Artillerie es uns ermöglicht, langsam, aber sicher und mit verhältnismäßig geringen Verlusten uns vorzuarbeiten. Unsere Infanterie findet meistens niedergestommelte Stellungen und eine mehr oder weniger niedergekämpfte feindliche Artillerie vor. Das Erreichen dieses, den Sturm der Infanterie erleichtern, ja oft erst ermöglichenden Zustandes erfordert Zeit. Greift die Infanterie an, bevor ihr auf diese Weise der Weg gebahnt ist (der Sturm ist auch so noch schwierig genug), so erleidet sie die heftigsten Verluste, verbraucht sich materiell und moralisch und muß in den zerstörten Stellungen des Feindes das Feuer intakter Artillerie über sich ergehen lassen, was im Verlaufe mit feindlichen verzweifelten Gegenstößen leicht zu lokalen Rückschlägen führen kann. Daraus erklärt sich, daß die deutsche Führung solche Angriffe vermeidet.

Wir haben schon in einem früheren Aufsatz zur Kriegslage darauf hingewiesen, wie sich unsere deutschen Angriffsgruppen eine an der anderen vorarbeiten. Der Angriff auf Linie Souvremont—Douaumont erleichterte das Vorgehen der deutschen Wöhrle-Gruppe, die Wegnahme des Höhenrückens von Campneuville wirkte taktisch fördernd auf die Vorgänge westlich der Maas ein. In ungemein geschickter Weise erreicht die deutsche Führung durch diese Staffelangriffe einmal die Möglichkeit höchster artilleristischer Feuervereinigung gegen die gerade angegriffene Stelle der feindlichen Front, dann aber im Sinne der höheren Gefechtsführung eine Umsfassungsmöglichkeit der an die Linie des ertungenen Erfolges angrenzenden Gefechtsstreifen.

Das Niederkämpfen feindlicher Artillerie ist in der modernen Zeit unendlich viel schwerer als früher, etwa als im Jahre 1870/71. Moderne Artillerie schießt verdeckt, also unsichtbar für den Gegner. Ein einfaches Abtreuen des Geländes, wo feindliche Artillerie vermutet wird, würde selbst bei enormem Munitionsverbrauch nur zu verschwindend geringen Ergebnissen führen. Die verdeckten Batterien müssen durch Luftaufklärung gefunden werden. Das Feuer der sie beschießenden Batterien wird durch Flieger korrigiert. Dazu kommt, daß auch schwere Batterien beweglich sind und die Stellung wechseln, wenn sie merken, daß es dem Feind geglückt ist, sie zu finden. Dann beginnt das Spiel mit veränderten Kulissen noch einmal. Das Uebergewicht erringt sich in dieser artilleristischen Kampfperiode daher auch überlegene Artillerie nur ganz langsam. Diese Hinweise mögen genügen, um die Ungeduligen zur Ueberlegung anzuregen, daß ihre Wünsche aus Unkenntnis der Verhältnisse entstanden sind.

Strategisch von Interesse ist das Verhalten der Franzosen. Sie wehren sich bis jetzt, um ein Gleichnis zu gebrauchen, wie einer, der die Hand abwehrend hebt, um sein Gesicht zu schützen, nicht aber mit seinem Stoß wieder schlägt. Das ist wenigstens strategisch so. Taktisch kämpfen sie mit heftigen Gegenattacken, die trotz anerkannter Tapferkeit ihrer teilweise ganz jungen Infanterie unter den furchtbarsten Verlusten scheitern. Die strategischen Gegenmaßnahmen könnten in zweierlei Form erfolgen. Einmal in näherem Zusammenhang mit Verdun durch eine Offensive aus dem Festungsbereich Nancy—Loul—Gironville gegen unsere Front St. Mihiel—Pont-a-Mousson. Diesem Angriff könnte die Absicht einer Flankierung unserer Verdun-Armee zu Grunde liegen. Aber jedenfalls wissen die Franzosen, daß unsere Front

St. Mihiel—Pont-a-Mousson so stark ist, daß sie hier nie und nimmer durchkommen. Sie müßten dann im weiteren Verlauf mit ihrem rechten Flügel so nahe an Metz vorbei, daß ihnen das wohl zu gefährlich vorkommt. Eine weitere strategische Gegenmaßregel wäre in einer Offensive der Engländer in Flandern oder der Franzosen westlich der Argonnen möglich. Auch das ist jedem Sachverständigen so klar, daß die Franzosen mit Recht annehmen dürfen, die deutsche Oberste Heeresleitung habe diesen Fall ins Auge gefaßt und die für Verdun nötigen Kräfte ohne Schwächung der übrigen Front herangezogen. Die Franzosen selbst mußten, um Verdun zu schützen, Kräfte aus ihrer Vogesenfront, aus Spinal und Belfort, heranzuführen. Wir sind strategisch in der Vorhand gewesen, und was viel bedeutet: geblieben.

Angriffe auf anderen Kriegsschauplätzen haben strategisch keine direkte Wirkung auf die Verhältnisse bei Verdun. Eine sogenannte Entlastungs- oder offensive würde jetzt, irgendwo begonnen, wohl zu spät kommen, denn sie braucht ebenfalls Zeit und es ist kaum einzusehen, wie sie den Vorsprung der deutschen Offensive einholen könnte. Die Italiener finden bei ihrer anscheinend neu aufflammenden Offensive am Nonzo dieselben, wenn nicht noch ungünstigeren Verhältnisse als bisher. Daß die Oesterreicher die Gefechtspause zur Verstärkung aller Stellungen verwendet haben, können sich die Italiener wohl selbst denken. Wir können daher Herrn Cadorna „schlecht Wetter“ voraus sagen. Einer Verwendung italienischer Truppen in Frankreich begegne man in Italien mit Ablehnung. Italien steht strategisch auf der Grenze, wo seine militärische Offensivkraft sich erschöpft und, auf der Kurve ihrer strategischen Leistung weiter laufend, die Richtung nach abwärts bekommt — zur Defensiv. Gibt Italien nennenswerte Truppeneinheiten an Frankreich ab, so kann die Lage in Oberitalien so gefährlich werden, daß das Volk gegen die Vernachlässigung nationaler Ziele sich auflehnen könnte.

Schon die Operationen der Italiener in Albanien sind, militärisch gesprochen, eine Kraft verschwendende Diversion zu politischen Zwecken. Die Nachricht, die schon vor Wochen eintraf, daß die Bulgaren Fieri erreicht hätten, scheint unrichtig gewesen zu sein. Vielleicht war es auch nur Kavallerie, die dann wieder in östlicher Richtung zurückging. Jedenfalls standen die vordersten Sicherungen der Italiener am Semeni nördlich von Fieri, von wo sie nach kurzem Gefecht, aber anscheinend in dauernder Gefechtsführung mit den Oesterreichern, nach Fieri und dann über den Gebirgsriegel der Malafrastra, der sich zwischen Semeni und Bojsa vordrängt, hinter die Bojsa zurückzogen. Die Oesterreicher sind ihnen gefolgt. Die nächsten Tage werden Aufklärung darüber bringen, ob die Oesterreicher die Bojsa überschreiten, womit dann der erste Schritt aus der Operation gegen Balona zum taktischen Angriff auf Balona geschehen würde. Denn die Höhen, die sich südlich und im weiteren Verlauf westlich der Bojsa zwischen Stadt und Fluß befinden, bilden einen Teil der natürlichen Vorwälle, die Balona schützend umschließen.

Vor Salonik ist Ruhe.

Einigen Nachrichten zufolge, sollen die Engländer 100 000 Portugiesen zur Verstärkung ihrer flandrischen Front beanspruchen, was wohl so viel heißen soll, als zur Schonung der englischen Kontingente und dann einer beliebigen englischen Methode entsprechen würde. Aber schon erheben sich gewichtige französische Stimmen, welche die 100 000 Portugiesen für Salonik beanspruchen, angeblich, um damit dem General Sarraill die für die strategische Offensive nötige Truppenstärke zu verschaffen. Vielleicht aber auch, um von hier französische Truppen zum Transport nach dem bedrohten Frankreich zu schaffen.

Die Kriegsschauplätze im Südosten weisen einerseits ein Zurückweichen der Türken auf Erzdindjan unter gleichzeitiger Landung der Russen an der Nordküste Kleinasien bei Altina, Mayraba und Rize, andererseits ein Vordringen der Russen in Persien auf. An der Front ist ein Entsatzversuch des Generals Ahlmer, der bis Esfin, nahe östlich Kut-el-Amara vorstoßend, bis jetzt am Widerstand der Türken scheiterte, zu verzeichnen.

Die Ereignisse der nächsten Zeit werden bei Verdun und Balona besonderes Interesse beanspruchen, daneben wird es sich bald klären, ob gegen Böhmer und Böhmer-Ermolli aus der Kanonade ernstere russische Angriffe sich entwickeln.

F. C. E.

18./III. 1916

Die Kriegslage.

Von

E. von Salzmann.

Unsere Feinde haben sich in den letzten beiden Monaten sehr viel darauf zugut getan, daß nun nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem und besonders militärischem Gebiet in Zukunft vollständige Uebereinstimmung erzielt werden würde. Konferenzen über Konferenzen sind sich gefolgt. Man baute die verwegenden Zukunftspläne, im besonderen für den Wirtschaftskrieg nach dem Frieden, das heißt, man verteilte wieder mal das Fell des Bären, ehe man ihn gefangen hat. Militärisch interessant war der allgemeine Ruf nach einem gemeinsamen Kriegsrat in Paris. Die Auser im Streit waren allerdings nur die Kleinen, England hat sich widerwillig zu dieser Frage geäußert. Rußland hat sowieso eine Sonderstellung, bleibt also in der Hauptsache Frankreich und Italien, und von diesen beiden war es in erster Linie Italien, das man bis dahin als armen Betteer höchst schnöderweise fast ausgeschloffen hatte. Nach dem bekannten Bierverbandsprinzip „viel Geschrei und wenig Wolle“ ist bei dem Kriegsrat dann auch schließlich nichts herausgekommen.

Deutschlands Oberste Heeresleitung spielte wieder einmal das Präventive und machte alle die schönen Pläne von der gemeinsamen Frühjahrs-Bierverbandsoffensive glatt zu Wasser. Der Hieb ist eben immer noch die beste Parade. Die Vorgänge um Verdun sind unser Hieb. Die Ereignisse dort sind in ein neues Stadium getreten. Sämtliche feindliche Vorstellungen sind eingedrückt, zum größten Teil mit stürmender Hand erobert. Das neue Stadium des Kampfes um Verdun kennzeichnet sich bereits als ausgesprochener Festungskampf.

Die französische Verteidigung unter dem neuen Befehlshaber Pétain tut ihr äußerstes, um im richtigen Augenblick mit starken Kräften an der richtigen Stelle zu sein. Um so höher glänzt der Ruhm unserer Wuppen, die der französischen Führung längst die Freiheit der Entschliebung genossen haben. Das französische Einsehen, taktisch lokaler Gegenstöße haben den Franzosen fürchterliche Verluste gebracht. Zur Zeit wird sehr erhöhte Artillerietätigkeit von der englischen Front in Flandern gemeldet.

Es ist bekannt, daß die einmal durch unser schweres Artilleriefeuer zerschmetterten Kolonnen vollkommen hilflos im Gelände herumirten, und große Teile verhältnismäßig leicht von uns gefangen wurden. Zudem kommen bei den Engländern noch die neuen Rekrutierungsschwierigkeiten hinzu, die augenblicklich zu einem bedenklichen Rückzug des Kriegsamtes vor dem Parlament geführt haben. Bekanntlich sind auf ihren Protest hin mehr wie hunderttausend „Verheiratete“ von der Einstellung ins Heer befreit worden.

In England kämpft man zurzeit wieder mal bis zum letzten Franzosen und Russen, zu denen augenblicklich die Italiener kommen, die an der Isonzofront eine Entlastungsoffensive begonnen haben. Nach dem heutigen österreichischen Heeresbericht (17. März) hat die fünfte Isonzofront schon längst ihr Ende gefunden. Die für die Italiener ebenso verlustreichen wie ergebnislosen vier früheren Anstöße gegen die Isonzofront haben an folgenden Tagen stattgefunden:

1. Isonzo-Schlacht 29. Juni bis 5. Juli 1915,
2. Isonzo-Schlacht 18. Juli bis 28. August 1915,
3. Isonzo-Schlacht 16. Oktober bis 6. November 1915,
4. Isonzo-Schlacht 9. November bis 16. Dezember 1915,
5. Isonzo-Schlacht 13. März bis 17. März 1916.

Vor Saloniki nichts Neues. Man steht sich nach wie vor mit Gewehr bei Fuß gegenüber.

Von der Russenfront werden große Truppenbewegungen hinter der Front gemeldet. Es scheint, als ob die Russen zu einem neuen Schlage gegen die österreichischen Korps Pflanzner-Balkin und Boehm-Ermolli auszuholen beabsichtigen.

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz haben die Engländer eine schwere Niederlage — nur 12 Kilometer von dem eingeschlossenen

Dur-el-Amara entfernt — erlitten. General Townshend ist nun bald hundert Tage eingeschlossen. Die Anzeichen, daß für eine so lange Zeit auch die aufgestapelten Proviant- und Munitionsmengen nicht ausreichen würden, mehren sich. Die Russen breiten sich unterdessen in Persien mehr und mehr aus, setzen außerdem ihren Vormarsch auf Trapezunt fort. Die Türken operieren gegenüber den Russen auf der inneren Linie, verfügen außerdem in den ihnen günstig gesinnten Landeseinwohnern über ein vorzügliches Aufklärungsmittel und sind dank der Bagdadbahn in der Lage, größere Truppenmengen schnell dahin zu werfen, wo es die augenblickliche Lage verlangt.

General Everth.

Russischer Oberstkommandierender gegen unsere
und die deutsche Front.

A. Berlin, 17. März. Einer Depesche des „Berliner
Tageblatt“ zufolge geht nach einer Meldung der „Baseler
Nachrichten“ aus den im Amtsblatt des russischen Kriegs-
ministeriums veröffentlichten Ernennungen hervor, daß
General Everth jetzt Oberstkommandierender
sämtlicher russischer Armeen an der West-
front und

General Michnewitsch Chef des Großen
Generalstabes ist.

Die Neutralitätspolitik der Schweiz.

Bern, 16. März. Der Ständerat hat in zwei Sitzungen ebenfalls die Neutralitätspolitik des Bundesrates und das Verhältnis zwischen Zivil- und Militärgewalt besprochen. Nach dem Schlußwort des Bundespräsidenten Decoppet beschloß der Rat einstimmig, dem Beschluß des Nationalrates auf Genehmigung des Berichtes des Bundesrates über seine Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität zuzustimmen. Damit ist die Angelegenheit parlamentarisch im Sinne des vom Nationalrat mit allen gegen wenige sozialistische Stimmen und vom Ständerat einstimmig angenommenen Vertrauensvotums für die innere und die äußere Politik des Bundesrates sowie für die Armeeführung erledigt.

Die Zukunft Scandinaviens.

(Eine Unterredung mit Staatsminister Dr. Sigurd Jbsen.)

In Kristiania, 8. März.

Der frühere norwegische Staatsminister Dr. Sigurd Jbsen hatte die Liebenswürdigkeit, mich vor seiner Abreise noch einmal zu empfangen. Der Inhalt dieses Gesprächs ergibt sich aus den nachfolgenden Fragen und Antworten.

Jch: Trifft die Behauptung vieler norwegischen Zeitungen zu, daß Schweden während des Weltkrieges kein größerer Machtfaktor sei als Norwegen? Im Falle, daß Sie in Schweden einen größeren Machtfaktor sehen als in Norwegen, welche größere Machtmittel sind es, auf die sich Schweden zu stützen vermag? Ist es nicht eine große Unterlassungsünde der norwegischen Presse, nicht auf den nach meiner Ansicht großen Unterschied zwischen Norwegen und Schweden hingewiesen und das norwegische Volk dadurch in dem Glauben gelassen zu haben, Norwegen sei ebenso stark wie Schweden, das heißt, Schweden sei ebenso schwach wie Norwegen?

Der Minister: Es ist eine überraschende Behauptung, daß Schweden während des Weltkrieges nicht ein größerer Machtfaktor sein sollte als Norwegen. Schwedens Feldheer beträgt ca. 350 000 Mann. Hierzu kommt noch der Landsturm mit ca. 175 000 Mann. Alles in allem verfügt Schweden also über mehr als eine halbe Million Soldaten, wobei besonders darauf Gewicht zu legen ist, daß die Kriegsbereitschaft dieses Heeres seit Kriegsausbruch noch wesentlich verbessert worden ist, was besonders den ununterbrochenen Übungen zu verdanken ist. Im Vergleich zu den Armeen der Großmächte mag dieses Halb-Millionenheer gering erscheinen, aber die Bedeutung dieser Armee wächst, je mehr die Kriegführenden vom Krieg mitgenommen werden und sie ihre Heere mit notdürftig trainierten allzu jungen oder zu alten Mannschaften ergänzen müssen. Schweden kann also ein Gewicht in die Waagschale werfen, das nicht zu verachten ist.

Jch: Sind Sie der Ansicht, daß Schwedens Macht einen rückwirkenden Einfluß auf die Haltung Rumäniens hat? Wäre es für Schweden eine schicksalsschwere Notwendigkeit, zu marschieren, im Falle Rumänien aktiv eingreifen würde?

Der Minister: Im vorigen Sommer, während des unaufhaltbaren Rückzuges des russischen Heeres wurde ein gleichzeitiger Angriff von Schweden und Rumänien möglicherweise Rußland zum Friedensschluß gezwungen und dadurch dem Weltkrieg eine entscheidende Wendung gegeben haben. Daß man in Schwedens aktivistischen Kreisen diesen Gedanken erwogen hat, darf wohl als zweifellos angesehen werden. Aber ebenso zweifellos ist es wohl, daß die schwedische Regierung nie Pläne in dieser Richtung erwogen hat. Und sollte, wenn auch gegen Erwarten, Rumänien ein Bündnis mit den Zentralmächten noch eingehen, würde dieser Umstand allein keine Veränderung in Schwedens Außenpolitik mit sich führen. Diese will eine strenge Neutralität beobachten, aber ganz gewiß, wie der Ministerpräsident Hammarström sich ausgedrückt hat, keine Neutralität um jeden Preis. Gibt Schweden seine Neutralität auf, so tut es dies nicht gern, sondern weil die Ereignisse keine andere Wahl zulassen.

Jch: Glauben Sie, daß bei einem Eingreifen Schwedens in Finland die Bewegung, den russischen Vasallenstaat in ein unabhängiges Staatswesen zu verwandeln, die Uebermacht gewinnen könnte? Könnte ein selbständiges Staatswesen Finland mit Zollgrenzen nach Rußland, Schweden und Norwegen ökonomisch existieren? Verhält es sich nicht so, daß im Grunde genommen Finland bereits starke Zollgrenzen nach Rußland hat, und daß die Erwerbsquellen Finlands im Lande selbst liegen, im Gegensatz zu Norwegen, dessen Haupterwerbsquellen, die Fischerei und die Handelschiffahrt, außerhalb Norwegens liegen, durch welche Momente letzten Endes Norwegens prekäre, ohnmächtige Lage während des Weltkrieges hervorgerufen worden ist?

Der Minister: Von einem so tüchtigen Volk wie dem der Finen und bei den Hilfsquellen, die Finland hat, kann man wohl erwarten, daß, falls Finland ein selbständiger Staat würde, es sehr wohl eine national-ökonomische Selbstständigkeit behaupten können. Bereits jetzt bestehen ja schon zwischen Finland und Rußland Zollgrenzen. Eine andere Frage ist es, ob ein isoliertes Finland politisch bestehen könnte.

Jch: Wie denken Sie sich einen Zusammenschluß aller nordischen Länder und wird ein solcher nach dem Kriege naturnotwendig? Wie deuten Sie die Konferenz in Kopenhagen?

Der Minister: Ich sehe es für ein erfreuliches Ereignis an, daß die Malmöer Königszusammenkunft in Kopenhagen ihre Fortsetzung bekommt. Diese neue Rundgebung

der Solidarität der drei Reiche wird unwillkürlich ihr politisches Ansehen und ihre internationale Stellung stärken. Es ist eine Hoffnung, daß die Zusammenarbeit andauern, und daß sie Früchte tragen wird in einer skandinavischen Monroe-Doktrin. „Scandinavien für die Scandinavier“: das muß die Losung werden. Hier müssen die drei Reiche miteinander durch dick und dünn gehen. Wenn sich eine nichtskandinavische Macht in dem einen der drei Länder fest, dann sind auch die beiden übrigen in ihrer Existenz bedroht, da sie Objekte für die Kompensationsforderungen der anderen Mächte werden würden. Die skandinavischen Völker müssen zusehen, aus einer politischen Ohnmacht herauszukommen, die mit ihrer materiellen Lächerlichkeit und ihrem hohen Kulturstandpunkt nicht übereinstimmt. Durch ihren Zusammenschluß werden sie auch am besten der Sache des Friedens dienen können. Denn ein stärkeres Scandinavien wird ein festes Element in Europa sein, während drei schwache skandinavische Staaten eine Gefahr für sie selbst und eine Versuchung für die Mächtigen sein würde. Einen Zusammenschluß der drei nordischen Länder halte ich unter allen Umständen für wünschenswert. Eine Notwendigkeit wird dies geradezu werden, falls die Verhältnisse nach dem Kriege sich derart gestalten werden, daß die verschiedenen Kleinstaaten genötigt würden, eine Wahl zu treffen, sich zu der einen oder der anderen der großen Machtgruppen anzuschließen. Gehen dann die skandinavischen Staaten jeder seinen eigenen Weg, werden sie Gefahr laufen, verschluckt zu werden, oder aber jedenfalls zur reinsten Einflußlosigkeit herabzusinken. Nur als ein engerer Verband innerhalb einer großen Machtgruppe werden die drei skandinavischen Länder ihre gemeinsamen Interessen bewahren können und einen Faktor ausmachen, der Respekt einflößt und auf den man Rücksicht zu nehmen hat. Es ist durchaus nicht notwendig, daß ein derartiger Zusammenschluß staatsrechtliche Form annimmt; die völkerrechtlichen Formen würden vollkommen genügen. Ich denke hierbei hauptsächlich an Verträge über ein Zusammenwirken auf militärischem und ökonomischem Gebiet.

Die englische Handelspolitik.

△ London, 17. März. (Priv.-Tel., zf.) Auf die sinnlose Bewegung gegen den Freihandel in England folgen nun besonnenere Kundgebungen. So schreibt die „Nation“ im Hinblick auf die internationale Konferenz in Paris:

Die Handelspolitik Englands ist eine Angelegenheit, die uns ganz allein angeht, und die keineswegs dem Gutachten der Schutzmächte unterworfen werden kann, und solange diese Politik auf die freie Einfuhr von Nahrungsmitteln für unser Volk und von Rohmaterialien für unsere Fabrikanten begründet ist, so kann nur eine Erruption sie ändern. Wir können vollständig sympathisieren mit dem Wunsche, unseren Verbündeten ihre eigenen Hilfsmittel und ihre Kreditquellen in den schwierigen Tagen, die dem Kriege folgen, zu sichern, und vor allen Dingen an sich selbst zu denken. Auch die deutschen Kaufleute müssen erwarten, daß sie unter den Folgen des Krieges sehr schwer zu leiden haben werden. Aber wenn man jetzt von uns fordert, daß wir erklären, überhaupt nicht mehr von unseren Begnern kaufen zu wollen und daß wir auf diese Weise unsere Gegner auffordern, auch nicht mehr von uns zu kaufen, so muß sich England vor allen Dingen vor Augen halten, was eine derartige Aenderung unserer Handelsbeziehungen mit sich bringen würde. Bradford und Aberdeen würden schon das ihrige zu sagen haben und ebenso die Ostküste, deren Gases nach den Untergang ihres Ueberseehandels mit ansehen müßten. Der „Economist“ hat gezeigt, daß von 1890 bis 1911 die englische Ausfuhr nach Deutschland um 105 pCt. zugenommen hat. Die Baumwolle- und Wollausfuhr betrug im Jahre 1915 17 Millionen Pfund und die Fabriken von Bradford lieferten in den letzten Jahren stets anwachsende Mengen von Garn und ähnlichen Artikeln nach Oesterreich und Deutschland.)

Alles das ist eine rein häusliche Angelegenheit Englands und wir hoffen, daß sie streng von den Debatten der Wirtschaftskonferenz ferngehalten werden, und sie muß auch gänzlich von der Fortführung des Krieges unabhängig gemacht werden. Was Deutschland heute bedeutet, wissen wir nur zu gut, aber wir wissen nicht, was Deutschland am Ende des Krieges sein wird. Mit Deutschland müssen wir und das übrige Europa wirtschaftlich arbeiten, und es würde eine schwere Last für unser Gewissen sein, wenn wir einen durch den Krieg zerrütteten Kontinent einen Frieden aufzwingen, der ihn von neuem zerreißt.

Der „Economist“ schreibt, die Regierung habe nicht das Recht, das Parlament durch ein geheimes Handels-tarifabkommen mit den Verbündeten zu verpflichten. Niemand wisse besser als Herr Asquith und seine liberalen Kollegen, daß sie fest und unwiderruflich durch eine Anzahl von Reden und Zusicherungen vor den Wählern des Vereinigten Königreichs verpflichtet sind, die Freihandelspolitik unbeschädigt aufrecht zu erhalten.

Der „Economist“ erinnert an verschiedene frühere Erklärungen der Minister Crewe, Gren und Asquith, die alle sich als Gegner der Schutzölle bekannten. So sagt Asquith im Juli 1904, daß nicht allein nur der wirtschaftliche Fortschritt Englands, sondern auch seine guten Beziehungen zu dem übrigen Teil des Reiches auf dem Felsen des Freihandels gegründet seien. Die Halbheit sei unmöglich. Entweder Freihandel oder Schutzzoll, alles andere sei Unsinn. Asquith habe drei Wahlkampagnen als Verteidiger dieses Felsens gewonnen. Will er jetzt den Felsen verlassen und auf den Unsinn lossteuern? Wir hoffen, daß Asquith bereit ist, dem Angriff Widerstand zu leisten. Nieher würde der „Economist“ noch Asquith als den Freihandel opfern.

Ein angesehenener Geschäftsmann veröffentlicht im „Economist“ fünf Gründe gegen den Tarifkrieg mit Deutschland.

1. würde ein Tarifkrieg wie jeder andere Krieg beide Parteien schädigen.
2. sei es absolut nicht gesagt, daß eine inländische Produktion an die Stelle der vom Schutzzoll getroffenen Artikel treten würde. Auch würde keineswegs die Kaufkraft Englands auf dem Weltmarkte gestärkt werden.
3. würden wahrscheinlich hierdurch die Vereinigten Staaten auf Kosten Englands gekräftigt,
4. würden ganz gewiß die wertvollen Märkte in Deutschland für England geschlossen und wenn der Tarifkrieg wirksam würde, so würde er die Finanzkraft Deutschlands zerstören, und es ihm unmöglich sein, seine Schulden oder Schadenersatzleistungen zu zahlen,
5. sei es sehr wahrscheinlich, daß nur einige Ka-

pitalisten und nicht das Volk als Ganzes von diesem Tarifkrieg profitieren würden.

△ London, 16. März. (Priv.-Tel., zf.) Reuter meldet: Von den 22 neuen Vorstandsmitgliedern der Handelskammer von Manchester haben sich 18 Mitglieder verpflichtet, mit Deutschland keinen Handel mehr zu treiben. (Bekanntlich ist der vorige Vorstand der Handelskammer zurückgetreten, da er sich gegen die unsinnige Antifreihandelsbewegung sträubte.)

Der U-Boot-Krieg.

Parteienanträge im deutschen Reichstage für uneingeschränkte Führung.

P. Berlin, 17. März. Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln:

Nachdem das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen Englands Kriegsführung erwiesen hat, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß, da die Frage der Verwendung der Unterseebootswaffe im Völkerrecht noch nicht geregelt ist, bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauche dieser Waffe gewahrt werden wird.

P. Berlin, 17. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Zur Frage des U-Bootkrieges wurden im Reichstage die nachstehenden Anträge eingebracht:

Von den nationalliberalen Abgeordneten wird beantragt, der Reichstag wolle beschließen: In Erwägung, daß England nicht nur gegen die bewaffnete Macht des Deutschen Reiches Krieg führt, sondern gleichzeitig unter brutaler Verletzung des Völkerrechts und Vergewaltigung der Neutralen die rücksichtslosesten Maßnahmen getroffen hat, um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu verhindern und das deutsche Volk durch Hunger niederzuzwingen; in fernerer Erwägung, daß umgekehrt Deutschland in der Lage ist, durch uneingeschränkte und rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges die englische Frachtraumnoot so zu vergrößern, daß eine ausreichende Versorgung des englischen Volkes mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen außerordentlich erschwert, vielleicht sogar unmöglich gemacht wird und dadurch ein jähnelles, für Deutschland siegreiches Ende des Krieges herbeigeführt werden kann, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, keine Abmachungen mit anderen Mächten einzugehen, die uns in dem uneingeschränkten Gebrauch der U-Bootwaffe zu behindern geeignet sein könnten, sondern dahin zu wirken, daß von deutscher Seite von der Unterseebootwaffe in der Kriegszone auch im Handelskriege, abgesehen von den lediglich der Personenbeförderung dienenden Passagierdampfern, derjenige Gebrauch gemacht wird, der sich aus der technischen Eigentümlichkeit der Waffe ergibt.

Ein konservativer Antrag lautet: Der Reichstag wolle beschließen, folgende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln: Angesichts des Versuches Englands, unser Volk durch Absperrung und Aushungerung niederzuringen, und der dadurch erfolgten Ausdehnung des Krieges über die bewaffnete Macht hinaus auf die gesamte Bevölkerung, ist die rücksichtslose Anwendung aller unserer militärischen Machtmittel gegen England geboten, um es auch unsererseits in seiner Ernährung und seiner Volkskraft zu bekämpfen. In dem neuerdings bekanntgegebenen Entschlusse der Reichsleitung über die Führung des Unterseebootkrieges ist eine für diese Zwecke geeignete Maßregel nur zu erblicken, wenn deren praktische wirksame Durchführung der Eigenart dieser Waffe entsprechend gesichert ist.

Eine halbamtliche Verwahrung.

Durch die Fassung dieser Anträge kann der schädliche Eindruck erweckt werden, als solle eine Einwirkung auf die Entscheidungen in der Kriegsführung ausgeübt werden. Zur siegreichen Durchführung des Krieges brauchen wir, wie bisher, die geschlossene, vertrauensvolle Einheit, und sie zu erhalten, ist der einmütige Wille des ganzen Volkes.

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 17. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

17. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas ließ die Beschießung im Laufe der Nacht in der Gegend von Bethincourt und Cumieres nach. Nach dem blutigen Fehlschlagen seines gestrigen Angriffes erneuerte der Feind die Angriffe gegen die Höhe „Toter Mann“ nicht. Westlich der Maas folgte auf die heftiger gewordene Beschießung von 8 Uhr abends an eine Reihe sehr heftiger Offensivstöße gegen das Dorf und das Fort Baur. Die Deutschen unternahmten fünf aufeinanderfolgende Angriffe mit starken Kräften in dieser Gegend, ohne einen Erfolg zu erzielen, zwei auf das Dorf, zwei auf die Hänge des vom Fort gekrönten Hügels und schließlich einen letzten, der aus dem Hohlweg südöstlich des Dorfes Baur hervorzubrechen suchte. Alle Angriffe wurden durch Sperr- und Maschinengewehrfeuer gebrochen und kosteten dem Feinde bedeutende Verluste. Im Woebvre ist kein Ereignis zu melden, abgesehen von dem beiderseitigen Geschützfeuer im ganzen Abschnitt. Westlich von Pont-à-Mousson gestattete uns ein gegen einen Vorsprung der feindlichen Linie geführter Handstreich im Mort Mars-Gebölz, Gefangene zu machen und dem Feind einige Verluste zuzufügen.

17. März, 11 Uhr nachts. Nördlich der Aisne wurde ein feindlicher Angriff gegen einen unserer kleinen Posten südöstlich des Waldes von Buttes nach Handgranatenkampf abgewiesen. Lebhaftige Tätigkeit unserer Artillerie in der Gegend Bille-aux-Bois und auf der Hochfläche Craonne.

In den Argonnen setzten unsere Batterien das Feuer auf die Verbindungswege des Feindes hinter der Front fort.

In der Gegend nördlich Verdun im Laufe des Tages keine Infanterieunternehmungen. Artilleriefeuer mit Unterbrechung

westlich der Maas und in der Woebvre. Das Artilleriefeuer war heftiger auf dem rechten Maasufer in der Gegend Douaumont und Damloup. Unsere Batterien bekämpften kräftig die feindlichen Batterien und zerstörten ein bedeutendes Munitionslager des Feindes in Champneuville. Von der übrigen Front wird außer dem üblichen Geschützfeuer kein Ereignis gemeldet.

Belgischer Bericht. Das gewöhnliche gegenseitige Artilleriefeuer an der belgischen Front.

Die Anfänger des italienischen Treubruchs.

Von Dr. Otto Kunkemüller, Berlin-Schöneberg.

2) Das Ministerium Salandra-Sonnino und die Freimaurerbewegung.

In der Abhandlung „Deutsche Politik“, die das kurz vor Ausbruch des Krieges 1914 erschienene Werk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“ einleitet, sagt Bernhard Fürst v. Bülow im Hinblick auf die Zweifel mancher Politiker, ob Italien in der Lage und Willens sein würde in allen vorkommenden Verhältnissen der internationalen Politik mit Österreich und uns Hand in Hand zu gehen:

„Selbst wenn diese Zweifel begründet wären, was bei der Klugheit der maßgebenden Faktoren in Italien und der politischen Klugheit des italienischen Volkes nicht der Fall ist, so würde doch nicht alles bewiesen sein. Auch wenn Italien nicht in allen Situationen bis zu den letzten Konsequenzen mit uns und Österreich zusammenarbeiten würde, so würde doch jede der drei Mächte durch den Bestand des Bündnisses vergrößert sein, dem Gegner der anderen zur Seite zu treten. Das hatte Fürst Bismarck im Auge, wenn er einmal äußerte, es genüge ihm, daß ein italienischer Korporal mit der italienischen Fahne und einem Trompeten neben sich die Front gegen Westeuropa, d. h. gegen Österreich, nicht nach Osten, d. h. gegen Deutschland, ziehe. Alles Weitere wird davon abhängen, wie eine eventuelle Konfliktfrage in Europa und mit welchem Erfolg sie militärisch und diplomatisch durchgeführt wird. Der letzte und volle Wert eines Bündnisses kann nur im Ernstfall erprobt werden. Im Frieden wird der Dreibund von so soliden, beinahe unzerstörbaren kontinentalpolitischen Interessen zusammengehalten, daß momentane und vorübergehende Situationen der vielgestaltigen internationalen Politik ihm nicht viel anhaben können. Die Probe als Friedensbürgschaft, die der Dreibund 30 Jahre hindurch bestanden hat, rechtfertigt diese Hoffnung.“

Der Ernstfall, in dem der Wert der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde erprobt wurde, ist früher eingetreten, als Fürst v. Bülow bei der Niederschrift seiner Gedanken über das Verhältnis Italiens zum Dreibunde ahnen mochte. Der Bestand des Bündnisses verhinderte zwar, daß Italien beim Ausbruch des Krieges sofort offen auf die Seite der Gegner seiner Verbündeten trat, aber schon am Abend des 31. Juli 1914 erklärte sein damaliger Minister des Äußern Marchese di San Giuliano dem Botschafter des Deutschen Reiches beim Quirinal v. Flotow, daß Italien in dem beginnenden Kriege unter allen Umständen neutral bleiben werde. Kurz vorher war nämlich der englische Botschafter in Rom auf der Consulta erschienen, um durch Drohungen und Versprechungen Italiens Neutralität zu erzwingen. Es mag richtig sein, daß man zu Lebzeiten des Marchese di San Giuliano in Italien nicht die Absicht gehabt hat, den Dreibund zu kündigen, und es mag auch zutreffen, daß nach dem am 16. Oktober 1914 erfolgten Tode Giulianos dessen Nachfolger Sidney Sonnino nicht mit dem Vorläge, unter allen

Umständen den Krieg gegen Österreich zu beginnen, in das Ministerium Antonio Salandra eingetreten ist, es ist aber eine offensivere Tatsache, daß das Ministerium Salandra-Sonnino der durch den Geheimrat des Großmeisters Ferrarri entseelten Volksbewegung gegen die Aufrechterhaltung der Neutralität und des Dreibundes nicht Einhalt geboten, um Österreich-Ungarn einzuschüchtern und zu weitgehenden Zugeständnissen zu zwingen.

In den diplomatischen Schriftstücken, die das Ministerium des Auswärtigen dem italienischen Parlament in der Sitzung vom 20. Mai 1915 als „Grünbuch“ vorgelegt hat und die die Zeit vom 9. Dezember 1914 bis 4. Mai 1915 umfassen, begründet Sonnino seine Forderungen an Österreich-Ungarn und seine Ablehnung der weitgehenden Zugeständnisse, die die Wiener Regierung nicht weniger als vierzehnmal mit dem Hinweis auf die „öffentlichen Meinungen Italiens“, der er Rechnung tragen müsse, Die Quellen dieser „öffentlichen Meinung“ und die Stellen, von denen aus sie immer neu gelpöft wurden, konnten weder Sonnino noch seinem Freund und Bruder Salandra, da sie beide Freimaurer und wiederholt lange genug in leitenden Staatsämtern tätig gewesen waren, verborgen geblieben sein. Indem daher Sonnino in seinen nach der Befehlsgelbgrabs durch österreichisch-ungarische Truppen (2. Dezember 1914) begonnenen Auseinandersetzungen mit der Wiener Regierung über die im Artikel 7 des Bündnisvertrages enthaltenen Abmachungen von vornherein geltend machte, daß seine Regierung die Neutralität nur aufrecht erhalten könne, wenn den im Parlament und in der öffentlichen Meinung Italiens deutlich hervorgetretenen nationalen Wünschen Rechnung getragen würde, ließ er deutlich genug durchblicken, daß ihm irredentistische Forderungen in Parlament und Presse, in Versammlungen und auf der Straße als Zeichen der öffentlichen Meinung Italiens durchaus nicht unwillkommen waren, er darin vielmehr ein wertvolles Druckmittel sah. Österreich-Ungarn seinen Forderungen geneigter zu machen.

Bei Erörterung der Beziehungen Italiens zu Österreich sagt Fürst v. Bülow in seiner bereits erwähnten Abhandlung über „Deutsche Politik“:

„Der Umstand, daß fast eine Million Italiener der habsburgischen Monarchie angehören, hat auch die österreichisch-italienischen Beziehungen wiederholt und bisweilen störend beeinflusst. Das bleibt auch für die Zukunft ein empfindlicher Punkt. Mancher Italiener blickt auf seine Stammesgenossen innerhalb der schwarz-weißen Grenzspähle nicht mit der Gelassenheit, die dem deutschen Volk unter größter Staatsmann mit Bezug auf unsere Stammesgenossen im Auslande und insbesondere in Österreich-Ungarn anempfohlen hat. Italiener und Österreicher sollten stets der Wahrheit eingedenk bleiben, die ein bedeutender italienischer Staatsmann, der Botschafter Graf Nigra, mir gegenüber einmal in die Worte fleidete: „Österreich und Italien können nur Alliierte oder Feinde

sein“. Daß sie Alliierte bleiben, siegt im wohlverstandenen Interesse beider Länder.“

Welche Bedeutung der Umstand, daß Italiener in dem an Italien grenzenden Gebiet der habsburgischen Monarchie anhängig sind, für die Gestaltung der italienisch-österreichischen Beziehungen gewinnen sollten, erfuhr Fürst v. Bülow selbst, als er Anfang Dezember 1914 die Führung der Gespräche der deutschen Botschaft in Rom stellvertretend übernommen hatte, um an der Besserung der guten Beziehungen und an der Verständigung zwischen Österreich und Italien zu arbeiten. In der ersten Unterredung, die er am 19. Dezember 1914 mit Sonnino hatte, sagte dieser, wie er selbst den italienischen Botschaftern in Wien und Berlin tags darauf nach dem „Grünbuch“ mitteilte, die Lage in Italien dahin zusammen: „Die Mehrheit des Landes sei der Aufrechterhaltung der Neutralität und der Unterfertigung der Vorausetzung, daß mit der Neutralität die Befriedigung einiger nationalen Wünsche sich erreichen lasse.“ Als ihm dann Fürst v. Bülow mitgeteilt hatte, daß Deutschland die österreichische Regierung zur Abtretung des Trentinos an Italien zu bewegen suchen werde, erklärte ihm Sonnino am 14. Januar 1915: „Ich glaube nicht, daß das italienische Volksgefühl sich mit dem Trentino befriedigen lassen dürfte; eine dauerhafte Vorbedingung der Eintracht zwischen Österreich und Italien würde man erst haben, wenn man die irredentistische Formel „Trent und Triest“ völlig beseitigen könne.“

Obwohl nun Fürst v. Bülow sofort empfahl, die Forderungen nicht weiter auszuüben, da sicherlich Österreich den Krieg der Abtretung von Triest vorziehen würde, und obwohl Österreich-Ungarn, wie der italienische Botschafter in Wien unter dem 27. März 1915 nach Rom berichtet, bereit war, Gebiete in Südtirol mit der Stadt Trient unmittelsbar nach dem Kriege an Italien abzutreten, und die deutsche Regierung für die Durchführung der Vereinbarung gebürgt hatte, stellte Sonnino unter dem 8. April Forderungen, von denen er sich selbst sagen mußte, daß deren bedingungslose Annahme die berechtigten Interessen und auch die Würde der österreichisch-ungarischen Monarchie schwer verletzte hätte. Die Wiener Regierung brach jedoch die Verhandlungen nicht sofort ab, sondern versuchte, von Deutschland unterstützt, weiter zu einer Verständigung mit Italien zu gelangen. Diese Verhandlungen schwebten noch, als der italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, im Auftrage des Ministers Sonnino am 4. Mai der österreichisch-ungarischen Regierung unterwartet die Erklärung abgab, daß Italien den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn als durch dessen Vorgehen gegen Serbien im August 1914 gebrochen ansehe und alle von seiner Regierung bis dahin gemachten Angebote zurückziehe.

19. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 18. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

16. März. Im Val Lagarina, im oberen Val Aftice und im Val Sugana Artilleriekampf und Gefechte von Abteilungen mit für uns günstigem Ausgange. Am oberen Nonzo begrenzte gestern dichter Nebel die Artillerietätigkeit, die auf den Höhen westlich von Görz heftiger war. Auf dem Karstplateau harter, zäher Kampf um den Besitz der von uns eroberten Stellungen im Abschnitt von San Martino. In der Nacht auf den 15. unternahm der Gegner nach heftigem Geschütz- und Gewehrfeuer zwei schwungvolle Angriffe und erreichte den Rand unserer neuen Gräben. Er wurde jedesmal kräftig zurückgejagt und ließ das Feld mit Leichen bedeckt zurück. Am Morgen erneuerte die Artillerie das Feuer, das mit steigender Heftigkeit bis in die Nacht fortgesetzt wurde. Aber die feste Haltung unserer Infanterie und ihre wirksame Unterstützung durch die Artillerie gestatteten, die besetzten Stellungen zu behalten. Längs der übrigen Front wurden die Angriffe eigener Abteilungen fortgesetzt. Die gegnerischen Verteidigungsanlagen wurden an mehreren Stellen durch Bomben zerstört, die dem Feinde Verluste zufügten und heftige Explosionen hervorriefen.

Rußland.

17. März. Unsere Artillerie beschöß wirksam den Feind in der Gegend südöstlich von Nerkil

bei Lomsdorf (neun Kilometer südöstlich von Nerkil). In der Gegend von Düna burg zerstörte unsere Artillerie eine südwestlich von Garbunowka marschierende feindliche Kolonne.

19. III. 1916

Rußlands Hoffnungen auf gute Handelsbeziehungen zu Deutschland.

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 18. März.

Aus Stockholm wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet:

„Nowoje Wremja“ ist darüber entrüstet, daß auf dem Petersburger Agrarierkongresse der Vertreter des Handelsministers Borodajewski in allem Ernste aussprach, daß eine Schwächung Deutschlands keineswegs für Rußland erwünscht wäre, man müsse nach Kriegsschluß Deutschland seine früheren Rechte einräumen. Deutschland komme in erster Linie als bedeutendstes Absatzgebiet des russischen Getreidemarktes und der russischen Ausfuhr in Betracht. Die russische Bureaucratie wünsche daher keine Niederlage Deutschlands. Die äußerste Konzession, die Rußland den Alliierten machen könnte, wäre, daß Rußland nach dem Kriege dem Deutschen Reiche keine besseren Bedingungen als den Alliierten gewähren würde. Mehrere Kaufleute pflichteten Borodajewski bei und meinten, mit Deutschland ließen sich in Zukunft gute Geschäfte machen.

Das erlöste Mazedonien.

Monastir, 1. März. Für den Bulgaren ist Mazedonien die Wiege seiner Sprache, der Quell seines immer wieder neu sprudelnden Volkstums, die Stätte seiner schönsten nationalen und kirchlichen Erinnerungen. Mazedonien ist ihm mehr als dem Franzosen das Elsass, dem Italiener Savoyen. Jeder gute Bulgare mußte einmal in Mazedonien, vielleicht gar in Ochrida gewesen sein. Dieses Nationalheiligtum, dieses bulgarische Mekka liegt 40 Kilometer nordwestlich Monastir dicht an der albanischen Grenze. Hier soll das reinste Bulgarisch gesprochen worden sein. Hier residierte der große Bulgarenkönig Samuel in einem Palaste, dessen Trümmer noch heute stehen. Hier war der Sitz des ersten bulgarischen Patriarchats, die Stätte seiner ersten Versuche wissenschaftlicher Forschung. Sofia ist eine neue, künstliche Stadt. Trnovo im Jantratal ist allen Bulgaren heilig. Aber Ochrida ist das Allerheiligste. Die Belle bulgarischen Volkstums bricht sich im Westen an den Albanerbergen, im Süden an den Höhen, die das Küstenland von der pelagonischen Hochebene trennen. Aber indem sie sich bricht, schlägt sie noch einmal kräftig empor. Zweifellos herrscht hier unten in Mazedonien ein viel regeres Leben als in Nisch und Leskovac. Dieses Mazedonien mit seinem starken bulgarischen Einschlag, mit seinen großen bulgarischen Erinnerungen, war bis zum vorigen Herbst von Bulgarien staatlich getrennt. Daß es ethnologisch und national, wenn überhaupt einem Balkanvolke, dann den Bulgaren gehörte, darüber war vor 1878 gar kein Zweifel. Das hat fast jeder europäische Reisende ausgesprochen — selbst der so serbenfreundliche alte Kanitz. Das hat im Deutschen Reichstage öffentlich sogar Bismarck anerkannt, der auf dem Berliner Kongreß die englische Festschneidung Bulgariens (gegenüber den Grenzen von San Stefano) zum mindesten nicht hat hindern wollen. Damals fiel Mazedonien restlos an die Türkei zurück. Das war für Bulgarien ein Vorteil. Denn während die nationale Propaganda in den zu Serbien geschlossenen Städten unmöglich war, konnte sie sich unter türkischem Regiment fast ungehemmt betätigen. Seit dem Berliner Kongreß sind die besten Nationalkräfte der Bulgaren an die — zunächst nationale, innere — Eroberung Mazedoniens verwanzt worden.

Man kennt die traurige Geschichte dieses Landes in den fünfzig verfloffenen Jahren. Die bulgarische Propaganda lechete Großes, freilich mit Mitteln, wie sie auf dem Balkan seit jeher im Schwange waren. Immer mehr Dörfer traten zur bulgarischen Nationalkirche über. Immer mehr bulgarische Schulen entstanden. In den vielen antitürkischen Putsch hatten bulgarische Bandenführer immer die Hand im Spiel. Diese bulgarische Irredenta weckte nun die übrigen Nationen. Die Griechen, die naiver Weise alles für griechisch erklärten, was dem Konstantinopeler Patriarchen kirchlich untertan war, organisierten jetzt die Verteidigung ihres Besitztandes. Die Serben, für die die Bulgaren Slaven und alle Balkanlawen reine oder verkappte Serben sind, setzten der bulgarischen eine serbische Propaganda — kirchlicher und nationaler Form — entgegen. Endlich erschienen die Rumänen auf dem Plan mit einer eigenen Kirche und eigenen Ansprüchen für ihre kuzowallachischen Brüder. So ward das unerlöste Mazedonien zu einem Tummelplatz wilder Kirchen- und Sprachen-Kämpfe. Das türkische Regiment hatte das größte Interesse, die Streitenden durch gegenseitiges Ausspielen ihrer Interessen für sich in Schwäch zu halten. Und alle Reformversuche der europäischen Diplomatie scheiterten an den großen Gegensätzen innerhalb dieser Diplomatie selbst. In all diesen Kampfesjahren sind die inneren Bande zwischen Mazedonien und Bulgarien immer stärker geworden. Wie das unerlöste Südjütland für Dänemark so ist Mazedonien für Bulgarien die Wiege vieler bedeutender Männer geworden. Denn auch hier war die nationale Hochspannung ein guter Nährboden hervorragenden politischen Könnens. Und ganz natürlich war die Herkunft aus dem unerlösten Mazedonien für jeden jungen Mann, der in Sofia debütierte, ein guter Ausweis. Es ist also sicher kein Zufall, daß in den verschiedenen Ministerien der letzten 30 Jahre so oft ein Mazedonier auftaucht. Auch im Heere war die Zahl der aus dem unerlösten Süden stammenden Offiziere groß. Der General, der Nisch und Monastir eroberte, stammt aus demselben heiligen Ochrida, in welches er vor zwei Monaten als Sieger — nach 40-jähriger Abwesenheit — einzog. Der Zustrom von Mazedonien ins Königreich war so groß, daß das Land an Gebildeten verarmte. Einer der wenigen geistigen Führer der Bulgaren Mazedoniens, die die ganze schlimme Türkenzeit und die noch schlimmere Zeit der serbischen Okkupation hier im Lande

durchlebt haben, ein Arzt, führte mir gegenüber das zum Teil so niedrige Niveau der mazedonischen Nationalkämpfe auf diesen fast völligen Mangel an einer sehrhaften gebildeten bulgarischen Oberschicht zurück. Dabei muß man sich freilich der alttürkischen Regierungsmethoden erinnern. Derselbe Arzt zeigte mir eine diskrete Stelle seines Hauses, an welcher er verbotene Bücher zu verstecken pflegte. Und was war unter Abul Hamid in der Türkei unverboden.

Als im Jahre 1912 der erste Balkankrieg ausbrach, da hatte nach dem Urteil fast aller europäischen Reisenden, die das Land besuchten, die bulgarische Propaganda im Ganzen gesiegt. Für Bulgarien bedeutete schon damals die nationale Einheit vor allem den Erwerb des unerlösten Mazedonien. Dennoch wurden durch den Ausgang des Krieges alle Hoffnungen dieser Art zerstört. Die großen thrakischen Erwerbungen Bulgariens nahm Serbien zum Anlaß, eine Revision des vor dem Kriege abgeschlossenen Teilungsvertrages zu fordern. Ein strittiges Gebiet, über dessen Zugehörigkeit ein Schiedspruch des Zaren entscheiden sollte, bot Serbien den Anlaß. Bulgarien fügte sich nicht. Es wagte einen zweiten verzweifelten Krieg. Nur der blinde Fanatismus seiner Liebe gerade zu dieser Provinz erklärte die Härte, mit der es hier „Alles oder Nichts“ forderte. Und sie allein erklärte auch die Ruhe und Gefäßtheit, mit der Regierung und Volk zusammen den Verlust Mazedoniens ertrugen, alles der Zukunft anheimstellend. Die Provinz wurde serbisch. Aber für Bulgarien blieb ein Macedonia irredenta. Die Lage für die Bulgaren war jetzt drückender. Alle bulgarischen Schulen wurden geschlossen. Die Regierung versuchte eine großzügige serbische Ansiedlungspolitik. Dem Exarchat wurden Schwierigkeiten gemacht. Aber das alles dauerte nur ein Jahr. Mit Ausbruch des Weltkrieges waren alle inneren Kräfte Serbiens gebunden. Die von keiner Seite ernst gemeinten Verhandlungen um Mazedonien „bis zum Wardar“ begannen. Aber schon vor Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges strömten die Freiwilligen scharenweise aus Mazedonien ins Königreich hinüber. Innerhalb acht Wochen ist die Provinz dann von den Bulgaren restlos erobert und besetzt worden. Kein fremder Soldat steht heute mehr auf ihrem Boden. Im Anfang freilich gab es hier und da ein paar diplomatische Verzögerungen. Solange das Verhältnis zu dem süblichen Nachbarn noch ungeläutert war, ging man in der Besetzung des an Griechenland stoßenden Teiles von Mazedonien sehr vorsichtig zu Werke. So kam es, daß in die Hauptstadt Süd-mazedoniens, in Monastir, nicht bulgarische, sondern deutsche Truppen als erste einzogen. Es war am 4. Dezember. Die ganze Stadt wogte auf den Straßen und am nördlichen Eingang. Seit dem bankwürdigen Tage der Einführung der türkischen Verfassung war Monastir nicht so freudig erregt gewesen. Die bulgarischen Infanteristen warteten schon stundenlang auf den nördlichen Hügeln außerhalb der Stadt. Da kam endlich auf der Chaussee von Prilep her in scharfem Tempo eine graue Doppelkette von Lanzenreitern angetrabt — eine Schwadron deutscher Husaren. Alle Glocken läuteten. Am Tor der Stadt erschienen weltliche und geistliche Würdenträger — mit Brot und Salz, Deputationen mit Fahnen. Unter Glockengeläute und Jubelrufen zogen unsere deutschen Reiter als erste in die vielumkämpfte Hauptstadt der Irredenta ein.

Heute nun ist Mazedonien erlöst. Auf einem großen Triumphbogen der Stadt sieht man zwei allegorische Frauengestalten: „Bulgaria“ und „Makedonia“. Um das Bild der letzteren ist eine zerbrochene Kette gemalt. Von den ehemaligen irregulären Bandenführern bekleiden die meisten jetzt Stellungen im Heer — zum Teil recht hohe. Auch die bürgerlichen Führer der Irredenta stehen heute an der Spitze der Zivilverwaltung. Der exarchistische Metropolit von Monastir ist heute ein mächtiger Mann. Das alles sah man scharf im Spiegelbild der Feste, die hier am letzten Sonntag zu Ehren des Zarengeburtstages abgehalten wurden. Alle Generale küßten dem Metropoliten die Hand. Unter den grünweißroten Vereinsfahnen, die kirchlich gesegnet wurden, waren zwar viele neue, die nach dem 4. Dezember angefertigt waren, aber auch einige alte, die jahrzehntelang im Dunkel verstaubt gestanden hatten. Beim Festmahl saß der Metropolit neben dem Armeeführer, alle kirchlichen, bürgerlichen und militärischen Führer der Irredenta auf einem erhöhten Podium. Man spielte Theater — Bauern und Bäuerinnen des unerlösten Mazedonien sitzen in der Spinnstube. Sie singen Volkslieder. Bulgarische Soldaten, auch ein deutscher und österreichisch-ungarischer, erschienen auf der Bühne. Mädchentänzen in den bunten mazedonischen Kostümen. Man feiert die Erlösung für alle Zukunft. Und am Abend sitzt der General zwischen zwei schmucken Bäuerinnen.

Dr. Adolf Rößler, Kriegsberichterstatter.

Der Verlauf der Kammerführung.

„Deutschland bricht zusammen, während Italien blüht.“

Zürich, 18. März.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer legte Deputierter Crespo dar, daß der Krieg auch mancherlei Segnungen bringe, daß aber die Regierung vielfache Irrtümer und Verschümmnisse, beispielsweise die Mehrausgabe einer Milliarde Lire allein für Kohlen, hätten vermeiden müssen. Immerhin breche Deutschland trotz seiner gewaltigen Organisation zusammen, während Italien blühe. (?)

Der Reformist Marchesano wandte sich gegen die bewußten und unbewußten Bemühungen, auch die moralische Seite der italienischen Widerstandskraft noch mehr zu schwächen, als dies die wirtschaftlichen Elemente bereits tun. Die Erörterungen darüber, ob der Krieg notwendig war, könne man bis nach seinem Ende verschieben. Auch die Verbreitung von Nachrichten über katastrophale Vorgänge und gewisser im Sinne der feindlichen Regierungen gelegener Nachrichten sei zu unterlassen. Er habe die Quellen der Verbreitung solcher Nachrichten vergeblich zu ermitteln versucht, sei aber über-

zeugt, daß sie bis zu hohen Stellen hinaufreichen. Es sei ferner antipatriotisch, die Leistungen der italienischen Soldaten zu entwerten und Zweifel zu verbreiten, als ob die Soldaten vergeblich ihr Leben opfern. Leider geschehe dies vorzugsweise seitens der Parlamentarier, die man fortwährend ironisch fragen hört: Ist Görz schon gefallen? Wann fällt Görz? (Sozialist Modigliani ruft mindestens zwanzigmal dazwischen: Ihr habt es ja angekündigt! Schuld daran ist allein euer dummer Optimismus!)

Rede des Ministers Cavajola.

Hierauf hält Wirtschaftsminister Cavajola ohne Pause eine zweieinhalbstündige Rede. Er führt aus, Italien habe im Jahre 1915 eine eigene Kornernnte von 58 Millionen Doppelzentner erwartet, jedoch bloß 41 Millionen Doppelzentner erzielt, das ist um fünf Millionen weniger als im allerschlechtesten Erntejahr 1914. Als Italien in Amerika die fehlende Kornmenge zu kaufen versuchte, bestand die Notwendigkeit, zugleich Waffen, Munition, Fleisch, Metalle und anderes für viele hundert Millionen, deren Zahlung die Amerikaner rasch und in Golddollars verlangten, einzukaufen. Dies vermochte der Schatzminister, dem auch die sonstige Versorgung von 1½ Millionen Soldaten oblag, nicht, weshalb die Kornversorgung verschoben und schließlich der englischen Vermittlung überlassen werden mußte. England lieferte zögernd, zumal die Schiffsfrise eintrat; immerhin wurde durch italienische, französische und neutrale Dampfer der Kornbezug fortgesetzt und ohne Störung durch Unterseeboote bewerkstelligt, so daß der Bedarf gegen Ende Juni ganz eingetroffen sein werde. Auch habe der gesteigerte Erntertrag an Mais, Bohnen und Kastanien den Kornmangel gemildert. Für Düngemittel sei dank dem Entgegenkommen Frankreichs und den Anschaffungen aus Tunis vorläufig gesorgt. Auch wegen des Schwefelkupfers sei der Mangel unbegründet.

Mit der Verfügung, daß die Dividenden der Handelsgesellschaften auf 8 bis 10 vom Hundert einzuschränken seien, habe der Minister eine Anhäufung von Reserven für die Zukunft, welche eine andere Konjunktur und Finanzlage bringen könnte, bezweckt. In Angelegenheit der Anerkennung der Wechselseitigkeit der industriellen Eigentumsrechte gegenüber den Feinden sei er dem Vorbilde Frankreichs und Englands gefolgt.

Der Minister schloß, er sei alt und habe in seiner langen Laufbahn nichts gewünscht als den Vorteil des Volkes. Er vertraue auf Italiens Blüte auch jetzt, zumal immer aus großen Katastrophen in verhältnismäßig kurzer Zeit neues energiegelbes Leben erblühe.

Ungewöhnlich lebhafter Beifall folgte dieser Rede des vielfach angefeindeten 75jährigen Ministers, der von seinen Ministerkollegen und vielen Deputierten umarmt und geküßt und von Deputierten aller Schattierungen beglückwünscht wurde.

Hierauf wurde der Schluß der allgemeinen Erörterung der wirtschaftspolitischen Motionen und Interpellationen beantragt und angenommen.

Kriegskalender.

12. März: Die Italiener beschießen unsere Stellungen am Görzer Brückenkopf. — Westlich der Maas unternahmen die Franzosen vergebliche Angriffe gegen die deutschen Stellungen. — Im Kraak werden die Engländer bei Felahie geschlagen. Ihre Verluste betragen 5000 Mann. Auch im Femen werden sie von den Türken geschlagen.

13. März: An der bessarabischen Front und am Dniestr werden russische Vorstöße abgewehrt. — Die erhöhte Tätigkeit der italienischen Artillerie dehnt sich auf die ganze Front aus. — Vor Verdun herrscht beiderseits der Maas lebhaftes Artilleriefener. — An der englischen Ostküste läuft der englische Silskreuzer „Hauvette“ auf eine Mine auf. — Im amerikanischen Senat wird die Resolution, die vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen warnt, zurückgezogen.

14. März: Infolge des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Portugal werden die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Portugal abgebrochen. — An der Front entwickelt sich heftige Kämpfe. Die Italiener greifen mit starken Kräften an, werden aber überall abgewiesen. — Ein kleines Gefecht nordöstlich von Nbern endet mit der Zurückverfung der Engländer. — Von deutscher Seite wird nochmals darauf hingewiesen, daß der verschärfte U-Bootkrieg ohne Einschränkung oder Aufschub durchgeföhrt wird.

15. März: Bei Usaticako werden heftige russische Angriffe abgewiesen. — Die Angriffe der Italiener an der Front dauern fort. In erbitterten Kämpfen werden die Feinde

überall zurückgeschlagen. Italienische Flieger werfen Bomben auf Triest ab. — Der Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamtes Großadmiral v. Tirpitz tritt zurück; zum Nachfolger ist Admiral v. Capelle ausersehen. — Vor Verdun erstürmen die Deutschen die Höhe „Toter Mann“. Tausend Franzosen werden gefangen-genommen. — Der deutsche Reichstag wird wieder eröffnet.

16. März: Russische Vorstöße an der Strupa werden abgewiesen. — An der Front klauen die italienischen Angriffe ab. — In der Champagne und vor Verdun werden heftige französische Angriffe abgewiesen. — Die Engländer besetzen an der ägyptisch-südnischen Grenze Sollum. — An der Scheldemündung geht der große holländische Dampfer „Lubantia“ unter.

17. März: Die Italiener stellen ihre Angriffe an der Front ein. — Neue französische Angriffe vor Verdun werden zurückgewiesen. — Zum Nachfolger des französischen Kriegsministers Gallieni wird General Roques ernannt. — Das Oberkommando der russischen Armeen an der Westfront wird General Evertch übertragen. — Die Infanterie-Truppen in Mazedonien besetzen die Bahnlinie Saloniki-Florina.

18. März: Am Tolmeiner Brückenkopf erobern unsere Truppen eine italienische Stellung. — Südwestlich des Doiran-Sees kommt es zu Klänkeleien. — Im deutschen Reichstag werden von den bürgerlichen Parteien Anträge zur Verschärfung des U-Bootkrieges eingebracht.

19. III. 1916

Italienische Kammer.

Zürich, 18. März.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer legte Deputierter Crespo dar, daß der Krieg auch mancherlei Segnungen bringe, daß aber die Regierung vielfache Irrtümer und Versäumnisse, beispielsweise die Mehrerhebung einer Milliarde Lire allein für Kohlen hätte vermeiden müssen. Inmerhin breche Deutschland trotz seiner gewaltigen Organisation zusammen, während Italien blühe.

Der Reformist Marchesano wandte sich gegen die bewußten und unbewußten Bemühungen, auch die moralische Seite der italienischen Widerstandskraft noch mehr zu schwächen, als dies die wirtschaftlichen Elemente bereits tun. Die Erörterungen darüber, ob der Krieg notwendig war, könne man bis nach seinem Ende verschieben. Auch die Verbreitung von Nachrichten über katastrophale Vorgänge und gewisser im Sinne der feindlichen Regierungen gelegener Nachrichten sei zu unterlassen. Er habe die Quellen der Verbreitung solcher Nachrichten vergeblich zu ermitteln versucht, sei aber überzeugt, daß sie bis zu hohen Stellen hinaufreichen. Es sei ferner antipatriotisch, die Leistungen der italienischen Soldaten zu entwerfen und Zweifel zu verbreiten, als ob die Soldaten vergeblich ihr Leben opfern. Leider geschehe dies vorzugsweise seitens der Parlamentarier, welche man fortwährend ironisch fragen hört:

Ist Görz schon gefallen? Wann fällt Görz?

Sozialist Modigliani ruft mindestens zwanzigmal dazwischen: Ihr habtes ja angekündigt! Schuld daran ist allein einer dummer Optimismus!

Hierauf hält Wirtschaftsminister Cavasola ohne Pause eine 2½stündige Rede. Er führt aus, Italien habe im Jahre 1915 eine eigene Kornernie von 58 Millionen Doppelzentnern erwartet, jedoch bloß 41 Millionen Doppelzentner erzielt, das ist um fünf Millionen weniger als im

aller schlechtesten Erntejahr 1914. Als Italien in Amerika die fehlende Kornmenge zu kaufen versuchte, bestand die Notwendigkeit, zugleich Waffen, Munition, Fleisch, Metalle und anderes für viele hundert Millionen, deren Zahlung die Amerikaner rasch und in Golddollars verlangten, einzulösen. Dies vermochte der Sachminister, welchem auch die sonstige Versorgung von 1½ Millionen Soldaten oblag, nicht, weshalb die Kornversorgung verschoben und schließlich der englischen Vermittlung überlassen werden mußte. England lieferte zögernd, zumal die Schiffsreise eintrat; immerhin werde durch italienische, französische und neutrale Dampfer der Kornbezug fortgesetzt und ohne Störung durch Unterseeboote bewerkstelligt, so daß der Bedarf gegen Ende Juni ganz eingetroffen sein werde. Auch habe der gesteigerte Getreideertrag an Mais, Bohnen und Kastanien den Kornmangel gemildert. Für Düngemittel sei dank dem Entgegenkommen Frankreichs und den Anschaffungen aus Tunis vorläufig gesorgt. Auch wegen des Schwefelkupfers sei der Mangel unbegründet.

Mit der Verfügung, daß die Dividenden der Handelsgesellschaften auf acht bis zehn vom Hundert einzuschränken seien, habe der Minister eine Anhäufung von Reserven für die Zukunft, welche eine andere Konjunktur und Finanzlage bringen könnte, bezweckt. In Angelegenheit der Anerkennung der Wechselseitigkeit der industriellen Eigentumsrechte gegenüber den Feinden sei er dem Vorbilde Frankreichs und Englands gefolgt.

Der Minister schloß, er sei alt und habe in seiner langen Laufbahn nichts gewünscht als den Vorteil des Volkes. Er vertraue auf Italiens Blüte auch jetzt, zumal immer aus großen Katastrophen in verhältnismäßig kurzer Zeit neues energiegelbes Leben erblühe.

Ungewöhnlich lebhafter Beifall folgte dieser Rede des vielfach angefeindeten 73jährigen Ministers, der von seinen Ministerkollegen und vielen Deputierten umarmt und gelüßt und von Deputierten aller Schattierungen beglückwünscht wurde.

Hierauf wurde der Schluß der allgemeinen Erörterung der wirtschaftspolitischen Motionen und Interpellationen beantwortet und angenommen.

20. / III. 1916.

Aus sozialdemokratischen Fraktionen.

Aus den sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag und im Abgeordnetenhaus liegen heute Mitteilungen vor, die wieder erkennen lassen, wie tief die sachlichen und persönlichen Gegensätze in der Sozialdemokratie gehen. Wir lassen diese Mitteilungen für sich selbst sprechen:

„Aus der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags“ berichtet der „Vorwärts“ heute:

Die Genossen Braun, Haenisch, Sue und Leinert beantragten in der Fraktionsitzung vom Sonnabend, daß der Vorsitzende der Fraktion im Plenum des Abgeordnetenhauses folgende Erklärungen verlesen möge: „Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß die vom Abgeordneten Liebknecht am Schlusse seiner Rede zum Kultusetat am 16. März dieses Jahres ausgesprochene Aufforderung gegen einen Beschluß der Fraktion verstoßen hat und die Verantwortung für diese Ausführungen ausdrücklich ablehnt.“ — Gegen die Stimmen der vier Antragsteller hat die vollzählig versammelte Fraktion mit fünf gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Antrag abgelehnt.

Für die Stimmenthaltung können wohl nur in Betracht kommen: der Fraktionsvorsitzende Hirsch oder Dr. Liebknecht. Die „Chemnitzer Volksstimme“ sagt zu dem Verhalten des Abg. Liebknecht im Abgeordnetenhaus:

„Es bedarf wohl keines Wortes der Hervorhebung, daß die Sozialdemokratie für das Auftreten Liebknechts nicht die mindeste Verantwortung mehr trägt. Die der Partei zur Verfügung stehenden disziplinarischen Mittel sind für die Kriegszeit erschöpft.“

Hier ist wiederholt auf Grund von Mitteilungen sozialdemokratischer Organe die Rede gewesen von den sogenannten „Spartacus-Briefen“. Das sind Briefe, die ein ganz radikaler Reichstagsabgeordneter, der selbst mit der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Liebknecht ausgenommen — noch unzufrieden ist, zur Information an Gesinnungsgenossen versandt. Diese Spartacus-Briefe — Nr. 1a und 1b vom 27. Januar, Nr. 2 vom 3. Februar — liegen uns in Abschrift jetzt vor, zugesandt von sozialdemokratischer Seite. Hier sei nur ein Brief heute berücksichtigt: In einem Brief (1b) vom 27. Januar berichtet Spartacus sehr ausführlich über Vorgänge in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar. Die Fraktion beschäftigte sich mit dem Verhalten des Abgeordneten Liebknecht bei der Einbringung kleiner Anfragen ohne Fühlungnahme mit dem Fraktionsvorstand. Nachdem Abg. Scheidemann über Sitzungen des Seniorenkonvents, die auch der Behandlung Liebknechtscher Anfragen gegolten hatten, eingehend berichtet hatte, erklärte in der Fraktion Abg. Geyer, der am 21. Dezember der Sprecher für die 20 Kreditverweigerer gewesen ist, es sei nicht angebracht, die bürgerlichen Parteien so zu provozieren. Liebknecht führe die Gefährdung eines Parlamentsrechts herbei. Abg. Bud fragte, ob die Fraktion mit sich Schindluder treiben lassen solle. Sie mache sich im Lande lächerlich, wenn sie nicht endlich scharf gegen Liebknecht einschreite. Er stellte den Antrag, der, wie bekannt, zum Beschluß erhoben wurde, zu erklären, daß Liebknecht die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit hervorgehen, verwirkt habe. Die Fraktion müsse sich von einem Ballast befreien. Abg. Noske sagte, kein Parlament würde sich gefallen lassen, von Querulanten und Herolstraten in der Arbeit gestört zu werden. Weder der Präsident noch der Seniorenkonvent würden es sich gefallen lassen, daß ihnen die Zeit direkt gestohlen wird. Abg. Bauer, der Liebknechts Verfahren als eine Versündigung am Parlament bezeichnete, schlug vor, daß die sozialdemokratische Fraktion selbst eine Abänderung der Geschäftsordnung in dem Sinne beantragen solle, daß Anfragen nur durch die Fraktionsvorstände eingebracht werden dürften. Abg. Ledebour nannte Liebknechts Taktik verfehlt: sie widerspreche der Auffassung, die die Parteien bei Einführung der Anfragen geäußert hätten. Abg. Reil erklärte, die Fraktion sei in der Nachsicht gegen Liebknecht bis zur Selbstentehrung gegangen. Man könne zweifeln, ob man es mit einem normal denkenden Menschen zu tun habe. Dann sprach Liebknecht. Er schloß: Eine Fraktionspolitik und Fraktionsbeschlüsse, die den wichtigsten Parteigrundsätzen zuwiderlaufen, werde ich auch in Zukunft nicht befolgen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen. — Ein Schlußantrag, den Stadthagen belämpfte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auf Antrag Oskar Cohn wurde mit 37 gegen 32 Stimmen beschlossen, über die Anträge namentlich abzustimmen. Der oben erwähnte Antrag Bud wurde mit 60 gegen 25 Stimmen (Liebknecht enthielt sich) angenommen. Ein Antrag Bender, den Fraktionsmitgliedern das gesamte Material zum Fall Liebknecht zu unterbreiten, wurde mit 59 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Abg. Bauer erklärte, sein Vorschlag sei kein Antrag.

Soweit „Spartacus“ über Vorgänge in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar.

Eine Kritik der U-Boot-Anträge.

WTB München, 19. März. (Telegr.) Die Bayerische Staatszeitung schreibt in einer weitem Kritik der in der Frage des Unterseebootkrieges von der Konservativen und von einem Teil der Nationalliberalen Partei beim Reichstag eingebrachten Anträge:

Daß diese Anträge einen Eingriff in die Kommando-gewalt darstellen, wie man ihn bisher nie für möglich gehalten hätte, darüber läßt ihre Fassung keine Zweifel. Die Frage der Verwendung der Unterseeboote im Seerrieg muß in erster Linie ebenso wie zum Beispiel die Verwendung der schweren Artillerie des Feldheeres als eine der wichtigsten Entscheidungen militärischer Art angesehen werden und entzieht sich daher unter allen Umständen der Mitwirkung des Reichstages. Nachdem durch die bezeichneten Anträge diese Frage jedoch leider an das Parlament gebracht worden ist, darf vom Reichstag erwartet werden, daß er sich in dieser Angelegenheit auf eine vertrauliche Behandlung in der Kommission beschränkt. Denn das deutsche Volk und seine kämpfende Armee würden es nicht verstehen, wenn durch eine öffentliche Verhandlung im Plenum des Reichstages die nationalen Interessen schwer gefährdet würden. Da die gesamte Unterseebootsfrage aus naheliegenden militärischen Gründen in der Öffentlichkeit nicht erschöpfend behandelt werden kann, würde eine Erörterung dieser Angelegenheit in öffentlicher Reichstagsitzung den Schaden, der bereits durch die Einbringung des konservativen und nationalliberalen Antrags angerichtet wurde, in bedenklicher Weise vermehrt.

Italienische Kammer

**Cavasola über die Regierungs-
politik**

Sp. Rom, 18. d. (Stefani.) In der Freitag-Sitzung der Kammer verteidigte Ackerbau-Minister Cavasola unter lebhafter und anhaltender Aufmerksamkeit des Hauses sein Vorgehen in der Wirtschaftspolitik in langer Rede. Er spricht zunächst von der Weizenfrage. Er erinnert an die Vereinbarung mit den verbündeten Mächten über die Ankäufe im Interesse einer gemeinsamen Lebensmittelversorgung. Alles wies auf ein gemeinsames Vorgehen mit England hin, was wir getan haben. Gegenwärtig befördert man den für unsere Rechnung in Kanada requirierten Weizen auf requirierten oder angekauften Dampfern. Man kann versichern, daß jede Gefahr eines Weizenmangels vollständig ausgeschlossen ist. Es wird mehr als genug Getreide vorhanden sein, auch für die Bedürfnisse der Armee. Unser Brot wird immer gut und nahrhaft sein. Cavasola erkennt an, daß eine größere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion von höchstem Interesse für Italien ist. Er habe als Minister sein Möglichstes in dieser Hinsicht getan. Er versichert, daß die erforderliche Menge von Kunstdünger und Kupfersulfat reichlich gesichert seien. Cavasola hebt hervor, daß die italienische Industrie sich in kurzer Zeit während des Krieges einen Ehrenplatz auf dem Weltmarkt habe erringen können. Das Aktienkapital in Italien hat sehr beträchtlich zugenommen, ebenso der Betrag der Ersparnisse. Dies bildet einen bewundernswerten Beweis von der Widerstandskraft, der Ruhe und dem Wirtschaftsgeist unseres Landes. (Beifall.) Der Minister hofft, daß die Kammer davon überzeugt sein werde, daß er aufrichtig sei und nur ein einziges, ständiges Ziel gehabt habe, das Wohl des Landes. (Beifall.) Wenn die Kammer es für angebracht hält, möge man die Leitung der Nationalwirtschaft einer stärkeren Hand übertragen. Redner wünscht nur, daß Italien nach einem ruhmreichen Siege seiner Waffen demnächst auch den Sieg auf dem Felde der Arbeit erringen möge. Der bewundernswerte Widerstand des Landes, die wundervolle Energie unserer Arbeiter, die gewaltigen Reichtümer des Bodens und das Genie des Volkes sind ein Pfand dafür. Cavasola vertraut darauf, Italien zweimal siegreich begrüßen zu können, am Ende seines langen Lebens, das er vollständig dem Dienst des Vaterlandes widmete. (Warme und anhaltende Ovationen.) Die Minister, der Kammerpräsident und zahlreiche Abgeordnete beglückwünschen Cavasola. Sitzung aufgehoben.

Die Wirtschaftspolitik

Rom, 18. d. (Stefani.) Die Kammer setzt die Besprechung der wirtschaftlichen Politik der Regierung fort. Abgeordneter Montiguarnieri begründet eine Tagesordnung, welche die unverzügliche Einstellung der Ueberseeauswanderung fordert angesichts der Erfordernisse des Ackerbaues und der Armee. Er werde mit Zuversicht zugunsten der Regierung stimmen, die eine Regierung der nationalen Verteidigung sei. (Beistimmung.) Er habe den Eintritt Barzilais ins Kabinett mit Freuden begrüßt und er sei geneigt, mit gleicher Freude den Eintritt weiterer hervorragender Parlamentarier ins Ministerium zu begrüßen, als Unterpfand und Bestätigung der nationalen Eintracht. Redner appelliert an diese Eintracht, die erforderlich sei für die Verwirklichung der erhabensten Interessen des Vaterlandes. (Beifall.) Abgeordneter Raimondo begründet eine Tagesordnung, in welcher die Mängel der wirt-

schäftlichen und Finanzpolitik als Folge der allgemeinen Regierungspolitik ausgelegt werden. Er tabelt die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, namentlich hinsichtlich des Wechsel- und Frachtverkehrs, als ungenügend. Er gibt zu, daß die Regierung recht hatte, die Einigkeit Italiens mit den Verbündeten bis zum Abschluß des Friedens sicherzustellen, indessen habe die Regierung es nicht fertiggebracht, das innige Zusammenwirken der militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aktion in die Tat umzusetzen.

Raimondo erklärt, nachdem man von verschiedenen Seiten auf die Bildung eines nationalen Ministeriums auf breiter Grundlage Anspielungen machte, sei zu bemerken, daß es vor allem darauf ankomme, Italien den Sieg zu sichern, als wesentliche Bedingung nicht allein seiner Entwicklung, sondern auch seiner Existenz. (Beifall.) Es komme ferner darauf an, daß Italien mit Zuversicht und Ausdauer handle, um die Hindernisse zu beseitigen. Italien und seine Verbündeten hätten bis jetzt noch nichts verloren, abgesehen von der Zeit. Redner empfiehlt aufrichtige und unzweideutige Stimmabgabe, damit die Regierung unter allen Umständen gewiß sein könne, unterstützt zu werden. (Beifall.)

Enrico Ferri begründet eine Tagesordnung, in der als notwendig erklärt wird, daß die Führung der Wirtschaftspolitik der Regierung den nationalen und internationalen Bedürfnissen des italienischen Lebens besser entspreche. Er wirft der Regierung vor, sie habe bei ihrem Anschluß an die Entente versäumt, mit den verbündeten Mächten Abkommen zu treffen, nicht allein hinsichtlich einer solidarischen militärischen, sondern auch hinsichtlich einer gemeinsamen diplomatischen und wirtschaftlichen Aktion, sowie hinsichtlich der Lage Italiens nach dem Kriege. Die Regierung habe noch keinerlei Zusicherung gegeben, in diesem Sinne gehandelt zu haben.

Abgeordneter Labriola begründet eine Tagesordnung, besagend, die Kammer stelle fest, daß die während des Krieges in der Wirtschaftspolitik konstatierten Mängel eine Folge

des politischen, konservativen Charakters der Regierung seien, und gehe damit zur Tagesordnung über.

Ciccotto entwickelt eine Tagesordnung, die betont, daß, um die Amtsführung der Regierung organisch und zuverlässig zu gestalten, ein engerer Kontakt mit dem Lande gesucht werden müsse und daß alle verfügbaren Kräfte aufgebieten werden müßten, um den zivilen und militärischen Anforderungen des Krieges entsprechen zu können.

Salandra ersucht die Kammer, sich am Sonntag wieder zu versammeln. Er entbietet sodann dem Kammerpräsidenten Marcora seine Glückwünsche zum Namenstage. Alle Abgeordneten bringen stehend Hochrufe auf den Präsidenten und auf Italien aus. Marcora ver dankt die Ovation.

Die Anträge zum U-Bootkrieg.

Die kurzen Kommentare, welche die Anträge der konservativen und eines großen Teils der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der Presse gefunden haben, decken die Kernfrage auf. Die „Bayerische Staatszeitung“, das Organ der Regierung eines Staates, dem man gemeinhin Schwächlichkeit in nationalen Fragen nicht nachsagen kann, stellt fest, daß diese Anträge „auch in Bayern in weitesten Kreisen lebhaftes Bedauern hervorrufen, insoweit sie nach ihrer Fassung den Anschein erwecken könnten, daß mitten im Weltkrieg, in dem das deutsche Volk um seine Existenz ringt, in die Kommandogewalt eingegriffen werden soll“. Die „Kreuzzeitung“ beseitigt den leisen Zweifel, der hier gelassen ist, und gibt den Grund zu der ganzen Aktion an, indem sie erklärt, daß die Anträge allerdings eine Einwirkung auf die Entscheidung der Kriegsführung ausüben sollen, da das Vertrauen nicht mehr im notwendigen Maß vorhanden sei.

Damit ist es rund heraus gesagt, wenn sich auch die „Kreuzzeitung“ dagegen zu verwahren sucht: Konservative und Nationalliberale (diese jedoch nicht in geschlossener Front), protestieren gegen die Art unserer Kriegsführung, nicht nur etwa gegen das, was man die Schwächlichkeit des Herrn von Bethmann Hollweg zu nennen pflegt, sondern gegen die gesamte Kriegsführung, gegen die militärischen und militärpolitischen Führer. Es ist das gute Recht eines jeden, unzufrieden zu sein und für seine Kritik diejenige Form zu wählen, die ohne schweren Schaden zu stiften, Nutzen bringen kann, und die Bekräftigung des Gedankens der parlamentarischen Regierung durch die konservative Partei, kann uns nur erwünscht sein, aber man darf an dieser Tatsache nicht vorbei gehen, ohne festgestellt zu haben, daß die Parteien, die sich stets und mit Erregung für die eigentlichen Beschützer und Erhalter von Thronrechten und Kommandogewalt erklärt haben und die stets bereit waren, die liberale Kritik als vermessenen und vaterlandsfeindlichen Eingriff in die höchsten Rechte der Staatslenker zu bezeichnen, daß eben diese Parteien in aller Öffentlichkeit während einer entscheidenden Phase unseres glücklich verlaufenden Kriegs, unseren Generalen, Flottenführern und Staatsmännern das Vertrauen kündigen. Dies geschieht in einem Augenblick, in dem sich noch jedermann deutlich daran erinnert, daß die konservative Fraktion des Preussischen Landtags dem Reichskanzler die Versicherung abgab, die Resolution der Mehrheit des Landtagsausschusses über den U-Bootkrieg habe — nachdem es Lärm gab — keinen anderen Zweck gehabt, als der Reichsleitung das Vertrauen auszusprechen, und es geschieht in einem Augenblick, in dem durch eine amtliche Note der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt worden war: der verschärfte U-Bootkrieg ist im Gang, „niemals und bei keiner verantwortlichen Stelle ist eine Verzögerung oder ein Unterlassen“ in Frage gekommen! Darauf kommt es an: wir haben Einigkeit an allen Stellen, die die Verantwortung tragen, die das Gesamtbild überschauen und — muß man es ausdrücklich sagen! — die siegen wollen und die keine Chance wenn sie nicht größere Gefahr als Nutzen zu bringen verspricht, auszulassen entschlossen sind! Sollen wir diesen Stellen, die lange gezögert, alles erwogen, dann aber im Rahmen der Denkschrift vom 8. Februar zu handeln beschlossen haben, weniger Vertrauen schenken, als irgend einem, der — wenn auch in ehrlichster Ueberzeugung — durch Schriften, Reden oder Anträge Forderungen erhebt, die zwar, wie jedes kräftige Wort in dieser Zeit, in weiten Kreisen gern vernommen werden, deren Sachgemäßheit jetzt aber nicht erörtert werden kann?

Die leitenden Stellen haben entschieden: unsere Kampfmittel werden so angewendet werden, wie es ihrer Wirkungsmöglichkeit und ihrer Tauglichkeit zu unserem Sieg im ganzen Krieg, zu Wasser und zu Lande am besten entspricht. Darauf beruht unsere Zuversicht und unser Vertrauen. Die „Bayerische Staatszeitung“ hat das rechte Wort gefunden: „Wer die Zuversicht unseres Volkes zu erschüttern unternimmt, der versündigt sich am Vaterlande. Das zu beherzigen ist jedes deutschen Mannes Pflicht.“

München, 19. März. (W. V.) Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt zu den in der Frage des Unterseeboot-Krieges von der konservativen und einem Teil der nationalliberalen Partei beim Reichstag eingebrachten Anträgen: Daß diese Anträge einen Eingriff in die Kommandogewalt darstellen, wie man ihn bisher nie für möglich gehalten hätte, darüber läßt ihre Fassung keinen Zweifel. Die Frage der Verwendung der Unterseeboote im Seekriege muß in erster Linie, ebenso wie zum Beispiel die Verwendung der schweren Artillerie des Feldheeres, als eine der wichtigsten Entscheidungen militärischer Art angesehen werden und entzieht sich daher unter allen Umständen der Mitwirkung des Reichstages. Nachdem durch die bezeichneten Anträge diese Frage jedoch leider an das Parlament gebracht worden ist, darf vom Reichstag erwartet werden, daß er sich in dieser Angelegenheit auf eine vertrauliche Behandlung in der Kommission beschränkt, denn das deutsche Volk und seine kämpfende Armee würden es nicht verzeihen, wenn durch eine öffentliche Behandlung im Plenum des Reichstages die nationalen Interessen schwer gefährdet würden. Da die gesamte Unterseebootsfrage aus nabeliegenden militärischen Gründen in der Öffentlichkeit nicht erschöpfend behandelt werden kann, würde eine Erörterung dieser Angelegenheit in öffentlicher Reichstagsitzung den Schaden, der bereits durch die Einbringung des konservativen und nationalliberalen Antrages angerichtet wurde, in bedenklicher Weise vermehren.

W. Stuttgart, 20. März. (Priv.-Tel.) Der „Staatsanzeiger“, das amtliche Organ der württembergischen Regierung schreibt zu den Parteianträgen in der U-Bootsfrage:

„In der U-Bootsfrage ist anlässlich der bekannten im Reichstage eingebrachten Anträge von dem W. L. V. bemerkt worden, die Fassung könne den schädlichen Eindruck erwecken, als solle eine Einwirkung auf die Entscheidung in der Kriegsführung ausgeübt werden. Deutschlands Stolz in dem Weltkriege ist seine oberste Führung. Daß sie im Gegensatz zu mancherlei Erscheinungen bei unseren Gegnern über jeden Versuch und Eingriffe erhaben sein muß, steht der Nation fest. Ist der von W. L. V. gefürchtete Eindruck auch nur möglich, so darf man mit Bestimmtheit von dem vaterländischen Sinn voraussetzen, daß eine Art der Verhandlung vermieden werden wird, die einen solchen Eindruck befähigen würden.“

N. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Theodor Wolf schreibt heute im „Berliner Tageblatt“ über die konservativen und nationalliberalen Anträge zum U-Boots-Krieg:

Mancher von uns ist immer überzeugt gewesen, daß in Deutschland ein politischer Fortschritt nur von den Konservativen zu erwarten sei. Die anderen Parteileute sind mit guten Ausnahmen etwas schwer zur Tat zu bringen und oft schon müde vor dem Schlafengehen. Wenn die weckersten Konservativen ihr Interesse wahren oder ihren Willen durchsetzen wollen, werfen sie alles beiseite, was ihnen hinderlich ist. Wenn sie ihre Wünsche nur im Reichstage verwirklichen können, werden sie, so häufig sie diese Zumutung auch zurückweisen, dem Parlament die Rolle übertragen, die ihnen gebührt. Die „Kreuzzeitung“ hat ganz offen erklärt, die Anträge, mit denen die Konservativen und 30 Nationalliberale jetzt vor den Reichstag treten, sollten ausdrücken, daß die Regierung nicht mehr „das an sich gewiß höchst erwünschte Vertrauen“ besitzt. Das heißt, daß die Anfrage Herrn von Bethmann Hollweg zu einer neuen Aenderung bewegen oder ihn das Kanzlerleben unmöglich machen solle. Ist das — immer vorausgesetzt, daß die Konservativen auf ihr Vorhaben nicht noch verzichten — etwa nicht ein resoluter Uebergang zum dem geschmähten parlamentarischen System, das den Bestand der Regierung vom Vertrauen der Nation

abhängig macht? Aber in den parlamentarisch regierten Ländern hat man bisher eigentlich noch keine Anträge über die Ziele und Aufgaben der Kriegsführung vor die Parlamente gebracht. In England haben die Unterhausmitglieder die Expeditionen nach Gallipoli und Salonik kritisiert, ohne Anträge zu stellen. In Italien hat man meistens sogar die Kritik unterlassen. In der französischen Deputiertenkammer hat man das Sanitätswesen, das Flugwesen und ähnliches erörtert, also nur Fragen der Organisation. Die Interpellation Abel Ferrys wurde von Briand als ein Eingriff in die Befugnisse der Heeresleitung zurückgewiesen, obwohl auch sie nur die Zustände hinter der Front betrafen. Unsere Konservativen und 30 Nationalliberale stürmen in ihrem feurigen Verlangen nach neuen Parlamentsrechten sehr viel weiter über die anderswo aufgerichteten Schranken hinweg. Sie fordern nicht allein in öffentlicher Sitzung Aufklärung über die eng verbundenen politischen und militärischen Beweggründe, denen die Regierung gehorcht. Sie schreiben auch die Richtlinien der Strategie in scharf formulierten Anträgen vor. Diese Vorwärtswildung geht etwas schnell, und wir müssen uns erst an eine Methode gewöhnen, die seit dem französischen Konvent ziemlich außer Gebrauch gekommen ist. Herr v. Bethmann bleibt nichtsdestoweniger die junge Hoffnung der Demokratie.“

20. III. 1916

**Der Wechsel im russischen Ministerium
des Innern.**

Petersburg, 19. März. Durch einen kaiserlichen Erlaß wird bekanntgemacht, daß der Minister des Innern Chwoftow auf eigenen Wunsch seines Amtes ent-
hoben wird. Ein zweiter kaiserlicher Erlaß verfügt, daß Ministerpräsident Stürmer das Ministerium des Innern über-
nimmt und zugleich den Vorsitz im Ministerrat beibehält.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 19. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

18. März, 11 Uhr vormittags. In Belgien zerstörte unsere Artillerie feindliche Gräben in der Gegend von Boesinghe. Zwischen Dife und Wisne beschossen wir einen feindlichen Truppenverband, der in der Richtung auf Bassens, nordwestlich von Soissons, marschierte. Westlich von der Maas beschöß der Feind die Gegenden des Bourruswalbes und von Montzeville heftig. Auf dem rechten Maasufer machte der Feind im Laufe des Tages nach heftiger Artillerievorbereitung eine Reihe von Teilangriffen zwischen dem Dorfe Vaux und dem Walde südlich vom Gehöfte Saudremont. Durch unsere Sperrfeuer angehalten, konnte er nirgends unsere Gräben erreichen. Unsere Batterien waren auf der gesamten Front sehr tätig, namentlich im Woivre, wo wir ein Schießbeharlager im Walde von Moranville in die Luft sprengten. In Lohringen machten die Deutschen einen Angriff gegen unsere Stellungen in der Gegend von Tiaville. Einige feindliche Truppenteile, die in unsern vordersten Gräben einzudringen vermochten, wurden durch sofortigen Gegenangriff wieder hinausgeworfen. Gegen 7 Uhr abends warf der Feind zwei großkalibrige Geschosse in der Richtung gegen Belfort.

Belgischer Bericht.

Die Artillerietätigkeit nahm auf unserer Front an Heftigkeit zu, besonders in der Gegend von Dirmude und Noordschoote.

* * *

19. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas richtete der Feind nach einer heftigen Beschießung gestern nachmittag sein Feuer und einen ziemlich lebhaften Angriff gegen die Front Vaux-Damloup. Die Deutschen wurden durch unsere Sperrfeuer zurückgetrieben. Ihr Versuch scheiterte vollkommen. Im Laufe der Nacht fand keine feindliche Infanterietätigkeit statt. Zeitweilig unterbrochene Artillerietätigkeit in allen Abschnitten der Gegend von Verdun. Die Nacht verlief an der ganzen Front ruhig.

Bei den Luftkämpfen in der Gegend Verdun schoß eines unserer Flugzeuge ein feindliches ab, das brennend in den Linien bei Montzeville abstürzte. Fünf unserer mit

Doppelmotoren ausgerüsteten Flugzeuge beschossen den Bahnhof Metz-Des Sablons und das feindliche Munitionslager bei Chateau Satins sowie das Flugfeld von Dieuze. Dreißig großkalibrige Geschosse wurden im Verlaufe dieser Streifung abgeworfen, davon zwanzig auf den Bahnhof Metz. Eines unserer Kampfflugzeuggeschwader, das aus 23 Flugzeugen bestand, warf 72 Geschosse auf den Flugplatz Sabsheim und den Güterbahnhof Wiltshausen ab. Feindliche Flugzeuge, die zur Verfolgung der unsrigen aufstiegen, entwickelten sie in einen Luftkampf, in dessen Verlauf ein französisches und ein deutsches Flugzeug durch Maschinengewehrfeuer zum Absturz gebracht wurden und zwei andre deutsche Flugzeuge brennend abstürzten. Drei von unsern Flugzeugen wurden ernstlich beschädigt und mußten auf feindlichem Gebiete niedergehen.

11 Uhr vormittags. Nördlich Reims richtete unsere Artillerie Zerstörungsfeuer auf feindliche Gräben bei La Neuville und Ferme Godat. Deutliche Tätigkeit unserer Batterien in der Gegend Vile-aux-Bains. In der Gegend nördlich Verdun ließ das Bombardement merklich nach. Im Laufe des Tages unternahm der Feind keinen Angriffsversuch. Nordöstlich St. Mihiel beschöß unsere schwere Artillerie Proviantniederlagen bei Barbinay. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Adjutant Navarre schoß sein siebentes deutsches Flugzeug in der Gegend Verdun ab. Das feindliche Flugzeug ist in unsere Linien gefallen.

Belgischer Bericht.

Große Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee, besonders in der Gegend Dirmude und nördlich Steenstraete.

Rußland.

18. März. In der Gegend des Dorfes Mittelischka nördlich des Dryswjatsjeses sprengte der Feind eine Mine. Einen starken Angriff einer feindlichen Aufklärungsabteilung südlich des Fleckens Tweretsch (16 Kilometer südwestlich des Boginslojesces) wiesen wir durch Feuer ab. In der Gegend von Lipet (nördlich des Wygonowstojesces) versuchte der Feind, die Offensive zu ergreifen, wurde aber durch Feuer abgewiesen.

20. III. 1916

Einberufung bulgarischer Studenten.

Wien, 20. März. Die königlich bulgarische Gesandtschaft in Wien teilt den im Auslande befindlichen, dem 40. Jahrgang (Mabör) angehörenden und bei der Musterung tauglich befundenen bulgarischen Studenten mit, daß sie unverzüglich nach Bulgarien zurückkehren müssen, da der Kurs der Militärschule für Reserveoffiziere am 15./28. März beginnt. Später Eintreffende verlieren das Recht zum Eintritt in diese Schule und werden in die betreffenden Truppenkörper eingereiht werden.

Der Jaurès-Skandal in Frankreich.

Wien, 20. März.

In Frankreich gewinnt, wie der „Post“ aus Genf berichtet wird, die Bewegung, die sich für die rückhaltlose Aufdeckung der den Mord an Jaurès noch immer verdunkelnden Einzelheiten einsetzt, ständig mehr an Boden. Obwohl die französischen Behörden sich alle Mühe geben, den Tatbestand zu verschleiern, wird der Krach wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wie sehr man in Regierungskreisen den Skandal fürchtet, beweist die Tatsache, daß den Erben Jaurès von der französischen Regierung für die Herausgabe der schriftlichen Hinterlassenschaft die nette Summe von einer halben Million Francs geboten worden ist. Diese Summe ist aber von Clemenceau, der den literarischen Nachlaß Jaurès nach dem Kriege im „L'Homme Enchaîné“ veröffentlichen wollte, überboten worden. Die Erben Jaurès dagegen lehnten beide Angebote ab und blieben bei der Weigerung, die Manuskripte herauszugeben. Auch das Vermittelnde, die Briefschaften für ein später zu errichtendes Jaurès-Archiv verwenden zu wollen, zog nicht.

Es ist bekannt, daß der Pariser Polizeipräsident Lépine vor etwas über einem Jahr sein Amt niedergelegt hat. Er hatte nämlich das Bed, in einem der Mitschuldigen am Tode Jaurès eine politisch sehr hochgestellte Persönlichkeit zu ermitteln und von dieser Ermittlung seinem Freunde Clemenceau zu berichten, der von der Nachricht, die er Lépine verdankt, zu gelegener Zeit gute Verwendung machen wird.

Kürzlich erschien bei den Erben Jaurès ein höherer Polizeibeamter in Begleitung mehrerer Geheimpolizisten und forderte, daß man ihm den Nachlaß auf Grund einer Verfügung des Generalstaatsanwaltes, der die letzten Briefe Jaurès zur Unterstützung seines Beweismaterials benötige, herausgebe. Man verlangte diese Verfügung zu sehen, der Beamte hatte sie nicht bei sich, aber nach einer Stunde kam er wieder, nicht mit der Unterschrift des Staatsanwaltes, sondern der des Chefs der politischen Polizei. Er hat keinerlei Papiere mehr vorgefunden.

Unter den gewünschten Manuskripten befand sich ein Brief Jaurès an den belgischen Sozialisten Vandervelde, der den festen Willen Jaurès kundgibt, den Kriegsausbruch zu verhindern. Jaurès schrieb in dem Briefe folgendes:

Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht gern die serbische Sache als eine russische sähe. In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein, wir dürfen unser Land nicht bluten lassen, um die Knutenherrschaft des weißen Zaren zu festigen. Europa würde von Affen verschlungen.

Suchen Sie in Ihrem Wirkungsbereich jede Steigerung des Kriegswahns zu dämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen herausreißen lassen soll.

Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes und weil die Börsen London und Paris auf Petersburg spekuliert haben. Ich werde jetzt zu den Franzosen sprechen, von Versammlung zu Versammlung fahren, vielleicht greife ich zum Generalfreil. Ein drohender Generalfreil muß die Mobilisierung Frankreichs hindern. Greifen Sie auch zu jedem Mittel, um für den Frieden zu wirken.“

Der Brief ist vom 30. Juli 1914 datiert, am 30. Juli wurde auch die Briefzensur verfügt. Am 1. August war Jaurès ein toter Mann.

Der literarische Nachlaß Jaurès' befindet sich in der Schweiz. Nach dem Kriege oder auch vielleicht schon früher wird ein anderer Brief eine große Rolle spielen, in dem Jaurès schreibt, er wisse bestimmt, daß er im Falle einer Mobilisierung erschossen würde, daß der Mord an ihm sozusagen ins Kriegsprogramm Delcassés gehöre, und daß Delcassé schon vor Jahren in Petersburg gesagt habe: „Jaurès wird am Tage der Mobilmachung ein stiller Mann sein.“

Militärische Vorbereitungen Rumäniens.

Bukarest, 19. März. (Meldung der „Südsl. Kor.“) Die Maßnahmen der rumänischen Regierung auf militärischem Gebiete veranlassen die rumänischen Blätter, ihre erhöhte Aufmerksamkeit den zu erwartenden Entschlüssen des Kabinetts Bratianu in bezug auf die äußere Haltung des Landes zuzuwenden, wobei die konservativen Organe die Regierung vor unüberlegten Entschlüssen warnen.

Der „Steagul“ erklärt, die wesentliche Vorbedingung einer militärischen Intervention Rumäniens sei die Sicherheit des Sieges und die Garantie einer Vergrößerung des rumänischen Staates. Wenn wir zur Erreichung dieses Zieles, sagt das Blatt, gegen einen unserer alten Nachbarn kämpfen müssen, so werden wir es tun. Wir haben keine Empfindlichkeiten zu schonen. Die äußere Politik sämtlicher Staaten leitet der heilige Egoismus.

Die „Moldova“ erklärt, ein Krieg Rumäniens mit Rußland sei die heiligste Pflicht des Landes. Wir verlangen, schreibt das Blatt, daß Rumänien die von unseren großen Politikern und vom ersten Könige Rumäniens inaugurierte äußere Politik, die in einem dreißigjährigen Bündnis mit den Centralmächten zum Ausdruck kam, fortsetze. Wir verlangen, daß Rumänien getreu diesem Bündnisse sich an die Seite der Centralmächte stelle und mit seinen ganzen Kräften in Bessarabien ein falle, um das Land Stefans des Großen und den heiligen Boden der Moldau wieder zurückzugewinnen. Diese äußere Politik ist die für Rumänien einzig mögliche. Der ganze bisherige Verlauf des Krieges hat bewiesen, wie recht wir hatten, als wir, auf eine genaue Kenntnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gestützt, alle Lügen bekämpften, die aus dem gegnerischen Lager verbreitet wurden.

Bukarest, 19. März. (Meldung der „Südsl. Kor.“) General Crainiceanu, ein Anhänger der Entente, erörtert die militärische Lage mit Rücksicht auf die Eventualität eines Eingreifens Rumäniens und sagt, die Situation könne keineswegs durch den Sieg der Verbündeten an

der französischen oder russischen Front für Rumänien geändert werden, sondern nur durch einen Krieg der Entente auf dem Balkan.

Bemerkt wird hier ein gleichzeitig veröffentlichter Artikel in dem Organe Filipescu's, „Epoca“, der feststellt, daß in der rumänischen Armee Munitionsmangel herrsche.

Italienische Kammer.

R. Zürich, 19. März. Unter lebhaften Anfechtungen von Ungeduld hörte die italienische Deputiertenkammer die Begründungen zahlreicher vorgeschlagener Tagesordnungen an. Durch vielfältige Unterbrechungen gestalteten sich die Redeversuche einiger Deputierter fast zu Dialogen.

Deputierter Monteguarneri (liberal) betonte die Unzulässigkeit der fortgesetzten Auswanderung nach Amerika, während Arbeitskräfte für die Landwirtschaft fehlen und der Heeresersatz reichhaltiger sein müßte. Die Regierung und ihre Beamten seien unfähig und schläfrig. Aber aus patriotischer Disziplin stimme er für die Regierung.

Deputierter Raimondo (Reformist) erklärte, England habe gewiß Schuld an den wirtschaftspolitischen Mängeln, aber die Regierung könne sich nicht damit ausreden. Die Regierung bestehe aus immerhin nützlichen, aber nicht unentbehrlichen Leuten.

Ministerpräsident Salandra ruft ruhig dazwischen: Ganz recht! Wir sind völlig einer Meinung!

Deputierter Raimondo: Die gegenwärtigen Minister beherrschen nicht mehr die Lage. Meines Erachtens kann man nicht für eine Regierung stimmen, nachdem man zehn Tage lang gegen sie gesprochen hat. Sonst werden wir vor dem Parlament oder vor dem Volke als vollendete Lügner dastehen. Wir brauchen ein nationales Ministerium, das Wagnisse nicht scheut und Italien und seine Verbündeten keine kostbare Zeit weiter verlieren läßt.

Deputierter Enrico Ferri begründete die oppositionelle Stellungnahme unter ironischen Bemerkungen gegen die Minister und die interventionistischen Parteien. Die plötzliche Preisgabe des Dreibundes und damit des seit 30 Jahren bestehenden außenpolitischen Systems habe Unsicherheit und Unbehagen in Volk und Parlament herbeigeführt. Diese Unsicherheit und dieses Unbehagen wurden durch das Verhalten der Regierung, durch die letzten parlamentarischen Vorgänge und durch den offensichtlichen Mangel angemessener Abmachungen mit den neuen Verbündeten noch gesteigert. Neben dem König, der Regierung und dem Parlament wirke als höchst maßgebende Gewalt die Freimaurerei mit. Sie treibe vorzugsweise zur Schaffung eines nationalen Ministeriums, das richtiger ein internationales Ministerium genannt werden sollte.

Deputierter Ferri erwidert auf Zurufe, wie „Sakali“ und dergleichen: „Camorristen! Maffialente!“

Namens der Interventionisten erklärte zunächst Deputierter Sabriola, daß sie nur den Sieg begehren, aber verhindern müssen, daß der Sieg der italienischen Waffen, wie es das derzeitige diktatorische Ministerium möchte, eine Niederlage der Grundsätze der Freiheit und der Demokratie werde.

Hierauf führte Deputierter Ciccotti aus, daß die Regierung dem Volke näher gebracht werden müsse. Bei seinen Versuchen, für die Regierung Brücken zu bauen, wurde Redner durch Zwischenrufe fortwährend gestört, so daß er seinen Gedankengang nicht zu Ende zu führen vermochte. Als endlich Deputierter Ciccotti seine Rede fortsetzen konnte und die Vorgänge im Mai schönzufärben und sie mit den Gewalttätigkeiten zu vergleichen versuchte, welche die Regierungen — und auch Giolitti — bei Wahlen zu begehren pflegen, wurde er durch Zwischenrufe unterbrochen: „Dergleichen hat noch keine Regierung begangen! Auch hat noch keine Regierung solche Klünderungen angeordnet, wie sie im Mai in Mailand erfolgten. Uebrigens ist es besser, die Geschichte der Maitage und der damaligen Proskriptionsliste gegen Giolitti und andere Männer vorläufig unaufgebeckt zu lassen.“

Ministerpräsident Salandra springt auf und ruft: Sie, lieber Ciccotti, können als anständiger Mensch behaupten, wie ich es behaupte, daß die Regierung die ihr zugeschriebenen Gewalttaten nicht begangen hat.

Von der äußersten Linken erörtern Gegenrufe: „Eine solche Frechheit! So die unschuldigen Indianer spielen zu wollen! Ohne eure Polizisten und Beamten wären die Maidemonstrationen niemals gelungen! Sogar die reformistische „Azione“ hat dies bekennt.“

Da die Kammermehrheit bei diesem Rededuell passiv bleibt, ruft Ciccotti: Warum hat dann eine so starke Partei wie die Giolittianer, den Demonstrationen nichts entgegengesetzt?

Die Sozialisten rufen: Weil sie Angst vor Gefährten hatte!

Ministerpräsident Salandra beantragt die Abhaltung einer Sonntagssitzung, um die Erörterung zu beenden.

Die Sonntagssitzung.

Zürich, 20. März. Die italienische Kammer setzte gestern die Erörterung über die Wirtschaftspolitik der Regierung fort.

Deputierter Cavagnori erklärte, daß er zum Kabinett Vertrauen und die Ueberzeugung habe, daß Italien den Sieg und die Erfüllung seiner hohen Schicksale zu sichern wissen werde.

Deputierter Bettolo befürwortete folgenden Tagesordnungsantrag: Die Kammer hat das Vertrauen, daß die Regierung in voller Einsicht der höchsten Interessen des

Vaterlandes die schwere Aufgabe erfüllen wird, die ihr anvertraut wurde. Die Kammer hemängell zwar einiges in der Wirtschaftspolitik der Regierung, besonders die mangelnde Förderung der Handelsmarine, aber drückt das Vertrauen aus, daß das Parlament in dieser feierlichen Stunde einen neuen Beweis vaterländischer Eintracht geben werde. Von diesen Gefühlen beiseit, glaubt Bettolo, daß man weiterhin Männern Vertrauen schenken solle, die Italien nutz in den Krieg der Vergeltung und der Gerechtigkeit geführt haben. Sie seien es, die ganz und gar ihre Aufgabe zum Wohle des Vaterlandes erfüllen müßten. (Beifall.)

Robino (Katholik) erklärte, er wolle niemandem darin nachstehen, um Wünsche für den Sieg der italienischen Waffen auszusprechen, für einen Sieg, an dem die Katholiken mit all ihren Kräften mitarbeiten. Er sehe keine Notwendigkeit, das gegenwärtige Ministerium umzubilden, das man wohl als nationales bezeichnen könne. Er hoffe, daß die Kammer der Regierung erneut das Vertrauen aussprechen werde, indem sie ihr ihren Glauben an den Triumph des Rechtes Italiens bekräftige. (Zustimmung.)

(Zahlreiche Abgeordnete verzichten auf das Wort zur Begründung ihrer Tagesordnung.)

Deputierter Turati (nichtoffizieller Sozialist) erklärt, daß die von einigen Deputierten vorgeschlagene Bildung eines nationalen Ministeriums nicht ein Zeichen von Kraft, sondern von Schwäche wäre. Man sage, daß der Sozialismus in diesem Kriege Schiffbruch gelitten hatte, aber man vergesse, daß der Sozialismus immer den Kapitalismus bekämpfte und daß dieser Krieg eine Folge des Kapitalismus sei. Er sei immer noch von der Zwecklosigkeit der Kriege überzeugt, weil das Gute nie der Gewalt entspringe. Er und seine Freunde bleiben ihren Grundsätzen treu und warnen darauf, daß die Zeit ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Dies sei die Ursache, daß sie gegen das Kabinett stimmen.

Die Rede Salandras.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses ergreift Ministerpräsident Salandra das Wort und erklärt, daß er mit Klarheit sprechen werde, in einem Augenblicke, wo das Land Männer am Ruder sehen wolle, die klare und bestimmte Gedanken hätten und es verständen, ihre Gedanken ohne Verzug und ohne Zaudern in die Wirklichkeit umzusetzen. (Beifall.)

Er anerkenne, daß die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik das ganze Ministerium treffe und dies nicht nur aus dem Gefühle ministerieller Solidarität heraus. Es wäre unnütz, versichern zu wollen, daß keinerlei Fretum oder Mangel an Voraussicht vorgekommen wären, ebenso, wie es vertrieben wäre, zu versichern, daß sich in Zukunft nichts derartiges mehr ereignen würde.

Man müsse an die Umbildung denken, die dieser Brand ohnegleichen in der Geschichte in allen Ideen und Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen habe, eine Umbildung, die alles übertreffe, was der weiseste und klügste Machthaber hätte voraussehen können. Die Regierung hatte das Gefühl, daß sie soviel als möglich die Kräfte der Nation unterstützen müsse. Sie habe sich bemüht, diese Aufgabe zu erfüllen, ohne jemals zuständige Ratschläge oder Mitarbeit abzulehnen. (Zustimmung.)

Der Ministerpräsident fährt fort: Es ist nicht der Zeitpunkt, an große Verwaltungsreformen heranzugehen. Man ändert nicht die Maschine in einem Augenblicke, wo sie den größten Effekt erzielt. Es ist nicht richtig, daß Frankreich und England im gegenwärtigen Moment ihre Regierungen geändert haben. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten durch keine menschliche Gewalt und durch keine menschliche Klugheit vermieden werden, wie groß auch die Pflicht der Regierung sei, sie zu mildern. Wenn die jetzigen Minister nicht instande sind, diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Kammer die Pflicht, sie zu ersetzen.

Zur Laufe der Debatte ließen sich edle Stimmen vernehmen, die das Land ermunterten, weitere Opfer zu bringen. Die Bemühungen jedes einzelnen müssen darauf gerichtet sein, die gehobene Stimmung der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Kein Wort darf gesprochen werden, das die Stimmung des Volkes drücken könnte. Wer ein solches ausspricht, handelt gegen das Vaterland.

Salandra forderte dann jedermann ohne Unterschied der Partei und der Klasse auf, mitzuarbeiten an der Stärkung der geistigen Widerstandskraft des Landes. Die Redner, die von konservativen Tendenzen des Kabinetts sprachen, erinnere er daran, daß Sonnino und Cavajola alte, glühende Anhänger der Interessen und Rechte der Arbeiter seien.

Der Ministerpräsident spricht dann von dem Gesetz für Südtalilien, das Bestimmungen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiten trifft, und ruft aus: „Im gegenwärtigen Augenblicke kann man nicht mehr konservativ oder demokratisch sein, man kann nur Soldat sein!“ (Zustimmung.) Ueber allen politischen Strömungen stehe das Vaterland, das allein ewig unveränderlich sei — Italien steht über allem.

Mehrere Redner hätten von Führung gesprochen. Die Kammer solle offen und ohne Zögern aussprechen, ob die Männer, die sich an der Regierung befinden, die geeignetsten seien, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Man müsse anerkennen, daß das Ministerium das Verdienst habe, den Krieg begonnen und seine Ziele festgesetzt zu haben. Um diese Ziele zu erreichen, hätten die Männer der Regierung Leiden erduldet. Man dürfe eine Kabinettskrise nicht fürchten, wenn man glaube, daß diese Krise von Nutzen sein werde. Wenn dies ihre Meinung ist, sagte der Ministerpräsident, dann sprechen Sie dies durch Ihre Abstimmung aus, ohne sich zurückzuhalten, um die Krise etwa morgen hervorzurufen. Wenn andere geeigneter sind als die gegenwärtigen Minister, den Krieg zu führen, dann ist es besser, wenn die Krise heute

kommt statt morgen. Jenen, die der Regierung vorgeworfen haben, mit dem Eingreifen Italiens kein Geschäft gemacht zu haben, erwidere ich, daß mit der Intervention ein Geschäft zu machen ihre Entwürdigung bedeutet hätte. (Bedhafter Beifall.) Wir mußten erhobenen Hauptes ein Bündnis verlassen, an das wir seit 30 Jahren gebunden waren, und nicht so, als ob wir eine Expreßung verüben wollten. Italien hat erhobenen Hauptes das Bündnis verlassen. (Langanhaltender Beifall.)

Vertrauensvotum für das Kabinett Salandra.

S. Zürich, 19. März. Die italienische Kammer hat, auf Wunsch des Ministerpräsidenten Salandra in namentlicher Abstimmung, mit 394 gegen 61 Stimmen folgende vom Deputierten Morpurgo eingebrachte Vertrauens-Tagesordnung genehmigt:

Die Kammer vertraut, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Politik so weiterführt, daß sie die wirksamste Verteidigung des landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Lebens des Landes erzielt.

S. Zürich, 19. März. Die 61 Deputierten, die gegen die Votierung des Vertrauens an das Kabinett Salandra stimmten, setzten sich aus Sozialisten, Nationalisten, einigen Reformisten, Radikalen und Unabhängigen zusammen.

21./III. 1916.

Was wird aus den U-Boot-Anträgen?

Der württembergische „Staatsanzeiger“ nimmt Bezug auf die von Wolffs Büro amtlich verbreitete Kritik der U-Boot-Anträge (ihre Fassung könne den schädlichen Eindruck erwecken, als solle eine Einwirkung auf die Entscheidung in der Kriegsführung ausgeübt werden) und sagt dazu:

Deutschlands Stolz im Weltkriege ist seine oberste Führung. Daß sie im Gegensatz zu mancherlei Erscheinungen bei unseren Gegnern über jeden Versuch von Eingriffen erhoben sein muß, steht der Nation fest. Ist der vom B. L. B. gefürchtete Eindruck auch nur möglich, so darf man mit Bestimmtheit von dem vaterländischen Sinn voraussehen, daß eine Art der Verhandlung vermieden wird, die einen solchen Eindruck bestätigten würde.

Die „Deutsche Tagesztg.“ wendet sich gegen die amtliche „Bayerische Staatsztg.“, die die U-Boot-Anträge als einen Eingriff in die Kommandogewalt gekennzeichnet und die Erwartung ausgesprochen hat, daß der Reichstag sich in dieser Angelegenheit auf eine vertrauliche Behandlung in der Kommission beschränkt. Die „Deutsche Tagesztg.“ antwortet darauf, daß der Reichstag einer derartigen Mahnung nicht bedarf und insbesondere auch die Parteien, die die Anträge eingebracht haben, keiner Belehrung bedürfen. Es würde — sagt das Blatt — große Kreise geben, die es nicht verstehen würden, wenn eine öffentliche Besprechung unterbliebe.“ Hätte man die Veröffentlichung der Anträge ohne Zusatzbemerkung zugelassen, „so würde vielleicht eine eingehende öffentliche Erörterung mindestens vorläufig unterblieben sein“. Jetzt, „nachdem gegen die Antragsteller so schwere Vorwürfe erhoben worden sind“, werde man ihnen nicht verargen können, wenn sie sich gegen diese Vorwürfe entschieden und öffentlich verwahren“. Doch erklärt die „Deutsche Tagesztg.“ auch:

„So viel wir wissen, ist noch von keiner dieser Parteien (d. h. der Antragsteller) irgendwie ein Beschluß darüber gefaßt worden, ob, wann und wie die Anträge in der öffentlichen Sitzung des Reichstags behandelt und erörtert werden sollen. Eine solche Erörterung ist sowohl bei der ersten Lesung des Haushaltsplans als auch bei der zweiten möglich. Hier können die Anträge nach der im Reichstage üblichen Gepflogenheit in sogenannte Resolutionen umgewandelt werden, über die dann nicht nur gesprochen, sondern abgestimmt werden muß. Daß die Anträge als solche auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, ist vorläufig nicht geplant und würde auch mit der ständigen Übung des Reichstags, insbesondere während der Kriegszeit, nicht vereinbar sein.“

Die „Kreuzztg.“ erklärt:

„Es ist eine grobe Irreführung, wenn man den Anschein zu erwecken sucht, als handele es sich um den Versuch einer Einmischung in militärische Angelegenheiten. Und wir fürchten, daß gerade solche entstellenden und irreführenden Darstellungen es sehr schwer machen werden, den Wunsch der Bayerischen Staatszeitung zu erfüllen, daß die U-Boot-Anträge nur vertraulich in der Kommission verhandelt werden. Wer will es den Parteien, deren Absichten in solcher Weise verdächtigt werden, verdenken, wenn sie auf einer Art der Verhandlung bestehen, bei der allein sie in der Lage sind, sich wirksam gegen derartige Angriffe zu verteidigen.“

In den Blättern der Rechten wird hervorgehoben, daß auch der Hospitant der Konservativen, Abg. Gebhart, dessen Name unter dem konservativen Antrag infolge eines Versehens fehlt, unterschrieben hat. Nach der „Deutschen Tagesztg.“ gehört der „wilde“ Abg. Hestermann, der nicht unterzeichnet hat, nicht der deutschen Fraktion an, „sondern läßt sich ihr nur zum Zweck der Ausschußbesetzung zuzählen.“

21./III. 1916.

Gegen Mercier.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Köln, 21. März.

Zum Schreiben des Generalgouverneurs von Belgien an Kardinal Mercier schreibt das rheinische Zentrumsblatt, die „Rheinische Volkszeitung“: Die deutschen Katholiken können es nur bitter beklagen, daß ein katholischer Kirchenfürst so aus dem Rahmen seiner hohen kirchlichen Stellung heraustritt, wie dies Kardinal Mercier in seinem letzten Hirtenschreiben, das eigentlich diese Bezeichnung gar nicht verdient, getan hat. Von religiösen Gesichtspunkten aus ist die Verbindung und Vermischung von Religion und Politik, wie sie dem Kardinal Mercier im Laufe des Krieges in steigendem Maße zur Gewohnheit geworden ist, eine durchaus betrübbende und in ihren Wirkungen unheilvolle Erscheinung. Zunächst verkündet er den Belgiern mit einer ganz sonderbar anmutenden Sicherheit den endgültigen Sieg des Vierverbandes und den Triumph Belgiens. Er scheint kein Gefühl mehr dafür zu haben, welche unheilige Verstimmung dadurch in der belgischen Bevölkerung hervorgerufen werden muß; viel schlimmer aber wird die Haltung des Kardinals durch seine Hinweise auf die übernatürliche Hilfe, wenn er von einer natürlichen und einer übernatürlichen Ueberzeugung spricht, die den endgültigen Sieg verspreche. Theologisch ist eine solche Ausdrucksweise durchaus verfehlt, denn der Kardinal kann wohl nicht behaupten, daß ihm eine private Offenbarung über den Sieg der Alliierten zustehen würde, der die gläubigen Katholiken in Ausdrücken irre führt, die verfehlt sind. Außerdem wird in diesem Schreiben ein Mißbrauch mit den Worten der Heiligen Schrift getrieben, der uns bei einem Kirchenfürsten von der Gelehrsamkeit des Kardinals Mercier ganz unbegreiflich vorkommt. Eine Aeußerung des Heiligen Vaters, daß er mit Belgien Mitleid empfindet, wird so dargestellt, als ob der Papst auf Seiten Belgiens stehe, wie überhaupt mit dem Namen und der Autorität des Papstes hier ein Mißbrauch getrieben wird, wie er schlimmer kaum gedacht werden kann. Das Verstehe ich aber der Kardinal, indem er den Belgiern die Möglichkeit ausmalt, daß das deutsche Heer von Seuchen heimgesucht werde und seine Niederlage dadurch erfolgen könne.

Rescue of Europeans from Kamerun.

B. Berlin, 20. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Schon vor einiger Zeit kam die Nachricht hieher, daß etwa neunhundert Europäer von Kamerun aus auf spanisches Gebiet übergetreten sind. Es wird nunmehr seitens des deutschen Botschafters in Madrid als Mitteilung der spanischen Regierung berichtet, daß sich unter den Uebergetretenen der Gouverneur befindet und daß sich im übrigen die Gesamtzahl aus 73 Offizieren, 22 Ärzten, 310 Unteroffizieren und Krankenpflegern und 170 Soldaten sowie aus 400 Zivilpersonen zusammensetzt. Aus diesen Zahlen läßt sich der Schluß rechtfertigen, daß es allen noch im Schutzgebiet befindlichen Europäern sowohl den der aktiven Schutztruppe Angehörigen und zu deren Verstärkung Eingezogenen, als auch den sonst im Lande sich aufhaltenden Deutschen gelang, sich der französisch-englischen Kriegsgefangenschaft zu entziehen. Die Namen der nunmehr unter dem Schutz der spanischen Regierung stehenden Deutschen sind zur Zeit noch nicht bekannt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

B. Berlin, 20. März. Das Abgeordnetenhaus nahm ohne Debatte den Antrag der Fortschrittlichen auf Errichtung einer Professur für ungarische Sprache und Geschichte an der Berliner Universität an.

Bei der dritten Lesung des Etats gab Abgeordneter Dr. v. Niegolewski (Pole) folgende Erklärung ab: Schon bei der vorigen Etatsberatung legten wir feierlich Bewahrung dagegen ein, daß die gegen das polnische Volk gerichteten Etatspositionen noch weiter im Etat standen und daß die Staatsregierung sich nicht entschließen konnte, diese Positionen zu streichen. Wir empfanden

es auch in diesem Jahre als schwere Verletzung der berechtigten Interessen der polnischen Bevölkerung, daß diese Positionen auch in diesem Etat stehen, und erklären, daß, solange das der Fall ist, wir gegen den Gesamtetat stimmen müssen.

B. Berlin, 20. März. Das Abgeordnetenhaus hat den Etat in dritter Lesung bewilligt.

Die türkische Kalenderreform verlag.

K. Konstantinopel, 19. März. Der von der Kammer in erster Lesung genehmigte Gesetzentwurf über die Einführung des gregorianischen Kalenders ist wegen gewisser Abänderungen in der zuständigen Kommission der Kammer geblieben und konnte nicht definitiv angenommen und an den Senat überwiesen werden; daher konnte diese Reform der türkischen Zeitrechnung mit dem neuen, am 14. L. M. begonnenen Finanzjahre nicht in Anwendung gebracht werden.

21. / III. 1916

Die Rede Salandras.

R. Zürich, 19. März. (Italienische Kammer.) Der Ministerpräsident Salandra sagte schließlich: Man frage, ob die Regierung bei dem Abschluß der neuen Bündnisse die Interessen Italiens gesichert hätte. Hohe Staatsrücksichten verbieten dem Ministerium, eine Antwort darauf zu geben. Möge jeder nach Gewissen und Vernunft urteilen. Denjenigen, die von einem größeren Kriege gesprochen haben, ist zu antworten, daß solche Argumente in einer politischen Versammlung nicht besprochen werden können, wobei anzuerkennen ist, daß die Redner, die sich mit der Frage beschäftigten, dies mit großer Mäßigung getan haben.

Was die Kriegführung anbetrifft, muß man zu den Führern der Armee Vertrauen haben. Den Argwohn auszusprechen, daß die Regierung sich nicht eifrig genug zugunsten des Krieges zeige, kann nur den Feinden ein Vergnügen bereiten. Es ist schmerzlich, daß die edle patriotische Bewegung beeinträchtigt wird durch Treibereien, die die Tätigkeit der Regierung in dem gegenwärtigen Augenblicke mindern wollen. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung ist nicht verschwenderisch mit Worten, aber man kann ihr keinen Mangel an Eifer vorwerfen. Solange unsere alten Herzen nicht brechen, werden sie die Quellen dieses Eifers sein können und brauchen nicht anderswo zu schöpfen. (Lebhafter Beifall.)

Heute sind zwei Jahre verflossen, seit die Regierung ihr Amt übernommen hat. Da die Macht der Ereignisse wollte, daß die gegenwärtigen Zeiten denkwürdig in Jahrhunderten sind, gehören die Taten der Regierung dem Urteil der Geschichte an. Wenn die Minister einiges Verdienst haben, wollen sie sich dessen nicht rühmen, um eine günstige Abstimmung des Parlaments zu erlangen. Bevor Italien in den Krieg eintrat, wagten fremde Botschafter zu schreiben, daß Italien wenig gelte als Verbündeter und wenig als Feind. Heute wird Italien von seinen Bundesgenossen gewürdigt und von seinen Feinden nach Gebühr respektiert. (Lebhafter Beifall.) Möge die Kammer Männer zur Regierung rufen, die sie geeignet hält zur Erreichung der Ziele des Landes. Was von Bedeutung ist, ist nur, daß die Ziele erreicht werden. Damit aber die Regierung mit Nutzen tätig sein könne, muß sie des ständigen Vertrauens des Parlaments sicher sein. (Lebhafter Beifall.) Möge Ihre Abstimmung klar und deutlich, ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken sein. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

21. III. 1916

Ribot über den Staatshaushalt Frankreichs.

Die täglichen Kriegsausgaben Frankreichs und Englands.

S. Bern, 20. März. Bei Beratung des Staatshaushaltes in der französischen Kammer erklärte Finanzminister Ribot, daß Frankreich täglich 93 Millionen Frank Kriegsausgaben habe; die Ausgaben Englands betrügen täglich 110 Millionen und würden bald auf 125 Millionen steigen.

Ein verzweifelttes Auskunftsmittel.

In Besprechung der Frage, wie Frankreich, dessen Gebiet zum Teil sogar besetzt ist, die ungeheuren Lasten tragen werde, begnügte sich der Minister, das Recht zu fordern, die in französischen Händen befindlichen Wertpapiere von neutralen Staaten zu beschlagnahmen, um sie von amtswegen zu verkaufen.

Alkoholmonopol und Kriegsteuer.

Ribot sprach ferner die bestimmte Hoffnung auf Annahme des Alkoholmonopols aus, erwähnte aber nichts von einer eigentlichen Kriegsteuer, wie es die Linke erwartet hatte, und erklärte, die Frage der Vermögenssteuer würde erst nach dem Kriege spruchreif werden.

Kriegskalender.

12. März: Italienische Artillerie beschießt lebhaft die Stellungen des Görzer Brückenkopfes, den Südteil der Stadt Görz und die Hochfläche von Doberdo; gegen den Langenboden (nordöstlich von Paulawo) richtet sich heftiges feindliches Geschützfeuer. — Westlich der Maas werden hartnäckige französische Angriffe gegen die neuen deutschen Stellungen abgewiesen, auch bei Obersept scheitern französische Gegenangriffe. — Nördlich von Auen werden die Engländer zum Rückzug gezwungen. — Rezerovistenunruhen in Kairo. — Die Verhandlungen der nordischen Minister in Kopenhagen beendeten.

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 21. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

20. März, 11 Uhr nachts. In den Argonnen zerstörte unsere Artillerie deutsche Gräben nordöstlich Four de Paris. Bei Haute Chevauchee richteten wir Zerstörungsgeschosse auf feindliche Werke, das eine beträchtliche Entwicklung von schwefeligen Dämpfen, die aus den durch unsere Geschosse zerstörten Behältern herrührten, zur Folge hatte.

Im Abschnitt Avocourt-Malancourt unterhielten wir eine heftige Kanonade und zerstreuten feindliche Ansammlungen, die uns im Norden des Waldes Montfaucon gemeldet worden waren. Westlich der Maas unternahmen die Deutschen im Laufe des Tages nach einer heftigen Beschießung mit großkalibrigen Geschossen den Versuch, die Front zu verbreitern. Eine neue feindliche Division, die erst kürzlich von einem entfernten Teile der Front hieher gebracht worden war, richtete einen sehr heftigen Angriff, der von Ausstrichen brennender Flüssigkeiten begleitet

war, auf unsere Stellungen zwischen Avocourt und Malancourt. Unser Sperrfeuer und das Feuer der Maschinengewehre und der Infanterie brachten den Deutschen starke Verluste bei und brachen die Gewalt ihrer Angriffe, die nur auf einem Punkte der Angriffsfront im Teile östlich des Waldes Malancourt leicht fortschreiten konnten. Bei der Höhe 504 in Gegend des Waldes Bourrus heftiges Geschützfeuer.

Oestlich der Maas und in der Woivre war die Artillerietätigkeit zeitweilig aussehend.

In der Nacht zum 20. d. warfen unsere Kampfflugzeuge 25 Geschosse auf den Bahnhof Dun an der Maas, wo bedeutende Truppenbewegungen gemeldet waren. Alle Geschosse trafen genau. Am Morgen des 20. d. mußte eines unserer Jagdflugzeuge in der Gegend Verdun niedergehen. Ein feindliches Flugzeug fiel in unsere Linien.

Belgischer Bericht.

Am Tage des 20. d. war die Artillerietätigkeit ziemlich groß. Während der letzten Nacht warfen englische, französische und belgische Flugzeuge Bomben auf das Flugfeld Bouttave.

Das Nobelpreiskomitee und Bryan.**Ein Protest des Abg. Dr. Heilingner.**

Bekanntlich sind die Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft nach den Bedingungen für die Verteilung des Nobelpreises berechtigt, Kandidaten für den Nobelpreis vorzuschlagen. Diesen Bestimmungen entsprechend, hat nun das Mitglied des österreichischen Parlaments Abg. Dr. Heilingner, wie bereits von uns gemeldet, am 20. Jänner d. J. den vormaligen Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan für den Friedenspreis in Vorschlag gebracht und diesen Vorschlag folgendermaßen begründet:

Bryans Haltung in der Frage der Munitionslieferungen hat die Bewunderung jedes Friedensfreundes hervorgerufen. Bryan hat erkannt, daß der entsetzliche Weltkrieg schon sein Ende hätte und die Friedensverhandlungen unter der Ägide der Vereinigten Staaten Nordamerikas bereits begonnen hätten, wenn nicht die Vereinigten Staaten durch Munitionslieferungen zugunsten der Weiterführung des Krieges eingegriffen hätten. Als Friedensfreund und in seiner Eigenschaft als führender Staatsmann hat es Bryan nicht länger

ertragen können, daß sein Vaterland den Frieden verzögere, und er hat daher als konsequenter Vertreter der Idee des Friedens und der Humanität seine Stelle als Staatssekretär niedergelegt. Bryan hat sich durch dieses Verhalten ein unvergängliches Verdienst um den Friedensgedanken erworben.

Dieser vom Abg. Dr. Heilingner erstattete, brieflich übermittelte Vorschlag wurde nun zufolge eines dem genannten Abgeordneten zugekommenen Schreibens des Sekretärs des Komitees Noe vom 24. Februar 1916 mit der Motivierung zur Verhandlung des Nobelpreiskomitees nicht zugelassen, weil der erstattete Vorschlag verspätet in die Hände des Komitees gelangt wäre. Abg. Doktor Heilingner hat nunmehr bei dem Nobelpreiskomitee gegen eine solche Entscheidung Protest eingelegt. In dem Protest führt Dr. Heilingner unter anderem aus, daß die Begründung für die Nichtzulassung des Vorschlages Bryan nicht stichhältig sei. Die Bestimmungen des Nobelpreiskomitees verlangen, daß die Kandidaten vor dem 1. Februar 1916 dem Komitee vorgeschlagen sein mußten. Dies ist in dem vorliegenden Falle geschehen. Der Vorschlag Bryan ist bereits am 20. Jänner 1916, also vor dem 1. Februar 1916, erfolgt. Die Bedingungen verlangen jedoch nicht, daß die Vorschläge am 1. Februar 1916 schon im Besitz des Nobelpreiskomitees sein mußten. Es genügt, wenn der bezügliche Vorschlag vor dem bestimmten Datum erstattet ist. Die Zustellung, beziehungsweise der Postenlauf des Vorschlages hat nach der Fassung der Bedingungen keinen Einfluß auf die Gültigkeit eines Vorschlages, noch insbesondere in der Kriegszeit, wo man auf eine prompte Zustellung nicht rechnen kann. Dafür, daß eine in der Kriegszeit nur natürliche Verspätung in der Zustellung des Vorschlages an das Komitee nicht von entscheidender Bedeutung sei, spricht auch die Ansetzung des späten Termins vom 10. Dezember 1916, wo erst die Preisverteilung stattfindet.

Das sachliche meritorische Moment des Verdienstes um den Frieden und nicht das formelle Moment der Zustellung des Vorschlages sei eben maßgebend. Nach den Intentionen des Stifters des Nobelpreises soll demjenigen, der sich um den Frieden am meisten verdient gemacht hat, dem Würdigsten jeweils der Preis zufallen. Im vorliegenden Falle Bryan ist besonders auch ins Auge zu fassen, daß es sich um die Würdigung eines großen Verdienstes in der für den Weltfrieden ausschlaggebenden Frage der amerikanischen Munitionslieferungen handelt.

Abg. Dr. Heilingner erklärt am Schluß seines Protestes an das Nobelpreiskomitee, daß sein Vorschlag Bryan als zu Recht bestehend zu betrachten und die Zurückweisung desselben nicht stichhältig sei, und verweist wiederholt darauf, daß eine Fassung der Bedingungen für die Verteilung des Nobelpreises, wonach die erstatteten Vorschläge bis 1. Februar 1916 bereits im Besitze des Komitees sein müssen, nicht besteht, und bittet aus diesen Gründen, seinen Vorschlag Bryan nicht einer ausweichend erscheinenden Erledigung zu unterziehen, sondern denselben in entsprechende Verhandlung zu nehmen.

Des weiteren begab sich Abg. Dr. Heilingner zum norwegischen Generalkonsulat in Wien, um auch auf diesem Wege für eine zweckentsprechende Ordnung der Angelegenheit die Möglichkeit zu geben, und hatte mit dem norwegischen Generalkonsul Neujelbt bezügliche Konferenzen. Weiter hat sich Abg. Dr. Heilingner in der Angelegenheit auch an den norwegischen Minister des Äußern Thlen mit dem Ersuchen gewendet, zu intervenieren und soweit es ihm die Bestimmungen des Nobelpreises einräumen, dafür einzutreten, daß der Vorschlag Bryan vom Nobelpreiskomitee in Verhandlung gezogen werde. Wie auch aus vielen Zuschriften, die Abg. Dr. Heilingner aus dem In- und Ausland erhält, hervorgeht, ruft der Vorschlag Bryan für den Friedenspreis überall großes Interesse hervor.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 20. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

17. März. In der Nacht auf den 16. versuchten feindliche Infanterieabteilungen, durch Artillerie unterstützt, unsere Stellungen südöstlich Rovereto und in Val Sugana an-

zugreifen. Sie wurden durch das Feuer unserer Schützen und einige Geschützsalven zurückgeschlagen. Im Tosanaabschnitte (Weitetal) besetzten wir trotz ungünstiger Wetterverhältnisse die Stellung in der Forzella di Fontana Negra zwischen der ersten und zweiten Tosana Spitze in 2588 Meter Höhe. Ein feindlicher Umgehungsversuch wurde unverzüglich abgeschlagen. Im Sellatal beschossen wir wirksam das Fort Henzel. An der Pianzoni Front Artilleriekampf und Tätigkeit unserer Infanterie mit wirksamem Bombenwerfen. Eine eigene Abteilung drang überraschend in einen Graben östlich Poteane ein (Monte San Michele) und erbeutete dort Gewehre, Munition und Schutzsilbe.

18. März. Im Gebirge lebhafteste Geschütztätigkeit. Unsere Artillerie zerstreute feindliche Marschkolonnen in der Richtung gegen Landre (oberes Rienztal) und erneuerte die Beschädigung des Bahnhofes von Toblach, wo sie sichtbare Schäden und einige Brände hervorrief. Die feindliche Artillerie verlegte sich hartnäckig mit besonderer Heftigkeit gegen unsere Stellungen auf der Höhe von Santa Maria in der Tolmeiner Zone. Auf der übrigen Front nahmen gestern die Unternehmungen unserer Abteilungen, durch die Artillerie unterstützt, ihren Fortgang. Der Feind legte rege Wachsamkeit an den Tag und machte reichen Gebrauch von Bomben und Raketen. Feindliche Flieger warfen Brandbomben in der Nähe der Punta di Sdobba im Golf von Ponzano, ohne Schaden anzurichten.

Rußland.

19. März. Im Abschnitt Riga richtete der Feind heftiges Artilleriefeuer gegen den Brückenkopf Nertküll. Weiter südlich im nördlichen Teile des Abschnittes Jakobstadt Artilleriekampf. In der Gegend Widsy beschoss unsere Artillerie die deutschen Gräben. Beim Dorfe Medsjany (zwei Kilometer südlich von Dweretsch) versuchte der Feind anzugreifen, wurde aber zurückgeschlagen. Die feindliche Artillerie entwickelte in der Gegend des Fleckens Smorgen einige Feuerleistung. An der oberen Strypa eroberten unsere Jagdkommandos einen feindlichen Schützengraben und wiesen durch Feuer Gegenangriffe des Feindes zurück. In derselben Gegend wurde ein Versuch des Feindes, an das Dorf Jozefowka (18 Kilometer südlich von Tarnopol) heranzukommen, vereitelt.

Die Torpedierung der „Elektra“.

Protestkundgebung der Oesterreichischen Gesellschaft vom
Roten Kreuze.

Die Bundesleitung der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze hat aus Anlaß der Torpedierung des Spitalschiffes „Elektra“ eine Protestkundgebung beschlossen und an das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz zu Genf“ geleitet. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Laut Mitteilung des k. u. k. Kriegsministeriums, Marineektion, ist am 18. März l. J. das auf der Fahrt von der Nordadria nach Süddalmatien begriffene gewesene Seehospital- schiff des Oesterreichischen Roten Kreuzes „Elektra“ von einem feindlichen Unterseeboot anlanziert und schwer beschädigt worden. Zwei Angehörige des Schiffspersonals werden ver- misst, drei sind verletzt. Die „Elektra“ war als Seehospital- schiff gemäß Artikel 2 des „Abkommen betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg“ vom 18. Oktober 1907 den feindlichen Kriegsmächten notifiziert und mit den nach Artikel 5 dieses Abkommens für solche Fahr- zeuge vorgeschriebenen äußeren, weit sichtbaren Kennzeichen ver- sehen worden. Die Anlanzierung erfolgte nach dem ge- richtlichen Berichte des k. u. k. Flottenkommandos, ohne daß das Schiff angehalten worden wäre, bei klarer Sicht und hellem Sonnenschein. Mit vollem Recht bemerkt dieser Bericht über die ebenso ruchlose wie feige Tat des feindlichen Untersee-

bootes, daß eine kräftige Verletzung des Völkerrechtes sich nicht denken lasse. Wir erheben gegen die Torpedie- rung unseres Seehospital- schiffes, durch welche sich die betreffende feindliche Kriegsmarine mit unansäglichlicher Schmach und Schande bedeckt hat, den aller- schärfsten Protest. Da es nicht bekannt ist, welcher feindlichen Kriegsmarine das Unterseeboot angehört, stellen wir das ebenso höfliche als dringende Ersuchen, diesen unseren Protest über das ganze unqualifizierbare Vorgehen des feind- lichen Tauchbootes den Kommanden der feindlichen Kriegs- flotten im Wege der betreffenden Gesellschaften vom Roten Kreuze vollinhaltlich bekanntzugeben.

Für die Bundesleitung:

Hudolf Graf Traun, Bundespräsident.

Der irische Nationalkonvent in New-York.

Wunsch nach einer Niederlage Englands.

New-York, 18. März.

Der hier am 4. und 5. März von Clannagel sowie Friendly Sons of St. Patrick und den Vereinigten Irischen Gesellschaften veranstaltete irische Nationalkonvent, welcher einberufen wurde, um Mittel zu finden, Irland nach dem Kriege zur Selbständigkeit zu verhelfen, konstituierte sich als neue ständige nationale Organisation, welche den Namen „Freunde der Irischen Freiheit“ annahm. Sie wird von einem aus 60 Mitgliedern bestehenden Nationalkomitee verwaltet. Der Komponist Viktor Herbert wurde zum Präsidenten gewählt. Der Zweck der Organisation ist die Unterstützung aller auf die Unabhängigkeit Irlands hinielen- den Bestrebungen, die Förderung der industriellen Entwicklung Irlands und die Pflege der geistigen Güter. Der Nationalkonvent ist auch in der Hoffnung und Ueberzeugung gegründet, daß Deutschland England schlagen und daß Irland dann völlig unabhängig sein werde. Der Eröffnung des Konvents wohnten 2000 Abgesandte aus allen Einzelstaaten der Union bei, darunter zahlreiche Richter.

Nach Eröffnung des Nationalkonvents sprach Monsignore Braun. Die ganze Versammlung stand auf und brach in brausenden Beifall aus, als Braun erklärte, Irland müsse unabhängig gemacht werden. Irland sei lange genug mit England verbunden gewesen, um die Annahme, diese Vereinigung könne jemals etwas Gutes schaffen, hinfallig erscheinen zu lassen.

Der Vorsitzende des New-Yorker Supreme Court, Richter John Goff, hielt dann eine packende, von stürmischem Beifall aufgenommene Rede und erklärte, die Gefühle der Irländer seien keineswegs auf Seiten der Engländer, und es sei nur dem Umstande zuzuschreiben, daß das unterdrückte Irland Augenblicklich wieder von englischen Bajonetten starre, wenn es hie und da erscheinen wolle, als hätten die Irländer den alten Groll gegen ihre Unterdrücker begraben. Wenn die Irländer sich jetzt für England aussprechen, geschehe das sicherlich nur zwangsweise. Die Irländer könnten nur die Niederlage Englands herbeisehnen. Alle Irländer hätten das felsenfeste Vertrauen, daß die Tage der Freiheit endlich heranbrechen werden. Auf die augenblicklich in Irland herrschende Schreckensherrschaft hinweisend, erklärte Goff, trotz aller Lügenmeldungen stehe unumstößlich fest, daß das Herz Irlands noch immer treu schlage. Deshalb müßten die amerikanischen Irländer die im britischen Unterhause getane Äußerung, 90 Prozent der Irländer sympathisieren mit den Engländern, als Lüge zurückweisen. Die irländischen Amerikaner hätten das Recht, mit dem Lande ihrer Vorfahren zu sympathisieren und Interesse an den Vorgängen in Irland zu nehmen. Goff betonte die Pflicht der amerikanischen Regierung, dem Kriege fernzubleiben, und verlas Georg Washingtons Mahnung, sich europäischen Händeln fernzuhalten. Die einzige gefährliche Propaganda in Amerika sei die, welche auf den Krieg mit Deutschland abziele. Er bezeichnete als lächerlich die Behauptung, die Zivilisation müsse vor den deutschen Barbaren geschützt, die kleinen Nationen beschützt werden. Die Rechte der amerikanischen Bürger müßten natürlich geschützt werden; wenn aber in Kriegszeiten ein Amerikaner aus Gründen des Profits oder des Amusements sich leichtsinnig in Gefahr begeben und darin umkomme, so dürfe sein sträflicher Leichnam nicht die ganze Nation in die Schreden eines Krieges verwickeln.

Der St. Louiser Richter Duell Ryan, welcher zum Vorsitzenden gewählt wurde, erklärte, jeder religiöse und politische Zwiespalt sei vergessen, und in dieser Zeit allgemeinen Zweifels hätten die Abgesandten sich versammelt, um Washington zuzurufen: Wir wollen keinen Krieg. Die irländischen Amerikaner waren stets in der vordersten Reihe, wenn es galt, Amerikas Ehre zu verteidigen. Deshalb hätten sie auch das Recht, nach 18 Monaten der Neutralität zu fordern, daß Amerika den

Mittelmächten nicht den Fehdehandschuh vor die Füße werfe. Ich hoffe, Amerika werde an der Friedenskonferenz teilnehmen und seine Stimme zugunsten Irlands erheben. Wenn England den Kampf der kleinen Nationen kämpft, wie es behauptet, welche Nation hätte dann einen größeren Anspruch nach Berücksichtigung als Irland?

Professor Robert Thompson von Philadelphia führte aus: Die Irländer weckten den neuen Geist in Amerika auf. Irland wird stets ein Hungerland bleiben, bis die Gewerbstätigkeit neu erweckt wird. Will man Irlands Industrie neu beleben, dann dürfe man sich nicht auf England verlassen.

John Devoy nannte Deutschland die einzige Macht, welche England zu Boden werfen könne, sprach aber auch die Hoffnung aus, daß die Irländer einen angemessenen Beitrag zu diesen löblichen Werken leisten. Irland müsse als Befechter der eigenen Sache gegen die englischen Bedrücker selbständig in die Reihe der kriegsführenden Mächte eintreten.

Der New-Yorker Richter Cohalan erklärte, Amerika könne niemals zu Fall kommen, es sei denn durch britische Gewalt oder britische Ränke im Innern Amerikas. Niemals wäre es für Irländer notwendiger gewesen, als heute, auf die Amerika von England drohenden Gefahren hinzuweisen.

In der Schlußsitzung des Konvents, der 3000 Personen bewohnten, wurde unter überwältigenden Beifallstundgebungen eine Resolution angenommen, die in die Geschichte als irische Unabhängigkeitserklärung übergeht und in der Amerika und die anderen Mächte erjucht werden, Irland als unabhängige Nation anzuerkennen.

Jeremiah Dearth, der Führer der American Truth Society rief aus: Wir wollen ein Irland, nicht als Monarchie, nicht als wesentlichen Bestandteil des britischen Reiches, sondern als irische Demokratie.

In der Resolution heißt es: England versuchte seit Jahrhunderten offen und insgeheim unsere Geschichte umzuschreiben. Niemals war es so bereit zu bewaffnetem Konflikt mit Amerika, wie jetzt. Wir appellieren an den Präsidenten Wilson und den Kongreß, das Nötige zu veranlassen, um die amerikanische Flagge der Flotte wie der Handelsmarine den Flaggen der anderen Nationen auf den Meeren gleichwertig zu machen. Wir fordern, daß amerikanische Passagiere gewarnt werden vor der Benützung von Schiffen mit Kriegskonterbande. Wir verlangen, daß unsere Neutralitätsgesetze gerecht und unparteiisch durchgeführt werden. Wir appellieren an die Mächte, insbesondere Amerika, anzuerkennen, daß Irland eine europäische, nicht eine britische Insel ist, und die Tatsache zu würdigen, daß die vollständige Unabhängigkeit Irlands vom britischen Reiche zur Erreichung der Freiheit der Meere unumgänglich notwendig ist.

Von den Schweizern und ihren Freunden in Wien

nk. Wien, anfangs März 1916.

Vor kurzem fand hier die sehr gut besuchte 24. Generalversammlung der Schweizer Gesellschaft statt. Der Vorsitzende, Herr Otto Reinele, ließ den Jahres- und Kassabericht für das Jahr 1915 vorlesen, die einstimmig genehmigt wurden. Die Zahl der Vereinsmitglieder ist auf beinahe hundert gestiegen, wie überhaupt die Wiener Schweizertolonie jetzt größer zu sein scheint als vor dem Krieg. Zwar sind viele Schweizer eingerückt, die meisten sind aber wieder hierher zurückgekehrt, und der Zuzug ist größer als sonst, da die Verhältnisse jetzt für intelligente Angehörige der neutralen Staaten, die hier Stellen oder Arbeitsgelegenheiten suchen, äußerst günstige sind.

Ein Mitglied der Generalversammlung regte an, daß der Verein als solcher für seine Mitglieder gewisse Lebensmittel, insbesondere Milchprodukte, aus der Schweiz beziehen möge, um sie seinen Mitgliedern zu möglichst billigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Von anderer Seite wurde auf die Schwierigkeit einer solchen Aktion aufmerksam gemacht und dann beschlossen, daß der Vorstand, der einstimmig wiedergewählt wurde, und ein eigens hierzu eingesetztes Komitee sich in dieser Angelegenheit mit der Schweizerischen Gesandtschaft ins Einvernehmen setzen solle.

Unter den Anwesenden befanden sich alle Funktionäre der hiesigen Schweizer Gesandtschaft, an ihrer Spitze der Minister Dr. Bourcart, welcher in der Versammlung eine patriotische Ansprache hielt. Er wies auf die ernste, schwere Zeit hin, welche die Schweiz trotz der von ihr bewahrten strengen Neutralität nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht durchmache, und brachte auf sie ein dreifaches Hoch aus.

Die Ansprache des Gesandten machte auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck und löste allgemeinen Beifall aus. Aber nicht nur in der Schweizer Kolonie, sondern auch in weiteren Kreisen der hiesigen Bevölkerung blickt man mit wachsendem Interesse auf die Verhältnisse in unserer kleinen, uns so teuren Nachbarrepublik. Die jüngsten Ereignisse, insbesondere die sogenannte „Oberstenaffäre“ hat die Aufmerksamkeit und auch das lebhafteste Bedauern maßgebender hiesiger Kreise gefunden.

Die Schweiz besitzt in Oesterreich-Ungarn eine große Zahl ehrlicher, aufrichtiger Freunde und auch die leitenden Männer unserer Monarchie achten und schätzen sie. Um so größer sind die Besorgnisse über die gegenwärtigen Verhältnisse. Mehr als andere können gerade wir Oesterreicher ermessen, welche große Gefahr eine Uneinigkeit der einzelnen Schweizer Nationalitäten für ihren Staat bedeuten.

Die Schweiz hat gerade in diesem Weltkrieg trotz vieler Schwierigkeiten eine alles überstrahlende Korrektheit und echte Neutralität gezeigt. Sie hat noch mehr getan. Unter großen Opfern hat sie es verstanden, das Ihrige beizutragen, die Schrecken dieses Krieges, wenigstens für einige arg Betroffene, so insbesondere für die im Feindesland Internierten und für die Kriegsgefangenen zu lindern. Das rote Kreuz auf weißem Feld ist so schön und so innig verbunden mit dem weißen Kreuz auf rotem Feld! Die Schweiz ist heute rings von kriegführenden Mächten umgeben und gewissermaßen der Brennpunkt der Unparteilichkeit und der Humanität. Sie hat auf diesen Gebieten schon vieles geleistet und große Aufgaben dürften ihr noch bevorstehen. Sie muß daher nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern vielleicht sogar in dem der Zukunft Europas auch fernerhin einig und stark sein. Jeder ihrer Staatsbürger muß sich — wie man hier allgemein wünscht — völlig als Schweizer und als Träger einer hohen Mission fühlen. Dieser Geist hat die Schweiz zu dem gemacht, was sie ist, und nicht nur die Schweizer im Ausland, sondern auch alle übrigen im Ausland lebenden Freunde dieses schönen Landes und seiner wadern Bevölkerung hoffen, daß er auch ferner walten werde, daß die Schweiz trotz aller Schwierigkeiten, die der Weltkrieg mit sich bringt, die festgefügte, sich selbst und ihren Nachbarn treue Eidgenossenschaft bleibe.

Die Kriegsanträge im Reichstag.

Angeichts der Behandlung, welche die dem Reichstag vorliegenden Anträge zum Handelskrieg gegen England durch amtlich beeinflusste Auslassungen erfahren haben, fühlen wir uns in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl führender deutscher Blätter zu folgender Erklärung gedrungen:

Die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben im deutschen Volk Empfindungen ernster Sorge hervorgerufen. Großadmiral v. Tirpitz gilt unserem Volke nicht nur als der Mann, dessen Tat- und Schöpferkraft das Wort unseres Kaisers, bitter not tue uns eine starke Flotte, zu glänzender Durchführung brachte, sondern zugleich auch als der deutsche Staatsmann, der den englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Wettbewerber am frühesten und am klarsten erkannte, und der entschlossen war, diesem Willen mit aller Kraft und rücksichtsloser Anwendung aller uns zur Verfügung stehenden Mittel zu begegnen. Die überwältigende Mehrheit unseres Volkes weiß sich darin eins mit dem Schöpfer und Organisator unserer Marine. Unbeschadet seines unerschütterten und unerschütterlichen Vertrauens zur Obersten Heeresleitung ist das Empfinden und die Sorge in ihm verbreitet, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage in Zusammenhang stehe; Äußerungen von Blättern, deren Verbindung mit Regierungsstellen bekannt ist, haben diese Auffassung bestätigt.

Nach unserer Ueberzeugung ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Boden völlig entzogen werde. Die dem Reichstag vorliegenden Anträge bieten dazu eine geeignete Handhabe. Deshalb begrüßen wir diese Anträge und weisen zugleich die an ihnen von amtlich beeinflussten Organen vorzeitig geübte Kritik als sachlich wie verfassungsmäßig unbegründet zurück. Wir entsprechen dem innersten Empfinden und den heißesten Wünschen weitester Volkskreise, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstag eine Würdigung zuteil werden lasse, die ihrem vaterländischen Geiste entspricht und ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verheißt.

Das offen auszusprechen, halten wir in diesen ersten Tagen für eine Pflicht gegen unser Volk und Vaterland, deren Erfüllung unser nationales Gewissen gebieterisch von uns fordert.

22. III. 1916

Dank an Tirpitz. Der Verein Hamburger Reeder hat nachfolgendes Telegramm an den Großadmiral v. Tirpitz gerichtet:

Die Hamburgische Schifffahrt kann Euerer Exzellenz nicht von Ihrem hohen Posten scheiden sehen, ohne Ihnen nochmals den Ausdruck ihres wärmsten Dankes zu übermitteln für das große Interesse und Verständnis, welches Euerer Exzellenz der deutschen Handelsmarine als unentbehrlicher Ergänzung der Kriegsmarine entgegengebracht haben. Die Hamburger Reeder verbinden mit ihrem Dank die herzlichsten Wünsche für Ihr und Ihres Hauses ferneres Glück.

Der Verein Hamburger Reeder.
Ballin, Vorsitzender.

Nach Schluß der gestrigen Vormittagsitzung des in Rostock zusammengetretenen außerordentlichen mecklenburgischen Landtages wurde folgendes Telegramm an Herrn v. Tirpitz zur Absendung gebracht:

Eine große Anzahl der zurzeit auf dem mecklenburgischen Landtage in Rostock versammelten Ständemitglieder hat mich beauftragt, ihrer schmerzlichen Ueberraschung und ihrem tiefsten Bedauern über das Ausscheiden Eurer Exzellenz aus dem Amte des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes zum Ausdruck zu bringen. Sie verbinden damit in dieser ersten Stunde die Hoffnung, daß die deutsche Flotte im Geiste Eurer Exzellenz in achtungsgebietender Weise und zielbewußt weitergeführt werde. Der Dank der Mecklenburger bleibt Eurer Exzellenz für alle Zeiten gesichert.

Landrat Freiherr v. Malhan-Molchow.

Die Nationalliberalen und ihr U-Boot-Antrag. Die parteiamtliche „Natlib. Korr.“ stellt fest, daß der U-Boot-Antrag der nationalliberalen Reichstagsfraktion die Unterschriften der Abgeordneten Wassermann, Bartling, Dr. Blankenhorn, Dr. Böhm, Dr. Böttger, Dr. Bollert, Götting, Heß, Heilmann, Heide, Hepp, Dr. Hoppe, Hirsch, Jäler, Kerckbaum, Kleve, Lafer, Vist (Ehlingen), Lützel, Meyer (Celle), Meyer (Herford), Dr. Obkircher, Dr. Ortman, Roland-Büde, Schlee, Schröder, Schulenburg, Sieg, Stöve, Strack, Dr. Stresemann, Dr. Thoma, Wachhorst de Wente, Wittke und Zimmermann trägt. Nicht unterzeichnet haben die Abgeordneten Bärwinkel, van Calker, Dr. Junck, Reinath, Marquardt, Paasche, v. Richthofen, Schiffer, Prinz Schönau-Carolath, Schwabach.

Ein sozialdemokratischer U-Boot-Antrag. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boot-Waffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

Als Redner für die politische Besprechung im Reichstag wurden die Fraktionsvorsitzenden, die Genossen Ebert und Scheidemann, gewählt.

Der Fressan resigniert. Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat in einer Fraktionsitzung zu den U-Boot-Anträgen Stellung genommen. Es wurde beschlossen, keine Anträge einzubringen.

Die „Germania“ vermittelt. Von Anfang an hat die Regierung in ihrer geschnittenen unterschiedlichen Behandlung der U-Boot-Anträge der Konservativen und Nationalliberalen und dem des Zentrums einen Wink mit dem Scheuer-

for dafür gegeben, daß sie über den Zentrumsantrag allenfalls mit sich wolle reden lassen, wenn sie die andern dadurch um so leichter loswerden könnte. In den Kreisen des Zentrums scheint man den Wink zu verstehen und ihn nicht unbeachtet lassen zu wollen. Schreibt doch heute die „Germania“ im Hinblick auf die beginnenden Reichstagsverhandlungen u. a.:

Fast will es heute scheinen, als wolle das besondere Interesse an den in den letzten Tagen so stark ins Kraut geschossenen hochpolitischen Fragen dasjenige an den Steuern ein wenig überwuchern. Noch steht nicht einwandfrei fest, welche Geschäftsordnungsmäßige Behandlung den zum U-Boot-Krieg eingebrachten Anträgen im Parlament zuteil werden soll. Kommt nicht eine Abmachung darüber zustande, daß man diese Dinge nur gesondert behandeln will, so ist es selbstverständlich, daß die allgemeine Etatsdebatte, die ja jede Frage in ihren Bereich ziehen kann, auch darüber eine Reihe von Äußerungen für und wider bringen wird. Vielleicht kann man der Ansicht sein, es würde nur empfehlenswert erscheinen, der angesammelten Spannung recht bald ein Ventil zu öffnen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß davon von allen Seiten nur der eine Gebrauch gemacht werden wird, der das höchste Interesse des Vaterlandes fest im Auge behält: Die Festigung der uns so bitter notwendigen Einigkeit, jenes restlosen Zusammenstehens des ganzen deutschen Volkes, dessen wir in weit größerem Maße bedürfen als irgendein Volk in der Reihe unserer Feinde. Und das kann nur geschehen, wenn man sich mit den feststehenden Tatsachen abfindet und auf dem Gedanken des Mittelweges zusammensindet, den der Antrag des Zentrums vertritt. Es ist nicht angängig, wie es von manchen vielleicht versucht werden möchte, diesen mit den Anträgen der Konservativen und Nationalliberalen in einen Topf zu werfen. Er ist von ihnen weit, wir dürfen wohl ohne Ueberhebung sagen, weise verschieden; er ist aber ebensowenig das, wofür ihn der fortschrittliche Abg. Gothein heute im „Berliner Tageblatt“ aufgeben wollte: er ist keine Gegenaktion gegen die der anderen Parteien. Den Gefühlen des deutschen Volkes gibt er berechneten Ausdruck, ohne den begründeten oder unbegründeten — das bleibe hier unerörtert — Verdacht, zu ermöglichen, als sollte irgendeiner zuständigen Stelle in der Kriegführung vorgegriffen werden. Wir nehmen nicht an, daß dahin die Absicht der übrigen Antragsteller geht, im Gegenteil, wir sind von ihrem wohlmeinendsten Willen fest überzeugt. Eben darum aber geben wir uns auch der Erwartung hin, daß sie der gegen ihren Willen entstandenen Auffassung — nicht bei den parteipolitisch Andersdenkenden, sondern bei den maßgebenden Stellen — den Zeitverhältnissen entsprechend gebührend Rechnung tragen werden. Stat regis voluntas! Die Entschlüsse der Obersten Heeresleitung für den gegenwärtigen Augenblick sind klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen, auch die militärpolitischen. Bleibt da dem Patrioten, der den nicht leicht zu überschätzenden Wert der Einigkeit des Volksganzen erfasst hat, etwas anderes übrig, als Disziplin zu üben? Auch der Soldat im Felde mag manches mal anderer Meinung über diese und jene Maßnahme sein, die er ausführen muß, als der verantwortliche Vorgesetzte — und dennoch muß er sie vollziehen, und er vollzieht sie! Sollten wir Heimsoldaten nicht Ähnliches für uns gelten lassen können, wenigstens jetzt, in so entscheidungsschwerer Zeit? ... Wir meinen, wenn in dieser Besinnung morgen oder wann immer es sein mag, eine Aussprache über die ausgetauchten Fragen stattfindet, dann wird der Feind überblick mit Argusaugen unsere Reichstagsverhandlungen verfolgen; dann wird er darin nicht den Keim beginnender Spaltung, die er erhofft, sondern die blühende Tugend der Selbstzucht finden, die uns groß gemacht hat und allein groß erhalten kann. Noch ist es Zeit!

Die Rahe läßt das Mäusen nicht und die „Germania“ nicht das Handeln. Wir glauben und hoffen, daß sie diesmal ihr Geschäft aber doch nicht so leicht und billig machen wird, wie sie sich's, nach diesen weichen Reden zu schließen, vorstellt.

U-Boot-Krieg und Nahrungsmittelversorgung. Im bayerischen Reichsrat erklärte der Reichsrat Buhl, wie unser Münchener Vertreter uns drahet, ein verschärfter U-Boot-Krieg, den er trotz allem noch zu erhoffen wage, würde die Frage der Lebensmittelversorgung vereinfachen.

Eine kurze Anstache Herrn Wassermanns. Der Führer der Nationalliberalen hat im Reichstag folgende Anfrage gestellt: „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet, sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika?“

22. III. 1916

Die Aufgeregten.

In allen Redaktionsstuben, wo man zum unentwegten Freisinn schwört, ist eine große Aufregung ausgebrochen. Unerhörtes ist geschehen. Leute, die nicht zum unentwegten Freisinn schwören, haben es gewagt, auf Wegen, auf denen schon vor Jahr und Tag Fortschrittler und Demokraten für ihre Kriegsziele agitierten, sich mit ihren Gesinnungsgenossen zusammenzufinden und einen Ausdruck für ihre brennendsten vaterländischen Sorgen zu finden.

Hier der beklagte Tatbestand und das Corpus delicti: Seit einigen Tagen geht in nationalen Kreisen eine Eingabe an den Reichstag um, der folgendes Begleitschreiben beigefügt ist:

Sehr geehrter Herr! Die nachstehend abgedruckte Eingabe an den Deutschen Reichstag geht Ihnen mit der dringenden Bitte zu, sie sofort zu zeichnen und mit so vielen Unterschriften wie möglich spätestens drei Tage nach Empfang dieses Schreibens in verschlossenem Brief an Herrn Abgeordneten Fuhrmann, Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus, zu senden.

Auf deutliche Namensunterschrift und postlichere Wohnungsangabe ist besonders zu achten.

Mit bestem Dank für Mitarbeit
in vorzüglicher Hochachtung

D. Dr. phil. et jur. Dietrich Schäfer,

Professor der Geschichte an der Universität Berlin, großherzoglich-badischer Geheimer Rat.

Uns selbst war von dieser Eingabe und diesem Begleitschreiben natürlich auch schon seit Tagen Kunde zugekommen. Unseren Lesern haben wir, wie jedenfalls andere nationale Blätter auch, nicht etwa aus besonderer List und Tücke und weil sich's um ein im Trüben schleichendes Dunkelmännerwerk handelte, keine Kenntnis davon gegeben, sondern weil wir, wie die Dinge heute liegen, mit Bedauern voraussetzten, daß uns ein öffentlicher Hinweis auf eine solche Eingabe, ihren Inhalt und ihre Absicht sehr übel vermerkt werden könnte. Da jetzt alle fortschrittlichen Kapitolswächter die Sache über Stadt und Gassen schnattern dürfen, sehen wir uns dieser sehr peinlichen Zurückhaltung mit Dankbarkeit enthoben und weisen unsere Leser mit Vergnügen auf jene Eingabe hin, die ihnen jedenfalls aus innerstem Herzen gesprochen ist und ihren Beifall, ihre Unterstützung finden wird, wo sie auf sie treffen. In der Abfassung und Verbreitung dieser Eingabe sehen die unentwegt freisinnigen Kapitolswächter eine spezifisch nationalliberale Tücke. Die Herren Fuhrmann und Schäfer werden mit ätzender Lauge sittlicher Entrüstung überschüttet, rücksichtslos an den freisinnigen Pranger gestellt und mit den stärksten Ausdrücken totgeschlagen. Nach unseren Nachrichten befinden sie sich aber beide noch verhältnismäßig lebendig. Daß man eine Sache um der Sache willen vertreten und verteidigen kann und muß, scheint dem „Berl. Tagebl.“, das immer auf Nebenzweck ausschaut, schlechtthin unbegreiflich zu sein.

Eine spezifisch konservative Niedertracht derselben Art sehen die Hüter des Freisinns in der auch von uns veröffentlichten Erklärung zu den Kriegsentscheidungen im Reichstag. Als „Neue konservative Rundgebung“ rufen sie diese Erklärung aus. Das ist mindestens eine objektive Unwahrheit; denn die Erklärung ist auch von nationalliberalen und unabhängigen Zeitungen abgedruckt worden. Es handelt sich um eine Sache, die mit keiner Parteireiberei irgend etwas zu tun hat. Es handelt sich einfach um einen Ausdruck des elementarsten Bedürfnisses nationaler Gewissenswahrung, und es spricht wenig für die Sache der fortschrittlichen Entrüstungsmacher, daß sie den Tatbestand zu verdunkeln suchen.

Je hartnäckiger dieses Spiel getrieben wird, desto weniger wird es gelingen, einer klärenden und das Gewissen der Nation während der Verhandlung der konservativen, nationalliberalen und Zentrumsanträge vorzubiegen. Es handelt sich für die bürgerlichen und nationalen Parteien keineswegs, wie ihnen unterstellt wird, um den Versuch einer Einmischung in den Befehlsbereich der Heeresleitung. Daß Besorgnisse in anderer Richtung nicht einfach von der Hand zu weisen sind, beweist zum Beispiel eine Zuschrift, die dem „Deutschen Kurier“ aus den Kreisen der nationalliberalen Reichstagsfraktion zugeht, und die feststellt, daß d e r K a n z l e r

selbst in seiner Besprechung mit den Fraktionsführern des Reichstages nicht die technische Anwendung der Waffe, über welche die maßgebenden Stellen der Marine zu entscheiden haben, sondern allein die außenpolitische Rückwirkung einer solchen Anwendung erörtert hat. Die bürgerlichen und nationalen Parteien werden es sich also wohl um so weniger nehmen lassen, über ihre und unsere Sorgen im Reichstag ein aufrichtiges und wirksam klärendes Wort zu sagen, je beständiger die Staatszeitungen aller Bundesstaaten im Gefolge des „Berliner Tageblattes“ sich bemühen, die Natur, die Quelle und die Zielpunkte dieser Besorgnisse zu verweisen.

Der holländische Schiffsverkehr.**Die Proteste der Mannschaften.**

Amsterdam, 21. März. Wie aus Rotterdam berichtet wird, beschlossen die dortigen Seelente, sich nicht anmustern zu lassen, solange die Regierung nicht entsprechende Maßregeln zum Schutze der Schiffe ergriffen hat. Als solche Schutzmaßregeln werden gefordert: Begleitung durch Kriegsschiffe, Vorfahren eines Minensuchers vor jedem ein- und ausfahrenden Schiff und Einhaltung eines Kurzes, der um Schottland herumführt. Heute wird die Leitung der Seemannsvereinigung „Bolkarding“ eine Audienz beim Minister des Innern haben.

Der Dampfer der Batavier-Linie, der gestern abend nach London hätte abgehen sollen, ist nicht ausgefahren. Die Besatzung erklärte, sie würde nur dann fahren, wenn der Dampfer eskortiert würde.

Einberufung bulgarischer Studenten.

Die königlich bulgarische Gesandtschaft in Wien teilt den im Auslande befindlichen, dem vierzigsten Jahrgange (Mabor) angehörenden und bei der Musterung tauglich befundenen bulgarischen Studenten mit, daß sie unverzüglich nach Bulgarien zurückkehren müssen, da der Kurs der Militärschule für Reserveoffiziere am 15./28. März beginnt. Später Eintreffende verlieren das Recht zum Eintritt in diese Schule und werden in die betreffenden Truppenkörper eingereiht werden.

Der Bericht des italienischen Generalstabes.

Wien, 21. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

19. März. An der Trentiner Front am 17. d. zeitweise Artilleriefeuer. Die feindliche Artillerie bombardierte unsere Stellungen auf dem Monte Collo (Val Sugana), der jedoch stets in unserm festen Besitz blieb. Im Sellatale vollführten unsere Skiläufer kühne Angriffe über Pontebanabach hinaus und auf Leopoldskirchen. In der Nacht auf den 18. d. eroberte eine eigene Gebirgsabteilung unter Beihilfe der Artillerie die Stellungen auf der gelben Wand nordöstlich des Jof di Montasio (oberes Dognatal) (Anmerkung: Jof di Montasio, auch Bramkofel Montasch genannt), vertrieb von dort den Gegner und machte einige Gefangene. Feindliche Verstärkungen, welche durch das Seiseratal herbeieilten, wurden durch wirkungsvolles Feuer unserer Batterien ferngehalten. Im Tolmeiner Abschnitt ließ der Gegner auf die starke Artillerievorbereitung am 18. d. heftige Angriffe gegen unsere Stellungen auf der Höhe von Santa Maria folgen. Der Kampf wogte hin und her. In seinem Verlaufe nahmen wir dem Feinde 41 Gefangene ab, darunter zwei Offiziere. Schließlich gelang es dem Gegner, sich in einigen vorgeschobenen Teilen unserer Verteidigungslinien festzusetzen. An der übrigen Isonzofrontfortgesetzte Geschützkämpfe. Feindliche Flieger warfen neuerdings Bomben auf Punta di Sdobba, ohne Schäden anzurichten.

20. März. Längs der ganzen Front gesteigerte Artillerietätigkeit, besonders im Val Sugana und am mittleren Isonzo. In beiden Abschnitten wurde die Ankunft starker feindlicher Verstärkungen an Truppen und Artillerie gemeldet. Gegen unsere Stellungen am Monte Collo (Val Sugana) versuchte der Gegner am 18. d. kleine Angriffe, welche unverzüglich abgeschlagen wurden. Heftiger waren die feindlichen Unternehmungen am mittleren

Isonzo in der Nacht auf den 19. d. und am folgenden Tag.

Unsre Truppen nahmen dem Feind einen Teil der von ihm besetzten Gräben auf der Höhe von Santa Maria wieder weg und wiesen seine frischen Angriffe gegen unsere Stellungen südlich von Ciginj und gegen Selo ab. Nachdem wir so jeden Fortschritt des Gegners ganz und gar zum Stehen gebracht hatten, nahmen wir einen Teil unserer vorgeschobenen Stellung ungefähr 500 Meter zurück, entsprechend zur Höhe von Santa Maria, um uns der Bestreichung durch neue feindliche Batterien zu entziehen. Die Bewegung vollzog sich in Ordnung und Ruhe ohne irgendeinen Druck seitens des Gegners. Auch auf dem Sabotino versuchte der Feind unsere Stellungen auf dem Kamm anzugreifen, er wurde jedoch sofort zurückgetrieben. Auf dem Karstplateau verlief der Tag ruhig.

Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Ausländer in Frankreich.

Abg. Landry, Vertreter von Korsika, hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der darauf abzielt, die wirtschaftliche Verteidigung Frankreichs in Friedenszeiten durch die Einschränkung der Tätigkeit der feindlichen Ausländer zu organisieren. Es handelt sich nach der Absicht des Antragstellers nicht um die Beeinträchtigung der durch Verträge gesicherten freien Betätigung von Ausländern in Frankreich, sondern lediglich um Vorkehrungen gegen die Angehörigen feindlicher Staaten, mit denen keine Verträge mehr bestehen, also Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Im wesentlichen will Abg. Landry die wirtschaftliche Tätigkeit feindlicher Ausländer auf ganz bestimmten Gebieten einschränken, so dem der Industrien und Unternehmungen, die entweder die Nationalverteidigung interessieren, wie die chemischen und metallurgischen Unternehmungen, oder die öffentliche Sicherheit, Auskünfte oder den öffentlichen Kredit, Banken und Wäcker oder das wirtschaftliche Leben überhaupt, Kommissionären, Seeverversicherungen usw. Eine genaue Feststellung der den feindlichen Ausländern verbotenen Erwerbe bleibt einem Dekret vorbehalten.

Nach dem Wortlaute des Antrages hat jeder Ausländer, der bei der Promulgierung des Gesetzes eine leitende Stellung bei einem industriellen oder sonstigen „vorbehaltenen“ Unternehmen bekleidet, innerhalb eines Monats dies bei der Präfektur anzuzeigen. Nach der Promulgierung des Gesetzes hat diese Anmeldung innerhalb vierzehn Tage zu erfolgen. Das gleiche gilt von jenen französischen Unternehmern, die einen fremden Leiter anstellen wollen. Dem Handelsminister steht es frei, einem Fremden die Ausübung der ihm übertragenen leitenden Funktionen wegen unterlassener oder zu spät erfolgter Anmeldung oder aber aus irgendeinem andern Grunde zu verweigern. Übertretungen der Anmeldepflicht oder des Verbotes zur Ausübung werden mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren und einer Buße von 100 bis 5000 Franken zuchtpolizeigerichtlich bestraft. Die gleichen Verfügungen gelten für Franzosen oder Ausländer, die einen Handel, eine Industrie oder einen Beruf für Rechnung eines Ausländers, einer fremden Gesellschaft oder einer solchen ausüben, die unter dem Regime fremder Gesetzgebung steht. Die französischen Gesellschaften können jederzeit vom Handelsminister aufgefordert werden, sich darüber auszuweisen, durch wen sie verwaltet werden und welcher Nationalität die an dem Unternehmen beteiligten Kapitalien angehören. Sollte sich bei einer derartigen Nachforschung, für die das Vorbringen aller Belege und Bücher vorgeschrieben ist, ergeben, daß die Beteiligung der Ausländer an der Leitung oder dem Kapital eine überlegene ist, kann der Handelsminister durch Erlaß verlangen, daß diesem Umstande ein Ende gemacht werde. Gesellschaften, die sich weigern sollten, die verlangten Auskünfte zu erteilen oder die sich innerhalb sechs Monaten den erhaltenen Weisungen nicht gefügt, können vor ein Zivilgericht behufs Auflösung zitiert und deren Leiter zu Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre und einer Buße von 100 bis 10,000 Franken verurteilt werden. Alle Kaufleute oder Industriellen, alle Handels- oder Industriegesellschaften oder Gruppierungen, die mit fremden Häusern oder

Gesellschaften oder Gruppierungen Abmachungen über finanzielle Beteiligungen, Warenlieferungen oder Produktions- oder Verkaufsbestimmungen getroffen, die zwischen ihnen und den fremden Firmen eine Interessengemeinschaft schaffen, müssen die bereits bestehenden Abmachungen innerhalb eines Monats und die neuen binnen vierzehn Tagen bei dem Präfekten des betreffenden Departements anmelden, bei einer sonstigen Strafe von Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre und Buße von 100 bis 10,000 Franken. Auf Verlangen des Handelsministers können alle derartigen Abmachungen jederzeit vor die Zivilgerichte behufs Nichtigkeitsklärung verwiesen werden, wenn sie dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen.

Die Absicht des Antragstellers geht somit dahin, die feindlichen Ausländer für immer von jeder wirt-

schaftlichen Betätigung in Frankreich auszuschalten und zu diesem Zwecke die Behörden mit geradezu diskretionären Vollmachten auszustatten. Und diese Einschränkung soll nicht nur für Frankreich, sondern auch für das Ausland gelten, da sie auch die wirtschaftlichen Abmachungen, wie Kartelle, betrifft. Auf dem Papier und in den weltfremden Beratungskammern des Palais Bourbon würde sich eine derartige Ausrottung aller fremden Elemente ganz leicht durchführen lassen, aber in der Praxis ist diese Absicht denn doch nicht so einfach durchzuführen. Schon vor dem Kriege waren zahlreiche französische Industrieunternehmungen darauf angewiesen, sich aus dem Auslande leitende Persönlichkeiten, Ingenieure, Chemiker usw. zu beschaffen. Wie es nun nach dem Kriege, der doch so furchtbare Schäden unter den erwerbsfähigen Arbeitskräften Frankreichs gerissen, um die Industrie bestellt sein wird, kann man sich leicht vorstellen, und schon deshalb braucht man Anregungen wie die des Abg. Landry nicht tragisch zu nehmen. Dagegen werden die leitenden Kreise der Zentralmächte es gewiß nicht unterlassen, die in dem vorstehenden Antrage und auch anderwärts zutage getretenen Tendenzen im gegebenen Augenblick zu berücksichtigen und diesbezüglich ihre Vorkehrungen zu treffen. Man muß also Herrn Landry eigentlich dafür Dank wissen, daß er die in gewissen parlamentarischen, sicherlich nicht industriellen Kreisen herrschenden Absichten so klar und präzis zum Ausdruck gebracht hat.

Die Meldungen des französischen Generalstabes.

Wien, 21. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

21. März, 3 Uhr nachmittags. In Belgien wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die in unsere Linien nördlich der Brücke von Boesinghe eingedrungen war, durch einen Gegenangriff sogleich wieder vertrieben. In den Argonnen war die Artillerie an den Südrändern des Waldes von Cheppy in Tätigkeit.

Westlich der Maas erneuerten die Deutschen im Laufe der Nacht verschiedene Male ihre Angriffsversuche gegen die Front Abecourt-Malancourt, wo die Beschießung mit Geschossen schweren Kalibers ununterbrochen andauert. Die Angriffe wurden unterstützt durch das Schleudern brennender Flüssigkeiten, die von Soldatenabteilungen, welche Spezialapparate trugen, geworfen wurden. Trotz der durch unsere Feuer erlittenen schweren Verluste konnte der Feind nach einem Kampfe Mann gegen Mann sich des südöstlichen Teiles des von uns besetzten Waldes von Malancourt bemächtigen, der den Namen Wald von Abocourt trägt. Alle Anstrengungen des Feindes, aus dem Walde hervorzubrechen, mißglückten. An den andern Abschnitten des Kampfgebietes von Verdun war die Nacht ruhig.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 22. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

21. März, 11 Uhr nachts. In den Argonnen Sandgranatenkampf bei Haute Chebauchee. Unsere Artillerie richtete ein vernichtendes Feuer auf deutsche Werke an der Straße Bienne le Château-Binarville.

Am linken Maasufer ging in der Gegend Malancourt die Beschießung des Dorfes Esnes und der Höhe 304 weiter. Unsere

Artillerie antwortete mit der größten Energie. Der Feind unternahm im Laufe des Tages keinen weiteren Versuch. Zeitweise unterbrochenes Bombardement an einigen Stellen der Front östlich der Maas und in der Woëvre. In Lothringen feuerte unsere Artillerie auf deutsche Werke nördlich und östlich Embermenil.

Im Oberelsaß nahm unsere Artillerie feindliche Truppen, die aus Niederlars südöstlich Sept hervorbrachen, unter Feuer.

Am Tage schoß einer unserer Flieger ein deutsches Flugzeug ab, das brennend in der Gegend Douaumont abstürzte. In der Nacht zum 21. d. beschossen unsere Flieger die Bahnhöfe Dun an der Maas und Audun-le-Roman sowie Bivatte in der Gegend Wigneulles.

Belgischer Bericht.

An der Front der belgischen Armee Ruhe. Nur die Artillerie entwickelte einige Tätigkeit in der Gegend Dignude und Perbuse.

Rußland.

20. März. In der Gegend des Ranagersees versuchte eine deutsche Abteilung in unsere Linien einzudringen; sie wurde durch Feuer zerstreut. In der Gegend von Dinaburg kam es in einzelnen Abschnitten zu heftigen Artillerie- und Infanteriekämpfen. Feindliche Angriffe südlich des Dryswjatschsees wurden abgeschlagen. In der Gegend fünf Kilometer östlich von Tweretsch schlugen wir feindliche Angriffe zurück und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Zwischen dem Narocz- und Wisniewsee besetzten unsere Truppen nach Kampf das Dorf Janarocz südlich des Naroczsees und einen Teil der feindlichen Gräben bei dem Dorf Ostrowlany nördlich des Wisniewsees. In Galizien am Dniestr nahmen unsere Truppen nach Artillerievorbereitung durch einen kräftigen Stoß die Gräben am Brückenkopf östlich des Dorfes Michalsze vier Kilometer westlich Uszczetzo.

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Italien.

Während die Bemühungen zur Schaffung eines wirtschaftlichen Einvernehmens zwischen Frankreich und England mit Hochdruck namentlich von englischer Seite aus betrieben werden, scheinen die ersten Schritte, die zu dem gleichen Zweck mit Italien angebahnt werden, auf ziemlich große Schwierigkeiten zu stoßen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß der Pariser Korrespondent des „Secolo“ Herr Campolongo, der Vertrauensmann der französischen Regierung, sich im „Petit Parisien“ der Aufgabe unterzieht, auf die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Einvernehmens zwischen Frankreich und Italien hinzuwirken. Die Art und Weise aber, wie er sich dieser Aufgabe entledigt, läßt schon vermuten, daß er selbst keine übertriebenen Hoffnungen auf das Gelingen seiner Bemühungen setzt. Er beruft sich auf die jüngste Rede des Botschafters Tittoni, um die Dringlichkeit zu betonen, der französisch-italienischen Freundschaft auch nach dem Kriege eine festere Grundlage zu geben. Man hätte unrecht, meint er, dem jetzigen Kriege eine geradezu wunderbare Bedeutung beizumessen, wenn man glaubte, daß er allein genügen könnte, die Bande für ewige Zeiten haltbar zu machen, die er geknüpft, und den Bruch endgültig zu gestalten, den er hervorgerufen.

„Gewiß wird die Erinnerung an die bewunderungswürdige Waffenbrüderschaft zwischen Frankreich und Italien noch lange im Geiste der künftigen Geschlechter fortleben, allein man würde sich täuschen, wenn man ihr allein die Sorge überläßt, die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zu nähren. Wie könnten wir vergessen, daß die Erinnerung an Magenta und Solferino uns nicht daran gehindert hat, lange Jahre hindurch getrennt, ja nahezu als Feinde zu leben? Es ist sicher, daß in den düsteren Stunden derartige Erinnerungen uns von den äußeren Ereignissen abwenden können; sie üben aber nur einen mittelmäßigen Einfluß auf unsere täglichen Beziehungen aus, wenn sie nicht durch den gegenseitigen Wunsch nach einer beständigen und herzlichen Aussöhnung aller Interessen gefördert werden, selbst der widersprechendsten. Man sage uns doch nicht, daß wir Zeit haben, all das nach dem Kriege zu erörtern. Zunächst ist es unzulässig, ja selbst gefährlich, daß die industriellen, Handels-, Finanz-, Zoll- und sozialen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien als Mitglieder des Vierverbandes auf den gleichen Grundlagen beruhen, wie die Beziehungen zwischen dem Frankreich der Entente und dem Italien des Dreibundes. Ueberdies betrifft dieses Problem nicht nur die französisch-italienische Freundschaft, sondern auch die deutsche Feindschaft, die sich auch nach dem Waffenkriege gegen uns Lateiner in der Form eines wirtschaftlichen Krieges befunden wird. Das Problem muß also heute aufgestellt und gelöst werden, und zwar im Interesse des Krieges und in dem des Friedens.“

„Zwischen Italien und Frankreich bestehen absolut prohibitive Zollschranken für unsere industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, Zollschranken, die, was Italien betrifft, schon heute das jüngste Dekret, das den Handel mit Deutschland verbietet, geradezu

verhängnisvoll für unsere Produzenten zu machen droht. Diese Schranken müssen niedergelegt oder wenigstens gemildert werden. Andererseits sind die Transporttarife zumeist nicht dazu angetan, um unseren wechselseitigen Export zu fördern. Sie müssen herabgesetzt und miteinander in Einklang gebracht werden. Die deutsche Bank leitete vor dem Kriege die französische aus und leitete die italienischen Finanzen. Diese muß für immer aus unseren beiden Ländern verbannt werden. Es gibt dann noch ziemlich behindernde Schulfragen in gewissen Kolonien. Diese müssen in einem Geiste gegenseitiger Schätzung und gegenseitigen Vertrauens gelöst werden. Vor dem Kriege liebten die französischen und italienischen Arbeiter einander nicht wegen der Konkurrenz, die die einen den anderen bereiteten. Durch die Entwicklung des bereits bestehenden Arbeitsvertrages und die Sicherung der gleichen Rechte hinsichtlich der sozialen Gesetze gegenüber allen Arbeitern, wird man die eingewanderten Arbeiter dahin bringen, nicht mehr

die Konkurrenzen der Arbeiter ihrer Gastgeber zu sein. Die Lösung dieser Probleme wird bedeuten, daß die französisch-italienische Freundschaft unerschütterlich gemacht wird, daß unsere zwei Länder vor dem Uebergreifen der deutschen Industrie, des Handels und der Finanzen bewahrt werden und daß sie im Frieden, den sie um den Preis so vieler Opfer der Welt gebracht, voll und ganz den inneren sozialen Frieden genießen werden, der für ihre glückliche Entwicklung notwendig ist.“

Der Verfasser hat mit sehr zarter Hand auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich einer intimen Annäherung zwischen Italien und Frankreich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete, sondern ganz besonders auch in den Kolonien entgegenstellen. Die Franzosen wissen sehr genau, bis zu welchem Grade sie auf die Freundschaft der Italiener, nicht nur in Tunesien, zählen können, wo die Zahl der italienischen Kolonisten die der französischen weit übersteigt, sondern auch in Algerien, wo es unausgesetzt zu sehr heftigen Reibungen zwischen Franzosen und Italienern kommt. Dazu gesellt sich noch die geringe Sympathie — um nicht zu sagen die ausgesprochene Feindseligkeit — der französischen Arbeiter gegenüber den italienischen, die ihnen nicht nur hinsichtlich der Löhne eine schmutzige Konkurrenz bereiten, sondern auch durch ihre feindselige Stellung gegenüber den französischen Fachvereinen die sozialen Bestrebungen des französischen Proletariats bedeutend erschweren. Diese instinktive Abneigung der französischen Arbeiter gegenüber ihren italienischen Kameraden, die schon wiederholt zu sehr heftigen und oft blutigen Zusammenstößen geführt hat, wie ehemals in Nîmes-Mortes und in der allerletzten Zeit auch in dem Revier von Brieg, über die sich die italienische Presse — und nicht ganz mit Unrecht — sehr aufgeregt hatte, läßt sich nicht einfach durch Zeitungsartikel oder schöne Reden bei Ministerempfangen beseitigen, da sie zu tief in dem Herzen der französischen Arbeiter wurzelt.

Wohl die größten Schwierigkeiten, die sich einem engen wirtschaftlichen Anschluß zwischen Frankreich und Italien entgegenstellen, entspringen der Tatsache, daß die italienischen Ausfuhrartikel in allererster Linie, ja fast durchwegs landwirtschaftliche Produkte, vornehmlich Wein, Del und Südfrüchte sind, die Frankreich selbst nicht nur produziert, sondern in denen es auch Exporteur ist. Die südfranzösischen Winzer haben sich mit Händen und Füßen gegen das Eindringen der italienischen Weine nach Frankreich gestraubt, bisher mit Erfolg, und es scheint, als ob die Bemühungen zur Anbahnung eines regeren Austausches zwischen den beiden Nachbarstaaten gerade auf diesem Gebiete nicht zu dem gewünschten Erfolge führen dürften. Wenn Frankreich heute seine Grenzen dem italienischen Weine öffnen wollte, dann wäre der Wohlstand des ganzen weinproduzierenden Südfrankreichs endgültig verloren. Und das werden die Vertreter jener Gegenden, die noch immer über einen großen Einfluß im Parlament verfügen, nie und nimmer zulassen.

Was endlich die italienische Industrie anlangt, so haben die französischen Kaufleute und Industriellen namentlich im Orient und an der Nordküste Afrikas die traurige Erfahrung gemacht, daß die Italiener sich in den meisten Fällen darauf beschränken, den fremden Konkurrenten durch Unterbieten der Preise jedes Geschäft unmöglich zu machen, ganz unbekümmert darum, daß die Italiener dann selbst außerstande sind, die unter so schmutzigen Bedingungen erzielten neuen Handelsbeziehungen unter normalen Verhältnissen fortzusetzen. Gegen derartige instinktive Abneigungen und gemachte Erfahrungen werden sich auch die glänzendsten Ereignisse der Waffenbrüderschaft als wirkungslos erweisen. Nebenbei sei noch bemerkt, daß diese „glänzenden Waffentaten“, wenigstens auf Seite der Italiener, sich bisher noch nicht gezeigt haben. Und gerade das wird von den einsichtigen Franzosen nie und nimmer aus dem Auge verloren.

Die Haltung Brasiliens.

Französische Hoffnung auf einen deutsch-brasilianischen Krieg.

Berlin, 21. März. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Aus Genf wird berichtet: Die französische Presse meldet mit großer Freude, daß Brasilien, das gegenwärtig über 21 Millionen Einwohner hat, unter dem Einflusse Portugals beschlossen hat, Deutschland zu provozieren und die in den brasilianischen Häfen liegenden deutschen Dampfer zu beschlagnahmen. Die Franzosen hoffen, daß Brasilien alsbald in einen Krieg mit Deutschland verwickelt sein werde.

„Matin“ meldet, daß Brasilien mit Rücksicht darauf, daß sein Mutterland Portugal sich im Kriegszustand mit Deutschland befinde, beschlossen habe, ähnliche Verfügungen, wie das Mutterland zu treffen. Wenn Deutschland gegen diesen Schritt nicht protestieren werde, werden sich vorläufig keine Konsequenzen daran schließen. Sobald aber Deutschland die Beschlagnahme der Schiffe nicht ohne weiteres hingehen lassen werde, werde man sich vollständig den Wünschen Portugals anpassen und die Regierung sei geneigt, an der Seite der Entente an dem Krieg teilzunehmen.

22. / III. 1916.

Vertagung der U-Boot-Anträge.

Der Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung, auf deren Tagesordnung die erste Lesung des Etats steht, war auf 1 Uhr angesetzt, ist aber hinausgeschoben worden.

Vor der Sitzung trat der Seniorenkonvent zusammen, um über die geschäftliche Behandlung des Etats zu beraten, sowie eine Vereinbarung zu erzielen über die Form, in der die U-Boots-Anträge der Konservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums zur Besprechung gelangen sollen. Zu diesen drei U-Boots-Anträgen ist, wie wir in einem Teil unserer Morgen-Ausgabe gemeldet haben, noch der nachstehende Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gekommen:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.“

Die für den Beginn der Plenarsitzung vorgesehene Stunde rückte heran, ohne daß die Beratungen des Seniorenkonvents zu einem Abschluß kamen. Um 1/2 Uhr vertagte der Seniorenkonvent seine Sitzung um eine halbe Stunde, und damit wurde auch eine Hinausschiebung des Beginns der Plenarsitzung erforderlich. Die Vertagung des Seniorenkonvents wurde veranlaßt durch die Erklärung der Sozialdemokraten, daß, wenn die U-Boots-Frage überhaupt in öffentlicher Sitzung verhandelt würde, ihr erster Etatsredner Reil sofort über die gesamte Kriegslage sprechen würde. Die Vertagung erfolgte auch aus Rücksicht auf die Konservativen und Nationalliberalen, um deren Führern Gelegenheit zu geben, die Frage der Behandlung der U-Boots-Anträge noch einmal mit ihren Fraktionen zu besprechen.

Die Sitzung des Reichstags wurde 10 Minuten vor 2 Uhr eröffnet. Unter den Staatssekretären erblickte man den neuen Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Dr. Raempf die Erklärung ab, daß infolge einer Verständigung unter den Vertrauensmännern der Fraktionen die U-Boots-Frage in der ersten Lesung des Etats bis auf weiteres, d. h. bis gegebenenfalls ein neuer Beschluß des Seniorenkonvents gefaßt wird, aus den Verhandlungen ausscheiden soll.

Die Beratung der U-Boots-Frage werde eingehend erfolgen in den Beratungen der Budgetkommission, die Anfang nächster Woche zusammentritt und sich gerade mit dieser Frage beschäftigen wird.

In einer Erklärung zur Geschäftsordnung erhob Abg. Dr. Liebnicht Widerspruch gegen diesen Beschluß des Seniorenkonvents. Die Frage habe die Öffentlichkeit stark beschäftigt, und das Volk habe ein Anrecht auf Beratung dieser Frage. Der Präsident mahnte den sehr aufgeregten Redner, die parlamentarischen Formen zu wahren. Abg. Dr. Liebnicht hielt aber seinen Widerspruch aufrecht.

Als erster Redner zum Etat nahm hierauf der sozialdemokratische Abg. Reil das Wort.

Die Kalenderreform in Bulgarien.

Sofia, 22. März. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.) Die Sobranje begann heute die Verhandlung des Gesetzesentwurfes betreffend die Kalenderreform. Der Entwurf bezweckt die Einführung des Gregorianischen Kalenders an Stelle des jetzt in Geltung befindlichen Julianischen Kalenders.

Die bulgarisch-rumänischen Beziehungen. Aeußerungen des bulgarischen Finanzministers.

Sofia, 22. März.

„Utro“ publiziert ein Gespräch mit dem Finanzminister *Tontschew*, betreffend die Beziehungen zu Rumänien. Der Minister sagte, ein Beweis dafür, daß die Beziehungen die freundschaftlichsten sind, ist der Umstand, daß der rumänische Gesandte in *Derussa* Instruktionen erhielt, der bulgarischen Regierung die entschiedene Erklärung abzugeben, daß Rumänien die Fortsetzung der bisherigen guten nachbarlichen Beziehungen wünsche. Um diesen Wunsch zu betonen, gab die rumänische Regierung dem Gesandten den Auftrag, Verhandlungen bezüglich der Verständigung über die wirtschaftlichen Fragen einzuleiten. Die diesbezüglichen Erklärungen *Derussis* seien von der bulgarischen Regierung mit großer Befriedigung aufgenommen worden. *Letztere* erblickt in

dem Entgegenkommen Rumäniens einen Schritt zur Verständigung der beiden Länder und wird diese Bestrebungen nach Tunlichkeit fördern. Eine Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien liegt in beider Interesse und würde ermöglichen, daß sich beide Völker in Zukunft der ruhigen und friedlichen kulturellen Entwicklung widmen.

Hughes gegen den deutschen Handel.

Rede des australischen Ministerpräsidenten.

in Berlin, 23. März. (Priv.-Tel.)

Bei einem Frühstück, das zu Ehren des australischen Premierministers Hughes anlässlich seiner Anwesenheit in London gegeben wurde, hielt er eine Rede, in der er gegen den deutschen Handel loszog. Er ging davon aus, daß dieser Krieg alle Energie des gesamten englischen Volkes erweckt habe. Als Bernhardt sein berühmt gewordenes Wort: „Weltmacht oder Untergang“ aussprach, habe er das Hauptmotiv dieses Krieges auf das genaueste präzisiert. Die Deutschen, die sich seit vierzig Jahren auf diesen Krieg vorbereitet haben, zeigten ihre Befähigung, indem sie die großen handelspolitischen und finanziellen Interessen ihres Landes in den Dienst dieser Idee stellten. Die Hoffnung auf eine große mühelose Beute erleichterte ihren Standpunkt. Es ging und geht ihnen nicht so sehr um Englands Befreiung als um die Beherrschung des Welthandels und die Weltindustrie. In Verkennung der Kriegsnotwendigkeiten prägte man dagegen in England das Schlagwort: „Business as usual.“

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß die Durchführung dieser Parole unmöglich war. Jeder wahre Engländer ist mit seinem ganzen Herzen und seiner ganzen Seele, mit jedem Atom seiner Energie und jedem Pfund Sterling, das er im Vermögen hat, am Kriege beteiligt und ordnet alle Interessen diesem einzigen großen Ringen Englands unter.

Wie sah denn überhaupt Englands Handel vor dem Kriege aus?

Was Australien betrifft, so standen die Dinge zufriedenstellend. Im letzten Jahrzehnt stieg der Handel auf das Doppelte. Jedes Jahr zeigte erstaunliche Fortschritte. Als aber der Krieg ausbrach, zeigte es sich, daß beispielsweise die Metallindustrie, eine der wichtigsten Industrien des Landes, sehr unter deutschem Einfluß und deutscher Kontrolle stand, daß man ernstlich daran dachte, den Betrieb in den Bergwerken einzustellen. Zwölf volle Monate nach Kriegsausbruch konnte keine Unze australischen Zinkes oder Bleis nach England gebracht werden ohne die Vermittlung einer deutschen Agentur. Die deutschen Firmen bezeichneten sich selbst als Engländer.

Eine Rede des Kardinal-Fürstprimas von Ungarn.

„Die römische Frage und die Orientmissionen“.
(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Budapest, 23. März.

Wie sein berühmter Vorgänger im ungarischen Primatiat Johann S i m o r, benützt auch der gegenwärtige Kardinal-Fürstprimas von Ungarn Dr. Johann C i e z n o c h die alljährliche Generalversammlung der St. Stefansgesellschaft — ob des Weltkrieges findet ja auch in Ungarn seit dem Jahre 1914 keine Landeskatholikenversammlung statt — um als Oberprotector der Gesellschaft und als oberster kirchlicher Würdenträger Ungarns für den ungarischen Katholizismus von Jahr zu Jahr ein Programm festzustellen. In der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Primatiats hat denn auch der Kardinal, der im Jahre 1913 mit seiner Rede die damals zwischen einzelnen katholischen Vereinigungen Ungarns entstandene Eifersüchteleien zum Schweigen brachte, große Erfolge aufzuweisen; im Jahre 1914 erstickte er die unter dem Integral-Katholizismus bekannten Beseitigten noch im Keime; im Jahre 1915 endlich, wo in den Karpathen, also in der von Ruthenen bewohnten Gegend der Monarchie die Russen standen, betonte er die starke Verbindung des nötigen Schutzes der ungarländischen Ruthenen mit dem ungarischen Vaterlande und der katholischen Kirche und urgierte, den Expansionsbestrebungen Rußlands ein für allemal einen Damm zu setzen. In der kurzen, dreijährigen Zeit seines Primatiats erreichte er unzweifelbare glänzende Resultate, die er einzig und ausschließlich dem zu verdanken hat, daß er mit seinem scharfen Auge das drohende Uebel erblickt, welches dem ungarischen Katholizismus, der katholischen Kirche oder der ungarischen Nation gefährlich werden muß. In der diesjährigen, am 23. März abgehaltenen Generalversammlung der St. Stefansgesellschaft aber blieb der Kirchenfürst aber schon nicht mehr innerhalb der Grenzen des Landes, sondern besaßte sich in seiner Rede mit sehr wichtigen Problemen von internationalem Charakter und zwar mit der römischen Frage und der Frage der Missionen im Orient. Ueber die römische Frage, die nach Ansicht des Kardinals von Neuem direkt aktuell wurde, als zu Pfingsten vorigen Jahres das eiddrebende Italien der Monarchie den Krieg erklärte, äußerte sich der Kirchenfürst folgendermaßen: „Es hat sich erwiesen, daß die Garantien der Freiheit und der souveränen Stellung des Papstes ungenügend sind, dagegen hat sich in dem großen Krieg der Völker die Wahrheit mit elementarer Gewalt Bahn gebrochen, daß vom politischen und kulturellen Standpunkte aus eine unbedingt neutrale, unabhängige, auf sicherer sittlicher Grundlage ruhende Weltmacht notwendig ist. Wir wissen gut, daß der Papst die Geschässigkeit der kriegführenden christlichen Nationen mit den Klagen über seine eigene Lage nicht schüren will und seine Sache nicht der Entscheidung durch widererische Waffen anvertrauen will, daß er nicht wünscht, seine Freiheit, die die Kraft der Gerechtigkeit bringen muß, aus dem vergossenen Blute erpriesen zu sehen. Seine Parteilosigkeit und Neutralität, sein unbefangenes väterliches Herz strebt jetzt bloß den Frieden, die Milderung der Leiden an. Diesen väterlichen Beruf erfüllt jetzt der irdische Statthalter Christi. Wir aber, die in den Krieg hineingedrängt wurden und gezwungen sind, denselben im Interesse unserer Christenzerhaltung bis zum endlichen Siege fortzusetzen, hören nicht auf, die Ordnung der Lage des Heiligen Vaters zu urgieren, um diese unsere Hoffnung zu betonen, daß die Erledigung des Krieges auch die Lösung der römischen Frage bringe. Es ist nicht unser Beruf, die Modalitäten dieser Lösung zu erörtern. Der Apostolische Stuhl wird selber die Grenzen der Möglichkeit dieser Lösung bestimmen, wenn hiefür die Zeit gekommen ist. Die Katholiken der Welt haben nur die Pflicht, die Aufmerksamkeit der Vertreter der Mächte auf die offene Verletzung der Kirche zu lenken, in uns das Bewußtsein der Pflicht gegenüber dem Heiligen Stuhle wachzuhalten und gegen solche präventive Stellungnahmen zu protestieren, welche die römische Frage aus den Problemen der großen Weltfriedensverhandlung ausschließen wollen. Die Katholiken der Zentralmächte erfüllen ihre Pflichten und glauben

mit großem Vertrauen, daß unser Sieg auch der Sie der verletzten Gerechtigkeit sein wird.“

Der Kardinal-Fürstprimas verwies hierauf auf den Umstand, daß die auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz erreichten Erfolge vorden Zentralmächten das Tor des Ostens öffneten. Vom geschichtlichen Gesichtspunkte beleuchtete der Kirchenfürst Ungarns Waffenbrüderchaft mit den Türken und stellt fest, daß der Orient, wo die Kirche ihre eigene Sendung, die Missionen erhielt, im Laufe der Zeiten ein Missionsgebiet wurde, wo die katholischen Gläubigen nur zerstreut wohnen. An der Hand von Belegen wies der Kirchenfürst nach, welche Tätigkeit auf diesem Missionsgebiete die dorthin entsendeten Delegierten der katholischen Religion entfalteten. Er besprach jene Tätigkeit, welche die französischen und italienischen Katholiken mit großen Opfern entwickelten, wies auf die diesbezügliche Tätigkeit der Deutschen hin und konstatierte mit Bedauern, wie gering dem gegenüber die Tätigkeit der Oesterreicher und Ungarn auf dem Gebiete der Missionen im Oriente war. Die auf diesem Gebiete der Mittelkräfte harrenden Aufgaben schilderte der Kardinal folgendermaßen:

Als der Weltkrieg ausbrach und die Türkei mit Frankreich und Italien in Kriegszustand geriet, kamen die Orientmissionen in eine kritische Lage. Die Kapitulationen hörten auf, das französische Protektorat verlor seine Bedeutung, die französischen und italienischen Unterthanen mußten die Türkei verlassen. So blieben die Religionsgemeinden ohne Priester, die Schulen ohne Lehrer. Die Türkei beschlagnahmte die Missionsgebäude für militärische und andere Zwecke. Verwüstung und Verwahrlosung herrschte auf dem Plage der alten Kirchen. Schmerzliches Gefühl erfaßt uns bei diesem Anblick. Der universale Charakter der Kirche, der ewige Wert der von ihr gehüteten Seelenschätze, das Interesse der unsterblichen Seelen verbietet, die Verluste unserer Gegner — im gegenwärtigen Kriege der Franzosen und Italiener — in den Orientmissionen, sei es gleichgültig, sei es mit Freuden zur Kenntnis zu nehmen, sondern verpflichtet uns, die zu verlierenden Stationen der Kirche zu retten und an die Stelle jener, die von dort sich entfernen mußten, andere zu schicken. Es ist nicht unser Ziel, fremdes Gut gestohlen zu besitzen oder andere ungerechterweise hinauszudrängen, sondern wir wünschen im Einvernehmen mit dem Apostolischen Stuhle der Kirche zu Diensten zu stehen, deren ewigen Zielen man zwischen allen Veränderungen der Politik, zur Zeit der Stürme und des Friedens gleichmäßig dienen muß. Von der Geschichte sind wir, die Katholiken der mit der Türkei verbündeten Staaten verantwortlich, wenn wir die Verwüstung untätig mitansehen. Mit Recht trafe uns die Anklage, daß wir mit unserem Verschulden die Ursache und die Mitschuldigen jener Verwüstung würden. Die deutschen Katholiken haben dies eingesehen, die mit der Fähigkeit ihres Stammes und ihrem praktischen Gefühl sich bereits an die Arbeit gemacht haben. Auch die ungarischen Katholiken, die zufolge ihrer geographischen Lage und Stammesverwandtschaft zu der kulturellen Aufgabe in der Türkei doppelt berufen sind, können hier nicht fehlen. Bis jetzt hat der ungarische Katholizismus an der Missionsarbeit kaum teilgenommen. Unser Verschulden entschuldigt einigermaßen der Umstand, daß wir mit der Wiederherstellung unserer in der türkischen Unterwerfung verwüsteten kirchlichen Organisationen beschäftigt waren und ohne Kolonienbesitz die Notwendigkeit der ausländischen Aktionen und deren nationalen Vorteil nicht verstanden. Jetzt aber ist die Zeit für uns gekommen, in Aktion zu treten; wir dürfen nicht weiter zögern. Wenn wir auf wirtschaftlichem Gebiete schon jetzt, wo der Kampf noch wüthet, die Berührung mit der Türkei suchen, dann müssen auch die Gesandten der Kirche aufbrechen, weil die Missionäre regelmäßig die Schöpfer der wirtschaftlichen Verbindung überholen, ja deren Wege vorbereiten. Die religiösen Momente sind stärker als alle anderen Initiaturursachen und deshalb müssen wir uns schämen, wenn wir auf deren Urgierung nicht ausgingen.

23. III. 1916
Seine Rede als Kardinal-Fürstprimas von Ungarn. 143

Der Kirchenfürst besprach sodann jene Schwierigkeiten, mit denen die Verwirklichung dieser Aufgabe ob der religiösen Entfremdung der Befenner des Islams und der nationalen Eifersucht verbunden ist. Er vertraue jedoch auf die politische Einsicht der Türken, die zufolge der mit den Mittelmächten geschlossenen Allianz auf den Weg modernen Fortschrittes treten, auf dem sie die auf Recht und Gerechtigkeit, auf der Kultur, auf den Grundlagen der Freiheit und aufrichtiger Toleranz ruhende Staatsorganisation erreichen müssen. Als moderner Staat könne die Türkei die religiöse Freiheit nicht unterdrücken, was man auch deshalb von ihr erwarten könne, weil wir bei ihr auch bisher, in Friedenszeiten, eine lobenswerte Geneigtheit zu konfessioneller Toleranz erfuhren und weil nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit auch sie jenen Staaten gegenüber verpflichtet ist, die mit ihr in aufrichtigem Bündnis stehen und auf ihrem eigenen Territorium die Toleranz ausüben, ja sogar den Islam als Religionsbekenntnis auch ausdrücklich anerkennen. Er glaube, daß es unserer Diplomatie gelingen werde, die Türkei verstehen zu lassen, daß die Tätigkeit der Missionäre der Mittelmächte parallel mit den Interessen der Türkei fortschreiten werde und daß die durch sie zu verrichtende kulturelle Arbeit der Türkei nur zum Nutzen gereichen werde. Der Kardinal-Fürstprimas berichtete sodann über jene Konferenzen, in welchen die Initiative zu dieser Bewegung besprochen wurden, und meldete an, daß in Ungarn die einseitliche Dirigierung der Bewegung der St. Ladislaus-Gesellschaft anvertraut wurde, deren unermüdlicher Präsident der Erzbischof von Kalocsa Dr. Leopold Arpad Parady ist. Es ist ungarischerseits in Konstantinopel die Errichtung einer Schule nach dem Muster des St. Georgsinstitutes der österreichischen Lazaristen, in Jerusalem aber die Wiedereröffnung des vom Könige St. Stefan gegründeten ungarischen Hospiziums und in Verbindung hiemit die Errichtung eines ungarischen biblischen Institutes geplant. Andererseits wünschen die Ungarn den in Ungarn schon lange wirkenden Verein der Armen des Heiligen Kreuzes dazu zu benutzen, das Gewissen der katholischen Gesellschaft Ungarns aufzurütteln und deren Interesse auf die Missionen zu lenken. Es ist die Neuorganisation dieser schon lange wirkenden Organisation und die Unterstellung derselben unter den Schutz des Episkopates und unter die Leitung der St. Ladislaus-Gesellschaft geplant.

Mit dem Hinweise auf die auf dem Balkan zu entwickelnde Missionstätigkeit schloß der Fürstprimas seine Rede mit folgenden Worten:

Außer der Türkei richtet sich unsere Aufmerksamkeit unwillkürlich auf Bulgarien, Albanien und auch auf die anderen Völker des Balkans. Bulgariens heldenhaftes Volk ist ganz besonders Gegenstand unserer warmen Sympathie. Dieses Volk stellte sich im großen Weltkrieg offen auf die Seite der Mittelmächte. Eine der Ursachen seiner Stellungnahme war die Anhänglichkeit an die verwandten Ungarn. Unser Herz schlägt höher, wenn wir an diese Ursache denken. Das bulgarische Volk erinnerte sich in den Stunden der Drangsale an die verwandtschaftlichen Bande, an das gemeinsame Vaterland. Deshalb müssen wir (Ungarn) mit nie erlöschendem Danke und Liebe dies zurückzahlen. Wir wissen mit all unseren Kräften auch den kulturellen Fortschritt des vielgeprüften, zur Monarchie als treu erwiesenen albanischen Volkes unterstützen. Großer und heiliger Beruf wartet unser. Bereiten wir uns mit ungebrochenen Eifer vor, halten wir mit brüderlicher Liebe zusammen, beten wir mit dem Eifer der Apostel und beobachten wir die Zeit, wenn die göttliche Vorsehung aufs neue wirken wird.

Das anwesende sehr vornehme Publikum, in dessen Reihen man die Vertreter der Regierung und sehr viele Repräsentanten der ungarischen Aristokratie sah, nahm die hochwichtige, groß angelegte Rede des Kardinal-Fürstprimas mit langandauernden begeisterten Hochrufen und Beifallsklatschen auf, worauf der Abt Karl Erdösi, der Generaldirektor der St. Stefansgesellschaft den Jahresbericht über die Tätigkeit der St. Stefansgesellschaft unterbreitete. Aus den Ziffern dieses wohlthätige Wirksamkeit der Gesellschaft während des Krieges genau widerspiegelnden Berichtes geht hervor, daß die Gesellschaft, die den um den ungarischen Katholizismus so verdienstvollen Grafen Georg M a j l a t h zum Präsidenten hat, im Jahre 1915 an katholische Schulen Schulbücher im Werte von 10.000 Kronen unentgeltlich verteilte, für die verwundeten und kämpfenden Soldaten 670.997 Gebetbücher und andere nützliche Lesebücher fertigte, was die Gesellschaft selbst 16.027 Kronen Bargeld kostete. Berücksichtigt man die Tätigkeit der Gesellschaft während der ganzen Dauer des Krieges, so ändern sich die vorigen Ziffern dahin, daß in 17 Kriegsmonaten 1.295.000 Gebetbücher und 133.997 andere Lesebücher der Armee gespendet wurden, deren Herstellung der Gesellschaft eine Auslage von 31.501 Kronen verursachte. Für ihre in den Krieg gezogenen Beamten und Angestellten zahlte die Gesellschaft seit Ausbruch des Krieges 82.266 Kronen, so daß ihre Kriegsausgaben insgesamt 117.633 Kronen betragen.

Nach dem Berichte des Generaldirektors wurden die Schlussrechnungen für das Jahr 1915 vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß die Gesellschaft trotz des Krieges mit einem kleinen Ueberschuß für das Jahr 1915 abschloß. Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen und der Leitung das Absolutorium erteilt.

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 23. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

22. März, 11 Uhr abends. In Belgien richtete unsere Artillerie ihr Feuer gegen die Schützen- und Laufgräben der zweiten feindlichen Linie in der Gegend Steenstraate.

Nördlich der Wisne beschossen wir den Abschnitt von Ville-aux-Bois.

In den Argonnen richteten wir ein konzentrisches Feuer auf die deutschen Verteidigungsanlagen nördlich von Four de Paris und bei Fille Morte.

In der Gegend von Montfaucon-Mantilleis und zwischen Haute Chevauchee und der Höhe 285 fand ein für uns günstiger Minenkampf statt. Wir beschossen besonders den Wald von Malancourt. Nach einer heftigen Beschießung, die den ganzen Tag anbauerte, richteten die Deutschen mehrere Angriffe gegen unsere Front zwischen der Spitze des Waldes von Avocourt und dem Dorfe Malancourt. Alle Versuche des Feindes, aus dem Walde von Avocourt hervorzubrechen, wurden durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer angehalten. Der Feind vermochte auf dem kleinen Hügel von Hautcourt, ungefähr einen Kilometer südwestlich Malancourt, Fuß zu fassen.

Westlich der Maas heftige Beschießung in der Gegend Douaumont-Baux.

Belgischer Bericht.

Die Artillerietätigkeit war an verschiedenen Stellen der Front rege, namentlich bei Steenstraate.

Kriegskalender.

13. März: An der bessarabischen Front und am Dniestr werden russische Vorstöße abgewiesen. — An der ganzen Isonzo-front erhöhte Tätigkeit der italienischen Artillerie; bei Selz wird ein feindlicher Angriff abgeschlagen. — Beiderseits der Maas bis zur Mosel heftige Artilleriekämpfe. — General Bau in Keni. — Handschreiben des Kaisers an Baron Burián über das kleine gemeinsame Wappen.

14. März: An der Isonzofront greifen die Italiener an vielen Stellen mit starken Kräften an; sie werden überall abgewiesen. — Nordöstlich von Ypern werden die Engländer in einem kleineren Gefecht (bei Bieltje) zurückgeworfen. — Der englische Dampfer „Cambridge“ und der italienische Zweimaster „Elisa“ versenkt. — Oesterreich-Ungarn bricht die diplomatischen Beziehungen mit Portugal ab.

15. März: An der Brückenschanze nordwestlich von Usziczko werden heftige russische Angriffe abgewehrt. — Auf der Podgorahöhe werfen unsere Truppen die angreifenden Italiener im Handgemenge zurück; südwestlich San Martino scheitert ein starker italienischer Nachtangriff. An der Kärntner Front steht unser Fella-Abchnitt, in Tirol der Raum des Col di Lana unter lebhaftem feindlichem Feuer. Italienische Flieger über Triest. — Links der Maas schieben schlesische Truppen ihre Linien auf die Höhe „Toter Mann“ vor und schlagen vier französische Gegenangriffe ab; rechts der Maas heftiger Artilleriekampf. — Die russische Offensive im Kaukasus ist zum Stehen gekommen. — Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz tritt zurück. — Rücktritt Gallienis. — Der Zar begibt sich an die Front.

16. März: Bei der Armee Pflanzers-Baltin und bei der Heeresgruppe Böhmer-Ermolli beiderseits erhöhte Artillerietätigkeit. — Gegen die Podgora versuchen starke italienische Kräfte vorzugehen; am Nordhange des Monte San Michele wird ein feindlicher Angriff abgewiesen. Im Fella-Abchnitt hält das feindliche Artilleriefeuer an. — In Flandern und nordwestlich von Reims lebhaftere Artilleriekämpfe. In der Champagne werden französische Angriffe südlich von St. Souplet und westlich der Straße Somme Ph—Souain abgewiesen. Französische Angriffsversuche gegen die Höhe „Toter Mann“ werden im Keime erstickt. — Der holländische Dampfer „Lubantia“ (mit Amerikanern und deutschen Frauen an Bord) beim Leuchtschiff von Noordhinder torpediert. — Divisionsgeneral Roques französischer Kriegsminister.

Deutscher Reichstag.

Die Erörterung der U-Boot-Anträge vorläufig ausgeschrieben.

Berlin, 22. März.

Unter allgemeiner Spannung, die durch die verschiedenen auf den U-Bootkrieg bezüglichen Anträge der Parteien hervorgerufen ist, begann der Reichstag die erste Lesung des Etats in Verbindung mit den Kriegssteuervorlagen.

Vor der Sitzung des Plenums fand eine längere Beratung des Seniorenkongresses statt, der sich mit der Behandlung der U-Boots-Anträge befaßte, und sich dahin einigte, daß bis auf weiteres die Verhandlung der U-Boots-Anträge aus der Erörterung des Plenums ausgeschlossen werde. Die Beratung dieser Frage soll in der in den ersten Tagen der nächsten Woche zusammentretenden Budgetkommission erfolgen.

Nachdem der Seniorenkongress die Beratung beendet hatte, begann die Sitzung des Reichstages, worin der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes zum ersten Male erschien.

Vor dem Beginn der ersten Lesung des Etats teilte der Präsident Dr. v. S a e m p f den Beschluß des Seniorenkongresses mit, wogegen der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht unter lebhafter Unruhe des Hauses protestierte, indem er darauf hinwies, daß es sich hier um eine das öffentliche Interesse auf das lebhafteste erregende Frage handle und daß hinter den Kulissen mit aller Kraft gearbeitet werde, so daß das Volk das Recht habe, schon jetzt über die Frage aufgeklärt zu werden.

Der Etat und die Steuervorlage.

Sodann begann das Haus die erste Lesung des Etats. In der ersten Lesung des Etats und der Steuervorlagen verlangt Abgeordneter Reiz (Sozialdemokrat) eine Verschärfung der Kriegsgewinnsteuer in allen Teilen, wendet sich gegen die Besteuerung des Verbrauches und des Verkehrs und tritt für eine stärkere Besteuerung des Besitzes sowie für die Einhebung eines neuen Wehrbeitrages ein, der auf der gleichen Grundlage wie die Kriegsgewinnsteuer zu erheben wäre.

Abg. Spahn (Zentrum) knüpft an die Demission des Großadmirals v. Tirpitz an, der den Ausbau und die Organisation der deutschen Flotte mit Kühnheit, Opfermut, Umsicht und Pflichttreue geleitet habe, die ihren Ausdruck in den Heldentaten der Marine gefunden haben. Redner glaubt aussprechen zu dürfen, daß der Reichstag dem Werke Tirpitz' Treue bewahren werde. (Beifall.) In Besprechung der Steuervorlagen betont Redner, daß sich über die Aufbringung der Mittel eine Verständigung werde finden lassen und die Steuern mit überwiegender Mehrheit bewilligt werden, woraus das Ausland erkennen werde, daß wir fest in die Zukunft blicken.

Abg. Bayer (Volkspartei) schließt sich dem Dank an Tirpitz für die unermüdlige pflichttreue Arbeit, der er sein Lebenswerk gewidmet, an und weist in Besprechung der Steuervorlagen auf die Notwendigkeit hin, nicht nur Verbrauch und Verkehr zu besteuern, sondern auch die Besitzenden heranzuziehen. Redner tritt für einen Wehrbeitrag in einer Höhe ein, daß er wenigstens die geplanten Verbrauchs- und Verkehrssteuern ersetzen könne.

Schatzsekretär Helfferich hebt hervor, daß nach Auffassung der verbündeten Regierungen in einer starken Besteuerung des Vermögens während des Krieges ein Gegengewicht gegen die Besteuerung des Verbrauches und des Verkehrs. Die Regierungen sind der bestimmten Ansicht, daß außer der Kriegsgewinnsteuer eine weitere direkte Reichssteuer nicht vertreten werden könne. Der Schatzsekretär bittet das Haus, bereitzustellen, was für die Reichsfinanzen zur Zeit notwendig ist.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt werden.

Ein Antrag der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß nach dem „Vorwärts“ folgenden Antrag in der U-Bootfrage einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß weitere Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootwaffe alles vermeiden werden, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Verlängerung des Krieges bewirken könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, die deutsche Regierung werde alles tun, um den baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

23. III. 1916

Die obligatorische Anmeldung deutscher, österreichischer und ungarischer Guthaben in Frankreich.

Die Durchführung des französischen Gesetzes vom 22. Jänner über die obligatorische Anmeldung der Vermögen feindlicher Ausländer erweist sich als so schwierig, daß eine ganze Reihe von Rundschreiben des Justizministers notwendig wurde, um die Gerichte über die wahre Tragweite der neuen Vorschriften aufzuklären. Das erläuternde Dekret und das Rundschreiben von Ende Februar füllten nicht weniger als zwölf Spalten des „Journal Officiel“, allein schon jetzt hat sich die Notwendigkeit neuer Vorschriften ergeben, die den Gegenstand eines zweiten Rundschreibens des Justizministeriums vom 11. März bilden. Der Pariser Advokat Edouard Clunet, der bereits das erste Mal den Lesern des „Temps“ verständlich zu machen suchte, werden öffentlich zu diesem neuen Rundschreiben eine Erläuterung, der folgende Angaben zu entnehmen sind. Zunächst kommen die „bedrückten Nationalitäten“ in Betracht, an erster Stelle die Elsaß-Lothringer, die, soweit sie französischen Ursprunges sind, nach wie vor Vergünstigungen erhalten, was aber die Anmeldepflicht nicht ausschließt, da die Elsaß-Lothringer in politischer Hinsicht „noch immer“ als Angehörige eines feindlichen Staates angesehen werden müssen. Die Sequestrierung erfolgt aber nur dann, wenn auf Grund vorsichtiger Erkundigungen an der Loyalität der von Betroffenen gezweifelt werden muß. Was die von Elsaß-Lothringern in den Banken deponierten Gelder und Wertpapiere anlangt, die auf Grund der allgemeinen Anordnungen sequestriert wurden, so soll den einwandfreien Elsaß-Lothringern die Verfügung über ihre Gelder erleichtert werden. Die Abmachungen und Vereinbarungen wirtschaftlicher Natur mit feindlichen Ausländern, deren Vermögen in Frankreich bereits sequestriert worden ist, sind unbedingt anzumelden. Befreit sind von der Anmeldepflicht: die Spezialsequester, die Leiter der Caisse des Depots et Consignations für die von den Sequestern oder den französischen Schuldnern gemachten Einzahlungen und die französischen Schuldner für die an die Caisse des Depots abgeführten Summen.

23. / III. 1916

**Die Meldungen des französischen
Generalstabes.**

Wien, 22. März. Aus dem Kriegspresse-
quartier wird gemeldet:

Frankreich.

22. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der
Maas sehr lebhafter Geschüt-
z k a m p f in Gegend Malancourt-Esnes

und Höhe 304, besonders heftig am Hügel
Saucourt.

Westlich der Maas heftiges Ge-
schützfeuer in Gegend vor Baur-
Damloup. Nachts kein Infanteriegefecht. An
der übrigen Front herrschte in der Nacht Ruhe.

Der Bericht des russischen Generalstabes.

Wien, 22. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u s s l a n d.

21. März. In der Gegend von Dünauburg dauern die lebhaften Artilleriekämpfe an. In der Gegend östlich von Tweretsch wiesen wir einen feindlichen Gegenangriff auf das Dorf Welikoje Selo ab. In der Gegend östlich von Goduzischki nahmen unsre Truppen eine Linie vorgehobener Gräben des Feindes bei Buzkischki (10 Kilometer nordwestlich von Postawy).

Bei der Eroberung des Brückenkopfes bei Michalcze (westlich von Uscieczko) erbeuteten wir zwei Kanonen und andre Beute. Die meisten der Verteidiger des Brückenkopfes fielen im Nahkampfe.

Unter neuer Vertrag mit Rumänien.

□ Berlin, 23. März. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Ueber den neuen Vertrag mit Rumänien wird dem „Totalanzeiger“ von gut-unterrichteter Seite mitgeteilt: Eine unausbleibliche Folge der Verständigung über die Wiederherstellung der neutralen Handelsbeziehungen ist die Entspannung der politischen Lage. Die russenfreundliche Partei wird dem der rumänischen Landwirtschaft und Industrie zum Nutzen gereichenden Abkommen gegenüber an Einfluß verlieren, da sie nicht in der Lage ist, mit irgend einem Erfolg aufzuwarten, der sich diesem an die Seite stellen läßt. Auch zwischen Bulgarien und Rumänien sind Verhandlungen im Gange, die einen erfreulichen Verlauf nehmen und wahrscheinlich zu Abmachungen führen werden, die nicht ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegen.

Das Statsnotgesetz im Reichstag angenommen.

Ein skandalöser Zwischenfall.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 24. März.

Der Reichstag hat heute zwei Sitzungen abgehalten und in der zweiten Sitzung das Statsnotgesetz ohne Debatte angenommen und sich darauf bis spätestens zum 4. oder 5. April vertagt, weil für das Plenum ein weiterer Beratungsstoff noch nicht vorliegt und die Arbeiten in der Kommission oder neue Gesetzeswürfe, die etwa von der Regierung vorgelegt werden, abgewartet werden sollen.

Die letzte Sitzung hat sich gegen alles Erwarten nicht so formell und ruhig abgespielt, wie es noch gestern als sicher galt. Es waren allerdings schon am Donnerstag in der Rede des Sozialdemokraten Koch Anzeichen bemerkbar, daß die Minderheit der Sozialdemokratie ebenso, wie im vergangenen Dezember, so auch jetzt auf eine Sonderaktion nicht verzichten würde, sondern das Bestreben zeigt, in agitatorischer und verheerender Weise den Geist der Einigkeit zu stören, der im Libriaen auch diesmal wieder alle Parteien bei der Behandlung der Steuerfrage wie der ganzen parlamentarischen Lage gemeinsam befeelt hat. Die heutige Sitzung hat das Schicksal gehabt, merkwürdige Schwankungen durchmachen zu müssen. Anfangs bei den kurzen Anfragen über das Schicksal unserer afrikanischen Kolonien war trotz aller hohen Bewunderung für die Leistungen unserer Kolonialtruppen doch eine gewisse Bedrückung nicht zu verkennen angesichts erschwerter Angriffe, denen nach dem heldenmütigen Fall von Kamerun auch Ostafrika durch die Beteiligung der südafrikanischen Union und der Portugiesen entgegensteht. Dann aber stante die Stimmung mit einem Schlag sichterlos empor, als der Staatssekretär des Reichsschatzamtbes das große Ergebnis der vierten deutschen Kriegsanleihe bekanntgab, die mit zehn Milliarden und sechshundert Millionen nicht erheblich unter dem Resultat der dritten Anleihe zurückgeblieben ist und den Bedarf der Finanzierung des Krieges für ein weiteres halbes Jahr sichergestellt hat. Alle bürgerlichen Parteien haben in Worten tiefer Freude diesem großen inneren Sieg des deutschen Volkes ein Echo verliehen, und da neben ihm auch der Sprecher der Sozialdemokratie, Scheidemann, das zur Debatte stehende Statsnotgesetz im Namen der Mehrheit seiner Fraktion zu billigen erklärte, so wäre der Reichstag mit einem schönen Abschluß für die nächste Zeit auseinandergegangen, wenn sich nicht in geradezu unverantwortlicher und überhaupt nicht genügend mit Worten zu charakterisierender Weise der Abgeordnete Haase, früher Vorsitzender seiner Fraktion und erstaunlicherweise immer noch Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei,

gedrungen gefühlt hätte, in einer überall alles Maß überschreitenden Weise seine Sonderpolitik vom vorigen Dezember fortzusetzen und eine derartig verheerende und den Rahmen der zwischen den Parteien getroffenen Abmachungen überschreitende Weise die ganze deutsche Kriegspolitik samt der Mehrheit seiner eigenen Partei anzugreifen und sich bis zu dem Wort zu versteigen, daß auch unser Heer trotz aller Erfolge den Gegner nicht so schlagen werde, daß er auf die Knie gezwungen werden könne, so daß es am Schlusse des Krieges wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben würde. Wir können nicht entfernt die Szenen wiedergeben, die bei dieser Rede sich im Saal abspielten. Der Präsident versuchte immer wieder, den Abgeordneten darauf hinzuweisen, daß beim Not-Stat nicht die allgemeine Diskussion der ersten Statslesung wieder angeschnitten werden dürfte. Mit einer die Sozialdemokratie einschließenden Empörung wandte der ganze Reichstag gegen die unerhörte und geradezu verräterische Art, wie hier die Stimmung im deutschen Volk syste-

matisch gefälscht wurde. Es hieß im übrigen, die Bedeutung des Herrn Haase wie der kleinen Gruppe, die hinter ihm steht, überschätzen, wollten wir auf seine fanatischen Eruptionen eingehen. Es muß genügen, zu betonen, daß aus seiner eigenen Partei ihm der Bruch der Verabredung und die Beschuldigung der Unehrlichkeit zugerufen wurde, und daß dem Abgeordneten schließlich das Wort entzogen werden mußte mit Unterstützung einer nicht unerheblichen Anzahl seiner eigenen Parteigenossen. Nachdem sodann der Staatssekretär Helfferich in scharfen und begeisterten aufgenommenen Worten, dem brausende Zustimmung und lautes Händeklatschen folgte, die Äußerungen des Abg. Haase zurückgewiesen hatte, stand auch der Führer der sozialdemokratischen Mehrheit, Abg. Scheidemann, auf, um zu erklären, daß die Mehrheit seiner eigenen Partei durch Haases Vorgehen vollkommen überrascht worden sei, daß Haase die getroffenen Abmachungen gebrochen hätte und daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr nach wie vor das Vaterland nicht im Stich lassen werde. Spontan wiederholte sich bei diesem Ausbruch das sonst nicht in der Gepflogenheit des Parlaments liegende Händeklatschen, und als nach Schluß der Debatte noch einmal die Sozialdemokraten Kühle und Haase sich in persönlichen Bemerkungen gegen die Erklärungen des Staatssekretärs wenden wollten, David und Heine, zu, daß ihre Politik zur Verlängerung des Krieges führe und nur zum Unheil Deutschlands wirke.

Da die zweite und dritte Lesung einer Vorlage sich an die erste nur dann unmittelbar anschließen kann, wenn kein Widerspruch erfolgt, und nach dem Vorgehen des Herrn Haase ein solcher Widerspruch zu erwarten war, wurde die Sitzung bis gegen 2 Uhr vertagt und der Notetat in dieser Zeit von der Budgetkommission einer formellen Vorberatung unterzogen. Um 2 Uhr trat dann das Haus noch einmal zusammen und nahm den Bericht der Kommission entgegen, die seine unveränderte Annahme empfahl. Die Abstimmung erledigte sich ohne jede Debatte, und bei der Gesamtbewilligung des Notetats erhob sich zustimmend auch die Mehrheit der Sozialdemokratie. Man war nicht mehr in der Stimmung, zu diskutieren, obwohl das Haus noch immer die innere Bewegung deutlich zeigte, die in allen Gemütern herrschte. Wie zu erwarten war, wurde der Präsident ermächtigt, die nächste Sitzung des Hauses nach eigenem Ermessen einzuberufen, sobald genügend Material entweder aus der Budgetkommission oder durch neue Vorlagen zur Verfügung steht, spätestens aber am 4. oder 5. April.

Wie man hört, wird die sozialdemokratische Fraktion unmittelbar nach der Sitzung eine Beratung abhalten. Wenn wir auch für die nationale Geseltoffenheit des Deutschen Reichstages und des deutschen Volkes das Verhalten des Abgeordneten Haase und der hinter ihm stehenden kleinen Minderheit für belanglos halten, so darf man doch wohl erwarten, daß nach den heute geschehenen Vorgängen die Fraktion auch ihm gegenüber die Konsequenzen zieht, die sie schon dem Abgeordneten Liebknecht gegenüber gezogen hat. Wir jedenfalls können uns nicht vorstellen, daß die Sozialdemokratie, die in so klarer Erkenntnis ihrer Pflichten dem deutschen Volke mit zum Siege verhelfen will, noch weiter mit denen zusammenlebt, die in brutaler Form zerstören, was ihre engsten Freunde aufbauen. (Den ausführlichen Reichstagsbericht s. S. 2.)

Die rumänisch-bulgarischen Beziehungen

Sofia, 24. d. (Wolff.) In den rumänisch-bulgarischen Beziehungen trat in den letzten Tagen eine merklliche Entspannung ein. Die Festhaltung der bulgarischen Transitgüter in Rumänien erregte in Bulgarien lebhaftes Mißfallen, um so mehr als es sich um Hunderte von Waggons handelte, welche teilweise seit Jahresfrist festlagen. Die Angelegenheit wurde auch in der Sobranje besprochen, wo Radoslawow der allgemeinen Mißstimmung Ausdruck gab. Vor kurzem entschloß sich die rumänische Regierung, den bulgarischen Wünschen entgegenzukommen und darüber hinaus über gewisse Wirtschaftsfragen eine Uebereinstimmung mit Bulgarien anzustreben.

Es handelt sich besonders um den Austausch gewisser Artikel, wie bulgarischen Tabak. Rumänien sandte seinen Gesandten Derussi, der längere Zeit beurlaubt war, mit neuen Instruktionen. Derussi erzielte den Blättern zufolge bereits ein Uebereinkommen über die bulgarischen Transitgüter. Der Finanzminister Tontschew erklärte einem Vertreter des Blattes „Utro“ über diese Frage, die Gerüchte über eine Verschlechterung der rumänisch-bulgarischen Beziehungen seien grundlos. Dafür spreche die Tatsache, daß Derussi besondere Instruktionen erhielt, der bulgarischen Regierung zu versichern, Rumänien wolle die bisherigen gut nachbarlichen Beziehungen weiterpflegen. Die rumänische Regierung gab Derussi unbegrenzte Vollmacht, Verhandlungen über ein wirtschaftliches Abkommen zu führen. Die Versicherungen Derussis, sagte der Minister, werden von uns mit Befriedigung entgegengenommen. Bulgarien wird sein möglichstes tun, um die Verhandlungen zu erleichtern und erfolgreich zu beenden. Bulgarien und Rumänien haben viele gemeinsame Interessen, welche den Abschluß eines Einvernehmens erfordern. Eine Verständigung, welche alle Reibungen beseitigen würde, würde die Ruhe auf dem Balkan sichern, und beiden Völkern eine ruhige kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März.

Der Reichstag setzt die erste Lesung des Etats und der Steuervorlagen fort.

Abg. **Stresemann** (nationalliberal) erklärt: Das ganze deutsche Volk ist bis ins innerste monarchisch. Es sieht gerne seine Gedanken und Ideen verkörpert in einer Persönlichkeit. In Tirpitz sah das deutsche Volk die Entwicklung der deutschen Flotte und den Willen des deutschen Volkes zur Seegelung personifiziert. Sein Name wird in der Geschichte der deutschen Flotte und des deutschen Vaterlandes unvergessen bleiben. In Besprechung des Etats anerkennt Redner die Notwendigkeit, den Bedarf durch neue Steuern zu decken, und regt die Schaffung von Reichsmonopolen an, wodurch gewaltige bewegliche Einnahmen für die Zukunft ermögligt werden. Redner kritisiert die Erschwerung der Ausfuhr durch bureaukratische Maßnahmen, durch die namentlich die Textilindustrie getroffen werde, und erklärt schließlich: Der Sturm des Weltkrieges hat manches weisse Blatt vom Baum des Wirtschaftslebens hinweggeweht. Aber der Baum ist nicht entwurzelt; dazu steht er zu fest. (Beifall.)

Abg. **Graf Westarp** (konservativ) spricht dem Heer und der Flotte den wärmsten Dank und Anerkennung aus und betont das unerschütterliche Vertrauen in die Oberste Seeresleitung der Streitmacht zu Wasser und zu Lande. In den Dank und die Anerkennung begreife Redners Partei auch den Großadmiral v. Tirpitz ein, der dem Volke neue Bahnen gemiesen und neues Verständnis sowie wissenschaftlich durchgearbeitete Kenntnis von der Betätigung über See eröffnet habe, aber auch die Kenntnis von den Grundlagen, auf denen allein die Seegelung gegen die mißgünstigen Tyrannen der Meere gewonnen und erhalten werden kann.

Redner weist auf die Vereinbarung mit dem Präsidenten hin, eine Besprechung allgemeiner politischer Fragen, auch der U-Bootsfrage, im Plenum nicht stattfinden zu lassen in der Voraussetzung einer umso eingehenderen, deutlicheren und erschöpfenderen Aussprache in der Kommission und betont, daß dies keinen Verzicht, sondern lediglich den Aufschub der Erörterung der Frage im Plenum bedeuten solle.

Was die Steuervorlagen betreffe, warnt Redner davor, das Unternehmertum durch Steuernachnahmen zu erdroffeln, und erklärt, die Konservativen stimmen der Kriegsgewinnsteuer zu, seien aber nicht bereit, darüber hinauszugehen. Sie lehnen eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer und eine Wiederholung des Wehrbeitrages ab. Sollte dieser dennoch beschlossen werden, so werde dies für ihre Haltung zu den übrigen Steuern nicht ohne Einfluß sein. Redner spricht schließlich die Zuversicht aus, daß das deutsche Wirtschaftsleben auch die neue Belastungsprobe überstehen werde.

Abg. **Mertin** (deutsche Fraktion) gibt dem Bauern Ausdruck, daß Tirpitz, welchem der Geist unter den deutschen U-Bootsleuten zu verdanken sei, nicht mehr an seiner Stelle stehe.

Abg. **Hoch** (Sozialdemokrat) kritisiert in überaus heftiger Weise die Verbrauchs- und Verkehrssteuern, welche einseitig auf den Nutzen der herrschenden Klassen und den Schaden der ärmeren Bevölkerung berechnet seien.

Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. **Helffferich** protestiert dagegen, daß die ernste Frage der Steuern auf das agitatorische Gebiet hinübergetragen werde und verbittet sich den Vorwurf, daß die Steuern in erster Linie darauf berechnet seien, die breiten Massen zu belasten. Daraus, daß die sozialdemokratischen Protestversammlungen gegen die neuen Steuern nur schwach besucht waren, mögen die Sozialdemokraten lernen, daß das Volk in dieser Frage nicht hinter ihnen steht. Redner appelliert an die Sozialdemokraten, dem Volke die Vaterlandsliebe, welche ihm in Mark und Knochen sitzt, nicht zu vergiften.

Nach einer Erwiderung des Abg. **Hoch** werden der Etat und die Kriegsgewinnsteuer an die Budgetkommission, die Steuervorlagen an eine Sonderkommission überwiesen.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht die Beratung des Etat-Notgesetzes, worauf das Plenum seine Beratungen bis nach Ostern vertagen wird.

24. III. 1916

Neue Enthüllungen in der Duma.

Der geplante Staatsstreich.

Stockholm. (Meldung der Korr. Rundschau.) Großes Aufsehen erregt es, daß der „Kolokol“ das Gerücht von der Duma-Auflösung verzeichnet, die mit den Untrieben der Rechten in Verbindung stehe, überhaupt einen Staatsstreich herbeizuführen. In Fortsetzung der Debatte über den Kostenvoranschlag des Heiligen Synods hört man in der Duma nur laute Klagen über die Mißstände in der orthodoxen Kirche. Sie gipfelten in den Ausführungen Stobielew's, der diese Kirche als eine Staatseinrichtung darstellte, die ausschließlich Regierungsziele verfolge. Bei Beginn des Krieges verbreitete das berühmte Kloster Pieczerskaja-Luwa bei Kiew eine Pogromliteratur, die unter Sablers Diktat stand. Die Wirkung davon sollten die Juden und diverse Sekten am eigenen Leibe verspüren. Durch diese Schundliteratur suchte man den breiten Schichten einzureden, die Baptisten seien Kaiser Wilhelms intimste Freunde. Noch im Jänner wurde im Heiligen Synod behauptet, daß verschiedene Sekten im deutschen Dienste stehen. Draßisch schilderte Stobielew den Einfluß Kasputins als desjenigen unverantwortlichen Hintermannes, in dessen Händen die Fäden des Kirchenlebens zusammenliefen. Der Deputierte aus Tobolsk, Suchanow, erzählte weiterschweifig von der Wirtschaft des Bischofs Warnawa, der in einem Jahre 347 Popen vertrieb. Der Vorsitzende verlas die Formel des progressiven Bloßs. Sie verlangt eine gänzliche Umgestaltung der Kirche und die Einführung der Autonomie, die Modernisierung des Eheprozesses usw. Mit geringen Ausnahmen wurden alle Vorschläge angenommen, worauf das Haus zur Tagesordnung überging.

Großfürst Nikolai über den Aufruhr im Kaukasus.

Senator Nikolskij, Vertreter des Statthalters im Kaukasus, verliest eine Erklärung des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch, aus der ersichtlich wird, daß die kaukasischen Polizeibehörden schon am 28. Februar die blanke Waffe anwenden mußten und am 29. auf das Volk gefeuert wurde. Es gab sechs Tote und einige Verwundete. Am folgenden Tage überschüttete der Pöbel die Soldaten förmlich mit Steinen, wobei zwei Kosakenoffiziere, eine nicht angegebene Anzahl von Reitern und zwei Kommissärsgehilfen schwer verletzt wurden. Der Großfürst bezeichnet die Teuerung als Ursache des Aufruhrs. Der Kaukasus befinde sich nach seiner Ansicht im Ausnahmezustand, habe nur eine einzige, jetzt Militärzwecken dienende Bahnverbindung mit dem Reiche, weshalb die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln ungemein erschwert sei.

Angriffe gegen die Heeresleitung.

In der letzten Duma-Sitzung griffen die Nationalisten die Heeresleitung schonungslos an und warfen ihr Korruption vor. Wenn sich ein gemeiner Soldat selbst verstümmle, um dem Heeresdienste zu entgehen, so werde er zum Tode verurteilt, der Verbrecher aber, der die russische Karpathenarmee vernichten ließ, Suchomlinow, gehe frei herum.

Miljukow nennt die Situation unhaltbar.

Miljukow erklärte, es habe ihm ein Mitarbeiter des „Nowoje Wremja“ ein Schreiben geschickt, in welchem es heißt, in Rußland seien bloß die Geistlichen, die Bauern, Kinder, die Armen und vielleicht noch die kleinen Beamten vom Ministerialkonzipisten abwärts auf der Höhe ihrer Aufgabe. Die Regierung und ihre Umgebung sei aber nichts anderes als eine Bande von Dieben und Betrügern.

Hier machte ein bessarabischer Abgeordneter die Bemerkung: So ist es, sehr wahr, das ist die Wahrheit.

Miljukow sagte darauf: Wenn selbst die gemäßigten Elemente solche Auffassung von der Regierung haben, so ist das das beste Zeichen für die Unhaltbarkeit der Situation. Eine radikale Aenderung ist notwendig, um das Land vor dem Ruin zu bewahren.

Chwoستows Wappen — der Galgen.

Berlin, 23. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Stockholm: Die Zensur hat abermals die Veröffentlichung einer Rede verboten. Die Rede des Abgeordneten der Arbeiterpartei Tsenkeli's, welche dieser während der Budgetdebatte in der Duma über den Minister des Innern hielt, wurde in der Presse unterdrückt. Im Laufe der Sitzung ergriff Tsenkeli's von neuem das Wort und begann mit dem Satze: „Das Wappen des gewesenen Ministers Chwoستow ist der Galgen.“

Die Streikbewegung.

Daran knüpfte der Redner genaue Daten über die in Rußland zunehmende Streikbewegung an. Bisher streikten metallurgische Fabriken in Petersburg, die Admiralitätsfabriken in Moskau und Tula. Außerdem ist ein organisierter Streik in den Putilowwerken entstanden, den das Eingreifen der berühmtesten Ochrana und des Petersburger Stadthauptmannes hervorriefen. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen.

Der Bericht des italienischen Generalstabes.

Wien, 23. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

21. März. Längs der Front von Rovereto bis zu den Höhen von Görz beharrt der Feind in Demonstrationsaktionen bei großer Verschwendung von Artilleriemunition und kleinen Infanterievorrückungen. Diese Unternehmungen, welche bezweckten, leichte Erfolge gegen einige unserer vorgeschobenen und außerhalb unserer eigentlichen Widerstandsklinien gelegenen Stellungen zu erringen, wurden gestern überall vereitelt. Besonders heftige Geschüßkämpfe entwickelten sich im Val Sugana und auf den Höhen von Görz. Unsere Artillerie bekämpfte energisch die des Gegners und beschädigte an mehreren Punkten die feindlichen Linien. Kleine Infanteriegefechte mit für uns günstigem Ausgang fanden südöstlich von Rovereto im Raume der Forcella Cuel Tarond (große Fella) und auf den Höhen von Görz statt.

Ein stärkeres Gefecht fand bei Ravnilac im Flitscher Becken statt, wo es nach langer Vorbereitung durch Artillerie und Maschinengewehre dem Feinde gelang, einige unserer vorgeschobenen Schützengräben zu erreichen. Im kräftigen Gegenangriff wurde er jedoch aus ihnen geworfen. Auf dem Karstplateau verlief auch der gestrige Tag ruhig.

Wien, 23. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

22. März. In der Nacht auf den 21. d. versuchten feindliche Infanterieabteilungen kleine Ueberraschungsaktionen gegen unsere Stellungen bei der Mündung des Ribori (Val di Daoni), im Grestatal (Rio Camera, Gisch), nordöstlich von Biazza (Val Terragnolo) und auf der Höhe des Ravnilac (Flitscher Becken), wurden aber überall zurückgeschlagen. Am Fuße der Höhe Santa Maria (Zolmeiner Abschnitt) leitete der Gegner in derselben Nacht einen Angriff ein, welcher aber, von uns in flankierendes Feuer genommen, sich in das einfache Vorgehen von Patrouillen auflöste, die leicht abgewiesen wurden.

Die Artillerietätigkeit an der ganzen Front dauerte auch gestern trotz Wiedereintrittes des schlechten Wetters fort.

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 24. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

23. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas ließ das Artilleriefeld im Laufe der Nacht nach. Der Feind hat seine Versuche gegen den kleinen Hügel von Saucourt, dessen Kernwerk (réduit) wir halten, nicht erneuert.

Westlich der Maas geht die Beschließung an mehreren Punkten unserer Front mit Heftigkeit weiter.

In der Woivre, abgesehen von zeitweise unterbrochenem Artilleriefeld, kein wichtiges Ereignis zu melden.

Westlich Pont-à-Mousson gestattete uns ein Handstreich gegen einen feindlichen Schützengraben in der Gegend Jeh en Sahe, einige Gefangene zu machen.

Die Nacht verlief auf dem übrigen Teile der Front ruhig.

11 Uhr nachts. Nördlich der Wisne Zerstörungsfeld gegen die deutschen Werke auf der Hochfläche Bauclerc.

In den Argonnen unterhielten wir zahlreiche Konzentrierungsfeld auf die feindlichen Anlagen, Straßen und Eisenbahnen in den Ostargonnen und auf den Wald von Malancourt.

Westlich der Maas kräftiges Geschützfeld in der Gegend Malancourt und an unserer Front Bethincourt - Morthomme - Cumidres.

Westlich der Maas und in der Woivre nahm der Artilleriekampf eine gewisse Heftigkeit an. Infanterieaktionen fanden im Laufe des Tages nicht statt.

In den Bogenen beschossen wir feindliche Lager in der Umgebung von Mühlbach.

Spaltung.

Berlin, 25. März. (Telegr.) „Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich damit jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. An eine Parteisplaltung glauben wir heute so wenig, wie nach dem Vorgehen des 21. Dezembers. Die Parteeinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwüßlichen Kraft der sozialistischen Ideen; die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente mit unwiderstehlicher Kraft wieder zusammenschließen wird, sobald die Irren und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.“ Das ist der Kern der Betrachtung, die das sozialdemokratische Zentralorgan der Sezession deren um Haase widmet. Nunmehr hat also die von den Herren Haase und Ledebour geführte Minderheit ihren eigenen organisatorischen Mittelpunkt, wenigstens zunächst im parlamentarischen Betrieb. Sie ist ein politischer Organismus geworden, der ein selbständiges Leben führt und nun seine Anziehungskraft äußern wird. In welchem Maße, das hängt von der weiteren allgemeinen Entwicklung ab. Daß sich die Hoffnung des Vorwärts, eine Parteisplaltung stehe nicht bevor, auf die Dauer erfüllen wird, glauben wir nicht. Die Gegensätze zwischen der Fraktion und der neuen Arbeitsgemeinschaft sind die tiefsten, die es in der Politik gibt, nämlich grundsätzliche Gegensätze in der Stellung zum Staat und zur Nation. Wenn der Vorwärts meint, daß der proletarische Kampf unter allen Umständen die Parteeinheit zusammenhalten werde, so ist zu bedenken, daß der proletarische Kampf sich sehr wesentlich nach der grundsätzlichen Stellung zum Staat und zur Nation richtet. Der Proletarier, dem das Vaterland in seiner staatlichen Beschaffenheit etwas unter allen Umständen zu Erhaltendes, in seiner politischen Lebenskraft zu Förderndes ist, muß den proletarischen Kampf in entscheidenden Augenblicken anders betreiben, als derjenige, der grundsätzlich international denkt, also seine proletarischen Zwecke niemals den nationalen und staatlichen unterordnen würde. Dazu kommt noch eines: Unser künftiges politisches Leben wird bestimmt von den Männern, die aus dem Felde heimkehren. Sie bilden die Wählermassen; sie stellen die künftige öffentliche Meinung dar. Die Sozialdemokraten, die draußen gelitten und geblutet haben, die den ganzen Ernst der Bedrohung des Vaterlandes und den wilden Haß der Feinde kennen gelernt haben; sie werden vor allem ein Bedürfnis haben, von Leuten wie Haase abzurücken. Wird auch die neue Arbeitsgemeinschaft manche Elemente um sich sammeln, die nach und nach aus diesem oder jenem Grunde von der Parteeinheit losplitttern, gerade aus dem Felde werden entschiedene und entschlossene Gegner dieser Richtung kommen, und sie werden den Haase und Ledebour sehr deutlich zu verstehen geben, welche Erkenntnisse ihnen der Krieg erschlossen hat. Man kann sich nicht denken, daß ein Genosse aus dem Schützengraben in die Haase-Gruppe eintritt; man kann vielmehr sicher sein, daß er ihr Gegner sein wird. Der Kampf um Verbesserung der sozialen Lage, für sozial-politische Erleichterungen der Lebensgestaltung, für ein neues preußisches Wahlrecht u. dgl. wird sicher nach dem Kriege sehr nachdrücklich geführt werden; daß aber dabei, wie der Vorwärts hofft, eine Parteeinheit erhalten bleiben kann, die solch grundsätzliche Gegensätze birgt, ist sehr zweifelhaft. Wir glauben, daß das, was gestern geschehen ist, nur der erste Schritt war, und daß von nun an auch in der Partei zwischen einer großen Mehrheit und einer kleinen Minderheit keine Brücke mehr sein wird. Wenn auf dem ausgedehnten Gebiete der Arbeiterbewegung, sei es in gewerkschaftlichen, sei es in politischen Einzelfragen, sich da und dort ihre letzte Entscheidung und Abstimmung deckt, dann berührt das diese Annahme nicht. Die gegebene Frage wird immer die sein: Wie dünkt euch um den Klassencharakter der proletarischen Bestrebungen nach sozialer Hebung und politischem Machtanteil?

Der Wirtschaftskrieg der Entente.

Äußerungen des Botschafters Tschirschy
und des Präsidenten Dr. Sylvester.

Die nächste Nummer der „Wirtschaftszeitung der Centralmächte“ bringt uns freundlich zur Verfügung gestellte Äußerungen des deutschen Botschafters v. Tschirschy und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester über den Wirtschaftskrieg, den die Entente vorbereitet.

Botschafter v. Tschirschy schreibt:

Wie die Absicht der Ententemächte auf eine militärische Besiegung und Zerrümmung der Centralmächte in der Kraft und Gültigkeit der letzteren mit Gottes Hilfe zu stehen werden wird, so wird auch der andere Plan unserer Geliebte, uns nach Friedensschluß wirtschaftlich zu erdrosseln, scheitern, wenn wir es verstehen, uns wie im Kriege militärisch, so im Frieden wirtschaftlich eng zu einen und dadurch widerstandsfähig zu machen. Dem Starren — in Wille und Tat — dem Tüchtigen und innerlich Befestigten werden die Widersacher nichts anhaben können.

v. Tschirschy, deutscher Botschafter.

Die Äußerung des Präsidenten Dr. Sylvester lautet:

Alles Schlechte hat auch sein Gutes! Wenn die Ententemächte jetzt barangehen, wirtschaftliche Sperrpolitik gegen die Centralmächte und ihre Bundesgenossen zu machen, so darf uns dies nicht anfechten, wir müssen nur gleiches mit gleichem vergelten. Darum müssen die Centralmächte sich eng und fest wirtschaftlich zusammenschließen, gemeinsam Handels- und Zollpolitik beginnen; denn je fester und je enger der Zusammenschluß zustande kommt, desto sicherer kann den wirtschaftlichen Wunden der Ententemächte begegnet werden. Auch jene Kreise, welche dem wirtschaftlichen Zusammenschluß noch abträglich oder zaudernd gegenüberstehen, muß allmählich die Ueberzeugung beigebracht werden, daß nur in dieser Konzentration das wirtschaftliche Heil für uns gefunden werden kann. Die großen Fragen, die im politischen und wirtschaftlichen Leben der Lösung harren,

können mit früherem im Schwunge gewesenem feindlichen Mitteln nicht gelöst werden. Wenn manche glauben, noch mit wirtschaftlichen Grundfragen des Merkantilismus in Zukunft aufzukommen, so geben sich diese nur argen Täuschungen hin. Der kräftige Stoß von außen wird uns daher mehr vorwärts bringen, als die wirtschaftliche Einsicht, die hier vorhanden ist.

Wer hätte vor kurzem noch geahnt, wie weit und wie tief unsere wirtschaftliche Organisation bei Lösung der Nahrungsbedürfnisse gedeihen kann. Und trotzdem schreiten wir rüstig auf dem Wege der wirtschaftlichen Organisationen immer vorwärts. Nicht die Einsicht und die Voraussicht führte uns auf diesen Weg, nur die Not der Zeit gab uns die besten Lehren. Darum wird auch die Sperrpolitik der Ententemächte uns auf den Weg zum wirtschaftlichen Zusammenschluß und zu einer mitteleuropäischen Konzentration am ehesten vorwärts bringen.

Dabei darf uns aber gar nicht lange sein, daß wir künftighin in völlige Prosperität geraten und hiedurch unserem Niedergange entgegensehen, sondern es werden gewiß nach dem Frieden die wirtschaftlichen Schwergewichte wirksam werden, und die von England ausgehende Sperrpolitik wird allmählich abgewehrt. Der Kaufmann und Konsument wird wieder nach dem Besten und Billigsten greifen, und trotz aller Anstrengungen der politischen Mächte wird die Sperrpolitik an der Natur der Geschäfte versagen.

Bleiben wird dagegen ohne Zweifel der feste Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte, weil dieser Zusammenschluß der wirtschaftlichen Natur und der Weltwirtschaft entspricht. Für jetzt muß aber unser Grundrhythmus „Aug' in Aug'“ jahn im Jahn gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Verwirrungen unserer Segner.

Dr. Sylvester, Präsident des Abgeordnetenhauses.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Mehrheit.

Abgeordneter Scheidemann (Sozialdemokrat) hebt die Ueberraschung hervor, die auch für seine Fraktion die Rede Haase gebracht habe, und betont, jetzt handle es sich um eine rein formale Zustimmung zum Notetat. Dabei handle es sich nicht um die Frage des Vertrauens oder des Mißtrauens gegenüber der Regierung, sondern darum, die Fortführung der Reichsgeschäfte im Interesse des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit zu ermöglichen, von der wir wünschen, daß sie bald durch einen dauernden Frieden zum Abschlusse gebracht werde. Ich darf annehmen, schließt Redner, daß wir noch zu den Worten stehen, die wir am 4. August 1914 namens der Fraktion aus dem Munde Haases gehört haben: In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich. (Beifälliger Beifall und Händeklatschen.)

Hiermit schließt die Diskussion. Der Notetat wird der Budgetkommission überwiesen.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt der aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetretene Abg. Rühle unter allgemeiner Heiterkeit, daß er und Liebknecht diesem System keinen Mann und keinen Groschen bewilligen.

Neuerliche Sturmjzenen.

Abg. Haase bestreitet die Kompetenz des Schatzsekretärs, zu beurteilen, ob er ein echter Volksvertreter sei. Redner wiederholt unter großem Lärm des Hauses, daß diejenigen die besten Patrioten seien, die nach zwanzigmonatigem blutigem Kriege einer Verständigung der Völker durch einen aufrichtigen Frieden das Wort reden.

Diese Bemerkung Haases ruft neuerliche Sturmjzenen hervor, namentlich unter den Sozialdemokraten, die erregt von den Sätzen aufspringen, heftig gegeneinander gestikulieren und Haase mit Zwischenrufen überschütten.

Abg. David (Sozialdemokrat) ruft Haase zu: Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges!

Abg. Heine (Sozialdemokrat) ruft: Das führt zum Unheil Deutschlands!

Sowohl von rechts wie aus den Reihen der Sozialdemokraten schallen dem Abgeordneten Haase wiederholt die Rufe: „Landesverrat! Landesverräter!“ entgegen.

Nachdem Ruhe eingetreten ist, schließt der Präsident die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung für 2 Uhr nachmittags an.

In dieser Sitzung erledigte das Haus ohne Debatte den Notetat in zweiter und dritter Lesung, worauf der Präsident ermächtigt wurde, den Tag der nächsten Sitzung, die spätestens am 5. April stattfinden soll, festzusetzen.

Sodann wird die Sitzung geschlossen.

Bevorstehende Erklärungen des Reichskanzlers

Einem Communiqué zufolge wird Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Budgetkommission des deutschen Reichstages erscheinen, um dort Erklärungen über die schwebenden Fragen abzugeben.

Voraussichtlich wird der Kanzler in einer der ersten Sitzungen des Reichstags bei Beratung des Etats des Reichskanzlers oder des Auswärtigen Amtes das Wort ergreifen.

Der finanzielle Frühlingsieg.

Die Berliner Blätter feiern das Ergebnis der vierten Kriegsanleihe, womit das deutsche Volk für Kriegszwecke in 20 Monaten gegen 36½ Milliarden in langfristiger Anleihe aufgebracht, als finanziellen Frühlingsieg, mit dem das deutsche Volk neuerlich einmütig zu verstehen gegeben habe, daß es gewillt sei, den Krieg bis zum sieg-eichen Ende fortzusetzen.

Der Oberkommandierende in den Marken verfügte, daß anlässlich des glänzenden Erfolges der Kriegsanleihe, woran die Mitwirkung der Schulen wiederum einen hervorragenden Anteil hat, der morgige Tag schulfrei sei.

Eine neue sozialdemokratische Fraktion.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sind mit dem heutigen Tage 18 Mitglieder ausgeschieden und haben unter der Bezeichnung „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft“ eine neue Fraktion gebildet. Die Ausgeschiedenen sind die Abgeordneten Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geier, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn (Sachsen), Kuhnert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Warm und Zubeil. Vorsitzende der neuen Fraktion sind Haase und Ledebour.

Die Kalenderreform in Bulgarien.

S. Sofia, 23. März. (Meldung der Agence Télégraphique Bulgare.) Das Sobranje hat den Gesetzentwurf betreffend die Kalenderreform mit großer Mehrheit angenommen.

Die nordische Ministerberatung.

Stockholm, 21. März. Der Kopenhagener Korrespondent des „Ruhloje Slomo“ hatte, wie „Evenska Dagbladet“ meldet, eine Unterredung mit einem an der nordischen Ministerkonferenz beteiligten Minister. Dieser sagte: Wir wollen die Kriegsführenden erinnern, daß Skandinavien nicht drei verschiedene Monarchien, sondern eine Einheit von 12 Millionen Menschen repräsentiert, die man nicht übersehen kann. Die Beschlüsse der Konferenz sind nicht für die größere Allgemeinheit bestimmt. Einiges wurde den Kriegsführenden mitgeteilt. Die Hauptfrage galt natürlich der Blockade, die täglich fühlbarer wird. Großbritannien ist wirklich der Beherrscher des Meeres. Selten entgeht ein Schiff seinem spähenden Auge. Wir verstehen Großbritannien, aber das macht die Sache nicht leichter für uns. Skandinavien steht sich faktisch in einen Eisenring eingeschlossen. Es ist vom Handel mit Deutschland abgesperrt. England läßt nicht ein Kilo irgend einer Ware durch, ohne Garantie, daß die Ware in Skandinavien bleibt. Daß Skandinavien durch den Krieg reich geworden sei, ist eine Einbildung. Einzelne wurden reich, aber die Hauptmasse der Bevölkerung leidet unter dem Krieg. Es droht eine wirtschaftliche Krise. Man muß zugeben, daß unter diesen Umständen ein Zusammenarbeiten für die skandinavischen Länder notwendig ist. Glücklicherweise ist Skandinavien nicht so gesplittert wie der Balkan. Wir wollen uns nicht am Territorium der Nachbarn vergreifen. Frühere Zwiste sind vergessen. Wir fühlen uns solidarisch. Die skandinavischen Länder sind überzeugt, daß nur durch Aufrechterhalten der Neutralität, durch ein vollkommen solidarisches Auftreten verhindert werden kann, daß sie in den Krieg verwickelt werden.

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Wien, 23. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u s s l a n d.

22. März. Auf der ganzen Front wieder sich eine Reihe von Kämpfen ab. In der Gegend von Riga hatten unsere Truppen Zusammenstöße mit starken feindlichen Vorposten beim Dorfe Plakanen und südlich der Insel Dalen.

Im Abschnitt Jakobstadt besetzten wir nach Kampf einzelne Gehöfte und das Wäldchen östlich des Dorfes Augustinhof (22 Kilometer nordwestlich von Jakobstadt), ebenso in der Gegend von Buschhof (10 Kilometer südwestlich von Jakobstadt) den Wald zwischen dem Forstbezirk Dupenet und dem Dorfe Deltwensk (10 Kilometer südwestlich und 8 Kilometer südlich von Jakobstadt).

Nördlich von Dünaburg beiderseits Feuerkampf. In der Gegend südlich von Dünaburg dauern die lebhaften Infanterie- und Artilleriekämpfe an. Unsere Artillerie beschuß mit Erfolg die Gegend nördlich von Minzjuntz (9 Kilometer nördlich von Widsy), wo wir feindliche Verstärkungen feststellten. Nachdem unsere Truppen das Feuer der feindlichen Batterien in der Gegend von Meschtele (6 Kilometer nördlich von Widsy) zum Schweigen gebracht hatten, nahmen sie eine Reihe feindlicher Gräben im Abschnitte Minzjuntz-Selksee. Versuche des Gegners, südlich von Tweretsch die Offensive zu ergreifen, wurden durch unser Feuer vereitelt. In der Gegend von Wileity und Moshetti (12 Kilometer und 7 Kilometer nordwestlich von Postaw) finden erbitterte Kämpfe statt. Der Feind macht hier heftige Gegenangriffe auf unsere Truppen, welche ihn stellenweise aus den Gräben herauswarfen und ihm Maschinengewehre abnahmen.

In der Gegend von Czerniath und Lotwa (6 und 4 Kilometer nördlich des Mladzioljees) griff der Feind nach starker Artillerievorbereitung unsere Stellung an. Wir wiesen ihn durch unser Feuer ab.

Am Südwestufer des Naroczsees wickelt sich der Kampf erfolgreich für unsere Truppen ab. Diese überwandten trotz der Anwendung von erstickenden Gasen durch die Deutschen und des mörderischen feindlichen Feuers drei Drahthindernisslinien und nahmen durch ungestüme, erfolgreiche Angriffe drei Linien feindlicher Schützengräben. Gegenangriffsversuche des Feindes wurden durch unser Feuer unter Anwendung von Geschossen, die erstickende und tötende Gase enthielten, angehalten. Nach vorläufiger Zählung machten wir 17 Offiziere und mehr als 1000 Soldaten zu Gefangenen, erbeuteten zwölf Maschinengewehre, einen Scheinwerfer und einen Bombenwerfer.

In der Gegend von Smorgon heftiger Artilleriekampf. Der Feind beschieß energisch den an der Wilia liegenden Abschnitt.

In der Gegend Djeljatitschi-Baranowitschi überflogen deutsche Flugzeuge unsere Stellungen.

In der Gegend der Chaussee Moskau-Brest-Litowsk und nördlich des Dorfes Telechany (am Dainstikanal) lebhafte gegenseitige Beschießung.

In der Gegend südöstlich von Kolti besetzten unsere Aufklärer einen feindlichen Posten.

Nach ergänzenden Nachrichten erbeuteten wir bei Michalce (westlich von Uscieczko) noch zwei Kanonen, sechs vollständig verwendbare Bombenwerfer, eine große Menge Gewehre, einen Kasten mit Geschütz- und Gewehrmunition, Kartuschen sowie andre Munition und machten 106 Gefangene.

Die innere Krise Rußlands.

Die „Korr. Rundschau“ meldet aus Stockholm: Die Berichte neutraler Reisender und die aus Petersburg eintreffenden Nachrichten lassen deutlich erkennen, daß die schweren inneren und äußeren Kalamitäten, in die Rußland geraten ist, hinter der sich von Tag zu Tag verschärfenden wirtschaftlichen Krise beinahe zurücktreten. Was die unterrichteten Faktoren Rußlands heute befürchten und wie etwas Unabwendbares kommen sehen, ist nicht weniger als die Hungersnot im schrecklichsten Sinne des Wortes. Der Kongreß der Landwirte hat eben eine Resolution gefaßt, die an Klarheit und Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie lautet: „Rußland durchlebt gegenwärtig fürchterliche Augenblicke. Das Reich steht vor einer großen Katastrophe, an seine Tore pocht der Hunger. Die Vorgänge des napoleonischen Jahres 1812 wiederholen sich auf landwirtschaftlichem Gebiete. Riesige Ackerflächen bleiben unbebaut, Brotmangel droht uns gleich einem Gespenst. Schnellige Hilfe, Beschaffung von Samen, Arbeitern, Tieren kann uns doch kaum mehr vor der heranrühenden Katastrophe bewahren, die bereits zu weit vorgeschritten ist!“

Auf dem zweiten Kongreß der allrussischen kriegsindustriellen Vereine hielt der Delegierte Prokopowitsch eine Rede über die kritische Lage des Nahrungsmittelmarktes in Rußland, in der er darlegte, daß amtliche Ermittlungen eine geradezu ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise in den zwei letzten Jahren ergeben hätten. Durchschnittlich betrage diese Preissteigerung — sogar in einem so bedeutenden Zentrum wie Moskau — sage und schreibe zweihundert Prozent. Die verschiedenen Getreidearten und Müllereiprodukte seien im Preise um 166 Prozent gestiegen. Der Rückgang der Anbauflächen und der sich erschöpfende Viehbestand Rußlands seien sowohl für die Seeresversorgung als für die russische Landwirtschaft überhaupt Gefahren von verhängnisvoller Tragweite.

Das statistische Zentralkomitee muß zugestehen, daß sich nur ein Teil der russischen Gouvernements und Bezirke entschlossen habe, amtliche Daten über den Saatenstand zu verlautbaren, da dieser in den meisten Gebieten so ungünstig war, daß man vorzog, die Bevölkerung durch offizielle Mitteilungen nicht zu ängstigen. Danach sei der Saatenstand nur in den vier Gouvernements Ufa, Kiew, Poltawa und Sir-Darja gut. Man erinnert in diesem Zusammenhange an die Erklärung des Landwirtschaftsministers bei der Eröffnung des ständigen Beirates in der Verproviantierungsfrage beim Landwirtschaftsministerium, wonach seiner Schätzung zufolge die Getreideernte voraussichtlich um mindestens vierzig Prozent hinter den

ursprünglich gehegten hochgespannten Erwartungen zurückbleiben werde.

Bemerkenswert sind die aus Finnland einlangenden Berichte, die besagen, daß dort die Lebensmittelpreise eine Erhöhung um durchschnittlich 54 Prozent erfuhren. Die Mehl- und Brotpreise hingegen schnellsten bis zu 116 Prozent in die Höhe. Hauptursachen sind die vollständige Unterbrechung der finnischen Schifffahrt und die gänzlich e Deroute im russischen Eisenbahnenwesen. Aber auch die in Finnland selbst erzeugten Artikel weisen eine immense Preissteigerung auf, was darauf zurückzuführen ist, daß Finnland fast alles an Rußland abgeben muß und im Innern nichts verschieben kann, weil alle Bahnen für Militärtransporte in Anspruch genommen sind. Die meisten finnischen Bäckereien haben nunmehr ihre Betriebe überhaupt eingestellt. Das „Komitee zur Organisation der Einfuhr von Artikeln dringendsten Bedarfs aus dem Reiche nach Finnland“ hat in einem Memorandum, das dieser Tage überreicht wurde, aus seinen Darstellungen folgende Konklusion gezogen: „Die Vorräte der Ernte 1915 werden Ende März dieses Jahres aufgezehrt sein. Es ist unbestreitbar, daß in Finnland eine fürchterliche Hungersnot ausbrechen muß, wenn nicht unbedinglich die Getreidezufuhr geregelt wird!“

Russische Zeitungen lassen erkennen, daß auch in Riga die Lebensmittelnot auf das höchste gestiegen ist. Die meisten Produkte fehlen bereits gänzlich. Eine Zufuhr erscheint „derzeit“ unmöglich.

Kriegskalender.

19. März: Am Dnjepr und an der bessarabischen Front herrscht lebhaftere Artillerietätigkeit. Die Brückenschanze von Uscieczko muß etwas zurückgenommen werden. — An der deutschen Front zwischen Dnywjatj-See—Postawj und beiderseits des Narocz-Sees setzen die Russen mit heftigen Angriffen an, werden aber unter enormen Verlusten abgeschlagen. — Am Tolmeiner Brückenkopf setzen unsere Truppen ihre Angriffe erfolgreich fort. — Unser Spitalschiff „Elektra“ wird in der Adria von einem feindlichen U-Boot torpediert. — Vor Verdun finden erbitterte Nahkämpfe statt. — Die italienische Kammer spricht Salandra das Vertrauen aus.

20. März: Der Uscieczkoer Brückenkopf wird nach heldenhafter Gegenwehr geräumt. — Vor dem Görzer und Tolmeiner Brückenkopf während die Kämpfe mit einem uns günstigen Ergebnis fort. — In der Adria wird der französische Torpedobootzerstörer „Renaudin“ versenkt. — An der flandrischen Küste schlagen drei deutsche Torpedobote fünf englische Zerstörer in die Flucht. — Ein deutsches Marineflugzeuggeschwader belegt militärische Anlagen an der englischen Ostküste mit Bomben. — Die Deutschen wehren heftige russische und französische Angriffe erfolgreich ab. — Die amerikanischen Iren proklamieren die Unabhängigkeit Irlands.

21. März: Unsere Flieger belegen Balona mit Bomben. — Die Deutschen erstürmen französische Stellungen im Walde von Wocourt. — Die Russen richten neue, aber vergebliche Angriffe gegen die deutsche Front. — Englische, französische und belgische Flieger greifen die deutschen Stellungen an der belgischen Küste an.

22. März: Die Russen entfalten an unserer ganzen Nordostfront eine lebhaftere Tätigkeit. Sie werden überall geworfen. — Auch die Deutschen schlagen zahlreiche russische Angriffe ab. — Bei Wocourt werden 3000 Franzosen gefangen. — Der englische Dampfer „Coquette“ wird südlich von Malta versenkt. — Der deutsche Reichstag tritt wieder zusammen.

23. März: Unsere Regierung richtet wegen des Angriffes gegen die „Elektra“ eine Protestnote an die Neutralen. — Die Deutschen besetzen den Höhenrücken von Haucourt und schlagen neue starke russische Angriffe zurück.

24. März: Die Deutschen schreiten westlich der Maas fort. Neue schwere Angriffe der Russen brechen zusammen. — Beiderseits des Bardar kommt es zu Artilleriekämpfen. — In der Nordsee versenkt der Hilfskreuzer „Greif“ ein englisches 15.000-Tonnen-Schiff und sprengt sich selbst in die Luft.

26./III. 1916.

Die Spaltung der Sozialdemokratie.

Zu den Vorgängen im Reichstage schreibt die „Leipziger Volkszeitung“: Eine Klärung hat sich vollzogen, reinliche Scheidung ist eingetreten. Die Entwicklung, die schon am 4. August mit der Abstimmung der 14 Genossen in der Fraktion gegen die ersten Kriegskredite begann, die am 21. Dezember 1915 den kritischen Punkt erreichte, ist damit zu einem natürlichen Abschluß gekommen. Es mußte so kommen, da die Mehrheit den Weg aus der Sackgasse der Durchhaltepolitik nicht durchzufinden vermochte und nicht wollte. Da sie sich immer tiefer in die Neze der Regierungspolitik verstrickte, hat sie sich immer mehr zu einer Schutztruppe für Bethmann Hollweg entwickelt. So mußte der Bruch mit der Minderheit eintreten, die die Politik weiter verfolgen mußte, der sie am 21. Dezember öffentlich Ausdruck gegeben hat. Es mußte zu einem Zusammenstoß kommen. Wir erhoben auch keine bewegte oder schwermütige Klage über das Verhalten der Mehrheit, soweit es im Rahmen sachlicher Verhandlungen blieb. Wir können nicht verkennen, daß die Linien der Politik der Mehrheit und Minderheit sich je länger je weiter voneinander entfernten. Die Gründe zu ihrem Schritt konnten allerdings besser und würdiger sein.

Der Führer der badischen Sozialdemokraten, Kolb, schreibt im „Karlsruher Volksfreund“: Nun haben die neuen Zerstörer das so lange ersehnte Ziel erreicht. Ihr Häuptling hat in der gestrigen Reichstagsführung eine Standalffzene provoziert, wie sie sich bisher noch in keinem deutschen Parlament ereignet hat. Wohl überlegt war der gegen die eigene Partei und gegen das ganze deutsche Volk geführte Streich, wie Haase selbst gestand. Wenn dieser Straßenschwadroneur glaubt, damit sich und seinem Häuflein Getreuer einen Dienst geleistet zu haben, so befindet er sich in einem großen Irrtum. So kann in einem solchen Augenblick nur jemand sprechen, der keine Spur von Empfindung für vaterländische Pflichten hat. An die Wiedervereinigung mit den 18 Separatisten ist wohl nicht zu denken, denn der Gegensatz der Anschauungen ist zu groß, als daß sich ein weiteres verträgliches Zusammenarbeiten mit ihnen ermöglichen ließe. Die gestrigen Vorfälle im Reichstag werden draußen an der Front den entsprechenden Widerhall finden. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unsere im Felde stehenden Genossen mit überwältigender Mehrheit sich auf die Seite der Mehrheit stellen werden. So bedauerlich der gestrige Vorfall und die damit im Zusammenhang stehende Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch ist, ein Gutes wird er haben. Die sozialdemokratische Fraktion braucht der Einheit zuliebe diesen Elementen gegenüber keine Konfession an die revolutionäre Romantik zu machen. Nun wird die Partei innerlich gesunden. Dieser Gewinn aus den gestrigen Vorgängen ist ungleich größer als der Verlust.

Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg erklärt: Von einer Spaltung der Partei dürfte erst gesprochen werden, wenn der Parteitag entschieden hat und nicht alle Angehörigen der Partei sich seinem Spruche fügen wollen. Daher sei das Unglück nicht übermäßig groß und die Hoffnung auf Erhaltung einer geschlossenen Partei nicht aufzugeben. Ein großes Geschlecht habe die Partei heute nicht gehabt. Man vermisse Begabung, Eifer für Ueberwindung persönlicher Eigenbrödelei, politischer Liebhaberei und Rechthaberei. Mangel an Kameradschaft kennzeichne heute die Partei.

Die Wahlkreise der neuen Fraktion.

Nach der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion interessiert die Frage, in welchen Wahlkreisen die Mitglieder der neuen „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gewählt sind. Die 18 Mitglieder dieser Fraktion sind Schriftsteller Eduard Bernstein (Breslau-West), Redakteur Bod (Gotha), Kassenbeamter Büchner (Berlin IV), Rechtsanwalt Cohn (Nordhausen), Redakteur Dittmann (Lennep-Mettmann), Redakteur Geyer (Leipzig-Land), Rechtsanwalt Haase (Königsberg), Rechtsanwalt Dr. Herzfeld (Rostock), Redakteur Henke (Bremen), Redakteur Horn (Dresden-Alttadt), Schriftsteller Kunert (Halle), Schriftsteller Ledebour (Berlin VI), Geschäftsführer Schwarz (Lübeck), Schriftsteller Stadthagen (Niederbarnim), Gastwirt Stolle (Zwickau), Schriftsteller Bogtherr (Stettin), Schriftsteller Wurm (Reuß j. L.), Expedient am „Vorwärts“ Zubeil (Zeltow-Weeslow-Charlottenburg). Aus ganz Süddeutschland ist mithin nicht ein einziger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter zu der neuen „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ übergetreten.

Bisher ist es nicht bekannt geworden, ob die beiden schon früher aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgg. Rechtsanwalt Dr. Liebknecht, gewählt für Potsdam-Osthavelland, und Schriftsteller Kühle (gewählt für Pirna-Sebnitz) sich der neuen Fraktion anschließen.

Die Spaltung in der Reichstagsfraktion kann nicht ohne Folgen in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bleiben: hier steht die radikale Mehrheit — Schriftsteller Hirsch (Berlin VII), Gutsverwalter Hoyer (Niederbarnim), Buchhändler Adolf Hoffmann (Berlin VI), Gastwirt Paul Hoffmann (Berlin V), Rechtsanw. Dr. Liebknecht (Berlin XI) und „Vorwärts“-Redakteur Ströbel (Berlin IX) — auf dem Standpunkt der bisherigen Minderheit im Reichstag, während die vier anderen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten: Parteisekretär Braun (Niederbarnim), Schriftsteller Haensch (Niederbarnim), Gewerkschaftsbeamter Hue (Schöneberg-Neutölln) und Parteisekretär Reinert (Bitten) die Ansichten der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzen die radikalen Reichstagsabg. Bernstein, Dr. Cohn, Stadthagen, Wurm, Zubeil und Landtagsabg. Wolph Hoffmann, bisher zusammen mit den beiden Reichstagsabg. Ewald und Pfannkuch in derselben Fraktion.

Zwei sozialdemokratische Fraktionen nebeneinander gibt es schon seit einiger Zeit in der württembergischen Kammer. Dort haben sich am 22. Juli die radikalen sozialdemokratischen Abg. Westmeyer, Engelhardt und Höschla zu einer sozialistischen Vereinigung im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Fraktion des württembergischen Landtages zusammengeschlossen, die nummehr noch 14 Mitglieder zählt.

Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der im Sommer 1914, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, für den infolge des Weltkrieges abgesetzten Parteitag in Würzburg veröffentlicht worden ist, hat die sozialdemokratische Partei in den Landtagen der Bundesstaaten Mandate in folgender Zahl inne: Bayern 30, Sachsen 25, Hamburg 20, Württemberg 14 + 3, Bremen 18, Baden und Lübeck je 11, Preußen 10, Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Rudolstadt je 9, Gotha und Hessen je 8, Altenburg 7, Sachsen-Weimar 4, Reuß ä. L. 3, Reuß j. L. 2, Anhalt, Schaumburg, Lippe und Schwarzburg-Sondershausen je ein Mandat.

26./III. 1916.

Fortschrittlicher Parteitag für Groß-Berlin.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin, zu dem die Berliner Reichstagswahlkreise und die Landtagswahlbezirke Charlottenburg, Schöneberg-Neutölln, Zeltow-Land und Ober- und Niederbarnim gehören, trat unter dem Vorsitz des Abg. Kopsch am Freitag abend unter sehr starker Beteiligung zusammen. Außer den Vertretern der Wahlkreise und Parteilokale waren zahlreiche Abgeordnete anwesend. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden durch Jurok wiedergewählt.

Abg. Kanow hielt einen Vortrag über die politische Lage. Er erinnerte an den 10. März 1916, den Todestag Eugen Richters, dessen Ueberzeugungstreue und uneigennütziges Vaterlandsliebe der Partei auch in der Gegenwart Leitstern sei, und kennzeichnete eine Reihe politischer Vorkommnisse der letzten Zeit, insbesondere die Vorgänge im sozialdemokratischen Lager, und die Stellung der Konservativen im preussischen Landtag zur Wahlreform und Steuerpolitik. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfahrungen der Kriegszeit bei allen Meinungsverschiedenheiten, die unter den politischen Parteien bestehen und bleiben werden, dazu führen würden, die Breiterzänne zwischen den Parteien niedriger zu halten und die gemeinsame Arbeit für das Staatswohl unter Zurückdrängung von Sonderinteressen zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer sprach über die U-Boot-Frage. Er machte Mitteilung über die Stellung der parlamentarischen Vertretung der Partei im Reichstag wie im Preussischen Abgeordnetenhaus zur U-Bootfrage. Die einmütige Auffassung der Fraktionen stützt sich auf den Entschluß, warmherzig, entschlossen und opferfreudig für alles einzutreten, was die Schicksalsstunde fordert, aber zugleich auch auf die klare Erkenntnis, daß in dieser schweren Zeit kaltes Blut und ruhige Besonnenheit, Wirklichkeitsinn und Augenmaß dem Vaterlande mehr nützt als leidenschaftliches Wünschen und Hoffen, als ein unklarer und zielloser Ueberschwang, der nur zu leicht auf Abwege führt. (Zustimmung.) Redner kennzeichnete kurz die Verhandlungen im Landtag über die U-Bootfrage und die Anträge, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigen. Er ging näher auf die Bewegung im Lande ein, die unverkennbar ihre Spitze gegen die Reichsregierung richtet. Sicher machen viele dies mit in der reblischen Absicht, dem Vaterlande zu nützen. Aber die Wirkung dieser Agitation sei schädlich, weil sie die innere Einheit stört und das Vertrauen zu den verantwortlichen Stellen gefährdet, das im Kriege zu erhalten gebieterische Notwendigkeit ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Ausscheiden des Staatssekretärs Tirpitz aus dem Amte hat die in manchen Kreisen vorhandene Erregung gesteigert. Im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion hat Herr v. Payer ausgesprochen, daß auch wir dankbar anerkennen die unermüdete Pflichttreue, die er seiner Lebenswerk gewidmet hat, und ihm insbesondere dafür danken, daß es seiner Geschicklichkeit und Ausdauer gelungen ist, das Verständnis für unsere Flotte und die Liebe zu ihr in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zu verbreiten und zu erhalten. Ich zweifle nicht, daß die ganze Partei hinter diesen Worten steht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Politik des Herrn v. Tirpitz unterstützt, soweit sie unserer Ueberzeugung entsprach; wir haben sie bekämpft, wo dies nicht der Fall war, und gerade die Erfahrungen dieses Krieges haben uns recht gegeben. Redner weist auf die Bedenken hin, die die Partei gegen die Bindung des Flottengesetzes und in der Armierungsfrage geltend gemacht hat, und geht auf die Geschichte des U-Boot-Baues ein. Von der Partei ist von Anfang an ein verstärkter und beschleunigter Bau von U-Booten gefordert worden; insbesondere sind die Abgg. Leonhart und Struve aus Kiel nachdrücklich dafür eingetreten.

Auch in der freisinnigen Presse ist die gleiche Auffassung vertreten worden; Fachmänner, wie Vizeadmiral Galster und Kapitän Persius, haben in dieser Richtung zu wirken gesucht. Jedenfalls steht fest: Wäre nach dem Verlangen der Partei der Bau von U-Booten früher und schneller durchgeführt worden, so wäre die Möglichkeit ihrer erfolgreichen Verwendung im jetzigen Kriege erheblich verstärkt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die frühere Haltung der Partei gibt die Grundlage für unsere jetzige Stellung: Wir wollen uns die U-Boot-Waffe nicht entwinden lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind stolz auf die Heldentaten unserer U-Boote wie unserer ganzen Flotte. Wir unterschreiben die Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann, daß wir

keinesfalls die Ungelehrtheit des U-Boot-Krieges in der Kriegszone zugestehen, und daß wir uns bei Verhandlungen mit anderen Mächten die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand wenden lassen können. Vereinbarungen, die das Wesen des U-Boot-Krieges nicht berühren, sind möglich, nicht aber Einschränkungen, die uns zum Verzicht auf die erfolgreiche Verwendung dieser Waffe zwingen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Im Anschluß hieran geht Redner auf Meinungsverschiedenheiten ein, die in der öffentlichen Erörterung, insbesondere auch in verschiedenen, jüngst an den Reichstag gelangten Eingaben hinsichtlich der Verwendung der U-Boote hervorgetreten sind. Unwichtig sei die Behauptung, daß die energische Führung des U-Boot-Krieges nach den Grundsätzen der Denkschrift vom 10. Februar d. J. hinausgeschoben sei. Sie habe zum angesehenen Zeitpunkt, wie amtlich erklärt sei, begonnen. Die Grundsätze der Denkschrift, die dem Völkerricht entsprechen, finden die Billigung und Unterstützung der Partei.

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen behandelt Redner die Frage, welche Wirkungen ein etwaiger Konflikt mit den Vereinigten Staaten haben würde. Wir fürchten uns nicht, wir werden auch neuen Gefahren mit ruhiger Zuversicht entgegensehen, aber wir haben den Wunsch, mit Amerika in Frieden zu leben und den Bruch zu vermeiden. Wer leichtfertig durch unbesonnenes Tun den Bruch heraufbeschwören wollte, verstoßt sich an Vaterland. (Lebhafte Zustimmung.)

Bergessen wir niemals: wir stehen im Kriege! Wer sein Land liebt, wer den Sieg will, der stellt sich in der Stunde der Gefahr entschlossen hinter die, die zur Führung berufen sind. Wer das Vertrauen erschüttert aus kleinlicher Rechthaberei, wer die innere Geschlossenheit gefährdet, wer das alte deutsche Erbteil der Zwietracht von neuem emporwuchern läßt, der schädigt sein Land und treibt es auf eine Bahn, die zum Verderben führt kann. Die Fortschrittliche Volkspartei geht diesen Weg nicht. Sie hält es für ihre vaterländische Pflicht, die innere Einheit zu erhalten und das Vertrauen zur Kraft und Entschlossenheit des deutschen Volkes und seiner Führung in den Stürmen dieses Krieges zu schützen und zu stärken. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

An den Vortrag schloß sich eine eingehende Aussprache an, der sich die Herren Dr. Neumann-Frohnau, Redakteur Heile, Professor Dr. Spiegel, Georg Bernhard und die Abgg. Dove, Cassel und Haußmann sowie im Schlußwort Abg. Dr. Wiemer beteiligten. Sodann wurde folgende, von 30 Vertretern unterschriebene und vom Stadtv. Jacobi empfohlene Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen:

Der Parteitag für Groß-Berlin spricht sein volles Einverständnis mit der einmütigen Haltung der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages und des Preussischen Abgeordnetenhauses in der U-Boot-Frage aus und unterstützt das Bestreben, die innere Einheit des deutschen Volkes zu wahren und das Vertrauen zur verantwortlichen militärischen und politischen Führung im Kriege zu stärken.

Mit Worten des Dankes an alle Teilnehmer und die Redner des Abends schloß der Vorsitzende Abg. Kopsch den Parteitag.

Kleine Kriegschronik.

Heine über die Spaltung.

II Berlin, 25. März. (Telegr.) Der Abgeordnete Wolfgang Heine äußert sich in der B. Z. am Mittag in folgender Betrachtung über die Krisis in der Sozialdemokratie:

Das, was gestern durch den Austritt von 18 Mitgliedern aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Vollendung gebracht worden ist, ist die Frucht einer Entwicklung, die sich schon vor dem Kriege angebahnt hatte und seit dem 4. August 1914 unaufhaltsam fortsetzte. Man hat sich außerhalb der Sozialdemokratie oft gewundert, weshalb die Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht längst eine Trennung von den Elementen herbeigeführt hätte, die ihre Tätigkeit systematisch lahmzulegen suchten. Es gab viele Gründe dafür, aber schon der eine rechtfertigt diese Zurückhaltung: der Wunsch, in jeder Beziehung die Befehle der Partei innezuhalten. Ein Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei ist nach dem Organisationsstatut nur zulässig unter ganz bestimmten eng umschriebenen Voraussetzungen und in streng vorgeschriebenen Formen des Verfahrens. Eine demokratische Partei ist noch mehr wie jede andere aus prinzipiellen und praktischen Gründen genötigt, den Ausschluß von Mitgliedern an solche zwingenden Formen zu binden und den Aufregungen des Momentes und demagogischer Heßereien zu entziehen. Wie nötig das ist, möge als Kuriosum die Tatsache beweisen, daß kürzlich etliche Parteigenossen beantragt haben, die Abgeordneten Legien und mich aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen. Bereits nach dem Dresdener Parteitage hatte der Abgeordnete Stadthagen, maskiert durch seinen Strohmann, den bald darauf wegen Meineids flüchtig gewordenen Freiwald aus Pantow, einen solchen Ausschlußantrag gegen Reich und Göhre in Gang gebracht. Die Sozialdemokratie hat allen Grund, solchen Treiben keinen Vorwand zu liefern, sondern sich streng an die selbstgegebenen Befehle zu binden. Materiell wären Ausschließungsgründe gegen Liebknecht, Rühle und Haase gegeben gewesen, aber die Fraktion hatte nicht das formelle Recht dazu. Deshalb haben wir so lange als möglich auch die Arbeitsgemeinschaft in der Fraktion mit ihnen fortzusetzen gesucht, obgleich wir uns wohl bewußt waren, daß dies nach außen zu Mißmutungen führen konnte. Schließlich ist es die Minderheitsgruppe gewesen, die die Spaltung herbeigeführt hat. So, wie es auf die Dauer unmöglich war, mit Liebknecht zu arbeiten, war die Gemeinschaft auch mit Haase nicht mehr fortzusetzen. Liebknecht hatte ausdrücklich erklärt, der Fraktion zum Trotz immer wieder seine Anfragen einbringen zu wollen, für deren schädliche Wirkung ein Teil der Verantwortung schließlich doch auf die Fraktion gefallen wäre. Rühle betrieb seit Jahr und Tag gegen die Reichstagsfraktion, der er angehörte, einen Minenkrieg der Versendung anonymen Druckschriften. Haase endlich hat seit Beginn des Krieges systematisch die Beschlüsse und Aktionen der Fraktion, deren Vorsitzender er war, zu durchkreuzen und die Fraktion vor den Parteigenossen im Lande und den auswärtigen sozialdemokratischen Parteien bloßzustellen gesucht. Der heimtückische Uherfall am 24. März 1916 hat schließlich nur dieses Werk gekrönt. Die Hinterlist und Gehässigkeit lag nicht nur darin, daß Haase den wohl vorbereiteten und mit seinen Freunden verabredeten Stoß vor der Fraktion geheim hielt, sondern auch in dem Inhalt der Rede; durch diese suchte er vor den Parteigenossen den Anschein zu erwecken, als ob die Mehrheit der Fraktion ihre Pflichten veräußert hätte. Alles, was er über Unzulänglichkeiten in der Nahrungsmittelversorgung, über den Belagerungszustand, die Zensur, das Vereinsgesetz vorbrachte, hatten Redner der Mehrheit, z. B. Bauer, Schmidt (Berlin), Fischer (Berlin) und ich bereits viel schärfer im Reichstag ausgesprochen, und die Herbeiführung des Friedens hatte die Fraktion ebenfalls am Tage vorher in dem U-Boot-Antrage gefordert, wobei allerdings charakteristisch ist, daß ein Teil der Haasegruppe ausdrücklich den Satz abgelehnt hat, der verlangte, daß der Friede Deutschlands politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit sichern müsse. Die Fraktion wird durch den Austritt — denn um diesen, nicht einen Ausschluß handelt es sich — der Haasegruppe nicht viel verlieren, sicher nicht einmal an parlamentarischer Leistungsfähigkeit, wie ein Blick auf die Mitgliederliste beweist. Eine wirkliche Arbeitskraft ist nur Abgeordneter Wurm, ein Mann von großen Kenntnissen, um den es wirklich schade wäre, wenn nicht sein ewiges Hin- und Herschwanken seiner politischen Leistung alle Stetigkeit nähme. Haases Leitung der Fraktion hat schon vor dem Kriege wenig förderlich, später durchaus schädlich gewirkt. Die Befreiung der Fraktion von den ewigen Gegenwirkungen und Quertreibereien im eigenen Schoße ist ein Glück, aber Schwierigkeiten genug werden sich noch ergeben. Es ist ein verworrener Zustand, daß wir derselben Parteiorganisation angehören und doch in verschiedenen Fraktionen sitzen. Das Treiben der Minderheit, auch ihrer Vertretung im preußischen Landtage, beweist, daß dieser Gruppe jetzt mehr an der Bekämpfung ihrer Parteigenossen von der Mehrheit liegt als an der Gegnerschaft gegen die äußerste Rechte, ganz zu schweigen von der Stellung zum feindlichen Ausland. Andererseits liegt in der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei doch eine gewisse Gewähr, daß die Sozialdemokratie nicht dauernd in zwei Gruppen zerfallen wird, die einander lahmlegen, was natürlich kein Freund demokratischer Entwicklung auch außerhalb der Sozialdemokratie wünschen kann. Die Tatsachen haben der Partei ihre Haltung angewiesen, und Tatsachen werden sie auch später leiten, jetzt im Kriege die Notwendigkeit, Deutschland zu sichern, seine Zukunft zu begründen, einen dauernden Frieden zu schaffen, später das Bedürfnis nach innern Reformen. Freilich von der Regierung und den andern Parteien wird es abhängen, ob die Richtung der Haase und Genossen der verdienten Bedeutungslosigkeit verfällt, oder ob sie weiterhin einen lähmenden und Deutschland vor dem Auslande beschämenden Einfluß ausüben kann.

Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Durchbruch und Umfassung. — Einheitsoffensive und Entlastungsoffensiven. — Die russischen Angriffe.

Die Lage auf dem westlichen Marsufer zeigt eine tattisch besonders interessante Entwicklung insofern, als die Möglichkeit lokaler tattischer Umfassung durch zwei Durchbrüche, die, in wenigen Tagen nacheinander erfolgend, eine Lücke von 4 bis 5 km. zwischen ihren Kampfgebieten ließen, nunmehr gegeben ist. Die Wegnahme des „Toten Mannes“ einerseits und die Eroberung des Waldes von Avocourt andererseits schufen deutsche Kampfstellungen, von denen aus die französische Front südwestlich und südöstlich von Haucourt beiderseits flankiert werden kann. Damit wird die Wegnahme auch dieses „stehen gebliebenen“ Teils der französischen Front, den rein frontal anzugreifen große Opfer gekostet hätte, wesentlich erleichtert. Die erste tattische Wirkung der nun möglich gewordenen Umfassung können wir in dem Teil des deutschen Tagesberichtes vom 23. März erblicken, der lautet: „Der Erfolg beim Walde von Avocourt wurde durch Inbesitznahme der französischen Stützpunkte auf den Höhenrücken südwestlich von Haucourt vervollständigt.“ Gegen diese Stützpunkte war umfassende Wirkung erst vom Oststrand des Waldes von Avocourt aus möglich. Der innere Flügel unserer Kampfgruppe bei Avocourt dehnt sich nunmehr bis an das Sträßchen Esnes-Haucourt aus.

In diesem deutschen Verfahren ist eine planmäßige Verbindung der tattischen Kampfformen des Durchbruchs und der Umfassung zu erblicken. Zu näherem Rängen gewinnt der Durchbruch die Ausgangspunkte für die dann „aufräumende“ oder „tattisch ergänzende Umfassung“. Im Verhältnis zur Gesamtfront betrachtet, sind natürlich beide Kampfhandlungen nur Teile eines großen Frontalkampfes. Bei solchem Verfahren kommen die Leistungen der mittleren und unteren Führung und die Tüchtigkeit der Truppe sehr zur Geltung. Beides sind Faktoren, die in der deutschen strategischen Gesamtrechnung eine große Rolle spielen dürfen.

Wir haben schon seit Beginn der Kämpfe bei Verdun darauf hingewiesen, daß der Gnderfolg unter den gegebenen Verhältnissen nur ganz langsam reifen kann. Es ist auch augenblicklich gar nicht am Platz, den Erfolg mit dem Kilometerzirkel auf der Karte von Verdun zu messen. Wer das in diesen Wochen tut, in denen die Erregung auf allen Fronten wach wird, in denen eine riesige Kraftanstrengung noch einmal gegen uns ankämpft, der würde den auf das Ganze zu richtenden Blick verlieren, und weil er rein „tattisch sieht“, nicht mehr „strategisch sehen“ können. Unsere Feinde haben sich die denkbar größte Mühe gegeben, eine feste Einheitlichkeit ihres strategischen Handelns zu erreichen. Sie hofften durch eine gemeinsame und zeitlich zusammentreffende Offensive auf allen Fronten uns die Vorteile des Krieges auf der inneren Linie aus den Händen ringen zu können. Diese Vorteile heißen darin, daß wir in der Lage sind, auf verhältnismäßig kurzen Transportwegen und deshalb in verhältnismäßig kurzer Zeit Truppen dahin verschieben zu können, wo wir eine Entscheidung suchen oder eine vom Feinde gesuchte Entscheidung abwehren wollen. Eigene Ueberraschungsstrategie einerseits und geringe Gefahr, vom Feinde selbst überrascht zu werden andererseits, — das sind zweifellose Vorteile, die mit unserer zentralen Lage zusammenhängen. Diese Vorteile werden geringer, ja sie können verschwinden, wenn es auf unseren Fronten eine Unterscheidung zwischen bedrohten und nicht bedrohten Stellen gar nicht mehr gibt, das heißt, wenn alle Fronten gleichzeitig angegriffen werden. Darauf zielten alle Besprechungen unserer Feinde hin, darauf die Einrichtung des gemeinsamen Kriegsrates, darauf die Entsendung von Ministern und Generälen von einem Staat zum anderen. Und nun ist der deutsche Generalstab durch seine Offensive bei Verdun dem allem zuvor gekommen. Er hat den Feinden dadurch, daß er das strategische Gesetz diktierte, das Konzept verborden. Alle französischen Reserven, also die Truppen, die in erster Linie zur Offensive aufgespart waren, strömten nach Verdun, nicht mit dem theatralischen Gedanken à Berlin, sondern mit dem viel prosaischeren, zu retten, was noch zu retten ist. Aus der drohenden Gefahr der sich vorbereitenden strategischen Offensive ist die mattere tattische Abwehrbewegung zum eigenen Schutz geworden.

Diesem gewaltigen Erfolg deutscher Kriegsführung vergißt

man nur allzu leicht, wenn man seine erwartenden und hoffenden Blicke nicht von Verdun trennen kann. Natürlich rufen die Verhältnisse dort jetzt Entlastungsoffensiven hervor. Die Italiener haben einen „Ehrenvorstoß“ gemacht, die Russen haben in riesigen Frontausdehnungen ihr halb ausgebildetes Menschenmaterial auf die Schlachtbank geführt. Ministerpräsident Stürmer nennt das „die ungeheueren Schritte“, die „der Koloß macht“. Die Engländer haben einstweilen nur telegraphisch die schweren Verluste bedauert, die den Franzosen bei Verdun zuteil werden, worauf Joffre mit seiner Fronte antwortete, die französische Armee wisse, „daß, als kürzlich an die Kameradschaft der britischer Armee appelliert wurde, diese als Antwort ihre tatkräftige und schnellste Hilfe anbot“.

Diese „schnellste Hilfe“ der Engländer hat bis heute noch nicht eingesezt. Je mehr Franzosen fallen, desto weniger wird Frankreich in der Lage sein, den Engländern Calais streitig zu machen. Das ist immerhin ein Argument! Natürlich werden auch die Engländer noch irgend etwas Offensives unternehmen, wenn sie genügend Jarbige versammelt haben, denen das Sterben leichter fällt.

Aber alle diese schon erlahmten oder gerade jetzt wütenden, oder noch in der Vorbereitung befindlichen Entlastungsoffensiven, die uns, nebenbei bemerkt, kalt lassen, sind Teile der geplanten Einheitsoffensive. Gerade daß sie jetzt im Gange sind, daß sie losbrechen mußten, bevor sie fertig vorbereitet waren, und daß sie deshalb auch zeitlich nicht mehr zusammentreffen, daß also, um es kurz zu sagen, statt des feindlichen Planes nun die feindliche hastige und nervöse Improvisation erfolgen muß, die in Bezug auf Gefährlichkeit sich mit planmäßiger Einheitsoffensive gar nicht messen kann, das ist das große Verdienst unserer Obersten Heeresleitung und der unvergleichlichen deutschen Truppen, die am Feinde stehen.

Die russische Offensive, die mit anscheinend furchtbaren Verlusten durchgeführt wird, will, auf ihr unerschöpfliches Menschenmaterial vertrauend, durch den Masseneinsatz die Mängel an Vorbereitung und Organisation ersetzen. Das kann uns nur sehr recht sein. Denn bei ganz geringen eigenen Verlusten erschöpft unsere von Hindenburg meisterhaft geführte Verteidigung schließlich auch diese, Heuschreckenschwärmen zu vergleichenden russischen Massen. Auch die Ausdehnung, in der die Russen angreifen (es sind etwa 300 Kilometer, auf denen sich ihre Offensive abspielt) läßt darauf schließen, daß bei Kuropatkin wieder die Idee der Dampfwalze vorkommt. Gegenüber solchen strategischen Varenmanieren ist Hindenburg mit seiner kühlen, ruhigen Ueberlegung der rechte Mann. Er wird, darauf vertraut in Deutschland jedes Kind — und jedem Kinde ist dieser größte deutsche Held bekannt — wieder einmal zu beweisen haben, daß die Zahl im Kriege dann nichts bedeutet, wenn ein Kuropatkin im Kampfe mit einem echten Feldherrn steht. Die Offensive gegen einen gut geführten und in stark besetzter Stellung stehenden Feind erfordert ein so hohes Maß von geschickter Leitung und Ausbildung der Truppe, daß wir ruhig sagen dürfen: das kann die russische Armee nicht mehr! Wir haben immer den russischen Soldaten als einen tapferen Gegner anerkannt, er beweist das auch heute durch die festlichen Verluste, die er erträgt; aber alle Menschenopfer können die Gesamtleistung einer Truppe nicht so heben, daß ein durchschlagender Erfolg erzielt wird. Dazu ist unsere Zeit zu „technisch“ geworden, unsere Gefechtsführung zu „schwierig“, unsere Truppenausbildung zu „peinlich genau“. Es sind Menschenopfer, die im letzten Grunde zwecklos sind, weil der rechtfertigende Erfolg nicht mehr zu erwarten ist.

Wann werden unsere Feinde diesen Satz, der sich auch mit viel Recht auf ihre Gesamtkriegsführung übertragen läßt, einsehen?

F. C. E.

27. / III. 1916.

Sozialdemokratische Klärung?

Abg. Haase, der schon am 20. Dezember den Vorsitz in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion niedergelegt hat, ist am Sonnabend auch als Vorsitzender der Partei zurückgetreten. Das Amt war längst für ihn bedeutungslos geworden, da er im Parteivorstand fast allein stand. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich am Sonnabend mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion vom Freitag beschäftigt. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Bis auf ein erkranktes Mitglied nahmen an der Sitzung alle Kollegen teil. Mit einer Ausnahme waren alle in der Beurteilung der erwähnten Vorgänge, die zur Gründung einer besonderen Fraktion geführt haben, vollkommen einig.

Abg. Haase gab im Verlaufe der Debatte folgende Erklärung ab:

„Ich habe, da ein fruchtbares, kollegiales Zusammenarbeiten im Parteivorstande nach meiner Ueberzeugung bis zum nächsten Parteitag nicht mehr möglich ist, mein Amt als Vorsitzender niedergelegt.“

Am Montag tritt der sozialdemokratische Parteiauschuß zusammen. Dieser ist nächst dem Parteitag, dessen Einberufung gegenwärtig sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist, die höchste Parteiinstanz. Er besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Am 7. Januar hat dieser Parteiauschuß mit 28 gegen 11 Stimmen die Zustimmung zu den Kriegskrediten in der Reichstagsfraktion vom 21. Dezember als wohl begründet bezeichnet und „die Durchkreuzung“ der Politik der Reichstagsfraktion durch die 20 Kreditverweigerer „aus schärfste“ verurteilt. Sein Urteil wird jetzt über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion vom 24. März kaum anders ausfallen.

Die „Leipz. Volksztg.“ jubelt zwar: „Eine Klärung hat sich vollzogen.“ Aber die ebenso radikale „Bremer Bürgerztg.“ schreibt im Gegensatz hierzu:

„Die „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ besteht, wie es nicht anders sein kann, aus sehr verschiedenen Elementen, die auch durch grundsätzliche Meinungsdivergenzen getrennt sind. Eine Klärung hat sie nur insofern gebracht, als sie sich von der sozialpatriotischen Rechte losgelöst hat. Und auch dieser Akt ist zu begrüßen. Die Folgezeit aber wird die weitere Klärung bringen müssen.“

Schon vor einigen Tagen hat die „Bremer Bürgerzeitung“ bei der Beurteilung des ihr willkommenen Auftretens ihrer radikalen Gesinnungsgenossen im preussischen Abgeordnetenhaus geschrieben: „Nur die klare Erkenntnis kann helfen, daß wir uns nicht mehr verstehen, und daß wir nicht mehr zusammengehören.“

Die „Breslauer Volkswacht“ hält dem Vertreter für Breslau-West, Abg. Bernstein, der mit Haase aus der Reichstagsfraktion ausgetreten ist, während der sozialdemokratische Vertreter für Breslau-Ost, Bauer, zur Fraktionsmehrheit gehört, einbringlich vor, „daß die Breslauer Sozialdemokraten ihre Abgeordneten in die durch Disziplin gebundene Gesamtfraktion entsandt haben, nicht aber in irgend eine größere oder kleinere Sonder-Arbeitsgemeinschaft!“

Bemerkenswert ist eine Schilderung des Wirrwarrs, der nach der „Breslauer Volkswacht“ unter den Mitgliedern der neuen sozialdemokratischen Fraktion herrscht. Die „Volkswacht“ schreibt:

„Das wäre also streng genommen eine dritte „Arbeitsgemeinschaft“, denn neben der eigentlichen Reichstagsfraktion existiert schon die „Arbeitsgemeinschaft Liebtnecht-Rühle, die zu diesen 18 nicht gehört, sie im Gegenteil in ihren Spartacus-Briefen heftig ansehndet. Man müßte annehmen, daß zu dieser allerhöchsten Tonart auch Senle und Herzfeld sich offenerweise begeben würden, denn sie gehören zu ihr. Die Liebtnecht-Fraktion macht der Arbeitsgemeinschaft der 18 die schwersten Vorwürfe der Halbheit. Sie meint, daß man nicht wie Schwarz die Kriegskredite ablehnen, aber selber Kriegsanleihe zeichnen könne; daß man nicht wie Geyer die Kriegsbedürfnisse ablehnen und dem eigenen Sohn die Genehmigung zum freiwilligen Dienst geben dürfe; sie beschuldige Haase der Doppelzüngigkeit und trennt sich von Ledebour in der elsass-lothringischen Frage wie in der Frage der Vaterlandsverteidigung überhaupt. Dabei wollen wir gar nicht von Bernstein reden und von der Tatsache, daß er am 4. August 1914 wie Dittmann ein begeisterter Anhänger der Kreditbewilligung war. Man kann also nicht einmal behaupten, daß durch die Arbeitsgemeinschaft der 18 eine Klärung der Lage innerhalb der Partei eingetreten sei.“

Abg. Rhsfel, der in der Ersatzwahl das Mandat des Generals v. Lieber für Borna-Begau erobert hat, teilt der „Leipz. Volksztg.“ mit, daß auch er im Reichstag gegen den Notetat am Freitag gestimmt hat. Abg. Rhsfel hat im Dezember in der Fraktion gegen den Kriegskredit gestimmt, gehörte aber dann zu den 22, die bei der Entscheidung im Reichstag den Saal verließen.

Haases Ablage.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief des Abg. Haase an den Parteiauschuß, in dem es heißt:

Gestern, als ich in der Vorstandssitzung war, ist mir von der Absicht, den Ausschuß einzuberufen, nichts gesagt worden. Ich wurde in Abwesenheit der erkrankten Genossin Sieh und gegen den Widerspruch des Genossen Wengels von den Mitgliedern des Vorstandes dazu gebrängt, sofort eine Erklärung über meine fernere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl ich darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrten die Mitglieder des Parteivorstandes auf sofortiger Entscheidung mit dem Bemerkten, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf gab ich die bereits in der Presse veröffentlichte Erklärung ab.

Der Brief schließt mit der Erklärung Haases, daß ihm nach diesen Vorgängen die Teilnahme an der Sitzung des Parteiaususses zwecklos erscheine.

27. / III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Ein sozialdemokratischer Sonderparteitag. Das „Hamb. Echo“ hebt unter der Ueberschrift „Aus der Schule geplaudert“ hervor, daß „das Schreckenskind der Separatistengruppe Thalheimer“ im Braunschweiger „Volksfreund“ folgendes Geständnis gemacht hat:

Wir sind für Ablehnung aller Steuern, direkter wie indirekter, aus denen die Kriegsführung gespeist und das im Kriege bestehende Regierungssystem unterhalten wird. Der hier vertretene Standpunkt zur Steuerfrage ist der der Opposition, die sich um die Zeitschrift „Die Internationale“ gruppiert und die sich in den Leitfäden der „Spartakusbriefe“ ihr taktisches und prinzipielles Programm gegeben hat. Eine aus allen Teilen des Reiches besandigte Konferenz dieses entschiedensten Flügels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, hat sich einstimmig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt.“

Das „Hamb. Echo“ bemerkt dazu: „Also ein Teil der bisherigen Minderheit, die doch wohl auch in der aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschiedenen „Arbeitsgemeinschaft“ vertreten ist, hat bereits ein eigenes taktisches und prinzipielles Programm und hat ihre Organisation, die bereits eine „aus allen Teilen des Reiches besandigte Konferenz“ veranstaltet hat.“

Haase bleibt dem Parteiausschuß fern. Abg. Haase hat dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Abg. Ebert, folgendes Schreiben gesandt, das wir in einem Teil unserer Morgenausgabe schon veröffentlicht haben:

„Werter Genosse Ebert! Ich ersuche Sie, von nachstehendem Schreiben dem Parteiausschuß Kenntnis zu geben: Heute nachmittag 3 Uhr habe ich von dem Genossen Ebert durch Rohpoff die Nachricht erhalten, daß morgen im Reichstag der Parteiausschuß zusammentritt, und daß mir anheimgegeben werde, an der Sitzung teilzunehmen. Gestern, als ich in der Vorstandssitzung war, ist mir von der Absicht, den Ausschuß einzuberufen, nichts gesagt worden. Ich wurde in Abwesenheit der erkrankten Genossin Zieg und gegen den Widerspruch des Genossen Wengels von den Mitgliedern des Vorstandes dazu gedrängt, sofort eine Erklärung über meine fernere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl ich darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrten die Mitglieder des Parteivorstandes auf sofortiger Entschliebung mit dem Bemerken, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf gab ich die bereits in der Presse veröffentlichte Erklärung ab. Nach diesem Vorgange erscheint mir die Teilnahme an der Sitzung des Parteiausschusses zwecklos. Da eine sehr große Zahl von Parteigenossen mich bereits um Aufklärung darüber ersucht hat, weshalb ich vor der jetzt stattfindenden Sitzung des Ausschusses mein Amt niedergelegt habe, habe ich mich genötigt gesehen, dieses Schreiben auch durch die Presse bekanntzugeben. Berlin, 26. März 1916. Mit Parteigrüß Hugo Haase.“

Für und wider die Fraktionspaltung. Der größte Teil der sozialdemokratischen Blätter gibt dem Bedauern über die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion Ausdruck. Auch die „Dresdner Volksztg.“ bezeichnet das Vorgehen der Minderheit als ein regelrechtes, ein böses Ueberumpelungsmanöver, als einen Verstoß nicht bloß gegen die Disziplin, gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen Treu und Glauben. Das Verhalten sei nicht bloß nicht geeignet, uns dem Ende des blutigen Ringens näher zu bringen, sondern geradezu das Gegenteil zu bewirken, den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern.

Eine sozialdemokratische Konferenz für den Bezirk Leipzig, wozu die vier Wahlkreise Oschatz, Leipzig, Leipzig-Land und Borna-Pogau — letztere beide vertreten durch die Sozialdemokraten Geyer und Ryffel — gehören, hat am Sonntag mit 33 gegen 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Entschliebung gefaßt: „Die Vertreter des Bezirks Leipzig halten die Ablehnung des Notetats für eine durch die Grundsätze der Sozialdemokratie wie durch die

gegenwärtige politische Lage unbedingt gebotene Maßnahme und erachten das Vorgehen des Genossen Haase und der mit ihm gehenden 19 Abgeordneten durch die Situation für gerechtfertigt. Sie betrachten die neue sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene politische Vertretung der Linken der Partei und fordern die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne im Plenum dagegen gestimmt zu haben, auf sich der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Welche Konsequenzen die Partei aus den Vorgängen am 24. März zu ziehen hat, wird der Parteitag zu entscheiden haben, der nach dem Frieden bzw. nach Herstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit stattfinden muß.“

Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Fuchs für Straßburg-Land teilt dem „Vorwärts“ mit, daß das in der Erklärung der Genossen Abrecht, Antrid, Simon Gesagte auch auf ihn in allen seinen Teilen zutrifft und er sich dieser Erklärung anschließt, die der Fraktion das Recht zum Ausschluß abspricht.

Folgen der sozialdemokratischen Fraktionspaltung.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird uns geschrieben:

Die Bedeutung der längst vorbereiteten und dennoch für alle Beteiligten überraschend gekommenen Fraktionspaltung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann nicht vorsichtig genug abgewogen werden. Daß sie nicht nur für die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft, sondern für das gesamte Gebiet der inneren und äußeren Reichstagspolitik und der Sozialpolitik von größter Tragweite werden kann, ist ebenso möglich, wie daß sie nach dem Kriege wieder ganz oder teilweise rückgängig gemacht werden kann. Das hängt weniger vom Willen der Abgeordneten ab, die sich jetzt getrennt haben, als von der Stimmung und Haltung der sozialdemokratischen Wählermassen auf dem nächsten Parteitag. Und da werden wieder die gewaltigen Einwirkungen der jetzt noch im vollen Fluß befindlichen weltgeschichtlichen Ereignisse ein gewichtiges Wort mitreden. Das alles heute schon zutreffend abzuschätzen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Im Ernst kann man daher nur die augenblicklich schon feststehenden Folgen der Spaltung einer Betrachtung unterziehen.

Zunächst liegen die parlamentarischen Folgen bereits offen zutage. Bei der praktischen Reichstagsarbeit kommt es viel auf die Stärke der einzelnen Gruppen oder Fraktionen an. Je nach ihrer Kopfzahl kommen die Redner, die sie vorschicken, früher oder später zu Worte. Abweichend von der Geschäftsordnung und Gewohnheit anderer Parlamente fängt im Reichstag die Rednerliste stets mit dem Vertreter der stärksten Fraktion an und endigt mit den Sprechern der kleinen Gruppen und mit den „Wilden“. Nicht selten müssen sich die zuletzt Notierten „abfägen“ lassen, wenn die großen Parteien die Aussprache abzukürzen wünschen. Auch bei der Besetzung der Kommissionen, bei der Zuteilung von Tribünenarten und bei der gesamten Geschäftsführung, bei der Wahl des Präsidiums und der Schriftführer geht es peinlich genau nach der Größe der Fraktionen. Nun war die einheitliche Gruppe der Sozialdemokraten im Reichstag seit den letzten Wahlen die stärkste Fraktion; sie zählte 111 Mitglieder. Zwei bisher von Sozialdemokraten besetzte Mandate sind zurzeit erledigt: das von Reichenbach-Neurode, dessen Vertreter Kühn vor wenigen Tagen verstorben ist, und das von Mey, das der landesflüchtige Dr. Weill innehatte. Die Fraktion zählte somit zuletzt 109 Köpfe. Wenn jetzt 18 von ihnen, die „sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ bilden und die beiden „ganz Wilden“ Kühle und Lieblich ebenfalls abgerechnet werden, so bleiben noch 89 Mitglieder in der Fraktion. Das sind um zwei weniger als das Zentrum zählt, das also zurzeit mit 91 Abgeordneten die stärkste Fraktion des Reichstagsparlamentes ist.

Bedeutungsvoller wird der Miß in der Fraktion aber für die Gesamtarbeit des Reichstages werden. Es ist selbstverständlich, wenn auch sehr bedauerlich, daß die neue „Arbeitsgemeinschaft“ jede Gelegenheit in Zukunft begierig ergreifen wird, um ihren Gegensatz sowohl gegen die bisherigen Fraktionsgenossen wie gegen die bürgerlichen Parteien mit Schärfe zu betonen. Nicht nur sind alle Fesseln der Zurückhaltung, die diese wilden Männer seither noch ertragen hatten, gesprengt, sondern ihre Neugruppierung an sich zwingt sie schon, fortgesetzt ihre Sonderdasein kundzutun. Die Herren von Haase, Ledebour und Dittmann werden also möglichst viele und heftige Reden halten und, nach allen Erfahrungen aus letzter Zeit, jede Rücksicht

auf die ernste Notzeit des Vaterlandes beiseite schieben. Wessen man sich von ihnen versehen muß, das ist besonders deutlich aus der Mitteilung Heines zu erkennen, ein Teil der Haase-Leute habe in ein der letzten gemeinsamen Fraktionsitzungen ausdrücklich die verlangte Erklärung abgelehnt, „daß der Friede Deutschlands politische und wirtschaftliche Selbständigkeit sichern muß!“ Man wird also mit weiteren, sehr heftigen Standalktionen im Deutschen Reichstag leider rechnen müssen.

Die Folgen der Fraktionspaltung für die Haltung der Mehrheitsgruppe müssen sich schon in den nächsten Tagen herausstellen. Ob sie zunächst entschiedener in allen Kriegsfragen auf die Seite der bürgerlichen Parteien treten wird, steht noch keineswegs fest. Sie wird Rücksicht nehmen müssen auf die vierzehn unsicheren Kantonalisten, die soeben erklärt haben, sie hätten gegen das Staatengesetz und gegen die Maßregelung der achtzehn Fraktionsgenossen gestimmt. Sie wird auch nicht vergessen, daß die letzte Entscheidung durch den kommenden sozialdemokratischen Parteitag noch aussteht, und daß sie in der Zwischenzeit noch nicht den Anschein der Parteilauheit aufkommen lassen darf. Ebenso gut ist freilich auch möglich, daß die radikale Tattil ihrer Fraktionsgenossen sie entschiedener als bisher zum Abbrüden und zur eindeutigen Befundung vaterländischer Gesinnung nötigt. Daß ihre Grundstimmung auf einträchtiges Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien während des Krieges gerichtet ist, das beweist jedenfalls ihre ganze bisherige Haltung und die Befristung Scheidemanns in der letzten Reichstagsitzung, daß sie das Vaterland in der Stunde der Not nicht im Stiche lassen wollen.

Berlin, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In einem Schreiben an den Genossen Ebert erklärt der bisherige sozialdemokratische Parteivorsitzende Haase, er sei zum Rücktritt von seinem Amte von den Mitgliedern des Parteivorstandes gedrängt worden. In der Vorstandssitzung habe er darauf hingewiesen, es liege im Interesse der Partei, die Angelegenheit um einige Tage hinauszuschieben. Die Mitglieder des Parteivorstandes erklärten aber, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf habe er die bereits bekannte Erklärung über seine Amtsniederlegung abgegeben.

Aus der Sozialdemokratie.

✚ Berlin, 27. März. (Telegr.) Die radikalen Organe der Sozialdemokratie begrüßen die Spaltung als eine Klärung; aber unter ihnen hat die Bremer Bürgerzeitung einige Beklemmungen wegen der Zusammensetzung der neuen Haase-Fraktion: deren Mitglieder bestünden aus sehr verschiedenen Elementen, die auch durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten getrennt seien. Deshalb müsse noch eine weitere Klärung folgen. Die Breslauer Volkswacht hält dem Vertreter für Breslau-West, Abgeordneten Bernstein, der mit Haase aus der Reichstagsfraktion ausgetreten ist, während der sozialdemokratische Vertreter für Breslau-Ost, Bauer, zur Fraktionsmehrheit gehört, eindringlich vor, „daß die Breslauer Sozialdemokraten ihre Abgeordneten in die durch Disziplin gebundene Gesamtfraktion entsandt haben, nicht aber in irgendeine größere oder kleinere Sonder-Arbeitsgemeinschaft!“ Den Wirrwarr in der neuen Fraktion schildert die Volkswacht folgendermaßen:

Das wäre also streng genommen eine dritte „Arbeitsgemeinschaft“, denn neben der eigentlichen Reichstagsfraktion existiert schon die „Arbeits“-Gemeinschaft Liebknecht-Kühle, die zu diesen 18 nicht gehört, sie im Gegenteil in ihren Spartacusbriefen heftig anfeindet. Man müßte annehmen, daß zu dieser allerhöchsten Tonart auch Henke und Herzfeld sich offenerweise begeben würden, denn sie gehören zu ihr. Die Liebknecht-Fraktion macht der Arbeitsgemeinschaft der 18 die schwersten Vorwürfe der Halbheit. Sie meint, daß man nicht wie Schwarz die Kriegskredite ablehnen, aber selber Kriegsanteile zeichnen könne, daß man nicht wie Geyer die Kriegsbedürfnisse ablehnen und dem eigenen Sohn die Genehmigung zum freiwilligen Dienst geben dürfe; sie beschuldigt Haase der Doppelzüngigkeit und trennt sich von Ledebour in der elsäß-lothringischen Frage wie in der Frage der Vaterlandsverteidigung überhaupt. Dabei wollen wir gar nicht von Bernstein reden und von der Tatsache, daß er am 4. August 1914 wie Dittmann ein begeisterter Anhänger der Kreditbewilligung war.

Der Vorwärts veröffentlicht einen Brief des Abgeordneten Haase an den Parteiauschuß, in dem es heißt:

Gestern, als ich in der Vorstandssitzung war, ist mir von der Absicht, den Ausschuß einzuberufen, nichts gesagt worden. Ich wurde in Abwesenheit der erkrankten Genossin Zieh und gegen den Widerspruch des Genossen Bengels von den Mitgliedern des Vorstandes dazu gedrängt, sofort eine Erklärung über meine fernere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl ich darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrten die Mitglieder des Parteivorstandes auf sofortiger Entschließung mit dem Bemerkten, daß sie ein Zusammenarbeiten ablehnten. Darauf gab ich die bereits in der Presse veröffentlichte Erklärung ab.

Der Brief schließt mit der Erklärung Haases, daß ihm nach diesen Vorgängen die Teilnahme an der Sitzung des Parteiaus-schusses zwecklos erscheine.

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Leipzig, 26. März. Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung ergreift in einem Artikel zu der Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, die nach ihrer Ansicht kommen mußte, das Wort. Die Partei der Minderheit begrüßt die Spaltung als eine Klärung, als eine reinliche Scheidung und sagt: „Das Proletariat braucht volle Klärung. Es wird heißen: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Die Entscheidung ist gefallen. Künftig kann die Minderheit ungehindert durch die Fesseln, die ihr die Gemeinschaft mit der Mehrheit immer noch auferlegte, ohne überflüssige Energie, verzehrende Reibungen ihre grundsätzliche sozialistische Politik im Reichstage energisch vertreten.“ Anders die Chemnitzer Volksstimme. Mit dem Hinweis, daß die mühevollste Organisationsarbeit von mehr als einem Menschenalter durch die Rechthaberei einiger Genossen zerrissen werde, die es nicht ertragen könnten, mit ihren Anschauungen in der Minderheit geblieben zu sein, erklärt sie „Worte flammender Entrüstung über das freile Spiel der Minderheit stünden uns reichlich zu Gebote, sind aber gegenüber den vollzogenen Tatsachen unnützlich. Nur das eine müssen wir mit allem Nachdruck hervorheben, daß nach unserer Kenntnis der Dinge es unwahr ist, daß Deutschland den Frieden längst hätte haben können oder heute vom Ausland haben könnte. Die Wahrheit ist vielmehr, daß alle Staatsmänner des feindlichen Auslandes einmütig und immer wieder erklärt haben, sie seien trotz der bisherigen militärischen Erfolge Deutschlands gewillt, den Krieg nicht ohne eine endgültige Niederlage zu beenden, und würden für dieses Ziel weiter die größten Opfer bringen.“ Ähnlich wie die Chemnitzer Volksstimme urteilt die Dresdner Volkszeitung. Sie bezeichnet das Vorgehen der Minderheit als ein regelrechtes, ein böses Ubberrumpelungsvermögen, als einen Verstoß nicht bloß gegen die Disziplin, gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen Treu und Glauben. Das Verhalten sei nicht bloß nicht geeignet, uns dem Ende des blutigen Ringens näher zu bringen, sondern geradezu das Gegenteil zu bewirken, den Krieg ins Unabsehbare zu verlängern.

WTB Hamburg, 26. März. (Telegr.) In einem Artikel „Die Sprengung der Partei“ weist das Hamburger Echo darauf hin, daß angeichts der tatsächlichen Vorgänge nicht von einer Mahregelung gesprochen werden kann, wie es die vom Vorwärts veröffentlichte Erklärung tut. Das Blatt betont, daß die Minderheit mit voller Absicht auf die Zerstörung der Fraktionsgemeinschaft hingewirkt und dies jetzt erreicht habe. Auf sie falle die ganze Verantwortung für die Folgen, die dies unseltsame Tun für die Partei und für die ganze

Arbeiterbewegung haben werde. Welcher Art diese Erfolge sein werden, lasse sich heute noch nicht abschätzen. Das Blatt hofft aber, daß die Freude der Gegner der Partei zu früh komme, und daß der gesunde Sinn der Parteigenossen im Lande und der ganzen Arbeiterschaft sich entschieden gegen die Parteizerstörer auflehnen werde, eingedenk der Tatsache, daß das schädliche Treiben geeignet sei, die Kraft der Arbeiterklasse zu lähmen, gerade in dem Zeitpunkt, wo man ihrer ganzen Kraft am notwendigsten bedürfe, um ihre eigene Zukunft sicherzustellen.

In einem weiteren Artikel des Blattes bezeichnet Reichstagsabgeordneter Schulz die von Haase und Genossen getriebene Politik als ein leichtfertiges Spiel mit Feuer in der nächsten Nähe eines Pulvermagazins und sagt: Wir fürchten, daß der 24. März der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und ein sehr schwarzer Tag in der Geschichte des deutschen Volkes sein wird. Wir glauben aber auch, daß es von diesem Augenblick an die ernsteste Pflicht für alle deutschen Sozialdemokraten ist, die in der Disziplin, der Erhaltung der Einheit der Partei die erste Vorbedingung für die Erhaltung der deutschen Arbeiterbewegung sehen, die den selbstverständlichen Mut haben, ihre Entscheidung nach eigenem Ermessen und nicht nach den Wünschen und Konzepten ausländischer, auf die Niederringung Deutschlands mit brennender Ungeduld lauender Sozialisten zu treffen, zusammenzustellen, die breite Bresche auszufüllen, den Turm der Einheit zu erhalten. Das Blatt fordert daher die Arbeiter auf, sich geschlossen hinter diejenigen Vertrauensmänner zu stellen, die in dieser schweren Kriegszeit jetzt unentwegt eine ebenso gute proletarisch sozialistische wie deutsche Politik getrieben haben.

Solingen, 26. März. Das Organ der Minderheit der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Abgeordneten Dittmann, die Bergische Arbeiterstimme in Solingen, bemerkt zu der Bildung der provisorischen neuen Fraktion u. a.: Wir betonen, daß wir der seltenen Überzeugung sind, die Einheit der Partei in organisatorischer Beziehung müsse trotzdem aufrechterhalten bleiben, bis die geordnete Vertretung der Partei, der Parteitag, gesprochen hat.“

× Lübeck, 26. März. Der Lübecker Volksbote, dessen Verleger der Reichstagsabgeordnete Schwarz ist, der zu den 18 Radikalen gehört, sieht die Spaltung der sozialdemokratischen Partei als endgültig vollzogen an. Er schreibt unter der Überschrift „Parteizerstörer“: „In der gestrigen Reichstagsitzung hat sich ein außerordentlich betrüblicher Vorgang abgepielt: Es ist zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Fraktion gekommen. Wer bisher die stille Hoffnung hegte, daß unter dem Druck der ganzen Verhältnisse die Einigkeit der Partei gewahrt würde, der ist, durch die gestrigen Vorgänge innerhalb der Fraktion, bitter enttäuscht worden. Denn nunmehr ist die Spaltung der Partei endgültig vollzogen; da es ja völlig ausgeschlossen ist, daß eine Partei zwei Fraktionen besitzen kann. Der Bruderkampf ist damit in die Partei hineingetragen, die bisher mit Recht so stolz sein konnte auf ihre Einigkeit und Geschlossenheit. Schwere innere Kämpfe werden uns bevorstehen: aber sie müssen durchgeföhrt werden. Die Parteizerstörer haben ihr unheilvolles Werk vollbracht; sie werden es bereuen!“ i

WTB Stockholm, 26. März. (Telegr.) Meldung der Schwedischen Telegraphen-Agentur. Die Kronprinzessin, der Herzog von Westgötland, der Erzbischof von Upsala, Söderblom, und Kaufmann Didring vom schwedischen Roten Kreuz veröffentlichten einen Ausruf an das schwedische Publikum zur Organisierung der Verteilung von Büchern unter die Kriegsgefangenen in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Eine besondere Büchersammelstelle wurde unter dem für die Kriegsgefangenen arbeitenden Hilfsauschuß des schwedischen Roten Kreuzes errichtet.

Obligatorische Unfallversicherung

(Mittteilung des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements)

In seiner Sitzung vom 25. März hat der Bundesrat die vom Volkswirtschaftsdepartement ausgearbeitete Verordnung I über die Unfallversicherung genehmigt. Der Erlaß dieser Verordnung bringt die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern ihrer Betriebseröffnung um einen Schritt näher. In ihrer Form eine Vollziehungsmahnahme, schafft sie inhaltlich zum Teil materielles Recht von nicht geringer Bedeutung. Bekanntlich hat sich beim Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes die Wünschbarkeit verschiedener Ergänzungen gezeigt, die zum Erlasse des Bundesgesetzes vom 18. Juni 1915 betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1911 führte. Dieses Ergänzungsgesetz ordnet verschiedene Gegenstände teils selbst, teils ermächtigt es den Bundesrat zu ihrer Behandlung. So wird der Bundesrat u. a. als befugt erklärt, die obligatorische Versicherung anwendbar zu erklären auf gewisse im Hauptgesetz nicht erwähnte Unternehmungen mit besonderer Betriebsgefahr und auf Regiearbeiten, ferner die Versicherung bei nichtständigen Arbeitsverhältnissen zu ordnen, die Haftung des Hauptunternehmers für die Prämienschuld des Hauptakkordanten festzusetzen, Verjährungs- und Verwirklichungsbestimmungen aufzustellen, Bußen anzudrohen, die Abgrenzung zwischen versicherten und nicht versicherten Betrieben und Betriebsteilen vorzunehmen und das Verfahren für die Feststellung der Versicherungspflicht zu ordnen.

Diese Gegenstände rufen zum Teil Ausführungsbestimmungen, die für die Vorbereitung der Betriebseröffnung der Anstalt jetzt schon erforderlich sind, zum Teil werden sie frühzeitig genug gegen Ende des Jahres geordnet werden können. Der Bundesrat hat sich deshalb zu einem schrittweisen Vorgehen entschlossen und vorerst in einer Verordnung I nur die dringlicheren Punkte behandelt, in der Meinung, daß die übrigen einer später zu erlassenden zweiten Verordnung vorbehalten bleiben, ein Vorgehen, das mit gutem Erfolge auch bei der Durchführung des Abschnittes Krankenversicherung eingeschlagen worden ist. Es ist um so zweckmäßiger, als es erlauben wird, allfällige auf dem neuen Gebiete der obligatorischen Unfallversicherung mit der Verordnung I gemachte Erfahrungen in der Verordnung II zu berücksichtigen. Angesichts der Bedeutung des Erlasses für die Anstalt sowohl wie für die Arbeitgeber und die Arbeiter wurden für seine Beratung verschiedene Konferenzen mit Interessentenvertretern und mit Sachverständigen abgehalten.

Nach dem Hauptzweck der Verordnung I, die Ermittlung der versicherungspflichtigen Betriebe zu ermöglichen, enthält sie Bestimmungen über die Betriebe selbst, über die versicherten Personen und über das für eine rechtskräftige Feststellung zu beobachtende Verfahren. Daneben ist auch die in Art. 68 K. U. V. G. vorgesehene Giftliste aufgenommen worden, und den Schluß bilden einige Straf- und Uebergangsbestimmungen. Von den wichtigsten Bestimmungen der Verordnung I sei die Betriebe erwähnt:

Was die Betriebe betrifft, so ist der Grundsatz aufgestellt, daß zu ihrem Begriff die Gewerbsmäßigkeit gehört. Damit aber alle diejenigen Arbeiter versichert sind, die jetzt den Schutz der Haftpflichtgesetzgebung genießen, wird die Gewerbsmäßigkeit angenommen, auch wenn die Betätigung nicht eine ununterbrochene, sondern nur eine wiederkehrende ist. Zum Begriffe des Betriebes gehört ferner die Beschäftigung von Angestellten und Arbeitern. Die Eigenschaft eines versicherten Betriebes soll aber nicht deshalb dahinfallen, weil in ihm die Arbeit vorübergehend eingestellt wird. Die Eigenschaft eines versicherungspflichtigen Betriebes soll ihre Wirkungen auf alle dem Unternehmen dienenden Betätigungen ausstrahlen. Enthält jedoch ein

Betrieb Teile, die von der Betriebsgefahr völlig losgelöst sind, wie z. B. selbständige Verkaufsorganisationen eines Fabrikationsgeschäftes, so fallen diese nicht unter die Versicherung. Einer besonderen Regelung bedurfte die Wirkung der Versicherungspflicht einzelner Betriebsteile auf die ihrer Natur nach vom Gesetze nicht betroffenen. Als Grundsatz gilt hier, daß die Natur des Hauptbetriebes auch das Schicksal der Hilfs- und Nebenbetriebe bestimmt. Steht der Hauptbetrieb unter Versicherung, so umfaßt dieselbe auch die Nebenbetriebe, selbst wenn diese für sich betrachtet nicht unter das Gesetz fallen würden. Ist der Hauptbetrieb nicht versichert, so gilt dies auch von den Nebenbetrieben. Immerhin sind für beide Fälle Ausnahmen vorgesehen. Bestehen gleichwertige Betriebe vorgehender Unternehmung nebeneinander und sind die einen für sich allein betrachtet versicherungspflichtig, die andern nicht, so umfaßt die Versicherung doch alle, wenn die Verwendung der Angestellten und Arbeiter nicht ausgetrieben ist. Eine besondere Bestimmung ordnete die Verhältnisse der grundtätig dem Gebiet der freiwilligen Versicherung überwiesenen Landwirtschaft. In Ausübung seiner Befugnisse erklärt der Bundesrat die Versicherung auch anwendbar auf verschiedene im Hauptgesetz nicht vorgesehene Unternehmungen, die eine besondere Unfallgefahr aufweisen, wie wegen Verwendung explosibler Stoffe oder maschineller Einrichtungen. So werden beispielsweise unter Versicherung stehen die Automobilgaragen, Kinematographenunternehmungen die Handelsunternehmungen mit Geleiseanschluß oder mit Kränen u. dgl., die Lagerhäuser u. a. Im ferneren wird die Versicherung anwendbar erklärt auf Regiearbeiten, wenn sie eine gewisse sachliche oder zeitliche Ausdehnung aufweisen. Neu gegenüber dem geltenden Haftpflichtrecht ist dabei die Versicherung für

wirtschaftliche Regiearbeiten. Die Einbeziehung derselben ist durch das Ergänzungsgesetz ermöglicht worden. Der Bundesrat hat von dem bezüglichen Rechte Gebrauch gemacht, nachdem auf eine Umfrage bei den Kantonen hin, die große Mehrzahl derselben sich entschieden für die Versicherungspflicht ausgesprochen hatten. Wohlverstanden beschränkt sich die Versicherungspflicht auf die vom Staat, von Gemeinden usw. ausgeführten forstwirtschaftlichen Arbeiten. Die private Forstwirtschaft wird, als Teil der Landwirtschaft, vom Obligatorium nicht erfaßt. Was die versicherten Personen betrifft, so bezeichnet die Versicherung das Vorhandensein eines dienstlichen Verhältnisses des privaten oder des öffentlichen Rechtes als regelmäßig erforderlich. Im übrigen regelt die Verordnung verschiedene besondere Fälle, wie die Fragen, wann in Gesellschaftsverhältnissen stehende Personen oder wann Ehegatten, Familienglieder usw. als versicherte Angestellte und Arbeiter zu betrachten sind.

Das Verfahren für die Ermittlung der versicherten Betriebe ist einfach, gibt aber den versicherten Betrieben volle Gewähr für die Geltendmachung ihrer Rechte. Die Verfügung über die Versicherungspflicht steht in erster Linie der Anstalt zu. Eine allfällige Weiterziehung geht an das Bundesamt für Sozialversicherung und von da an den Bundesrat als letzte Instanz, wobei das Volkswirtschaftsdepartement den Antrag an den Bundesrat stellt. Gemäß dem durch Artikel 16 des Ergänzungsgesetzes geschaffenen neuen Art. 60ter des Hauptgesetzes sind die vom Bundesrat erlassenen allgemeinen Vorschriften, also die Bestimmungen der Verordnung, sowie die rechtskräftigen Entscheide über die Versicherungspflicht für den Richter verbindlich.

Die Kenntnis der Verordnung I über die Unfallversicherung ist für die an der obligatorischen Versicherung beteiligten Personen, insbesondere für die Betriebsinhaber notwendig. Sie wird ihnen eine richtige Anmeldung bei der Anstalt ermöglichen und damit wesentlich zu einer möglichst glatten Einführung der Versicherung beitragen.

Die Verordnung kann auf dem Druckfachenbureau der Bundeskanzlei in Bern bezogen werden.

Die Situation in Ostgalizien und in der Bukowina.

Wien, 27. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

In den letzten russischen Tagesberichten finden sich hie und da Angaben über Erfolge, welche den Eindruck erwecken könnten, als wäre es den Russen gelungen, speziell am Dnjestr weiter vorzudringen.

Hierzu sei vor allem festgestellt, daß nirgends Russen sich südlich des Dnjestr befänden, außer an der von der Dnjestrschlinge bei Samuszyn südlich gegen Bojan verlaufenden bessarabischen Front, welche seit Mitte Juni 1915 unverändert geblieben ist.

Im Gegenteil befinden sich in einigen Abschnitten unsere Stellungen nördlich dieses Flusses, so insbesondere nördlich von Baleszczki, welches durch einen sehr stark ausgebauten, bis halbwegs gegen Tluste vorgeschobenen Brückentopf geschützt ist. So verläuft unsere Linie von der erwähnten Samuszynschlinge an bis nahe der Strypamündung längs des Dnjestr oder nördlich parallel zu diesem Flusse in der Richtung Ostwest.

Von der Strypamündung geht die Stellung auf den der Strypa östlich vorliegenden Höhen in nördlicher Richtung weiter und hat sich seit mehr als einem halben Jahre nicht verändert.

Bezüglich der Punkte am Dnjestr, von welchen die Russen Erfolge melden, muß betont werden, daß durch die Schanze von Michalze nordwestlich Uscieczko, bei deren Verteidigung das Dragonerregiment Nr. 11 sich solche Lorbeeren erwarb, keine Brücke gedeckt wurde, sondern daß sie nur den Zweck hatte, den am nördlichen Dnjestrufer befindlichen Aufklärungsabteilungen, welche den steten Kontakt mit dem Feind herstellen, einen Rückhalt zu verleihen, so daß ihr Verlust keine Veränderung unserer Linie im großen bedeutet.

Was die im russischen Bericht vom 23. März genannten Orte Latacz und Chmielowa betrifft, welche im Winkel östlich der Strypa und nördlich des Dnjestr liegen, so wird festgestellt, daß sie sich zwischen beiden Fronten befinden, daher zeitweise von uns, zeitweise von russischen vorgeschobenen Aufklärungsabteilungen besetzt werden, was aber für den Gang der Ereignisse ohne Bedeutung ist.

**Kritik des deutschen Zentrums über
Kardinal Mercier.**

Berlin, 25. März. Zur Krisis im Falle Mercier schreibt Julius Bachem vom Zentrum im „Tag“: In Deutschland ist nur eine Stimme darüber, daß die deutsche Verwaltung in Belgien, welche die Freiheit der katholischen Religionsübung in dem besetzten Lande stets schützte, in ihrem Vorgehen gegenüber Mercier bis an die äußerste Grenze gegangen ist, und daß, falls die Verwaltung zu weiteren Maßnahmen gegen den Kardinal schreiten sollte, der aus dem Rahmen seiner kirchlichen Stellung so weit herausgetretene Erzbischof dies lediglich selbst

verschuldet haben würde. In diesem Urteil stimmen auch die gesamte deutsche katholische, beziehungsweise die Zentrumspresse überein.

27. III. 1916

Die englische schwarze Liste gegen neutrale Firmen.

London, 24. März.

„London Gazette“ veröffentlicht eine weitere Liste von Firmen im Ausland, mit denen wegen ihrer deutschen Verbindungen der Handelsverkehr verboten ist. Die Liste umfasst: 39 Firmen in Argentinien und Uruguay, 56 in Brasilien, 28 in Ecuador, 17 in Peru, 4 Firmen, die in allen Staaten Zentral- und Südamerikas vertreten sind, 1 in Holland, 41 in Holländisch-Ostindien, 15 auf den Philippinen, 36 in Portugal und 45 in Spanien.

Die „London Gazette“ veröffentlicht gleichzeitig eine Verordnung, welche die Liquidierung von weiteren 10 Firmen in England, die deutsche Verbindungen haben, verfügt, wodurch die Gesamtzahl der Liquidierungen auf 72 steigt.

Die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie.

Nicht Trennung, sondern Ausschließung der Haase-Leute.

Wie der Berliner „Vorwärts“ mitteilt, erfolgte die Bildung der neuen sozialdemokratischen Gruppe mit bisher 18 Mitgliedern nicht nach freiwilliger Trennung, sondern weil die Haase-Leute von der Mehrheit aus der Fraktion ausgeschlossen wurden. Das war nach den Vorfällen in der letzten Reichstagsitzung nur folgerichtig. Nachdem man die Haase-Leute des „Landesverrats“ beschuldigt hatte, konnte man sich doch nicht mit ihnen im Klub friedlich zusammensetzen!

Die Wiener „N. Z.“, die mit ihren Sympathien von jeher auf Seite der Haaseleute stand, sagt melancholisch, es sei „eingetreten, was schon so lange befürchtet wurde.“ Die Vorgänge in der Sitzung selber erscheinen dem Blatt nicht recht begreiflich, da zu einer derartigen Erregung der Anlaß gefehlt habe. Das Blatt verfällt auf den Ausweg, für die Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten — die Konservativen und Zentrumsleute verantwortlich zu machen, die „ihren Aerger und ihre Wut“ darüber, daß sie mit ihren Unterseebootsanträgen auf höheres Kommando innehalten mußten, „an dem sozialdemokratischen Redner ausgelassen haben.“ Und aus diesem triftigen Grunde wurden der arme Haase und seine Genossen von seinen bisherigen Fraktions- und Parteifreunden als Landesverräter gebrandmarkt und aus der Fraktion ausgeschlossen! Und so etwas sollen die Leser der „N. Z.“ willig als Dogma hinnehmen! Der Rest des „N. Z.“-Kommentars verfiel leider der Zensur.

Uebersaus groß ist die Freude über die Spaltung der Sozialdemokratie im Freisinnslager, wo man die Scheidemanngruppe schon gewissermaßen als linken Flügel der Partei begrüßt. Ob mit Recht oder nicht, bleibt abzuwarten.

Berlin, 25. März.

Zu der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stellt der „Vorwärts“ fest, daß die zu Haase stehende Minderheit von der Fraktion der Rechten ausgeschlossen worden ist und daß sich die 18 Köpfe starke Minderheit als besondere sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft konstituierte. Es sei damit das eingetreten, was nach der Tiefe der Meinungsgegensätze und vollends nach den Szenen des gestrigen Tages unvermeidlich war. — Aus einer Erklärung der neuen Fraktion im „Vorwärts“ geht hervor, daß der Fraktionsbeschluß mit 58 gegen 33 Stimmen bei 4 Stimmenenthaltungen gefaßt wurde.

Der „Lokalanzeiger“ erhofft sich von der Spaltung eine dauernde Annäherung der vaterländischen Mehrheit der Sozialdemokratie an die bürgerlichen Parteien und an den bürgerlichen Staat. Die Freude des „Berliner Tageblatt“ dagegen ist beeinträchtigt durch die Tatsache, daß Bernstein unter die Unversöhnlichen geraten ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Haase hauptsächlich beabsichtigte, aus dem Fenster zu sprechen und mit dem Eindruck rechnete, den er auf die breiten Massen oder jedenfalls auf Teile derselben zu machen hoffte. Es sollte autoritativ in größtem Umfange sachliche Aufklärung verbreitet werden.

In der „B. Z. am Mittag“ meint Abg. Hannemann (Fortshr.), durch die Scheidung der sozialdemokratischen Fraktion sei die Phalanx, die den Krieg, stark entschlossen, bis zu einem guten Frieden durchzuführen will, noch stärker geworden. Der Sozialdemokrat Wolfgang Heine bezeichnet die Befreiung der Fraktion von den ewigen Gegenwirkungen und Quertreibereien im eigenen Schoße als ein Glück.

27. III. 1916

**Einbußen Italiens in der Adria und
Aegypten.****Eine Interpellation in der Kammer.**

Zürich, 24. März.

Der nationalistische Deputierte Foscarei hat in der italienischen Kammer zwei Interpellationen eingebracht, in denen gefragt wird, was Italien von England im östlichen Mittelmeer oder im ägyptisch-libyschen Grenzgebiet als Gegenwert für die Preisgabe uralter italienischer Rechte in Aegypten erhalten habe, sowie welche Maßnahmen die Regierung ergriffen habe, um die italienischen Interessen zu schützen, die durch die Annexion des Nordepirus durch Griechenland gefährdet sind, vermöge deren beide Ufer des Korfu-Kanals in den Besitz eines einzigen Staates gelangen und Griechenland eine der wichtigsten Flottenbasen des Mittelmeeres, zum schweren Nachteil der italienischen strategischen Verhältnisse in der unteren Adria und im Jonischen Meere erwirbt.

Die Torpedierung eines k. u. k. Spitalschiffes in der Adria.

Die Tat eines französischen U-Bootes?

Paris, 24. März.

Die Blätter bringen auszugeweise ein Schreiben des Marineministers an den Minister des Aeußern, worin an der Hand des Berichtes des Tauchbootkommandanten die Tatsache der Torpedierung des österreich-ungarischen Spitalschiffes „Elektra“ zugegeben wird. Der Minister teilt jedoch mit, daß nach dem Bericht die „Elektra“ nicht die vorgezeichneten Zeichen führte. Die Untersuchung sei im Gange. Wenn sich die Richtigkeit der österreich-ungarischen Mitteilung ergäbe, würden die notwendigen Verfügungen getroffen werden.

(Wir verweisen auf den Bericht des k. u. k. Flottenkommandos, wonach die „Elektra“ mit allen vorgezeichneten Merkmalen versehen war.) — Nach der vorstehenden Meldung gewinnt man den Eindruck, daß es ein französisches Unterseeboot war, das die „Elektra“ torpedierte.

Die Franzosen haben zwar schon eine ganz schöne Flotte in der Adria verloren, aber Ehre haben sie keine aufgehoben. Wenn die Torpedierung des Spitalschiffes auch ein Werk der französischen Marine ist, dann ist es wirklich Zeit, daß der Herr Marineminister seine Leute darüber aufklärt, daß sie auf dem besten Wege sind, Kisseraten zu werden. (D. H.)

Ablehnung der Anregung Lansing durch die Entente.

A. Amsterdam, 25. März. Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Alliierten in ihren Antworten die Anregung des Staatssekretärs Lansing, die Handelsschiffe zu entwaffnen, im wesentlichen abgelehnt. Dem Vernehmen nach bereitet Lansing ein Rundschreiben vor, worin die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage auseinandergesetzt wird.

27. III. 1916

Raumann über Mitteleuropa.

— Frankfurt a. M., 26. März.

Friedrich Raumann und das Thema, das er sich diesmal zu seinem Vortrag in Frankfurt gewählt hatte, füllten heute Mittag die weiten Räume des Schumann-Theaters mit einer andächtig lauschenden Menge, die gekommen war, ernste Worte in ernster Zeit zu hören. Bankier Hohenemser begrüßte namens des Hansabundes, der Raumann zu seinem Vortrag „Auf dem Wege nach Mitteleuropa“ eingeladen hatte, die zahlreiche Versammlung und die Spitzen der Behörden, die sich eingefunden hatten. Er wies darauf hin, wie glänzend sich das Zusammensehen Deutschlands und Oesterreich-Ungarn im Kriege bereits bewährt habe. Wie es nach dem Kriege werden solle, darüber werde sich

Reichstagsabgeordneter Raumann

eingehender verbreiten. Unter lebhaftem Beifall nahm dieser das Wort zu folgenden Ausführungen:

In Frankfurt, der alten Krönungsstadt vieler Habsburger Kaiser, wo auch der alte deutsche Bund getagt hat, bietet das Thema der heutigen Versammlung nicht ein neues, erst gestern entstandenes Problem, es bedeutet nur einen Schritt weiter auf dem Wege, der schon aus den vergangenen Jahrhunderten herausführt. Alle Völker Mitteleuropas zwischen der französischen Kulturgemeinschaft und der sarmatischen Macht sind gegenseitig aufeinander angewiesen trotz aller inneren Spannungen und Reibungen. Noch nie aber ist Mitteleuropa so einig gewesen wie gerade jetzt unter dem Druck von Osten und Westen her. Der letzte Versuch, die Verhältnisse Mitteleuropas zu regeln, wurde auf dem Wiener Kongreß gemacht, doch wurden dort die Wünsche unserer Freiheitskämpfer von 1813 nicht erfüllt. Aber auch jetzt, obwohl hundert Jahre später, werden wieder ähnliche Schwierigkeiten wie damals entstehen, wo es bereits eine österreichisch-italienische, eine serbische und eine polnische Frage gab. Auch die historische Grenze zwischen Deutschland und Frankreich spielte eine Rolle, und ebenso die belgische Frage, die nur vorübergehend durch die Zuteilung Belgiens zu Holland geregelt wurde. Ebenso ungenügend war die Lösung des Kerns der mitteleuropäischen Frage. Durch einen neuen Lösungsversuch, den im Anschluß an die große Volksbewegung von 1848 das Parlament in der Frankfurter Pauls-Kirche machte, sollten alle nicht deutschsprachigen Volksteile Mitteleuropas ausgehoben werden, um ein rein germanisches mitteleuropäisches Nationalreich zu schaffen. Heute haben wir ernste Zweifel, ob es nicht ein Glück für uns war, daß es damals nicht gelungen ist, diesen Plan zu verwirklichen. Der Körper, den man damals aufrichten wollte, wäre wohl nicht stark genug gewesen, um den gewaltigen Druck, der jetzt von Ost und West her auf Mitteleuropa lastet, auszuhalten.

Die schwersten Kämpfe um die Entwicklung Mitteleuropas kamen erst nach dem Jahre 1848. Durch Bismarcks Politik wurde Mitteleuropa zuerst in zwei Hälften auseinandergerissen, die er dann bündnisgenossenschaftlich wieder aneinanderfügte. Die beiden Teile waren aber nicht nur politisch, sondern auch durch Wirtschafts- und Zollgrenzen getrennt worden, trotz aller Versuche von süddeutscher Seite, die Beziehungen zur deutschen Ostmark nicht völlig einschlafen zu lassen, wobei vor allem die „Frankfurter Zeitung“ eine führende Rolle spielte. Wie richtig auch Bismarcks Wort an die Deutsch-Oesterreicher war, „dienen Sie treu Ihrem Kaiser, dann dienen Sie am besten dem deutschen Reiche“, hat unsere Zeit erwiesen. Die weltgeschichtliche Entscheidung, um derenentwillen wir heute mit Kindern und Kindeskindern gewappnet an den Grenzen stehen müssen, fiel mit der Erklärung Bismarcks, daß Deutschland wohl einen Krieg Rußlands gegen Oesterreich nicht verhindern, einer Schwächung Oesterreich-Ungarns aber nicht ruhig zusehen könne. So entstand die jetzige politische Gruppierung der europäischen Mächte. Daß aus dem Dreibund wieder ein Zweibund wurde, hat uns gelehrt, daß Bündnisse zwischen Fürsten und Regierungen keine Bedeutung mehr haben, wenn nicht die Volksvertreter und die Völker selbst dahinter stehen. Nach den schlechten Erfahrungen mit Italien schätzen wir aber um so mehr die Dauerhaftigkeit des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn, weit über den Wortlaut des geschriebenen Vertrages hinaus. (Bravo!) Auf die Dissonanz des vergangenen Jahrhunderts folgte die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Zusammengehens der mitteleuropäischen Staaten in diesem Jahrhundert. Die Notwendigkeiten des Krieges gegen den Feind im Osten hoben für die deutsche und die österreichisch-ungarische Armee die Grenzen zwischen den Mittelmächten auf. Im Schnee und Eis der Karpaten entstand die Gemeinschaftlichkeit Mitteleuropas. (Beifall.)

Müssen wir auch bewundern, wie rasch sich die verbündeten Armeen ineinander gefunden haben, so drängt sich doch andererseits die Frage auf, ob wir nicht schon bei Kriegsausbruch viel mehr auf einander hätten eingerichtet sein müssen, als dies der Fall gewesen ist. Sicherlich hätte durch eine Militärkonvention unter völliger Wahrung der Souveränität Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns militärtechnisch noch mehr geleistet werden können. Diese Erkenntnis weist uns darauf hin, daß unsere militärische Verbindung in der Zukunft enger gestaltet werden muß als vor dem Kriege. Die selbstverständliche Folge einer Militärkonvention wird aber auch ein Wirtschaftsverband zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sein, denn ein Krieg ist heute nicht mehr nur ein militärisches Ereignis, sondern eine tief eingreifende wirtschaftliche Angelegenheit. Der gegenwärtige Krieg hat alle Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Anforderungen übertroffen. Um unsere vielgerühmte Organisation in Zukunft gleich zu Beginn eines Krieges in Tätigkeit treten zu lassen, ist die völlige Verkehrseinheit Mitteleuropas vor allem die freie Verfügung über die Eisenbahnen notwendig. Den Vorbereitungen für den Krieg muß die Erprobung im Frieden vorausgehen. In allen Aemtern werden die Einheitskonsequenzen des Krieges gefühlt; dem Zustand der Getrenntheit, der bisher vielfach bestand, muß ein Ende gemacht werden. Hierzu sind Ausgleichsämter notwendig. Man kann unmöglich nur das Blut von beiden Seiten zusammengießen, ohne gleichzeitig auch das Kapital zusammenfließen zu lassen.

So stehen wir mitten im Krieg vor der wirtschaftlichen Annäherung. Es handelt sich dabei nicht um eine theoretische, sondern um eine ausgesprochen praktische Angelegenheit. Kurz ausgedrückt ist der Krieg die Umwandlung der Lager- und Wirtschaftsbestände in Kriegsanleihe; der Friede ist die Rückumwandlung der Kriegsanleihe in Waren. Hierzu gehört der gemeinsame Wareneinkauf, damit nicht nur einzelne Arbeitsmaterial haben, wenn die Friedensarbeit wieder aufgenommen wird, und damit gegenseitige unnötige Uebersteuerungen vermieden werden. Aber auch für die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit unseren jetzigen Feinden ist eine wirtschaftliche Verständigung mit Oesterreich-Ungarn notwendig, um beim Friedensschluß Versuchen zur Spaltung der mitteleuropäischen Staaten von vornherein die Spitze abzubringen. (Lebh. Beifall.) Allerdings stehen einer Wirtschaftsgemeinschaft auch Bedenken entgegen. So besorgt man in Oesterreich, durch die deutsche Industrie überannt zu werden, während man in Deutschland meint, wir könnten durch ein Uebereinkommen mit Oesterreich-Ungarn unsere Möglichkeiten für die Abmachungen mit anderen Staaten beeinträchtigen. Aber niemand will ja eine vollständige Aufhebung aller Zölle. Wir haben kein Interesse daran, das österreichische Wirtschaftsleben zu stören. Es gibt in Oesterreich-Ungarn noch viele wirtschaftliche Schätze zu heben, daß das Mitteleuropa der Zukunft nur noch gekräftigt werden kann. Nach einem Krieg wie diesem gibt es nur einen engeren Zusammenschluß, oder ein Auseinanderfallen Mitteleuropas. Vor allem müssen die Völker erkennen, daß ihr Zusammengehen eine Notwendigkeit ist. Das kann nicht nur durch Geheimräte gemacht werden, dazu ist eine Volksbewegung notwendig. Jeder muß an seinem Teil mitwirken zum Vertrag von Volk zu Volk. Was die Staatsmänner organisieren, ist nur das Letzte, was zu tun ist. Erfreulich ist es, daß die alte Stadt Frankfurt, wo schon einmal versucht worden ist, ein einiges Mitteleuropa zu schaffen und wo die „Frankfurter Zeitung“ in diesem Sinne tätig gewesen ist, jetzt wieder mit gutem Beispiel vorangeht, wie ein Begrüßungstelegramm an den gemeinsamen österreichisch-ungarischen Staatsminister Baron Burian in Wien beweist, das aus der Mitte der Versammlung angeregt wurde.

Der Vorsitzende verlas nun folgendes

Telegramm an Staatsminister Baron Burian:

Eine sehr stark besuchte Versammlung sendet aus der alten Krönungsstadt Frankfurt waffenbrüderlichen Gruß und Glückwunsch an die österreichisch-ungarische Monarchie und erhofft baldige politische und wirtschaftliche Annäherung. Voigt, Oberbürgermeister.

Die Versammlung gab freudig ihre Zustimmung zu der Abendung des Telegrammes und spendete Friedrich Rau-

mann stürmischen Beifall, als er zum Schluß nochmals auf den gemeinsamen Kampf der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen mit den Bulgaren und Türken hinwies, und die Hoffnung aussprach, daß auch der Lebenskampf, der jetzt in vielen Häusern geführt wird, und die Sorge vieler Frauen und Mütter um ihre Männer und Söhne im Felde draußen durch den siegreichen Ausgang des Kampfes belohnt werden, und daß uns die Prüfung des Krieges so zum Segen gereichen werde.

28. / III. 1916

Der Meinungsturm in der Sozialdemokratie.

In der „Schwäbischen Tagwacht“ wird die Gruppierung der Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Fraktionspaltung, wie folgt, zusammengestellt:

Bei der Abstimmung über die vom Fraktionsvorstand beantragte Erklärung, (die Haase und seinen Gesinnungsgenossen die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte abspach), stimmten die folgenden 58 Mitglieder mit Ja: Bauer, Bender, Blos, Böhle, Brey, Bruhne, Buch, Cohen, David, Deichmann, Ebert, Feuerstein, Fischer (Berlin), Fischer (Hannover), Frohme, Ged, Giebel, Gähre, Gradnauer, Grenz, Haberland, Hasenzahl, Heine, Hierl, Hildenbrand, Hoffmann (Rudolstadt), Käppler, Keil, König, Körsten, Krähig, Landsberg, Legien, Lensch, Molkenbuhr, Roste, Reus, Pfannkuch, Pintauf, Quard, Quessel, Rauch, Sachs, Scheidemann, Schmidt (Berlin), Schmitt (München), Schöpflin, Schulz, Schumann, Segis, Silberschmidt, Spiegel, Stolten, Südetum, Taubadel, Thiele, Thöne, Wels.

Mit Nein stimmten folgende 33 Mitglieder: Albrecht, Antrich, Bernstein, Bod, Bichner, Cohn, Dittmann, Emmel, Gwald, Fischer (Sachsen), Fuchs, Hoch, Hoffmann (Kaiserslautern), Hofrichter, Horn, Hüttmann, Jäckel, Kunert, Ledebour, Leutert, Raute, Reiffhaus, Rysel, Schmidt (Meißen), Schwarz, Simon, Stadthagen, Stolle, Stubbe, Stücklen, Vogtherr, Wurm, Zubeil.

Der Stimme enthielten sich folgende 4 Mitglieder: Davidsohn, Haase, Henke, Herzfeld.

Abwesend waren 12 Mitglieder: Baudert, Binder, Brandes, Dieß, Erdmann, Feldmann, Geyer, Hugel, Peirates, Ulrich, Bollmar, Wendel.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ hebt hervor, daß unter den Abgeordneten, welche die neue Fraktion gebildet haben, eine auffallend große Zahl der ältesten Sozialdemokraten (nahe an siebenzig Jahre und darüber) sind, welche die Zeiten des Sozialistengesetzes noch mitgemacht haben. Dazu gehören Geyer, Bod, Horn, Schwarz, Stolle, Zubeil und im weiteren Sinne auch Bernstein, Ledebour und Kunert. Die „Volksstimme“ sagt:

„Wer sich der Gefühle entsinnt, die August Bebel auf dem Dresdner Parteitag ausgesprochen hat, als er seine Erinnerungen an die Zeit des Sozialistengesetzes schilderte, wird den Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und der jetzigen Entscheidung begreifen. Als er dargelegt hatte, wie die Parteigenossen und er selbst unter dem Sozialistengesetz verfolgt, gejagt, gequält, gefoltert worden seien, sprach August Bebel das berühmte Wort von seiner Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Keiner der erwähnten Genossen, auch wohl Ledebour nicht, der ja damals noch bürgerlicher Demokrat gewesen ist, wird die Erinnerung an das Sozialistengesetz vollkommen losgeworden sein, das ist auch menschlich gar nicht möglich.“

Die „Volksstimme“ ist überzeugt, daß, wenn wir in Deutschland das Sozialistengesetz behalten hätten, oder wenn die Verkürzung des Koalitionsrechts gekommen wäre, die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiter von genau derselben Stimmung beseelt wäre, die jetzt diese Alten in Erinnerung an frühere Verfolgungen beherrscht. In diesem Zusammenhang scheint es der „Volksstimme“ auch überaus bezeichnend, daß kein einziger süddeutscher Abgeordneter zur Minderheit gehört:

„Bestände nicht das preussische Dreiklassenwahlrecht und die Wahlrechtsverkürzung für die Arbeiter in Sachsen und Thüringen, so würden wir wiederum die Opposition in dieser Form nicht haben. Auch daraus mögen die Regierungen ihre Schlussfolgerungen ziehen! Endlich gehen wir wohl nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß ohne die Mißgriffe der Regierung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, insbesondere der Kartoffelpreisfestsetzung und der Kartoffelzufuhr, der Reichstag diese Szenen nicht erlebt hätte.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ stellt nach der „Dresdener Volkswacht“ noch einmal fest, daß der Sohn Haases mit voller Billigung seines Vaters seit Kriegsbeginn als Kriegsfreiwilliger im Heere steht, daß Schwarz 5000 M. Kriegsanleihe gezeichnet hat, während er die Bewilligung von Kriegskrediten für einen Verrat am Sozialismus ansieht, und daß Geyer es als Privatmann nicht ablehnt, mit dem dreifach verruchten Militarismus Geschäfte in Zigarrenlieferungen zu machen.

Sie Scheidemann

Auf die Seite der Mehrheit um Scheidemann treten u. a. die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Die neue Gruppe nennt sich, anscheinend in feiner Selbstverpötkung ihrer Absicht, nicht mit anderen zusammen an der Sicherung der Rechte, der Wahlfahrt und der Zukunft der deutschen Arbeiterschaft zu arbeiten, „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft“, der „Volkswille“ in Hannover. Dieser unglückselige Vorgang, der für alle Zeiten ein Blatt der Schande in der Geschichte des deutschen Volkes bilden wird, ist nicht etwa die spontane Wirkung irgendwelcher parlamentarischer Ereignisse, nein, er war wohlüberlegt, war beabsichtigt, das „Buchener Volksblatt“: Wollte die Fraktion noch etwas retten, wollte sie sich nicht selber mit in das Verderben reißen lassen, dem Haase und Genossen entgegentreiben, dann blüht ihr nur noch die Leiche.

Die „Bielefelder Volkswacht“ schreibt: „Es ist nichts wie gewissenlose Demagogie, die das Verhalten Haases bestimmte.“

Der „Karlsruher Volksfreund“ spricht von Parteierzernstörern und einem Phrasenschwadronneur; so könne in einem solchen Augenblick nur jemand sprechen, „der keine Spur von Empfindung für vaterländische Pflichten hat“.

Der „Stettiner Volksbote“ kündigt an, daß das Verhalten des Abgeordneten für Stettin (Vogtherr) noch zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führen werde.

Der „Lübecker Volksbote“ ruft aus: „Die Parteierzernstörer haben ihr unheilvolles Werk vollbracht; sie werden es bereuen!“

Das „Nekar-Echo“ (Heilbronn) zögert nicht, „jede Gemeinschaft mit den unfreiwilligen Helfern des Auslandes abzulehnen“.

Die „Donau-Wacht“ in Ulm ist auch jetzt dafür, „daß ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei“.

Das „Kasseler Volksblatt“ sagt, daß nun die Massen der Parteigenossen zu entscheiden hätten, ob sie die von den Achten nachgeahmte Lieblintheile billigen wollen.

Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ bedauert, daß sich auch der Vertreter für Rostock, Herzfeld, der neuen Fraktion angeschlossen hat.

Die „Volkszeitung“ in Mainz ist der sicheren Ueberzeugung, „daß die Genossen im Lande mit den Parteischädigern gründlich aufräumen werden“.

Die „Märkische Volksstimme“ in Kottbus ruft den 18 zu: „Das machen wir nicht mit!“

Die „Volkswacht“ in Freiburg schreibt: „Die 18 Vertreter der Minderheit haben der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterschaft einen Schaden zugefügt, der nicht wieder gut zu machen ist.“

Sie Haase

Als bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß das Organ der Sozialdemokratie in Haases Wahlkreis, die „Königsberger Volksztg.“, sich bisher jedes Urteils enthalten hat.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ erklärt, daß unter denen, die in der Fraktion bleiben, mancher ist, der nicht lange mit der Mehrheit auskommen wird; die so notgedrungen neugegründete Fraktion wird bald Zuwachs bekommen.“

Von mehreren Seiten wird behauptet, daß die schon früher aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abg. Liebknecht und Kühle sich der neuen Gruppe nicht anschließen, sondern für sich bleiben werden.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen sagt: „Wir stehen mit Herz und Verstand auf dem Boden der Minderheit und bedauern, daß im 20. Kriegsmonat eine solche Zerreißung der Fraktion noch möglich war. Verschiedene Anzeichen lassen uns hoffen, daß die Einheit der Fraktion gewahrt werden könne, und zwar auf dem Boden einer sachlichen Einigkeit in der heizumstrittenen Frage selbst.“

Die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ in Duisburg erklärt: „Diese Tat ist eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Klärung der verworrenen Situation innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wir begrüßen den Schritt und bedauern nur, daß er nicht schon längst erfolgt ist.“

Die „Eiberfelder Freie Presse“ schreibt: „Daß Haase das Wort ergriffen hat, billigen wir. Daß er es nicht vorher angekündigt, war falsch. Aber gibt dies nun der Mehrheit das Recht, in ihrer Erklärung von Treubruch zu reden? Wir meinen, die Rollen sind da gleichmäßig verteilt. Die Kaltstellung der Minderheit in den wichtigsten politischen Fragen ist dann auch ein Treubruch! Und es ist ferner ein Treubruch, um nicht zu sagen, stärkste Demagogie, wenn Genosse Scheidemann in der öffentlichen Verhandlung dem Genossen Haase die Erklärung vom 4. August vorwirft, die abzugeben Haase direkt gezwungen worden ist.“

Auch die „Essener Arbeiterzeitung“, das „Halle'sche Volksblatt“, die „Erfurter Volkstribüne“ bekennen sich zu denen um Haase.

Zur Einigkeit gleich der „Volksztg.“ für das Müldetal“ mahnt das „Volksblatt für Harburg“: „Jetzt täte uns ein Mann wie Bebel not, der mit klarem Blick das Richtige trübe und dessen Autorität ausreichte, das Widerstrebende zusammenzuhalten. Aber wir haben keine solchen Männer mehr, unsere jetzigen Führer an verantwortlichen Stellen haben alle das redliche Bestreben, der Partei ihr Bestes zu geben, aber es fehlt ihnen alles das, was Männer wie Bebel auszeichnete... Die Selbstzerfleischung in unseren Reihen ist denen dort drüben ein gesundes Mahl. Wollen wir angesichts dieses nicht zur Besinnung zurückkehren und uns an das halten, was die Tatsachen lehren? Es wird hohe Zeit, daß wir es tun. Also die Redthaber und alle die, die die Partei nur als Fußhemel für ihre advokatisches Reimlexikon betrachten, mögen zur Vernunft zurückkehren, denn es könnte wirklich einmal eine Zeit kommen, wo es die Genossen in der breiten Front satt haben, noch weiter die Scheiben zu bezahlen, die die dort oben einwerfen.“

28. / III. 1916.

**Die japanischen Strömungen für ein
Bündnis mit Deutschland.**

Funktspruch des W. T. B.

New York, 27. März.

Doktor Iyenaga, der Vorstand des japanischen Pressbüros für Ost und West, hat in Besprechung der Nachrichten über Japans Forderungen nach freier Hand in China und über japanische Drohungen, andernfalls ein Bündnis mit Deutschland zu schließen, erklärt, wenn England sich lauwarm gegenüber Japan zeige, so könne es geschehen, daß Japan sich jemand anderem in die Arme werfe. Er erklärte, seine persönliche Meinung auszudrücken, wenn er sage, daß er die Leistungsfähigkeit der Deutschen und die Großtaten ihrer Wissenschaft sehr bewundere. Japan sei tatsächlich auf Seite Englands und sei allerwege dem englisch-japanischen Bündnis treu gewesen. Er führte dann aus, inwiefern japanische Kritiker des Bündnisses die Bündnisverpflichtungen als eine schwere Last für Japan ansähen, während andererseits Englands Maßregeln die japanische Schifffahrt nicht völlig gesichert hätten.

28. / III. 1916.

Der Riß in der Sozialdemokratie.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Köln, 27. März.

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ erklärt, es erscheine ausgeschlossen, daß der „Vorwärts“ weiterhin sozialistisches Zentralorgan bleiben könne, nachdem er seit Kriegsausbruch bereits die Auffassung der Minderheit vertreten habe und ihr auch noch weiterhin seine Sympathien gehören. Eine Klärung seiner Stellung sei dringend erforderlich. Das Blatt erklärt weiterhin, das Schicksal der Arbeiterbewegung müsse einem mit großer Sorge erfüllen. In den Wahlkreisen der 18 sozialistischen Abgeordneten sei der Streit schon entbrannt. Wenn — wie von einer Reihe jener Wahlkreise bestimmt zu erwarten sei — die Mehrheit innerhalb der Organisationen sich auf Seite der abtrünnigen Abgeordneten stellen, werde der bisher alles umfassende Organisationsrahmen ohne weiteres gesprengt und die Trennung sich auch in den einzelnen Wahlkreisen und Bezirksverbänden vollziehen. Eine Spaltung innerhalb der Gewerkschaften sei alsdann wahrscheinlich.

28. VII. 1916

Oesterreichische Erfolge an der italienischen Front

(Drahtbericht von unterm Kriegskorrespondenten bei der öster-
reichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Oester.-ungar. Kriegspressequartier, 27. März. Die neuen Kämpfe an der italienischen Front haben an mehreren Frontabschnitten einen heftigeren Charakter angenommen. Während die Italiener sich vergeblich bemühten, die vorgestern am Plödenabschnitt erlittene Scharte auszuweichen und neuerlich Fuß in der verlorenen Stellung zu fassen, gelang am Sonzo wiederum ein Einbruch in die feindliche Front. Ein sehr geschickt angelegter und äußerst tapfer durchgeführter Vorstoß traf den Gegner an einem seiner wichtigsten Fronträume. Seine ganze den österreich-ungarischen Stellungen am Nordteil der Podgora vorgelegte Position, die schon so oft zahllose Sturmkolonnen gegen den Görzer Brückenkopf ausgespien hatte, wurde erobert.

Diese Tat, die einstweilen äußerlich vielleicht nur den Charakter eines Lokalerfolges zeigt, ist von hoher moralischer Bedeutung. Hatten schon die seinerzeitigen Erfolge bei Oslovija, ebenso die jüngsten Stöße bei Tolmein Zentren der gegnerischen Front tangiert, so wurden die Italiener diesmal an demjenigen Abschnitt geworfen, der im Mittelpunkt aller Sonzschlachten stand. Aus dem Raum, dem die eroberte Stellung angehört, wurden alle die beispiellos wütenden Angriffe gegen den Görzer Brückenkopf vorge-
trieben. Auch bei der letzten fünftägigen Offensive zeigte sich hier der Gegner besonders stark. Von unerhörter Heftigkeit war hier sein Trommelfeuer, und unaufhörlich wurde die Podgora von Infanteriemassen angegangen. Während aber ihre vielfachen Anstrengungen am Ende doch immer wieder resultatlos blieben, haben nun österreich-ungarische Truppen in jähem, unerwartetem Vorschneilen eine Bresche in den Brennpunkt der italienischen Angriffe geschlagen.

An der Tiroler Front begünstigt die sichte Witterung der letzten Tage ein Aufblühen der Artillerietätigkeit.

Berichte der feindlichen Generalstabe.

Wien, 27. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

25. März. Das anhaltende schlechte Wetter behinderte auch gestern früh die Geschütztätigkeit in den höher gelegenen Abschnitten des Kriegsschauplatzes. Artilleriekämpfe von einiger Bedeutung fanden trotzdem am mittleren Isonzo zwischen Tolmein und Görz, auf dem Karstplateau und gegen feindliche Batterien in der Nähe von Duino statt. Unsere Infanterie setzte intensiv ihre Befestigungsarbeiten fort und brach unter dem Schutze des Nebels an mehreren Punkten

in die Linien des Gegners ein, wo sie durch Bombenwurf Schaden anrichtete.

Rußland.

26. März. Im Abschnitt von Riga beschloß die deutsche Artillerie Schloß und den Brückenkopf von Neriküll. Im Abschnitt von Jakobstadt wurde ein deutscher Angriff längs der Eisenbahn von Mitau durch unser Feuer abgeschlagen. Von mehreren andern Stellen des Abschnittes wird lebhaftes Artilleriefeuer gemeldet. Westlich von Düna eroberten unsere Truppen einen feindlichen Graben und machten Gefangene. In der Gegend nordwestlich von Postawj und zwischen dem Narocz- und dem Wiszniewsee wird weiter erbittert gekämpft. Auf der übrigen Front bis zu den Rokitnosümpfen stellenweise heftiger Feuerkampf. Südlich von Karpilowka (15 Kilometer westlich von Derazno, 25 Kilometer nordwestlich von Rowno) brach ein feindlicher Angriffsversuch in unserm Infanterie- und Minenfeuer zusammen.

Galizien. Der Feind griff unsere Stellungen am Zusammenflusse der Strypa und des Dnjestr an. Er wurde auch dort durch unser Feuer abgewiesen.

Die in unserm amtlichen Bericht am 24. d. enthaltene Meldung über die nach Angriff und Einnahme deutscher Gräben durch uns erfolgte Gefangennahme von 13 Offizieren und 1255 deutschen Soldaten wird im amtlichen deutschen Bericht wie folgt wiedergegeben: Eine weit vorspringende schmale Ausbuchtung unserer Front hart südlich vom Naroczsee wurde zur Vermeidung umfassenden Feuers einige hundert Meter auf die Höhen von Blizniki zurückgenommen.

Frankreich.

27. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen für uns günstiger Minenkampf bei Fille-Morte und Handgranatenkämpfe im Abschnitt Courte-Chauffée. Westlich der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Westlich der Maas unaufhörlicher Artilleriekampf an der Front Douaumont-Baury. Im Woëvre ziemlich heftige Beschießung in der Gegend von Moulainville und Chatillon; kein Infanteriekampf. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

28. III. 1916

„Wir wollen den Krieg mit Rußland.“

Die Bukarester „Moldova“, das Organ Peter Carps, führt folgendes aus: „Die Existenz unseres ganzen Volkes, die Zukunft des unabhängigen rumänischen Staates sowie auch unsere zweihundertjährige Vergangenheit legen uns die heilige Pflicht auf, gegen Rußland in den Krieg zu ziehen!

Wir verlangen, daß Rumänien die von seinem ersten König und seinen wahrhaft großen Staatsmännern inaugurierte Politik, die durch eine 30jährige Allianz mit den Mittelmächten veranschaulicht wird, weiter fortsetze. Wir verlangen ferner, daß Rumänien — treu dieser Allianz — sich den Mittelmächten anschließe und mit aller verfügbaren Kraft auf Bessarabien werfe, um das Land des großen und heiligen Stefan Boda zurückzuerobern, dieses Land, das Rußland uns raubte, indem es in gräßlichster Manier unsere Rechte mit Füßen trat. Wir sind dessen sicher — so schließt die „Moldova“ ihre Ausführungen — daß wir damit all denjenigen Rumänen, die noch ein klares Urteil sich bewahrt haben, aus der Seele gesprochen haben. Die wahre öffentliche Meinung des Landes beginnt sich langsam von den wirklichen Interessen Rumäniens Rechenschaft zu geben. Die konservative Partei des Landes wirkt aufklärend auf die Massen des rumänischen Volkes, aus dessen Mitte der bisher vereinzelt und schüchterne Schrei, verwandelt in einen tausendstimmigen Ruf, hörbar wird: „Wir wollen Krieg mit Rußland!“

Die Flucht vor Take Jonescu.

ii. Bukarest, 27 März.

Der gewesene Kultusminister Constantin Dinescu, einer der besten und verlässlichsten Freunde Take Jonescus, hat sich jetzt von diesem losgesagt und jeden Verkehr mit seinem früheren Parteichef abgebrochen. Die Ursache dieses Konfliktes sind politische Differenzen. Eine Anzahl Anhänger Dinescus wird ebenfalls aus der Partei Take Jonescus austreten.

**Das englische Verbot der Milchausfuhr
nach Deutschland.****Eine scharfe amerikanische Stimme gegen Lord
Robert Cecil.**

Berlin, 27. März.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch aus Newyork unter dem 23. März:

Bezugnehmend auf Lord Cecils Aeußerung vom 20. März, daß die Milchagitation in Nordamerika unehrlich und unaufrichtig sei, befürwortete der Vertreter Ohios im Repräsentantenhause, Emerson, seinen Antrag zugunsten der Ausfuhr von Milch, um den kleinen Kindern in Deutschland zu Hilfe zu kommen, und sagte, er nehme diesen Versuch, die ehrlichen Bemühungen amerikanischer Bürger im Dienste der Humanität herabzusehen, sehr übel, ebenso Cecils Behauptung, daß die Amerikaner kein Urteil hätten, auf welche Seite ihre Sympathien gehörten. Alle Argumente Cecils hätten gar keinen Wert gegenüber der Tatsache, daß kleine Kinder aus Mangel an Milch ums Leben kommen.

Die Spaltung der Fraktion.

Der Abgeordnete Gaase hat seine Stelle als Vorsitzender des Parteivorstandes niedergelegt. Gaase ist in den Parteivorstand; im Jahre 1911 (auf dem Parteitag in Jena) gewählt worden; er trat in das Amt an Stelle des verstorbenen Paul Singer. Er war auch Vorsitzender der Parteifraktion, welches Amt er im vorigen Jahre, nach der ersten Spaltung bei der Abstimmung über den letzten Kriegskredit, zurücklegte. Vorsitzender des Parteivorstandes ist er jedoch geblieben. Nun hat er natürlich auch dieses Amt zurücklegen müssen. Die Begründung lautete: „Ich habe, da ein fruchtbares, kollegiales Zusammenarbeiten im Parteivorstand nach meiner Ueberzeugung bis zum nächsten Parteitag nicht mehr möglich ist, mein Amt als Vorsitzender niedergelegt.“ Die Parteiblätter beurteilen die Spaltung je nach ihrer Richtung: die Blätter der Minderheit begrüßen sie als unvermeidliche und erspriehliche Klärung; die der Mehrheit klagen über Disziplinbruch und Mangel an Solidarität. Die bürgerliche Presse nimmt natürlich an, daß das „Gäuslein“ Ausgetretener nichts bedeute, und knüpft an deren Ausscheidung für die zukünftige Haltung und Entwicklung die phantastischsten Hoffnungen. Es lohnt nicht, darüber viel zu reden.

Wir möchten doch den Wortlaut jenes Notetatgesetzes hersehen, an dem sich scheinbar der Konflikt entzündete. Es besagt folgendes:

Bis zur gesetzlichen Feststellung des Reichshaushalts-etats für das Rechnungsjahr 1916 wird der Reichskanzler ermächtigt, für die Monate April, Mai und Juni alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen und endlich Bauten, für die durch den Etat eines Vorjahres bereits Bewilligungen stattgefunden haben, fortzusetzen.

Wie man sieht, war der Anlaß zu den weltensweit verschiedenen Auffassungen nicht gerade ausreichend . . .

Die Spaltung.

Nur mit Betrübnis kann man die Vorgänge in der Reichstagsfraktion der deutschen Bruderpartei betrachten. Wir meinen da nicht so sehr die Spaltung der Fraktion, die nach der ganzen Sachlage wohl nicht mehr zu vermeiden war, sondern die peinlich-häßliche Form, in der sich der Bruch vollzog. Wenn Sozialdemokraten glauben, in Folge tiefgehender Meinungsverschiedenheiten nicht mehr in einem gemeinsamen Verband wirken zu können, so sollten sie sich das freimütig sagen und auseinandergehen mit dem festen Vorsatz, wieder zusammenzukommen, wenn der Konflikt, der sie trennt, überwunden sein wird und der erspriesslichen Wirksamkeit in dem gemeinschaftlichen Rahmen Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. So hätte es geschehen können, und deshalb hätte es nicht anders geschehen dürfen. Es war nicht nötig, den bürgerlichen Parteien das Gaudium der Szenen zu liefern, die sich in offener Reichstagsitzung abspielten, die den Bruch übermäßig verschärfen und die Abgeordneten, die doch alle derselben Partei angehören und unverbrüchlich angehören wollen, in überflüssige Zwietracht gegeneinander stellen. Das mußte nicht sein, und es hätte unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Das Ereignis der Spaltung ist nun als Zeichen tiefgehender Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie von großer Bedeutung, aber es zu überschätzen und etwa so einzuschätzen, daß damit die Spaltung der Partei selbst in die zwei Richtungen beginnen würde, sind wir doch keineswegs geneigt. Es wäre natürlich sehr erfreulich gewesen, wenn sich der Konflikt, der mit der Abstimmung vom 4. August 1914, der Abstimmung über den ersten Kriegskredit begann, die die Abstimmung über die Stellung der Partei zu dem ausgebrochenen Kriege war, geschlossen hätte und wenn sich die ganze Fraktion in einer allen gemeinsamen Anschauung und Haltung vereinigen hätte lassen. Vielleicht wäre es möglich gewesen, wenn auf der einen Seite erkannt worden wäre, daß jene Abstimmung eine geschichtliche Tatsache geworden ist, die keine Revision zuläßt, und wenn auf der anderen Seite der Sinn jenes Beschlusses nicht verdunkelt worden wäre, nicht mit immer neuen Auslegungen und Erweiterungen belastet worden wäre, die natürlich dazu führen mußten, daß der Gegensatz zwischen den zwei Richtungen immer umfangreicher ward und eben im Augenblick nicht zu überbrücken ist. So läßt er sich nun nicht mehr schließen, daß die Fraktion abstimmt, die Mehrheit entscheidet und die Minderheit sich fügt; für Gegensätze, die über bloße Meinungsverschiedenheiten weit hinausgehen, ist die Mehrheitsabstimmung eben kein Auskunftsmitglied mehr. Es mag paradox scheinen, aber es ist durchaus möglich; daß nämlich durch die Scheidung die Taktik der beiden Gruppen einander näher gebracht wird. Die schwere Krise im Schoße der Partei führte fast naturgemäß dazu, daß schließlich alles, selbst das Nebenächliche und sachlich gar nicht Bestrittene, zu einem Zankapfel zwischen Mehrheit und Minderheit gedieh. Werden die beiden Richtungen, indem sie sich scheiden, von diesen ständigen Friktionen frei, so werden sie vielleicht beide klarer sehen und logischer handeln — schon deshalb, weil es ja gar nicht wahr ist, daß sie Verschiedenes wollen. Mehrheit und Minderheit suchen mit gleicher Leidenschaft und mit derselben Beharrlichkeit den Weg, der aus dem Krieg zum Frieden hinausführt; uneinig sind sie bloß und ausschließlich in der Frage, welcher der Wege der verheißungsvollere ist, in der Frage, welches der möglichen Mittel, die der Sozialdemokratie heute zu Gebote stehen, einen Erfolg mit größerer Wahrscheinlichkeit verspricht. Wenn sich beide Teile von der Sucht, den anderen ins Unrecht zu setzen, freihalten werden — welche Sucht freilich schon zu bemerken war und die eigentliche Gefahr der Spaltung uns zu sein scheint, weil sich der Konflikt sonach zu einem wahren Bruderkrieg erweitern könnte — und beide in dem beharrlichen Bestreben, für den Frieden zu wirken, nicht erlahmen werden, so wird die Spaltung der Fraktion, diese traurige Wirkung des Krieges, den Krieg wohl nicht überdauern.

Beide Richtungen sind natürlich dessen sicher, daß die Partei, die durch den Parteitag handelt, ihre

Auffassung gutheißen und die andere verurteilen werde. Wir meinen aber, die Arbeiterklasse wird beiden Richtungen dieselbe Antwort geben: daß die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie allen Anzweiflungen und Beeinträchtigungen in aller Zukunft entrückt sein muß und entrückt zu bleiben habe. Daß durch den Weltkrieg, durch seine entsetzlich lange Dauer, in die deutsche Sozialdemokratie eine wilde Gärung gekommen ist, das ist weiß Gott nicht überraschend. Zu tief und zu schmerzlich ist der Einschnitt in unser gesamtes Denken und Fühlen; zu furchtbar und aufwühlend der Gegensatz des Krieges zu unseren Auffassungen von der Einheit und Solidarität des Proletariats, zu allen unseren Vorstellungen von der Entwicklung des Verhältnisses der Völker und der organischen Ordnung ihrer Geschichte. Wühlt doch dieser Gegensatz in der Brust jedes einzelnen von uns und unser Empfinden ist zerrissen und zwiespältig geworden, und jeder einzelne muß alle Kraft zusammennehmen, um sein moralisches Bewußtsein durch den Krieg hindurch aufrecht zu behaupten. Was Wunder also, daß die Gegensätze auch in dem Körper der Partei zucken und zerrn? Aber der Wiederaufbau all dessen, was der Krieg in unseren Gemärgelungen zerstampft hat, ist eben die geschichtliche Aufgabe des Proletariats unserer Zeit, und da sie muß, wird sie auch geleistet werden. Dazu ist freilich notwendig, den Blick fest und unverrückt auf das Ziel, ihn auf das Ganze gerichtet zu halten und die Erlösung nicht in dem Siege von Richtungen zu gewärtigen, die immer nur Teile sind und bleiben. Aller Fortschritt, alle Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, und an dieser ehernen Notwendigkeit werden alle Spaltungsversuche zerschellen.

Zur Spaltung der Sozialdemokraten im deutschen Reichstage.

Nur Fraktions- oder auch Parteispaltung?

Die Vorgänge in der letzten Sitzung des Berliner Reichstages, die zu einer eindrucksvollen Zuversichtskundgebung anlässlich des vierten deutschen Milliardenjages hätte werden sollen, aber durch die von Haase und Genossen mit Absicht hervorgerufenen sozialdemokratischen Krawallszenen ins Gegenteil verwandelt wurde und ein Gesicht zeigte, das nach dem Wort des Schatzministers Helfferich den Feinden Herz und Rücken stärken muß, beschäftigen andauernd die Öffentlichkeit. Die angeblich „pazifistischen“ Westler von den eigenen bisherigen Fraktionsgenossen, also den besten Kennern ihres wahren Charakters, als „Kriegsverlängerer“, als „Landesverräter“, als „Auslandsvertreter“ und als Leute, die „zum Unheil des eigenen Vaterlandes“ reden, gebrandmarkt und aus der Fraktion ausgeschlossen — das ist immerhin ein Ereignis, das auch in diesen ereignisreichen Zeitläuften seine Bedeutung behält und die verdiente Beachtung findet. Alles, was in der „Reichspost“ seit Jahr und Tag über den Charakter der sozialdemokratischen Westler und angeblichen „Pazifisten“ gesagt wurde, ist von sozialdemokratischen Führern im Berliner Reichstag als richtig bestätigt worden, und zwar mit einer Entschiedenheit und Schärfe des Tones, die sich in diesen Spalten nur andeuten, aber nicht übernehmen läßt. Aus den Sitzungsberichten der deutschen Blätter ist ersichtlich, daß die Aburteilung der Haaseleute durch die bisherigen Fraktionsgenossen noch viel heftiger ausfiel, als sie der telegraphische Bericht ahnen ließ. Die Haaseleute wurden nicht nur des „Landesverrates“, der „Kriegsverlängerung“ und der „Auslandsvertretung“, sondern auch der „Feigheit“, der „Heimtücke“ und des „Vreubruchs“ beschuldigt, da sie gegen die in der Fraktionsitzung getroffene Vereinbarung handelten und ihr Vorhaben in den Vorbesprechungen verschwiegen hatten. Die gleichen Vorwürfe werden übrigens in einer öffentlichen Erklärung der alten Fraktion wiederholt. Ja, es wird erzählt, daß es wiederholt zu Tätlichkeiten zwischen den führenden Mitgliedern beider sozialdemokratischer Gruppen zu kommen drohte. Außerst heftig sei überraschenderweise der Abg. Hoch, der bisher als Parteigänger der Westler gegolten habe, gegen Haase und Genossen vorgegangen.

Daß bei den Haase-Leuten weniger Leidenschaftlichkeit als kalte Berechnung obwaltete, das wird aus der Haltung des geistigen Führers der ganzen Aktion, des Berliner „Vorwärts“, ersichtlich, der die Vorfälle mit der Rückharnheit eines Kassiers bespricht und meint, daß die Fraktionspaltung noch durchaus keine Spaltung der Partei bedeute, vielmehr werde „die unerbittliche Kraft der sozialistischen Ideen alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente nach Ueberwindung der Irren und Wirren dieser Kriegszeit wieder zusammenschließen.“ Dagegen meint selbst die westlerische „Leipz. Volksztg.“ Mehrings, welche die Befreiung der Minderheit von den Fesseln des Fraktionszwanges begrüßt, daß nun die Entscheidung gefallen und Klarheit geschaffen sei und daß der Grundsatz gelten müsse: „Wer nicht für mich ist, ist wider mich.“ Daß die Mehrzahl der Scheidemann-Gruppe keine Lust verspüren dürfte, noch fernerhin mit Leuten, die von ihr selber eben erst so an den Pranger gestellt wurden, wieder gemeinsam eine Partei zu spielen, läßt sich denken; sie läßt es denn auch in ihren Blättern nicht an überaus scharfen endgültigen Absagen

an die Haase-Leute fehlen. So sagt das Organ der württembergischen Sozialdemokratie, die „Schwäb. Tagwacht“, ihr Urteil in die Worte zusammen: „Haase wird sich heute des begeistertsten Beifalls der Poincaré und Briand, der Asquith und Grey, nicht aber der Sozialdemokraten in den Schützengräben erfreuen können.“ Dagegen übernimmt das Münchner Organ („Münchener Post“) bei der Scheidemann-Gruppe die Diplomatenrolle, die der „Vorwärts“ sich für die Haase-Gruppe zurechtgelegt hat, und will ebenfalls von einer Ausdehnung der Fraktionspaltung auf die Partei nichts wissen. Wenn die Gesellschaft, die sich am Freitag derart geschlagen hat, wieder sich vertragen könnte, dann würde sich die Arbeiterschaft darüber wohl ihren Teil denken.

Inzwischen hat Abg. Haase, der seinen Vorstoß in der Reichstagsfraktion bekanntlich bereits vor der Spaltung, und zwar gelegentlich der Abstimmung über die Kriegskredite in der Neujahrstagung zurückgelegt hatte, auch auf die von ihm bisher bekleidete Stelle eines Vorsitzenden der Gesamtpartei verzichtet. Heute, Montag, trat in Berlin der Parteiausschuß zusammen, um über die weiteren Schritte schlüssig zu werden. Für Österreich sind alle diese Dinge wegen ihrer unvermeidlichen Rückwirkungen auf die ganz ähnlich gearteten Verhältnisse in der österreichischen Sozialdemokratie von Bedeutung.

Ein italienischer „Vorstoß“.

Die Erfindungen der „Agenzia Stefani“.

— Von unserem Berichterstatter im Kriegs-
pressequartier. —

Kriegspressequartier, 28. März.

Bereizt durch wiederholte Richtig-
stellungen amtlicher italienischer
Kriegsberichte unternimmt die „Agenzia
Stefani“, das amtliche italienische Nachrichtenbureau,
einen Vorstoß gegen das k. u. k. Kriegs-
pressequartier.

Die Agentur schildert, launig und flott erfun-
den, die Bildung, Zusammenfassung und Tätigkeit des
Pressequartiers, aus ihrer Darstellung die Wert-
igkeit der aus unserer Nachrichtenquelle stammenden Be-
richte ableitend. Sie stellt fest, welche „notorischen
Eroberungen die italienischen Waffen zu verzeich-
nen haben und meint, wenn trotzdem die Oesterreicher
und Ungarn seit Kriegsbeginn keine Schlappe erlitten
haben, sei dies alles das Verdienst der erprobten Lich-
tigkeit des k. u. k. Kriegspressequartiers“. Ich lasse den
Wortlaut der Stefani'schen Ausführungen folgen:

„Das k. u. k. Kriegspressequartier fährt unaufhörlich
fort, die italienischen Kriegsbuletins zu dementieren. Es
kann von einigem Interesse sein, zu vernehmen, welche
die Grundlinien und die Art und Weise sind, nach denen
diese lobenswerte Institution arbeitet, um so die Glaub-
würdigkeit ihrer Mitteilungen kennen zu lernen. Unter
den Organen der österreichischen Presse wurden diejeni-
gen, deren Ergebenheit gegenüber den k. u. k. Militär-
behörden nichts zu wünschen übrig lassen, vertraulich
eingeladen, einen Korrespondenten für das Kriegspresse-
quartier zu schicken. An die Spitze der Einrichtung wurde
kein geringerer als ein General gestellt. Ihm liegt die
Aufgabe ob, diesen fleißigen Korrespondenten Instruk-
tionen zu erteilen über das, was der Öffentlichkeit mit-
geteilt werden darf. Diese Instruktionen müssen in
strengster Weise beobachtet werden. Auf der angegebenen
Basis revidiert hierauf jeder Korrespondent seine Mit-
teilung, die dann noch einer strengen Zensur unterwor-
fen wird. Die geringste Zuwiderhandlung gegen die
erteilten Instruktionen und Befehle wird mit der Ent-
lassung des betreffenden fehlerhaften Kor-
respondenten bestraft und die Zeitung, deren Ver-
treter er war, wird des Nachrichtendienstes be-
raubt. Dieser Elite gezähmter Korrespon-
dent hat man die Sorge anvertraut, jedesmal zum
Vergnügen der höchsten k. u. k. Behörden die italienischen
Kriegsbuletins zu dementieren, wenn diese sich getrauen,
den bescheidensten Erfolg der italienischen Waffen zu mel-
den. So ist es notorisch, daß die österreichisch-ungarischen
Truppen Südtirol bis zur Linie Val Daone—Rovereto,
das Euganaial bis Marter und das ganze Gebiet, das sich
zu Füßen der Jassaalpe ausdehnt, ebenso das Cala-
mento-, Grigno-, Vanoi- und Eismontal verloren haben.
Sie wurden vertrieben vom Hochcordevole, von Cortina
d'Ampezzo, ebenso vom Monte-Nero—Massiv. Sie wur-
den außerdem gezwungen, die italienischen Truppen auf
den Höhen von Plova und von Görz festen Fuß fassen zu
lassen. Sie wurden endgültig vertrieben von der Isonzo-
ebene und vom Rande des Karstes, trotzdem erlitten sie
seit Kriegsbeginn keine einzige Schlappe. Alles dies ver-
danken sie der erprobten Lichtigkeit des k. u. k. Kriegs-
pressequartiers.“

Als Berichterstatter im Kriegspressequartier, dem
ich seit Kriegsbeginn 1914 angehöre, glaube ich umso-
mehr ein Anrecht zu haben, mich mit den Ausführungen
der „Agenzia Stefani“ zu befassen, als ich bisher meine

Tätigkeit fast ausschließlich auf unsere östlichen Kriegs-
schauplätze beschränkt hatte. Ich war zwölfmal im
Nordosten und dreimal im Südosten, an
der italienischen Front niemals. Niemals,
weil die journalistische Sensation, die der italienische
Krieg im Anbeginn auslöste, nicht das militärische In-
teresse aufwog, das an unseren anderen Fronten bestand,
und weil in der Folge die Ereignisse es bekräftigten,
daß sich an unseren militärischen Aufgaben auch durch
den Eintritt Italiens in den Krieg
nichts geändert hatte.

Ich verkenne nicht die Leistungen, die unsere wie
die königlich italienischen Truppen im Südwesten zu ver-
zeichnen haben. Ich habe fast immer vernommen, daß sich
die Italiener tapfer und mutvoll schlagen, und ich weiß,
daß die grün-weiß-rote Flagge auf unserem Boden weht,
soweit wir dies vom Anfang geduldet
haben. Dennoch interessierte mich der italienische
Krieg bisher ebenso wenig wie meinen einstigen
Kollegen im Kriegspressequartier, Herrn Fracca-
rolli, vom „Corriere della Sera“, der lieber
Serbien und Saloniki aufsucht als die Kampf-
stätten der Erbfeinde. Und das deshalb, weil, so sehr auch
die Alpenfront die Hauptfront Italiens
sein mag, sie für uns Nebenfront ist und Neben-
front ist sie auch im Weltkrieg und wirklich nebenjäh-
lich sind auch die bisherigen Erfolge der
königlich italienischen Waffen. Sie sind,
an unseren Laten im Nordosten gemessen, gleich be-
deutend mit Null.

Daß es da nicht erst der nachhelfenden Arbeit etlicher,
wie die „Agenzia Stefani“ gütigst bemerkt, „gezähmten“
Berichterstatter bedarf, ist offenkundig, eher vielleicht be-
darf es gewaltiger Anstrengungen un-
gebändigter Phantasien auf der Gegenseite.
Niemand weiß es indessen besser als die „Agenzia Stefani“
und der hinter ihr stehende königlich italienische General-
stab, daß in Wirklichkeit Italiens „notorische“
Erfolge nicht ein Hundertstel unserer
angeblich vom Kriegspressequartier
zusammengedichteten Erfolge aus-
machen.

„Stefani“ und Cadorna mögen es versuchen,
mit Humor über diese Tatsachen hinwegzukommen.

Kirchlehner.

29. / III. 1916.

Die Spaltung in der Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische „Königsb. Volksztg.“ (im Wahlkreise des Abg. Haase) erklärt: „Wir sind nicht damit einverstanden, daß es eine Minderheit der bisherigen sozialdemokratischen Fraktion bis zur Spaltung der Fraktion hat kommen lassen.“

Im „Lübecker Volksboten“ äußert sich der Herausgeber, Reichstagsabg. Th. Schwarz, der zu den radikalen 18 gehört: „Nunmehr ist die Spaltung der Partei endgültig vollzogen; da es ja völlig ausgeschlossen ist, daß eine Partei zwei Fraktionen besitzen kann.“

Dr. Kurt Geyer, der Sohn des sozialdemokratischen Reichstagsabg. Geyer-Leipzig, schreibt in seinem Blatt, dem in Würzburg erscheinenden „Fränkischen Volksfreund“: „Noch hoffen wir auf den gesunden Sinn der Parteigenossen im Lande, noch hoffen wir, daß sie sich empören werden gegen die Absicht, die sozialdemokratische Partei Deutschlands unter die Diktatur ihres Parteivorstandes zu stellen.“

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat sich, wie zu erwarten war, auf die Seite der Mehrheit der Reichstagsfraktion gestellt. Der Parteivorstand, der Vorstand der Reichstagsfraktion und der Parteiaussschuß veröffentlichten, wie wir in einem Teil unserer Morgenausgabe berichtet haben, an der Spitze des „Vorwärts“ einen Aufruf „An die Partei“, der die beiden Wilden — Liebknecht und Rühle — vollkommen links liegen läßt und mit keiner Silbe erwähnt, aber um so nachdrücklicher die Sünden der 18 am 24. März aus der Fraktion ausgeschiedenen Fraktionsmitglieder beleuchtet:

„Was von einem Teil der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet. Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unfehlbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenössischem Ratsschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die so lange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Jetzt ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreifacher Offenheit ankündigt, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen.“

Die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung der sozialdemokratischen Partei werde heraufbeschworen, wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen:

„Unter denkbar schroffsten Provokationen haben die Ahtzehn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Eistanotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Etats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Ahtzehn hat in der Fraktionsitzung, in der über das Eistanotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.“

Gegenüber der Behauptung, daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt und so die Minderheit vergewaltigt habe, sagt der Aufruf:

„Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas Derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Gesetz, der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.“

Aufs entschiedenste weist der Aufruf den Vorwurf zurück, daß die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit eine Ablehnung von den sozialdemokratischen Grundprinzipien bedeute. „Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war.“

Gegen die Darstellung, die Gründung der neuen Fraktion sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen würde, sagt der Aufruf:

„Es ist eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft“ wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteiorganisationen im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Janz um die Fraktionspaltung überallhin verwirrend und das Parteileben vergiftend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernerhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einflügung in die von ihren Organisationen gefaßten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Sollen die Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteidasein aufs Spiel setzen.“

Der Aufruf schließt mit der Mahnung an die Parteigenossen im Lande:

„Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten. Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von Euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren. Schließt die Partei! Schließt die Reihen!“

Der „Vorwärts“ hat diesen Aufruf der obersten Parteinstanzen zwar aufgenommen, fühlt sich aber auch in diesem Falle wieder als Organ der Minderheit. Der Hinweis auf die 22 Redner der Minderheit, die seit Kriegsbeginn im Reichstag gesprochen haben, beweist dem „Vorwärts“ nicht das geringste. „Denn Reden, in denen die Meinungsgegensätze der Minderheit gegenüber der Mehrheit nicht in Erscheinung zu treten vermögen, scheiden ja von vornherein aus.“ Gerade darauf komme es an, „die Anschauungen durch Parlamentsreden zum Ausdruck zu bringen, die der Mehrheit der Fraktion und ihren Beschlüssen widersprechen. Und gerade das, das notwendigste, das wichtigste, sollte ja, wie die Mehrheitsproklamation mit erfreulicher Offenheit zugebe, im Namen der Fraktionsdisziplin der Fraktionsminderheit verwehrt sein! Der „Vorwärts“ sagt: „Politischen Eunuchen kann man etwas Derartiges zumuten, nicht aber sozialdemokratischen Kämpfern.“

Die Beschlüsse des Parteiaussschusses.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat am Montag mit allen gegen sechs Stimmen dem vorstehenden Aufruf zugestimmt und ferner folgende Anträge angenommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiaussschuß eine verheerende Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unserer Partei aus schwerster erschüttert.

Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiaussschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundfäden des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiaussschuß erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiaussschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jeht Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen.

29./III. 1916.

Die Spaltung in der Sozialdemokratie

Der Parteiauschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiterführt.

(Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiauschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Uebereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiauschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

(Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiauschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren.

(Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren.

(Gegen 3 Stimmen angenommen.)

Spaltung auch in der Landtagsfraktion.

Abg. Liebknecht hat bekanntlich am 16. März im Abgeordnetenhaus die Forderung „an die in den Schützengräben, an die im Lande“ ausgesprochen: „sie sollen die Waffen senken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt.“ Die Mehrheit der Landtagsfraktion hat darauf den Antrag der Minderheit abgelehnt, zu erklären, daß die Fraktion die Verantwortung für diese, einem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß widersprechende Aufforderung ablehne. Nun teilt Abg. Huc in der „Schwab. Tagwacht“ unter der Ueberschrift „Keine politische Gemeinschaft!“ mit, daß sowohl die preussische Landeskommission, als auch — mit 7 gegen 3 Stimmen — die Landtagsfraktion „wegen seiner Bedenklichkeit“ den Passus mit der „Aufforderung“ abgelehnt habe. Huc sagt:

„Trotzdem wiederholte Liebknecht die von der Fraktionsmehrheit abgelehnte „Aufforderung“ im Plenum des Landtags, noch dazu in bedeutend verschärfter Form. Es handelt sich auch nicht um eine allensfalls entschuldbare rednerische Entgleisung, sondern es ist festgestellt worden, daß Liebknecht die betreffende Redestelle wohlüberlegt fein säuberlich in seinem Manuskript formuliert hatte. Es liegt also eine absichtliche, wohlüberlegte Aktion gegen einen Fraktionsbeschluß vor. Daß trotz dieser zweifellosen Feststellung auch die drei Fraktionsmitglieder, welche die Streichung des vorerwähnten bedenklichen Passus mitbeschlossen haben, es nachher ablehnten, jenem Fraktionsbeschluß die gebührende Achtung zu verschaffen, wirft ein grelles Licht auf die Unhaltbarkeit der geschaffenen Situation.“

Huc antwortet darauf mit folgender Aufkündigung der politischen Gemeinschaft an die radikale Mehrheit der Landtagsfraktion:

„Von einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft in der Fraktion kann natürlich nach den jüngsten Vorkommnissen nicht mehr die Rede sein. Nachdem unser Versuch, wenigstens in dem zweifellosen Falle des bewußten Zuwiderhandelns gegen einen Fraktionsbeschluß, eine Fraktionsmehrheit für die ausdrückliche Ablehnung der Liebknechtschen Extratouren zu gewinnen, gescheitert ist, bleibt den Genossen, die

auf dem Boden unseres Parteiprogramms stehen und die durch autoritative Parteitagebeschlüsse vorgeschriebene parlamentarische Taktik einhalten, nichts anderes übrig, als öffentlich zu erklären, sich mit Liebknecht in keiner politischen Gemeinschaft mehr zu befinden.“

Man wird dieser Stellungnahme des Abg. Huc die Folgerichtigkeit nicht versagen können.

*

Ein sozialdemokratisches Urteil über Haase. Abg. Haase hat im „Vorwärts“ erklärt, daß er im Parteivorstand gedrängt worden sei, sofort eine Erklärung über seine Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Die „Chemnitzer Volksstimme“ bemerkt dazu drastisch: „Haase ist ein merkwürdiger Politiker. Erst läßt er sich wider seinen Willen zwingen, die Erklärung vom 4. August zu verlesen. Dann gelobt er, keine Sonderaktion mitzumachen, und macht sie am nächsten Tage doch mit; und zum dritten läßt er sich gegen seinen Willen zwingen, die Niederlegung des Parteivorstandes auszusprechen. Eine sonderbare Jungfer, die drei Kinder in die Welt setzt und alle drei Mase vergewaltigt sein will!“

Der italienische Feldzug

Sp. Rom, 29. d. (Stefani) Seit einigen Tagen schlagen die österreichischen Kriegsbuletins großen Lärm über siegreiche Kämpfe, eroberte Erzielungen, Hunderte von Gefangenen. Obwohl das italienische Bulletin, seiner gewohnten Gewissenhaftigkeit gemäß, anerkannte, daß gewisse Stellungen von uns geräumt wurden, halten wir es für angemessen, zu erklären, um was es sich eigentlich handelt, um den erkünsteltesten Eindruck zu zerstören, den die österreichischen Meldungen im eigenen Land und im Ausland hervorzubringen sich bestreben.

Es ist klar, daß die Erfolge des Angreifers nicht von langer Dauer sein werden, wenn der Verteidiger in überlegenen Bedingungen sich befindet und daß der Ansturm sich bald an der Hauptverteidigungslinie brechen wird, wo der Verteidiger beabsichtigte, den eigentlichen Kampf zu liefern. So ist es bei Ver-

dun gegangen, so auch in einem kleinen Abschnitt der italienischen Front. Die österreichische Heeresleitung hat nun nicht gezögert, die Bedeutung dieser kleinen besetzten Stellungen hinaufzuschrauben, die in Wirklichkeit nur geringen Wert besaßen und kaum besetzt waren, ferner die Gefangenenzahl zu verjünschen und dergleichen Aktionen zu erfinden, die nie stattgefunden haben, so wie diejenige von Podgora (österreichisches Bulletin vom 15. März) und diejenige vom Monte San Michele (Bulletin vom 16. März) oder Rückzüge, die ebenfalls nie ausgeführt wurden wie derjenige auf Gabriele (Bulletin vom 19.).

[Die Einführung des Gregorianischen Kalenders in Bulgarien.] Die wesentlichen Bestimmungen des von der Sobranje, wie bereits kurz gemeldet, mit großer Mehrheit angenommenen Gesetzes über die Einführung des Gregorianischen Kalenders in Bulgarien lauten wie folgt: Vom 1. April 1916 wird der Gregorianische Kalender im Königreiche Bulgarien den bisher gültigen Julianischen Kalender vollständig ersetzen, so daß der 31. März (13. April) l. J. der letzte nach dem Julianischen Kalender gerechnete Tag sein wird. Das Datum aller Rechte statuierenden Ereignisse, welche bis zum 14. April n. St. stattgefunden haben, wird, insofern deren Rechtsfolgen auch nach diesem Tage fortwirken, nach jenen Regeln umgerechnet, nach welchen die betreffenden Tage gemäß dem alten und neuen Kalender zu bestimmen sind. Alle nach dem 14. April zustandekommenden Rechtshandlungen, gleichviel ob sie das Gebiet des materiellen oder des formellen Rechtes betreffen, sind bei sonstiger Geldstrafe von 100 Lew nach dem neuen Gregorianischen Kalender zu regeln. Alle Staats-, Kreis- und Gemeindebehörden, Banken und Handelsgesellschaften usw. sind verpflichtet, ihre ganze finanzielle Buchgebarung diesem Gesetz entsprechend zu führen. Da die Kalenderreform in keiner Hinsicht die Dogmen oder die kanonischen Vorschriften der orthodoxen Kirche berührt und da die Fehlerhaftigkeit des Julianischen Kalenders auch durch das Dekumenische Konzil zu Nicäa festgestellt worden ist, so werden die offiziellen und kirchlichen Feiertage von nun an den alten Daten nach dem neuen Kalender entsprechenden Tagen gefeiert werden. Der Geburtstag des Kronprinzen Boris wird am 30. Januar, der Namenstag der Zarin am 20. Februar, das Geburtsfest des Zaren am 26. Februar, das Thronbesteigungsfest des Zaren am 14. August gefeiert werden. Der Ministerrat wird ein Reglement veröffentlichen, durch das die Einzelheiten dieses Gesetzes erklärt und die sich in der Praxis ergebenden Lücken ausgefüllt werden sollen. Mit diesem Gesetz werden alle zu demselben in Widerspruch stehenden Verordnungen aufgehoben.

Verdrängung der Italiener aus dem größten Teile Libyens.

FR. Von der italienischen Grenze, 28. März.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Italiener fast aus dem ganzen Gebiete Libyens durch die Senussi und andere Ausländische verdrängt worden sind. Der öffentlichen Meinung wird von der Regierung seit Monaten jede Mitteilung über die Vorgänge in dieser Kolonie vorenthalten und alle Versuche der Blätter zur Besprechung dieser Angelegenheit werden verhindert. Trotzdem erfahren aber die Italiener die Wahrheit auf Umwegen, nämlich durch Nachrichten, die aus dem verbündeten England stammen. Die Londoner Meldungen über die Wiedereroberung der an der Grenze zwischen Ägypten und der Cyrenaika befindlichen Stellung Sidi Barani, über das Vordringen der Senussi und anderer Aufständischer bis Tobruk, über die Räumung des tripolitanischen Küstenplatzes Zura und über die Besetzung von Solum zur Verhinderung des weiteren Vordringens der Senussi von der Cyrenaika gegen Ägypten ergänzen einander zu einem Bilde des völligen Zusammenschrumpfens der italienischen Herrschaft in Libyen. Die schmerzlichen Empfindungen der politischen Kreise Italiens bei der Erinnerung an die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, welche die Eroberung Libyens gefordert hat, werden durch die Erwägung vertieft, daß die neuerliche Festsetzung im Umjang, wie er bereits

erreicht war, dem Lande abermals die schwersten Opfer auferlegen wird.

Orangsalierung katholischer Missionäre durch die britische Regierung in Indien.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Ynaaga, März 1916.

Dem Einsender ist aus zuverlässiger Quelle bekannt, daß der Heilige Stuhl während der letzten drei Monate des vergangenen Jahres bei dem beim Vatikan beglaubigten Gesandten der britischen Regierung diplomatische Schritte unternommen hatte, um eine standesgemäße Behandlung der in Ahmednagar internierten Missionäre zu erwirken. Wie es scheint, hat die englische Regierung infolge der Vorstellungen des Apostolischen Stuhles an den armen Missionären Rache dafür genommen, daß sie sich bei der zuständigen Stelle zu beklagen gewagt haben.

Am 3. Dezember 1915 überführte man alle Missionäre, katholische wie protestantische, die bis dahin im Civil Camp interniert waren, in die Militär-Camps A und B, angeblich weil die deutsche Regierung das militärpflichtige Alter bis auf 55 Jahre erhöht hätte. Am 22. Dezember wurden nun die wenigen noch übrigen protestantischen Missionäre (der größere Teil derselben war schon im November mit der Golconda nach Europa verschifft worden) in das A Camp zurückversetzt, während man jetzt die katholischen Missionäre in die allererbärmlichsten Baracken der Militär Camps steckte. Zwei Pater wurden ins B Camp zum Messlesen beordert, sie sind aber dort nicht auf Parole, sondern, wie die gewöhnlichen Gefangenen, in strenger Haft.

Zu Weihnachten war gerade ein Regenschauer gekommen, wodurch der Fußboden in den Baracken zu einem richtigen Sumpf wurde; in dieser Lage mußten die Priester, jeder seine 3 hl. Messen lesen. In einer dieser Baracken waren es über 50 Pater. Zu Ende des Jahres 1915 befanden sich über 60 Priester und Brüder in den Militär Camps; darunter waren noch 10 Jesuiten (4 Kleriker und 6 Brüder). Weitere 50 Jesuiten befanden sich zu derselben Zeit noch in Ahandalla, einer ihrer Missionsstationen im Hütengebirge, zirka 50 englische Meilen von Bombay entfernt auf Parole. Ein Jesuitenpater, der durch Mißverständnis im Militärlager interniert gewesen war, wurde erst nach zwei Monaten auf Befehl von Simla (wo die britisch-indische Regierung ihren Sommeritz hat) nach Ahandalla entlassen.

Die im Civil Camp Internierten dürfen in keinen Verkehr mit den Gefangenen der A und B Camps treten. Ein Missionär begab sich, als er noch im Civil Camp wohnte, zur Behandlung seiner Zähne zu einem im A Camp internierten deutschen Zahnarzt; in derselben Baracke befanden sich auch eine Anzahl der eigenen Ordensgenossen dieses Missionärs, der zugleich ihr Oberer ist; es war ihm aber strengstens verboten, auch nur mit einem einzigem seiner Mitbrüder irgend ein Wort zu sprechen.

Die Engländer scheinen sich für alle Enttäuschungen, die sie in kriegerischer Beziehung erleben, in feiger Weise an den wehrlosen Zivilgefangenen, mit Vorliebe aber an den Missionären rächen zu wollen. So wurden im August 1915, als der Fall von Warschau im Lager zu Ahmednagar bekannt wurde, bei 400 Deutsche mit ver-

schiedenen Strafen belegt, vorgeblich wegen zu freier Briefe; ein Franziskanerbruder durfte für 2 Monate, ein anderer für einen Monat überhaupt nicht mehr schreiben.

Für den Untergang der „Persia“ wurde den Gefangenen als Strafe die Auslieferung der ihnen von Bekannten oder Freunden übersandten Lebensmittel vorenthalten.

Es werden den Gefangenen auch keine Tageszeitungen ausgeliefert, selbst nicht die englandfreundlich redigierten katholischen Blätter, wie der „Catholic Herald“, der unter belgischer Leitung steht, und der von einem englischen Geistlichen in Bombay herausgegebene „Examiner“. So können die Missionäre gar nicht einmal etwas über den Stand ihrer Missionen oder die Geschehnisse im kirchlichen Leben erfahren.

29. III. 1916

**Erkrankung des Prinzen Mirko von
Montenegro.**

Reise des Prinzen in einen Kurort.

Wien, 28. März.

Heute wurde vom Korrespondenzbureau folgende Mit-
teilung ausgegeben:

Prinz Mirko von Montenegro, der, seit längerer
Zeit erkrankt, bisher seine Villa bei Podgoriza bewohnte,
ist kürzlich in Cetinje eingetroffen, wo ihm von den
Ärzten die Konsultierung von Spezialisten und ein
Klimawechsel dringend empfohlen wurden.

Wie verlautet, beabsichtigt der Prinz, sobald es
sein Zustand erlaubt, einen Kurort auf-
zusuchen.

Der Sekretär Merciers verhaftet.

N. Brüssel, 27. März. (Melbung des Wolffschen Bureaus.) Die über das Treiben des Privatsekretärs des Kardinals Mercier, namens Loncin, eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Verdacht, der sich gegen Loncin richtete, nichts weniger als unbegründet war.

Bei der Hausdurchsuchung stellte sich heraus, daß Loncin der Organisation des sogenannten oeuvre du mot du soldat, wodurch unter Benützung von Chiffre-adressen eine unerlaubte Nachrichtenvermittlung zwischen Belgien und der feindlichen Front fortgesetzt erfolgte, sehr nahestand. Er wurde natürlich verhaftet.

„Nahe am Ende.“

Die Grenze für die Rekrutierung in England erreicht.

L. Manchester, 24. März. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt:

Sowohl der Schatzkanzler als der Präsident des Handelsamtes sind der Ueberzeugung, daß nicht mehr viel Verheiratete und Unverheiratete für die Armee zu haben sind. Einmal muß die Grenze erreicht werden. Nach der Ansicht des Handelsamtes ist sie erreicht.

Die Armee zählt über drei Millionen. Dazu kommen etwa eine halbe Million Verluste.

Eine Million steht im direkten oder indirekten Dienst der Flotte.

Welche Methoden für die Rekrutierung wir auch anwenden, wir sind jedenfalls nahe am Ende. Nicht nur die Exportindustrien und die unentbehrlichen Industrien, auch das Munitionsministerium und die Flotte klagen, daß sie nicht genug Arbeitskräfte bekommen können.

Einarmige und Lahme assentiert.

L. Frankfurt a. M., 28. März. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Die „Nation“ führt eine Rede Snowdens im Unterhause an, die das Vorgehen der Gerichte tadelt, die darüber zu entscheiden haben, ob ein Mann zum Militärdienst gezwungen werden dürfe oder nicht. Snowden führte Beispiele an, daß man Leute zu den Waffen genommen hätte, die nur einen Arm hatten, die ein lahmes Bein hatten, oder einen Mann, dessen Gesundheit durch eine Blinddarmpoperation gefährdet war usw.

29. III. 1916

Die Kriegsschädigung als Recht des Besiegten.

Punkt zwei des Programmes für die Pariser Konferenz: Kriegsschädigung.

Wien, 28. März.

Der Sieger hat Zwangsmittel. Wenn der Gegner wehrlos geworden ist oder fürchten muß, durch Fortsetzung des Krieges seine Zukunft in Gefahr zu bringen, muß er sich im Friedensvertrage den ihm auferlegten Bedingungen unterwerfen. Er muß die Räumung des Gebietes, das der Feind besetzt hat, durch Verzicht auf Teile des Landes und durch Geldleistungen, die dem Sieger den Aufwand im Kriege zurückerstatten sollen, bezahlen. Frankreich hatte an die verbündeten Mächte nach dem Sturze des ersten Napoleon und nach der Einnahme von Paris eine Milliarde als Kriegsschädigung zu geben. Fürst Bismarck verlangte im Vorfrieden von Versailles fünf Milliarden, und in beiden Fällen hatten die Milliarden einen Zusammenhang mit der Rückerstattung verlorener Provinzen; sie waren das Lösegeld für das Friedenspfand, dessen die siegenden Armeen sich bemächtigt hatten. Es mögen auch Nebenabsichten gewesen sein, wie die, unruhige Nachbarn durch wirtschaftlichen Druck von der Wiederholung der Feindseligkeiten und von der Befriedigung des Gelüstes nach Rache abzuschrecken. Die fünf Milliarden des Fürsten Bismarck sollten eine finanzielle Buße für die Leichtfertigkeit des Angriffskrieges unter Louis Napoleon sein. Aber die Beute an Geld hatte fast immer eine Beziehung zum Räumen des Bodens, und im Versailler Vorfrieden wurde die Abberufung der deutschen Garnisonen in ein genaues Verhältnis zu dem Eingange der Milliarden gebracht. Wo sind jedoch die Zwangsmittel der Entente, durch welche Gewalt will sie die beiden Kaiserreiche im künftigen Friedensvertrage ihrem Willen beugen, und welche Landstriche, die mit den vielen hunderttausend verlorenen Kilometern zu vergleichen wären, könnte sie anbieten, um den Anspruch auf eine Kriegsschädigung zu begründen. Dennoch wird gemeldet, daß die Vertreter der Italiener und der Russen in der Pariser Konferenz die Weisung bekommen haben, die Frage zu besprechen, wie die Kriegsschäden, durch Forderungen an die Feinde gedeckt werden sollen. Wenn das Wahnsinn ist, so muß er gleichzeitig in Rom und in Petersburg ausgebrochen sein; wenn es die Anmaßung ist, die selbst unter Schlägen nicht zusammenbricht, so kann nach den Erfahrungen eines zwanzigmonatigen Krieges sich niemand wundern, daß die Minister, die den Krieg verschuldet haben und vor dessen Ende zittern, in den frechen Verdrehungen der Wahrheit ein Rettungsmittel suchen.

Es ist Verzweiflung, die um jeden Preis den Schein aufrecht erhalten will und aus Furcht vor der Rechenschaft vom Betrage am Volke nicht läßt. Wir glauben nicht, daß es jemals eine Zeit gegeben habe, in der die Mittel zur Verwirrung eines Landes so ausgebildet waren wie gegenwärtig durch die beispiellose Kunst der Entente, zu fälschen und immer wieder neue Hoffnungen glitzern zu lassen, so daß die Erkenntnis in den feindlichen Nationen sich nur mühselig durchringt. Heute läßt Keuter die Brandrakete des Abbruches der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aufsteigen, ohne sich darum zu kümmern, daß diese Schauergeschichten durch zu häufigen Gebrauch an Wirkung stark verloren haben. Europa ist seit zwanzig Monaten von Lügen durchseucht worden. Der Gipfelpunkt ist wohl das Programm für die Pariser Konferenz, das den Zweck hat, die armen betörten Völker noch mehr zu blenden und ihnen die Meinung beizubringen, daß sie wirklich die Rechte von Siegern haben. Falsche

Wechsel, die niemand einlöst, werden auch in der Politik ausgestellt, und die sagenhafte Kriegsschädigung, die der Besiegte verlangen will, soll die finanzielle Trostlosigkeit mildern. Italien hat keine Deckung für die von der Druckerpresse gelieferten Milliarden und der russische Finanzminister Bark hat in der Duma einen Durchfall erlebt und seine Tage mögen gezählt sein. In dieser äußersten Not ist den italienischen und russischen Ministern der Einfall gekommen, die Welt zu verblüffen und ihr mitzuteilen, daß auf dem Pariser Kongresse auch die Frage besprochen werden müsse, welche Kriegsschädigung die Entente im Friedensvertrage verlangen solle. Abenteuerer, die den Leuten das Geld aus der Tasche foppen, pflegen geheimnisvoll von einer reichen Erbschaft zu flüstern. Die Kriegsschädigung der Entente ist die reiche Erbschaft eines militärischen und politischen Kridatars.

Die österreichisch-ungarischen und die deutschen Truppen haben fast sämtliche Grenzländer in Rußland besetzt. Die deutsche Armee konnte bisher aus den zehn Departements von Frankreich nicht hinausgedrängt werden. Warum sollte Deutschland umsonst hergeben, was ihm durch Waffengewalt zugefallen ist; warum sollte es noch dafür zahlen, daß es die Franzosen aus ihrem eigenen Lande hinausgeworfen und ihnen wertvolle Eisenwerke und Kohlenruben weggenommen hat. Die Mittelmächte haben die Pfänder und die Entente hat mit Ausnahme der deutschen Kolonien in Afrika fast nichts. Diese einfache Aneinanderreihung der Tatsachen zeigt, daß die Regierungen der feindlichen Länder schon zu den kühnsten, zu den hirn-rissigsten Mitteln greifen müssen, um das Bekenntnis der militärischen und politischen Niederlage noch hinauszuschieben. Die Pariser Konferenz in den Augenblicken der wichtigsten militärischen Entscheidungen ist auch nur Lug und Trug. Italien weiß längst, daß Trient und Triest unzugänglich seien, und der Gedanke wurmt, daß es Nizza und Tunis hätte erwerben können und die Gelegenheit versäumt habe, die leitende Macht im Mittelmeere zu werden. Die heimlichen Gegensätze zwischen den Mitgliedern der Entente sind zu ernst, um durch Herumreden in einer Konferenz beseitigt werden zu können. Sir Edward Grey, ein Dämon ohne Größe, emer der Mittelmäßigen, die durch Zufälligkeiten führenden Einfluß haben, dürfte den Zusammenhalt der Entente in der Kriegspolitik nur mühevoll durchsetzen. Die Völker wollen nicht mehr und die Regierungen können auch durch Vermessenheit das Vertrauen nicht retten. Vor dem Ministerium des Aeußern auf dem Quai d'Orsay zu Paris waren nur wenige Menschen so neugierig, die Mitglieder der Konferenz sehen zu wollen. Paris hat sich um sie nicht gekümmert, und die Veranstaltung, welche die Einbildungskraft reizen sollte, blieb ohne jeden Eindruck.

Die Italiener und die Russen, die ihren Vertretern aufgetragen haben, die Kriegsschädigung schon jetzt anzumelden, bekennen die Verlegenheit und zeigen, daß sie zum nackten Schwindel heruntersinken, um nicht gestehen zu müssen, daß ihre Zahlkraft erschöpft sei. Vorschüsse auf diese Kriegsschädigung würden schwerlich zu haben sein; am wenigsten nach dem Ausgange der Pariser Konferenz, die ein gänzlicher Fehlschlag gewesen zu sein scheint. Was könnte sie auch beschließen? Die berühmte Einheit der Front! General Cadorna hat nie etwas davon wissen wollen und schickt keine Truppen nach Frankreich. Die Entente ist um zwei politische und militärische Hoffnungen ärmer. Die russische Armee verblutet sich schon durch elf Tage ohne jeden Erfolg und die allgemeine Wehrpflicht in England konnte nicht durchgeführt werden, weil die Verheirateten keine Lust hatten, sich zu fügen. Es war recht unvorsichtig, die Frage der Kriegsschädigung aufzuwerfen. Die Antwort wird in Verdun, in Rußland und am Isonzo gegeben werden.

29. III. 1916

Die polnische Frage.

Der nachfolgende Artikel eines der angesehensten polnischen Politikern und Journalisten erscheint als eine gründliche Klärung über die zukünftige Lösung des äußerst schwierigen polnischen Problems.

In meiner langjährigen publizistischen Tätigkeit habe ich mit Ausdauer die Ueberzeugung verfolgt, daß für eine vorteilhafte und zukunftsreiche Expansion der Habsburger-Monarchie in erster Reihe der von Rußland an sich gerissene Teil der polnischen Lande in Betracht kommen könnte. Diese meine Ueberzeugung basierte auf Gründen der Politik, der Macht, der Religion und der Ethik, womit sich mir auch die besten Garantien für die Existenz der polnischen Nation verknüpfen. Und ich habe an ihr in der Vergangenheit als Schreiber des Krakauer "Echo" und in der Monatschrift "Przeglad Polski" sowie in den Büchern "Das Jahr 1863", "Wirkungen und Werke Bismarcks", "Der russisch-türkische Krieg im Jahre 1877" und die Habsburger-Monarchie mit unerquicklicher Treue festgehalten. Diese publizistische Kontinuität rechtfertigt es wohl auch, daß ich heute zu Er-eignissen Stellung nehme, denen gegenüber Worte, und zumal die eines zur Tat nicht Berufenen, nur von geringer Bedeutung sein können.

Als die in Rede stehende Frage in den Bereich der Möglichkeit gerückt war, schrieb ich im August 1914 in der Broschüre "Während des Krieges 1914": "Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß die Zukunft der Habsburger-Monarchie in dem Teil Polens liege, den Rußland sich angeeignet, und ich habe auch deren und der polnischen Nation Sicherheit und Wohl stets daran getnüpft." In dem Augenblick, wo dieses Ziel seiner Erreichbarkeit und Verwirklichung sich nähert, brauche ich mich selber daher nicht zu wiederholen. Es genügt vielmehr mir die Worte der großen Kaiserin Maria Theresia zu erinnern: "Diese so ungerechte und so ungleiche Teilung."

Was nun die polnische Nation betrifft, so wären Voraussetzungen verträglich. Sicher ist Großmacht ist, an deren Befehlen den Polen gelegen sein muß und auch ist und deren Wachstum und Erhalten ihnen daher am Herzen liegt. Eine Befestigung der beiden Zentralmächte würde auch eine Niederlage der polnischen Nation und zugleich eine empfindliche Schädigung des Katholizismus bedeuten. Einzig die Standarte der Habsburger schützt beide vor zahlreichen Gefahren und bitteren Enttäuschungen. Nun soll freilich über das Fell des Bären nicht früher verfiat werden, als bis er erlegt ist. Allein die vormals nicht ergriffene Gelegenheit — was sich eben zu rächen pflegt — lehrt, daß man sie, wenn sie sich nunmehr mit dem Sieg der beiden Zentralmächte darböte, nicht wieder ungenützt vorbegehen lassen darf.

Der wechselnden Ereignisse Lauf war nicht imstande, meine Ueberzeugung zu erschüttern, er hat mich im Gegenteil in ihr nur noch bestärkt, und dies insbesondere, als Galizien bis Krakau vorübergehend verloren gegangen war.

Als die erste öffentliche, ebenso klare als treffende und namentlich von ungewöhnlichem politischen Scharfblick zeugende Bestätigung dieser meiner Ueberzeugung darfi wohl der im vergangenen Jahre in der "Neuen Freien Presse" veröffentlichte demwürdige Artikel des Grafen Julius Andrassy gelten. Er hat das Schweigen der vernünftigen, vorichtigen und voraussehenden Politiker gebrochen, die nebelhaften oder unbeholfenen und kraftlosen Kombinationen weggesetzt und hat Oesterreich-Ungarn und der polnischen Nation das einzig reale und praktische Ziel gewiesen. Die polnische Frage wurde hier in meisterhafter Weise gestellt und gelöst und damit der Beweis erbracht, daß sie keineswegs die Quadratur des Kreises bedeute. Eine frohe Botschaft ward hier veröffentlicht, die zu einem Programm erhoben werden mußte. Brauchte sie es doch zuzuge, daß dank einer über alle Maßen günstigen Ver- setzung der Umstände eine Lösung möglich geworden ist, die sowohl den Interessen der Zentralmächte als denen der polnischen Nation

entspricht. Denn wäre dies hinsichtlich der Interessen dieser Mächte nicht der Fall, so müßte ja eine derartige Lösung ihre Basis und Existenzberechtigung verlieren. Die Annahme, daß die Zentralmächte mit Krieg und Sieg etwas andres als die eigene Sicherheit, den eigenen Nutzen, eine andre, und wäre es selbst die edelste, und nicht vielmehr die eigene Sache verfolgen, schließt sich von selber aus. Ebenso undenkbar ist es, anzunehmen, daß die Habsburger-Monarchie nach einem siegreichen Krieg nicht die entsprechende Entschädigung erhalten sollte. Und diese kann eben in der durch den Grafen Andrassy gezeigten Lösung der polnischen Frage bestehen. Graf Andrassy hat nachgewiesen, daß diese Lösung alle oben angeführten höchsten ersten Ranges mit der Existenz der polnischen Nation in Einklang bringt und daß jede andre gleichbedeutend wäre mit einer der polnischen Sache bereiteten Niederlage, zugleich aber mit einem unerforschlichen Schaden der Zentralmächte. Denn auch in diesem Fall gilt das Wort Goethes: "Tat-sachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen, sondern nur benützen."

Der politisch gebildete, die Sachlage vollkommen und objektiv zu beurteilen fähige Volk aber mußte zur Ueberzeugung gelangen, daß diese Lösung für die polnische Nation schon deswegen die einzig vorteilhafte ist, weil jede andre schwach oder schädlich, ja vielleicht auch solcher Art wäre, daß sie sich als verhängnisvoll erweisen könnte. Denn sie bietet ihm die Garantie für seine nicht auf veränderlichen Umständen, vielmehr auf dem konstanten Wesen der Verhältnisse basierte nationale Existenz. Von dem Befehnis zu dieser Wahrheit vermag nichts zurückzuhalten, es sei denn — das Messer an der Kehle. Darum konnte denn auch niemals eine Uneinigkeit hinsichtlich des Zieles bestehen, sondern nur Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Mittel und Wege herrschen.

Nichts ist mehr dazu angetan, die Zentralmächte und die polnische Nation in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Heilsamkeit der in Rede stehenden Erledigung der polnischen Frage zu bestärken als die jüngste

Zur Spaltung
in der Sozialdemokratie.

Die Spaltung der Sozialdemokratie wird in den Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei im allgemeinen so beurteilt und gewertet, wie es aus der nachfolgenden Darstellung der „liberalen Korrespondenz“ hervorgeht:

Die Sozialdemokratie ist seit langen Jahren nicht mehr der einheitliche Körper gewesen, als der sie bei Wahlkämpfen und im Parlament bisher auftrat. Die eiserne Disziplin dampfte immer wieder die Zerfahrenheit ab, um die fundamentalen Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Beurteilung der Dinge so klar zutage treten zu lassen, daß der Bruch unvermeidlich wurde. Es mag sein, daß, wenn Bebel länger gelebt hätte, die Sozialdemokratie auch noch in leidlichem Zusammenhalt über den Krieg hinweggekommen wäre. Ein Mann von seiner überragenden Autorität fehlte jetzt — wenn auch unumwunden zugegeben werden muß, daß Scheidemann, der sich in wenigen Jahren ganz außerordentlich entwickelt hat, hervorragende Führereigenschaften besitzt.

Der tiefste Grund für die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie ist und bleibt die Stellung zum Staat, zum Vaterland. Unverkennbar hat lange Jahre hindurch in der Sozialdemokratie Unklarheit und eine gewisse Zweideutigkeit darüber bestanden, wie sich die Sozialdemokratische Partei zum vaterländischen Gedanken zu stellen habe. Man lehnte alle Mittel zur Verteidigung und Sicherung des Reiches ab, verwahrte sich aber doch dagegen, daß man dem Vaterlande ohne Interesse gegenüberstehe, daß man es gegebenenfalls wehrlos den Feinden überlassen wolle. Man prägte den Satz von der Miliz, von der Volkswehr, die angeblich mehr leiste als das stehende Heer. Dazwischen aber ertönten immer wieder die Rufe, daß der Proletarier kein Vaterland habe, daß die kapitalistische Gesellschaft in allen Ländern die gleiche sei, und daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie sei. Erst allmählich bildete sich immer klarer eine gesunde und bewußte nationale Note innerhalb der Sozialdemokratie aus. Sie bildete einen stärkeren Keil in der Partei als die wohlbegündeten theoretischen Widerlegungen der sozialistisch-marxistischen Lehre, die das Glaubensgebäude der Sozialdemokratie allmählich unterhöhlten. Dieser „Revisionismus“ war doch im letzten Ende nicht so zerfetzend für die Partei wie der nationale „Reformismus“, auf dessen Konto die Kämpfe wegen der Staatsverweigerung, wegen der Hospizgängerlei und schließlich wegen der Stellungnahme gegen den Krieg zu schreiben sind, die jetzt zu der stürmischen Krise in der Sozialdemokratie geführt haben.

Der Revisionist Bernstein, der das Theoriegebäude der Sozialdemokratie am unerbarmlichsten erschüttert hat, ist jetzt bei der radikalsten Minderheit; das ist vielen merkwürdig erschienen — uns aber nicht; denn er ist eben nicht Reformist im obengenannten Sinne, sondern bei all seiner kritischen Beurteilung des sozialdemokratischen Dogmas doch ein Internationalist, ein Mann ohne den selbstverständlichen nationalen Einschlag eines Heine oder David.

Wir von der Fortschrittlichen Volkspartei haben trotz der oft ungebärdigen und unerquicklichen Agitationen doch nie an dem im Grunde genommen guten vaterländischen Kern der Massen der Sozialdemokratie und auch ihrer Führer gezwweifelt; das war ja auch ein Grund dafür, daß wir bei der Beurteilung und Behandlung der Partei im Parlament, durch die Behörden und durch die Regierung Ausnahmemaßnahmen bekämpften und die sich nur allzu häufig zeigende Nervosität nicht mitmachten. Wir haben darin recht behalten. Das Groß der Partei, insbesondere die gewerkschaftlich interessierten Männer wissen, was ihnen ihr Vaterland ist; allem Klassenkampf, allem mehr oder weniger berechtigten Oppositionsneigungen und kritischen Stimmungen geht ihnen doch der Wunsch voran, das deutsche Land, dem sie angehören, stark und kräftig zu erhalten.

Mit solchen Männern kann man eine weite Strecke zusammengehen — wenn auch nicht verlangt werden soll, daß die Scheidung innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion doch keineswegs eine reinliche ist und sich in der Mehrheit auch noch Männer befinden, die nur aus Disziplin ihrer Gegnerschaft gegen den Staat und die Kriegskredite nicht Ausdruck gegeben haben. Aber es wäre verfehlt, deswegen die Mehrheit tadeln zu wollen. Zu der jetzigen Trennung gehört ein großer und mannhafter Entschluß, das muß man anerkennen und würdigen.

Um so schärfer muß die allseitige Beurteilung derer sein, die jetzt mit Haase gegangen sind. Die beste Zensur hat ihnen David ausgestellt. „Sie besorgen die Geschäfte des Auslandes, Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges!“ Mit den Männern, die das Band in der Not im Stiche lassen, die ihm auch jetzt „keinen Mann und keinen Groschen“ bewilligen wollen, kann es irgend eine Gemeinschaft nicht geben. Eine Gefährdung der Linken ist trotzdem in den jetzigen Vorgängen nicht zu erblicken. Parlamentarisch kann die neue Fraktion, mit Ausnahme der nationalen Fragen, auch nur Linkspolitik treiben, und bei neuen Wahlkämpfen wird sich, wie wir zuversichtlich erwarten, aus der Krise der Sozialdemokratie nicht eine Stärkung der reaktionären Kräfte, sondern eine Belebung und Förderung der nationalen Linken ergeben.

L 70000

51

1916

19./III. - 23./IX.

Müßere Fol.

27.

von dem Minister des Aeußern Sazonow in der Duma gehaltene Rede. In der böswilligsten, doch oben auch allzu deutlichen Absicht, unverstanden zu bleiben, versuchte er im Gegen-sager Verdächtigungen, Befürchtungen, Haß und Zwietracht zu säen. Und er konnte in der Tat den Polen gegenüber kein schrecklicheres Phantom zur Anwendung bringen als die „vierte Teilung“ — die empfindlichste. Um es aber hervorruhen zu können, konstruierte er aus den lediglich auf Kriegsrücksichten basierten Verfügungen der Zentralmächte deren angebliche Absicht heraus, die sich ihnen in die Hand drückende Waffe entweizuschlagen, anstatt von ihr Gebrauch zu machen. Der Wunsch war hier der Vater der Weisagung. Durch die Verdächtigung wollte Sazonow die Angst beseitigen. Er klagte an und belehrte: *Ab hoste consilium!*

Vertrautheit mit Politik und fünfzig-jährige Erfahrung können nun aber in den Geistern und in den Gewissen der Polen nicht den geringsten Zweifel über den Wert der Versicherungen und Versprechungen des Herrn Sazonow aufkommen lassen. Diesmal ist niemand anderer als Rußland zu spät gekommen. Die Polen können nicht nur, sie müssen vielmehr der Russifizierung, der religiösen Unbuddsamkeit und Verfolgung und der Unterdrückung die fünfzigjährige nationale Existenz und bürgerliche Freiheit in Oesterreich, den Schutz durch den hochherzigen Monarchen gegenüberstellen und überdies noch den entscheidenden Unterschied zwischen Versprechungen und ihrer Erfüllung betonen.

Ein Dorn im Auge ist Herrn Sazonow die polnische Universität in Warschau. Hat er doch von ihr zweimal gesprochen und versichert, daß Rußland die Absicht hatte, sie zu geben. Nur daß eben Warschau erst von den Deutschen eingenommen werden mußte, damit die russische Absicht sich erfülle. Eine Schande, die Herr Sazonow vielleicht verschmerzen, die aber in der Geschichte Rußlands fortbestehen wird. Uebrigens hat im russischen Reichstag dessen polnisches Mitglied Schebeko festgestellt, daß die russische Regierung von ihren gesamten Versprechungen an die Polen keine einzige erfüllt hat.

Der Pole braucht nun aber gar nicht ein scharfsichtiger Politiker zu sein, um den Versicherungen des Herrn Sazonow keinen Glauben zu schenken, er müßte wahrlich sehr gutherzig sein, wenn er ihnen diesen entgegenbrächte. Geschichte und Psychologie haben zu der polnischen Nation allzu überzeugend gesprochen, als daß sie nicht die „Leimruten“ gewahren sollte, die in den Worten des Herrn Sazonow und in allen früheren seit Ausbruch des Krieges gemachten amtlichen russischen Liebeserklärungen sowie in den „brüderlichen“ Wünschen nach Erfüllung der polnischen Ideale versteckt sind. Die polnische Nation vermag darin nichts anderes als nur eine neuerliche Verhöhnung ihres unverschuldeten Ungemachs zu erblicken. Und sie ist sich auch darüber im klaren, daß es sich hier lediglich um eine Schädigung der Zentralmächte, keineswegs aber darum handelt, sie selber zu beglücken. Der einzige Vorteil, den die Polen daraus ziehen können, ist, auch auf sich das Wort anzuwenden: *Ab hoste consilium!*

In einer Versammlung der christlich-sozialen Partei hat Prinz Alois Liechtenstein auf Grund sehr realer, praktischer Daten und mit der ihm eigenen vollendeten Suada den aus der Lösung der polnischen Frage im Sinne der Betrachtungen des Grafen Andrássy Oesterreich erwachsenden Nutzen aufgezeigt. Diese Uebereinstimmung zwischen dem Grafen und dem Prinzen hinsichtlich der Art der Lösung der polnischen Frage ist ein schätzbares Zeugnis dafür, daß weder der Stellung der Ungarn in der Monarchie noch der der Deutschen in Oesterreich dadurch Abbruch geschehen kann.

Wenn ich heute abermals für diese Lösung einwete, so gebe ich damit zugleich der Uebersetzung einer ganzen Reihe von Polen, die meine Zeitgenossen waren oder sind, von Staatsmännern und Politikern, von treuen Dienern des Monarchen und der Monarchie und gleichzeitig treuen Söhnen ihrer eigenen

Nation, Ausdruck. Auf diese Tradition gestützt, werde ich, welche Wendung immer auch die Ereignisse nehmen sollten, bei meinem alten Glauben verharren. Denn ich bin mir dessen bewußt, daß die mit ihm Uebereinstimmende Lösung der polnischen Frage der Sicherheit, dem Nutzen und dem Frommen Oesterreich-Ungarns und seines erprobten Verbündeten sowie Mitteleuropas und dessen Kultur entspricht und auch die polnische Nation sichert und zufriedensstellt, weil sie eben auf politischer, religiöser und ethischer Wahrheit beruht. Ja es tritt hier sogar der in der Geschichte nicht immer vorkommende Fall ein, daß Eroberung — Erlösung bedeutet.

St. v. Rozmian.

alchunas
 qyl uapianus tuoz uabirgn aag lutz
 go uagmoos (zuzus uoa quuzaconi
 azamony 88 gun 9L) anawqlay gun agjotz
 alchunas die lutz laraa quuz aag

Sal dauerte der hartnäckige Kampf dreißig Stunden. Nach sechs wüthenben Angriffen brach unsre Infanterie im Bajonettkampf in die verloren gegangene Stellung ein und überste sie ganz zurück. Hunderte von Feindesleichen blieben auf dem Platz. Auf der übrigen Front Geschützkämpfe, besonders heftig auf den Höhen nordwestlich von Görz. Heute morgen kreuzten feindliche Luftgeschwader über der Ebene zwischen Biade und Sonzo mit der Absicht, unsre Rückzugslinien zu treffen und die Brücken zu beschädigen. Das Unternehmen scheiterte vollständig. Durch das Feuer unsrer Artillerie gezwungen, in großer Höhe zu bleiben, warfen die Flieger einige Duzend Bomben herab. Es ist kein Opfer an Menschenleben zu beklagen, noch wurde ein Sachschaden angerichtet. Das trefflichere Feuer unsrer Geschütze holte ein Flugzeug bei Miello, einen Hydröplan in der Lagune von Grado herunter, ein drittes Flugzeug wurde durch Gewehrfeuer bei Ponte della Triula (Biade) zum Landen gezwungen. Von den sechs Fliegern wurde ein Major, der Kommandant des Geschwaders, getötet, die andern fünf gefangen genommen.

Rußland.

27. März. Im Abschnitt Jakobstadt dauert der Kampf westlich und südlich von Augustinshof noch an. Ueber der ganzen Dinafront Fliegertätigkeit der Deutschen. Auf Dinaburg warfen sie zwanzig Bomben ab.

Nordwestlich Postawj nahmen unsre Truppen nach erbittertem Kampf zwei Reihen Schützengräben.

Angriffe unsrer Truppen zwischen dem Marocz- und dem Wiszniewjee stießen auf hartnäckigen Widerstand.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 28. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

27. März. Neuer Geschützkampf im Abschnitt von Rovereto und oberen Astico. Feindliche Truppenbewegungen beim Kopfpunkt des Val Astico und Ankunft von Zügen

29. III. 1916

Der U-Boot-Krieg.**Mitteilungen in der Budgetkommission des deutschen Reichstages.**

Berlin, 27. März. Die Haushaltskommission des Reichstages begann heute vormittag die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Der Sitzung wohnten Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre v. Jagow, Dr. Delbrück, Dr. Helfferich, v. Capelle und Doktor

Solf sowie zahlreiche Regierungsvertreter und Bundesratsbevollmächtigte bei. Außer den vollzählig erschienenen Mitgliedern des Ausschusses waren auch zahlreiche Abgeordnete als Zuhörer erschienen.

Zu Beginn der Sitzung referierte Abg. Bassermann über die politische und die militärische Lage unter Einbeziehung der zur Unterseebootsfrage gestellten Anträge.

Sodann ergriff der Reichskanzler das Wort, um in längeren, streng vertraulichen Ausführungen die Politik der Reichsregierung darzulegen und auf die von dem Referenten angeschnittenen Fragen einzugehen.

Berlin, 28. März. Das über die Sitzung der Budgetkommission des Reichstages ausgegebene Communiqué besagt: In der Budgetkommission des Reichstages begann heute die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Vorweggenommen wurde die Besprechung der mit dem U-Boot-Kriege zusammenhängenden Fragen.

Referent Bassermann erstattete einen Ueberblick über die Punkte, deren Klärung in den Verhandlungen der Kommission herbeigeführt werden soll.

Der Reichskanzler gab in einer längeren vertraulichen Rede eine Darstellung der politischen Seite.

Im Anschlusse daran machte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Mitteilungen über die technische Seite der Fragen.

Sodann folgte eine eingehende Aussprache, woran sich Redner sämtlicher Parteien beteiligten.

Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden.

Die Angliederung des Nordepirus an Griechenland.

Wien, 29. März.

Die Angliederung des Nordepirus scheint vollzogene Tatsache. Wohl hat der Biververband in Athen protestiert, aber Venizelos, der noch Mitte 1915 die im Nordepirus vollzogenen Wahlen zum griechischen Parlament nicht anerkannte, ist nicht mehr am Ruder, und König Konstantin hat sich wieder als treuer Hüter der griechischen Interessen erwiesen.

Zum letztenmal hat das europäische Konzert sich mit dem Epirus auf der Londoner Botschafterkonferenz (Dezember 1912 bis August 1913) befaßt, denn die Konferenz hatte die Grenzen Albaniens festzustellen, und es war eben die große Frage, wo Südalbanien aufhöre und der Nordepirus beginne.

Anfang 1913 unterbreitete die griechische Regierung der Konferenz eine Denkschrift über ihre Ansprüche auf Epirus. Unter Verzicht auf Valona wurde als natürliche Folge des Besitzes von Janina auch der Küstenstrich von Santi Quaranta bis Chimarra und Gramola, und im Inlande Argyrokastron verlangt. Von der Bucht von Gramola ausgehend, würde die Grenze dem Laufe eines Baches bis zum Kerauniagebirge folgen, dann an der Ostseite des Gebirges bis zum Berge Kijora ziehen, das Tal der oberen Eufica und den Kamm des Berges Tsepini überschreiten, östlich und südöstlich den Höhen von Suhagora und dann dem Laufe der Bojussa bis Klissura folgen; dann wendet sie sich nordöstlich und östlich, dem Gebirge Dangli entlang, bis St. Naum am Südufer des Ochridasees erreicht ist.

Die Londoner Botschafterkonferenz konnte erst in ihrer letzten Sitzung vom 11. August 1913 die Epirusfrage halbwegs regeln. Die Südgrenze Albaniens sollte von St. Naum am Ochridasee bis zum Südostrufer des Maliskosees und von da über Koriza (das noch zu Albanien fiel) bis Kap Stylos (gegenüber Korfu) laufen. Der Teil der Grenze von Kap Stylos bis Koriza sollte von einer internationalen Kommission nach ethnographisch-geographischen Gesichtspunkten genau festgestellt werden.

Das ganze von Griechenland beanspruchte Gebiet war seit dem Balkankriege von griechischen Truppen besetzt. Da aber die internationale Abgrenzungskommission gegen die griechischen Ansprüche entschied, mußten im Frühjahr 1914 die griechischen Truppen zurückgezogen werden, worauf jedoch die griechischen Parteigänger unter Zographos sofort die Autonomie des Nordepirus proklamierten und eine „provisorische autonome Regierung“ einsetzten, deren Präsident eben Zographos war. Schon im Dezember 1914 rückten griechische Truppen wieder ein, um die Ordnung herzustellen. Und bei dieser De facto-Regelung ist es bis lezhin geblieben. Im Juni 1915 wählten die Nordepiroten Abgeordnete für die Athener Kammer, doch wurden diese Wahlen auf Drängen der Entente nicht anerkannt. Im Dezember 1915 erfolgten abermals Wahlen, die in Athen mit Jubel anerkannt wurden. Und jetzt ist die Angliederung des Nordepirus ausgesprochen.

Die dürftigen vorliegenden Meldungen besagen nicht, ob die Angliederung die von Griechenland seinerzeit beanspruchten Gegenden in vollem Ausmaß einschließt oder nicht. Man kann nur feststellen, daß der von Zographos 1914 proklamierte „autonome Nordepirus“ folgende Bezirke umfaßte:

Bezirk Koriza, Hauptort Koriza (und Moschopolis);
 Bezirk Kolonia, Hauptort Erseka;
 Bezirk Leskoviki, Hauptort Leskoviki;
 Bezirk Premeti, Hauptort Premeti;
 Bezirk Argyrokastron, Hauptort Argyrokastron;
 Bezirk Tepeleni, Hauptort Tepeleni;
 Bezirk Delvino, Hauptort Delvino;
 Bezirk Chimarra, Hauptort Chimarra (eingeschlossen die Küste bis Gramola).

29. III. 1916

Die Konferenz der Alliierten in Paris.

Die Beschlüsse der Konferenz.

Paris, 28. März. Die Agence Havas meldet: Die Konferenz nahm vor dem Auseinandergehen einstimmig folgende Beschlüsse an: Die am 27. und 28. März in Paris vereinten Vertreter der alliierten Regierungen stellen die vollständige Gemeinschaft der Ansichten der Alliierten und deren Solidarität fest und bestätigen sämtliche Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Einheitlichkeit der Aktion auf der einheitlichen Front zu verwirklichen.

Darunter verstehen sie zugleich die Einheitlichkeit der militärischen Aktion, welche durch die zwischen den Generalstäben getroffene Vereinbarung gesichert erscheint, die Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Aktion, deren Organisation durch die Konferenz geregelt wurde, und die Einheitlichkeit der diplomatischen Aktion, durch die ihr unerschütterlicher Wille, den Kampf bis zum Sieg der gemeinsamen Sache fortzuführen, verbürgt wird.

Die Regierungen der Alliierten beschließen, die Solidarität ihrer Ansichten und Interessen auf wirtschaftlichem Gebiete in die Praxis umzusetzen, und beauftragen die wirtschaftliche Konferenz, die demnächst in Paris stattfindet, ihnen Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, diese Solidarität zu verwirklichen. Um die wirtschaftliche Aktion zu bekräftigen, zu koordinieren und einheitlich zu gestalten, die ausgeübt werden soll, um die Verproviantierung des Feindes zu verhindern, beschloß die Konferenz, in Paris ein ständiges Komitee einzurichten, in welchem alle Alliierten vertreten sein würden.

Die Konferenz beschließt: Erstens die durch das Londoner Frachtzentralbureau eingeleitete Aktion fortzuführen, zweitens gemeinsam, so bald wie möglich, die praktischen Mittel zu suchen, um eine gerechte Verteilung der aus Transporten zur See entstehenden Lasten unter die alliierten Mächte zu erzielen und eine weitere Erhöhung der Frachtarife zu verhindern.

29. / III. 1916

Der Misserfolg Merciers.

Die Verstimmung des Vatikans.

□ Frankfurt, 29. März. (Priv.-Tel.)

Der Frankfurter Zeitung wird aus Luzern telegraphiert:

Der von der Neuen Zürcher Zeitung bereits anfangs März festgestellte Misserfolg des Kardinals Mercier beim Vatikan ist von seinen politischen Freunden niemals bestritten worden. Wie tief die Verstimmung des Vatikans war, wird jedoch erst nachträglich bekannt.

Einem mir vorliegenden italienischen Briefe darf ich das Folgende entnehmen:

Kardinal Mercier war geradezu bestürzt, als er sich selbst volle Rechenschaft darüber ablegte, daß er mit der Entgegennahme politischer Subdiquungen von kirchlicher Seite dem Vatikan schwere Sorgen bereitet habe, besonders auch, weil italienische katholische Kreise dagegen protestiert hatten. In Florenz, wo sich Kardinal Mercier auf der Rückreise beim Erzbischof einen Tag aufhielt, wurde ihm der freundschaftliche Rat gegeben, sein möglichstes zu tun, um die hinterlassenen schlechten Eindrücke zu verwischen. Von Luzern aus schrieb der Kardinal daraufhin einen von Neue überflichsenden Entschuldigungsbrief an den Papst. Er beteuerte darin, diese Subdiquungen der Kirchenfeinde nicht ablehnen zu können und nichts getan zu haben, um sie herbeizuführen.

Im Vatikan hatte diese Abbitte angenehm berührt. Große Hoffnungen auf die Zukunft hatte man bei der beweglichen Natur des Kardinals jedoch nicht darauf. Infolge der neueren Vorgänge in Belgien ist die Kurie in der Tat wieder sehr beunruhigt. Zweifellos würde der herkömmliche kirchenrechtliche Schutz nicht verweigert werden, der der Würde des Kardinals zukommt. Aber ihm persönlich würde man nie verzeihen, wenn er ohne zwingende Notwendigkeit gewaltiam zum Konflikt mit den deutschen Behörden triebe.

Man ist im Vatikan der Ansicht, daß er es in der Hand hat, der Kirche eine unangenehme Lage zu ersparen. Mit Klugheit könnte er es fertig bringen, sowohl seinem belgischen Patriotismus als auch den Umständen der Okkupation gerecht zu werden.

Bleibt einig — trotz Spaltung!

Ein Aufruf des reichsdeutschen sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Berlin, 29. März.

Im Parteiausschusse der Sozialdemokratie hat Montag eine Aussprache stattgefunden. Der Ausschuss stimmte mit allen gegen sechs Stimmen einem Aufruf an die Partei zu, der heute im „Vorwärts“ veröffentlicht wird.

Darin wird das Verhalten der achtzehn Sondergenossen noch einmal scharf getadelt, weil es dazu angetan sei, das organisatorische Gefüge der Partei auseinanderzusprennen. Es sei verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Irreführung der Parteigenossen auszunützen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Verrates an den sozialdemokratischen Grundsätzen bezichtige. Die Separatisten setzten das ganze Parteispielein aufs Spiel. Zu keiner Zeit hätte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt einer geschlossenen Einigkeit bedurft. Es dürfe nicht geschehen, daß diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten hätten, auch die Partei spalteten. Zum

Schluß der Erklärung, die vom Parteivorstand, vom Parteiausschuss und vom Vorstand der Reichstagsfraktion unterzeichnet ist, heißt es: „Genossen! Genossinnen! Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren. Schützt die Partei! Schließt die Reihen!“

Seitens der Minderheit wird im „Vorwärts“ der entchiedenste Widerspruch gegen die Art erhoben, wie die Mehrheit erneut die Einheit zu wahren versucht.

Das Wiener sozialdemokratische Hauptorgan, das vermöge des dualistischen Aufbaus im eigenen Innern und vermöge der eigenen Neigungen nicht recht weiß, ob es „soll aufst oder obi“, schrieb gestern über „die Spaltung“:

Wir meinen, die Arbeiterklasse wird beiden Richtungen dieselbe Antwort geben: daß die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie allen Anzweifelungen und Beeinträchtigungen in Zukunft entrückt zu bleiben habe... aller Fortschritt und alle Macht der Arbeiterklasse beruht auf ihrer Einigkeit und Geschlossenheit, und an dieser ehernen Notwendigkeit werden alle Spaltungsversuche zerfallen.

Hier wird im Handumdrehen die sozialdemokratische Partei, die bekanntlich zu sehr großem Teile durchaus nicht aus Angehörigen der Arbeiterklasse besteht und in der größeren Hälfte der Arbeiterklasse auf entschiedenste Gegnerschaft stößt, mit „Arbeiterklasse“ vertauscht; der Arbeiterklasse könnten die Meinungsverschiedenheiten der Advokaten Heine und Haase ziemlich gleichgültig bleiben, wenn sie nicht von der „Auslandsvertretung“ der Haase und Genossen in ihren Lebensinteressen geschädigt würde. Was aber die „Einigkeit“ trotz Spaltung der Fraktion betrifft, so zeigt gerade der Appell der „A. B.“, daß ihr das Parteiführerinteresse über alle Grundsätze geht: Richtungen, Gegensätze von der größten Tragweite sind gleichgültig, die Hauptsache bleibt die den Führern Macht und Einfluß verleihende Geschlossenheit! Bei Meinungsverschiedenheiten in den wesentlichsten Fragen sinkt eine mechanische Einigkeit zu einer gegenseitigen Versicherung herab, zur Triumviratstaktik wie im alten Rom, zur „Zusammenarbeit“ des Klüngels und der Clique. Deshalb ist die Einigkeitspredigt der „A. B.“ bei solcher Sachlage eine niedliche Selbstcharakteristik.

Zwei Lösungen auf der Pariser Tagung

Nach dem Pariser Korrespondenten des Berner „Bund“ wird von zwei Lösungen gesprochen, über die sich die Konferenz in Paris schlüssig machen sollte. Die erste wäre die stückweise Zertrümmerung des gegnerischen Blocks, wobei Deutschland zuletzt an die Reihe kommen sollte. Die Befürworter dieser Lösung sagten, daß zunächst Oesterreich-Ungarn außer Gefecht gesetzt werden müsse. Dazu sei ein Durchbruch an der italienischen Front, verbunden mit der russischen Offensive und einem Vorgehen der Saloniker Armee nötig. Zum Durchbruch würde die italienische Heeresleitung von England und Frankreich das nötige Material und Soldaten erhalten. Andere wollten, daß vor allem das französische und belgische Gebiet vom Feinde gesäubert werden müsse. Dafür sei eine große Anstrengung auf der Westfront nötig, wozu die Italiener ihrerseits eine Armee liefern sollten. Die Anwesenheit der Serben auf der Konferenz deute darauf hin, daß auf dem Balkan jedenfalls etwas geschehen solle. Schließlich sei anzunehmen, daß der Kriegsrat genau wisse, ob von Rumänien etwas zu erwarten sei.

Die Turiner „Stampa“ kündigt heute mit Bestimmtheit an, daß nach der Pariser Konferenz Asquith, Grey und Lloyd George nach Rom kommen werden. Daraus folgt wohl, daß es den englischen Diplomaten in Paris nicht gelungen ist, ihren Willen durchzusetzen, denn sonst hätte sich die Romfahrt erübrigt.

Paris, 28. März. (Meldung der „Agence Havas“.) Der „Matin“ berichtet, daß die gestern vormittag abgehaltene Sitzung der Vertreter der Verbündeten der Besprechung der militärischen Lage gewidmet war. Briand hob die Gründe hervor, welche eine Einheit der Anschauungen und Unternehmungen der Verbündeten notwendig machen. Nach einem Gedankenaustausch äußerten die Vertreter der verbündeten Heere ihre Absichten, worauf ein durchaus befriedigendes Einvernehmen über die Führung der Operationen erzielt wurde. In der Nachmittags-sitzung wurden die Grundsätze der wirtschaftlichen Vereinbarungen erörtert.

Paris, 28. März. Der Rat der Verbündeten setzte heute Vormittag im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten seine Tätigkeit unter Leitung von Briand fort. Um 9 1/2 Uhr traten die Ausschüsse zusammen, um 11 Uhr die Vollversammlung.

Dann gab Präsident Poincaré ein Frühstück für alle Konferenzteilnehmer, die Minister, die ehemaligen Minister des Auswärtigen, die Vorsitzenden der Ausschüsse für Heeres-, Marine-, auswärtige und Finanzangelegenheiten und die Generalberichterstatter für den Staatshaushalt.

Italienischer Zweifel an der Pariser Tagung.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Lugano, 28. März. Obwohl die italienische Presse fortfährt, die äußeren Vorgänge der Pariser Tagung in den glänzendsten Farben zu malen, tritt in der franzosenfreundlichen Kriegspartei doch die geheime Angst hervor, das Ergebnis der Tagung könne den äußeren Anzeichen nicht entsprechen. Der „Secolo“ schreibt einen „Der Weg zum Siege“ betitelten Leitartikel, in dem er sagt, er habe die Diplomatie und die Strategie seit zwanzig Monaten in Verdacht, immer mit bedauerlicher Verspätung zu handeln. Wenn die Völker, nachdem sie das ertragen haben, die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß nicht einmal die feierliche Pariser Versammlung eine dauernde Besserung zu schaffen vermöge, so könne es ihnen niemand übel nehmen, wenn sie sich der insgeheim betriebenen Propaganda für den Frieden um jeden Preis in die Arme werfen sollten. Der „Secolo“ glaubt, Salandra werde die förmliche Kriegserklärung an Deutschland, wenn sie nötig sein sollte, nicht verweigern. Die Hauptsache sei aber eine Einigung über die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. Nach der heutigen zweiten Pariser Sitzung wird ein amtlicher Bericht in Aussicht gestellt, der, da die Lage bei Verdun dem Biververband nicht günstig ist, Nachrichten über große russische Truppenansammlungen in Bessarabien verbreitet, um neuerdings die Hoffnung einer politischen Einwirkung auf Rumänien hervorzuheben.

Rom, 28. März. (T. U.) Wie verlautet, beabsichtigt der Biververband, in den Hauptstädten der verbündeten Mächte internationale Zensurbüros einzurichten, bestehend aus italieni-

Die Untersuchung über den Untergang des Dampfers „Palembang“.

Haag, 28. März. Das Marinedepartement teilt mit:

Bei der Untersuchung der Ursachen des Unterganges des Dampfers „Palembang“ des Rotterdamschen Lloyd ergab sich, daß dieses Schiff sich am Vormittag des 18. März um ungefähr 11 Uhr 27 Min. eineinhalb Meilen nördlich von der nördlichen Galloper-Boje befand und einen südwestlichen Kurs fuhr, als eine Erschütterung gefühlt wurde, die das ganze Schiff erzittern ließ. Die Maschine wurde gestoppt und Gegendampf gegeben, bis das Schiff stilllag. Der Dampfer machte nur wenig Wasser. Um 11 Uhr 30 Min. wurden zwei heftige Stöße von einer Explosion im Vorschiff an Steuerbord bei der großen Luke verspürt, worauf das Schiff sich stark zur Seite neigte und zu sinken begann. Während die an Bord befindlichen Personen sich in die Boote begaben, folgte bald darauf eine dritte Explosion auf der Steuerbordseite beim Maschinenraum, die das Schiff zum Sinken brachte. Bei der Untersuchung wurden vom Kapitän; vom ersten Steuermann, vom Bootsmann und von einem Matrosen beedete Erklärungen abgegeben. Daraus ergibt sich folgendes:

1) daß das Schiff, als die zweite und dritte Explosion stattfand, ganz stilllag.

2) daß der erste Steuermann, als er nach der zweiten Explosion mit einem Boote noch längsseite lag, sah, wie sich ein Streifen im Wasser, der aus aufquellendem Wasser oder Luft gebildet war, mit großer Geschwindigkeit dem Schiff an Steuerbord näherte, und daß er, noch ehe der Streifen das Schiff erreicht hatte, sah, wie die Explosion stattfand, wobei sein Boot von einer Wassersäule überschüttet wurde.

3) daß der Bootsmann und der Matrose einige Zeit nach der ersten Explosion einen von Luftblasen und Schaum gebildeten weißen Streifen an Steuerbord mit großer Geschwindigkeit auf dem Wasser gerade auf das Schiff zukommen sah, worauf die zweite Explosion erfolgte. Sie sahen, wie der Streifen am Bug eines englischen Zerstörers, der an der Steuerbordseite ungefähr querab von der „Palembang“ lag und eben damit beschäftigt war, eine losgerissene Mine in den Grund zu schießen, vorbeilief.

Am 18. März wurde aus London gemeldet, daß der Dampfer „Palembang“ (6674 To.) auf der Reise nach Java in der Nordsee torpediert worden sei. Ein Rotterdamer namens Iversen erklärte damals einem Vertreter von Lloyds: „Niemand kann mit Bestimmtheit aussagen, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelaufen sei. Niemand hat ein Unterseeboot oder Periskop gesehen. Auf den ersten Knall folgten sofort zwei andere, am stärksten war der dritte. Das Schiff sank etwa in sechs Minuten. Sechs Matrosen sind verwundet.“

ischen, englischen, französischen und russischen Zensoren, damit eine Gewähr dafür vorhanden sei, daß keinerlei Nachrichten telegraphiert oder veröffentlicht werden, die den Interessen eines der verbündeten Staaten zuwiderlaufen könnten.

Die Kapitulationen in der Türkei.

E. v. D. Mit dem Jahre 1826, als Mahmud II., der Reformator, die Janitscharen vernichtete, die Eingliederung der Lehnsvermögen beim Ableben des Belehnten aufhob, endet das türkische Mittelalter; die Türkei tritt in ihre „Neuzeit“ ein. Aber dieser Uebergang ist für die Türkei außerordentlich erschwert, weil sie mit vielen Lasten und Hemmnissen der Vergangenheit behaftet ist, auf Schritt und Tritt, mit und ohne eigene Schuld, auf Schwierigkeiten von Seiten der wahrlich nicht selbstlosen Großmächte stößt, denen die Erstarkung der Türkei unbedingt nicht am Herzen lag. Wir wünschen diese Wiedergeburt und müssen sie wünschen; wir haben jedes Interesse, die Türkei aus sich und für sich stark zu machen. Das Interesse der Türkei ist unser Interesse, ihre Stärke von der größten Bedeutung für die Zukunft.

Das größte Hindernis für eine Neuentwicklung der Türkei waren die Kapitulationen. Der Name ist wohl jedem bekannt, von ihrer Bedeutung für die im Orient lebenden Europäer haben viele einen Begriff, von ihrem eigentlichen Wesen, von ihrer Entstehung und ihrer Ausartung, die sie zum Fluche der Türkei werden ließen, machen sich wenige eine Vorstellung. Ursprünglich waren die Kapitulationen Gnadenbeweise, Vorteile, die den Fremden — zunächst Venedig, vor allem aber Frankreich — gewährt wurden. Nicht ohne Schuld der Türkei wurden aus diesen freiwillig gewährten Vorrechten mit der Zeit fesselnde Verpflichtungen. Die unbedingte Rechtsunsicherheit zwang die Mächte, bei allen Friedens- und Vertragsverhandlungen sich möglichst weitgehende, möglichst günstige Vorteile für ihre Staatsangehörigen von der Türkei bewilligen zu lassen. Sie tat es, und konnte es scheinbar ohne Schaden tun, weil sie stark war, mit einer gewissen Verachtung auf die Ungläubigen herabsah. Als aber der Verfall begann, da schmiedeten eben die Fremden aus diesen ihnen gewährten Vorrechten Waffen gegen die Türkei, die zu schwerer Ungerechtigkeit, zum größten Nachteil des Landes sich entwickelten.

Ursprünglich schloß die Türkei nach den Kriegen mit den Ungläubigen überhaupt keinen Frieden; es wurden Verträge, Waffenstillstand auf 20 bis 30 Jahre geschlossen; sie unterhielt auch diplomatische Beziehungen nur mit benachbarten, anliegenden Staaten, deshalb z. B. nicht mit Frankreich.

Franz I. sandte 1525 einen Gesandten nach Konstantinopel, um mit Suleyman dem Prächtigen einen Vertrag gegen Oesterreich abzuschließen. Zunächst erreichte sein Gesandter nichts; aber im Jahre 1533 schloß er mit der Pforte einen Handelsvertrag. Vielleicht gerade weil mit Frankreich, als nicht angrenzendem Staate, die Beziehungen vom Beginn andere waren, war dieser Vertrag in seinen Bedingungen, in den Kapitulationen anders, als die Verträge mit anderen Staaten. Es wäre nicht uninteressant, den für die Würde der abendländischen Mächte nicht gerade schmeichelhaften Wortlaut dieser Verträge hierherzusetzen. Wesentlich für das Verständnis dessen, was bis vor kurzem als Kapitulation in der Türkei bestand und für die Entwicklung der Türkei einfach vernichtend war, ist das, was in diesem ersten Vertrag und mit Zusätzen und Erweiterungen, besonders unter Karl IX. im Jahre 1569 mit Selim II., in späteren Verträgen an Vorteilen gewährt wurde. Wohlverstanden waren alle diese Rechte lange Jahre nur Frankreich zugestanden. Daraus erklärt sich das große Uebergewicht, das Frankreich bisher im Orient hatte. Man muß daneben bedenken, daß Frankreich selten als Feind, oft als Bundesgenosse auftrat.

Durch diese Verträge erhielten die Franzosen das Recht, in der ganzen Levante Konsulate zu errichten. Der Gesandte und die Konsuln erhielten das Recht, in allen Angelegenheiten, die Untertanen ihres Landes untereinander betrafen, selbst Recht zu sprechen. Franzosen, die im Orient lebten, durften testamentarisch über ihr Vermögen frei verfügen. (Bei Untertanen der Türkei wurde sehr häufig beim Ableben eines Reichen entweder unter dem Rechtstitel, daß das Leben an den Sultan zurückfiel oder ohne Rechtstitel das Vermögen des Verstorbenen eingezogen.) Starben Angehörige dieses Landes ohne Erben, so konnten der Gesandte und die Konsuln das Vermögen an sich nehmen und die Hinterlassenen in der Heimat zu Erben einsetzen. Unter anderen sehr wichtigen Bestimmungen über Rechtsschutz war eine der wichtigsten, daß über einen französischen Untertanen das Urteil nur im Beisein eines Dolmetschers, der im Dienste der französischen Gesandtschaft stand, gesprochen werden durfte. Alle Franzosen waren von der Kopfsteuer befreit. Noch eine große Zahl von Bestimmungen war getroffen über Freilaf-

1916 konnte es sich aus der Umklammerung der Eismassen befreien und die Reise nach Neuseeland antreten, wobei es auch endlich mit Hilfe seiner Zentren-Schwärme mit den

Soffen wir, daß es der türkischen Regierung gelingt, Recht und Gerechtigkeit so neu aufzubauen, daß sie wirklich imstande ist, einen festen, gesunden Staat zu schaffen? Wenn ihr das gelingt, so fällt jeder Grund für uns fort, uns über die Zukunft der Kapitulationen zu beklagen. Sie waren die größte Ungerechtigkeit und die schlimmste Zerrützung, die man einem selbständigen Staate aufzulegen konnte.

30. / III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Haase und sein Wahlkreis. Gegen den Abg. Haase-Königsberg, der der einzige sozialdemokratische Vertreter für Ostpreußen im Reichstag ist, wendet sich die „Königsberger Volkszeitung“, die den Untertitel führt: „Sozialdemokratisches Organ für Ostpreußen.“ In einem S. M. unterzeichneten Artikel — der verantwortliche Redakteur heißt Hans Mittwoch — schreibt die „Königsberger Volkszeitung“ wörtlich:

„Niemand haben die 20 Genossen, die heute der sozialdemokratischen Fraktion nicht mehr angehören, einen größeren Gefallen getan, als der Bourgeoisie und der äußersten Rechten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nun, da 20 Stimmen fehlen, werden Genossen wie Hoch und Antrid, die in den meisten Fragen sachlich mit dem Genossen Haase übereinstimmen, in der Fraktion ihren Willen noch viel schwerer durchsetzen können, wie es möglich gewesen wäre, wenn die Winderheit der 20 in der Fraktion geblieben und sich nicht dem Fraktionszwang entzogen hätte. Wir halten es für bedauerlich, daß es dahin kam, daß einem Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen ihrer Verstöße gegen die Fraktionsdisziplin die „Rechte“ entzogen werden mußten, die aus ihrer Fraktionszugehörigkeit stammten, weil wir bei den Abstimmungen innerhalb der Fraktion auch ihre Anwesenheit für möglich halten und eine Verschiebung der Fraktionsmehrheit nach rechts bedauern. Aber verstehen kann man den Beschluß der Fraktion, den eine Fraktion ohne Fraktionszwang ist wie ein Messer ohne Heft und Klinge, sie ist inhaltlos. Wenn jedes Fraktionsmitglied stimmen kann, wie es will, braucht es keine Fraktionsstimmungen zu geben. Arbeitsgemeinschaften, in denen sich der einzelne der gemeinschaftlichen Aktion entziehen kann, sind ein völliger Widerspruch, ein Unding, eine Karikatur. Wer die Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit beansprucht, muß auch die sich aus ihr ergebenden Pflichten erfüllen.“

Eine Drohung der „Leipziger Volkszeitung“. Auf den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Schützt die Partei, schließt die Reihen“ antwortet, wie uns aus Leipzig gebracht wird, die radikale „Leipz. Volksztg.“ mit der Drohung: „Die Mehrheit mag an die eigene Brust klopfen und mag sich hüten, sich vom Zorne zu vorhastigen Maßnahmen führen zu lassen, die schwer wieder gut zu machen wären, die weiteres Unheil gebären könnten. Will der Parteivorstand mit Ausschlußmaßnahme vorgehen, wie der Beschluß des Parteiaussschusses fast vermuten läßt? Wir warnen vor dem Betreten dieses unheilvollen Weges. Noch ist der Weg zur Einheit der Partei nicht versperrt, aber politische Maßnahmen des Parteivorstandes könnten es.“

Ein neuer „Spartacus“-Brief. In einem vom 9. März datierten „politischen Brief“ Nr. 4 macht der radikale Reichstagsabgeordnete, der sich „Spartacus“ nennt, Mitteilungen über starke Gegensätze innerhalb der Berliner „Opposition“. Spartacus schreibt wörtlich — wir lassen drei Absätze fort: „Innerhalb der Berliner „Opposition“ bestanden seit Anbeginn starke prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten, die sich in den letzten Monaten immer deutlicher herausbildeten und in Anknüpfung an den 21. Dezember und die Besichtigung der Schweizer Februar-Konferenz zuspitzten. Im Februar d. J. vollzog sich eine Auseinandersetzung, die damit endete, daß eine Anzahl Genossen die weitere Zusammenarbeit mit uns ablehnten, mit uns, d. h. mit den Teilnehmern an der Januarbesprechung und denen, die hinter den „Leitsätzen“ und ihrer Versendung nach Bern sowie den Spartacusbriefen stehen. Folgende Punkte spielten bei der Auseinandersetzung die Hauptrolle: Die erwachten Genossen, mit denen wir uns im Sommer 1915 zur Erledigung gewisser Angelegenheiten zusammengefunden hatten, beanspruchten, daß sie als ausschließliche Vertretung der Groß-Berliner „Opposition“ anerkannt würden, daß sie und sie ausschließlich durch Majoritätsbeschluß über alle Aktionen zu bestimmen hätten, daß keine selbständige Betätigung der verschiedenen unter ihnen vertretenen Anschauungen zulässig sei, auch dort nicht, wo es sich um wichtige und grundlegende Meinungsverschiedenheiten handelt; sie erachteten sogar die Zusammenkünfte unserer engeren Gönnerfreunde und ihre Verständigung über die großen politischen Probleme für unzulässig. Sie stellten als Ziel der „Opposition“ auf, die Mehrheit auf dem Parteitag zu erlangen; erst dann sei an die Klärung und Entscheidung jener Probleme zu gehen, bis dahin müßten alle Differenzen in der „Opposition“ zurückereten. . . . Inzwischen sind u. a. die Vertrauensleute der „Opposition“ im Kreise Teltow-Beeslow einmütig auf unsere Seite getreten, ebenso die Parteiorganisation von Spandau. Die Scheidung der Geister vollzieht sich über ganz Groß-Berlin in für uns erfreulicher Weise. Ein ähnlicher Prozeß wie in Groß-Berlin vollzieht sich in anderen Teilen Deutschlands im Schoße der „Opposition“.“

Der französische Sozialist Hervé über Haase, Liebknecht und Genossen. Aus Zürich meldet uns ein eigener Drahtbericht: Das Echo, das die Sezession der 18 deutschen Sozialisten in der französischen Presse findet, dürfte diesen zeigen, daß sie es den französischen Sozialisten nicht recht machen können. So urteilt Gustave Hervé in der „Victoire“: „Es fehlt in der deutschen Sozialdemokratie an einem kräftigen und entschlossenen Mann, der sich auch dem Risiko aussetzen muß, erschossen zu werden, wenn er nämlich die Freiheit und Souveränität der Nationen proklamiert hätte. Nur dann hätte die Sezession einen Sinn gehabt. So aber glauben wir nicht, daß sich im Gehirn und in der Seele Deutschlands irgend eine Aenderung vollzogen hat. In den Reden der Haases und Liebknechts suche ich seit 19 Monaten vergeblich einen rein republikanischen Geistesfunken und auch nur die leinsten Anzeichen eines revolutionären Geistes. Im Schwerte des Generals Castellnu ist mehr revolutionärer Geist als in den vereinigten Gehirnen der 18 deutschen Sozialdemokraten, die sich von der Hauptmasse getrennt haben.“

Verschiebung der Konferenz der „Zimmerwalder“. Aus Bern wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Nach der „Tagwacht“ ist die von der in Zimmerwald begründeten Sozialistischen Kommission für Anfang April nach Holland einberufene internationale Konferenz verschoben worden. Sie wird wahrscheinlich erst in der zweiten Maiwoche im Haag zusammentreten.

30. / III. 1916.

Sozialdemokratische Aufrufe.

Ein Aufruf der neuen Sondergruppe Haase ist von uns in einem Teil der Morgenausgabe schon veröffentlicht worden. Er schiebt der Mehrheit alle Schuld an der Fraktionspaltung zu, während die 18 sich als Förderer des Ansehens der Partei, in der sie bleiben wollen, hinzustellen suchen. Der Aufruf lautet vollständig:

„Parteienossen! Die Mehrheit der Fraktion hat uns durch ihren Beschluß alle Rechte, die uns als Fraktionsmitgliedern zustehen, entzogen. Danach sollten wir stumme Mitglieder der Fraktion sein; sollten in ihr nicht reden und nicht abstimmen, weder im Plenum noch in den Kommissionen die Partei vertreten dürfen. Damit waren wir tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt. Zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt, bleiben wir Vertreter der Partei. An die Parteigenossen richten wir die dringende Aufforderung, im Rahmen unseres Organisationsstatuts sich weiter zu betätigen und die durch die Zugehörigkeit zur Partei gegebenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wir zweifeln nicht daran, daß, sobald die Parteigenossen auf Grund freier Rede und Gegenrede ihr Urteil über die politischen Vorgänge seit dem 4. August 1914 abgeben können, unser Vorgehen von ihnen als ein Akt politischer Notwendigkeit gebilligt werden wird. Das Interesse des Proletariats erfordert in dieser Zeit gebieterisch eine selbständige, grundsätzliche Politik, wie wir sie stets und am nachdrücklichsten dann betätigt haben, wenn der Druck am stärksten war. Unser Auftreten schädigt nicht das Ansehen der Partei, sondern hebt es im In- und Auslande. Unser Auftreten wirkt nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisatorisch erhaltend. Unser Auftreten ist kein Disziplin- und Treubruch, sondern ein Gebot der Treue gegen die Parteigrundsätze, die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse. Nicht wir, sondern Angehörige der Mehrheit haben am 24. März „lärmende Aktionen“ unter stürmischem Beifall der Gegner veranstaltet. Angehörige der Mehrheit haben — ein in der parlamentarischen Geschichte unerhörter Vorgang — dafür gestimmt, daß ihrem eigenen Parteigenossen das Wort entzogen werde. Jetzt gilt es zu arbeiten, das Proletariat stark zu machen für die schweren Kämpfe, die ihm bevorstehen. Parteigenossen! Sticht fest zu den Grundsätzen, auf die wir stets mit Recht stolz gewesen sind. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.“

Ein Aufruf der Fraktion Liebknecht-Nähle. Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: „Die Fraktion Liebknecht-Nähle hat bereits eine Konferenz der ihr anhängenden Parteigenossen im ganzen Reiche veranstaltet und sich ein neues Parteiprogramm gegeben. Heute haben sich starke Kräfte der Partei aus allen Teilen des Reiches um die entschiedene Opposition gesammelt, und sie hat sich durch Annahme eines festumrissenen prinzipiellen und taktischen Programms als geschlossene Aktionsgruppe konstituiert“, erklärt der „Braunschweiger Volksfreund“, das Zentralorgan der Liebknecht-Nähle-Gruppe im Leitartikel der Nummer vom 27. März. Er richtet einen Aufruf an die Parteigenossen im Lande, sich allenthalben zu entscheiden, zu welcher Partei sie gehören wollen.“

Die „entschiedenste Opposition“. Im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. wird gegenwärtig ein Flugblatt verbreitet, das die Leser der sozialdemokratischen „Frankf. Volksstimme“ auffordert, das Blatt abzubestellen und dafür ein Organ der äußersten Linken zu abonnieren. Das Flugblatt ist vom „Erweiterten Bezirksvorstand“ gezeichnet, während der Vorsitzende des Bezirksvorstandes und ein Beisitzer feststellen, daß das Flugblatt ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen verfaßt und herausgegeben worden ist.

Für die 18 ist der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins in Berlin VI, dem Wahlkreis des Abg. Ledebour, mit 34 gegen eine Stimme eingetreten. Er billigt die Haltung der 18 im Reichstage und erklärt es für „seine Pflicht, die konsequente und prinzipielle Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Europas Vergangenheit und Zukunft.

Von Hofrat Professor Eugen Schwieblaud.

Wien, 29. März.

Der vor wenigen Jahren verstorbene österreichische Volkswirt und Historiker, Industrielle und Politiker, Herrenhausmitglied Dr. Alexander v. Peez hat unter den anderen sehr zahlreichen Schriften, welche die reiche Ausbeute seines tätigen Lebens bilden, einen knappen Abriss der politischen Geographie und Geschichte geschrieben, dessen zeitgemäße Neuauflage soeben erschienen ist. *) Die feherische Begabung dieses hervorragenden Mannes wird jetzt allenthalben betont, seit seine andere meisterhafte kleine Arbeit „England und der Kontinent“ im Verlaufe von anderthalb Kriegsjahren in neun Auflagen abgesetzt wurde.

Europa ist, so sagt er, dreimal kleiner als Afrika und fünfmal kleiner als Asien; da es überdies in unmittelbarer Nähe dieser Ländermassen liegt und mit Asien in breitem Gürtel zusammenhängt, so begreife sich der Streit, ob Europa ein eigener Weltteil sei oder nicht? Die Gruppe von Halbinseln, die man unter Festland nennt, gewährt aber nicht nur allen Völkern die gewaltigen Vorteile der Küstenlage und befördert den Handel, sondern gestattet auch die eigentümliche Entwicklung der Volksindividualitäten und Staaten, und geschichtlich wie politisch steht das kleine Europa Asien wie Afrika gegenüber als Herrscherin da, gegen Amerika und Australien aber als Mutterland und ältere Schwester.

Die innere Geschichte und Politik des Weltteiles baue sich völlig auf seiner geographischen Gliederung auf: Frankreich und Rußland im besonderen stehen in gewissem Sinne gleichmäßig den Mittelgebieten gegenüber: Frankreich im Norden, Westen und Süden durch Meere und durch die Pyrenäen, Rußland im Norden, Süden und Osten durch Meere, Steppen, Entfernungen — beide Reiche: auf drei Seiten gedeckt, während sie gegen Mitteleuropa ohne scharfe Abmarkung verlaufen. Deutschland wird so von Rußland — noch genau wie zu Tacitus' Zeiten von den Sarmaten — durch gegenseitige Kriegsbereitschaft (mutuo metu) geschieden, und gegen Frankreich zu liegt jene verschwimmende Grenze und verhängnisvolle Zone, die (wie Bismarck sagte) um hin- und hervogender kleiner Verschiebungen halber so viel Unheil über Europa gebracht hat.

Von Rußland abgesehen, bestehen hier, wie schon Montesquieu gesagt hat, durch die natürliche Gliederung mehrere Gemeinwesen mittlerer Ausdehnung, und Peez hebt die annähernde Gleichheit dieser natürlichen Glieder unter sich, ihren Wettstreit und hieraus entspringende Bürgschaften einer gesetzlichen Freiheit hervor. „In Asien steht der Schwache neben dem Starken, in Europa der Starke neben dem Starken,“ sagt wieder Montesquieu; „die Sieger wurden immer wieder besiegt, die Zerstörer selbst zerstört, weil in Europa durch alle seine Teile eine Art gleicher Stärke und Tapferkeit verbreitet ist“.

Unter ihnen empfing der Süden reichlich Einwanderer und Einflüsse aus Vorderasien, Aegypten, Nordafrika, kurz aus semitischen und halbsemitischen

linken aber die zumeist über das südliche Frankreich emporstrebende Kultur der Südvölker aufzunehmen, weiterzubilden, zu befestigen und dem Norden und Osten des Weltteils zu vermitteln. Was aber Englands und Frankreichs stets unheilvolle Rolle gegenüber Mitteleuropa angeht, hat England die meisten von Frankreich angezeigten Kriege des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts zu überseeischen Erwerbungen benützt, indem es, ohne festes Bündnis, in die Kriege trat, die Flotten und Ansiedlungen erst des einen Kriegführenden zerstörte und eroberte, dann, unter der Maske eines Ministerwechsels seine Bündnisse wechselnd, mit den Flotten und Besitzungen des zweiten Kriegführenden dasselbe tat und, durch seine Inzelle und seinen Reichtum geschützt, bei Festlandkriegen ohne besondere Mühe den letzten Ausschlag gab. Scharfblickende Franzosen haben längst gesehen, wo die wahren Interessen ihres Landes liegen. So sagte der berühmte Geograph Reclus: „Nur zwei Tage sind für den Franzosen von wesentlicher Bedeutung, der eine, wo wir Nordamerika verloren, der andere, da wir Nordafrika gewannen.“ Und Lavisse sagte resigniert: Für Frankreich war die politische Lösung: „Erniedrigung Oesterreichs“, und während wir dieser nachgingen, nahmen uns die Engländer Amerika und Indien.

Was aber die heutige Lage angeht, flucht Alexander v. Peez' würdiger und allzu bescheidener Sohn, unser vormaliger Generalkonsul Karl v. Peez, der verdienstvolle Herausgeber der gedankenvollen und sachlich geistreichen Schrift, kluge Bemerkungen ein. Er meint, die Länder des Dreibundes seien ein Europa im kleinen gewesen: die atlantische Abteilung durch Deutschland, die östliche durch Oesterreich-Ungarn, die mittelländische durch Italien vertreten. Als aber Italien abschwankte und die beiden Zentralmächte ihre Heere mit jenen Bulgariens und der Türkei vereinigten, hat sich nicht die ethische Aufgabe des Bundes geändert, sondern nur seine geographische Achse. Anstatt den europäischen Kontinent und das Mittelmeerbeden in rein nord-südlicher Richtung zu durchschneiden und mit der Südspitze Afrika zuzustreben, durchquert der neue Bund Europa in nordwest-südöstlicher Linie und reicht, ohne das Mittelmeer zu vernachlässigen, von Helgoland bis zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean, gleichzeitig das Schwarze und das Rote Meer in seinen Aktionsradius aufnehmend und aus der Enge des durch Gibraltar und Suez abgeschlossenen Mittelmeeres einen freien Ausblick in Weltmeere und die Annäherung an Deutschlands afrikanische Kolonien suchend. Unterwegs zur südöstlichen Pforte dieses Bundes liegen die reichen Getreidefelder, die unererschöpfliche Viehzucht und die der Erschließung harrenden Metallschätze von Balkan und Türkei, gleich wertvoll zu Werken des Friedens und des Krieges. Und aus dem schwarzen Erdteil wird der Bezug unentbehrlicher Rohstoffe winken: Baumwolle, Gummen, Kakao, Kaffee u. a. m. Und wenn der neue Bund innere Reibungen auf unwesentliche Bruchteile vermindert, so werden dadurch zugleich den mittleren und kleineren Staaten starke Bürgschaften gegeben gegen einseitige Lösungen europäischer Fragen. In diesem Bunde begegnen sich die Stammländer des germanischen Stammes mit den in die abendländische Gemeinschaft eingetretenen Slaven und Turaniern. Dabei bildet den innersten Kern Oesterreich-Ungarns nach wie vor der Wahlspruch des alten Römischen Reiches deutscher Nation: „auf daß ein jeder bei seinen alten Rechten verbleibe und erhalten werde.“

Den Abschluß des genußreichen Buches bilden die vor sechszwanzig Jahren geschriebenen Worte des Vaters Peez, eine Art Einmauerung und Ausfaugung Europas wäre gleichbedeutend mit dem Eintritt einer anderen Eisperiode für diesen Weltteil. Allein es kann sich ereignen, daß in demselben Zeitpunkt, wo Europa am meisten bedroht sein wird, das lang vermiste „Europa“, das ist eine in irgendwelcher Form erfolgende, auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Verständigung und Vereinigung der europäischen Staaten, gefunden wird.

*) Europa aus der Vogelschau. Mit Bildnis und biographischer Skizze des Verfassers. Wien, 1916. Manz-Verlag, 129 Seiten.

Landern und Völkergruppen; den Osten aber durchweht turanische Luft. Aus Hochastien herabstürzend, gelangten die Reitervölker nach Rußland, Polen, Ungarn und fluteten in häufigen kurzen Wellen über das mittlere und westliche Europa; die nördlichen Teile Spaniens und Frankreichs, ganz Deutschland, Oesterreich im engeren Sinne, Großbritannien und Skandinavien endlich sind der Sitz der Nordeuropäer, die in ältester Zeit Kelten, später Germanen hießen. Und aus der Wirkung und Gegenwirkung dieser drei Gruppen aufeinander leitet Peez die Geschichte Europas ab. In das atlantische Drittel fallen, ganz oder teilweise, fünf Länder: Skandinavien, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Spanien; in das mittelländische Drittel ebenso fünf Länder: Spanien, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn und die Balkanhalbinsel; in das östliche Drittel nicht minder fünf Länder: Skandinavien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Balkanhalbinsel und Rußland. Die geschichtliche Rolle der Germanen aber war, mit der rechten Hand und zumeist an der Donaustraße Europa vor den Turaniern zu schützen, mit der

30. III. 1916

Die Wirtschaftskrise in Italien.

* Die Lage Italiens beim Herannahen des ersten Jahrestages seines Eintritts in den Weltkrieg ist politisch und militärisch nichts weniger als erfreulich. Das Schlimmste aber ist, daß kaum eine andere kriegsführende Nation derart unter dem Krieg wirtschaftlich leidet wie Italien, daß der Aushungerungskrieg, den England und seine Trabanten gegen Deutschland führen wollten, zuerst und am schwersten den eigenen Bundesgenossen Italien getroffen hat. Welche Phantasiereise Italien für Kohle bezahlen muß — dank der passiven Resistenz Englands und dank der bis ins Fabelhafte gestiegenen Frachtrate — ist bekannt. Dieselbe Teuerung zeigt sich aber insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt, und zwar auf allen Gebieten dieses Marktes, ob es sich nun um Weizen oder ob es sich um Milch handeln mag. Am 20. Februar hat die italienische Regierung eine Bestandshebung für Gerste und Hafer angeordnet; Reis ist vom Oktober bis Februar von 34 auf 45 Lire pro Doppelzentner gestiegen und auch hier wird Bestandshebung und Beschlagnahme angekündigt. Zur Bekämpfung des Zuckermangels und der Zuckerteuerung ist die Einfuhr fremden Zuckers zu ermäßigten Zollätzen angeordnet worden und seit Mitte dieses Monats ein Zuckermaximalpreis für Fabriken und Raffinerien (148 Lire pro Doppelzentner) festgesetzt. Am dringlichsten aber erscheint nach den letzten Meldungen die Brotfrage. Der Weizenpreis auf den wichtigsten italienischen Märkten ist, obwohl man Anfang Januar einen Höchstpreis für das beschlagnahmte inländische Getreide (nicht für den gesamten Getreideverkehr) in Höhe von 40 Lire pro Doppelzentner einführt, fortlaufend, auch in dem letzten Monat wieder, gestiegen: in Turin von 36 Lire am 31. Dezember 1914 auf 48 Lire am Jahresultimo 1915 und auf 47½ Lire am 10. März; in Mailand von 36 Lire auf 43 Lire; in Verona von 35 Lire auf 42 Lire; in Ferrara von 36 Lire auf 44 Lire; in Florenz von 37 Lire auf 46 Lire usw. Schon am 8. Januar hat die Regierung eine Bestandsaufnahme für Weizen und Mais angeordnet und zugleich den Militärbehörden das Recht der Beschlagnahme erteilt. Da der Höchstpreis, wie man sieht, eine weitere Steigerung der Preise nicht verhinderte, ist seit dem 11. März ein Höchstpreis für den gesamten Getreidehandel festgesetzt und zugleich den Mühlen für Brotgetreide eine Ausmahlung von 85 Prozent statt wie bisher 80 Prozent vorgeschrieben. (Bei uns in Deutschland haben wir bekanntlich bis vor kurzem nur 75 Prozent ausgemahlen und erst jetzt wieder den Ausmahlungsatz auf 80 Prozent bei Weizen und 82 Prozent bei Roggen erhöht. Wir haben also nicht nur reichlicher, sondern auch besseres Brot als die Italiener.)

Die größte Gefahr besteht darin, daß Italien auch schon im Frieden auf die Einfuhr ausländischen Getreides angewiesen war. Schon im ersten halben Jahr des Weltkrieges, vom 1. August bis Ende Dezember 1914, ging die italienische Getreideeinfuhr, namentlich infolge der Schließung der Dardanellen, auf 1¼ Millionen Doppelzentner zurück gegen fast 6 Millionen in den entsprechenden Monaten der vorausgegangenen fünf Jahre. Dann gelang es, die Einfuhr aus Amerika zu organisieren, so daß vom 1. August 1914 bis 1. August 1915 immerhin 16¼ Millionen Doppelzentner ausländischen Getreides nach Italien kamen. Nun brachte aber das Erntejahr 1915 statt der erwarteten sehr guten Ernte nur einen an Menge und Qualität ungenügenden Weizenantrag (46½ Millionen Doppelzentner gegen 49,2 Millionen, die man geschätzt hatte). Nach einem Artikel des „Sole“ vom 20. Februar soll sogar der wirkliche Ernteertrag nur etwa 40 Millionen Doppelzentner betragen haben! Da im Jahr fünf 1908 bis 1913 der durchschnittliche Einfuhrüberschuß 15,2 Millionen betrug, jetzt während des Krieges aber infolge der Heimkehr zahlreicher Auswanderer und infolge des starken Verbrauchs der Armee der Bedarf gestiegen ist, nehmen die amtlichen italienischen Stellen einen Einfuhrbedarf von 18 bis 20 Millionen Doppelzentner an. Diese verstärkte Einfuhr muß aber notgedrungen nicht nur zu einer weiteren Verteuerung führen (die Höhe der Frachtraten und der Stand der Wechselkurse wirken hier zusammen; die Frachtrate von den Vereinigten Staaten nach Genua ist vom 1. Oktober 1915 bis heute von 13 auf 26 Schilling, von La Plata nach Genua von 58 auf 170 Schilling gestiegen!), es fragt sich aber vor allen Dingen, ob überhaupt die nötige Einfuhr rechtzeitig und ausreichend durchgeführt werden kann. Durch die neue Höchstpreisverordnung ist nicht nur der Handel mit einheimischem Getreide, sondern auch der private Einfuhrhandel im wesentlichen ausgeschaltet, so sehr, daß in vielen Fällen private Lieferungsverträge mit dem Auslande zurückgenommen worden sind. Nach der „Stampa“ vom 23. Februar waren bis dahin, seit Beginn des gegenwärtigen, bis zum 1. August währenden Wirtschaftsjahres, aus dem Auslande 9¼ Millionen Doppelzentner eingeführt, so daß

bis zur nächsten Ernte noch ein Fehlbetrag von rund zehn Millionen zu decken wäre. Nach einem die Regierung scharf angreifenden Artikel im „Sole“ vom 17. und 18. Februar wird die noch einzuführende Menge sogar auf 12 Millionen Doppelzentner geschätzt.

Selbst in Italien wird von vielen Seiten stark bezweifelt, ob es in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit überhaupt möglich sein wird, die erforderlichen Mengen Weizen nach Italien zu schaffen. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Ausladens in den italienischen Häfen, die noch immer andauernde Ueberfüllung des Hafens von Genua, die Verkehrsstörungen auf den italienischen Eisenbahnen, der Mangel an Schiffsraum usw. Die italienische Presse ist voll von ernststen Besorgnissen vor Störungen der Getreideversorgung und vor der unvermeidlichen Panik, die dadurch hervorgerufen werden müßte.

Der Luftkrieg

Rom, 30. d. (Stefani) Im Verlaufe ein. Raids feindlicher Flugzeuge, der am Morgen des 27. März über Venezien ausgeführt wurde, wurden sechs Personen leicht verletzt.

Der Fliegerraider über Venetien

Rom, 30. d. (Stefani) Neue, über den von den Oesterreichern am 27. März versuchten Fliegereinsatz bekannt gewordene Einzelheiten, ergänzt durch die Aussagen der gefangenen Flieger, gestatten uns eine genau Darstellung dieses Streiffuges: Nach den Plänen der österreichischen Heeresleitung sollte dieser Flug zu einer großen und kühnen strategischen Operation werden. Statt dessen endete er jedoch mit einem gänzlichen Mißerfolg. Ziel des Fluges waren unsere Verbindungswege hinter der Front, namentlich die Brücken über die großen Strazenzüge der rückwärtigen Front und die Eisenbahnlinien der venezianischen Tiefebene, die über die Flüsse Etsch, Piave, Misenza und Tagliamento geführt sind. Außerdem wünschte man die Gelegenheit zu benutzen, um die gewohnten Bombardements auf unsere exponiertesten Städte vorzunehmen.

Zu diesem Zwecke stiegen in den ersten Morgenstunden des 27. März starke feindliche Fluggeschwader an verschiedenen Punkten auf. Eine Gruppe von sechs Fliegern, die ihre Richtung gegen die Etschbrücke nahm, hielt sich kurz über Verona auf und warf dort 18 Bomben ab. Der sofort einsetzende Alarm in der Stadt und das wirksame Feuer unserer Flieger-Abwehrbatterie ermöglichte es, die Zahl der Opfer auf fünf Verwundete zu beschränken und den Materialschaden auf einige leicht beschädigte Häuser. Sodann zogen sich die feindlichen Flugzeuge hastig in nördlicher Richtung zurück und verzichteten auf die Hauptzielpunkte, die man ihnen angegeben hatte.

Ein anderes, aus sechs Apparaten bestehendes Geschwader flog gegen die Piave- und die Medusa-Brücken und vermochte über der Priulabrücke 50 und über Bordenone vier Bomben abzuwerfen. Indessen geriet das Geschwader unter ein wirksames Feuer. Es verfehlte ständig seine Zielpunkte und konnte nur unbedeutenden Schaden anrichten. Zwei feindliche Flugzeuge wurden getroffen. Das eine fiel über Susegana nieder, das andere versuchte zunächst, jedoch ohne Erfolg, seinen Flug fortzusetzen und landete dann in Vittorio. Die übrigen Flugzeuge flüchteten sich rasch dem Val Sugana zu.

Noch unbedeutender waren die Ergebnisse, welche das dritte Geschwader erlangte. Dieses bestand aus fünf Apparaten und nahm seine Richtung auf die Tagliamento-Brücke. Schon beim Ueberfliegen der Sonzobene wurde ein erstes Flugzeug durch unser Artilleriefeuer bei den Anhöhen nördlich von Cervignano abgeschossen. Die übrigen Flugzeuge vermochten nur bei der Delizia-Tagliamento-Brücke zwei Bomben abzuwerfen, die jedoch keinen Schaden bewirkten. Endlich flog ein Geschwader von zwölf Wasserflugzeugen von Pola gegen die Eisenbahnbrücke längs der Linie Mestre-Portogruaro. Durch das wirksame Feuer unserer Fliegerabwehrgeschütze verhindert, sein Ziel zu erreichen, mußte das Geschwader sich darauf beschränken, Bomben abzuwerfen, die keinerlei Schaden verursachten. In der Lagunenenge zwischen Piave und Tagliamento vermochten einige Flugzeuge Ponte di Piave zu erreichen, wo sie Bomben abwarfen, welche leichten Schaden verursachten. Durch unser Artilleriefeuer wurde bei Grado ein feindliches Wasserflugzeug abgeschossen.

Somit endigte dieser Einfall, der in der italienischen Front Verderben säen, unsere Proviantzufuhr unterbinden und in einer ausgedehnten, volkreichen Gegend Angst und Schrecken hervorrufen sollte, mit einem wahren Mißerfolg des Feindes, dem es nur gelang, fünf wehrlose Bürger zu verletzen und einigen Schaden sehr leichter Natur anzurichten, der rasch wieder ausgebessert war. Er wurde überall in die Flucht getrieben und verlor vier mächtige Flugzeuge mit acht Fliegern. Dieser Mißerfolg geht schon klar hervor aus der Bescheidenheit, mit welcher die österreichische Heeresleitung die Operationen folgendermaßen darstellt: „Da in Venezien ein erhöhter Eisenbahnverkehr gegen die Sonzofront festgestellt wurde, belegten unsere Flieger einige Objekte der dortigen Bahnen mit Bomben.“ Das österreichische Bulletin vom 28. März sagt kein Wort über die verlorenen Flugzeuge.

Sur Torpedierung der „Tubantia“.

Berlin, 29. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Sekretär der englischen Admiralität hat (mit Rücksicht auf das verlautbarte Ergebnis der holländischen Untersuchung über die Torpedierung der „Tubantia“) eine „Erklärung“ abgegeben, die auf folgende Tatsachen aufmerksam macht:

1. Während dieses Krieges sind sechs deutsche bronzene Torpedos in unbeschädigtem Zustande in der Nordsee und im Kanal aufgefischt worden.
2. Die angegebenen Abmessungen, die mit Gewinde versehenen kleinen Löcher und die Zugstärke weisen sämtlich darauf hin, daß die gefundenen Metallstücke Teile der Luftkammer eines bronzenen Torpedos sind.
3. Kein Teil eines französischen oder eines englischen Torpedos besteht aus Metall von dieser Abmessung, Dicke und Stärke.
4. Soweit wir feststellen können, ist in jedem Falle, ausgenommen einen, wo ein Schiff von den Deutschen torpediert wurde, von einem bronzenen Torpedo Gebrauch gemacht worden.

Hierzu wird von amtlicher deutscher Stelle bemerkt: „Sobald die aufgefundenen Metallteile vorgelegt werden, sollen sie deutscherseits der gewissenhaftesten Prüfung unterzogen werden; solange diese nicht abgeschlossen ist, muß das Urteil über das Material vorbehalten bleiben. Die amtliche Erklärung des Chefs des Admiralstabes hat bereits festgestellt, daß von deutschen Seestreitkräften ein Torpedo auf die „Tubantia“ nicht abgeschossen worden ist.“ (Nachdem die „Torpedierung“ des holländischen Schiffes „Palembang“ durch die Briten von den Holländern festgestellt wurde, obwohl die Briten sich beeilt hatten, die Deutschen dieser Tat zu verdächtigen, dürfte man in Holland wohl endlich ahnen, wer die neutralen Schiffe zerstört.)

Haag, 28. März.

Wie die holländischen Zeitungen melden, ließ die deutsche Regierung durch ihren Gesandten im Haag dem Minister des Aeußern erklären, daß die Grundsätze, welche die kaiserliche Regierung für die Führung des Unterseebootkrieges aufstellte und die seinerzeit den neutralen Regierungen mitgeteilt wurden, keine Aenderungen erfuhr. Namentlich haben die deutschen Seestreitkräfte nach wie vor den strengsten Befehl, sich jedes Angriffs auf neutrale Schiffe zu enthalten, sofern diese nicht Widerstand leisten

oder versuchen, sich durch Flucht der Untersuchung zu entziehen.

30./III. 1916

Neue Gewalttatte der Entente in Griechenland.

Verhaftung eines österreichischen und deutschen Kapitäns in Patras durch gelandete englische Matrosen.

Landungen in Suda und Kanea.

Zürich, 29. März. Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Athen:

Ein englisches Kriegsschiff landete in Patras Matrosen, welche die Kapitäne eines österreichischen Schooner und eines deutschen Rettungsschiffes, die seit Kriegsbeginn abgerüstet im Hafen verankert lagen, verhafteten und an Bord wegführten.

Die Matrosen versuchten auch, einen deutschen Mechaniker auf der Strafe zu verhaften, wurden aber durch das Dazwischentreten einiger Bürger und Gendarmen daran gehindert.

Im Piräus versuchten englische Matrosen zwei an englische Reder verkaufte griechische Dampfer einfach fortzuführen. Sie mußten aber die Schiffe in den Hafen zurückbringen, weil die Hafensbatterien feuerten.

Angeblich verhafteten die Engländer auch bei Eleusis auf zwei Dampfern deutsche Ingenieure.

Die Franzosen landeten in der Suda-Bai und belegten bei einem Kaufmann namens Tullino fünf Petroleumfässer und zwei Kästen mit Beschlag.

Zehn französische und englische Schiffe landeten ferner in Suda und Kanea. Abteilungen von Matrosen, die dort zu verbleiben scheinen.

Die Athener Bevölkerung ist durch diese Nachrichten sehr erregt.

Ein Kollektivschrift der Entente wegen des Epirus.

R. Lugano, 29. März. Abweichend von der gestrigen Meldung des „Secolo“ reproduzieren italienische Blätter eine Meldung der Agence d'Athènes, welche besagt, daß die Gesandten des Vierverbandes bei dem griechischen Ministerpräsidenten Skuludis einen Kollektivschrift unternahmen, wobei sie um Erklärungen betreffs der Maßnahmen ersuchten, welche die griechische Regierung seit dem vergangenen Dezember im Epirus ergriffen habe.

**Eine Erklärung der deutschen Regierung an
Holland.**

R. Haag, 28. März. Wie die holländischen Zeitungen melden, ließ die deutsche Regierung durch ihren Gesandten in Haag dem Minister des Aeußern erklären, daß die Grundsätze, welche die kaiserliche Regierung für die Führung des Unterseeboot-Krieges aufstellte und die seinerzeit den neutralen Regierungen mitgeteilt wurden, keine Aenderung erfuhren. Namentlich haben die deutschen Seestreitkräfte nach wie vor den strengsten Befehl, sich jedes Angriffes auf neutrale Schiffe zu enthalten, sofern diese nicht Widerstand leisten oder versuchen, sich durch Flucht der Untersuchungen zu entziehen.

Kriegskalender.

17. März: Westlich von Larnopol dringen unsere Truppen in eine russische Vorstellung ein. — In der Isonzofront haben die Italiener ihre erfolglosen Angriffe eingestellt. — Wiederholte Angriffe einer französischen Division gegen die Höhe „Loter Mann“ brechen unter schwersten Verlusten zusammen; in der Champagne sowie zwischen Maas und Mosel heftige Artilleriekämpfe. — Erzherzog Karl Franz Josef wird zum Feldmarschalleutnant und Vizeadmiral ernannt. — General Eberth wird zum Oberstkommandierenden sämtlicher russischen Armeen an der russischen Westfront und General Michnewitsch zum Chef des Großen Generalstabes bestellt.

18. März: Beiderseits des Karadzsees heftiges russisches Artilleriefeuer. — Am Nordende des Tolmeiner Brückenkopfes erobern unsere Truppen eine feindliche Stellung. Das Fellatal, der Col di Lana, der Monte Piano und die Stadt Riba selbst stehen unter lebhaftem feindlichen Geschützfeuer. — Der belgische Kardinal Mercier wird wegen eines aufreizenden Fastenhirtenbriefes vom deutschen Generalgouverneur gewarnt. — In der dalmatinischen Küste wird unser Spitalsdampfer „Elektra“ von einem italienischen U-Boot angegriffen. Der Durazzo bringt eines unserer U-Boote einen französischen Torpedobootzerstörer zum Sinken.

19. März: Am Dnjepr und an der bessarabischen Front lebhafteste feindliche Artillerietätigkeit. Auf der Front Druhswjatsej-Postaw und beiderseits des Karadzsees setzen die Russen mit heftigen Angriffen ein. — Unsere Truppen wehren am Tolmeiner Brückenkopf mehrere italienische Gegenangriffe ab und dringen über die Straße Selo—Giginj und westlich Santa Maria weiter vor; auch am Südgrat des Witzli-Beh wird der Feind aus einer Befestigung geworfen. — Auf dem rechten Maasufer verstärkter Artilleriekampf; südlich der Feste Douaumont und westlich vom Dorf Baug Nahlämpfe. — Ein deutsches Luftschiff greift die Ententeslotte bei Kara-Burnu an. — Die Kammer spricht Salandra das Vertrauen aus. — Der holländische Dampfer „Palenhang“ in der Nordsee torpediert.

Ein Rundschreiben Amerikas.

Berlin, 29. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet durch Funkenspruch:

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden alsbald zur Information aller Nationen einen umfassenden Bericht über ihre Stellungnahme zur Führung des Unterseebootskrieges und zur Bewaffnung der Kauffahrer zu Verteidigungszwecken abfassen. Wahrscheinlich wird diesbezüglich ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet werden.

Diese Verlautbarung, die unter sorglicher Bedachtnahme auf alle von beiden Seiten der europäischen Kriegführenden geltend gemachten Ansprüche vorbereitet wird, wird als Richtlinie für die amerikanische Regierung bei künftigen Verhandlungen dienen.

Es wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika unabänderlich ihre bereits aufgestellten Grundsätze vertreten. Man glaubt, daß die Verlautbarung eine Grundlage für die völkerrechtlichen Bestimmungen nach dem Kriege liefern wird, die sich auf den Gebrauch der Unterseeboote im Seekriege beziehen.

Während seiner Abwesenheit von Washington beschäftigte sich Staatssekretär Lansing mit einer großen Anzahl ihm zugegangener Angaben über Tauchboote und bewaffnete Kauffahrer.

Der Vorschlag Lansings über die Entwaffnung der Handelsschiffe vom Vierverband abgelehnt.

B. Berlin, 29. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet durch Funkenspruch:

Die Alliierten haben einzeln auf den Vorschlag des Staatssekretärs Lansing betreffend die Entwaff-

nung aller Kauffahrer geantwortet. Tatsächlich haben sie den Vorschlag abgelehnt.

Eine Anfrage der amerikanischen Regierung in Berlin.

A. Washington, 29. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing teilt mit, daß der amerikanische Botschafter in Berlin beauftragt wurde, bei der deutschen Regierung anzufragen, ob die Dampfer „Suffez“ und „Englishman“ von deutschen Unterseebooten torpediert worden seien.

Der russische Kriegsbericht.

28. März. Im Abschnitt Riga Artillerie- und Ge-
wehrrfeuer. Unsere Artillerie erzielte gute Treffer in den
feindlichen Gräben und Batterien westlich von Olai und
vor dem Brückenkopf Uezküll.

Im Abschnitt Jakobstadt griffen die Deutschen
nach heftiger Artillerievorbereitung in der Gegend des
Dorfes Warfung (13 Kilometer südlich von Jakobstadt)
an, wurden aber zurückgeschlagen.

In der Gegend nordwestlich von Postawh setzt der
Feind heftigen Widerstand entgegen und macht an
einzelnen Stellen wütende Gegenangriffe.

Am Karocz-See besetzte der Feind den
Waldb südlich des Dorfes Mokryhce; wir
warfen die Deutschen im Gegenangriff aus dem nördlichen
Teil des Waldes, wobei wir zwei Maschinengewehre er-
beuteten und Gefangene machten, die vier verschiedenen
Regimentern angehörten.

In der Gegend der Kozitno-Sümpfe und in
den Abschnitten nördlich und südlich davon dauern die Ge-
fechte an.

Galizien: Nördlich von Bojan ließen wir drei-
zehn Minen zugleich springen. Darauf überließ unsere
Infanterie im Sturmangriff zwei Grabenreihen des Gegners.
Die überlebenden Verteidiger der gesprengten
Werke wurden durch Handgranaten im Nahkampf nieder-
gemacht. Wir brachten an Gefangenen 1 Kadetten und
125 Soldaten ein und erbeuteten zwei Maschinengewehre,
einen Minen-, einen Bombenwerfer, einen Scheinwerfer,
eine große Menge von Handfeuerwaffen und fünf Ge-
schütze. Diese mußten jedoch nach dem Kampfe völlig
unbrauchbar gemacht werden, da sie nicht zurück-
gebracht werden konnten.

Obwohl die Bitterung auf der ganzen
Front sehr ungünstig ist und die Geländebedin-
gungen außerordentlich schwierig sind, führen
unsere opferfreudigen Truppen jeden ihrer Aufträge durch,
die ihnen befohlen werden.

Petersburg, 29. März.

(Petersburger Telegraphenagentur.)

Kriegsminister General Polimanow wurde auf sein eigenes Ansuchen von seinem Posten enthoben. Zu seinem

Nachfolger wurde der bisherige Chef der Intendantur Generalintendant G. d. J. Schuwajew ernannt.

Rundgebungen im preussischen Herrenhause.

Berlin, 29. März.

Das Herrenhaus nahm den Etat einstimmig en bloc und ebenso eine Reihe von Resolutionen an. In einer derselben wird die Staatsregierung ersucht, dahin zu wirken, daß fortan von den Militärbehörden die Pressefreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht nur so weit beschränkt werden, als dies im Interesse der siegreichen Kriegsführung unbedingt geboten ist, sowie daß die Erörterung der allgemeinen Richtlinien der Friedensziele tunlichst freigegeben werde.

Berichterstatter Graf von Seidlitz dankte den Heerführern und der Armee für ihre Ausdauer, ihren Heldennut und ihre Opferfreudigkeit und sprach die Ueberzeugung aus, daß sich langsam, aber sicher demnächst das Schicksal Verduns, des stärksten Gaspeliers der französischen Stellung, erfüllen werde. Nach Betonung des unerschütterlichen Vertrauens des Volkes zur Heeresleitung, sagte der Referent: Wenn jetzt eine Minderheit (gemeint ist die sozialdemokratische Gaase-Gruppe) durch ihr Auftreten den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versucht, zeigt sich nur, wie tief das deutsche Volk ein solch landesverräterisches Gebaren verabscheut.

Graf von Behr-Behrenhoff gab namens der beiden Fraktionen des Hauses eine Erklärung ab, wonach das Herrenhaus die Auffassung der Staatsregierung von der ausschließlichen Zuständigkeit des Reichstages zur Erörterung der auswärtigen Politik nicht zu teilen vermag, jedoch anerkennt, daß eine solche Erörterung in der zwingenden Rücksicht auf die Kriegslage eine Grenze finden muß. In der Erklärung wird weiters die rechtzeitige Inangriffnahme der Ernährungsfürsorge verlangt und bemängelt, daß die Erörterung der Kriegsziele vielfach ohne zureichenden Grund auch da beschränkt werde, wo das vaterländische Empfinden eine Erweiterung der deutschen Macht fordere. Schließlich betont die Erklärung die Bewunderung und das unerschütterliche Vertrauen zur Führung des Heeres und der Flotte und zu den Streitern und sagt: Mit allen weiß sich das Herrenhaus eins in dem festen Willen, den Krieg durchzuführen bis zur Erreichung des glorreichen Friedens, der die gesteigerte Machtstellung und die innere Wohlfahrt des Vaterlandes verbürgt.

*30. III. 1916***Die Haase-Gruppe als neue sozialdemokratische Partei.**

Berlin, 30. März.

Die neue sozialdemokratische „Arbeitsgemeinschaft“ erläßt im „Vorwärts“ eine Erklärung, in der es heißt: „Nachdem wir tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt worden sind, bleiben wir zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt und vertreten die Partei. Wir richten an die Parteigenossen die dringende Aufforderung, sich im Rahmen unseres Organisationsstatuts weiter zu betätigen.“ (Diese Erklärung bedeutet die Ausdehnung der Spaltung im Reichstage auf die Gesamtpartei, da beide Gruppen sich als „die“ Partei betrachten und ihren Anhang entsprechend „arbeiten“ heißen.)

Die Reichstagsberatungen über die Seekriegführung.

Vollkommenes Einbernehmen der Parteien mit der Reichsregierung.

Berlin, 29. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Besprechung der U-Bootsfragen fortgesetzt.

Von den Rednern sämtlicher Parteien wurden sehr eingehende Ausführungen gemacht, worin die Anschauungen der Antragsteller aller Richtungen bis ins kleinste zum Ausdruck kamen. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes nahmen erneut das Wort. Dazu kamen längere wirtschaftliche Darlegungen des Reichsschatzsekretärs.

Es wurde allgemein anerkannt, daß die Mitteilungen der Reichsregierungen die zur Besprechung stehenden Fragen außerordentlich offen und vertrauensvoll behandelten. Die Diskussion, die sich an diese Mitteilungen knüpfte, erstreckte sich über das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen und der politischen Fragen und zog das militärische Moment heran, soweit dies zur Klärung der Ansichten erforderlich war.

Die Vertraulichkeit der Erörterungen und der ihnen zugrundeliegenden Regierungserklärungen schließt nähere Mitteilungen für die Öffentlichkeit aus. Hervorgehoben wurde von den Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommandogewalt ferngelegen sei. Der Reichskanzler anerkannte die patriotischen Motive der Antragsteller ausdrücklich. Die ganze Erörterung in der Kommission war von entschlossenem, vaterländischem Geiste getragen. Darüber, daß der Krieg zur See mit den für die erfolgreiche Durchführung des Krieges wirksamsten Mitteln zu führen ist, herrschte volle Einigkeit. Die Verhandlungen der Kommission nahmen einen Verlauf, der die allgemeine Zuversicht in den Erfolg unserer Waffen stärken wird.

Vor der Vertagung sprach der Vorsitzende unter Zustimmung der Kommission dem Reichskanzler den Dank für die Mitwirkung an den Verhandlungen aus.

31. / III. 1916.

Ein neuer sozialdemokratischer Aufruf.

Aufruf folgt auf Aufruf. Dem Aufruf des Partei- und Fraktionsvorstandes, sowie des Parteiaussschusses vom Mittwoch hat die Haase-Gruppe am Donnerstag einen Aufruf entgegengestellt. Diesem Aufruf der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ treten, weil er „eine Reihe zur Irreführung der Parteigenossen geeignete Behauptungen“ enthalte, der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand der Reichstagsfraktion, wie in einem Teil unserer Morgenausgabe schon erwähnt, heute im „Vorwärts“ mit einem neuen Aufruf entgegen. Darin heißt es:

„Die 18 Separatisten erklären, daß sie tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt wurden. Das ist eitel Spiegelfechterei. Sie lehnen ab, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die Zugehörigkeit zur Fraktion auferlegt, und begaben sich dadurch selbst der Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen. Die Ahtzehn haben gewußt, daß ihr hinterhältiges Vorgehen die Sprengung der Fraktionsgemeinschaft zur Folge haben mußte. Ein Blatt der Minderheit schreibt ganz richtig: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft.“ Die Gruppe der Ahtzehn sollte doch so ehrlich sein und zugeben, daß sie den Bruch gewollt hat. Die erneute Sonderaktion soll kein Disziplinbruch sein? Doch nur für die, die der Auffassung sind, daß sich die Mehrheit dem Terrorismus der Minderheit zu beugen hat. Sie soll kein Treubruch sein? Ja, warum haben denn selbst Mitglieder der Fraktion, die sachlich den Standpunkt der Minderheit teilen, dieses Vorgehen als heimtückisch bezeichnet? Nur durch das treulose Verhalten der Ahtzehn wurden jene bodauerlichen Szenen provoziert, über die der Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft“ sich jetzt entzündet, statt sich selbst anzuklagen.“

Die Sonderfraktion nimmt für sich das Monopol auf eine selbstständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in Anspruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben, der ohne Zweifel bestätigen wird, daß eine sozialdemokratische Partei, die die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkennt, nicht anders handeln dürfte, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit gehandelt hat. Die Sonderfraktion behauptet, daß ihr Auftreten das Ansehen der Partei im In- und Auslande hebe. Im Inlande? Die Entristung, die das Auftreten der Ahtzehn in der Partei hervorrief, liefert den Gegenbeweis. Im Auslande? Doch nur bei denen, die ihre Hoffnung auf den Zwiespalt der Partei und die innere Zerrüttung des deutschen Volkes setzen. Wer das Auftreten der Ahtzehn unbefangenen beurteilt, der wird unserem dänischen Bruderorgan „Sozialdemokraten“ recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges befürchtet. Wie eine Verhöhnung der Arbeiter klingt es, wenn behauptet wird, daß das Auftreten der Ahtzehn nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisationserhaltend wirkte, daß es geeignet sei, das Proletariat für schwere Kämpfe stark zu machen. Nur wer das deutsche Proletariat täuschen will, kann ihm einreden, daß es durch Spaltung und Zerrüttung der Partei stark werde für schwere Kämpfe. Die Sonderfraktion ist keine Vertretung der Partei. Unser Organisationsstatut kennt im Reichstag nur eine parlamentarische Vertretung: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.“

Der „Vorwärts“ — wie ein Cracchus de seditione querens — beklagt sich bitter über das Verhalten des Parteivorstandes. Wörtlich sagt er:

„Die neue Erklärung der Mehrheit schlägt einen Ton an, der nicht nur von allen ehrlich auf die Erhaltung der Parteinheit bedachten Elementen aufs tiefste beklagt werden muß, sondern der geradezu Empörung zu erwecken geeignet ist. Nicht nur, daß die beschimpfenden Ausdrücke „Treubruch“ und ähnliches wiederholt werden: die neue Erklärung bereichert das erlesene Register ihrer parteigewöhnlichen Ausdrucksweise noch durch weitere Ausdrücke, wie Spiegelfechterei, heimtückisch, treuloses Verhalten und dergleichen mehr. Wir können nicht umhin, zu erklären, daß wir diese Form der Polemik für eine geradezu beschämende halten und von den Genossen erwarten, daß sie überall und schleunigst gleich uns Einspruch gegen eine Fortsetzung solcher parteipolitischen Manieren erheben, die die Würde der Partei geradezu gefährden. . . . Wem es wirklich um Ansehen, Würde und Einheit der Partei zu tun ist, setze daher solchem Treiben die unerschütterliche Mahnung entgegen: Bis hierher und nicht weiter!“

Als Wächter über den guten Ton im politischen Kampf wirkt der „Vorwärts“ genau ebenso drastisch wie als Beschützer der Parteinheit. Der „Vorwärts“ veröffentlicht auch einen Artikel des Abg. Haase, worin er behauptet, der Versuch, die Zustimmung zum Notetat als eine bloße Formalität zu bezeichnen, könne kaum ernst genommen werden. Abg. Haase bezeichnet es als falsch, in der Spaltung der Reichstagsfraktion eine Spaltung der Partei zu erblicken. „Die Partei wird dadurch vielmehr“ — so versichert er — „an Kraft gewinnen, und wenn die Wirren des Krieges erst der Vergangenheit angehören werden, wird auch ein einheitliches Arbeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament nach festen Richtlinien möglich sein.“ — Das kann nur bedeuten: Haase erwartet, daß der nächste Parteitag sich gegen die Fraktionsmehrheit ausspricht und der Minderheit recht gibt!

Täglicher Kampf. Die auf dem Boden der Minderheit stehende radikale „Bremer Bürgerzeitung“ droht der Haase-Gruppe mit — Liebtnecht, wenn sie nicht täglich energisch der alten sozialdemokratischen Fraktion entgegentritt. Das Bremer Blatt schreibt nämlich: „Die Konstituierung einer selbstständigen Fraktion nötigt die Minderheit, sich den Sozialpatrioten in allen Fragen entgegenzustellen, sie täglich zu belämpfen. Das wird den entscheidendsten Elementen der Minderheit die Gelegenheit geben, den radikalen Standpunkt zu entwickeln; es wird die rückständigen Elemente nötigen, sich öffentlich Blößen zu geben, die Unmöglichkeit des Kampfes mit den Sozialpatrioten vom Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und des Pazifismus zu demonstrieren. Indem aber die Minderheit genötigt sein wird, sich an die Massen zu wenden, wird sie dem Parlamentarismus diejenige Bedeutung zurückgeben, die er vom Standpunkt des Linksradikalismus aus hat. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Fraktionsstärke an, sondern auf die Entscheidung, mit der dieser parlamentarische Kampf geführt wird. . . . Sollte die Minderheit jedoch zu sehr an den alten Traditionen des Zentrums, an den Traditionen des Kompromisses mit dem Opportunismus, an den Traditionen des Parlamentarismus als eines Mittels zur Beschwichtigung der Massen hängen, sollte auch sie wieder der Sorge um die parlamentarische Ausschaltung verfallen und das Hauptgewicht auf die Sammlung aller möglichen und unmöglichen oppositionellen Elemente, statt von vornherein auf die Entschiedenheit des Kampfes verlegen, nun, dann wird sie sehr schnell abwärtsfallen und der entschiedenen Minderheit in der Minderheit den Platz räumen: den Entscheidungern um Liebtnecht.“

31./III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Eine sozialdemokratische Landeskonferenz für Bayern tritt zusammen. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Die wichtigste Vorbedingung für einen Erfolg unserer Partei, die Einheitlichkeit unserer politischen Aktion, ist gefährdet. Noch nie war ein Zusammenwirken so notwendig wie jetzt. Aus diesem Grunde hat der Landesvorstand von dem § 11, Absatz 2 der Statuten Gebrauch gemacht und eine Landeskonferenz einberufen, in der die bedenklichen Vorkommnisse der letzten Zeit in parteigenössischer Weise besprochen und die Richtlinien für gemeinsame Handlungen festgelegt werden sollen. Wir bitten die Genossen im Lande dringend, die Erörterung der bedauerlichen Vorkommnisse in einzelnen Organisationen zurückzustellen, bis die Landeskonferenz gesprochen hat.“

Die schlesischen Sozialdemokraten mahnen zur Einheit. Die Bezirksleitungen der schlesischen Sozialisten erlassen in der „Breslauer Volkswacht“ einen Aufruf zur Bewahrung der Parteieinheit. Nach der Wiederkehr des Friedens könnten sich die schlesischen Sozialisten, von drei mächtigen Feinden umringt, am allerwenigsten den Luxus eines Bruderkrieges gestatten. Möge das in Berlin, Leipzig oder sonstwo anders sein, in Schlesien heiße das Interesse des Proletariats eisernen Zusammenhalt der Gleichgesinnten.

Weshalb Bernstein aus der Reichstagsfraktion schied. Die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht“ hat, wie wir schon berichtet haben, den Anschluß des Vertreters für Breslau-West, Eduard Bernstein, an die Haase-Gruppe getadelt mit dem Bemerkten, daß die Breslauer Sozialdemokraten ihre Abgeordneten in die durch Disziplin gebundene Gesamtfraktion entsandt haben, nicht aber in irgend eine größere oder kleinere Sonder-Arbeitsgemeinschaft. Bernstein erwidert in einer Zuschrift an die „Volkswacht“, worin er sich bitter beklagt, daß ihn die Reichstagsfraktion weder in die Steuerkommission entsandt, noch zum Redner über die auswärtige Politik gewählt habe:

„Deutlicher konnte es mir nicht klar gemacht werden, daß ich für eine erprießliche Betätigung im Reichstag auf ein Entgegenkommen von Seiten der jetzigen Fraktionsleitung und Fraktionsmehrheit nicht zu rechnen habe. Dennoch habe ich, wie schon vorher, auch da noch mich der Teilnahme an den Besprechungen der radikalen Fraktionsminderheit enthalten. Der vom Genossen W. Stolle in der Fraktion verlesene Beschluß, daß der Genosse Haase in der Debatte zum Notetat das Wort nehmen solle, ist ohne mein Wissen und Zutun zustande gekommen.“

Bernstein behauptet aber, daß die Minderheit Anspruch hatte, ihre Auffassung auf der Reichstagstribüne zu vertreten. Als Grund für seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion gibt Bernstein an:

„Indem die Fraktionsmehrheit den Beschluß faßte, der den Genossen Haase und die ihm Gleichgesinnten wie politisch unfähige hinstellt und ihn sofort durch die Streichung Haases aus der Reihe der Vertreter der Fraktion in der Budgetkommission in die brutale Praxis umsetzte, hat sie einen Gewaltakt verübt, den die Erregung des Augenblicks allenfalls erklären, aber niemals gutheißen machen kann. Unter diesen Umständen hätte ich es für einen Akt der größten Freigiebigkeit gehalten, mich den so in ihrem Recht beeinträchtigten Genossen nicht anzuschließen, wo sie zu der großen Frage, die heute dem Proletariat Europas gestellt ist, im wesentlichen die gleiche Haltung einnehmen, die mir als unabweisbar erscheint.“

Die „Breslauer Volkswacht“ läßt diesen Grund nicht gelten. Sie hält Bernstein vor, „daß andere Genossen, die sonst die Ansichten Bernsteins teilen, es doch noch lange nicht für nötig gehalten haben, einer außerhalb der Fraktion stehenden Arbeitsgemeinschaft beizutreten“.

31. / III. 1916.

Einigung über die U-Boot-Anträge.

Im Reichstagsauschuß ist eine Einigung auf einen gemeinsamen Antrag in der U-Bootfrage erfolgt.

Mit allen gegen eine Stimme wurde bei vollbesetzter Kommission folgender Antrag der Abgg. Bassermann, Bruhn, Ebert, Frhrn. von Camp-Massauen, Gröber, Dr. v. Heydebrand und der Lasa, Dr. Müller-Meinigen, v. Payer, Dr. Köstke, Scheidemann, Schiffer-Magdeburg, Dr. Stresemann und Graf v. Westarp angenommen:

Die Kommission wolle beschließen, dem Reichstage folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegsführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen anderen militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlung mit auswärtigen Staaten die für die See-geltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde zu dem Satze des gestrigen Berichtes:

„Hervorgehoben wurde von Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommando-gewalt ferngelegen habe.“

festgestellt, daß den Antragstellern solch Eingriff nicht nur ferngelegen habe, sondern daß er in den Anträgen nicht enthalten sei.

Es steht noch nicht fest, ob über diese Frage im Plenum überhaupt gesprochen werden soll. Das wird besonders von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gewünscht. Einigkeit besteht jedoch bei sämtlichen Parteien darüber, daß eine Erörterung im Plenum mit aller durch die Sache selbst gebotenen Rücksichtnahme zu erfolgen hätte.

Durch den gestern abend im Haushaltsauschuß angenommenen gemeinsamen Antrag sind die viel umstrittenen U-Bootsanträge der Konservativen und der Nationalliberalen, wie auch der Antrag des Zentrums und die erst im Auschuß gestellten Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei erledigt. Es ist erfreulich, daß eine Einigung erfolgt ist, welche den Wünschen der Antragsteller entgegenkommt, wie den dagegen erhobenen Bedenken gerecht wird. Unsern Feinden aber bereitet der Reichstag abermals eine starke Enttäuschung durch seine Geschlossenheit.

Die „Germania“ sagt zu der Einigung: „Der angenommene Antrag läßt nur die Deutung zu: es gibt in dem Meinungs- oder Auffassungsstreit über die Anwendung der U-Bootwaffe weder Sieger noch Besiegte! Man hat die Gründe und Gegengründe angehört und abgewogen, und sich dann auf einen Mittelweg geeinigt, der sich mit dem bestehenden Zustand heute zufrieden gibt, ohne sich für alle Zukunft darauf festzulegen.“

Heute tritt der Auschuß bereits um 10 Uhr vormittags zusammen, um der Voranschlag des Auswärtigen Amtes und danach den des Kriegsministeriums zu beraten.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 30. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u s s l a n d.

29. März. In der Gegend von Düna-burg dauert der Kampf an. Südlich von Düna-burg stellenweise heftiges Artilleriefeuer. In der Gegend westlich vom Naroczsee warfen wir den Feind aus dem südlichen Teil des Waldes südlich vom Dorfe Mozryce und wiesen einen folgenden feindlichen Gegenangriff durch unser Feuer ab. In der Gegend des Dginskkanals stellenweise heftiges Infanteriefeuer. Beim Dorfe Somino erzwangen unsere Abteilungen die Drahthindernisse eines feindlichen Postens und warfen ihn aus seinen Gräben. Die Deutschen flohen auf die andre Seite des Kanals. Feindliche Flieger warfen Bomben in der Gegend der Bahnhöfe Lubca und Lunitice (55 Kilometer nordöstlich von Pinsk). Auf der Front an der mittleren Stryba wiesen wir Versuche des Gegners, unsern Gräben nahezukommen, zurück. Auf der ganzen Front ist Tauwetter eingetreten. Die sumftigen Landseentgebiete sind überichweint. Überall, nicht allein in der südlichen, sondern auch in der nördlichen Gegend bedeckt sich das Eis der

Flüsse und Seen mit Wasser und taut an den Ufern auf. Das Schmelzen der sehr dicken Schneedecke auf den Wegen verursacht in der ganzen nördlichen Gegend für die Bewegungen der Artillerie außerordentliche Schwierigkeiten.

F r a n k r e i c h.

30. März, 3 Uhr nachmittags. Südlich der Somme drang der Feind unter Ausnützung eines heftigen Bombardements in ein vorgeschobenes Stück unsrer Linie westlich Vermandovillers und nördlich Chaulnes. Unser Gegenangriff warf ihn alsbald heraus.

Westlich der Maas unternahmen die Deutschen im Laufe der Nacht mehrmals Gegenangriffe gegen unsere Stellungen im Walde von Bocoourt. Alle Stürme wurden abgeschlagen durch Sperr-, Maschinengewehr- und Infanteriefeuer, die große Verwüstungen in den feindlichen Reihen — besonders vor dem Kernwerk von Avocourt — hervorrief, wo die Deutschen Haufen von Leichen zurückließen. Kein neuer Angriffsversuch in der Gegend von Malancourt.

Ostlich der Maas und in der Woivre zeitweise unterbrochenes Geschützfeuer. Die Deutschen warfen nördlich Saint-Mihiel eine große Zahl schwimmender Minen in die Maas, welche keinen Schaden anrichteten.

In Lothringen war unsere Artillerie zwischen Domevre und Bréménil tätig.

Von der übrigen Front kein wichtiges Ereignis.

Am 29. März warf eines unsrer Kampfgeschwader 15 großkalibrige Geschosse auf den Bahnhof Meh-les-Sablons, 5 auf den Bahnhof Bagny-sur-Moselle. In der Nacht des 30. d. beschossen zwei Flugzeuge den Bahnhof von Nachern und Maizières-les-Metz

11 Uhr nachts. Wir beschossen südlich der Somme die Verpflegungsbahnhöfe Buzeaux und Hallu (Gegend von Chaulnes). Westlich Nouvion wurde ein Flugzeug des Feindes von unsern Abwehrgeschützen abgeschossen; es fiel 5 Meter vor unsern Gräben zur Erde. Die Insassen sind tot. Ein Maschinengewehr dieses Flugzeuges wurde in unsere Linien gebracht.

Nördlich der Aisne Geschützkampf, der gegen die Befestigungsarbeiten des Feindes auf der Hochebene von Bauclore gerichtet war und eine starke Explosion zur Folge hatte.

In der Champagne schossen unsere Abwehrgeschütze ein Flugzeug ab, das bei Saint-Maria-a-By in die feindlichen Linien fiel.

In den Argonnen richteten wir ein starkes Feuer gegen die Wälder von Malancourt und Jille-Morte. Eine unsrer Minen brachte die deutschen Schützengräben zum Einsturz, eine andre zerstörte einen feindlichen Posten bei Hügel 285.

Westlich der Maas in der Gegend Malancourt tagsüber anhaltendes Geschützfeuer ohne Infanterietätigkeit.

Ostlich der Maas richteten die Deutschen morgens gegen unsere Stellungen an den Straßen zum Fort Douaumont einen heftigen Angriff, wobei sie brennende Flüssigkeiten gegen uns schleuderten. Der Angriff wurde völlig abgewiesen. Bald darauf fand ein zweiter Angriff auf denselben Punkt statt, der nicht größeren Erfolg hatte und den Deutschen gleichfalls sehr fühlbare Verluste zufügte.

In der Woivre zeitweiliges Artilleriefeuer. Eine starke feindliche Erkundungsabteilung, die unsern Gräben nördlich Weissen-

bach in den Vogesen sich zu nähern versuchte, wurde durch unser Sperrfeuer zerstreut.

Flugdienst: Unser Flugdienst zeigte sich tagsüber sehr tätig. Einer unsrer Flieger schoß in der Gegend von Domvion in der Champagne ein Fokkerflugzeug ab, das brennend in die feindlichen Linien fiel. In der Gegend von Verdun wurden fünf feindliche Flugzeuge in unmittelbarer Nähe unsrer Linien heruntergeholt. Unsere Flugzeuge wurden vielfach getroffen, aber alle unsere Flieger sind, ohne Schaden zu nehmen, zurückgeführt.

Belgischer Bericht.

Größere Artillerietätigkeit an der belgischen Front, besonders im Abschnitt von Dignuid.

Die Ergebnisse der Pariser Konferenz.

Zugano, 30. März. Die Kommentare der italienischen Blätter zu der amtlichen Verlautbarung der Ergebnisse der Pariser Konferenz lauten recht gedämpft; sie enthalten die nach Konferenzen und Kongressen übliche Bemerkung, daß die persönliche Bekanntschaft und der Gedankenaustausch der Teilnehmer einen sehr schätzbaren Nutzen darstellen. Ferner wird erklärt, daß die Früchte der Konferenz zwar nicht konkret ersichtlich seien, aber sich zeigen würden. Bei den Versuchen der Deutung des Sinnes der Worte „einzige Front und Aktions-einheit“ wird von einem Teil der Blätter wiederholt, daß jeder Verbündete seine Aktionsfreiheit auf eigenem Felde behalte und namentlich, daß Italien die Anerkennung der Unmöglichkeit, Streitkräfte von anderen Teilen der Front abzuziehen, habe durchsetzen können, von einem andern Teil der Zeitungen wird kombiniert, daß entweder italienische Truppen nach Frankreich oder französische und englische Truppen zur Verstärkung nach Italien kommen oder daß irgendeine neue militärische Aktion im Orient gemeinsam werde unternommen werden.

Vielfach wird auch angenommen, daß die Vereinheitlichung der Aktion überhaupt nicht militärisch, sondern diplomatisch gemeint sei, abgesehen von der Zählung der vorhandenen Geschütze und Feststellung der Munitionswagen, welche der französische, der englische und der italienische Munitionsminister im gemeinsamen Interesse vorgenommen haben. Hoffnungsvoller, jedoch merklich skeptisch wegen ihres positiven Wertes, wird die Erklärung der wirtschaftlichen Solidität der Verbündeten betrachtet, welche auch eine dem Kabinett besonders nahe stehende Zeitung in den Vordergrund zu stellen sucht.

Bern, 30. März. Ueber den Eindruck der Pariser Konferenz bei den Neutralen schreibt das „Berner Tagblatt“ unter anderm: Die Wirkung wird eine ganz andre sein, als die geschickten Regisseure in Paris erwarten. Aus dem Saße, den Krieg bis zum Sieg der gemeinsamen Sache fortzusetzen, werden wirklich Neutrale nicht das Bewußtsein der Kraft herauslesen, sondern wieder einmal an der Hand einer authentischen, nicht abzuleugnenden Kundgebung feststellen, welcher von den beiden Gruppen die Schuld zufällt, wenn der mörderische Krieg noch immer kein Ende nimmt.

Seitens der Centralmächte wurde klar und deutlich gesagt, daß sie zum Frieden bereit sind, wenn der Feind die militärische Lage anerkennt und ein Friedenswort ausspricht. Daß die Konsequenz der erwähnten Ankündigung auf deutscher Seite das Erlöschen jeder verführerischen Gesinnung sein muß, daß die Ansprüche der Friedensbedingungen damit immer härter werden müssen und daß niemand mehr berechtigt sein wird, den Deutschen Vorwürfe zu machen, wenn sie jetzt nur an die völlige Ausnutzung ihres Sieges denken, ist wohl die zweite Lehre aus der Pariser Konferenz.

Vor allem muß die Konferenz, die als Werkzeug des Sieges gelten möchte, als das Eingeständnis großer Schwäche der Ententemächte wirken. Nach einem fast zweijährigen Kriege müssen die Alliierten erst gemeinsam nach Einheit der militärischen Aktion usw. in langen mühsamen Beratungen suchen, um endlich den Erfolg zu versuchen, der ihnen bisher beharrlich verjagt blieb. Ein krasseres Eingeständnis der Unterlegenheit und der Schwäche der Entente ist kaum denkbar.

Nichts regte so sehr zur Bewunderung der Geschlossenheit, Zielsicherheit und der unbedingten Einheit der deutschen politischen und militärischen Leitung an, als gerade die Pariser Konferenz. Denn während man in der ganzen Welt das sichere Gefühl hat, daß die deutsche Politik und die deutsche Seeerleitung genau wissen, was sie wollen, und über die Mittel verfügen, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, muß erst jetzt in einer bunten Versammlung Klarheit darüber gesucht werden, was die Ententeländer wollen, und nach Mitteln geforscht werden, um diesen unklaren, vielköpfigen Willen zur Aktion zusammenzufassen.

31. III. 1916

Die Kollektivnote der Entente in Athen.

Athen, 29. März. (Melbung der „Südsl. Kor.“.) Die Gesandten des Bierzverbandes überreichten der Regierung eine Kollektivnote, in der Aufklärung wegen der letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten Skulubis in der Kammer bezüglich der Frage des Nordepirus verlangt wird. Die Kollektivnote bezieht sich auf die von dem Ministerpräsidenten gebrauchte Wendung, daß der Nordepirus definitiv zu Griechenland gehöre.

Die Ueberreichung dieser Kollektivnote wird hier um so mehr erörtert, als durch die Einverleibung des Nordepirus ein allgemeiner Wunsch des Landes in Erfüllung gegangen ist. Man zweifelt nicht daran, daß die Regierung in der Epirusfrage eine feste Haltung beobachten wird, worauf auch verschiedene Umstände hindeuten. Die Regierung weiß, daß in dieser Frage die Armee und das Volk geschlossen hinter ihr stehen.

Einstellung der russischen Offensive.

Eine französische Meldung.

Berlin, 30. März. (Privat.) Aus Genf wird der „Täglichen Rundschau“ gemeldet:

Einer offiziellen Meldung des „Temps“ aus Petersburg zufolge darf die russische Offensive vorläufig als beendet betrachtet werden. Der Berichterstatter des „Temps“ erklärt, das nun wieder eingetretene Tauwetter und die Schneeschmelze machten die Fortführung größerer Operationen unmöglich, und die noch andauernden Kämpfe, die den Russen gestattet hätten, einige ihrer Stellungen auf dem Nordabschnitt der Front zu verbessern, würden wahrscheinlich bald gänzlich aufhören.

Russische Truppenkonzentrierungen in Bessarabien.

Bukarest, 30. März. (Privat.) Die Blätter melden aus Tulcea: Die Truppenkonzentrierungen der Russen im südlichen Bessarabien dauern ununterbrochen fort. Es werden immer neue Reservekontingente eingestellt. General Matkow reist von Ort zu Ort, wo er den neu mobilisierten Truppen den Eid abnimmt. Ein Teil derselben wurde bereits auf der Donau nach Reni und von dort zu ihren Truppentorps befördert, denen sie zugeteilt wurden. Auch aus dem Kaukasus treffen Transporte von Tschertessen fortwährend ein.

Die Trinksprüche in Paris.

Briand und Salandra.

□ Frankfurt, 31. März. (Priv.-Tel.)

Der Frankfurter Zeitung wird aus Paris telegraphiert: Der Trinkspruch, den Briand am Sonntag bei dem Festessen zu Ehren der Mitglieder der italienischen Regierung bei der Pariser Konferenz der Alliierten ausbrachte, hatte nach einer Savas-Meldung folgenden Wortlaut:

Die Rede Briands.

„Herr Präsident! Vor einigen Augenblicken hat Ihnen Paris den feierlichen und herzlichen Willkommengruß des ganzen Landes entboten, und Sie haben fühlen können, wie sein Herz höher schlug, da jene Männer durch seine Straßen führen, die uns das Herz der ewigen Stadt Rom und das Echo der großen Volkskundgebungen entgegenbringen, durch die Italien sich neuerdings offenbarte. Im Namen der Regierung der Republik heiße ich die hohen Gäste willkommen, deren Anwesenheit uns ein so kostbares Pfand der Freundschaft bedeutet. Vor wenigen Wochen haben wir in Rom unvergeßliche Tage erlebt, in der Stadt, wo die Jahrhunderte so viel Ruhm aufgehäuft haben, und ebenso auf jene zurückeroberten Gebiete, wo sich die tapfere Ausdauer der Nachkommen ihrer alten Nation neu bewährt. Wir haben erkannt, wie der alte Heldengeist einer vor anderen bevorzugten Rasse neu entstanden ist, wir haben gesehen, mit welcher Zuversicht in sein Geschick Italien, das Land blühender und zugleich wohlbedachter Taten und Träume, seinen letzten nationalen Befreiungskrieg durchführt und Anteil nimmt an dem gigantischen Ringen, das den Triumph der echten Zivilisation sichern soll zur Würde und Freiheit der Völker.

Vollständig frei und in klarer Erkenntnis, erbot sich Italien, an die Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit seinen Tribut an edlen Leiden zu bezahlen. Eine solche Handlung, die es noch größer machen würde, wenn das möglich wäre, erwirbt ihm unsere brüderliche Dankbarkeit. Während auf allen Punkten der ungeheuren Kriegsfront und unter den verschiedensten Bannern unsere Soldaten nur ein einziges Volk in Waffen darstellen, das eine erbitterte Schlacht liefert, während der furchtbarste der Feinde in wütenden Angriffen versucht, den entscheidenden Sieg an sich zu reißen, der stets seine Fahnen flieht, der am Heldennut unserer Waffen gerade jetzt scheitert, sind Sie, wie wir kürzlich in Rom, erschienen, um der Welt einen neuen Beweis der Solidarität des Gedankens zu geben, der in allen Beziehungen die Aktion der Verbündeten beherrscht. Ob es sich um militärische Maßnahmen, oder um Maßnahmen zur See, oder ob es sich um den wirtschaftlichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind handelt, beweist Ihre Gegenwart hier, daß alle unsere Anstrengungen, so verschieden und so umfangreich sie auch sein mögen, einem einzigen Gedanken gehorchen. In der intensiven Fortsetzung des Krieges sind die Einheit der Gesichtspunkte, des Zieles und des Vorgehens die Bedingungen des Erfolges selbst. Dieses ist die kräftigste Grundlage unseres Entschlusses, zu siegen, und unseres unerschütterlichen Vertrauens auf den Triumph der Sache. Ich erhebe mein Glas zu Ehren des Königs und der Königin von Italien, der Königin-Mutter und der Mitglieder der königlichen Familie. Ich bitte Eure Erzellenz, hierin für Sie und die Mitglieder der königlichen Regierung den Ausdruck jener Wünsche zu erblicken, die ganz Frankreich für die Größe Italiens und den Ruhm seiner Waffen hegt.“

Die Antwort Salandras.

Salandra antwortete mit folgenden Worten: „Herr Präsident! Hierher gekommen als Vertreter Italiens, um Frankreich und seinem so vornehmen, ruhigen, stolzen und entschlossenen Volke, seiner so tapferen und heldenhaften Armee den Ausdruck unserer Solidarität, unserer Brüderlichkeit und unserer Bewunderung zu überbringen, finde ich in dieser wunderbaren Stadt Paris denselben warmen und enthusiastischen Empfang, der Ihnen während Ihres Aufenthaltes im ewigen Rom zuteil wurde. Mein Herz hat dieselben Eindrücke empfunden, die damals Ihr Herz höher schlagen ließen, und die Gefühle, denen Sie mit so viel Wärme wie Verehrsamkeit Ausdruck verleihen, sind auch die meinigen. Sie werden, seien Sie dessen versichert, in der gesamten italienischen Nation den vollkommensten und sympathischsten Widerhall finden. Die Traditionen des Prinzips und die Aspirationen zweier Völker riefen sie gemeinsam auf, die Sache der Gerechtigkeit und des Rechtes, die Achtung der kleinen Staaten und die Erlösung der unterdrückten Völkerschaften zu verteidigen. Dieser Sache werden wir treu bleiben und die Unterzeichnung des Friedens wird ihren Triumph darstellen. Das Vertrauen in diesen Triumph lebt immer unerschütterlich in uns; es findet schon in den letzten glücklichen Ereignissen und wird auch weiterhin in den Ereignissen, die die Einheit aller Alliierten vorbereiten, die durch ihre Anwesenheit in Paris feierlich bekräftigt wird, die ausgedehnteste Bestätigung finden. Mit diesen Gefühlen erhebe ich mein Glas zu Ehren des Präsidenten der Republik, der vornehmen, edelmütigen französischen Nation und ihrer glorreichen Armee.“

Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ein Aufruf der Parteileitung.

Die reichsdeutschen Parteiblätter veröffentlichen den nachfolgenden Aufruf: An die Partei!

Was von einem Teile der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden: achtzehn Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unsehbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenösslichen Ratsschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die so lange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Jetzt ist die Fraktion gesprengt worden und schon ist man dabei, wie es einige mit dreifacher Offenheit ankündigten, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerstörung unserer großen Partei heraufbeschworen werden.

Unter denbar schroffsten Provokationen haben die achtzehn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Staatsnotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion herangezogen werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Stats, weil der ordentliche Stat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den achtzehn hat in der Fraktionsitzung, in der über das Staatsnotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Worte angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion, im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt und so die Minderheit vergewaltigt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitalischen Anschauungen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben zweiundzwanzig Redner der Minderheit und dreißig Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrag der

Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderte für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas Derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperchaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Gesch. der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Abkehr von den sozialdemokratischen Grundsätzen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Uebereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berufensten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Liebknecht und Bebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Irreführung der Parteigenossen auszunutzen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Betrags an den sozialdemokratischen Grundsätzen bezichtigt.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen den Parteigenossen in möglichster harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei, sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft“ wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteiorganisation im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß sich der Zanf um die Fraktionspaltung überallhin verwickelt und das Parteileben vergiftend ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernherhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einfügung in die von ihren Organisationen gefaßten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Soll es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohneweiters, daß jene Separatisten unser ganzes Parteileben aufs Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht ist, ist überaus groß!

Und was soll nach der Meinung der achtzehn Sinn und Zweck der lärmenden Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle Kundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte Vorstellung. Die Regierungen des Biververbandes, die bisher jede Bereitschaft zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, setzen ihre Hoffnung auf eine lange Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch das Aufblühen in der Zweieracht im deutschen Volke. Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören, in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit mehr als Jahresfrist für die Beendigung des graufigen Untervergießens andauernd bemüht. Sie hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit den sozialistischen Parteien wiederherzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und der französischen Arbeiterschaft — abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — lehnen beharrlich ab, auch nur über die Förderung des Friedens mit uns zu sprechen, sie fordern vielmehr die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands.

Vor der harten Wirklichkeit dieser Tatsachen verschließen jene achtzehn beharrlich ihr Auge. Sie sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Sie jagen einem Trugbild nach und zerstören dabei die Einheit unserer Partei.

Zu keiner Zeit bedurfte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt der geschlossenen, festesten Einigkeit. Wir stehen im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung, gegen die neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Wir gehen neuen großen Kämpfen entgegen. Mannigfaltige, für die Arbeiterklasse hochwichtige Aufgaben müssen gelöst werden. Wir wollen den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Friedensschluß zur Geltung bringen, damit der Friede ein heilsamer werde für unser Volk und für die Menschheit. Wir bedürfen der voll gesammelten Kraft aller unserer Organisationen, um nach Beendigung des Krieges die Lebensinteressen des Proletariats gegen die Macht des Kapitalismus zu schützen. Einigkeit und Kameradschaftlichkeit tut da mehr denn je not!

Statt dessen werfen einige Verblendete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vieljähriger, opfervoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren.

Schützt die Partei! Schließt die Reihen!

Der Parteivorstand.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Der Parteiausschuß.

Die Beschlüsse des Parteiausschusses.

Dieser Aufruf ist im Parteiausschuß beschlossen worden, der am 27. März in Berlin getagt hat. Es ist zu nachfolgenden Beschlüssen gekommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen D a s e in der letzten Sitzung des Reichstages und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiausschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit.

Damit wird das Vertrauen der Massen in unserer Partei aufs schwerste erschüttert. Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswille nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann. Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen. Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen. Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiterführt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweideutig, daß sich ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung eigene festgefügte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziele, die Gesamtpartei zu bekämpfen. In Übereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiausschuß: In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierfüllung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. (Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Erledigung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. (Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schleunigst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reiche Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren. (Gegen drei Stimmen angenommen.)

Der „Vorwärts“ bringt den Aufruf gleichfalls an erster Stelle; er ist dazu als Zentralorgan verhalten. Doch antwortet er sogleich, indem er, wohl maßvoll in der Form, doch höchst entschieden im Inhalt, den Aufruf heftig bekämpft. Wie aus Berlin gemeldet wird, erläßt die neue sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine Gegenerklärung, in der es heißt: Nachdem wir tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt worden sind, bleiben wir zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt und vertreten die Partei. Wir richten an die Parteigenossen die dringende Aufforderung, sich im Rahmen unseres Organisationsstatuts weiter zu betätigen.

Zum Rücktritte des Kriegsministers A. A. Poliwanow.

Die Zustände in Rußland.

Von Dr. Hans Hebersberger.

Professor für Geschichte Osteuropas an der
Wiener Universität.

Wien, 30. März.

Raum haben sich unsere Feinde in Paris über das sichere Mittel, uns zu vernichten, geeinigt, so wird ihnen durch ihre Rechnung ein Strich gemacht. Der russische Kriegsminister Poliwanow, dessen Leistungen auf organisatorischem Gebiete wir nicht unterschätzen wollen, tritt zurück und an seine Stelle tritt der Generalintendant der Armee, General Schuwajew. Man muß offen gestehen, Rußland erleichtert durch seinen chronischen Ministerwechsel, der am besten die Hoffnungslosigkeit der „Sphären“, wie die leitenden Kreise in Petersburg genannt werden, kennzeichnet, den tapferen Heeren der Zentralmächte die Aufgabe, die Siegesbeute festzuhalten. Vor Jahresfrist fühlte man sich in diesen Kreisen seiner Sache so sicher, daß die Enttäuschung durch den Verlust Galiziens, Polens, Kurlands und Litauens so schwer wirkte, daß sie bis heute nicht überwunden wurde und erst durch eine neue Enttäuschung überwunden werden kann. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß Ende 1914 zwei aktive Minister, Sachtseglowitow und Maklakow, und der Gehilfe des Unterrichtsministers Baron Taube dem Ministerrat eine Denkschrift unterbreitet haben, in der sie außer der Einberufung Galiziens, der Bukowina und Nordungarns, Konstantinopels und der Meerengen in das russische Reich, die Zertrümmerung Preußens auf Kosten Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, Dänemarks und Rußlands, die Wiederherstellung der Königreiche Hannover und Hessen-Nassau und die Auflösung des Deutschen Reiches verlangten. Dabei gelten diese Persönlichkeiten noch heute als „deutschfreundlich“. Hier ist die Frage wirklich berechtigt: was wollten dann eigentlich jene, die diese Männer der Hinneigung zu Deutschland beschuldigen?

Nach den großen Niederlagen im Mai und Juni, der aussichtslosen Lage Warschaws erschien Poliwanow allgemein als der Retter aus der Not. Er sollte das gutmachen, was Suchomlinow durch die mangelhafte Voraussicht in die Fähigkeit und Kraft der Zentralmächte verbrochen hatte. Poliwanow hatte ja als Gehilfe des Kriegsministers und als dessen Vertreter im Wehrausschusse der Duma von 1906 bis 1912 an der Reorganisation der Wehrmacht Rußlands nach dem Russisch-japanischen Kriege hervorragenden Anteil und war bei allen Parteien der Reichsduma gleich angesehen. Nach dem Beispiele seines Vorgängers und der Entente-minister überhaupt hat er ja auch den Mund sehr voll genommen. Sowohl in der Dumassession im August als auch jetzt hat Poliwanow mit sehr viel Uebertreibung von der Stärke Rußlands und der Schwäche der Zentralmächte gesprochen. Noch am 22. Februar hat er auf die Unererschöpflichkeit des russischen Menschenmaterials im Gegensatz zu den beiden Zentralmächten hingewiesen. Daß dieses Prahlern mit dem unererschöpflichen Menschenmaterial aber der Wahrheit nicht entspricht, das zeigt uns Professor Migulin, eine Autorität auf dem Gebiete der russischen Finanzen und der russischen Volkswirtschaft, der in seiner Zeitschrift „Nowyj Ekonomist“ am 12. März folgendes schrieb: „Vor dem Lande steht das drohende Gespenst einer möglichen Hungersnot. Die Einberufung immer neuer und neuer Kontingente zur Armee dauert fort. Es wurde schon eine solche Menge von Leuten einberufen, daß deren Ausrüstung und

besonders Bewaffnung in der nächsten Zukunft vollständig undenkbar ist. Die einberufenen Kontingente werden daher überwiegend mit Sokolgymnastik beschäftigt; zur selben Zeit aber werden sie der produktiven Arbeit entzogen und man kann sie weder durch Gefangene noch durch Koreaner und Chinesen ersetzen. Niemand ist da, um auf dem Felde zu arbeiten.“ Hier sehen wir also die Rehrseite der Tätigkeit des russischen Kriegsministers und damit wird auch die Fabel von der Unererschöpflichkeit des russischen Menschenmaterials ad absurdum geführt. Die Folgen der Schnapspest konnten durch das Alkoholverbot bei Kriegsausbruch nicht rückwirkend beseitigt werden. Schon Witte hat in seinen Vorlesungen über die russische Volkswirtschaft darauf hingewiesen, daß der Prozentsatz der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung in Rußland im Vergleich zu den übrigen europäischen Staaten der kleinste ist. Daran trägt nicht nur die große Kindersterblichkeit, sondern auch die große Sterblichkeit in den mittleren Altersstufen als Folgen des übermäßigen Alkoholgenußes und häufig mangelnder ärztlicher Hilfe auf dem Lande das ihrige dazu bei. Wir wissen nicht, ob dieses Bestreben des russischen Kriegsministers, worin er ja nur seinen Vorgängern gefolgt ist, die Qualität durch die Quantität zu ersetzen, im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit, der Landwirtschaft, als der Hauptproduktionsquelle Rußlands, alle ihre arbeitenden Hände zu entziehen, zu Konflikten im Ministerrate geführt hat, als deren Ergebnis sein Rücktritt nun erfolgt ist. Jedenfalls aber hat die Möglichkeit einer gewaltigen Minderproduktion an Getreide und der dadurch drohenden Hungersnot alle Kreise in Rußland so erregt, daß seine Stellung dadurch vielleicht erschüttert worden ist.

Uebrigens gibt es noch einen anderen Konflikt, in den der Kriegsminister als Vorsitzender des besonderen Komitees für die Reichsverteidigung notgedrungen hineingezogen wurde. Es ist die Unzufriedenheit der Arbeiter in den für den Kriegsbedarf arbeitenden Fabriken und Unternehmungen mit ihren ungenügenden Löhnen, die zu einer Reihe von großen Streiks geführt haben. Der Dumaabgeordnete und Sozialdemokrat Tschenkeli hat in der Sitzung vom 17. März darauf hingewiesen, wie diese Streikbewegung in den letzten drei Monaten fast alle großen Petersburger Fabriken ergriffen habe und auch die Provinz, Moskau, Tula, wo in der großen Patronenfabrik gestreikt wurde, und Nikolajew erfaßt habe. Der Kommandant des Petersburger Militärbezirkes, Ingenieur-General Tumanow, hat allerdings durch drakonische Verfügungen diese Streikbewegung einzudämmen versucht. Diese Streiks waren auch der Anlaß, daß die Putilow-Werke vom Staat sequestriert worden sind. Darüber ist übrigens neulich in einer geheimen Sitzung der Duma verhandelt worden, und vielleicht waren die Ergebnisse dieser Debatte mitbestimmend für den Rücktritt Poliwanows. Die Stimmung der Arbeiter scheint so verbittert zu sein, daß die Reden ihrer Vertreter auf dem allrussischen Kongreß der Kriegsindustrie nicht zur Veröffentlichung zugelassen wurden. Das Kriegsministerium hat sich mit Gewaltmaßregeln, der Einberufung der Arbeiter an die Front, geholfen, hat aber dadurch, wie dies die Klagen der Industriellen beweisen, der Kriegsindustrie häufig ihre qualifizierten Arbeiter entzogen. Die Industriellen selbst aber bemühen sich soviel als möglich, den Arbeitern entgegenzukommen, scheinen dabei aber auf den Widerstand des Kriegsministeriums zu stoßen.

Allerdings muß betont werden, daß alle diese Nachrichten, die ja die russische Zensur passiert haben, nicht hinreichen, um den Wechsel eines Ministers zu erklären, der in den gegenwärtigen Zeiten doch das wichtigste Ressort verwaltet. Allmählich wird ja die Wahrheit durchsickern; heute können wir nur sagen, daß ein einfacher Personenwechsel die Uebelstände nicht beseitigen und die Katastrophe nicht aufhalten wird, mit der ein noch länger dauernder Krieg den inneren Bestand Rußlands bedroht.

**Graf Stefan Tisza über das unzerbrüchliche Zusammenhalten
der Centralmächte.**

Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer eine Unterredung seines Sonderberichterstatters Otto König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza. Ueber den Passus der Unterredung, in dem Graf Tisza die von der Entente ausgesprengten Gerüchte angeblicher Kriegsmüdigkeit Oesterreich-Ungarns scharf zurückweist, haben wir bereits im gestrigen Abendblatte telegraphisch berichtet. In folgendem geben wir die übrigen Teile des Berichtes über das Gespräch mit dem Grafen Tisza wieder:

„Im Verlaufe der Unterredung — so führt der Berichterstatter aus — fragte mich Se. Excellenz nach den Eindrücken, die ich vom Leben in der ungarischen Metropole erhalten hätte, und die ich ehrlich nur als die aller günstigsten bezeichnen konnte: Das Straßenbild dieser schönen Stadt ist so hunt und bewegt wie je, nur machte ich kein Hehl daraus, daß das gute Weizenbrot den Neid eines Menschen erregen müßte, der aus Berlin käme.

„Ja, dieses Brot wird uns immer vorgeworfen!“ meinte der Ministerpräsident, „die Leute vergessen es nur oder wissen es nicht, daß der ungarische Boden eben hauptsächlich Weizen und dafür wenig von anderen Getreidesorten hervorbringt und daß der Weizen daher auch den Hauptbestandteil unserer allgemeinen Ernährung, zumal der Landbevölkerung bilden muß. Fleischnahrung ist für den ungarischen Bauer schon in Friedenszeiten etwas ganz Seltenes! Große Gebiete unseres Bodens fallen durch ihr fast tropisches Klima auch für

den Gemüsebau vollständig aus. Sie sehen also, man tut unrecht, daran zu glauben, wir hätten Ueberschuß an Bodenprodukten, von denen wir nichts abgeben wollten. Im Gegenteil, wir müssen darauf sehen, daß unsere neuen Mehlvorschriften mit aller Strenge durchgeführt werden, denn unsere vorjährige Ernte war sehr ungünstig, und wir müssen nicht weniger sparen als alle anderen.“

Auf meine Frage, wie die Aussichten für die heurige Ernte wären, antwortete Graf Tisza:

„Die wird auf jeden Fall reich sein, denn eine ganze Reihe von Landstrichen konnte diesmal bebaut und nutzbar gemacht werden, deren Boden im Vorjahre noch Schlachtfeld war; dazu kommt dann noch das Gebiet Polens, Serbiens — also, auszuhungern sind wir nun einmal nicht!“

Wir berührten dann das Thema des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Centralmächte in kommenden Tagen, für welchen Zusammenschluß, wie Graf Tisza meint, die Formel umso eher gefunden werden würde, als seine Notwendigkeit — mit Ausschaltung der irrealen utopistischen Begehungen natürlich — immer klarer zutage träte.

„Wir haben einer für den anderen geblutet, wir haben einander in schweren Tagen geholfen, wir werden auch nach dem Kriege zusammenbleiben und zusammenarbeiten“, meinte Se. Excellenz, die mich mit herzlichem Händedruck verabschiedete. „Darüber können unsere Feinde beruhigt sein: Wir bleiben zusammen!“

Patriotismus und Sozialismus in der italienischen Kammer

Die italienische Kammer hatte am Mittwoch wieder einen „großen Tag“. Der Reform-Sozialist und Deputierte von Genua, Canepa, hielt eine sehr bemerkenswerte Rede, die mit Vorwürfen gegen das gegenwärtige Kabinett, insbesondere den Landwirtschaftsminister Casasola begann und in einen fulminanten patriotischen Hymnus ausklang. Es schlossen sich Szenen an, wie sie nur in einem südlichen Parlamente vorkommen: nicht nur, daß von allen Seiten die Onorevoli auf den Redner zurannten, um ihm die Hände zu drücken, nein, Canepa wurde stürmisch umarmt und gefüßt — sogar der angegriffene Landwirtschaftsminister eilte auf ihn zu und drückte ihm unter tosendem Beifall beide Hände. Und doch hatte Canepa im Grunde eine Rede gehalten, die auf eine Aenderung in der Zusammensetzung des Ministeriums zielt. Er hat dem Kabinett Salandra mangelnde Voraussicht in der Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik vor dem Eintritt in den Krieg vorgeworfen. Er hat ihm ferner vorgeworfen, es habe zugunsten seiner Bureaukraten die Mitwirkung der praktischen Leute, der Techniker, der Arbeiter zurückgewiesen. „Und das ganze Land habt ihr zurückgewiesen, tief Canepa, das Land, das euch von allen Seiten die Arme entgegenstreckte und euch seinen guten Willen anbot, sein gutes Hirn, seine Spezial-Kenntnisse und seine Erfahrung in der Arbeit ... Als der Krieg ausbrach, habt ihr nicht eingesehen, daß zugleich der Augenblick gekommen war, ein neues Leben zu beginnen, ihr habt nach wie vor in jedem Arbeiter einen bössartigen Kerl gesehen, in jedem Kaufmann und Industriellen einen „Konfusionsrat“, in jedem Deputierten einen ...“ Hier wurde der Redner durch Zwischenrufe unterbrochen, so daß der Rest, wenigstens für die Journalisten-Tribünen, verloren ging.

Zur Hebung dieser Mißstände verlangte Canepa allerdings nicht die Demission des Ministeriums, sondern seine Ergänzung aus allen Parteien, mit Ausnahme derer, die freiwillig am nationalen Leben nicht teilnehmen, das heißt der offiziellen Sozialisten. In Kriegszeiten müsse die Regierung stark sein, das könne sie aber nur werden, wenn sie nicht eine Partei-Regierung sei, sondern eine nationale. Der Redner wies auf England und Frankreich hin, wo dieser Weg bereits beschritten worden sei.

In der Besprechung der Kriegsziele stellt sich Canepa durchaus auf den Standpunkt, den Salandra in seiner berühmten Rede auf dem Capitol vertreten hat. Danach verfolgt Italien folgende Ziele: 1. Verteidigung der „Italienität“; 2. eine sichere Grenze; 3. eine stärkere und sicherere strategische Position in der Adria; 4. die Mitwirkung im Kampfe gegen den Traum einer deutschen Hegemonie über die ganze Welt, dem ein Friede folgen soll, durch den ein großes Deutschland gleichberechtigt neben den andern bestehen werde, aber nicht als Herrin.

In diesem Programm liegt schon die Absage an die extremen Sozialisten, die bekanntlich von einer Eroberungspolitik nichts wissen wollen. Canepa ist national bis in die Fingerspitzen. Darin kommt der gewaltige Spalt zutage, der zwischen den Reform-Sozialisten und den „offiziellen Sozialisten“ klafft. Es ist begreiflich, daß es bei diesem Anlaß einen heftigen Zusammenstoß zwischen diesen feindlichen Brüdern gab. Er war so vehement, wie man es nur in südlichen Parlamenten erlebt. Und da dabei in Form wütender Zwischenrufe grundsätzliche Fragen gestreift wurden, die auch bei uns eine gewisse Rolle spielen, so geben wir im folgenden einige kleine Bilder aus dieser temperamentvollen Diskussion.

Sie setzte mit Behemeng ein, als der offizielle Sozialist Graziadei den Reformisten zurief: „Alle eure Voraussichten sind ja zusammengebrochen!“

Darauf Canepa, den Gegner gemüthlich duhend: „Mein lieber Graziadei, Leute wie du solltest wahrhaftig nicht von Zusammenbruch reden. Du hast ja selbst zweimal deine Ideen zusammenbrechen sehen, als Sozialist und als Wirtschaftspolitiker. Und mit dir ist der ganze Sozialismus zusammengebrochen. Es war ein allgemeiner Zusammenbruch!“

Nun gab es einen ungeheueren Spektakel auf der Seite der offiziellen Sozialisten, den Canepa überschrie mit den Worten:

„Ja, er ist zusammengebrochen durch den Verrat der deutschen Sozialisten!“

Minutenlanges Lärm; als es möglich ist, fährt Canepa fort:

„Haase, der Sprecher der deutschen Sozialisten, hat noch am Kongreß von Brüssel drei Tage vor Kriegsausbruch gesagt: „Wenn es einen Krieg gibt, werden wir den Generalstreik proklamieren.“

Treves: „Das ist nicht wahr!“

Canepa: „Und der arme Laurès hatte doch die Einfalt es zu glauben! Unter allen Umständen mußte man nach dem Brüsseler Kongreß den Eindruck haben, es sei den deutschen Sozialisten mit dem Generalstreik ernst.“

Rondani (offizieller Sozialist): „Warum redet denn gerade ihr von Verrat? Wir sind unserer Ueberzeugung treu geblieben, während ihr die deutschen Sozialisten nachgeahmt habt.“

Dieser Sieb sah und Canepa wollte mit Eleganz darüber weggehen, aber nun war die Lawine im Rollen.

Rondani: „Warum verschweigt ihr denn, daß euer Briand, dem ihr erst kürzlich in Rom so große Ehren erwiesen habt, in Amsterdam einmal den Antrag gestellt hat, den Generalstreik zu erklären, wenn ein Krieg ausbräche?“

Lucci: „Und Herzó, habt ihr denn den ganz vergessen?“

Canepa: „Die Parteien müssen auf die Stimme der Geschichte hören ...“

Ciccotto (ihm beispringend): „Natürlich! Es war ja gerade Marx, der gesagt hat, eine Partei, die keinen geschichtlichen Sinn habe, sei eine Partei von Idioten.“

Canepa: „Ausgezeichnet!“

Nun wandten sich die offiziellen Sozialisten wutentbrannt gegen Ciccotto und schrien ihn an: „Jetzt bist du reif, Minister zu werden, du Militarist! Und der war einmal unser Führer! Wir wollen lieber Idioten sein, als Verräter wie du!“

Damit war der Höhepunkt erreicht. Mit vieler Mühe gelang es zwei Sekretären der Kammer die Wütenden zu besänftigen, und so konnte Canepa weiter sprechen. Er mündete, wie gesagt, in eine schwungvolle patriotische Apotheose.

Italienische Kammer

Rom, 16. d. (Stefani) Die Kammer bespricht die Wirtschaftspolitik der Regierung. Finanzminister Daneo legt die Grundsätze dar, welche die Regierung hinsichtlich der Ausfuhr befolgt. Die Regierung verfolgte das Ziel, die Ausfuhr so wenig als möglich zu beschränken, eine Beschränkung war jedoch unvermeidlich. Der Minister rechtfertigt das Verhalten der Regierung. Daneo stellt fest, daß in Italien die produktiven Energien sich mehr unterstützen als in den anderen Ländern. Der Wunsch der Regierung, dem sich, wie er glaube, die Kammer anschließen werde, sei, daß diese Energien sich stark erhalten wie bis anhin. (Sehr lebhafter Beifall.)

Federzoni, Nationalist, betont, daß das gegenwärtige Ministerium, das als Transaktionsministerium gebildet wurde, dem fürchterlichsten Weltbrand gegenüber zu stehen hatte, den die Geschichte kennt. Man konnte einige Male in der Haltung der Regierung eine gewisse Unsicherheit erblicken, sie war jedoch keineswegs verursacht durch Illoyalität oder durch Mangel an Aufrichtigkeit.

Salandra unterbricht den Redner, indem er mit Macht in den Saal hinausruft: Es ist nicht erlaubt, von Illoyalität seitens der italienischen Regierung zu sprechen, selbst um zu sagen, daß sie nicht existiert habe. (Lebhafte Beifallsbezeugungen.)

Federzoni fährt fort und verherrlicht den raschen Gang verschiedener Dienstzweige, insbesondere den Dienst, der von der Militärverwaltung abhängt. Er schließt, daß die Seele der Nation gestärkt aus dieser Krise hervorgehen werde, die auch Italien den hervorragenden Platz sichern werde, den es in der Geschichte einzunehmen berechtigt sei. (Beifall auf der Rechten, Lärm auf der äußersten Linken.)

Der Marineminister, Admiral Corsi, legt die Tätigkeit des Ministeriums in der Frage des Seeverkehrs und insbesondere in dem der überseeischen Transporte dar. Er hebt die Schwierigkeiten des Weltverkehrs infolge der Reduktion der Schiffe um 35 Prozent hervor. Diese Schwierigkeiten vermehrten sich noch durch die Tatsache, daß es notwendig wurde, jenseit der Ozeane Lebensmittel herbeizuschaffen, die man früher aus benachbarten Ländern oder aus den Mittelmeerstaaten einfuhrte. Die Steigen der Schiffsfrachten wurden ein allgemeines Phänomen, das in allen Ländern auftritt. Es wird besonders in Ita...

gefühlt, wo die Handelsflotte nur dem vierten Teil des Seeverkehrs genügen konnte. Für die Zukunft muß man überzeugt ein, daß eine starke Handelsmarine absolut notwendig ist, nicht nur für die ökonomische Machtentfaltung, sondern auch für die militärische und politische Macht des Landes. Der Minister legt hierauf die von der Regierung für die Versorgung des Landes mit der erforderlichen Menge Getreide und Kohlen ergriffenen Maßnahmen dar. Die Regierung machte sich der beschlagnahmten österreichischen Schiffe nutzbar. Sie verbot, daß die italienischen Schiffe, selbst die kleinen, auf Rechnung der englischen Handelsmarine den Seeverkehr pflegten. Sie verhandelte mit England, um zu erreichen, daß die englische Handelsmarine mit der italienischen zusammenarbeite, um den italienischen Seeverkehr zu bewältigen. Die Regierung verdiene den Vorwurf, sie hätte nicht genügende Vorkehrungen getroffen, keineswegs. Der Minister schließt, indem er sein tiefes Vertrauen in die italienische Handelsmarine ausdrückt. (Beifall.)

Zur französischen Krise.

Die heutige französische Krise ist für die Nächstbeteiligten eine Frage der Eroberung oder Erhaltung ihrer Machtstellung. Poincaré, Briand, Clemenceau, Barthou, Gallieni, Dugayon und wie sonst die Helden in diesem Schauspiel heißen mögen, schwören bei allen Heiligen der Republik und des französischen Himmels und denken dabei doch nur an ihre eigene interessante Person; bereit, jeden Augenblick ihren Katechismus zu ändern, wenn die politische Konjunktur das so mit sich bringen sollte. Uns aber sind alle diese Streber und Ränkeschmiede, Abenteurer und Staatsstreicher, Rechtsverdreher und Säbelraßler persönlich völlig gleichgültig. Für uns hat nur die Frage Bedeutung, ob ein neues Frankreich und was für ein neues Frankreich aus dieser großen Krise hervorgehen wird. Nicht als wenn wir uns den Bersöhnungshoffnungen pacifistischer alter Damen und futuristischer Ueber-Aesthetizisten hingeben. Solche Sentimentalitäten haben wir uns ja nach dem Vorbild Bethmann Hollwegs belanntlich gründlichst abgewöhnt. Aber wenn uns nicht die Liebe mit Frankreich eint, so knüpfen uns doch an unsere Nachbarin die gleichfalls recht festen Bande der Feindschaft, wie sie nicht von uns, aber den von England gelenkten Pariser Kriegspetulantengewollt ist. Es ist daher nicht belanglos für uns, wenn Madame La France in und an ihrem Staatshause Umbauten oder Neubauten vornimmt. Früher oder später muß auch ihre Kriegführung heute — und später ihre ganze äußere Politik von den Umwälzungen in ihren vier Pfählen beeinflusst werden. Nun sind zwar solche Umwälzungen zurzeit noch nicht als unmittelbar bevorstehend anzusehen, wohl aber ist das Drama der inneren Krise in einen neuen Akt getreten, der das Land der Peripetie und vielleicht auch der Katastrophe näher bringt. Wie auch die Frage Gallieni gelöst werden mag, die Frage des Verhältnisses der bürgerlichen und militärischen Gewalt zueinander wird nicht so leicht geordnet werden. Sie beunruhigt das innere Leben Frankreichs seit 1789; ist manchmal in eine gewisse Latenz verfallen, um dann desto heftiger wieder vorzubrechen; immer hat sie die heftigsten Erschütterungen mit sich gebracht.

Nach Beginn des Krieges richtete sich die Opposition der Demokratie zuerst gegen die „Diktatur“ der vollziehenden Gewalten im allgemeinen. Dann gab ihr Clemenceau die Spitze gegen den angeblichen oder wirklichen Absolutismus des Generalhauptquartiers. Poincaré und seine Minister wurden nur beschuldigt, sich zu Helfershelfern der Säbelraßler gegenüber dem Parlament zu erniedrigen. Bei der ersten Gallienikrise, die unmittelbar nach Briands Rückkehr aus Rom eintrat, stellte sich Eschère und Ministerpräsidium in der Tat an die Seite des Kriegsministers General Gallieni; und zwar aus zwei Gründen: e i n m a l, weil die Regierung wirklich der Ueberzeugung war, daß die oberste Heeresleitung, als deren Vertreter im Kabinett Gallieni galt, in außerordentlichen Zeiten auch außerordentliche Bewegungsfreiheit haben müsse und durch Kammerlaunen nicht belästigt werden dürfe; sodann, weil insgeheim auch Poincaré und Briand den durch den Krieg allzu mächtig gewordenen Generalen nicht recht trauten und Gallieni, als den damals einflussreichsten Kriegsmann, lieber im Ministerkreise unter konstitutioneller Aufsicht behielten, als ihn ins Lager der beleidigten und rachedürstenden Diminutio-Bonapartes abziehen zu lassen. Heute fürchtet man anscheinend Gallieni nicht mehr — oder aber Gallieni will sich durch die Vorstellungen der Zivilregierung nicht mehr zurückhalten lassen. Es wäre möglich, daß die Krise heute so weit gediehen ist, daß die g e s a m t e bürgerliche Republik — Präsidium, Ministerium, Volksvertretung — sich gegen die Säbelmänner wehren muß. Mit allen Palliativmitteln wird man an dieser verhängnisvollen Entwicklung kaum etwas ändern können; mit welchen Pflästerchen man auch zunächst die Gallienikrise zu verkleben suchen mag. Der Widerstreit zwischen Heeresgeist und Demokratie scheint unüberbrückbar; in Frankreich wenigstens.

Die Republiken sterben durch ihre Heere, hat man gesagt. Dieser Gefahr vorzubeugen, bemühten sich bereits die Männer der ersten Revolution. „Nicht von der Zahl allein und der Mannszucht eurer Soldaten — rief Saint-Just im Konvent —

Italienische Kammer.

Die erste ministerielle Verteidigungsrede.

R. Zürich, 17. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer ergriff nach einer scharfen Rede des Radikalen Perrone gegen die wirtschaftspolitischen und fiskalischen Maßnahmen und Verhältnisse sowie gegen Englands ausbeutendes Verhalten zur ersten ministeriellen Verteidigungsrede

Finanzminister Daneo das Wort, der zu jener Ministergruppe gehört, deren Ersatz von den Interventionisten in erster Linie gefordert wird. Daneo wies die Einwände, welche gegen die Kriterien und die Art und Weise der Ausführung der Ausfuhrbeschränkungen erhoben wurden, sowie die Vorwürfe, daß das Ministerium die freien wirtschaftlichen Kräfte nicht zum Worte kommen lasse, zurück und sagte, das Ministerium habe manches hinausgehen lassen müssen, um gewisse benötigte Stoffe, wie Holz, Zellulose und auch Eisen, welches dann im bearbeiteten Zustande nach Frankreich zu militärischen Zwecken abgegeben worden sei, zu erhalten.

Der Minister führte unter Zwischenrufen zahlreiche statistische Daten über die Einfuhr und Ausfuhr an, welche erweisen sollen, daß Italien mit deren Entwicklung zufriedener sein könne als England und Frankreich. Redner schloß, er persönlich lehne nicht die Verantwortung für etwa begangene Irrtümer ab und halte dafür, daß das vaterländische Interesse die Person und den politischen Daseinsgrund eines Ministers in den Hintergrund dränge; jeder werde sich nötigenfalls zu opfern wissen.

Der Nationalist Federzoni begann seine Rede mit wirtschaftspolitischen Kritiken, um alsbald dazu überzugehen, das Kabinett Salandra parlamentarischer Geburtsfehler zu zeihen und daran zu erinnern, daß es ein zerrüttetes Heerwesen und ungefestigte, revolutionsähnliche innerpolitische Zustände geerbt habe. Das Kabinett habe die Kriegsaufgabe Italiens und ihre Voraussetzungen schlecht erfaßt. Aber man müsse anerkennen, daß dies nicht von Illoyalität abhänge.

Ministerpräsident Salandra rufte wütend: Von Illoyalität der italienischen Regierung darf man nicht sprechen, sei es auch nur, um sie zu leugnen.

Dep. Federzoni erörterte hierauf die konkreten Unzulänglichkeiten der militärischen und wirtschaftlichen Rüstung und beanstandete, daß die Regierung gegenüber den feindlichen Staaten nicht alle Repressalien und Verteidigungen ausgeführt, ja sogar im Namen einer illusorischen Wechselseitigkeit feindliche industrielle Eigentumsrechte anerkannt und das fortbauernde Eindringen der deutschen Industrie zugelassen habe.

Redner schloß, nachdem die Sozialisten ihn mit den Rufen unterbrochen hatten, er verlese nichts weiter als einen Artikel der England und der Waffenindustrie verpflichteten „Idea Nazionale“, mit dem Ausdruck der Bestrebung, daß die nationalen Interessen über Klassenhaß und humanitäre Utopien siegen.

Rede des Marineministers.

Sodann legte Marineminister Corfi dar, was er für den Seeverkehr, welcher seit Kriegsbeginn 35 Prozent des Schiffsmaterials eingeholt habe, und für

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Wien, 17. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

15. März. In der Gebirgszone vom Tonale bis zur oberen Fella steigerte sich die Tätigkeit unserer Artillerie zu neuer Heftigkeit, unterstützt durch Angriffsunternehmungen der Infanterie, welche unserer Artillerie nützliche

16. März, 11 Uhr nachts, Nordlich der Fronte beiderseitige Artillerietätigkeit in der Gegend des Waldes südlich S. Maria

16. März. In der Gegend der Insel Salen (Südlich von Briga) heftiger Artilleriekampf. In der Gegend von S. Maria (Südlich von Briga) heftiger Artilleriekampf. In der Gegend von S. Maria (Südlich von Briga) heftiger Artilleriekampf.

Ziele aufzubrechen. In der Stomont gebirglichen Artillerie und neue Infanterieangriffe. Fortschritte wurden im Stomontgebirge (Südlich von Briga) erzielt. Südlich von Briga (Südlich von Briga) erzielt. Südlich von Briga (Südlich von Briga) erzielt.

Belgischer Bericht. Gegenwärtige Artillerietätigkeit in der Gegend westlich St. Marie sowie beim Stomontgebirge-Führerhaupt.

g-
it
ist
b-
je
m
m
s-

Italienische Kammer

Die Sonntags-Sitzung

Sp. Rom, 20. d. (Stefani) Die Kammer setzte am Sonntag die Diskussion der wirtschaftlichen Politik der Regierung fort.

Cavagnori spricht dem Kabinett sein Vertrauen aus. Bettolo begründet folgende Tagesordnung: „Die Kammer hat das Vertrauen, daß die Regierung in der klaren Erkenntnis der höchsten Interessen des Vaterlandes die schwere Aufgabe erfüllen werde, welche ihr anvertraut wurde; sie macht einige Kritiken über ihre wirtschaftliche Politik, besonders über den Mangel an Entwicklung der Handelsmarine, drückt aber das Vertrauen aus, daß das Parlament in dieser feierlichen Stunde einen neuen Beweis vaterländischer Eintracht geben werde.“ Rodino (Katholik) erklärt, er gebe niemandem etwas nach in seinen Wünschen für den Sieg der italienischen Waffen, an welchem die Katholiken mit allen Kräften mitarbeiten. Er hält es nicht für notwendig, das gegenwärtige Ministerium zu ändern, das man wohl ein nationales Ministerium nennen könne.

Salandra erklärt unter lebhaftester Aufmerksamkeit, er erkenne an, daß das ganze Ministerium für die Wirtschaftspolitik verantwortlich sei, und zwar nicht allein aus dem Gefühl der ministeriellen Solidarität heraus, sondern weil alle wirtschaftlichen Maßnahmen im Rate der Minister aufmerksam diskutiert, geprüft und angenommen wurden.

Man muß an die Umwandlung denken, welche dieser Krieg ohnegleichen in der Geschichte an allen Ideen und allen Tatsachen des Wirtschaftslebens verursacht hat, welche alles überschreitet, was der unterrichtetste, der weiseste und der klügste Mensch in der Regierung hätte voraussehen können. Die Regierung hatte das Gefühl, daß sie soweit als möglich die Energien der Nation unterstützen müsse, und bemühte sich, diese Pflicht zu erfüllen, ohne jemals den Rat oder die Mitarbeit von maßgebenden Personen zurückweisen zu wollen. (Zustimmung.) Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnten weder durch Gewalt noch durch Weisheit vermieden werden. Es war die Pflicht der Regierung, sie abzumildern. Wenn die gegenwärtigen Minister nicht imstande sind, diese Aufgabe zu erfüllen, so hat die Kammer die Pflicht, sie zu ersetzen, aber es dürfe kein Wort gesprochen werden, welches die Stimmung des Volkes herabdrücken könnte. Wer dies tue, handle gegen das Vaterland.

Salandra ermahnt jedermann ohne Unterschied von Partei und Rang lebhaft, jeder müsse die moralische Widerstandskraft des Landes stärken. (Lebhafter Beifall.) Die Redner, welche von konservativen Tendenzen des Ministeriums gesprochen haben, erinnert Salandra daran, daß Sonnino und Cavajola alte und glühende Anhänger der Interessen und der Rechte der Arbeiter sind. Uebrigens könne man im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr konservativ oder Demokrat, man könne nur Soldat sein. (Beifall.) Ueber dem politischen Ehrgeiz stehe das Vaterland, welches allein ewig und unveränderlich sei. Italien über alles! (Beifall.)

Mehrere Redner haben von der Kriegsführung gesprochen. (Lebhaftes Hört, hört.) Nun muß die Kammer offen und ohne Zögern sagen, ob die Männer, welche sich an der Regierung befinden, am fähigsten sind, um den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Man dürfe eine Krise nicht scheuen, wenn man sie für nützlich halte. Wenn andere geeigneter sein können, als die gegenwärtigen Minister, den Krieg zu führen, ist es besser, daß die Krise heute als morgen eintritt. Denjenigen, welche der Regierung vorgeworfen haben, daß sie die italienische Intervention nicht verschahert hätte, antwortet Salandra, daß man sich damit entehrt haben würde. (Lebhafter Beifall.) Wir mußten erhobenen Hauptes aus dem Bündnis austreten, an welches wir seit dreißig Jahren geknüpft waren, und nicht, als ob wir Schächer trieben, und Italien ist erhobenen Hauptes daraus ausgetreten. (Anhaltender Beifall.)

Man hat gefragt, ob die Regierung, indem sie neue Bündnisse abschloß, die Interessen gewahrt habe. Hohe Staatsgründe verbieten es dem Ministerium, zu antworten. Jeder möge nach seinem Gewissen und nach seinem Verstande urteilen. Denen, welche von einem größeren Kriege gesprochen haben, hält Salandra entgegen, daß derartige Argumente nicht in einer politischen Versammlung diskutiert werden dürften. Wenn man den Verdacht ausspreche, daß die Regierung sich nicht warm genug für den Krieg ins Zeug legt, so kann dies nur unseren Feinden Vergnügen bereiten. Die Regierung ist nicht verschwenderisch mit ihren Worten, aber man kann ihr nicht Mangel an Eifer vorwerfen. Solange unsere alten Herzen nicht brechen, können sie die Quelle dieses Eifers sein und wir haben nicht nötig, anderswo zu schöpfen. (Lebhafter Beifall.) Es sind heute zwei Jahre her, daß das Ministerium die Regierung übernahm. Wenn die Minister einiges Verdienst haben, so wollen sie sich daraus keinen Anspruch auf eine günstige Abstimmung des Parlaments machen. Möge die Kammer die Männer an die Regierung berufen, die sie für geeigneter hält zur Erreichung der Ziele, welche das Land im Auge hat. Aber damit die Regierung in nützlicher Weise handeln kann, muß sie des beständigen Vertrauens des Parlamentes sicher sein. (Neuerst lebhafter Beifall.) Salandra schließt: Stimmen Sie, wie es Ihnen Ihr Geist anrät; im Interesse des Landes, aber möge Ihre Stimmabgabe klar, glatt, ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken sein. (Neuerst lebhafter anhaltender Beifall.)

105 20

Abdruck der Originalaufsätze verboten.

Die Anstifter des italienischen Treubruchs.

Von Dr. Otto Kuntzemüller, Berlin-Schöneberg.

(Schluß)

3) Die „öffentliche Meinung“ in Italien.

Während die diplomatischen Verhandlungen noch schwebten, hatten die italienischen Freimaurerlogen ihre Wühlarbeit nach den Weisungen des Großmeisters Ferrari und der obersten Ordensbehörde in aller Offenheit weiter betrieben. Das wird bestätigt durch eine Rede, die Professor Nunzio Bacaluzzo am 10. März 1914, dem Todestage Giuseppe Mazzinis, bei der gemeinsamen Trauerfeier der Logen der Stadt Catania gehalten und die „Rivista massonica italiana“ im Aprilheft veröffentlicht hat. Darin heißt es u. a.:

„Aber wenn auch die Mautherei, diese älteste Internationale, den Krieg nicht verhindern konnte, so hat sie doch sofort ihre Stellung genommen — gegen den Militarismus, gegen den Imperialismus, gegen den österreichisch-deutschen Block — und zwar offen und loyal, in den Zeitungen wie auf der Straße (dulle piazze) ...“

„Klemt es sich für Italien, den untätigen Zuschauer in diesem schrecklichen Völkervertriebe zu spielen? Klemt es sich, daß es seine Neutralität verschächere, oder soll es in den Riesenkampf hinabsteigen, in dem das Schicksal ihm einen bevorzugten Platz angewiesen zu haben scheint?“

„Also darum weder Untätigkeit noch Trägheit! Denn — so mahnt Mazzini: die Nationen, die bei ungerechten und von dynastischen oder internationalen Interessen diktierten Kriegen untätige Zuschauer bleiben, werden an dem Tage, an dem sie selbst angegriffen werden sollten, auch nur untätige Zuschauer um sich haben.“

„Also Intervention! Die großen Ueberlieferungen Italiens, seine großen Männer wie Cavour, Garibaldi, Mazzini sprechen für sie dort, wo ein großes nationales oder internationales Interesse im Spiele ist. Wir müssen den Krieg von 1866 gegen Oesterreich wieder aufnehmen!“

„Ich begreife und verstehe wohl die völlige Neutralität, die unbewaffnete, verzichtende, ebenso wie ich den großen Krieg an der Seite des Endernehmens aus Gründen der Würde und der Interessen der Nation begreife! Uns aber ein so geringfügiges Lösegeld wie das Bistum Trient anzubieten, ist eine entehrende Gemeinheit!“

Die „heiligen Egoisten“ rächen sich früher oder später in der Geschichte, und Italien will kein Rumänien sein, das den leichten gestrigen Erwerb der Dobrutscha heute mit seiner Ohnmacht bezahlt.

Über was denn? Alte und junge, kleine und große Völker kämpfen heute eine Gigantenschlacht — die einen, um Europa zu beherrschen, die anderen, um sich nicht beherrschen zu lassen —; und Italien sollte in die gewaltige Arena hinabsteigen, bewaffnet mit Protokollen, um verstoßen einen Felsen Fleisch zu erhaschen, der ihm gehört? Aber mit was für einer Autorität, mit welcher Macht und welchem Ansehen (Prestige) werden wir dann morgen beim Friedenskongresse erscheinen? — Spanien, das schweigend beiseite steht, wird geachtet dastehen — es ist in seinem Rechte. Aber ein Volk, das einst sich im Namen heiliger Rechte erhoben und das bereits den kleinen Lohn für seine Tätigkeit eingesackt hat, das wird Gegenstand des Gelächters und der Verachtung dessen sein, der sich mit seinem Blute das Anrecht auf Dasein und Größe erobert hat.

Dieser Krieg ist schließlich — so wurde treffend gesagt — die Prüfung der Anrechte (titoli) der Großmächte Europas. Unsere Anrechte aber werden nach unseren Handlungen bewertet werden.

Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, aber der Tag des deutschen Volkes, so sang einst Schiller, muß ein Erntetag für alle Völker werden.

Und wahrlich, ich verkünde euch, daß der Tag des deutschen Volkes, ein Tag so voll von Licht und Schatten, von Gedanken und von Blut, im Verglimmen ist, — daß ein neuer Erntetag, froher an Hoffnungen, an Frieden und Liebe, in den blutgetränkten Furchen des alten Europa bereits anbricht und heranreift, und daß unser Tag gekommen ist, gekommen, um Frieden zu geben der großen Seele Mazzinis, gekommen, um das heilige Nachwahr zu vollziehen, die Rache des Pier Fortunato Casoli, der, den Vertrag von Udine zerrend, euch mit garibaldischem Ugefühl auf den Felsen von Cadore anfeueret:

„Brüder, die ihr aus unserer Asche entstanden, Bekämpfet den ewigen Barbaren!“ —

Unter dem 21. April 1915 erging dann folgendes Rundschreiben des ausführenden Ausschusses der obersten Ordensbehörde:

Sehr Ehrw. Meister vom Stuhl!
Sehr liebe Brüder!

Am 5. Mai wird in Quarto das Denkmal enthüllt, das den Tag, der das Fahrzeug der 1000 von dem verheißungsvollen Ufer den Geschichten Italiens entgegen abstoßen sah, für die Jahrhunderte heiligen soll.

Der Orden der Freimaurer, der in der Heldenschar viele seiner Söhne und den Großmeister als ihren unsterblichen Führer hatte auf dem Siegeswege, der sie von Marfala bis zum Volturno führte, muß in feierlicher und öffentlicher Form zugegen sein, wenn die Erinnerung an jenes große Ereignis wieder wachgerufen wird.

Alle Logen haben für diesen Tag nach Genua Abgeordnete und ihre Banner zu senden. Diejenigen, die aus zureichendem Grunde nicht direkt vertreten lassen können, mögen gleichfalls sofort als Bahnsendung ihre Fahne dem Br. Avvocato Francesco Gazzo, Via al Ponte Calvi N. 3 int. 5 Genova, übermitteln. Die Großmeister-

schaft und die höchste Ordensbehörde werden teilnehmen. Die Fahnen der Logen werden sich um das Panier des Großorientes von Italien versammeln.

Keine Loge soll die hohe Pflicht verabsäumen, den Tribut der Ehrung und Dankbarkeit jenen großen Geistern darzubringen, denen in Ungestüm und Getöse epischer Schlachten die Vision der vollkommenen nationalen Einigung Italiens vorleuchtete. Indem wir in diesen Wochen langer und zitternder Erwartung von höchsten Entschlüssen ihre Vision wieder mahrführen, bestätigen wir den heiligen Glauben an sie und den Wunsch, daß sie und die Geschicke des Vaterlandes ihrer Erfüllung entgegengehen mögen.

Dr. Rom, am 21. April 1915.

Der zug. Großmeister
Gustavo Canti 33.

So wurde die „öffentliche Meinung Italiens“ unter französisch-englischen Einflüssen durch die Freimaurerlogen gemacht, um dem Ministerium Salandra-Sonnino ein erwünschtes Mittel zum Druck auf Oesterreich-Ungarn und zur Einschüchterung des von seiner montenegrinischen Gemahlin beherrschten Königs Viktor Emanuel zu verschaffen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 21. Mai 1915 ließ es noch dahingestellt sein, ob die maßgebenden Personen des italienischen Ministeriums bei der Kündigung des Bündnisvertrages mit Oesterreich-Ungarn zur Wiedererlangung ihrer „vollen Handlungsfreiheit“ einer inzwischen durch geheime Abreden verstärkten Hinneigung zu den Feinden der mit Italien Verbündeten folgten, oder ob sie dem Druck der öffentlichen Meinung nachgaben, die sich unter dem fortgesetzten Anfeuern der in fremdem Solde stehenden Blätter immer mehr gegen die Mittelmächte erhitzt hatte. Heute wissen wir, daß Salandra und Sonnino, während sie sich in friedlichem Sinn mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland verhandelten, am 25. April 1915 mit dem Dreiverbände jenen Vertrag abschlossen, durch den sich Italien verpflichtete, binnen Monatsfrist an der Seite der Feinde seiner Verbündeten in den Krieg einzugreifen. Die am 5. Mai veranstaltete Feier der Enthüllung des Denkmals der Tausend in Quarto bei Genua zur Erinnerung an die Fahrt Garibaldis nach Marfala war nur eine von der italienischen Regierung durch Vermittlung der Freimaurer geschickt ins Wert gesetzte Aufreizung auch derjenigen Volkstreife, die bis dahin Ruhe und Besonnenheit noch bewahrt hatten und von Aufgabe der Neutralität nichts wissen wollten. Sie war die Einleitung zu der längst beschlossenen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn, die man nur als eine durch den allgemeinen Volkswillen gebotene Notwendigkeit erscheinen lassen wollte.

Den Verpflichtungen gemäß, die es im Vertrage vom 25. April 1915 gegen Zuführung eines Gebietszuwachses und Zahlung eines „Vorusses“ von angeblich drei Milliarden Lire seitens Englands zur Deckung von Kriegskosten übernommen hatte, erklärte Italien am 23. Mai 1915 an Oesterreich-Ungarn den Krieg und beging damit, wie Kaiser Franz Josef in seinem „Manifest an Meine Völker“ vom selben Tage treffend kundgab, einen „Treubruch, demgleichen die Weltgeschichte nicht kennt“. Die Anstifter dieses Treubruchs aber waren neben Camille Barrère und Sir Rennell Rodd, den Botschaftern Frankreichs und Englands in Rom, die italienischen Freimaurerlogen unter Führung ihres Großmeisters Ettore Ferrari, die sich durch Abordnungen mit ihren Bannern „in feierlicher und öffentlicher Form“ an der großen Kriegsgemeinschaft der italienischen Republikaner in Quarto beteiligt und der kriegsbeherischen Rede des berüchtigten, mit französischem und englischem Golde bestochenen Gabriele d'Annunzio begeistert zugestimmt hatten.

Der Generalsekretär des Großorientes von Italien, Ulfisse Bacci, hat nun in der von ihm geleiteten „Rivista massonica“ den Versuch gemacht, die italienischen Freimaurer gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie hätten unter dem Druck der französischen Freimaurer ihre Regierung beeinflusst, um sie auf Seite des Dreiverbandes in den Krieg hineinzuziehen. Er nennt die Behauptung, „es bestehe ein geheimes Einverständnis zwischen der französischen und der italienischen Bruderschaft, um vom französischen Golde, das in die Kasse des Großorientes von Italien wandere, kriegerischen Geist zu erzeugen und die Kosten der Propaganda zugunsten einer Einmischung zu bestreiten“, „eine Beleidigung, die wir aufs höchste entrüstet, kategorisch und entschieden zurückweisen“. Den italienischen Maurern sei auch nicht der leiseste Wunsch ausgedrückt worden, noch sei an sie die zurückhaltendste Mahnung ergangen, sich für die Einmischung einzusetzen. Man lenne in der ganzen Welt ihre Unabhängigkeit und wisse wohl, daß sie gegen jede ungesetzmäßige Beeinflussung von auswärts energisch angekämpft haben würden.

Es mag immerhin zugegeben werden, daß urkundliche

Beläge für eine durch französische Geldzahlungen unterstützte Beeinflussung des Großorientes von Italien zu dem in Rede stehenden Zwecke nicht beizubringen sind, damit ist aber noch keineswegs bewiesen, daß solche Zahlungen nicht auf Umwegen erfolgt sind. Solche Umwege ausfindig zu machen und zu benutzen, versteht der französische Botschafter Barrère sehr gut, wie von wohlunterrichteten Stellen bestätigt wird. Auf die Ablehnungen des Generalsekretärs Bacci ist daher kein besonderer Wert zu legen, wohl aber darauf, daß er mit diesen Ablehnungen zugleich zugibt, daß seine italienischen Brüder für die Verwirklichung der irredentischen Ansprüche durch Waffengewalt eingetreten sind. In dem erwähnten Artikel der „Rivista massonica“ sagt er nämlich: „Die italienischen Brüder denken mit ihrem Verstande, sie fühlen mit ihrem Herzen. Sie dachten und fühlten — so wie sie denken und fühlen —, daß das Vaterland das Recht besaß und noch besitzt, seine Einheit wiederzuerlangen, indem es seine Alpen und sein Meer erobert. Es war und ist der feste unerschütterliche Wille, nicht einer Partei, sondern des ganzen italienischen Volkes, daß, da man die nationale Wiedervereinigung nicht durch die langwierigen und unzuverlässigen Verhandlungen der Diplomatie erlangen könne, man sie mit der Waffe in der Hand verwirklichen müsse.“

Hiermit bestätigt Bacci unsere Darlegungen, daß die italienischen Freimaurer zu den Anstiftern der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn gehören.

Es wäre nun aber gänzlich verfehlt, wenn man aus der Haltung der italienischen Freimaurer, wie es von gewissen Seiten geschehen ist und noch geschieht, ein allgemeines Urteil über die Freimaurer überhaupt schöpfen wollte.

Der Wesensunterschied, der in Auffassung und Uebung der Freimaurerei zwischen den vom Großorient von Frankreich beeinflussten romanischen und den germanischen, insbesondere den deutschen Logen besteht, ist bereits in diesem Blatte zur Erläuterung des Beschlusses des deutschen Großlogenbundes vom 29. Mai 1915, seine bisherigen Beziehungen zur italienischen Freimaurerei abzubrechen, eingehend beleuchtet worden.“ Dieser Beschluß sämtlicher deutschen Großlogen, vertreten auf dem Großlogentage vom 29. Mai 1915, lautete:

„Angesichts der Haltung der italienischen Freimaurerei, die, aufgestachelte durch ihre französischen Gesinnungsgenossen, sich in ihrer Gesamtheit in politische, zum Kriege führende Parteikämpfe eingelassen und dadurch gegen das eine derartige Handlungsweise ausdrücklich verbotende freimaurerische Grundgesetz schroff verstoßen hat, bricht der Deutsche Großlogenbund seine bisherigen Beziehungen zu der italienischen und französischen Freimaurerei hiermit ab.“

Der Beschluß war die Folge des mit der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1915 tatsächlich vollzogenen Treubruchs Italiens gegenüber seinen bisherigen Verbündeten. Der Abbruch der maurerischen Beziehungen zu den italienischen Logen war vom deutschen Großlogenbunde allerdings schon geraume Zeit vor dem Kriege erwogen, aber aus patriotischen Rücksichten hinausgeschoben worden in der Hoffnung, daß die Aufklärung über die wahren Ursachen des uns aufgezwungenen Krieges die italienischen Logen zur Aufgabe ihrer dreibundfeindlichen und friedensstörenden Haltung veranlassen könnte. Als dann der Geheimerlaß des Großmeisters Ferrari vom 6. September 1914 in Deutschland bekannt geworden war und Ferrari selbst ihn auf die wiederholte Anfrage im November 1914 als „authentisch und offiziell“ anerkannt hatte, ließ der deutsche Großlogenbund zunächst jeden amtlichen Verkehr mit dem Großorient von Italien ruhen; er war, wenn auch Italien noch nicht zu den mit uns im Kriege befindlichen Staaten gehörte, durch die Tatsachen ausgeschlossen. Der förmliche Abbruch der Beziehungen war eine gebieterische Notwendigkeit, nachdem untrügliche Beweise vorlagen, daß die Großloge von Italien in schroffster Weise gegen das Grundgesetz der Freimaurerei, jede politische Betätigung von den Logen fernzuhalten, verstoßen hatte, indem sie die italienischen Brüder aufforderte, sich durch ihre Logen zu politischer Beeinflussung des Volkes und der Regierung von Italien fest und einheitlich zusammenzuschließen, um die Ansprüche der Irredenta durchzusetzen.

Die Lehre, die sich für alle wahre und echte Freimaurerei aus den mit der französischen und italienischen Freimaurerei gemachten Erscheinungen ergeben, liegt auf der Hand.

„Die Freimaurerei in Frankreich und Italien (Ein Wort der Abwehr und der Aufklärung)“, Unterhaltungsbeilage der „Täglichen Rundschau“, Nr. 43 und 44 vom 23. und 24. Juni 1915.

21/III. 1916

Zur Kriegslage

Russische Offensive. Die Kämpfe im Nordabschnitt. Gefechte zwischen Dünaburg und Wiszniewsee. Kämpfe an der russischen Südfront. Die Lage auf dem Balkan. Eine Stelle des „Temps“. Um Saloniki und Balona. Oesterreichische Angriffe an der Isonzofront. Cadorna und die militärische Rolle Italiens. Verbreiterung der Verbundener Angriffsfront. Und die Engländer?

Wie zu erwarten war, sind nun auch, wenn auch spät, um koordinierend zu wirken, die Russen in Bewegung gekommen, während die Engländer an der flandrischen Front noch ziemlich still liegen.

Die Russen haben nördlich der Pripijetsjümpfe angegriffen. Das ist bezeichnend für die strategische Lage im Osten und bei einer Prognose der Entwicklung zu verwenden. Die Angriffe erfolgten im Befehlsbereiche des Generals Ewerth, der der Gruppe Kuropatkin zugeteilt ist, und scheinen hauptsächlich zwischen dem Dryswjatj-See und dem Karocz-See stattgefunden zu haben. Dieser Frontabschnitt ist von den Russen behauptet worden, als der Vorstoß der deutschen Heereskavallerie südlich Dünaburg an der Wiljka zum Stehen gekommen war.

Seit vielen Monaten liegen sich Russen und Deutsche in diesem Seen- und Sumpfsgebiet gegenüber. Dabei ist es den Deutschen gelungen, ihre Verbindungen in vorzüglicher Weise auszubauen und ihre Stellungen so mit Maschinengewehren auszustatten, daß sie mit verhältnismäßig geringen Beständen ihre Linien halten können. Die Russen haben sehr starke Kräfte gegen die deutsche Front geworfen. Es ist zwar nicht ersichtlich, ob der ganze, 135 Kilometer lange Frontabschnitt umkämpft wird, doch scheinen sich die Hauptangriffe um Postawy zu konzentrieren, wo eine wichtige Bahn- und Straßenverbindung in westöstlicher Richtung verläuft. Postawy liegt 25 Kilometer nördlich vom Karocz-See. Nach dem deutschen Bericht sind die Angriffe der Russen glatt abgeschlagen worden.

Der russische Bericht vom 20. März läßt die deutschen Gegenangriffe als Angriffe erscheinen, es bleibt aber anzunehmen, daß die Aktion der Deutschen als Gegenangriff zu bezeichnen ist. Man möchte aber glauben, daß es sich um einen noch größeren Abschnitt handelt und daß die ganze russische Front von Dünaburg bis zu den Pripijetsjümpfen in Bewegung gekommen sucht. Die Russen nennen als einen Brennpunkt wieder die Gegend von Widisy im Raume Dünaburg, wo sie das Dorf Welikoje-Selo, knapp zehn Kilometer südöstlich von Widisy, erstickt haben. Die deutsche Front verläuft hier wohl an der Straße Widisy-Godajischki-Romaj in südlicher Richtung. Ob das östlich vorgeschobene Welikoje-Selo in diese Front einbezogen war, ist zweifelhaft.

Im Abschnitt südlich des Karoczsees, wo die deutsche Verteidigungslinie zwischen Karocz- und Wiszniew-See verläuft und dem Beretopfluß vorgelagert ist, haben die russischen Angriffe von Wilejka als Hinteraum ausgehend, an der Straße Iza-Jasowir etwas Boden gewonnen und reichen an Ostrowlanj dicht nordöstlich des Wiszniewsees, 14 Kilometer nordwestlich Iza heran.

Auch an der russischen Südfront herrscht lebhaftere Tätigkeit. Die Oesterreicher wurden zur Aufgabe der bekannten Brückenschanze von Usziesko genötigt. Der Besatzung ist es in kaum glaublicher, glänzender Weise gelungen, sich nach der Position Zaleszczynki durchzuschlagen.

Auf dem Balkan herrscht auch jetzt noch verhältnismäßige Ruhe, doch verlangen die Scharmügel an der Peripherie des Raumes von Saloniki in der Richtung auf Monastir und Doiran Aufmerksamkeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dort Bewegungen vorbereiten.

Eine eigentümliche Stelle im Tagesbericht des „Temps“ vom 18. März nimmt auf eine allgemeine Koordination der militärischen Anstrengungen der Entente Bezug, die sich in dem russischen Vorrücken von Kermanschan gegen Mesopotamien, den neuen Angriffen der Italiener zur Verhinderung österreichischer Truppenbewegungen nach Galizien äußere und sich vervollständigen werde durch die Ausführung eines weitgreifenden Gesamtplanes, in dem die serbische Armee eine Rolle spielen und sämtliche Flotten der Alliierten mitwirken würden.

Wenn sich hinter diesen Worten nicht Ungreifbares oder Irreführendes verbirgt, so ist Großes im Werk, ob's zum Leben kommt, muß sich zeigen. Die Entente hofft, daß die russische Pointe, die von Kirind ins Stromland zieht, die Türken zum Rückzug von Kut-el-Amara zwingt, wo Townshend am Erliegen ist. Die Entente hofft ferner, daß die Türken die Linie Trapezunt-Ersingian-Diabelk preisgeben müssen, da die Russen bereits dicht vor Trapezunt stehen und im Zentrum über Mamachatum im Euphrattal (Karasu) vorrückend, fast vor Ersingian angelangt sind. Die serbische Armee soll offenbar als fliegendes Korps mit zum konvergierenden Angriff auf dem Balkan angeordnet werden, sei es nun von der südbalkanischen, sei es von der mazedonischen Küste aus, vorausgesetzt, daß sie nicht zu einem noch gewagteren Unternehmen verwendet wird. Ein Vorstoß von Saloniki ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, nur dann eines ausgreifenden Erfolges fähig, wenn er als Teil einer allgemeinen Offensive erfolgt. Wäre die Entente heute noch in der Lage, über den ganzen Balkan zu gebieten und Griechen, Serben, Bulgaren und Rumänen mit fortzureißen, so besäße sie vielleicht die Möglichkeit zu einem gewaltigen Flankenstoß gegen Ungarn. Davon ist aber nicht mehr die Rede.

Heute befindet sich der größte Teil des hierzu notwendigen Angriffs- und Operationsgebietes im Besitze der Zentralmächte und des mit ihnen verbündeten Bulgariens, und Rumänien hat sich bis jetzt einer Anteilnahme am Kriege enthalten. Ob ein Offensivplan des Vierverbandes auf dem Balkan morgen größere Aussichten böte bleibt einer Erörterung bis zur Klärung der politischen Lage entzogen.

Der österreichische Vormarsch auf Balona ist seit der Meldung vom 15. März auf die Divojusa wieder mit Schweigen umgeben worden. Es sei daran erinnert, daß in der Betrachtung vom 15. März gesagt wurde: „Ob die Oesterreicher den Divojusaabschnitt rasch überwinden und über Misoli und Panajia folgen, bleibt abzuwarten, wird sich aber vielleicht erst im Zusammenhang mit den von Berat und Elbasan vorzutragenden Angriffen darstellen lassen.“ Mit andern Worten, man muß sich hüten, den Ereignissen vorzugreifen und den Vormarsch auf Balona als große konzentrische Operation vorwegzunehmen.

Wichtiger ist, daß die Oesterreicher am Isonzo mit starken Kräften im Feuer stehen und daß zum ersten Male seit dem kleinen örtlichen Vorstoß am Görzer Brückenkopf ein österreichischer Gegenangriff von operativer Bedeutung erfolgt ist. Er galt dem Tolmeiner Brückenkopf und hat, wie auch aus dem vorsichtigen Eingeständnis der italienischen Heeresleitung hervorgeht, die Italiener zur Zurücknahme ihrer Front gezwungen. Ob sich hinter diesem Vorstoß der Oesterreicher, der im wesentlichen der Freimachung des Tolmeiner Brückenkopfes gewidmet ist und auch die italienische Flankenstellung am Mrzli erschüttert hat — die Italiener sollen dort bis Gabrije, an die Talrandstraße geworfen worden sein — eine Offensive verbirgt, oder ob es sich nur um eine wesentliche Frontverbesserung handelt, die später auszunützen wäre, bleibe unerörtert. Auch von der Dolomitenfront und aus dem Trentino tönt Gefechtslärm. Die österreichisch-italienische Front ist in Schwingung geraten. Jedenfalls sind die Oesterreicher nach der ganzen Entwicklung in der Lage, zu starken örtlichen Offensivstößen überzugehen und nicht in starre Defensive gebunden, wie man auf der Gegenseite wähnt. Die Italiener aber sind, wie immer betont werden muß, gezwungen ihre Defensive so stark zu halten als irgend möglich, wollen sie nicht von heute auf morgen von strategischen Ueberraschungen heimgesucht werden und aus der stationären Offensive ins Gleiten kommen.

General Cadorna ist nach Paris und London gereist. Diese Reise erfolgte acht Tage nach der großen Sitzung des obersten Kriegsrates. Das ist auffällig und läßt nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß der italienische Generalissimo mit den vor acht Tagen gefaßten Beschlüssen einverstanden sei. Allerdings schreibt der „Temps“, daß die Ankunft Cadornas die Entschiedenheit der Haltung Italiens unterstreiche und daß Cadorna mit den Vertretern der verbündeten Armeen die Ausführungen im Kriegsrat von Chantilly vorbereitete Entwürfe bereinigen werde, aber diese überzeugend klingt das nicht, obwohl man

nehmen muß, daß in Chantilly nicht Schlagrahm hergestellt, sondern ernste Arbeit geleistet worden ist, deren erste Erfolge im Osten heranreifen sollen.

Es ist eben sehr schwer, Italien eine andere aktive militärische Rolle zuzuweisen, als es jetzt schon spielt. Ob «Guerra nostra» oder «Guerra generale», militärisch bleibt Italien, wenn es gesunden Grundfäden folgt, an die Trentiner- und Isonzofront gefesselt, so fruchtlos die italienischen Offensivversuche dort bis jetzt auch gewesen sind und so groß die strategische Unterlegenheit der Italiener auch ist, die einen Angriffskrieg in der Defensive führen müssen. Geht die italienische Heeresleitung hievon ab, so folgt sie mehr politischen als militärischen Erwägungen.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz, wo die deutsche Offensive im Raum Verbundener zwar nicht mehr sichtbar vom Fled gekommen ist, aber das Zerstörungsfeuer der Artillerie nicht kontrolliert werden kann, macht sich die Ansammlung von Kräften immer stärker in dieser Richtung geltend. Die deutsche Angabe, daß man bereits 27 französische Divisionen dort gezählt habe, ist nach der Lage der Dinge glaubwürdig. Interessant ist, daß der „Temps“ zwar in seiner Analyse vom 19. März schreibt, die Franzosen hätten nicht so viel Divisionen vorgeführt, denn mehr als 13 Armeekorps dazu zu verwenden, hieße, zu viele Soldaten ins Feuer zu werfen. Eine amtliche Darstellung der französischen Regierung dagegen erklärt, man wolle die Zahl 27 weder bestätigen noch in Abrede stellen und dem Feind im Bedarfsfalle noch ebenso viele frische Divisionen zeigen. Jedenfalls ist die französische Kräteansammlung zwischen Argonnen und Maas eine ungeheure. In welcher Beziehung das auf die Entwicklung der Verbundener Kämpfe und auf die Entschlüsse der Heeresleitung des Angreifers einwirkt, wird sich zeigen. Wie vorauszu sehen war, ist die Angriffsfront verbreitert und bis zum Argonnensektor ausgedehnt worden. Der Abschnitt Avocourt-Malancourt ist in den Kampf geraten, der Raum Bethincourt also nun auch von Nordwesten angegriffen. Ergebnisse sind noch nicht erzielt worden.

An den übrigen Frontabschnitten des Westens ist die Tätigkeit wieder mehr zurückgetreten. Sie beschränkte sich zum größeren Teil auf Operationen in der Luft, von denen besonders der Kampf ob Mülhausen, die Bombardierung der französischen Hochadelinen hinter der Ostfront und auf der Argonnenbahn anzuführen sind.

Die Stille, die an der englischen Front herrscht, wird immer auffälliger. Auf die Dauer kann man sie nicht mehr mit englischer Zurückhaltung erklären. Wenn die englische Heeresleitung mit Blut und Material spart und zu gleicher Zeit der oberste Kriegsrat der Verbündeten zur Beratung des allgemeinen Entwurfes einer planmäßigen Generaloffensive gelangt ist, so darf man annehmen, daß entweder über kurz oder lang die englische Front angriffsweise in Bewegung kommt oder eine andere operative Lösung gesucht wird. H. St.

Die Einigkeit in der bulgarischen Sobranje

Von St. Dimitroff, Bern

Verfassungsgemäß eröffnet jedes Jahr König Ferdinand die Sobranje mit einer Thronrede. Darauf wählen die Abgeordneten eine Kommission, um die Antwort auf die Rede abzufassen und der Sobranje zu unterbreiten. Nach Annahme der Antwort wird diese durch eine besondere Abordnung im Palast dem König feierlich überreicht. Das ist kurz die Vorschrist in der Verfassung. In der Diskussion der Rede beteiligen sich meist viele Redner, und jeder lobt oder tadelt die Regierung vom Standpunkt seiner Partei aus.

Die Diskussionen in der gegenwärtigen Session waren wieder lebhaft, aber nicht so aggressiv wie sonst wohl. Man merkte es, laut der bulgarischen Presse, daß eine mildere Atmosphäre über der Sobranje lag. Dies erklärt sich dadurch, daß die Regierung mit ihrer kühnen Politik das Ideal des bulgarischen Volkes erfüllt und damit die Opposition total entwaffnet hat. Alle Parteien waren bemüht, die Befreiung von Mazedonien zu erzielen. Die jetzige Regierung hat diese Befreiung mit Gewalt vollzogen und trat mit einem fertigen Akt vor die Volksvertretung. Die Opposition ist sozusagen gezwungen, die Politik der Regierung zu billigen und gutzuheißen. Zwar suchen einige oppositionelle Führer die Regierung bald hier bald dort anzugreifen; ihre Kritik hält jedoch keinen Stand, da sie sich nur auf minder wichtige Dinge bezieht.

Der gewesene Ministerpräsident Jvan C. Gesehoff (kons. Volkspartei) sagt u. a.: „Wie das bewaffnete bulgarische Volk einig ist, so müssen auch wir hier einig sein. Wir dürfen dem Ausland keinen Anlaß geben zu dem Gedanken, es herrsche in diesem wichtigen Moment unter uns Zersplitterung.“ Weiter empfiehlt der Redner die Fürsorge für die Armee, sowie Maßregeln zu treffen gegen die Verteuerung der Lebensmittel. Der gewesene Ministerpräsident Dr. Daneff (progressive liberale Partei) freut sich sehr, daß Mazedonien befreit wurde und daß die beiden kämpfenden Gruppen anerkannt haben, Mazedonien gehöre den Bulgaren. Auch er empfiehlt die Fürsorge für die Armee und für die Lebensmittel der Bevölkerung. Er äußert den Wunsch, die Presse möge eine ruhige Sprache führen, sowohl gegenüber den großen Mächten, als auch gegenüber den benachbarten Staaten. Zum Schluß sagt er: „Ich zweifle sehr, ob es für uns nützlich sein dürfte, wenn Serbien total verschwinden würde.“

Ein anderer Oppositionsredner, der gewesene Ministerpräsident Malinoff (demokr. Partei) führt u. a. folgendes aus: „Welches Bild bietet unser politisches Leben seit Beginn des Krieges? Eine Anzahl Abgeordneter verschiedener Parteien stehen vor Gericht, die einen wegen politischen und die andern wegen vulgären Verbrechen. Die Schuldigen sollen bestraft werden. Doch das interessiert mich nicht. Das Bedenkliche ist, daß bis heute in der Sobranje in betreff dieser Abgeordneten keine Mitteilung erfolgte. Ich halte fest am Prinzip der Immunität der Abgeordneten.“ Weiter wendet sich der Redner gegen die scharfe Zensur und verlangt ein „Grünbuch“ von der Regierung, in welchem die Vorgänge klar dargestellt werden sollen.

Dr. Fadenhecht (Radikaldemokrat) vertritt in einer langen Rede die Meinung seiner Partei; „in diesem wichtigen Moment für die nationale Einigung sollen die Abgeordneten zusammenhalten, um die Regierungspolitik zu unterstützen“. Er betont, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, die Regierung zu kritisieren.

Kirkoff (Sozialdemokrat) sagt u. a.: „Die Sozialdemokraten sind gegen den Krieg, gegen die Eroberung fremder Länder. Meine Partei steht auf dem Prinzip der Balkanföderation.“

Daskaloff (lib. Regierungspartei) macht den oppositionellen Führern Vorwürfe, daß sie die Verdienste der Regierung noch immer nicht vollständig anerkennen wollen. Der glänzende Erfolg ist, seiner Ansicht nach, nicht nur der Armee, sondern ebensosehr der weitfichtigen Politik der Regierung zu verdanken. „Bulgarien“, betont er, „führe keinen Eroberungskrieg, sondern beabsichtige bloß die Vereinigung des bulgarischen Volkes.“

D. Dregieff (Bauernbündler) spricht ausführlich über die beiden Balkankriege und die Fehler, die damals gemacht wurden. Zum

gegenwärtigen Krieg sagt er: „Vor uns standen zwei Wege, um unsere nationale Vereinigung zu erzielen: Neutralität oder Anschluß an den Biververband. Die Regierung wählte zuerst den Weg der Neutralität, welchen sie aber bald aufgab, durch Anschluß unserer Politik an diejenige der Zentralmächte. Wir sind bereit, die Regierung zu unterstützen, um das Werk zu Ende zu führen. Mazedonien ist heute befreit. Das ist einerseits der energischen Regierungspolitik, andererseits der Armee zu verdanken (die Mehrheit klatscht). Das Werk ist noch nicht vollendet und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, um das Endziel zu erreichen — die Vereinigung der bulgarischen Nation.“

Dr. Montschiloff (Stambulowistische Regierungspartei) spricht lang und heftig gegen die Serben. Er betont, man dürste nicht klein sein, es gelte mit Mut zu arbeiten. Die Fähigkeit der heutigen Regierung sei dadurch erwiesen, daß sie den richtigen Moment erfaßt habe und ohne Rücksicht auf die Gefühle des Volkes (hier ist Rußland gemeint) energisch handelte.

Zum Schluß spricht der Ministerpräsident Dr. Radoslawoff. Vor allem stellt der Redner fest, daß die Debatten über die Thronrede sich relativ ruhig vollzogen. Dann geht er auf die Frage der Neutralität über und bespricht die Bemühungen der beiden Gruppen, Bulgarien auf ihre Seite zu ziehen. „Als wir die bewaffnete Neutralität proklamiert hatten, war es unsere Absicht, dieselbe aufrichtig und ehrlich zu wahren.“ „Am 21. September 1915 alten Stils hat uns Sasonoff gemeldet, wir müßten unsere Beziehungen zu Oesterreich und Deutschland abbrechen, die sämtlichen deutschen Offiziere entlassen und gegen die Türkei marschieren. Wir konnten uns aber den Befehlen eines fremden Ministers nicht unterziehen, da wir ein selbständiger Staat sind. Jeder echte Bulgare würde tun, was wir getan haben. Kurz darauf haben wir von Sasonoff eine Note erhalten. Nachdem wir erklärt hatten, daß in unserer Armee keine deutschen Offiziere sich befinden, verlangten die Russen ihre Pässe; das gleiche haben auch ihre Verbündeten getan. In seiner Rede in der Duma erwähnte Sasonoff, man sollte, um Bulgarien auf Seite Rußlands zu ziehen, die Häfen Debeagatsch, Barna und Burgas rasch okkupieren. Er scheint unsere Antwort nicht erhalten zu haben. Unsere Antwort war, daß das bulgarische Volk wie ein Mann sich jeder fremden Okkupation widersetzen würde. Wir konnten den Krieg nicht vermeiden. Weder die eine, noch die andere Gruppe wollte, daß wir neutral bleiben. Die eine Gruppe verlangte den sofortigen Aufmarsch gegen die Türkei. Die Erfolge haben unsere Politik bestätigt. Die Wahrung der bulgarischen Interessen diktierte uns, unsere Brüder in Mazedonien zu befreien.“

Weiter widerlegt der Redner die Vorwürfe von verschiedenen Seiten betreffend nicht stabilen Zustand in Mazedonien und bespricht die Begegnung des Königs mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph und sagt: „Kaiser Wilhelm hat in Nißa betont, daß alle Gebiete, welche der Fuß des bulgarischen Soldaten betreten, bulgarisch bleiben werden.“ Es gebe Leute, welche an diesen Worten zweifeln und sagen: Konferenzen können auch alles zerstören. „Diejenigen aber, welche das Schicksal der Welt heute führen, sagen uns, daß wir keinen Grund haben, an unserm Erfolg zu zweifeln.“

Wir befinden uns nicht auf fremdem Gebiet, was bulgarisches Land ist, gehört uns. In Albanien haben wir nichts zu suchen. Albanien ist für sich. Wir sind nicht diejenigen, die ein selbständiges Albanien hindern wollen. Ich kann vorläufig nicht sagen, wie es mit Serbien kommen wird. Eines kann ich fest behaupten, daß wir zu unseren neutralen Nachbarn in guten Beziehungen stehen. Betreffend die Vereinbarung mit der Türkei, betont der Ministerpräsident, daß sie auf gegenseitiges Zutrauen hin abgeschlossen wurde. Die Abmachung wird von der Kommission in der Sobranje zur Genehmigung vorgelegt.

Zum Schluß sagte der Ministerpräsident: „Alle politischen Gruppen sind zufrieden mit dem Resultat, welches wir mit unserer Politik erzielt haben. Das zeugt, daß wir unter uns einig sind.“

Die lange und inhaltsreiche Rede wurde von vielen Abgeordneten stehend angehört und häufig durch starken Beifall unterbrochen. Die Antwort auf die Thronrede wurde dann angenommen.

gehen muß. Bezeichnend für das Zutrauen, das die gewerblichen Kreise Englands zu ihrer eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit haben, ist das in diesen Vorschlägen gegebene, wenn auch nicht ausgesprochene Eingeständnis: Wenn wir Deutschland nach dem Krieg wirtschaftlich bezwingen wollen, können wir es nur, indem uns die Staatsmacht ein Marktmonopol verschafft, und zwar jetzt mit Friedensorganisation, nachdem der Krieg nicht zum Ziele geführt hat. Der an den Rücken der Staatsmacht von jeher gegangene englische Industrielle und Händler hat auch in diesem Krieg nicht gelernt, sich auf eigene Füße zu stellen.

Die Kontinental Sperre von 1807 lehrt uns aber noch ein weiteres. Die einzelnen Volkswirtschaften, die Napoleon in die neue Wirtschaftseinheit mit hineinbezog, so z. B. die deutsche, waren anfänglich mit Freuden bereit, an der Vernichtung des englischen Konkurrenten mitzuwirken. Und auch wir haben allen Grund zu der Annahme, daß so manche jetzt neutrale Staaten die englische Nötigung, in das Ententewirtschaftssystem einzutreten, als vis haud ingrata betrachten und bei ihrem tiefen Handelsneid gegen Deutschland scheinbar gezwungen, in Wirklichkeit jedoch freiwillig befolgen werden. Die Freunde der Beteiligten an der Kontinental Sperre von 1807 erfuhr aber sehr bald eine starke Abkühlung, als sie bemerkten, daß die Sperre für Napoleon nicht nur ein Mittel war, England zu belämpfen, sondern gleichzeitig die französische Wirtschaft auf Kosten der Genossen der Sperre zu fördern. So wurden sie aus Freunden geheime Feinde, die jedes Mittel benützten, Frankreich zu schädigen. Wer kann sagen, ob England nicht die gleichen wirtschaftlichen Ziele gegen die Genossen verfolgt? War doch dem ursprünglichen englischen Plane nach gerechnet, daß zwar Deutschland militärisch vernichtet, die Bundesgenossen aber am Schluß ebenfalls verblutet sein würden, worauf — ganz wie im Wiener Kongreß von 1814-15 — England um des Gleichgewichts der Kräfte willen dem Unterlegenen beigeprungen wäre. Das deutete ja Sir Edward Grey bereits dem Fürsten Schadow an, als er ihm zu Kriegsbeginn sagte, England könne Deutschland beim Friedensschluß nützlicher sein, wenn es am Kriege teilnähme, als wenn es neutral bliebe. Damals dachte England noch nicht an die Möglichkeit, daß es so stark in die Kriegsnachteile hineingezogen werden könnte, wie es heute geschehen ist. Heute nun sieht es sich nach einer neuen Methode zu unserer Vernichtung um.

Wohl ist es ihm gegenwärtig bitterer Ernst denn je, uns zu vernichten, aber nicht, um während dieses Unternehmens die eigene wirtschaftliche Stellung endgültig an Amerika und Japan abzugeben. Nein, es muß versuchen, eine Kriegsform zu finden, die ihm erlaubt, seine Fabriken statt für Munition — mithin zu Verlust der Volkswirtschaft — wieder für den gewinnbringenden Ausfuhrhandel arbeiten zu lassen und gleichzeitig die Unannehmlichkeit des Ringens auf die neutralen Konkurrenzwirtschaften auszudehnen. Dafür erscheint ihm der Handelskrieg nach Art der Kontinental Sperre der rechte Weg. Er gibt ja bei der vorgeschlagenen Art der Zollbehandlung England auch Ersatz für seinen verlorenen Absatz in den Vierbundsländern.

Für uns aber steht die Sache so: Endet dieser Krieg mit einer Niederlage nicht nur der Bundesgenossen Englands, sondern auch Englands selbst, so werden alle die jetzigen Pläne einer Teilung der Welt in zwei geschlossene Wirtschaftssysteme hinfällig. Hinfällig schon deshalb, weil England dann nicht mehr die Machtmittel besitzt, die Neutralen und die Bundesgenossen mit „sanfter Gewalt“ zusammenzuhalten. Endet der Krieg England gegenüber als remis, wie seinerzeit Napoleons Kriege,

so ist der englische Plan sehr ernst zu nehmen und rechtzeitig an diplomatische und organisatorische Gegenwehr zu denken. Indessen wir denken, diese Notwendigkeit wird dem deutschen Volk erspart bleiben . . .

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein sächsischer Orden für den Sultan. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Graf Metternich hat am Dienstag dem Sultan in einer Privataudienz die Insignien des Großherzoglich Sächsischen Hausordens vom Weißen Falken überreicht.

Präsident Poincaré hat am Sonntag und Montag das Signal de Ron, nordöstlich von Pont-à-Mousson, und die vorderen Verteidigungslinien bei Nancy, Raon l'Étape, Badonvillers und Baccarat besucht und ist Dienstag früh nach Paris zurückgekehrt.

Zu Mitgliedern des französischen Höheren Marinecorps wurden nach einer Meldung des „Temps“ die Vizeadmirale Le Bris und Chacoprat ernannt. Vizeadmiral Favreau wurde zum Geschwaderführer, die Konteradmirale La Tasse und Daveluy zu Divisionsbefehlshabern befördert.

Prinz Alexander von Serbien wurde am Sonntag in dem mit den italienischen und serbischen Fahnen geschmückten Ubine nach einer Meldung des „Corriere“ vom König Viktor Emanuel empfangen und machte mit ihm einen kurzen Abstecher nach der Front. Noch am Abend reiste der Prinz wieder ab.

Rivierablumen für Erzerum. Den Gipfel der russischen Erzerum-Begeisterung erreichte eine Gruppe von Damen der ersten Petersburger Gesellschaft, die es fertig brachten, den Siegern von Erzerum vier Eisenbahnwagen voll — frischer Rivierablumen zu senden. Vier Wagen frischer Blumen aus einer Stadt, der es am Nützigsten fehlt, an Mehl, Butter, Eiern, Fleisch, wo ein Licht 45 Kopeken, 1 Paar Stiefel 30 Rubel, 1 Paar Gummischuhe 45 Rubel, ein Urchin (72 Zentimeter) Chevot 18 Rubel kosten. Vier Wagen frischer Blumen in einer Zeit, wo Wagenmangel und Verkehrsstockungen eine schwere Landplage geworden sind, wo mit der Zufuhr von vier Wagen Lebensmitteln manche Stadtbewohner vom Hunger erlöst werden könnten. Vier Wagen Rivierablumen, die von Nizza über Saporanda nach Petersburg kamen und die in Erzerum doch nur als faulendes Heu eintreffen können, wenn sie überhaupt hingelangen. Vier Wagenladungen Blumen als Geschenk hoher Damen für Generale und Offiziere — das ist russisches Leben!

Die Juden in Polen. Auf Anregung des Freiherrn Louis von Rothschild hat sich vor einiger Zeit ein „Österreichisches Zentralkomitee zur Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen der jüdischen Bevölkerung im nördlichen Kriegsgebiete“ gebildet, das sich die Sicherung der politischen Gleichberechtigung und der kulturellen Hebung der jüdischen Bevölkerung im nördlichen Kriegsgebiete zum Ziele setzt. Die Kanzlei des Büros befindet sich Wien IX, Universitätsstraße 8.

Ausdehnung der Kriegsbeihilfen an Unterbeamte. Im September v. J. waren den gering besoldeten Beamten im Reich und in Preußen aus Anlaß der durch den Krieg verursachten Preissteigerung der notwendigsten Bedarfsgegenstände Kriegsbeihilfen gewährt worden. Anspruch darauf haben Kanzlei- und Unterbeamte mit einem oder mehreren Kindern bis zu einer Gehaltsgrenze von 2100 Mark. Dieser Erlass des Reichskanzlers bzw. der preussischen Regierung ist nunmehr dahin ergänzt worden, daß mit Wirkung vom 1. März d. J. ab die Höchstgrenze des für die Gewährung der Kriegsbeihilfen in Betracht zu ziehenden Dienst Einkommens für die ständig gegen Entgelt beschäftigten Beamten unter Berücksichtigung des Durchschnittsbetrages des Wohnungsgeldzuschusses für Unterbeamte auf 2400 Mark festgesetzt wird.

Neutralität und Krankenkasse. In der Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik, in der 1350 Arbeiter beschäftigt sind, hat eine große Zahl der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich nicht um Lohnfragen, sondern um die Wahrung der Neutralität der Krankenkasse, die von den Sozialdemokraten angeblich zu politischen Zwecken mißbraucht wird.

Die Beschlagnahme von Lebensmitteln in der Schweiz wird nach einem Bundesratsbeschlusse auf alle Waren ausgedehnt werden, die den Gegenstand von Spekulation bilden.

Der Kellerbiograph Emil Ermatinger hat einen verschollenen Aufsatz Gottfried Kellers ausgegraben. Es sind Randglossen zu Äußerungen anderer, überaus charakteristisch für Kellers Art. Keller hatte diesen Aufsatz am 17. Mai 1855 in den „Blättern für literarische Unterhaltung“ veröffentlicht, nicht unter seinem Namen, sondern, wie es damals in diesen Blättern noch vielfach üblich war, unter einer Chiffre, in diesem Fall der Zahl 24.

In dem vorliegenden Aufsatz bespricht er die gerade in neuester Zeit wieder viel erörterte Frage der sinnlichen Einheitlichkeit bildlicher Ausdrücke. Die schulmäßige Stilistik lehrt, daß man nicht Vorstellungen aus verschiedenen Sphären zu einem Bilde vereinigen dürfe, weil sonst eine Vermengung der Anschauungen, also ein Unsinn entstehe. Gottfried Keller ist bei den politisch-rhetorischen Lyrikern, vor allem auch bei Herwegh, in die Schule gegangen. In manchem seiner leidenschaftlichen politischen Gedichte trifft man denn auch, wie Ermatinger in seinem Artikel in der „Neuen Zürcher Ztg.“ ausführt, jene mehr für rasch aufflammende Gefühlserregung als nachhaltig solide Anschauung bestimmten Bilder vermengungen und -häufungen. Nun las er 1854 oder 1855 die eben erschienenen „Ästhetischen Studien“ von F. E. Bratranek (Wien 1853), von denen die „Blätter für literarische Unterhaltung“ am 12. Oktober 1854 eine längere Besprechung gebracht hatten. Neben Erläuterungen zu „Hermann und Dorothea“ und „Iphigenie auf Tauris“ enthält es „Betrachtungen über lyrische Poesie“, und hierin erdreistete sich Bratranek, bei der Besprechung der bildlichen Einheitlichkeit auch Goethe und Schiller eins zu wischen, weil sie die Vorstellungen „golden“ und „grün“ miteinander vermengt hatten. Bratraneks pedantische Eindringlichkeit verdroß Keller. Nicht nur aus dem allgemeinen Grunde seiner Einsicht in das Wesen des rhetorisch-leidenschaftlichen Stiles, sondern auch aus besondern Grunde. Zuerst blättert man nämlich seine Gedichtsammlungen von 1846 und 1851/54, so fällt einem auf, wie er mit offener Vorliebe gerade die Farben golden und grün zusammenstellt, bald in bildlicher, bald in eigentlicher Bedeutung. Man begreift, daß Keller die pedantischen und in ihrer Einseitig-

Salandra bleibt

(Von unserm Korrespondenten)

8 Rom, am Josephstag 1916.

Vor zwei Jahren, am 19. März übernahm Salandra die Regierung; der Josephstag 1916 hat ihm eine neue Bestätigung des Vertrauens und der fast unbeschränkten Macht beschieden. Mit beinahe 400 Stimmen gegen 61 hat die italienische Kammer dem Kabinett ihr Vertrauen ausgedrückt, ein Ergebnis wie es, wenigstens in der ersten Hälfte der vergangenen Woche, nicht vorausgesehen werden konnte. Immerhin ließ sich aus dem Tenor der zahlreichen Reden schon damals herausfühlen, daß es nicht eigentlich um den Kopf Salandras ging. Die allerschärfste Tonart schlugen nicht einmal die „Avanti“-Sozialisten an. Nachdem am Donnerstag der körperlich wohl greise, aber im Geiste jung gebliebene Ackerbauminister Cavasola in einer groß und geschickt angelegten Verteidigungsrede die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung verfochten hatte, ohne freilich alle Anliebe zu parieren, galt der Sieg als gesichert. Er gab zu, daß Fehler und Verschümnisse vorkamen, allein die schwierige Lage, in der sich im Reigen der Ententemächte besonders Italien befunden habe und noch befinde, heische für manches Nachsicht. Die Getreidepreise, beispielsweise, seien nicht so sehr durch den Krieg in die Höhe getrieben worden als durch die nicht vorauszusehende Mißernte. Für heute sei vorgesorgt und eine Verschlimmerung der Zustände völlig ausgeschlossen. Daneben fand Cavasola ehrliche und zündende Worte politischer Selbstverleugnung, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Die Kammer wird sich übrigens in der Mehrzahl dem Raisonnement nicht verschlossen haben, daß es müßige Arbeit darstellt, die Zeit in nutzlosen Klagen über Vergangenes und nicht mehr zu Aenderndes zu verlieren. Man hat auch hier das allerdings nicht streng belegbare Gefühl, daß der Weltkrieg in der letzten Stunde steht und zum bürokratischen Auskügeln von Maßnahmen, wie dies und jenes gemacht und gehandhabt werden müsse, ist der ruhervolle Augenblick verpaßt.

In den Redeschlachten blühte dann und wann ein Schuß auf, dessen Ziel außerhalb der Landesgrenzen lag. Das geschah etwa, wenn im Zusammenhang mit den hohen Schiffsfrachtsätzen auf den reichen britischen Bundesgenossen angespielt wurde. Ein Redner behauptete, daß sich die Schiffspreise, seitdem die Regierung einen verdienten Diplomaten in besonderer Mission nach London schickte, noch erhöhten, statt daß eine Verbilligung erzielt worden wäre. Der Bundesgenossen hat man aber im allgemeinen wenig Erwähnung getan, und auch die Redner, die nach dem „großen Kriege“ riefen, ließen ihre Worte im Halbdunkel. Deutlicher sprachen sich die Anhänger des „nationalen Krieges“ aus, wie, um nur einen zu nennen, Enrico Ferri. Von einem Kriege mit Deutschland will er nichts wissen, weil ein solcher nicht im Vorteil für das Land liege. Italien habe seinen neuen Bündnispflichten, die in ihrem Umfange zu kennen freilich eine dringende Notwendigkeit wäre, durch die Kriegserklärungen an Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türken schon Genüge geleistet. Ein Mehr läge nur im Sonderinteresse einzelner Ententestaaten, nicht aber im italienischen. Ferri apostrophierte einige ihn unterbrechende Kollegen, als im Dienste des Auslands stehend, in einer so nicht mißzuverstehenden Weise, daß es in einem Falle schier zum Handgemenge zwischen ihm und dem Angegriffenen gekommen wäre.

War die neueste Rede Ferris nach allgemeinem Urteil viel glücklicher in Form und Inhalt als jene vom vergangenen Dezember, in der er sich zu weit in persönliche Abrechnung mit Salandra eingelassen hatte, so schnitt diesmal dafür der Redner der Nationalisten, Federzoni, schlecht ab. Es war seltsam, daß sie einen so ungeschickten Wortführer ins Treffen schickten. Ihrem Aerger über den Mißerfolg ihres Programmes: „das Kabinett Salandras, koste es, was es wolle, zu sprengen“, verleihen die Nationalisten heute in ihrer Presse den denkbar stärksten Ausdruck. Sie operieren dabei mit ihrem alten, aber noch nie bewiesenen Satze, daß weder Regierung noch Parlament die wahre Stimmung des Volkes widerspiegeln; eine kühne Behauptung, die sich übrigens auch einige römische Korrespondenten ausländischer Blätter zu eigen gemacht haben und damit schlechtthin Geschichtsfälschung begehen. Man

braucht sich noch lange nicht der 394 regierungsfreundlichen Stimmen wegen der von politischer Kurzsichtigkeit zeugenden Einbildung hinzugeben, daß Salandra und sein Ministerium den nämlichen festen Boden unter den Füßen fühlten, wie in den Tagen der Kriegserklärung oder noch im letzten Dezember. Unter den 394 befindet sich ja Bissolati, der als Wortführer der Reformsozialisten, Radikalen und Linksdemokraten als erster an den Grundpfeilern des Ministeriums rüttelte. Heute haben diese Gruppen, deren Stärke sich vielleicht auf 140 Mann stellt, den Rubikon zwar nicht überschritten, weil sie unter sich und mit den übrigen Regierungsgegnern keine restlose Verständigung fanden. Allein schon nach einigen Monaten kann sich diese, schwer zu versöhnende Opposition zu einem neuen Ansturm vereinigen und dann dürften die weißen und schwarzen Kugeln bei der Abstimmung in einem andern Verhältnis fallen, als es heute geschah.

Allein im allgemeinen darf doch die Behauptung gewagt werden, daß Salandra als Träger der Kriegsführung, wie sie sich bisher äußerte, die überwiegende Mehrheit der Kammer und damit des Landes auf seiner Seite behielt. Der Ministerpräsident selbst hielt eine zwar nicht große, aber doch alle wichtigen Punkte berührende Rede, in der er es der Kammer noch einmal anheimstellte, andere Männer an die Spitze des Staates zu stellen, wenn die gegenwärtigen nichts taugten. Er wies den Vorwurf, daß er und seine Mitarbeiter Reaktionäre seien, an einigen Belegen aus der eigenen und Sonninos politischer Vergangenheit zurück. Heute müsse jeder nur Soldat sein und nicht Parteigänger. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten haben manchen, der zudem der Ueberlegung nachgab, daß eine Schwächung des Ministeriums im Auslande einen falschen Eindruck hinterlassen könnte, entwaffnet. Der Eindruck nämlich, als ob die Siegeshoffnung des italienischen Volkes rühvast geworden sei. Nach der Rede Salandras gaben fast alle Gruppen Erklärungen ab, die das Vertrauen auf die Regierung in der Fortführung des Krieges in der bisherigen Weise bekundeten.

Bei der namentlichen Abstimmung ergab es sich, daß geschlossen nur die offiziellen Sozialisten, als grundsätzliche Kriegsgegner, das Zutrauen verweigerten. Weiter fanden sich bei der Opposition einige unabhängige Sozialisten und Republikaner nebst einem halben Duzend Eigenbrötler aus allen andern Lagern. Das Ergebnis sichert zunächst die schon lange geplante Reise Salandras und Sonninos nach Paris, wo sich bereits Cadorna befindet. In der nächsten Zeit, ja vielleicht bis zum Herbst, werden wir hochpolitische Debatten nicht mehr zu verzeichnen haben, es sei denn, daß der Krieg große Ereignisse bringen sollte. Nicht ausgeschlossen bleibt allerdings die schon angekündete Möglichkeit, daß die Regierung im Laufe des Sommers außerparlamentarisch die Leitung der Geschäfte anderen Männern übergibt. Im Falle es Salandra nämlich nicht gelingt, die Gruppen um Bissolati sich wieder zu Freunden zu machen, auf die er bauen kann.

Deutscher Reichstag.

Ein kritischer Tag.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

W. Berlin, 22. März.

Die Ausschaltung der U-Boot-... Anträge aus der ersten Sitzungs... Reichstages, obwohl sie für den... eigentl. nicht mehr überzeugend... hat ge... wissensmaßen ein Vakuum in... bezug... auf die... Diskussion der größt... auswärtigen... her... vorgebracht. Denn nach der ganzen... Art, wie... sich die Situation zuzuspitzen... schien... und... tatsächlich... zugespitzt hatte, war in dieser... einen Frage... das ganze Interesse an der... allgemeinen Debatte... der militärischen und... politischen... Kriegsfragen... zusammengefaßt. Mit ihrem... Aussehen... ver... plachte die Nachfrage nach... einer... allgemeinen... Diskussion wie mit einem... Schlag. Aber... obwohl, wie gesagt, eine... Uebertragung... darin... eigentlich nicht mehr lag... es war... schon seit... einigen Tagen so gut wie... sicher, daß der... Kanzler in... Voraussicht dieser... Entwicklung... während der... laufenden... Woche... das Wort nicht... ergreifen würde... läßt... das... eingetretene... Vakuum... doch... allerhand... sonderbare... Gefühle... aus, nicht gerade... Gefühle der... Enttäuschung, doch... aber... Gefühle einer... gewissen... Ratlosigkeit... und... Ungewißheit, was... denn... nun... eigentlich... geschehen... würde.

Wir haben bereits die... Zusammenhänge... eingehend... mitgeteilt, aus... denen... sich... die... Ver... tagung... oder... Zurückstellung... der... U-Boot-Anträge... ergeben... hat. Die Sozialdemokratie... behauptet... daraus, rück... sichtslos den ganzen... Kreis... der... in Frage... kommenden... Dinge... an... erster... Stelle... darzulegen, wenn... auch... nur... eine... der... anderen... Parteien... die... Sache... freieren... würde. Daraufhin hat man... verzichtet, und... wir... haben... schon... der... allgemeinen... herr... schenden... Vorlesung... Ausdruck... gegeben, daß... dieser... vorläufige... Verzicht... vermuthlich... daraus... hin... ausläßt, daß... die... Dinge... im... Plenum... über... haupt... nicht... erörtert... werden, falls... nicht... in... der... ersten... Sitzung... des... Etats. Bis zur... zweiten... Sitzung... aber... wird... nicht... nur... viel... Wasser... den... Berg... hin... ab... fließen, sondern... auch... ein... Strom... von... Reden... durch... die... verschieden... gen... Kanäle... der... Budgetkom... mission.

Man hörte über diesen... Gang... der... Dinge... im... Reichstage... manchen... Ausdruck... der... Ver... wunder... ung, denn... manche... meinten, daß... die... Parteien, die... die... Anträge... einbrachten, sich... doch... wohl... von... vorn... herein... darüber... hätten... klar... sein... müssen, daß... eine... Diskussion... über... sie... geradezu... unheilvoll... ist... offenbar... in... dem... starken... Zwang... der... Stimmung, der... auf... vielen... Abgeordneten... lag, zunächst... ganz... übersehen... worden, daß... ja... nicht... nur... die... Sozial... demokratie... mit... Sicherheit... einen... Gegenantrag... einbringen... würde, sondern... daß... auch... der... An... trag... des... Zentrums... so... wesentlich... von... dem... der... Konservativen... und... Ratio... nalliberalen... sich... unterscheidet, daß... das... Zentrum... sich... auf... keinen... Fall... entschlossen... haben... würde, die... Anträge... dieser... beiden... Parteien... zu... unterstützen. In... seiner... vorsichtigen... Art... hat... er... seinen... Antrag... so... formuliert, daß... er... je... nach... dem... Verlauf... der... Dinge... eine... Auslegung... erfahren... kann, die... sich... der... Lage... zwanglos... anpaßt. In... der... amtlichen... Bemerkung... bei... Verbreitung... der... Anträge... hat... ja... auch... das... förmliche... Telegraphen... bild... auf... den... Zentrumsantrag... überhaupt... keinen... Bezug... genommen. Selbst... also, wenn... er... im... Plenum... zur... Abstimmung... und... zur... Annahme... ge... langen... sollte, würde... es... nicht... von... seinem... Wort... laut, sondern... von... den... gesamten... Um... stän... den... abhängen, für... welche... der... beiden... Seiten... diese... Annahme... einen... Erfolg... darstellt. Was... hingegen... die... anderen... Anträge... an... langt, so... ist... wohl... erst... nachträglich... manchem... klar... geworden, in... was... für... einer... Situation... man... sich... bestanden... würde, wenn... sie... einer... Ablehnung... ver... liehen, und... zwar... durch... eine... Regierungsmehrheit, die... aus... Zentrum... und... Sozialdemokratie... besteht. Diese... Erwägungen... verstärken... daher... die... allge... meine... Erwartung... dahin, daß... die... Erledigung... der... ganzen... Sache... im... wesentlichen... wohl... in... der... Kom... mission... erfolgen... wird.

Was... dann... allerdings... mit... den... Erklärungen... des... Reichstages, die... die... Kon... servativen... und... National... liberalen... abzugeben... beabsichtigen, steht... noch... ebenso... dahin... wie... die... andere... Frage, ob... der... Reichsdank... genügt... sein... wird, in... öffentlicher... Rede... mehr... als... nur... andeutungsweise... auf... all... diese... Dinge... einzugehen. So... viel... aber... darf... man... schon... heute... nach... dem... vorherrschenden... Eindruck... im... Reichstage... sagen, daß... die... Gründe, die... heute... für... den... Verzicht... auf... eine... allgemeine... Diskussion... maß... gebend... waren, durch... das... Bestehen... eines... Zeit... raumes... von... 8... oder... 14... Tagen... sich... nicht... ändern, sondern... dann... genau... so... maßgebend... sein... werden. Durch... die... Veröffentlichung... der... Anträge... ist... ja... ihr... Zweck... auch... im... wesentlichen... erreicht, und... man... darf... hoffen, daß... im... Schoße... der... Kommission... eine... ernste... Auseinandersetzung... aller... betei... ligten... Faktoren... die... Krise... beseitigen... wird, die... über... Nacht, fast... wie... es... beim... Kriege... selbst... war, über... unser... innerpolitisches... Leben... gekommen... ist. Auch... sie... bleibt... behauerlich... und... schädigend, wie... aber... ihre... öffentliche... Entladung... gewirkt... hätte, davon... kann... man... sich... ungefähr... ein... Bild... machen, wenn... man... bedenkt, daß... heute... Herr... Liebknecht... der... ein... Mal... war, der... am... Schlusse... kräftig... nach... ihr... ver... langte, während... bei... allen... anderen... die... nationale... Disziplin... die... Oberhand... behalten... hat.

Die... eigentliche... Reichstags... verhandlung... über... den... Etat... und... die... neuen... Steuern... hat... es... in... diesem... Hintergrunde... nicht... ganz... leicht, die... ihr... gebührende... Beachtung... zu... er... zielen, trotz... dem... daß... der... Reichstag... mit... großer... Aufmerksam... keit... vor... allem... den... Reden... des... Zentrumsführers... Spahn... und... des... fortschrittlichen... Herrn... von... Payer... und... des... fortschrittlichen... Herrn... von... Payer... gelauscht, die... nach... der... zweifelhaf... tigen... Rede... des... Sozialdemokraten... Reil... zu... Wort... kamen. Es... ergibt... sich... von... selbst, daß... die... Parteien... bei... so... verschiedenen... Fragen... wie... denen... der... neuen... Steuerprojekte... in... der... ersten... Sitzung... nur... ihre... Fächer... ausstrecken. Doch... er... lichtet... man... immerhin... schon... die... Grundfrage... für... die... Haltung, die... sie... anzunehmen... gedenken. Dabei... kann... man... mit... Genugthuung... feststellen, daß... weder... der... Kriegseilat... selbst... eine... grundsätzliche... Be... m... ängelung... erfährt, sondern... daß... die... Redner... der... drei... genannten... Parteien... auch... darin... einig... waren, daß... die... halbe... Milliarde... neuer... Steuern... schon... jetzt... aufgebracht... werden... müsse... und... können. Ebenso... grundsätz... lich... ist... ihre... Einigkeit... über... die... Kriegs... gewinnsteuer. Damit... all... dings... ist... die... Einigkeit... vorläufig... zu... Ende.

Die... Sozialdemokratie... will... sämtliche... indirekten... Steuern... durch... eine... große... Vermögens... abgabe... an... das... Reich... ersetzen... und... natür... lich... auch... die... Kriegs... gewinnsteuer... bedeutend... verstärken. Allerdings... hat... man... vielleicht... zum... ersten... Male... aus... sozialdemokratischem... Munde... ge... hört, daß... das... Kapital... nur... bis... zu... einer... gewissen... Grenze... herangezogen... werden... dürfte. Doch... wird... Herr... Helfferich... vorsicht... halber... aus... dieser... Änderung... nicht... schließen... dürfen, daß... er... sich... mit... der... Sozialdemokratie... darin

einigt, wo... diese... Grenze... zu... ziehen... ist. Immer... hin... geht... aus... solchen... Bemerkungen... hervor, daß... dieses... Mal... bei... den... Steuerdebat... ten... ein... ganz... anderer... Geist... weht... als... in... früheren... Zeiten. Die... einzelnen... Einwände... der... Sozialdemokraten... gegen... die... indirekten... Steuern... sind... im... übrigen... vorläufig... diesem... ihrem... Haupt... stand... punkt... gegenüber... von... geringerer... Bedeutung. Nur... eine... Bemerkung... mög... lich... wir... zurück... weisen, diejenige, daß... man... nicht... die... große... Masse... belasten... dürfe, „damit... die... Be... stehenden... für... ihre... Kriegsanleihe... die... Zinsen... er... halten“. So... liegt... die... Sache... doch... nicht; Verzin... sung... und... Tilgung... sind... untrennbar, und... wofür... werden... denn... die... Milliarden... ausgegeben? Doch... nicht, damit... die... Bestehenden, die... ihr... Geld... dem... Vaterlande... hingeben, Zinsen... erhalten, sondern... damit... das... deutsche... Volk... seine... Zukunft... behauptet.

Weniger... versichert... als... der... Redner... der... Sozialdemokratie... hat... auch... der... fortschritt... liche... Herr... von... Payer... zugegeben, daß... eine... Reichseinkommensteuer... gegenwärtig... nicht... er... reichbar... sei, obwohl... die... Volkspartei... in... ihrem... Finanzprogramm... hierin... mit... der... äußersten... Zinsen... bis... zu... erheblichem... Grade... zusammen... geht. Dagegen... ist... auch... sie... der... Ansicht, daß... die... vorgelegten... indirekten... Steuerentwürfe... nicht... nur... eine... starke... Ungleichheit... in... der... Besteuerung... bedeuten, sondern... möglichst... durch... einen... Weh... reitrag... zu... er... zeugen... seien. Die... Reichseinkommensteuer... wie... auch... die... Erbschaftsteuer... und... andere... könnten... demgegenüber... auf... zukünftige... Zeiten... verlagert... werden. Man... wird... sich... tatsächlich... den... starken... Argumenten... nicht... verschließen, die... den... kommenden... großen... Reichsbedürfnissen... auch... dauernd... andere... Quellen... zu... weisen... wollen... als... wie... das... indirekte... Steuergebiet... und... die... Besteuerung... lediglich... des... Zuwachses... an... Vermögen. Trotzdem... kann... selbstredend... auf... die... indirekten... Steuern... nicht... verzichtet... werden, und... so... hat... sich... auch... die... fortschrittliche... Volkspartei... durch... ihren... Redner... den... Weg... offengelassen, die... indirekten... Steuerentwürfe... der... Regierung, wenn... auch... unter... Abänderungen, zu... genehmigen, falls... gleichzeitig... der... Besitz... gerecht... herangezogen... wird, und... zwar... in... Form... eines... für... die... Kriegszeit... festzulegenden... Wehbeitrages.

Herr... Spahn... hat... für... das... Zentrum... in... noch... höheren... Maße... eine... Festlegung... auf... ein... bestimmtes... Programm... vermieden. Die... Kriegs... gewinnsteuer... will... auch... er... abändern, doch... ist... nicht... klar, ob... durch... Erhöhung... der... Sätze... oder... durch... Erweiterung... des... Bereiches... von... Kriegs... gewinn... oder... Vermögens... zu... wachst. Im... übrigen... ist... das... Zentrum... ver... lammt... ein... Gegner... der... Reichseinkommensteuer... und... will... in... Kriegszeiten... ebenfalls... die... Erbschaftsteuer... wieder... aufzuheben. Mit... der... Postabgabe... scheint... Herr... Spahn... sich... grund... sätzlich... abgefunden... zu... haben, beim... Quittungsstempel... empfiehlt... er... eine... Staffelfung. Die... Tabaksteuer... ist... ihm... da... gegen... nicht... angenehm. Er... meint... auch, sie... werde... nicht... viel... erbringen, weil... die... Heeresver... waltung... für... sich... allein... 25... Prozent... der... gesamten... Produktion... auf... Reichskosten... verbraucht. Jedoch... hat... das... Zentrum... ja... noch... niemals... in... der... ersten... Sitzung... durchschlagen... lassen, worin... es... schließlich... hinaus... will. Erfreulich... ist... nur, daß... Herr... Spahn... nicht... nur... im... Hinblick... auf... unsere... vier... Kriegs... anleihe... ein... starkes... Vertrauen... äußerte, sondern... auch... darüber, daß... die... neuen... Steuern... schließlich... mit... überwiegender... Mehr... heit... bewilligt... werden... würden.

Der... Reichstagssekretär... Helfferich... wiederholte... zum... Schluß... der... Sitzung... zum... Teil... unter... Beifügung... neuer... Materialien... die... allgemeine... Begründung, die... er... schon... vor... einer... Woche... den... neuen... Steuern... mit... auf... den... Weg... gegeben... hatte. Besonders... verteilte... er... die... Tabaksteuer, die... in... seinem... jüngst... er... richteten... Moment... ein... geführt... werden... könnte... als... jetzt, und... die... ja... doch... einmal... kommen... müsse. Hinter... seine... Meinung, daß... der... Umfang... des... Postverkehrs... ein... guter... Gradmesser... für... die... Leistungsfähigkeit... des... Post... bewähers... sei, möglichen... wir... in... mancher... Beziehung... ein... Fragezeichen... machen. Zur... Frage... der... direkten... Reichsteuern... sprach... er... den... Satz, daß... außer... der... Kriegs... gewinnsteuer... nichts... Derartiges... in... Frage... kommen... könne. Sollte... das... ein... letztes... Wort... sein, so... wird... zumal... die... Frage... eines... erneuten... Wehbeitrages... noch... recht... scharf... Kämpfe... bringen. Vor... den... Kommissionen... ver... handlungen... wird... allerdings... auch... der... Reichs... sekretär... sich... nicht... fällen... wollen. Darin... jedoch... ist... sich... alle... mit... ihm... einig, daß... die... Bewilligung... der... neuen... Reichseinnahmen, mögen... sie... sich... nun... verändern, wie... sie... wollen, rasch... und... promptly... erfolge.

Die... erste... Sitzung... des... Etats... hofft... man... mög... lichst... am... Freitag... zu... Ende... zu... bringen.

35. Sitzung.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 22. März.

(Fortsetzung und Schluß des Berichtes in unserem gestrigen Abendblatt.)

Abg. Reil (fortfahrend):

Die... Regierung... sei... schon... bis... an... die... Grenze... der... Möglichkeit... gegangen. Wenn... man... so... viel... Rücksicht... auf... die... verdienstvolle... Tätigkeit... von... Landwirtschaft, Industrie... und... Handel... nimmt, wie... sollen... dann... die... Kämpfer... draußen... in... den... Schützengräben... belohnt... werden? Keiner... hat... nicht... viel... Größeres... als... die, die... sich... in... der... Heimat... bereichern. Den... Hinterbliebenen... der... Gefallenen... wird... nur... eine... Knappe... Rente... gewährt. Das... sittliche... Volksempfinden... verlangt... eine... bedenkende... Ver... stärkung... der... Kriegs... gewinnsteuer.

Die... Progression... bei... den... Millionen... gewinnen... ist... nur... dekoratives... Blendwerk. Das... bisherige... Vermögen... des... zu... Bestehenden... bleibt... durch... die... Kriegs... gewinnsteuer... unberührt. Das... poli... tische... Empfinden... des... deutschen... Volkes... hat... durch... den... Krieg... eine... grundsätzliche... Wandlung... erfahren. Es... könnte... der... Regierung... und... den... bürger... lichen... Parteien... verhängnisvoll... werden, wenn... sie... dem... stillen... Empfinden... des... Volkes... nicht... Rechnung... tragen. Wir... werden... uns... bemühen, den... Tarif... von... unten... auf... kräftig... zu... verstärken. Es... spricht... durchaus... dafür, das... Mehr... ein... kommen... bei... der... Steuer... zugrunde... zu... legen... und... den... Vermögen... zu... wachst... als... Ergän... zung... heranzuziehen. So... würden... große... Er... träge... erzielt... und... Steuerhinterziehungen... durch... Zursausgaben... verhindert... werden. Das... Gesetz... läßt... wohl... auch... zu... zahlreiche... Wachsen... und... Hintertüren. Die... Kunst... und... Zurs... gegenstände... werden... scharfer... angefaßt... werden... müssen. Man... hätte... schon... vor... einem... Jahre... mit... dem... Gesetz... kommen... sollen, dann... hätte... man... das... Mehr... ein... kommen... stärker... erfassen... können. Den... Banken... und... Sparkassen... müßte... die... Dekla... rationspflicht... auferlegt... und... die... Straf... bestimmungen... verschärft... werden. Die... leistungs... fähigen... Kreise... werden... zu... sehr... geschont. Die... Steuerfreiheit... bei... einer... Rente... von... fünf... Prozent... scheint... uns... vollständig... auszureichen. Niemand... hat... auch... daran... gedacht, daß... die... Aktiengewinnsteuern... abgenommen... würden. Es... entstand... über... diese... Schöpfung... in... den... Börsen... und... Handelskreisen... ein... wahrer... Jubel. Unser... Volk... erwartet... von... dem... Patriotismus... der... Unternehmer, daß... auch... sie... Opfer... bringen. Wir... werden... also... auch... den... Tarif... für... die... Gewerbesteuer... erhöhen... und... untersuchen, ob... das... Gesetz

nicht... zu... agrar... freundlich... ist. Denn... gerade... die... Landwirtschaft... hat... sehr... große... Gewinne... im... Krieg... erzielt... und... muß... scharfer... zur... Kriegs... gewinnsteuer... herangezogen... werden.

Der... Staatssekretär... hat... weiter... 480... Millionen... neuer... Steuern... gefordert. Wir... sind... auch... der... Meinung, daß... eine... halbe... Milliarde... neuer... Einnahmen... notwendig... ist. Seine... Vorschläge... sind... uns... aber... durchaus... unverständ... lich. Wenn... er... außer... der... Kriegs... gewinnsteuer... keine... anderen... Besteuerungen... einführen... wollte, so... täte... er... besser,

den... Reichsbaufreud... anzufügen.

Das... ganze... öffentliche... Leben... würde... erschüttert... werden, wenn... nur... Verbrauchs-... und... Ver... kehrssteuern... außer... der... Kriegs... gewinnsteuer... eingeführt... würden. Das... betweil... die... Vergangenheit. Die... Einzelstaaten... und... Gemeinden... haben... bisher... Kriegssteuern... in... neuem... Maße... Höhe... noch... nicht... bezahlt. Jetzt... wird... damit... begonnen, aber... in... einer... Weise, die... für... die... leistungs... fähigen... Schichten... durchaus... erträglich... ist. Gewiß... darf... das... Kapital... nur... bis... zu... einer... gewissen... Grenze... herangezogen... werden. Aber... wer... wollte... behaupten, daß... diese... Grenze... schon... erreicht... sei. Es... wäre... ein... sehr... gefährliches... Ver... gessen, schon... bei... der... ersten... Teilbedeckung... den... Verbrauch... zu... besteuern... und... den... Besitz... freizulassen. Als... erste... Verbrauchssteuer... sieht... die... Vorlage... die... Tabaksteuer... vor. Diese... Steuer... fragt... nicht... nach... der... Leistungsfähigkeit... des... Verbrauchers. Die... Staffelung... der... Steuer... beseitigt... nicht... die... Ungerechtigkeit, die... der... Steuer... anhaftet. Sie... ist... nur... ein... Scheinwerk. Der... Tabak... soll... ein... erhebliches... Genußmittel... sein. Verzeihen... Sie, Herr... Staatssekretär, hier... liegt... eine... gewisse... brutale... Auf... fassung. (Der... Präsident... rügt... diesen... Ausdruck.) Der... Grundgedanke... jener... Auffassung... ist: Du... hast... keinen... Anspruch... auf... Genuß, wenn... du... keine... Mittel... dazu... hast. Auch... die... in... Aussicht... genommene... Summe... darf... diese... Steuer... nicht... bringen. Man... darf... auch... nicht... vergessen, daß... 25... Prozent... der... gesamten... Tabak... fabrikation... von... der... Heeresverwaltung... abgenommen... wird... und... zahllose... ihren... Angehörigen... im... Felde... Tabak... als... Liebesgabe... schicken. Die... Tabakindustrie... soll... zwar... im... großen... und... ganzen... mit... dieser... Steuer... einverstanden... sein, aber... zu... ihr... gehören... doch... auch... die... Arbeiter, die... es... mit... Bestimmtheit... zurückweisen, daß... allein... das... Tabakgewerbe... diese... Last... zu... tragen... bekommt. Auch... dürfte... eine... Tabak-... und... Zigarettensteuer... im... Hinblick... auf... das... in... Aussicht... genommene... Zigarettenmonopol... unzulässig... sein. An... der... Spitze... der... Verkehrssteuern... sollte... der... Staatssekretär... das... Motto... stellen: Unsere... Zeit... steht... im... Zeichen... unserer... Verkehrs... hemmung. — Ich... leite... nur... der... Gesichtspunkt... Geld. Deshalb... wird... auf... nichts... Rücksicht... genommen. Es... gehört... nicht... viel... Verständnis... dazu, um... den... Schaden... von... Verkehrssteuern... gerade... im... Wirtschaftsleben... schon... so... wiewohl... viele... Hemmungen... durchzumachen... hat. Auch... die... Quittungssteuer... dürfte... keine... 80... Millionen... bringen. Sie... wird... zudem... auf... den... Verbraucher... abgewälzt... werden... und... letzten... Endes... diese... und... die... kleinen... gewerbetreibenden... Klassen... schädigen. Die... Poststeuern... sind... ein... fiskalisches... Anschlag... auf... die... Kultur... entwicklung. Sie... treffen... die... Wurzeln... des... Verkehrs... wesens. Ebenso... ist... es... mit... dem... Frachturkundenstempel.

Die... Regierung... sollte... die... Erfahrungen... mit... den... früheren... Verkehrssteuern... nicht... vergessen.

Das... Volk... ist... heute... viel... empfindlicher... als... vordem.

Das... vorliegende... Steuerprogramm... ist... ganz... nach... dem... Wunsch... des... Herrn... von... Seydewitz... gemacht. Wir... haben... keine... überschwenglichen... Hoffnungen... auf... den... neuen... Staatssekretär... gemacht, aber... das... hätten... wir... doch... nicht... von... ihm... erwartet. Schlägt... er... keine... anderen... Wege... ein, so... wird... er... sich... noch... um... seinen... guten... Ruf... bringen. (Heiterkeit.) Weil... den... Verkehrssteuern... die... Kriegs... gewinnsteuer... gegenüber... steht, soll... die... Parität... im... Steuerwesen... gewahrt... sein. Aber... die... Kriegs... gewinnsteuer... wird... nur... einmal... erhoben, während... die... Verkehrssteuern... dauernd... gemacht... sind. Die... verlangte... Summe... könnte... der... Besitz... auf...bringen. Deutschland... ist... reich... genug... dazu. Der... Besitz... sollte... auch... einmal... eine... Milliarde... zielflos... auf... den... Altar... des... Vaterlandes... legen... und... sich... nicht... darauf... beschränken, die... fünf... prozentige... Kriegs... anleihe... zu... zehren. (Sehr... richtig... bei... den... Sozialdemokraten.)

Die... Leistungsfähigkeit... Deutschlands... ist... größer... als... die... Englands.

Wir... sollten... dieses... von... England... nicht... beschämen... lassen... und... auch... größere... Kriegs... steuern... auf... den... Besitz... legen. Es... ist... bitteres... Unrecht, das... scharfe... Einkommen... einer... Soldatenfrau... zu... besteuern, dabei... aber... die... Bezüge... der... Offiziersfrauen... aus... den... hohen... Gehältern... ihrer... Männer... steuerfrei... zu... lassen. Die... Erbschaftsteuer... muß... ausgearbeitet... werden. Namentlich... wo... es... sich... um... lachende... Erben... handelt. Da... lassen... sich... größere... Beiträge... erzielen, als... es... bei... den... Verkehrssteuern... möglich... ist. Die... gleichen... Pflichten, die... unsere... Soldaten... draußen... zu... tragen... haben, sollten... auch... für... die... politischen... Verhältnisse... im... Innern... vorbildlich... sein. Das... Dreiklassenrecht... muß... verschwinden.

Schonen... Sie... nicht... die... Reichen... bei... den... Steuern, und... belasten... Sie... nicht... die... Armen.

Das... wäre... nicht... nur... ein... Unrecht, das... wäre... eine... Dummheit. Schaffen... Sie... ein... gerechtes... Steuer... system. (Beifall... d. v. d. S.)

Abg. Spahn (Z.): Wir... danken... Tirpich... dauernd... für... den... Flottenaufbau, die... Umsicht... und... Pflichttreue, was... sich... in... den... Heldentaten... unserer... Auslands... flotte... und... U-Boote... widerspiegelt. (Lebhafte... Bravo.) Der... Reichstags... tag... wird... Tirpich... stets... dankbar... sein. (Bravo!) Die... Kriegslage... bessert... sich... ständig... zu... unseren... Gunsten. Die... Dresche... bei... Verdun... macht... die... Zukunft... pläne... unserer... Feinde... zunichte. Unser... Wirtschaftsleben... wird... den... Krieg... überleben; Aus... hungern... gibts... nicht. Bei... Steuer... plänen... ist... es... ein... Verstummen... wenn... angenommen... wird, das... englische... Volk... sei... mit... direkten... Steuern... stärker... belastet... als... das... deutsche. Eine... Druck... sachen... Steuer... ist... erwünscht, da... diese... Verwendungsart... eingeschränkt... werden... kann. Die... Quittungs... Steuer... muß... gestaffelt... werden. Der... Tabak... ist... kein... notwendiges... Genußmittel. Schon... die... Erörterung... bei... Interessenten... über... die... Tabaksteuer... ließ... die... Preise... sprunghaft... in... die... Höhe... gehen. Die... Kriegs... gewinnsteuer... ist... gerecht.

Abg. Wähler (Z. Sp.): Auch... wir... schließen... uns... der... Anerkennung... für... Tirpich... und... für... die... Ver... beiterung... des... Verhältnisses... der... Flotte... für... die... Flotte... im... Volke... an. Die... Kriegs... gewinnsteuer... ist... gerecht. Die... Verkehrssteuern... sind... bedenklich... und... sollten... beseitigt, statt... verschärft... werden, denn... die... Entwicklung... des... Handels... und... der... Industrie... sichert... uns... eine... Zukunft. Der... Besitz... verbringt... eine... stärkere... Belastung. Die... direkten... Reichsteuern... sollen... ein... geführt... werden... der... Wehbeitrag... möglich... erneuert... werden. Die... Quittungssteuer... ist... das... schlechteste; die... Regierung... machte... sich... die... Sache... zu... leicht. Der... einseitige... Charakter... der... neuen... Steuern... muß... beseitigt... werden.

Schatzsekretär... Helfferich... erklärt, die... Regierung... mache... sich... die... Sache... nicht... zu... leicht. Die... Kriegs... gewinnsteuer... soll... allen... Vermögen... zu... wachst... der... letzten... drei... Jahre... treffen. Sie... umfaßt... auch... die... juristischen... Personen... und... Zurs... gegenstände. Die... Sätze... seien

gen... bis... 50... Prozent... an. Was... Tabak... un... belangt, so... nennen... sie... es... ein... entbehrliches... Ge... nußmittel. Die... teuersten... Tabake... werden... am... meisten... betroffen. Die... Tabaksteuer... kommt... doch... Jetzt... kommen... Tabakarbeiter... anderswo... leichter... nicht... als... später. Die... Postabgabe... belastet... nicht... die... großen... Massen. Bei... neuen... Reichs... einnahmen... müssen... die... direkten... Steuern... den... Einzelstaaten... vorgehalten... werden.

Die... Weiterberatung... erfolgt... Donnerstag... 11... Uhr.

Sozialdemokraten wider Sozialdemokraten

Sozialdemokraten wider Sozialdemokraten.

Am Bundestatsrat: Die Staatssekretäre Dr. Solf, Dr. Helfferich, Kraetke.

Kleine Anfragen.

Abg. Reinath (nlib.) stellt die Anfrage, was der Reichszentralrat tun gedenke, um baldmöglichst die durch die provisorische Preisregelung für Web-, Wirt- und Strickwaren geschaffene Unsicherheit zu beseitigen...

Ministerialdirektor Schallap: Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 16. Februar 1916 sollte einem zu wackeren Zwecken erfolgenden Einkauf von Textilwaren durch die Beschlagnahme der Webwaren wirksam begünstigen...

Abg. Bassermann (nlib.) fragt: Ist der Herr Reichszentralrat in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet...

Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf: Die letzten amtlichen Nachrichten vom 11. November 1915 schilderten die militärische Lage in Kamerun als nicht ungünstig und gaben der Hoffnung Raum, daß das Schutzgebiet sich noch längere Zeit würde halten können...

In Deutschostafrika scheiterten im Verlauf von 18 Kriegsmoenten alle Angriffe auf unser Schutzgebiet unter starken Verlusten. Die getroffenen musterartigen Verteidigungsmaßnahmen taten ihre volle Wirkung...

Etatnotgesetz.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Das Etatnotgesetz ist notwendig, weil es nicht möglich ist, unseren Etat rechtzeitig bis zum 1. April fertigzustellen...

Die neue Anleihe 10,6 Milliarden Mark

hinzuzuziehen, und zwar ohne die Feldzeichnungen und die Auslandszeichnungen. (Stürmischer Beifall.) Damit ist Deutschland wieder das einzige kriegsführende Land, das seine sämtlichen Kriegsausgaben durch eine langfristige Anleihe deckt...

Abg. Scheidemann (Soz.): Vorbehaltlich unserer Stellung zum Hauptetat, über die wir uns noch nicht einig sind, stimmen wir diesem Notetat zu. Ich erkläre das ausdrücklich, damit nicht die Ansicht auskomme, als ob wir durch die Zustimmung zum Notetat uns bereits binden würden...

Abg. Bassermann (nlib.): Auch meine politischen Freunde stimmen dem Notetat zu. Wir geben der hohen Genugtuung Ausdruck über die Darlegungen des Schatzsekretärs. Es ist in der Tat ein glänzendes Resultat mit der Anleihe erzielt...

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Auch namens meiner Partei gebe ich dem Notetat Ausdruck für alle diejenigen, die unserer neuen Kriegsanleihe ein so glänzendes Ergebnis verschafft haben. Das ist die beste Widerlegung der feindlichen Ausstreunungen...

Abg. Graf v. Westarp (konf.): Die Mitteilungen des Schatzsekretärs erfüllen uns mit hoher Genugtuung und lebhaftem Dank. In diesen Dank wollen wir die Person des Schatzsekretärs und seine Tätigkeit für die Anleihe einschließen...

Abg. Haase (Soz.): In dem Notetat erblicke ich und ein Teil meiner Freunde eine Vertrauensfrage für die Regierung durch Vorwegnahme der Entscheidung über den Hauptetat. (Abg. Scheidemann widerspricht lebhaft.) Meine Stellung zum Notetat ist deshalb abhängig von dem Hauptetat...

Präsident Dr. Raempf: Diese Ausführungen können nur in einer Generaldiskussion über den Hauptetat, aber nicht jetzt gemacht werden.

Abg. Haase: Es ist nicht zu übersehen, daß wir einen Frieden, der nur die Selbstständigkeit aller Völker aufrecht erhalten wollte, schon haben könnten. (Große Unruhe.) Für die Sozialisten ist es herbe Tragi, daß sie die gemeinsame Idee der Völkersolidarität...

Präsident Dr. Raempf: Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise den Notetat zu Ende zu bringen. Wenn Sie weiter so allgemeine Ausführungen machen, muß ich Sie zur Sache rufen.

Abg. Ledebour: Wir haben den Belagerungszustand.

Abg. Haase (fortfahrend): Ich will mich, obgleich ich die Geschäftsordnung gewiß kenne, und diese mich nicht in meinen Ausführungen zu hindern gestattet, dem Wunsch des Präsidenten so weit wie möglich fügen. (Abg. Keil (Soz.): Sie sprechen ohne unsere Zustimmung! — Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts, im Zentrum und bei den Liberalen; stürmische Gegenrufe der sozialdemokratischen Minderheit.)

Abg. Haase: Der Zuruf Keils hat durch Ihr Händeklatschen seinen Lohn erhalten.

Abg. Keil: Eine Unehrlichkeit bleibt eine Unehrlichkeit! — Infolge heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion herrscht andauernder großer Lärm.)

Abg. Haase (fortfahrend): Ich werde meine Ausführungen bei anderer Gelegenheit machen. Für das Haus wäre es aber doch wohl zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, welche Treibereien nicht nur in der Wilhelmstraße, sondern...

Der Präsident ruft den Redner abermals zur Sache.

Abg. Ledebour: Belagerungspräsident! — (Heiterkeit.)

Abg. Haase: Infolge dieser Beschränkung der Redefreiheit sage ich nur noch, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich selbst ihr Urteil gesprochen hat, weil sie nicht nur hat verhindern können, daß in ihrem Schoß die Kriegsurie geboren wurde...

Präsident Dr. Raempf ruft den Redner abermals zur Sache und befragt das Haus, ob Abg. Haase weitersprechen kann. Für die Wortentscheidung stimmen alle Parteien bis auf einen großen Teil der Sozialdemokraten.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Als Vertreter der verbündeten Regierungen und als Leiter der Reichsfinanzen war ich leider genötigt, in Erfüllung meiner Pflicht den Ausführungen des Abg. Haase beizuhören zu müssen. Andernfalls hätte ich selbstverständlich den Saal verlassen. (Lachen v. d. sozialdemokratischen Minderheit.) Ich kann nur vor dem Hause und vor dem ganzen deutschen Volke mein tiefstes Bedauern und meine stärkste Ent-

rüstung darüber aussprechen, daß ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt (Stürm. Unterbrechungen v. d. Soz. — Gegenrufe rechts), sich nicht scheut, Worte auszusprechen, die unseren Feinden in dieser ersten Stunde das Herz und den Rücken stärken müssen. (Stürm. Zust. v. d. bürgerl. Parteien, lebh. Protestrufe v. d. Soz.) Wenn jemand hier heute zu behaupten wagt, daß das deutsche Volk auch nach all den schweren Lasten, aber auch nach all den großen Erfolgen, die wir im Felde errungen haben, es an der Zuversicht fehlen lasse, daß wir siegen werden, so gibt es dafür keine Kennzeichnung, die scharf genug wäre...

Abg. Scheidemann (Soz.): Nach der Ueberraschung, die auch für uns die Rede des Abg. Haase gewesen ist, sehe ich mich genötigt, nochmals das Wort zu ergreifen. Wir stimmen dem Notetat zu in Würdigung der Tatsache, daß wir dem jetzt zu Recht bestehenden Etat, dessen Fortsetzung dieser Notetat ist, im Vorjahr unsere Zustimmung gegeben haben...

Ein Schlusssatz mag Ihnen angenommen, der Notetat wird dem Ausschuss für Reichshaushalt überwiesen. Dagegen stimmt die Minderheit der Sozialdemokraten.

Abg. Nühle (wild, Soz.): Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, in meinem und im Namen meines Freundes Diehlrecht (Stürm. Gelächter) zu erklären, daß auch wir den Notetat ablehnen, da für uns als Sozialdemokraten noch der alte Grundsatz gilt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. (Stürm. Gelächter.)

Abg. Haase (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat den Mut gehabt, anzuzweifeln, ob ich ein echter preussischer Volksvertreter bin. Darüber steht ihm eine Kompetenz nicht zu. Das eine will ich Ihnen sagen, daß diejenigen die besten Patrioten sind, die nach 20 Monaten Krieg (Lärm, Glocke des Präsidenten) für die Verständigung der Völker und für die Beendigung dieses Krieges eintreten. (Gr. Lärm.) Die Abgg. David, Heine, Sachse, Scheidemann und andere umringen den Platz des Abg. Haase.

Abg. Dr. David (Soz.): Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges! Sie dient dem feindlichen Ausland!

Abg. Sachse (Soz.) ruft Haase zu: Sie Feigling, Sie haben nicht den Mut gehabt, in der Fraktion Ihre Meinung zu sagen. Das ist ein niederträchtiger Ueberfall!

Auch Abg. Hoch, der zur Minderheit, aber nicht zur Gruppe der 20 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehört, gerät mit den Abgg. Haase und Henke in eine scharfe Auseinandersetzung und macht ihnen die heftigsten Vorwürfe, wobei das Wort „Heimtücke“ fällt.

Abg. Sachse zum Abg. Henke (Soz.): Sie Feigling, Sie haben Haase zu dieser Niederträchtigkeit angefaucht!

Im Laufe des sich fortziehenden stürmischen Streites auf den Bänken der Sozialdemokraten sieht man, wie der Abg. Scheidemann, zu den Vertretern der Minderheit gewendet, wiederholt mit nicht mißzuverstehender Geste den Finger an die Stirn führt. Der Lärm nimmt immer mehr zu; der Präsident kann sich nicht Gehör verschaffen.

Präsident Dr. Raempf schließt mitten in diesem Lärm die Sitzung und setzt zur zweiten und dritten Lesung des Notetats eine neue Sitzung

auf 1 1/2 Uhr nachmittags an.

Die meisten Abgeordneten bleiben im Saal, da der Streit auf den sozialdemokratischen Bänken auch mit Beendigung der Sitzung nicht aufhört, sondern sich unter der wachsenden Erregung des Hauses und der Tribünen fortsetzt.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Die Sonntagsbeilage der „Vossischen Zeitung“ bringt in ihrer morgen erscheinenden Nummer folgende Beiträge: Josef Popper-Lynkeus. Ernst Mach. Reg.-Baumeister A. Ciddow. Ist das Kleinhaus die ideale Wohnform? Prof. Dr. Reinhold Steig. Clemens Brentanos Ehegeschick. Literarische Umschau.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortl. f. d. Inserate: i. W. Paul Stüdemann, Schönberg. Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.

Zur Kriegslage

Die Entwicklung der deutschen Offensive im Raume Verdun. Die Kampflinie vom 22. Februar. Ihre Zusammensetzung. Der Verlust des Vorgebietes für den Verteidiger. Das Geschick der Verteidigung. Der deutsche Erfolg von Avocourt. 15 Kilometer vor Recicourt. Das Schwergewicht der französischen Verteidigung. Die Aze Verdun-Bar-le-Duc. Der Raum Souilly. Geringe Erfolge aber operative Fortschritte. Die Position Toul. Entwicklungsfragen. Die russische Offensive. Eine Front von 300 Kilometern. Widsy und Postavy, Tscherniaty und Lotwa. Das alte Schema. Ispahan. Die Italiener.

Die deutsche Offensive im Raume Verdun hat ihr letztes Wort offenbar noch nicht gesprochen, aber wie es sich bei einem gewaltsamen Angriff auf eine befestigte, rechts und links angeglichene Stellung von selbst versteht, reifen die Erfolge langsam, nachdem der Verteidiger das Überraschungsmoment überwunden, Reserven herangeführt und sich in seinen rückwärtigen Stellungen massiert hat. Die deutsche Angriffsbewegung, die heute einen Frontabschnitt von über fünfzig Kilometer erfasst hat, muß immer mehr darauf achten, kombinierte Vorstöße zu unternehmen und dem Zufall möglichst wenig zu überlassen.

Da ein kombinierter Angriff die Bewegungen abstimmt und vervielfältigt, so reifen die Ergebnisse nicht nur langsam, sondern auch scheinbar planlos, weil bald hier, bald dort konzentrisches Feuer schwerster Kaliber die Sturmreihe erzielt und die nun einsetzenden, dem fernem Beobachter allein sichtbaren Infanteriestürme des Zusammenhanges zu entbehren scheinen. Wer also der deutschen Offensive ungenügende Fortschritte und Mangel an Einheitlichkeit vorwerfen will, kann sich mit einem glücklichen Schein von Berechtigung auf die hin- und herreisenden Berichte der deutschen Heeresleitung stützen, um daraus die völlige Erfolglosigkeit einer Offensive großen Stiles abzuleiten. Diese Beurteilung ist aber eine rein äußerliche und darf ebensowenig angewendet werden, wie eine glatte Summierung der deutschen Teilerfolge ohne Rücksicht auf ihre strategische Auswirkung platzgreifen darf. Aus diesen Gründen ist in den vorliegenden Betrachtungen stets versucht worden, die operative Bedeutung von Angriff und Abwehr im Raume Verdun klarzustellen und die allgemeine Entwicklung dieses gewaltigen Ringens zu fixieren.

Berücksichtigt die Kampflinie vor dem 22. Februar im Raume Verdun über Vouquois (Argonnen), nördlich Avocourt, Malancourt, Béhincourt, nördlich Forges, Brabant, nördlich Haumont und Beaumont, nördlich Ornes, nördlich und östlich Fromezey, östlich Gussainville, östlich Fresnes, Marchéville nach Combres, so hat sie heute schon eine starke Zusammenschiebung auf Verdun zu erfahren. Von den genannten Orten sind nur noch Vouquois, Avocourt und Béhincourt in der Feuerlinie gelegen, alle übrigen fallen bereits außer Betracht, und zwar ist die Kampflinie von Forges auf Cumidres, von Brabant auf Bacheraville, von Beaumont und Ornes auf Douaumont, von Fromezey auf Bauz, von Gussainville auf Eix und Moulinville, von östlich Fresnes auf Manheulles und Bonzée und von Marchéville auf Chamblon vorgetragen worden.

Die Verteidigung hat also einen breiten Geländestreifen des Nordost- und Südostsektors aufgeben müssen und nach flüchtiger Schätzung dreißig Dörfer und Städtchen, die zu Außenfesten ausgebaut und durch zahllose Zwischenstellungen auf den Hügeln und in den Wäldern verbunden waren, an den Angreifer verloren.

Die Verteidigung hat diesen Verlust an Vorgebiet ertragen können, wenn der französische Generalplan und die späteren Zufälle des Feldzuges von Verdun keine offensive Aufgabe mehr verlangen, ist aber wie jede auf operative Gegenwirkung verzichtende Defensive zur strategischen Schwäche geworden und sieht sich nun gezwungen, nicht mehr Vorstellungen, sondern die Hauptverteidigungslinie unter konzentrischem Feuer zu behaupten, ohne dem Gegner die Initiative wieder abnehmen zu können.

Mit großem Geschick sucht der französische Verteidiger aber den ihm gebliebenen Raum zu behaupten und durch kurze Gegenstöße sich so weit Luft zu machen, daß er die Ueber-

nicht völlig verliert. Trotzdem ist es den Deutschen noch einmal gelungen, das Überraschungsmoment auszunützen und im Nordwestsektor einen, wenn auch räumlich beschränkten Erfolg zu erzielen, der unter Umständen das letzte Stück des vorgeschobenen Verteidigungsgürtels der Nordwestfront zerbrechen wird. Der aus der Linie Avocourt-Malancourt vergetragene, flankierend angelegte Angriff hat zur Erstürmung des Waldes von Avocourt geführt. Der Wald von Avocourt ist in dem Dreieck Avocourt-Malancourt-Esnes zu suchen und flankiert die Stellung von Béhincourt und den vielumstrittenen Toten Mann mit den südlich davon streichenden Hügeln von Westen.

Die Festigkeit der letzten französischen Vorstellung nördlich der Linie Bourrus-Marre beruht auf dem dem Strahlenbogen Malancourt-Esnes-Chattancourt vorgelagerten Hügelkranz, der die Bildung einer konkaven, nach Norden offenen Front von etwa neun Kilometern Länge und starker Feuerwirkung erlaubt hat. Der westliche Flügel besaß in dem Hügel von Haucourt einen strotzenden Stützpunkt, dahinter ragt die Kuppe 304 als starke Reduktstellung. Inwieweit im Zentrum die Höhe 295 (Toter Mann) noch zu dieser Position gehört, kann dahingestellt bleiben, nachdem die Deutschen die nordwestlich ausschwingende Front aus nordwestlicher Richtung flankiert haben und nicht nur das Gehölz von Avocourt genommen, sondern auch die Kuppe von Haucourt doppelseitig angefaßt und den Angriff auf wenig mehr als tausend Meter an den Gipfelpunkt 304 herangetragen haben. Bildete die oben beschriebene französische Stellung gewissermaßen eine umgekehrte Lunette, die mit der armernten Kehle dem Feinde zugewendet war, so haben die Deutschen jetzt diese Stellung in der linken Flanke angegriffen und bestreben sich, sie in der Richtung auf Esnes aufzurollen.

Nicht umsonst unterhalten die Franzosen ein gewaltiges Artilleriefeuer auf der westlich anschließenden Argonnenfront, da sie offenbar deren staffelförmiges Vorbrechen von Vouquois her befürchten. Zwischen der Fille morte und dem Morthe Homme besteht eben nicht nur ein symbolischer, sondern auch ein militärischer Zusammenhang.

Selbst wenn die Franzosen noch im Besitze gewisser Stellungen am Toten Mann sind, wird ihnen die Behauptung der Linie Avocourt-Esnes-Chattancourt unmöglich werden, sobald Punkt 304 mit Angelande in die Hände des Angreifers gefallen ist. Nun ist freilich die Entfernung von 304 bis zu den Verduner Maasbrücken noch auf gut 15 Kilometer zu schätzen, aber wichtiger ist, daß die Deutschen von Recicourt, der nächsten Station der Bahn Verdun-Clermont nur noch acht Kilometer entfernt sind und daß ihr Vorbringen das Aretal aufwärts die Verbindung zwischen Verdun und der französischen Argonnenfront, die jetzt schon vollständig von der deutschen Artillerie kontrolliert wird, zerschneiden könnte.

Das Schwergewicht der französischen Verteidigung im Raume Verdun ist seit dem 22. Februar bedeutend nach Südwesten gedrückt worden. Bildete Verdun früher als Schulterpunkt der französischen Front noch eine Ausfallstellung, die ihr Schwergewicht in sich selbst trug, so ist dieses jetzt auf der Aze Verdun-Souilly-Bar-le-Duc südwestlich um 15 Kilometer verschoben worden und nun zwischen den Argonnen und der Maas zu suchen. Man kann es bei Souilly fixieren und wird, wenn man um Souilly mit einem Radius von knapp 15 Kilometern einen Kreis beschreibt, den neuen Aktionsradius der französischen Verteidigung im Zirkel haben und die Orte St. Mihiel, Combres, Eix, Bauz, Cumidres, Avocourt als peripherische Punkte betrachten.

Mag also auch jeder Erfolg, den der Angreifer in den letzten drei Wochen — also nach der Eroberung von Douaumont — errungen hat, an sich gering erscheinen, so ist der operative Fortschritt doch immer noch bedeutend genug, die Fortführung der Aktion zu gestatten, ja sogar zu verlangen, denn es ist nichts Kleines, die strategische Position Verdun ihrer lebendigen Kraft beraubt und die normale Reservestellung zwischen der Maas und den Argonnen im Raume Souilly-Pierrefitte nun in der Front aufzutauschen zu sehen.

Nur der sehr starke Gegendruck, den die Franzosen, auch wenn sie nicht angreifen, von Toul

flankierend ausüben, hat die deutsche Offensive im Raume St. Mihiel bisher verhindert, die im Osten, Nordosten und Nordwesten geschlagene Erfolgskette zu vervollständigen und hier den Angriff vom September 1914 wieder aufzunehmen. Vielleicht ist es auch dazu noch nicht an der Zeit, da die Lage am und südlich des Toten Mannes und vor dem großen Wald von Hesse noch nicht genügend gefestigt ist.

Wie dem auch sei — die Zurückdrückung der französischen Verteidigung bei Avocourt liegt durchaus im Rahmen planmäßigen Vorgehens und hat die französische Position abermals eingeengt. An sich ist diese freilich auch heute noch sehr stark. Noch sind die Franzosen im eigentlichen Festungsgürtel und auf den nach St. Mihiel streichenden Maashöhen fest verankert, noch ist Toul und das ganze Vorgebiet zwischen Apremont und Pont-a-Mousson bis über die Mosel fest in ihrer Hand und bildet mit den Stellungen am Mont Couronné ein verhängtes Lager von beträchtlicher Ausfallsstärke, noch hängt auch die französische Argonnenfront fest mit der Verdunerfront zusammen, aber entwertet ist diese zum größten Teil doch.

Die Entwicklung wird lehren, ob es damit sein Bewenden hat und alles, was seit dem 26. Februar von den Deutschen noch erkämpft wurde, lediglich eine Auswirkung des zwischen Brabant und Ornes in der Richtung auf Vouaumont und Douaumont erzielten großen Erfolges vom 22. bis 26. Februar war, oder ob die Operationen erst auf Grund heute noch nicht sichtbarer Perspektiven beurteilt werden können.

Unterdessen hat die russische Offensive, gleichgültig ob sie als Entlastungsoffensive oder als Wiederaufnahme der Angriffsbewegung an sich zu erklären ist, noch weiter um sich gegriffen. Es wird auf der ganzen Linie von Riga bis Baranowitschi, also auf einer Front von ungefähr 300 Kilometern, wenn auch nicht auf jedem einzelnen Kilometer, gekämpft. Als Hauptbrennpunkte erscheinen immer noch die Gegend von Widsy und Postavy, der Abschnitt zwischen Rarocz und Wiczniowsee und nun auch die Gegend von Baranowitschi.

Die Russen haben große Kräfte in Bewegung gesetzt, wohl auch da und dort Vorstellungen eingebracht, aber keinen auswertbaren Erfolg erzielt. Sie selbst sprechen von glücklichen Kämpfen bei Gubuziski, etwa 25 Kilometer südlich Widsy, und im Abschnitt südlich von Postavy, wo sich zwischen Postavy und dem kleineren Miadziotsee die Front an der Mjasjotka entlang zieht. Sie nennen als Kampforte Tscherniaty und Lotwa, 13 und 15 Kilometer südlich Postavy, wo sie einen deutschen Gegenangriff abgeschlagen hätten.

Zweifellos sind Kämpfe von außerordentlicher Festigkeit im Gange, die sich nach dem bekannten Schema „Trommelfeuer, Infanterieaktion, Bereitstellung von Kavallerie nach etwa gelungenen Durchbruch“ abspielen, aber bei der Elastizität der deutschen Linien, trotz deren enormen Ausdehnung und trotz der Möglichkeit, gewaltige Kräfte an einer bestimmten Stelle zu bällen und gegen den weit gespannten Kordon zu schleudern, für den Angreifer geringe Aussichten auf Erfolg bieten.

Die russische Offensive geht offenbar mit der allgemeinen Direktive Wilna darauf aus, die Dünalinie durch einen frontalen und einen im Raume Widsy-Smogon flankierend gedachten Vorstoß freizumachen und die deutsche Nordfront auf den Njemen zurückzuwerfen, da den Russen militärisch und politisch sehr viel an Kurland gelegen ist. Glücklicher sind sie bis jetzt in ihrem exzentrischen persischen Unternehmen, das sie nun nach Ispahan gebracht hat. Vermöchten sie sich den Weg durch Persien zum persischen Golf zu öffnen, so besäßen sie in der Tat ein gutes Pfand für die im Westen erlittene Einbuße, einen Ersatz, der allerdings in der britischen Interessensphäre läge.

Die italienische Offensive am Sonzo ist nach ihrem raschen Abflauen noch nicht wieder erwacht. Es sind wohl nicht nur Witterungsunbilden, sondern auch andere Gründe, die zum Teil in der Kampfkraft der Truppe — es sollen auch Landwehrformationen verwickelt gewesen sein —, zum Teil in den Pariser Konferenzen versteckt liegen, bei dem Abbau des Angriffs im Spiele gewesen. Die österreichischen Gegenstöße bei Plitsch und Tolmein haben sich am Rombon, am Monte Nero und westlich des Sonzo im Südraume von Tolmein behauptet. Im Raume Borgo haben sich am Monte Collo Artilleriekämpfe entwickelt, die

auf Dämpfung der italienischen Absichten im Saganatal abzielen. Im allgemeinen ist die Lage unverändert. H. St.

Skandal szenen im Reichstag.

Ein Pronunziamento des Abgeordneten Haase. — Ärmende Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischer Mehrheit und Minderheit.

Eine Sitzung von so bewegtem Verlauf, wie die, die heute um 11 Uhr begann und kurz nach 12 Uhr bereits wieder endete, hat der Reichstag schwerlich erlebt. Sie begann in der milden Luft mehr oder weniger bestellter kleiner Anfragen und endete unter brausendem Lärm mit der Ueberweisung des Nothaushaltsgesetzes, dessen erste Lesung unterdessen stattgefunden hatte, an den Ausschuß. Mit stürmischem Beifall nahm das Haus die Darstellung des Gouverneurs Solf über den Heldenkampf unserer Schutztruppe in Kamerun und Ostafrika entgegen. Dann bringt Staatssekretär Helfferich mit drei Worten das Nothaushaltsgesetz ein. Er benützt die Gelegenheit, um von dem Ergebnis der Kriegsanleihe Mitteilung zu machen. 10,6 Milliarden! Abermals heller Jubel. Die Parteiführer nehmen der Reihe nach das Wort, um ihrerseits ihre Genugtuung auszusprechen und der Ueberweisung des Notgesetzes an den Ausschuß, der es gleich hinterher während einer Vertagung der Sitzung erledigen will, zuzustimmen. Für die sozialdemokratische Fraktion besorgt dies der Abgeordnete Scheidemann. Und dann kommt noch, entsprechend der Gepflogenheit, auch der Minderheit der Genossen einen Redner einzuräumen, der zu dieser Minderheit gehörige Parteipapst, Abg. Haase. Er benützt die so erschlichene Gelegenheit zu einer Kundgebung gegen unsere Kriegsführung, die man glatt als hochverräterisch bezeichnen muß. Ueber den Beschluß des Seniorenkonvents, eine allgemeine Auseinandersetzung bei der Haushaltsberatung diesmal nicht stattfinden zu lassen, setzt er sich unter dem Vorwand hinweg, daß es sich hier um das Notgesetz und nicht den eigentlichen Haushalt handle. Leider zeigt sich der Präsident der Lage nicht annähernd gewachsen. Er scheut sich offenbar, den Führer der Partei so zu behandeln, wie er es Liebstecht oder Hoffmann gegenüber unbedenklich getan hätte, und erschöpft sich in langen Zureden, ehe er den Redner endlich wirklich zur Sache ruft. Ehe es geschäftsordnungsmäßig soweit ist, daß diesem das Wort entzogen werden kann, kommt es zu fürchterlichen Skandalen, vor allen Dingen innerhalb der Reihen der Genossen selbst. Als Reil ruft, Haase spreche ohne Zustimmung der Partei, klatscht ihm das ganze Haus stürmisch Beifall. Zeitweilig hört man nichts als wildes Geschrei, in das die Glocke des Präsidenten hilflos hineinstimmt. Ausdrücke wie „Gemeinheit!“, „Lüde!“, „Feigling!“, „Vaterlandsverräter!“ dringen aus dem allgemeinen Lärm hervor. Eine Reihe von Genossen stimmt schließlich mit der Mehrheit, die Haase das Wort entzieht. Inmitten dieses Lärms schließt der Präsident die Sitzung... Wiederbeginn um 1 1/2 Uhr.
A. 3.

37. Sitzung, Freitag, 24. März 1916.

Am Bundesratsitz: Helfferich, Kraetke, Solf.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Die Anfrage des Abgeordneten Bassermann (nl.) über die öffentliche Prügelung von Deutschen in Rabaul in Neu-Guinea ist von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Preisregelung für Textilwaren.

Abg. Reinath (nl.): Durch die Bekanntmachung vom 1. Februar 1916 betreffend Preisbeschränkung in Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren ist eine Preisregelung festgesetzt, die auch nach wiederholten ausdrücklichen Erklärungen der zuständigen amtlichen Stellen nur als provisorische Maßregel zur Vermeidung plötzlicher Preissteigerungen infolge der Beschlagnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren gedacht ist. Diese provisorische Preisregelung belastet das gesamte Textilgewerbe, das mehrere Millionen Erwerbstätiger in sich schließt, mit einer die Betriebe in hohem Maße störenden Unsicherheit.

Was gedenkt der Herr Reichsanzler zu tun, um baldmöglichst diese Unsicherheit zu beseitigen und eine den berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden wie der Verbraucher gleichermaßen gerecht werdende endgültige Regelung herbeizuführen?

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß bei den Erlassen der Bekanntmachung vom 1. Februar 1916, wie die Anfrage zutreffend hervorhebt, von vornherein klar war, daß sie dauernd nicht in vollem Umfang würde aufrechterhalten werden können, die endgültige Regelung wird vielmehr durch Bundesratsverordnung erfolgen. Der Entwurf einer solchen Verordnung liegt dem Bundesrat zur Beschlussfassung vor. Es steht zu erwarten, daß die Bekanntmachung Anfang April d. J. in Kraft treten wird.

Die Kämpfe in Kamerun und Ostafrika.

Abg. Bassermann (nl.): Ist der Herr Reichsanzler in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Uebertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika?

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf:

Die letzte amtliche Nachricht aus Kamerun stammt vom 1. November 1915; sie schilderte die militärische Lage als günstig und gab der Hoffnung Ausdruck, das Schutzgebiet noch längere Zeit halten zu können. Allerdings machte sich schon damals Munitionsmangel empfindlich fühlbar. Wiederholte Versuche, der kameruner Truppe Munition aus der Heimat zuzuführen, scheiterten indessen an der scharfen Blockade der afrikanischen Küste. So konnte es schließlich nicht ausbleiben, daß Munitionsmangel Ende vergangenen Jahres den Gouverneur zwang, das Schutzgebiet zu räumen und mit dem noch vorhandenen Rest der Schutztruppe auf das neutrale Gebiet von Spanisch-Muni überzutreten. Nähere Nachrichten über die Räumung fehlen noch. Auch die weiteren Meldungen beschränken sich darauf, wenige Daten anzugeben.

Am 1. Januar 1916 sind die feindlichen Truppen in das bereits geräumte Jaunde eingerückt. Den Abmarsch unserer Truppen aufzuhalten, ist dem scharf nachdrängenden Gegner nicht gelungen. Auch die immer wieder erneuten Versuche starker englischer und französischer Truppen, unsere Truppen durch Vorstöße entlang der Nordgrenze von Spanisch-Muni vom neutralen Gebiet abzuschneiden, mißlingen. So bedeuten die letzten Kämpfe immer noch einen Sieg unserer Waffen. Es ist nunmehr durch den Botschafter in Madrid eine Mitteilung der spanischen Regierung eingegangen, daß unter den Uebergetretenen sich der Gouverneur, 73 Offiziere, 22 Ärzte, 310 Unteroffiziere und Krankenpfleger, 150 Soldaten sowie 400 Zivilisten befinden. Aus diesen Zahlen läßt sich der Schluß rechtfertigen, daß es allen noch im Schutzgebiet befindlichen Deutschen gelungen ist, sich der französischen und englischen Kriegsgefangenenschaft zu entziehen. Die Namen der in Spanisch-Muni

befindlichen Deutschen sind noch nicht bekannt. Die Truppe und die Verwaltung Kameruns haben ihre Pflicht bis zum äußersten getan. Davon gibt ein glänzendes Zeugnis auch die kleine Truppe in der Station Mora (Beifall), die sich bis zur letzten Patrone gehalten hat. Soweit über Kamerun.

In Ostafrika scheiterten im Verlaufe von 18 Kriegsmonaten alle Angriffe weit überlegener Kräfte unter starken Verlusten der Feinde (Beifall) dank der in musterwürdiger Weise getroffenen Verteidigungsmaßnahmen und dank dem hervorragenden Geist der Schutztruppe. Der Wunsch der Verteidiger der Kolonie, den Gegner nach Möglichkeit in seinem eigenen Lande zu treffen, führte zu wiederholten kühnen Vorstößen kleiner Abteilungen in Uganda. Sie bekamen dadurch Munition und die Mittel in die Hand, trotz der Blockade die Ernährung der Bevölkerung und die Befriedigung anderweiter Bedürfnisse sicherzustellen. Was hier ohne jede Friedensvorbereitung geleistet worden ist, verdient uneingeschränkte Anerkennung. (Lebhafter Beifall.) Diesen Maßnahmen ist es nicht nur zu verdanken, daß die Ruhe unter den Eingeborenen nirgends gestört wurde, sondern daß diese sich in großer Anzahl noch in den Dienst der Truppe stellten. (Beifall.)

In jüngster Zeit ist das Schutzgebiet von neuem vor schwerer Aufgaben gestellt worden. Es ist England gelungen, die Regierung der südafrikanischen Union zur Entsendung eines Expeditionskorps nach Ostafrika zu bewegen, dies ist kürzlich unter Führung des Kriegsmilitärs der Union, General Smuts, angetreten. Dadurch hat die englische Streitmacht eine bedeutende Verstärkung erhalten. Aus weiteren englischen Meldungen geht hervor, daß der erste Zusammenstoß im Februar mit dem Rückzug der Engländer unter starken Verlusten endete. Im Laufe der letzten Woche scheint es doch dem Gegner gelungen zu sein, unsere am Kilimandscharo stehenden Truppen zurückzudrängen und Moshi einzunehmen. Ein neuer Gegner ist im Süden durch den endgültigen Eintritt Portugals in den Krieg entstanden. Portugal hatte schon in der Nähe der Nordgrenze seiner Kolonie Mozambique ein Expeditionskorps von etwa 1500 Mann europäischer Truppen stehen. Wahrscheinlich wird in der nächsten Zeit mit dem Eingreifen auch dieses Geheers zu rechnen sein. Dem Schutzgebiet drohen also von allen Seiten Angriffe, die schließlich zu schweren Kämpfen führen werden. Bisher haben unsere Schutztruppen einen überlegenen Feind mit geringen Verlusten abgewehrt. Wir dürfen auf den Heldenmut unserer afrikanischen Schutztruppen auch für die Zukunft volles Vertrauen haben. (Stürmischer Beifall.)

Staats-Notgesetz.

Erste Lesung.

Das Ergebnis der 4. Kriegsanleihe: 10,6 Milliarden.

Reichshaussekretär Dr. Helfferich:

Wir haben uns im Januar bereits darüber unterhalten, daß es kaum möglich sein würde, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Deshalb legt Ihnen die Reichsregierung einen Notetat vor. Er sieht aus wie alle die Notetats, die im Verlauf der letzten Jahre verabschiedet worden sind.

Meine Herren! Zu den 25 Milliarden, die das deutsche Volk bereits an Kriegsanleihe gezeichnet hat, hat es von neuem den Betrag von 10,6 Milliarden hinzugefügt (Stürmischer Beifall), ohne Feldzeichnungen und ohne Auslandszeichnungen. Jetzt ist Deutschland wieder der einzige kriegsführende Staat, der seine sämtlichen Kriegsausgaben durch langfristige Anleihen gedeckt und überdeckt hat. Ebenso, wie ich im Deze... sagen konnte, daß die Finanzierung des Krieges für ein weiteres halbes Jahr gesichert ist, ebenso kann ich dies auch heute erklären. (Beifall.)

Was es bedeutet, daß ein Volk von nahezu 70 Millionen, durch völkerrechtswidrige Gewaltakte von der Außenwelt abgeschnitten, ganz auf seine eigene Kraft gestellt, ein Volk, das seit 20 Monaten die harten Lasten des Krieges trägt, nunmehr im zwanzigsten Monat abermals dem Vaterland diesen Betrag von mehr als 10 Milliarden darbringt, meine Herren, kein Wort kann, glaube ich, an die Größe dieser Leistung heranreichen. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, das bedeutet, daß allen Feinden zum Trost unsere Kraft ungebrochen ist, daß unser Vertrauen in unsere gute Sache und in unsern Sieg nicht erschüttert werden kann, das bedeutet, daß das deutsche Volk, wenn es gilt, den Feind zu schlagen, keinen Zwiespalt kennt, sondern einmütig wie ein Mann zusammensteht. (Brausender Beifall.)

Keine Worte des Dankes reichen aus, um allen denen zu danken, die an diesem neuen großen Erfolg ihren Anteil haben, vor allem der Reichsbank und ihrem Präsidenten. (Beifall.) Und schließlich vor allem auch den Millionen von Zeichnern, die auch dieses Mal wieder die Anleihe zu einer wahren Volksanleihe gemacht haben, sich selbst und unserm Vaterland zur Ehre. (Brausender Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Unter Vorbehalt unserer Stellung zum Hauptetat stimmen wir dem Notetat zu. Ich erkläre das ausdrücklich, damit nicht etwa die Ansicht aufkommen kann, als ob wir durch die Zustimmung zum Notetat uns bereits für die Abstimmung über den demnächst kommenden Hauptetat binden würden.

Abg. Bassermann (nl.): Auch wir empfinden große Genugtuung über die eben gehörten Darlegungen des Reichshaussekretärs. Das ist in der Tat ein glänzendes Resultat. Mit den Feld- und Auslandszeichnungen kommen wir an die 11 Milliarden heran. Unser Volk hat damit ein festes Zeugnis für seinen Willen zum Durchhalten und seine Siegeszuversicht gegeben. (Beifall.)

Ich beantrage die Verweisung der Notetatvorlage in den Ausschuß für den Reichshaushaltsetat. Es müssen die Mittel besorgt werden, um die Reichswirtschaftsordnungsgemäß weiterführen zu können. Da die Fertigstellung des Etats bis zum 31. März nicht möglich ist, werden für die Monate April, Mai, und Juni die Ausgaben zur Erhaltung bestehender Einrichtungen und Durchführung aller beschlossenen Maßnahmen sowie zur weiteren Erfüllung rechtlich begründeter Verpflichtungen Mittel gefordert. Dazu kommt die Ermächtigung, von den für 1916 angeforderten Summen gewisse Beträge jetzt schon anfordern zu können.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Auch wir geben unserer Freude über das glänzende Ergebnis der 4. Anleihe Ausdruck. Sie wird den Kämpfern draußen ein neuer Ansporn sein.

Abg. Graf v. Westarp (kons.): Die Mitteilung des Haussekretärs erfüllt auch uns mit Genugtuung. Dem Dank des Abg. Bassermann an das deutsche Volk schließen wir uns an. Wir müssen diesen Dank aber auch auf die Person des Haussekretärs selber und seine Tätigkeit ausdehnen. (Beifall.)

Skandal szenen als Werk der sozialdemokratischen Minderheit.

Abg. Haase (Soz.): Die Zustimmung zu dem Notgesetz bindet für die Abstimmung zum Etat. (Abg. Scheidemann: Nein.) Sie muß abhängig gemacht werden von der Stellung der Regierung in den Steuervorlagen. Da zeigt sich der wahre Klassencharakter des Staates auch in dieser schweren Zeit. Die Regierung hat auf dem Gebiete der Lebensmittelpflege vollständig versagt. Trotz des Versprechens der Regierung ist es in diesem Jahre noch

Skandalzeren im Reichstag

(Schimmer geworden als vorher. (Zustimmung bei einzelnen Sozialdemokraten. Widerspruch.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte Sie, sich an das Rotgesetz zu halten. Eine allgemeine Aussprache zum Etat kann nicht stattfinden.

Abg. Haase (Soz.): Wir müssen doch die Gründe für unsere Ablehnung des Rotetats vorbringen können.

Präsident Dr. Kaempf: Darum brauchen Sie aber nicht auf die Generaldiskussion im allgemeinen überzugreifen.

Abg. Haase (Soz.): Man hat das freie Wort geknebelt. Das Versprechen, den Belagerungszustand nur für die Dauer der Mobilmachung zu verhängen, ist nicht gehalten worden. Die Ausnahmebestimmungen gegen die Gewerkschaften sind nicht aufgehoben. Schon vor einem Jahre haben wir die Regierung aufgefordert, unserem Gegner die Hand zum Frieden entgegenzusetzen. Das Ende des entsetzlichen Menschenmörders ist noch nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Massen den leidenschaftlichen Willen zum Frieden. Die Volksvertretung muß sich zum Dolmetsch dieser Friedensstimmung machen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch.) Unsere Gegner sehen immer mehr ein, daß der feste Ball unseres Heeres nicht gebrochen werden kann. Aber alles spricht dafür, daß auch unser Heer die Gegner nicht so schlagen wird, daß sie auf die Knie gezwungen werden. Am Schluß wird es weder Sieger noch Besiegte geben. (Lärmender Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien und einem Teil der Sozialdemokraten. Stürmische Pfui-Rufe, laute Rufe: Unerhör! Glocke des Präsidenten.) Das Ringen wird so ausgehen, daß Europa der Verarmung entgegengeht. Vier Monate vielleicht, sechs Monate im Jahr werden wir arbeiten müssen nur um die Zinsen für die Krieganleihe und Aufwendungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung aufzubringen. Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. Kaempf: Ich mache Sie wiederholt darauf aufmerksam, daß ich diese Ausdehnung der Generaldiskussion nicht zulassen kann.

Abg. Haase (Soz.): Ich halte mich schon sehr nahe an die Tagesordnung. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Die Unverletzlichkeit unseres Reiches und Unabhängigkeit unseres Volkes ist schon längst gesichert. (Große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Die Arbeiter sollen für die Interessen kämpfen, die sie nicht berühren. (Erneute Unruhe.) Die Arbeiterklasse kann nicht die Waffen erheben gegen die, mit denen sie durch Gemeinsamkeit der Ideen verbunden ist. (Großer Lärm. Rufe: Unerhör! Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß Sie bitten, sich doch an die Tagesordnung zu halten. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf rechts: Ihre Reden wollen wir hier nicht hören.)

Abg. Haase (Soz.): Man sollte annehmen, daß nur komplette Narren und gewissenlose Volksvertreter — (Zuruf: So wie Sie! Großer Lärm und lebhafter Pfuirufe.) (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf: So können wir unmöglich das Rotgesetz erledigen. Ich muß Sie bitten, doch bei der Sache zu bleiben. (Lebhafte Zustimmung rechts. Widerspruch bei einem Teil der Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (Soz.): Durch die Geschäftsordnung kann ich nicht verhindert werden, meinen Standpunkt hier zu begründen.

(Abg. Keil (Soz.): Ohne unsere Zustimmung! — Großer Lärm. Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den bürgerlichen Parteien und einem Teil der Soz.; Widerspruch bei den Soz. Erneuter Beifall und Händeklatschen, bei dem die nächsten Worte des Redners verloren gehen.) Der Abg. Keil hat durch Ihr Händeklatschen den Lohn für seine Lat bekommen! (Abg. Keil (Soz.): Unehrllichkeit bleibt Unehrllichkeit! (Erneute lebhafteste Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Sie verhindern mich, die wahre Stimmung des Volkes Ihnen bekannt zu geben und zu berichten, welche Treibereien — und ich meine nicht nur von den Frondeuren in der Wilhelmstraße — — — (Großer Lärm. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich kann Ihnen das Wort nicht weiter lassen, wenn Sie sich nicht mäßigen. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien und einem Teil der Sozialdemokraten. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Belagerungspräsident!)

Abg. Haase (Soz.): Infolge dieser Beschränkung der Redefreiheit (Lärm) will ich Ihnen nur sagen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung sich selbst das Urteil gesprochen hat, weil sie es nicht hat verhindern können, daß in ihrem Schoße die Kriegsfurien geboren wurden. (Lärm. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich rufe Sie nochmals zur Sache und werde das Haus befragen, ob es Sie noch weiter anhören will. Ich bitte die Herren, die dem Abg. Haase das Wort nicht weiter verstaten wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Mit den bürgerlichen Parteien erhebt sich auch ein reichliches Duzend sozialdemokratischer Abgeordneter unter lebhaftem Beifall des Hauses. Abg. Redebur ruft: Es geht um die Gegenprobe.)

Abg. Haase muß darauf die Tribüne verlassen.

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Ich war in Erfüllung meiner Pflicht gezwungen, den Ausführungen des Abg. Haase beizuwohnen. Sonst hätte ich selbstverständlich den Saal verlassen. (Beifall.) Ich kann vor diesem hohen Hause und dem ganzen deutschen Volke nur das tiefste Bedauern und die stärkste Entrüstung darüber aussprechen, daß sich ein Mann, der sich Vertreter des deutschen Volkes nennt... (Lebhafter Widerspruch bei einem Teil der Sozialdemokraten. Stürmischer Beifall im übrigen Hause.) Der Abg. Haase hat hier solche Worte ausgesprochen, die unsern Feinden in dieser Lage das Herz und den Rücken stärken müssen. (Stürmische Zustimmung bei der großen Mehrheit des Hauses. Widerspruch bei einem Teil der Soz.) (Ein sozialistischer Abgeordneter ruft: Er redet für das Ausland! Großer Lärm.) Wie können Sie aussprechen, daß es dem deutschen Volk im zwanzigsten Kriegsmonat nach all seinen schweren Lasten und nach all seinem großen Erfolg an der Zuversicht fehlen wird, daß wir siegen werden. Es gibt kein Wort, das scharf genug ist, um das zu verurteilen. (Lebhafte Zustimmung.) Fragen Sie doch, wie das Volk denkt, das jetzt wieder die Milliarden der Krieganleihe gezeichnet hat. (Lebhafte Zustimmung. Lärmender Widerspruch bei einem Teil der Sozialdemokraten. Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) sucht sich durch lautes Schreien und lebhaftes Gesten bemerkbar zu machen, seine Worte gehen aber in dem allgemeinen Lärm verloren.) Hier hat das deutsche Volk seine wahre Gesinnung gezeigt. (Stürmischer, anhaltender Beifall und langandauerndes Händeklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Meine Partei hatte nicht die Absicht, bei der Beratung dieses Rotetats das Wort zu nehmen. Nach der Ueberraschung, die auch für uns die Rede des Abg. Haase ist (Lebhafte Hör, hört!) bei den bürgerlichen Parteien, bin ich aber genötigt, einige Worte zu sagen. Wir stimmen dem Rotetat nur unter dem Vorbehalte zu, daß wir uns die Freiheit unserer Stellungnahme bei Verabschiedung des ordentlichen Etats wahren. Der Rotetat ist nur eine Fortsetzung des Etats, dem wir im vorigen Jahre zugestimmt haben. Ob wir dem neuen Etat zustimmen, hängt von dem Verlauf der Verhandlungen über die Steuervorlagen ab. Das, was wir

heute von dem Abg. Haase gehört haben — Vereinsrecht, Lebensmittel, Zensurfragen, Kriegsfragen, Friedensfragen — sind alles Dinge, über die wir in der Fraktion völlig einig waren. Sie sollen ja auch in den nächsten Tagen hier im Hause behandelt werden. Jetzt handelt es sich nur um eine rein formale Zustimmung zu diesem Rotgesetz. Für mich handelt es sich in diesem Augenblick darum, und ich glaube, die Mehrheit meiner Freunde ist derselben Ansicht, die Fortführung der Reichsgeschäfte im Interesse des deutschen Volkes in dieser schweren Zeit, von der wir wünschen, daß sie bald durch einen dauernden Frieden beendet werde, sicherzustellen. Ich darf annehmen, daß wir auch in dieser Stunde noch zu den Worten stehen, die Sie alle namens unserer Fraktion am 4. August aus dem Munde des Abg. Haase gehört haben. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Wir machen wahr, was wir immer gesagt haben: In der Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich! (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte doch das Haus, hier nicht das Händeklatschen einzuführen.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Die Vorlage geht an den Hauptauschuß.

Zur Geschäftsordnung erklärt:

Abg. Rühle (Soz.): Durch den Schluß der Aussprache ist es mir unmöglich gemacht, in meinem und im Namen meines Parteifreundes Liebknecht zu erklären (Lachen), daß für uns als Sozialdemokraten noch der Grundsatz gilt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Abg. Haase (Soz.): Der Schatzsekretär hat den Mut gehabt, anzuzweifeln, ob ich ein echter Volksvertreter bin. (Lebhafte Zurufe von den bürgerlichen Parteien. Ein Abgeordneter der Rechten ruft: Da hat er recht! Lebhafteste Zustimmung.) Darüber zu urteilen, steht dem Staatssekretär keine Kompetenz zu. Ich habe Ihnen zu sagen: nach 20 Monaten blutigen Krieges muß es zu einer Verständigung der Völker und zu einer Beendigung des Kampfes kommen. (Glocke des Präsidenten. Lebhafteste Zurufe aus dem ganzen Hause, an denen sich auch ein Teil der Sozialdemokraten beteiligt. Ein sozialdem. Abgeordneter ruft: Durch Ihre Politik verlängern Sie den Kriege! Abg. David (Soz.) ruft Haase zu: Sie besorgen die Geschäfte des Auslandes. Abg. Heine (Soz.): Das alles ist zum Unheil Deutschlands! Dauernde Unruhe bei den Soz. Zurufe aus dem Hause: Landesverräter!)

Um 12 1/2 Uhr schließt die Sitzung. Im ganzen Hause herrscht große Erregung. Zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete drängen sich um den Abg. Haase und reden erregt auf ihn ein. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter schlägt mit der Faust auf den Tisch und ruft dem Abg. Haase, der unmittelbar vor ihm sitzt, mehrmals zu: Das war ein Verbrechen!

Die nächste Sitzung findet um 1 1/2 Uhr statt.

Deutscher Reichstag.

Die Verhandlungen, die mit der Verweisung des Haushalts und der Kriegsgewinnsteuer an den Hauptauschuss, der übrigen Steuervorlagen an einen besonderen Ausschuss endigen, bringen viel Nachdenkliches. Ganz besonders in den Reden Stresemanns und des Grafen Westarp. Uebrigens bedeutet jeder neue Redner zum Reichshaushalt eine neue Kundgebung zu Ehren v. Tirpitz — von der des Radikalinst Hoch, der als letzter Redner vor Lorenschluß zu Worte kommt, selbstverständlich abgesehen. Der Reichstag hat einen Lebenden bei seinem Rücktritt schwerlich jemals in dieser Form und in ähnlichem Maße wie Tirpitz geehrt, was natürlich, wenn man z. B. an sein Verhalten bei Bismarcks Entlassung denkt, nicht unbedingt ein Ruhmesblatt für ihn ist. Eine Kundgebung anderer Art, die man noch vor Beendigung der ersten Lesung des Reichshaushalts vielfach erwartet hat, bleibt aus. Der Reichschahsekretär nämlich benützt die Gelegenheit nicht, über den Ausfall der Zeichnungen zur Reichsanleihe eine vorläufige Mitteilung zu machen. Stresemann verweist auf die jährliche Milliardenbelastung der Nation nach dem Kriege, die unausbleiblich sei, — wie er betont, um die Interessenten im Lande über den Ernst der Sache aufzuklären. Er stellt dem zwar nicht ausdrücklich die Torheit derer gegenüber, die predigen, daß der uns aufgezwungenen Leistung unter keinen Umständen ein materieller Ertrag für das Reich als Gegenwert und Ergebnis des Riesenkampfes gegenüberstehen dürfe, doch liegt die Ruhanwendung ganz von selbst nahe genug. Ebenso liegt für ein gewisses Mauthedentum das Fortspinnen eines Westarp'schen Gedankens nahe, der die Frage streift, wie es wohl um unsere Finanzen aussehen würde, wenn unser Hab und Gut der liebevollsten Behandlung durch Rosatenhäuptlinge ausgesetzt gewesen wäre. Genosse Hoch poltert einiges gegen die Vorlagen des Reichschahsekretärs, das insofern klassische Verwandtschaft hat, als es in seinen geistigen Wurzeln bis in die volkswirtschaftliche Weisheit des „Panem et circenses!“ römischer Demagogen zurückgreift; der Reichschahsekretär aber dient ihm mit einer Zurückweisung, die Stil und Erfolg des Fürsten Bülow in der Bekämpfung genössischer Ungebühr lebhaft ins Gedächtnis zurückruft. Der pathetische Versuch einer Erwiderung durch Hoch bringt als einzigen Ertrag der Bereicherung des Sighungsberichts durch zwei Ordnungsrufe. Den Schluß des Tages macht eine kleine Liebknecht-Ad-e. Dieser Mann wird immer sonderbarer. Es ist selbstverständlich, daß er als „Wider“ seines Benehmens nicht mehr zu Wort kommt. Ein Schlussantrag sorgt denn auch dafür, und sein Protest verhallt. Wie er sich, um den Protest anzubringen, gegen den Präsidenten anschleicht, wie er sich vor der Tribüne versteckt und hinter dem Rücken anderer niederbeugt, um dann plötzlich mit seinem Ruf „zur Geschäftsordnung!“ hervorzuwachsen, — das erinnert nur bei wohlwollender Beurteilung noch an das Indierenspiel von Kindern oder die Bewegungen des grobschlächtigen Intronanten auf einer Reifebühne, eigentlich aber an die Absonderlichkeiten eines Berfolgungsvorstellungen Verfallenen.

36. Sitzung. Donnerstag, den 23. März 1916.

Am Bundesratsliche: Reichschahsekretär Dr. Helfferich, Reichspostsekretär Kraetke.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Kriegssteuern und der Etat.

(Zweiter Tag.)

Abg. Stresemann (nl.): Der Reichschahsekretär hat seine Staatsrede dahin ausklingen lassen, daß die Neugestaltung der Reichsfinanzien vor sich geht, während unsere Kanonen vor Verdun donnern. Das ganze deutsche Volk schließt sich diesem Gedanken aus innerstem Herzen dankbar an. Vor einem Jahre waren wir und Oesterreich-Ungarn in Verteidigungsstellung gegen Rußland, heute sind Polen, Serbien und Montenegro erobert und die Dardanellen befreit. Dazu die Kämpfe bei Verdun und im Osten.

Seit wir zuletzt zusammen waren, ist ein Wechsel im Reichsmarineamt eingetreten. An der Spitze seiner Geschäfte steht nicht mehr Staatssekretär v. Tirpitz. Die Nachricht von seinem Rücktritt hat im ganzen deutschen Volk eine tiefe Bewegung ausgelöst. Unser Volk ist in seinem Innersten monarchisch gesinnt, auch in dem Sinne, daß es gern seine Gedanken in einer Person verdoppelt sieht, und so sah es in Tirpitz den Mann, der uns die Entwicklung der deutschen Flotte personifizierte, und der uns den Willen des deutschen Volkes zur See verkörperte. (Beifall.) Er hat den Flotten-gedanken tief in unsere Herzen gepflanzt. Alle weitschauenden welpolitischen Pläne haben von ihm stets verständnisvolle Förderung erfahren. Ich erinnere an die Denkschrift des Reichsmarineamts über die Seegeeltung, die zuerst weite Kreise die große Bedeutung der deutschen Weltwirtschaft hat erkennen lassen, an die glänzende Verwaltung unserer Kolonie Kiautschou, wie auch an den Geist unserer Flotte. (Beifall.) Ihm folgen unsere heißesten persönlichen Wünsche. Unauslöschlich wird sein Name mit der Geschichte des deutschen Vaterlandes und der deutschen Flotte verbunden sein. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Feinde haben sich das Ziel gesetzt, uns wirtschaftlich niederzurängen. Reugen zu wollen, daß der Wirtschaftskrieg seine Wirkungen ausübt, wäre falsch. Tropdem können wir das eine feststellen: der Krieg, der gewaltige Zerstörer, hat uns trotz all seiner Einwirkungen positiver und wirtschaftlicher Natur heute, nach 1 1/2 Jahren, weit stärker gefunden, als irgend jemand voraussehen konnte. Wir haben die Kraft gefunden, das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten und dem Reich die Mittel zu gewähren, um seine Finanzen im Gleichgewicht zu erhalten. Für die Struktur des deutschen Wirtschaftslebens war die Stärkung der deutschen Landwirtschaft sehr wichtig, deren Leistungen man nicht hoch genug einschätzen kann. Kein anderes Land hat so viel an Kriegsanteile gezeichnet wie wir. Das Anleihezeichen ist noch keine patriotische Tat, denn die Anleihe ist eine gute, garantierte Anlage, aber in dem ziffermäßigen Ergebnis kommt nicht nur die Wirtschaftskraft des Landes, sondern auch das unbedingte Vertrauen des deutschen Volkes in den Endsieg der deutschen Waffen und in unsere Zukunft zum Ausdruck.

Nach teile die Auffassung des Reichschahsekretärs, daß wir die Sorgfalt eines achtlichen Kaufmannes hätten missen lassen, wenn wir bei einem Kriege, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, die gewaltigen Ausgaben weiter und weiter lediglich durch Anleihen decken wollten. Wir müssen allmählich das Gleichgewicht herstellen. Ich möchte davor warnen, auch jetzt noch die Lage als zu rosig anzusehen und etwa zu glauben, daß man leicht auf diese oder jene Steuer verzichten könne. Von einer Balancierung des Etats ist zunächst keine Rede, weil die Ausgaben für

Heer und Flotte durch die Kriegsausgaben laufen. Im Verhältnis zu früher werden geradezu ungeheure Anforderungen an uns gestellt werden, sobald der Krieg zu Ende ist. Da dürfen wir keine Vogelstraupolitik machen; schauen wir den Dingen ins Gesicht. Auch Sparmaßnahme allein tut es nicht. Wir müssen dem Schahsekretär sagen: „Wir brauchen Geld — so schafft es!“

Der Deutsche Handelstag, die vornehmste Vereinigung aller deutschen Handelskammern, hat ausgesprochen, daß Handel und Industrie bereit sind, sich den Steuerbedürfnissen des Reiches nicht zu verjagen. (Beifall.) Die Vertretung der Industrie und der Handhabung haben gegen die Steuervorlagen keinen Einspruch erhoben. Das bedeutet noch nicht die Zustimmung zu den einzelnen Steuern. Aber es bedeutet, daß Handel, Industrie und Gewerbe in ihrer Gesamtheit damit einverstanden sind, daß man an ihnen nicht vorbeikann, wenn neue Mittel für das Reich gebraucht werden. Die Stürme, die einst hier über die Steuervorlagen entpufft wurden, erscheinen uns, an den Erfahrungen des Weltkrieges gemessen, heute kleinlich und recht wenig würdig der großen Aufgaben, die das Reich auch damals schon zu lösen hatte. (Sehr richtig! und Beifall.) Wenn irgend etwas einen kläglichen Eindruck macht, so ist es die Steuergeschichte des Deutschen Reiches. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Wiederholte Rufe bei den Sozialdemokraten: Scheu vor direkten Steuern! Erbschaftsteuer!) Keine Partei kann sich von Schuld freisprechen. Denken Sie daran, wie die Frankensteinische Klausel das Reich eingeschnürt hat, daß es niemals dazu kam, unabhängig zu sein. Es mußte große Beiträge an die Einzelstaaten abführen und selber Anleihen machen, um seinen Bedarf zu decken. Man braucht nicht auf jeden Schrei eines Interessenten zu hören.

Nun zu den einzelnen Steuern! Zunächst die Tabaksteuer. Der Tabak ist bisher in Deutschland steuerlich flüchtig behandelt worden. Im Tabakgewerbe haben wir in Deutschland noch keine Zentralisation und man hat sich daher gehütet, hier zu viel einzugreifen. Die allgemeine Preissteigerung in der Tabakindustrie zeigt im Kriege wird nun möglich von der Steuer mit beinflusst. Man kann nicht die Zigarette vor der Zigarre herannahen. Verhältnismäßig für unbedenklich halte ich die Besteuerung der Frakturkunden. Betsiecht wären hier noch größere Beträge eingelegt, wenn man vorher die Interessenten gefragt hätte. An den Duktionsstempel wird man sich in der Stadt schneller gewöhnen als auf dem platten Lande; das ist bedenklich namentlich mit Rücksicht auf die vorgezeichneten hohen Strafen. Gegen die Erhöhung der Postgebühren haben wir die größten Bedenken. Deutschland ist durch die Gründung des Westpostvereins bahnbrechend im Verkehr gewesen. Wir sollten sorgsam prüfen, ob nicht hier ein zu weitgehender Eingriff gerade in der Kriegszeit zu Erscheinungen führen kann, die das finanzielle Ergebnis in Frage stellen. Das gilt namentlich von der Erhöhung der Telegraphengebühren. Viele Anschlüsse sind nur deshalb beibehalten worden, weil man hoffte, daß der Krieg bald zu Ende wäre; werden die Gebühren erhöht, werden zweifellos viele Anschlüsse gekündigt. Letzter wird man vielleicht von der Erhöhung der Telegraphengebühren sehen müssen. Warum wird nicht eine Kriegsbriefmarke eingeführt, wie sie Oesterreich und auch schon andere Länder haben? Wir wollen gewiß nicht die Portofreiheit der Feldpostsendungen beschränken, namentlich nicht für die Soldaten im Felde. Aber viele Wohlhabende daheim werden gewiß gern eine solche Kriegsbriefmarke benutzen. (Sehr richtig!)

Die Kriegsgewinnsteuer ist ein soziales Äquivalent gegenüber den anderen Verkehrs- und Verbrauchssteuern. Vielfach ist eine ganz falsche Auffassung über die Kriegsgewinnsteuer verbreitet, weil sie einen ganz falschen Namen trägt.

Wir werden uns in der Kommission zunächst mit dem Namen der Steuer befassen haben; in Wirklichkeit ist es eine außerordentliche Kriegsvermögenszuwachssteuer. Ich möchte jetzt schon davor warnen, zu hohe Sätze einzuführen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen: nach dem Kriege wird unsere Situation sehr schwierig sein. Wir müssen die gestörten Verbindungen wieder anknüpfen, und das ist nur möglich, wenn genügend mobiles Kapital zur Verfügung steht. Würden wir die Mehrgewinne mit 100 v. H. wegsteuern, so hätten wir zwar einige hundert Millionen Mark mehr, würden aber Kaubaubau treiben an den Steuererträgen der Zukunft. Nur in einem Falle wäre ich für eine Besteuerung von hundert Prozent zu haben: bei den Kriegsgewinnen feindlicher Ausländer. Ein Vertreter einer englischen Firma teilt mir mit, daß er für seine Firma 400 000 M. mehr herausgemacht hätte als in Friedenszeiten, und die liegen jetzt auf der Reichsbank. Hier sollte man scharf zugreifen.

Der Gedanke der Reichseisenbahneinheit, der jetzt von Erzkanzler Kirchhoff wieder mit soviel Wärme und gutem sachlichen Material vertreten ist, ist heute unendlich viel schwerer durchzuführen als früher. Es ist aber gewiß des Deutschen Reiches unwürdig, wenn die einzelnen Eisenbahnbetriebe einen Kampf gegen einander führen. (Sehr richtig!) Das muß einmal auch von norddeutscher Seite gesagt werden. Der politischen Einigung Deutschlands müßte auch eine wirtschaftliche Einigung folgen. Wir werden uns der Prüfung des Gedankens, ob der Wehrbeitrag noch einmal zu erheben ist, nicht verjagen, obwohl wir schwere Bedenken haben, die sich namentlich auch auf die Verhältnisse nach dem Kriege beziehen. Ebenso sind wir gegen eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer etwa nach englischem Muster. Wir wollen uns aber diese Quelle jetzt, wo es sich um die Aufbringung einer halben Milliarde handelt, nicht für die Zeit nach dem Kriege verschließen, wo wir vielleicht drei bis vier Milliarden neuer Steuern bewilligen müssen. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der diesen Hunderttausenden von Toten und für die Krüppel und Invaliden darf sich nicht in so engen Kreisen halten, wie einstmal nach dem letzten großen Kriege. (Sehr richtig! und Beifall.)

Vor einer Milliarde dürfen wir nicht zurückzureden.

Die Ziffern spreche ich aus, damit die Interessenten im Lande sich einmal des Ernstes der Sache bewußt werden. (Sehr richtig!) Es werden jetzt viele neue Steuern vorgeschlagen. Nur nicht drängeln, es kommt jeder ran! (Heiterkeit.) Die großen Steuerquellen, die uns geblieben sind auf dem Gebiete der direkten Besteuerung, müssen wir für später intakt halten. Deshalb wehren wir uns gegen die Hineinziehung der Erbschaftsteuer in die Kriegsgewinnsteuer.

Nach Beendigung des Krieges werden wir unsere Rüstung so aufrechterhalten müssen, daß wir uns den Frieden bewahren können, und die Bundesstaaten müssen weiter die große kulturelle Arbeit leisten, auf die wir stolz sind. Wir kämpfen für das Reich, das Reich muß sich selbstständig entwickeln. Bismarck schwebte eine unerschütterliche finanzielle Grundlage des Reiches als Ziel vor, die diesem eine überragende Stellung verleihen sollte. Betsiecht hat er da an die Reichseisenbahnen gedacht. Eine solche organische Verbindung mit allen öffentlichen Interessen in Staat und Gemeinden wäre auf dem Gebiete großer Monopole noch möglich, wo wir neue große Staatswirtschaftsgebiete schaffen können, ehe auch diese Zeit so vorbeigeht, wie sie bei den Reichseisenbahnen vorbeigegangen ist. (Zustimmung.) Unser bundesstaatliches Eisenbahnwesen steht an der Spitze der ganzen Welt. Der technische Fortschritt ist also durch den Staatsbetrieb nicht gehemmt worden. Wo aber noch freier Wettbewerb möglich ist, muß er aufrechterhalten werden. Wo dagegen alles in Mammutunternehmungen zusammengelassen ist, kann das Reich, wenn es in Not ist, an ihre Stelle treten. Der Reichschahsekretär braucht dann nicht immer um neue Steuern zu fleischen, sondern es werden

von Vierteljahr zu Vierteljahr Richtpreise festgesetzt, um den Bedarf zu decken.

Freuen wir uns, daß unsere Wirtschaft so ungedrungen ist, daß wir Steuern ertragen können. Die Leipziger Messe 1916 hat trotz aller Nachahmungsverhufe in London und Lyon und der Ermüdung der Ausfuhr einen glänzenden Erfolg gehabt. (Beifall.) Wo eine Ausfuhr möglich ist, soll man sie nicht durch bürokratische Engstirnigkeit erschweren. (Sehr richtig!) Die Leute werden von Pontius zu Pilatus geschickt. Durch die lange Verzögerung der Bescheide gehen sehr oft Aufträge an England. (Hört, hört!)

Wir werden das Land der Arbeit bleiben müssen. Nur der erwirbt sich Freiheit wie das Leben, der sie sich täglich erobert. Haben wir bisher einige Wochen oder Monate für den Staat gearbeitet, so werden wir, wenn es sein muß, auch ein halbes Jahr für den Staat arbeiten. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Wenn wir auch während des Weltkriegsjahres unsere Finanzen auf eine neue Grundlage stellen, so müssen wir zunächst davor denken, denen wir es verdanken, daß wir unsere Finanzen noch fest in der Hand haben und sie nicht der liebevollen Behandlung von Rosatenhäuptlingen ausgesetzt sehen. Der finanzielle Abschluß des Etatsjahres mag in seinen Ergebnissen zweifelhaft sein, der militärisch-politische Abschluß des letzten Jahres ist von weltgeschichtlicher Größe. (Sehr richtig!) Die Leistungen unserer Armees sind Heldentaten, die von keiner Tat überstrahlt werden, von der die Geschichte berichtet. Dem gefeilt sich würdig hinzu, was unsere Flotte leistet. (Beifall.) mag sie in schwer ertragener scheinbarer Untätigkeit auf treuer Wacht stehen, mögen unsere Kreuzer Kühne Heldentaten verrichten, mögen die Führer und Mannschaften unserer Unterseeboote trotz der gefährlichen Lage überall neue Erfolge gegen den Feind erringen — stets steht die Flotte ebenbürtig dem Heere zur Seite. (Beifall.) Kein Wort des Dankes und der Anerkennung ist groß genug, um das zu kennzeichnen. (Beifall.) Zu dem Dank und der Anerkennung gesellt sich das unbearbeitete und unerschütterliche Vertrauen zu unserer obersten Heeresleitung, die stolze Zuversicht auf die militärische Führung unserer Streitmacht zu Lande und zu Wasser. (Lebhafter Beifall.)

In unseren Dank und unsere Anerkennung begreifen wir mit ein den Mann, dessen Scheiden aus zwanzigjähriger Zusammenarbeit gestern vom Präsidententische aus uns neu mitgeteilt worden ist. Das Lebenswert des Großadmirals v. Tirpitz, von ihm in treuem Wirken geschaffen, unter der leitenden und anregenden Führung seines kaiserlichen Herrn ist diese Flotte, auf die wir heute mit so berechtigtem Stolz und mit großer Zuversicht blicken. Meine politischen Freunde — ich schene mich nicht, das heute auszusprechen — haben im Anfang seiner Laufbahn nicht immer von vornherein seinen Wegem folgen zu können geglaubt, getragen von der Ueberlieferung des Wertes der Landmacht und einer starken Heimatpolitik. Um so gesicherter, um so fester steht unsere Zustimmung da, zu der wir uns zeitig genug durchgerungen haben. Auch wir haben erkannt, daß der Großadmiral v. Tirpitz unserem Volke neue Bahnen gewiesen hat, um ein neues Verständnis für die Bedeutung der Betätigung über See eröffnet hat, und daß er uns die Kenntnis der Grundlagen verschafft hat, auf denen allein die Seegeeltung gegen den mißgünstigen Tyrannen der Meere behauptet werden kann. Was Tirpitz unserem Volke gewesen ist, was er geschaffen, was er uns gewährt hat, steht unauslöschlich in den Ruhmesblättern der deutschen Geschichte. (Lebhafter Beifall.)

Nach der gestern vom Präsidenten angekündigten Vereinbarung findet eine Besprechung allgemeiner politischer Fragen jetzt nicht statt. Wir haben, dem Wunsch großer Parteien des Hauses folgend, dieser Vereinbarung nicht widersprochen, auch soweit es sich um die eine Frage des U-Boot-Krieges handelt, die mit Recht unser Volk heute so lebhaft beschäftigt. Die Vereinbarung haben wir durch unser Verhalten in der Boraussetzung gebilligt, daß eine um so eingehendere, deutlichere und erspähendere Ausprache in der Kommissionsitzung stattfinden wird, die von dem Präsidenten für den Anfang der nächsten Woche in Aussicht gestellt worden ist, und in der weiteren Boraussetzung, daß unser Verhalten auch durch unsere Verzicht, sondern lediglich einen Aufschub einer Erörterung der Frage auch im Plenum bedeutet. (Lebhaftes Hört, hört! links, sehr richtig rechts, Unruhe.)

Wit voller Offenheit und Ehrlichkeit hat uns der Reichschahsekretär die Verhältnisse dargestellt. Wir verschließen auch in schwieriger Lage nicht die Augen. Die prinzipielle Zustimmung aller Parteien zu der Aufbringung des Bedarfs der Steuerzulagen liegt in den Verhältnissen begründet.

Auch wir meinen, daß der Besch die Opfer bringen muß, die für das Vaterland notwendig sind, daß der Reichere entsprechend seiner größeren Leistungsfähigkeit herangezogen werden muß. Aber Gerechtigkeit und Billigkeit erfordern es, daß nicht der Wohlhabende allein den ganzen Bedarf zu decken hat. Die Steuerpflicht ist allgemein und gilt auch für weniger Wohlhabende. Während des Krieges haben sich unsere Einzelunternehmer glänzend bewährt. Daraus müssen wir die Lehre entnehmen, daß wir sie nicht zu sehr durch Steuern erdrücken dürfen. Der Gedanke, die Kapitalbildung nicht zu sehr zu verhindern, greift ja auch in sozialdemokratischen Kreisen immer mehr um sich. Zur neuen Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege muß mobiles Kapital vorhanden sein. Die überwiegende Mehrheit der Parteien ist auch nicht gewillt, die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten anzutasten. Die Sozialdemokraten wollen allerdings das Reich proletarisieren und demokratisieren. Wir anderen aber erblicken in der Selbstständigkeit der Einzelstaaten ein hohes Gut. Auch uns würde eine wirkliche Besteuerung der Kriegsgewinne lieber gewesen sein. Sie hätte durchaus keine Strafsteuer sein müssen. Unsere Bedenken gegen die bestehende Reichsbeststeuer waren vor allem, daß sie eine Steuer auf die Sparbarkeit ist und in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift. Diese Bedenken treffen zum großen Teil auch für die heutige Vorlage zu. Der Warnung des Abgeordneten Stresemann, mit den Sätzen nicht über die Vorlage hinauszugehen, schließe ich mich an. Wir sind nicht bereit, über die Kriegsgewinnsteuer hinaus dem Reiche neue Steuern auf den Besch zu gewähren. Vor allem ist es jetzt nicht an der Zeit, das Problem der Erbschaftsteuer anzuhängen. Man hat so viel von der Stimmung im Lande gesprochen. Wie muß es aber auf die Stimmung da draußen im Felde wirken, wenn es heißt, die Erbschaften der Gefallenen sollen stärker herangezogen werden! Gegen eine nochmalige Erhebung des Wehrbeitrages müssen wir uns mit aller Entschiedenheit aussprechen. Würde ein solcher Antrag angenommen, so würde das unsere Stellung auch zu den anderen neuen Steuern beeinflussen können.

An der Aufstellung und Durchführung der Vorschläge des Staatssekretärs ist eine großzügige Art zu erkennen. Ihr großer Vorzug ist, daß zu ihrer Durchführung weder neue Behörden noch neue Beamte erforderlich sind. Die geführten Ausfühungen des Abgeordneten v. Bayer über die Landwirtschaft waren mir unverstänlich. Der Krieg hat doch gerade gezeigt, wie eng die Landwirtschaft mit Handel und Industrie zusammenhängt. (Sehr richtig! rechts.)

Bei der Kriegsvermögenssteuer ist die Frage nach dem Ertrag unbeantwortet geblieben. Die G. m. b. H. bedarf einer sehr vorsichtigen Behandlung. Für die Tabaksteuer haben sich die Interessenten ausgesprochen, falls sie möglichst bald eingeführt wird. Bedenken gegen den Duktionsstempel. Wir verschließen uns ihnen nicht. Der Frakturkunden-

25./III. 1916

Sonntag, 25. März 1916

Zeitung

und gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

schossen.

Der Bruch in der Sozialdemokratie

In der gestrigen Reichstags-Sitzung ist dem Abgeordneten Haase, als er durch seine Ausführungen einen beispiellosen Standal hervorrief, von einzelnen seiner Parteigenossen „Niederträchtiger Ueberfall“ zugerufen worden, und der Abgeordnete Scheidemann bestätigte, daß die Rede des Herrn Haase auch für ihn eine Ueberraschung gewesen sei. Heute kann man im „Vorwärts“ lesen, daß allerdings „die Genossen der Minderheit, in deren Namen Genosse Haase am Freitag sprach, der Fraktion selbst nicht vorher ihre Absicht bekanntgegeben hatten, sondern erst kurz vor der Sitzung davon den Vorstehenden der Fraktion, den Genossen Scheidemann, verständigten“. Das erscheint dem „Vorwärts“ „von geringem Belang“. Auch bei den Beratungen im Seniorentonvent, der den Gang der Verhandlungen feststellte, gaben die Genossen Ledebour und Geyer keine Meinungsverschiedenheit zu erkennen. Es war ein Ueberfall offenbar geplant, wie denn der „Vorwärts“ auch bekennt, die Minderheit der Fraktion durfte „hinlängliche Ursache zu der Annahme haben, daß man ihr bei vorhergegangener formeller Ankündigung ihre Absicht zu vereiteln suchen werde“. Ueber dieses Verfahren erwartet der „Vorwärts“ das „gesetzliche Urteil“; einstweilen stehe Auffassung gegen Auffassung, und „mit erneutem Geschrei über Disziplinbruch oder gar Treubruch ist deshalb auch nichts getan“.

Daß Männer, die einander in dieser Weise behandeln, auf die Dauer nicht derselben Fraktion angehören können, ist ohne weiteres klar. Schon seit geraumer Zeit war der unbefangene Beobachter nur im Zweifel, in welcher Form sich die Trennung vollziehen, ob die Mehrheit oder die Minderheit das Tischuch zerschneiden werde. Der Entschluß ist jetzt von der Mehrheit ausgegangen, nur daß man annehmen darf, daß die Minderheit es geüffentlich darauf angelegt

hat. Es bedeutet — darin geben wir dem „Vorwärts“ recht — eine größere Bewegungsfreiheit für sachliche Verständigungen der wirklich einschlägigen grundsätzlichen Arbeitermehrheit des „Vorwärts“ haben durch die ganze Art der Ausführungen des „Vorwärts“ (und darin stehen wir im Gegensatz zu Parteischädigung aus ungezügelter Leidenschaft für immer auf sich gezogen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ schreibt: Im Reichstag wird es nun zwei sozialdemokratische Fraktionen geben, wird es in Zukunft auch im Lande zwei sozialdemokratische Parteien geben? Wir haben nicht mehr den Mut, es unbedingt zu verneinen, wohl sagt man immer, die deutschen Arbeiter würden eine Spaltung nicht zulassen, und wenn erst nach Friedensschluß der Parteitag gesprochen habe, werde, wer sich nicht füge, schon zur Ordnung zurückgerufen werden. Aber leider seien die Parteien in England, Rußland, Italien, Holland und Bulgarien gespalten, in Frankreich erst seit den letzten Jahren geeinigt und in Schweden droht vor dem Auseinandergehen. Ob die deutschen Arbeiter ein gleiches Unglück von sich werden abwenden können, muß erst die Zukunft lehren. Jedenfalls ist die Gefahr einer Auseinanderreißung aller Arbeiterorganisationen größer als je. Wir möchten deshalb noch einmal eine ernste Mahnung an die Minderheit richten. Der tiefste Grund der Meinungsverschiedenheiten ist wohl die Frage, ob die Arbeiterschaft sich darauf richten muß, nach Jahrzehnte in diesem Klassenstaat zu leben und in allmählich umzuformen, oder ob man sich am Vorabend der sozialen Revolution wähnt. Wenn das Ende des Krieges sich so wenig revolutionär gestaltete, wie der Anfang war, dürfe wohl von dem vernünftigen Menschen erwartet werden, daß er bis zum Vorliegen neuer Tatsachen den Revolutionsphantasien entsagt, denn wenn diese gewaltige Welterstatterung die Revolution nicht herbeigerufen habe, werden ruhige Friedensjahre sie ganz gewiß nicht (sobald fördern. Darum sollten alle Parteigenossen den Mut haben, aus dieser Tatsache die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wolfgang Heine schreibt über die Spaltung in der „D. Z. n. Mittag“: „Die Fraktion wird durch den Austritt (denn man lesen, nicht einen Ausschluß handelt es sich) der Haasegruppe nicht viel verlieren. Sicher nicht einmal an parlamentarischer Leistungsfähigkeit, wie ein Blick auf die Mitgliederliste beweist. Eine wirkliche Arbeitskraft ist nur Abg. Wurm, ein Mann von hohen Kenntnissen, um den es wirklich schade wäre, wenn nicht in ewiges Hin- und Herschwanzen seiner politischen Leistung die Stetigkeit nähme. Haases Leitung der Fraktion hat schon vor dem Kriege wenig förderlich, später durchaus schädlich gewirkt. Die Befreiung der Fraktion von den ewigen Gegenwirkungen und Werttreibereien im eigenen Schoße ist ein Glück. Aber Schwierigkeiten genug werden sich noch ergeben. Es ist ein verworrener Zustand, daß wir derselben Parteiorganisation angehören und doch in verschiedenen Fraktionen sitzen.“

Aus den Organen, die den Mitgliedern der neuen Fraktion absehen, liegenden Äußerungen, abgesehen vom „Vorwärts“, bisher nicht vor.

An einer Kriegstagung der bayerischen Zentrumspartei unter Vorsitz des Abg. Held haben über 400 Delegierte aus ganz Bayern teilgenommen. Uns wird darüber berichtet: Abg. Schlittenbauer sprach über wirtschaftliche Fragen, wobei er besonders die Volksernährung eingehend behandelte. Die Diskussion leitete der Abg. Dr. Mahinger mit der Feststellung an, daß die Vertreter der bayerischen Zentrumspartei in Berlin in den kriegswirtschaftlichen Fragen die gleichen Grundsätze vertreten haben, wie die Parteifreunde im bayrischen Landtag. Abg. Mahinger machte die Handwerker auf die Notwendigkeit der Verbindung von Berufsverbänden aufmerksam, da sonst die Gefahr bestehe, daß das Handwerk bei den kommenden großen Meereslieferungen nach dem Kriege ausgeschaltet würde. Ferner wurde die Frage der Invalidenfürsorge besprochen.

Der Nachfolger des Kardinals Gotti. Wie aus Rom gemeldet wird, ernannte der Papst den Kardinal Serafini zum Präsidenten der Congregatio de propaganda fide.

25. / III. 1916.

Vertrauen entgegenbringen und beweisen? Das wäre an sich eine vollkommen und allseitig gleichgültige Angelegenheit gewesen, und da das Vorgehen der Minderheit wider einen Fraktionsbeschluss verstieß, war es Sache der Fraktion, das Nötige nachträglich zu veranlassen; die anderen Parteien brauchten sich nicht aufzuregen. Auch wenn Herr Haase der Regierung sein Vertrauen verweigerte, weil er unter „Neuorientierung“ der Politik etwas anderes versteht als sie, konnte man mit einem Achselzucken darüber hinweggehen. Es war am letzten Ende eine schlecht gespielte Komödie. Wenn es etwas gibt, was die „Neuorientierung“ jetzt und in Zukunft erschweren könnte, so sicherlich das Gebaren der Haase, Liebknecht, Ledebour und Genossen. Aber selbst bei der schönsten, der allerschönsten „Neuorientierung“ — würden diese „Genossen“ im „Klassenstaat“ etwa für den Haushalt stimmen? Und wie müßte die Regierung aussehen, der sie ihr Vertrauen bezeugten? Komödie, nichts als Komödie, die ganze Begründung der Ablehnung.

Aber Herr Haase begnügte sich nicht mit Betrachtungen über die innere Politik, er sprach von Krieg und Frieden, vom „durchbrechenden Willen der Völker“, von der Ausichtslosigkeit der Bemühungen, den Gegner auf die Knie zu zwingen, von der Ruhlosigkeit weiteren Kampfes: „Es wird weder Sieger noch Besiegte geben. Europa geht der Verarmung entgegen. Was hat die Fortsetzung des Krieges noch für einen Sinn? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen...“ In diesem Tone ging es weiter. Daneben gab es Phrasen von der Völkersolidarität — in einem Augenblick, wo die Völker drüben dem deutschen Volk hüben einmal über das andere die Vernichtung ankündigen. Herr Haase hält es vermutlich für den Gipfel der Ungerechtigkeit, wenn man ihm und seinen Gesinnungsgenossen Vaterlandsliebe abspricht. Aber sie haben eine merkwürdige Art, diese Vaterlandsliebe zu betätigen. In demselben Tage, wo mitgeteilt werden kann, daß Millionen Deutscher aus allen Klassen, Ständen und Parteien der Regierung abermals mehr als zehn Milliarden Mark zur Kriegführung dargebracht haben, verweigern die um Haase und selbstverständlich die Herren Liebknecht und Nühle den Nothaushalt und schreien nach Frieden. Als ob damit der Krieg beendet und nicht vielmehr höchstens verlängert würde! Wenn die Feinde hören, daß nicht einmal mehr im deutschen Reichstag an den deutschen Sieg geglaubt wird, wie soll ihnen da die Lust ausgehen, den Krieg fortzusetzen? Und obenein, wenn, der also redet, bis vor kurzem der Führer der größten Partei im Parlament wie im Volke gewesen ist.

Nun hat sich handgreiflich — beinahe in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes — gezeigt, daß hinter Herrn Haase nichts steht, als eine kleine Gruppe politischer Desperados. Wie geißelte gestern nicht die große Mehrheit der Sozialdemokraten das Verhalten des Herrn Haase als Heimtücke, Feigheit, Ueberfall, Niedertracht! Wie gingen sie nicht mit ihm und seinen Einbläsern ins Gericht! Und welcher stürmische Beifall wurde nicht dem Genossen Scheidemann zuteil, als er ebenso würdig wie nachdrücklich den Standpunkt der großen Mehrheit seiner Freunde vertrat! Wo das Herz des Volkes und insbesondere auch der Arbeiterschaft schlägt, das konnte man unzweideutig erkennen: nicht bei den „wilden Männern“, die bei dem Revolutions-Geschwätz und der „Internationale“ und der „erprobten Taktik“ um jeden Preis beharren, sondern bei denen, die wie am 4. August 1914, so auch jetzt das Vaterland in der Stunde der Not nicht im Stich lassen wollen.

Und das werden die Feinde beachten dürfen, auch wenn die Rabel-Parabellum und Julian Borchardt nun wieder mit

Herrn Haase zufrieden sind: im Grunde war es viel Lärm um nichts; denn Herr Haase und seine Handvoll Nachtreter haben keine Bedeutung; ihnen gilt mit Fug der alte Spruch:

Glaubt nicht, wenn ihr Skandal erregt,
Ihr hättet schon die Zeit bewegt.

Zur Vorgeschichte der Spaltung wird uns berichtet:

Im Reichstag, wo sich bis in die späten Abendstunden hinein ungewöhnlich viel Abgeordnete aufhielten, bildete der Vorstoß des Abgeordneten Haase und seiner Anhänger in der gestrigen Sitzung natürlich fast ausschließlich das Unterhaltungsthema. Die sozialdemokratische Fraktion war bald nach Beendigung der Plenarsitzung zu einer Sitzung zusammengetreten, die aber nicht allzu lange gedauert hat, und in der es auch verhältnismäßig ruhig zugegangen sein soll. Ähnlich wie bei dem letzten Disziplinbruch Liebknechts habe die Mehrheit auch gegen Haase und seine Anhänger eine sehr scharfe Resolution gefaßt, die neben dem Disziplinbruch besonders den Treubruch verurteilt, den Haase dadurch verübt hat, daß er seinen Vorstoß ohne jede Ankündigung bei den zuständigen Instanzen vorgenommen hat. Abgeordneter Haase habe das Vertrauen der Fraktion mißbraucht und deshalb die Rechte aus der Fraktionszugehörigkeit verwirkt.

Die 18 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die gestern eine neue Fraktion gebildet haben, haben zusammen mit den zwei schon früher aus der Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Liebknecht und Nühle am 21. Dezember v. J. gegen die Kriegskredite gestimmt. Somit haben also alle 20 Kreditverweigerer vom 21. Dezember ihren Austritt aus der Fraktion erklärt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß von den 22 Abgeordneten, die in der Fraktion am 19. Dezember gegen den Kriegskredit gestimmt hatten, zwei Tage darauf aber bei der Entscheidung im Reichstag unter Wahrung der Fraktionsdisziplin ihrer Ueberzeugung durch Verlassen des Saales Ausdruck gegeben haben, bisher wenigstens, nicht ein einziger den 20 Gefolgschaft leistet bei ihrem Sprung ins Dunkle.

Der Reichskanzler im Reichstag.

Bei Wiederaufnahme der Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstages wird, wie bestätigt werden kann, auch der Reichskanzler im Haushaltsausschusse erscheinen um dort Erklärungen über die schwebenden Fragen abzugeben. Vorausichtlich wird der Reichskanzler auch in einer der ersten Sitzungen des Reichstages, wenn der Etat des Reichskanzlers oder derjenige des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung steht, das Wort ergreifen.

Personalmeldungen. Dem Unterstaatssekretär im Reichspostamt Granzow ist der Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat „Exzellenz“ verliehen worden. Unterstaatssekretär Granzow steht seit 1871 im Reichspostdienst. Schon in den achtziger Jahren war er längere Zeit im Reichspostamt tätig und kam, nachdem er zwischendurch Postinspektor und Postrat in Aachen, Oppeln und Köln gewesen war, 1898 als ständiger Hilfsarbeiter wiederum in das Reichspostamt, in dem er zwei Jahre später zum vortragenden Rat aufrückte. Ende 1900 wurde er Oberpostdirektor in Düsseldorf, wurde aber ein Jahr darauf wieder in die Zentralbehörde zurückberufen und gehört ihr seitdem ununterbrochen an. 1908 wurde er Direktor und 1911 Unterstaatssekretär.

Der vortragende Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Geh. Oberbaurat Paul Gerhardt hat den Charakter als Wirklicher Geheimer Oberbaurat erhalten. Gerhardt, der früher längere Zeit die Bearbeitung der meliorationstechnischen Angelegenheiten der Provinz Brandenburg hatte, ist seit 1902 vortragender Rat der III. Abteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Er ist Ritter des Eisernen Kreuzes aus dem Kriege 1870-1871.

In der hessischen zweiten Kammer ist ein Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Osann einstimmig angenommen worden, der lautet: „Die Kammer wolle beschließen, an

Die gleiche, allgemeine Grundschule.

Von

Dr. Ferdinand Jakob Schmidt.

Professor der Pädagogik an der Universität Berlin.

Mit den nachstehenden Darlegungen Professor Dr. Schmidts schließen wir die Debatte über die Einheitschule, die durch den Vortrag des Verfassers in der Comenius-Gesellschaft entfesselt worden war:

Noch ehe der Vortrag über „Das Problem der nationalen Einheitschule“ im Druck erschienen ist, hat er bereits auf Grund des Berichtes der „Vossischen Zeitung“ zu einer Reihe von Erörterungen Anlaß gegeben. In einer würdigen und jede persönliche Berührung meidenden Weise hat W. Rein die Hauptpunkte seiner Auffassung über diese so überaus wichtige Angelegenheit noch einmal kurz zusammengefaßt. Hätte er nun meine Ausführungen vollständig gekannt, so würde er daraus erkennen haben, daß in bezug auf die Grundforderung erfreulicherweise volle Uebereinstimmung zwischen uns herrscht. Was sich uns in von ganz verschiedenen Wegen der Untersuchung aus ergeben hat ist die Einsicht, daß die vom preussischen Kultusministerium bereits vor hundert Jahren verlangte Einigung unseres gesamten Schulwesens heute eine unausschiebbare Angelegenheit geworden ist. Geleitet vom Geiste der inneren Notwendigkeit, ist demnach hier ein Verständigung von fundamentaler Bedeutung erzielt, die sich in dem Satz ausdrücken läßt: Unser die niederen, mittleren und höheren Schulen bisher nur äußerlich verknüpfendes Schulsystem muß im Gesamtinteresse der Nation zu einem einheitlichen, von einem gemeinsamen Prinzip bestimmten Schulorganismus ausgestaltet werden.

Eine Verschiedenheit der Ansichten, und zwar eine solche von grundsätzlicher Art, tritt dagegen in bezug auf das Projekt einer Grund- oder Gleichheitsschule auf. Zunächst weise ich darauf hin, daß es nur irreführend ist, wenn auch diese allgemeine Volksschule als „Einheitschule“ bezeichnet wird. Denn die Einheit soll ja nicht von einer bestimmten Schule, sondern nur von dem ganzen Schulorganismus gelten, und deshalb würden sehr viel Mißverständnisse beseitigt werden, wenn der Ausdruck „Einheitschule“ ganz vermieden würde. Was gemeint ist, das ist vielmehr dies: es sollen ausnahmslos alle

(Siehe auch „Rekte Drahtmelbungen“.)

Der Bruch in der sozialdemokratischen Fraktion.

Das die gestern vollzogene Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, von der wir in unserer heutigen Morgenausgabe berichteten, die schwerwiegenden Folgen nach sich ziehen wird, bedarf keines Beweises. Erst durch sie ist dem Verhalten des Abgeordneten Haase der Hintergrund gegeben, auf dem dem gegnerischen Ausland gegenüber die Eigenbrödeli Liebnecht und Haases als eine weite Volkstrennung herrschende Stimmung erscheinen wird. Man wird dort, der noch stets geübten tendenziösen Entstellung der Wahrheit getreu, nicht so sehr darauf hinweisen, daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion so entschlossen für das Recht des Deutschen Reiches in diesem Kriege eintrat, daß sie selbst nicht davor zurückschonte, sogar den Vorstehenden der eigenen Partei zu mahnen, als dieser Volk und Vaterland in den Rücken fiel. Man wird auch nicht beachten, daß von den 33 Fraktionsmitgliedern, die gegen die Maßregelung Haases gestimmt haben, vierzehn ausdrücklich ihre Abstimmung dahin limitiert haben, daß sie sie nicht aus sachlicher Uebereinstimmung mit dem Auszuschließenden abgegeben haben, sondern nur, weil sie die formale Berechtigung der Fraktion zu solchem Vorgehen nicht für erwiesen ansehen. Man wird vielmehr sagen: Ein Irrtum, zu meinen, die Liebnecht und Haase ständen allein; achtzehn Abgeordnete stehen mit ihnen Schulter an Schulter; ein Fünftel der ganzen sozialdemokratischen Fraktion hat kein Vertrauen zur Sache ihres Volkes in Waffen, ist des Krieges müde und wünscht den Frieden. So sehr, daß sie um dieser Ueberzeugung willen selbst den alten Freunden und der alten Fraktion den Rücken kehren. Fürwahr, trotz der mächtvollen Volksanstrengung bei der Aufbringung der Milliardenanleihe, muß dem so durch weitreichenden Kriegsüberdruck in sich geschwächten Volk gegenüber die Sache des Vierverbandes günstig stehen.“ Gar nicht zu verkennen, daß das Wort, das der Abgeordnete Dr. David gestern dem Abgeordneten Haase entgegenhielt: „Ihre Politik dient nur zur Verlängerung des Krieges“ jetzt erst recht Wahrheit wird. Dann aber hat die neue Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit ihren zwanzig Mitgliedern vor dem deutschen Volk und der eigenen Partei keine Entschuldigung. Sie war gewarnt. Sie kannte die Folgen, die ihr Zusammenstreiten mit Haase und Liebnecht für den Fortgang des Krieges und seiner Not nach sich ziehen muß.

Nicht nur aus den Mahnungen derer, die die aller Wahrhaftigkeit spottende Ausnutzung deutscher Neußerungen durch unsere Gegner kennen und daraus die Tragweite abgegebener Erklärungen ersehen. Die Tatsachen waren die lebendigste und nachdrücklichste Warnung. Es darf nicht übersehen werden, daß die Kriegslust unserer Gegner gerade durch die zahlreichen Versammlungen, in denen die sozialdemokratische Partei namentlich in Berlin im Juli 1914 gegen den Kriegsausbruch Stellung nahm, genährt worden ist. Hätten aus ihnen die Gegner nicht die Meinung hergeleitet, mit dem so in sich uneinigen deutschen Volk leicht fertig werden zu können, wer weiß, ob die Wirren jener Zeit diesen Ausgang genommen hätten. Eine Einmütigkeit, wie sie hernach der 4. August 1914 so einzigartig an den Tag brachte, vor der wie vor einem schreckhaften Mäkel unsere Feinde erschrocken dastanden, im Juli bewiesen, hätte vielleicht dem Kriegsspiel den Boden entzogen. Müßten nicht aus dieser Vergangenheit die zwanzig der neuen Fraktion lernen, welches frevelhaftes Spiel sie mit der Zukunft des deutschen Volkes trieben, als sie durch ihre Sonderbündelerei dem Auslande eine Uneinigkeit vorkauften, die nicht da ist?

Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die neue „Fraktion Haase“ das deutsche Volk und die deutschen Sozialdemokraten nicht hinter sich hat. Gewiß, wir leugnen es nicht, wir tragen schwer an der Last des Krieges, — aber nicht schwerer als unsere Gegner. Wir wären's zu lieb, wenn heute dieser furchtbaren Vernichtung unersetzbarer Werte ein Ziel gesetzt würde. Aber wir wollen das Ende nicht erkaufen um den Preis der Zukunft unseres Volkes. Wir spannen unser Wünschen und Hoffen nicht weit. Aber wir erstreben einen Frieden, der Dauer verspricht, und durch die Art seiner Bestimmungen die volkswirtschaftliche und staatliche Sicherstellung von Volk und Reich für jetzt und kommende Tage versichert. Unsere Kinder, das deutsche Volk, das in kommenden Tagen auf deutschem Boden seinem Erwerb in deutschem Fleiß und deutscher Ehrlichkeit nachgehen wird, soll nicht noch einmal die Schrecken eines solchen völkervernichtenden Mordens erleben müssen. Kein einziger ist unter uns, der nicht gewillt ist, für dieses hohe Ziel das Letzte daranzusetzen. Und gerade unser Volk in Waffen, das über Jahr und Tag allen Beschwerden und Mühen und Gefahren an den tobunlaunigen Fronten trotz, würde es nicht verstehen, wenn hierin, in dieser Sorge für die Zukunft von Volk und Vaterland, von Kind und Kindeskind, auch nur das Geringste nachgegeben würde. Es wird in allen seinen Teilen, und gerade auch in seinen sozialdemokratisch gesonnenen Gliedern, den Eigenbrödeln von gestern die ungehörte Geschlossenheit des Volkes von heute und morgen so zum Bewußtsein bringen, daß sie in ihrer kläglichen Vereinfachung sich erblicken, — Kronzeugen der Gegner, deren Zeugniss vor der Geschichte und vor den Tatsachen nichts gilt. Sie werden diesen den Dant aber auch nicht schuldig bleiben, wenn sie durch ihr Verschulden mit unserm Volk die Last der Kriegsnot länger tragen müssen, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Ob die gestrige Spaltung auch über den Krieg hinaus Einfluß auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei haben wird? — Es ist nichts so mühsig, wie das Prophezeien, zumal in politischen Dingen, die nicht einseitlich aus sich selbst, sondern aus dem Zusammenwirken innerer Triebkräfte und äußerer Geschehnisse werden. Zu beachten ist nur, daß in der letzten Spaltung nicht einfach die alten, vor dem Kriege schon in der Partei lebendigen Gegensätze sich auswirken und entfalten. Wenn wir heute unter den Sezessionisten Männer wie Bernstein finden, der vordem dem radikalen Flügel der Partei vollkommen fernstand, und wenn wir andererseits bei der Fraktionsmehrheit durchaus radikal gesonnene Parteimitglieder sehen, so erkennen wir, daß der gegenwärtige Streit um ein anderes geht, als der frühere. Ein Fehlariff also, schließen zu wollen, der gestrige Tag bedeute eine Annäherung des rechten Flügels der Sozialdemokratie an die bürgerliche Gesellschaft. Vielmehr gilt's, zu beachten, daß es sich um einen Vorgang handelt, der bisher lediglich im Rahmen der sozialdemokratischen Partei sich abspielte und als ihr internes Erlebnis beurteilt werden will. Beide Gruppen bleiben in der sozialdemokratischen Partei, die auf ihrem nächsten Parteitag über sie und ihr Recht oder Unrecht zu Gericht sitzen wird. Bei der Frage aber, wie dann der Rechtspruch ausfallen wird, erinnern wir uns, daß das innere Leben der deutschen Sozialdemokratie noch zu allen Zeiten, weniger durch die ihr innewohnenden Triebkräfte, als durch das Verhalten der Außenwelt, d. h. der anderen politischen Gruppen, Parteien und Strömungen bestimmt wurde.

Abgeordneten-Urteile und Pressestimmen.

□ Berlin, 25. März. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Zur Spaltung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt der fortschrittliche Abgeordnete Konrad Hausmann in der „B. Z.“: Das „Notgesch“ der Stunde hat der Sozialdemokratie die Scheidung aufgenötigt. Haases Seitenprung gab der Mehrheit den vollkommenen Anlaß, Haase zu

beistimmen. Die Leute mit Führereigenschaft sind alle in der Partei geblieben. Die galligen Temperamente haben sich abgeschieden, die gesunden Elemente, der Geist der Gewerkschaften ist nun befreit von Hemmungen und kann die Versöhnung der Arbeiter mit dem Staate durchführen. Dies ist das Problem, das im Kriege gestellt ist. Uebertriebene Hoffnungen werden es ebenso gefährden wie falscher Kritizismus. Die Phalanx, die den Krieg stark und entschlossen bis zu einem guten Frieden durchführen will, ist noch stärker geworden.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Herr Heurich im Antritt der Haase-Gruppe als nicht kompetent, auch nicht an parlamentarischer Leistungsfähigkeit. Eine Arbeitskraft sei nur der Abgeordnete Wurm. Die Befreiung der Fraktion von den ewigen Gegenrichtungen und Quertreibereien im eigenen Schoße sei sogar ein Glück. Schwierigkeiten würden sich allerdings genug ergeben, da man derselben Parteiorganisation angehöre und doch in verschiedenen Fraktionen stehe. Das Treiben der Minderheit beweise, daß dieser Gruppe jetzt mehr an der Bekämpfung ihrer Parteigenossen von der Mehrheit liegt als an der Gegnerschaft gegen die Rechte. Andererseits liegt wieder gerade in der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei eine gewisse Gewähr, daß die Sozialdemokratie nicht dauernd in zwei Gruppen zerfallen will, die einander labmlegen.

□ Stuttgart, 25. März. (Drahtbericht.) Die „Schwäbische Tagwacht“, das Organ der württembergischen Sozialdemokraten, schreibt: „Es wäre sinnlos, leugnen zu wollen, daß mit der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die wir bedauern, die aber nach dem bewußt provokatorischen Vorgehen der Minderheit unvermeidlich war, die Krise innerhalb der sozialdemokratischen Partei einen Punkt erreicht hat, der zu einer klaren und endgültigen Entscheidung geradezu zwingt. Auf welchem Wege diese Entscheidung herbeigeführt werden kann, ob durch Einberufung eines Parteitages oder auf andere Weise, darüber werden sich nunmehr die Organisationen auszusprechen haben.“

Herr Haase.

II Berlin, 24. März. (Telegr.) Man dachte heute an eine kurze Reichstags-Sitzung, denn die Bewilligung eines Etatnotgesetzes ist im großen ganzen eine Formlichkeit; wird der Etat zum verfassungsmäßigen Termin nicht fertig, dann muß eben die Regierung zu vorläufigen Ausgaben ermächtigt werden. Nun dauerte die Sitzung ja auch nicht lange, aber sie führte zu stürmischen Vorgängen, die in der parlamentarischen Geschichte wenig Vorläufer haben. Auch die Erinnerung an die Kämpfe des Zolltarifs verblaßt angesichts der Folgen eines unglaublich skandalösen Auftretens des sozial-radikalen Abgeordneten Haase. Nach der Kundgebung des Hauses über den glänzenden Erfolg der Kriegaanleihe und den begeisterten Aussprachen, die diese Mitteilung des Reichsschatzsekretärs hervorrief, war den Rednern vom Schloß des Herrn Liebknecht offenbar wieder der Augenblick gekommen, einen feierlichen und hochgemuten vaterländischen Vorgang zu stören und zu befördern, zum Ergötzen und zur Stärkung unserer Feinde, gegen die mit den Millionen von Söhnen des Vaterlandes auch die deutsche Arbeiterschaft in den Schützengräben liegt. Herr Haase, der Königsberger Advokat, ist noch erster Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, aber nicht mehr der Reichstagsfraktion. Er gefellte sich der radikalen Minderheit zu, die sich losgesagt hat von der ursprünglichen vaterländischen Stellungnahme der Sozialdemokratie bei der Kriegserklärung, und die heutige Sitzung hat gezeigt, daß er inzwischen vollständig herabgeglitten ist in die Gefolgschaft eines Liebknecht, daß er gegen den andern Teil seiner eigenen Fraktion mit Mitteln arbeitet, die heute die Empörung der Betroffenen so wild zum Ausdruck kommen ließen, daß allen Augen und Ohrenzeugen dieser Vorgänge, so abgehärtet sie auch sonst gegen parlamentarischen Sturm und Drang sein mögen, der Atem stockte.

Corruptio optimi pessima! Man hat Herrn Haase gewiß niemals zu den Besten gerechnet, aber seine Parteigänger haben ihn an die Spitze der Partei gestellt im Vertrauen darauf, daß er auch die Charaktereigenschaften mit sich bringen werde, die von einem so herausgestellten Manne verlangt werden. Eine maßlose Enttäuschung hat Haase gerade denen, die ihm nahestanden, bereitet. Haase hat nicht nur seinen Genossen, er hat heute dem ganzen deutschen Volk einen Schlag ins Gesicht versetzt. Aber ihn ereilte sehr schnell das Schicksal des Geistes, der das Böse will und das Gute schafft. An ihm vollzog sich ein Strafgericht auf der Stelle und in bisher noch nicht dagewesener Schärfe. Seine eigenen Fraktionsgenossen rissen ihm die Maske herunter und sorgten für die Kennzeichnung dieses Mannes und seiner verkehrenden Tätigkeit. Dabei kam es zu Tumulten innerhalb der sozialdemokratischen Bänke, die mit allen ihren Begleiterscheinungen die Annahme vollkommen unmöglich machen, daß die Mitglieder dieser Fraktion weiterhin in demselben Fraktionsaal beisammen bleiben können. Diese mit lautem Zurufen und wildem Gebärdenpiel eine viertel Stunde lang sich abspielende Auseinandersetzung unter dem Lärm des Hauses, dem Händeklatschen aus den Reihen anderer Fraktionen und der fortwährend hallenden Glocke des Präsidenten ist der Abschluß der parlamentarischen Erscheinung der Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Form. Sind die Ausschreitungen Haases an sich bewundernswürdig, so führten sie doch zu einer so erhebenden Erneuerung des Einigkeitwillens im Sinne des historischen Tages vom 1. August 1914, daß es auch dem Feinde schwer fallen wird, aus dem Giste der rednerischen Ausschreitungen Haases Honig zu saugen. Haase begann mit einer aufhebenden Darstellung der Steuer- und Lebensmittelfragen und hatte unter wachsendem Unwillen und schließlich Empörung aller Hörer die Freiheit, unsere Siegeszuversicht zynisch zu verspotten. In dieser Weise geriet er in einen fortgesetzten Kampf mit dem Präsidenten, und schließlich kam es zur Wortentziehung. Im Verlaufe dieser Vorgänge bäumten sich die sonst ruhigsten, frühere revisionistischen Führer und ihre Freunde um so erbitterter gegen Haase auf, als, wie man später erfuhr, dieser auch noch in hinterlistiger und unwahrhaftiger Weise die Öffentlichkeit über Vorgänge in der Fraktion zu täuschen versuchte. Aus dem Munde Dr. Davids mußte Haase hören, daß der Anwalt des Auslandes sei, und Heine, Südemann, Scheidemann, Ebert und viele andere bekräftigten ihre Beurteilung des vernunftverlassenen, in den wilden Lärm einschreitenden Redners in voller Deutlichkeit. Vom Bundesratsitzung fand der Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich Worte einer messerscharfen Kritik, und dann betrat der Sozialdemokrat Scheidemann die Tribüne. Sechs Sätze voll Ruhe und Kraft und Unerbittlichkeit. Kein größerer Gegensatz als der zänkische Ekstas des rabulistischen Advokaten ohne Vaterlandsgesühl, ohne Bodenständigkeit und die aufrechte, den Grundsätzen der Partei treu vergebende männliche deutsche Festigkeit, die in dem Gebilde ausklang: In der Stunde der Not läßt kein deutscher Arbeiter das Vaterland im Stich. Ein Ruf des Beifalls von den Tribünen sagte dem Redner, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen. Den Herrn Haase können wir zu dem andern Auslands-Liebknecht unsern Freunden da draußen auch noch schenken. In dem Zustande, wie er aus der heutigen Sitzung hervorging, werden sie nicht viel Staat mit ihm machen können.

Die Spaltung
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

II Berlin, 24. März. (Telegr.) Die Sozialdemokraten im Reichstag sind nun auch äußerlich auseinander, wie sie es innerlich schon waren. Aus dem chronischen Zustand ist ein akuter geworden. Der heutige Vorgang im Reichstag bringt die Spaltung. In einer unmittelbar angeschlossenen Fraktions-Sitzung wurde ein scharfer Beschluß gegen Haase angenommen, der diese Spaltung bedeutet. 18 Genossen sollen sich mit Haase solidarisch erklären. Nicht schieblich-friedlich geht man auseinander, sondern in Zorn und Mißachtung. Es wird vermutlich also auch nicht viel mit der bisher oft gehörten Formel sein von dem getrennt Marschieren und dem vereint Schlagen. Unter diesen Umständen wird der Umstand, daß die Sozialdemokratie als Partei keine Folgerungen aus dieser Entwicklung ihrer Vertreter im Reichstag ziehen kann, da jetzt die Abhaltung eines Parteitag nicht angängig ist, ganz besonders eigentümliche Verhältnisse schaffen. Daß verschiedene Parteien das Kunststück fertigbringen, sich durch eine gemeinsame Fraktion parlamentarisch vertreten zu lassen, das hat ja jetzt die Bildung der Deutschen Fraktion auf der Rechten gezeigt, und mit Hängen und Würgen kann man für ein solches Verfahren ja auch die notwendigsten Gründe zusammenbringen. Daß aber eine große Partei mit dem demokratischen Grundsatz, wonach die Mehrheit entscheidet, eine geordnete Fraktion im Reichstag besitzt und diese von einer Minderheitsbildung in struppeliger Weise bekämpft sehen muß, dürfte noch zu eigenartigen Situationen führen. Die Wandlung wird natürlich auch für die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Arbeiten des Hauses in geschäftlicher Beziehung Folgen haben. Die Ordnung der Rednerliste, die Beteiligungsziffern für die Ausschüsse und andere Bestimmungen der Geschäftsordnung legen die Fraktionsstärke zugrunde, verschoben sich diese Zahlen, so ist dies in manchen Fällen auch wieder von politischer Bedeutung. Das läßt sich aber alles erst beurteilen, wenn Näheres über die Beschlüsse der Fraktion bekannt wird. Über die letzten

Beweggründe des Abgeordneten Haase sich den Kopf zu zerbrechen, darauf kann man um so leichter verzichten, als sein Vorgehen, sein vom Zaun gerissener Überfall nicht nur gegen das Volk, sondern auch gegen die eigene Fraktion die von ihm ungewollte Wirkung gehabt hat, daß kräftiger als jemals aus berufener Munde das Bekenntnis der nationalen Zusammengehörigkeit auch für die sozialdemokratische Arbeiterschaft erfolgt ist. Sollte der eine gehofft, sollte der andere besorgt haben, daß es der Verheerungsarbeit der radikalen Einspänner gelingen werde, Verwirrung in Kreise zu tragen, die zum vaterländischen Dienste gebraucht werden, so ist diese Empfindung gegenstandslos geworden. Wenn sich zu Herrn Liebknecht jetzt Herr Haase gesellt und glauben machen will, er sei Märtyrer einer Überzeugung, so wird er damit kein Glück haben. Viel näher liegt der Anreiz, nachzusehen, ob man es hier nicht mit dem politischen Seitenstück dessen zu tun habe, was man auf andern Gebieten moral insanity nennt. Diese klobigen Herausforderungen des heiligsten Volksempfindens bergen noch eine andere Gefahr. Jeder freche Mißbrauch der parlamentarischen Tribüne, deren Unverletzlichkeit allen Parteien ein Axiom sein sollte, wird im Lande mit einer Entrüstung aufgenommen, die nur der Geneigtheit vorarbeitet, das papierne Schild zu zerreißen, hinter dem die Pflichtvergessenheit und der Verrat den Bogen spannt und die giftigen Pfeile entsendet. Auch schwierige Fälle werden, wenn die Kunde kommt, auf den Tisch schlagen, und in mancher Runde wird man den Ruf hören können: „Donner und Doria! Muß sich denn das deutsche Volk dieses Treiben bieten lassen? Gibt es denn keine Abwehr als das gute Zureden an diese malcontenten Querköpfe, sich etwas mehr an die Sache zu halten?“ Wie eine Erlösung für die Zuhörer auf den Tribünen hat es heute gewirkt, daß jetzt da am Bundesratsitzung ein Mann sitzt, dem sonst trockenere Aufgaben gestellt sind, der aber heute gezeigt hat, daß ihm das Herz auf dem rechten Fleck sitzt, und der für die Empörung eines beleidigten Volkes einen wichtigen Ausdruck findet. Der Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich stellte das Auftreten des Abgeordneten Haase an den Pranger, und der Lärm der Haaseschen Willkür beirte ihn weder in der Vornehmheit, noch in der Wucht seiner Abwehr. Nichts war bezeichnender für die Stimmung, die sich jedermann im Hause bemächtigt hatte, als die Art, wie der Minister während einer Unterbrechung seiner Rede zwei energische Schritte von seinem Plaze auf die lärmende Gruppe trat, und ihnen nochmals Silbe für Silbe betonend die Worte wiederholte, die dem Abgeordneten Haase das Recht verwehrt, sich deutscher Volksvertreter zu nennen: In dem Maße als das Haus erkannte, daß die sozialdemokratische Mehrheit sich selbst zur Wehr sehe, ging es mehr und mehr in die Rolle der Zuhörer und Zuschauer über, sie und da brachten noch Gruppen aus den bürgerlichen Parteien eine Zustimmung zum Ausdruck zu Zwischenrufen von Sozialdemokraten der Mehrheit gegen den Abgeordneten Haase, dann aber beobachtete man dicht gegen den Tisch des Hauses und von der Rechten nach der Mitte zu gedrängt, die rücksichtslos sich entwickelnde Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Bänke. Es war schlechterdings unmöglich, aus den unzähligen Zurufen hinauszuhören, und so entstand das, was man der Kürze halber parlamentarisch als Lärm bezeichnet, ohne daß es dem einzelnen Zwischenrufer gerade darauf ankommt, förmlichen Lärm zu machen. Es ist das Zusammenklängen vieler erregter Stimmen, von denen jede etwas anderes ruft, aber ebensogut, als wenn man alle diese scharfkontigen Äußerungen selbst gehört hätte, konnte man aus der Haltung der Gruppen, aus der Art, wie sich Mann gegen Mann stellte, wie Hände suchten und sich Fäuste ballten, schließen, daß alle diese Beteiligten den Zeitpunkt für gekommen hielten, das Tischhuhn zu zerschneiden. Der Hinterfrontmarschall der Radikalen, Karl Kautsky, hat seinerzeit mit der Tribüne des Reichstags gedroht. Hier sollte vor versammeltem bürgerlichen Kriegsvolk der sozialdemokratische Parteitag abgehalten werden. Sein Wille ist in die Tat umgesetzt. Er hat in Herrn Haase seinen Propheten gefunden; vielleicht ist er mit ihm zufrieden.



Verlagsgesellschaft: Ami Gentium 123/1-123/7; für den
Vertrieb mit der Schriftleitung: Gentium 7957

36. Jahrgang

Schossen.

12 Infanterie-Munitionswagen. Weiter südlich bis in die Wald-
gegend und in Galizien an vielen Orten Feuerwechsel.

Kaukasusfront: Unser Vormarsch dauert an.

Persien: Südlich des Armiasees zerstreuten wir einige
türkisch-kurdische Abteilungen.

Die Spaltung in der Sozialdemokratie.

Ueber die Vorgänge, die zu der endgültigen Spaltung
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geführt haben,
unterrichtet eine Veröffentlichung des „Vorwärts“,
wonach gestern nachmittag in der Fraktionsitzung der
sozialdemokratischen Partei der Abgeordnete Ebert den
Vergang folgendermaßen darlegte:

„In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr
eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die
im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die
sachliche und formale Behandlung einig. Danach
sollte die politische Debatte getrennt werden von der
Ausprache über die Steuervorlagen. Heute morgen waren wir
uns dahin schlüssig, im Seniorenkonvent zu fordern, daß nach
Erledigung der U-Boot-Frage und des Stats des Auswärtigen
Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im
Plenum stattfinden solle. Wir haben diesen Vorschlag im Senioren-
konvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstags-
sitzung zugestimmt hat. Weder Geier noch Bedebour,
die beiden Mitglieder des Seniorenkonvents, haben auch
nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also
mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben
wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum No-
tetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschieden-
heiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der for-
malen Erledigung des Stats wurde einstimmig beschlossen,
seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse
zu bereiten. Sollte etwas Unvorhergesehenes sich ereignen, dann
solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten,
was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch
gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere
Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß
im Plenum zum Notetat geredet werden solle. Erst im
Sitzungssaale hat Haase, und zwar im letzten Augenblick,
unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer
wohlvorbereiteten Rede bereit stand, dem Vorstand mitgeteilt, daß
er reden werde.“

Der Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß dieser Dar-
stellung nicht widersprochen wird.

Es fand dann eine Aussprache über die vom Vor-
stand der Fraktion vorgelegte Erklärung
statt. In namentlicher Abstimmung wurde diese Erklärung
mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Der
Stimme enthielten sich 4, es fehlten 12 Genossen.

Diese

Erklärung der Fraktionsmehrheit

hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vor-
gänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heuti-
gen Reichstagsitzung zugetragen haben.“

In ihrer Fraktionsitzung am Vormittag wurde der einstimmige
Beschluss gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum, nach
der Behandlung des Stats des Auswärtigen Amtes in der Budget-
kommission, zu führen — ein Beschluss, dem noch vor Beginn der
Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchlos zugestimmt hat.
Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der
gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehen-
den politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von
einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionsitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu
Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen.
Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung
entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung ge-
macht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen
werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch.
Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonder-
aktion aufs schärfste gerügt hat, sieht sie sich nunmehr gezwungen,
zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche
die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachteten und öffentlich
durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit ent-
springenden Rechte verwickelt haben.“

Wichtiger als die Erklärung der überwältigenden
Fraktionsmehrheit ist dem „Vorwärts“ natürlich die

Erklärung der neuen Fraktion,

was er dadurch zum Ausdruck bringt, daß er sie vor jener,
an augenfälligerer Stelle und in größerem Druck seinen
Lesern zur Kenntnis bringt. Diese Erklärung lautet:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichs-
tags erklären folgendes:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute
mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus

jedem einzelnen Stein, zu jedem roten Wähler draußen im Lande
und in den Schützengräben.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt u. a.:

Herr Haase hält es vermutlich für den Gipfel der Ungerechtig-
keit, wenn man ihm und seinen Gesinnungsgenossen Vaterlands-
liebe abspricht. Aber sie haben eine merkwürdige Art, diese
Vaterlandsliebe zu betätigen. In demselben Tage, wo mit-
geteilt werden kann, daß Millionen Deutscher aus allen Klassen,
Ständen und Parteien der Regierung abermals mehr
als zehn Milliarden Mark zur Kriegsführung dargebracht
haben, verweigern die um Haase und selbstverständlich die
Herren Liebknecht und Kühle den Nothaushalt und schreien
nach Frieden. Als ob damit der Krieg beendet und nicht vielmehr
höchstens verlängert würde! Wenn die Feinde hören, daß nicht
einmal mehr im Deutschen Reichstag an den deutschen Sieg ge-
glaubt wird, wie soll ihnen da die Lust ausgehen, den Krieg fortzu-
setzen? Und obenin, wenn, der also redet, bis vor kurzem der
Führer der größten Partei im Parlament wie im Volke gewesen ist.

Nun hat sich handgreiflich — beinahe in der ursprünglichen
Bedeutung des Wortes — gezeigt, daß hinter Herrn Haase nichts
steht als eine kleine Gruppe politischer Desperados.

Sturmsszenen im deutschen Reichstage.

Berlin, 24. März.

In der heutigen Beratung des Notstands-Etats wurden im Reichstage stürmische Szenen durch die unqualifizierbare Rede des Vertreters der sozialistischen Fraktionsminderheit Haase hervorgerufen. Es erhob sich eine solche Entrüstung, daß das Haus, einschließlich der Mehrheit der Sozialdemokraten, die Weiterrede ablehnte. Entrüstungsrufe, wie „Vaterlandsverräter“, wurden von allen Seiten laut. Namens der Sozialisten stigmatisierte Abgeordneter Scheidemann die Rede seines Parteigenossen, der ohne irgend einen Genossen verständigt zu haben, den Reichstag und die eigene Partei mit seiner Rede sozusagen aus dem Hinterhalte überfiel.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Das Haus erledigte zunächst keine Anfragen.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Passermann über die Kämpfe in Kamerun und in Deutsch-Ostafrika erwiderte Staatssekretär Solff mit einer Schilderung der Räumung Kameruns durch die Schutztruppe, die ihre Pflicht bis zum Neuesten getan habe. (Lebhafte Beifall.) In Deutsch-Ostafrika scheiterten die

Angriffe der überlegenen englischen und belgischen Kräfte dank der hervorragenden Tapferkeit der Schutztruppe. Durch den Eintritt Portugals in den Krieg entstanden weitere Schwierigkeiten, da die Portugiesen von Mozambique aus ein Expeditionskorps mobil machten. Dem Schutzgebiet drohen also Angriffe von allen Seiten, die sicherlich zu schweren Kämpfen führen werden. Bisher wußte die Schutztruppe weit überlegene Kräfte mit verhältnismäßig geringen Verlusten zurückzuschlagen. Wir dürfen auf die heldenmütige Tapferkeit der Truppe auch für die Zukunft volles Vertrauen setzen. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus begann sodann die erste Lesung des Etats-Notgesetzes.

Dr. Helfferich über die Krieganleihe.

Schatzsekretär Dr. Helfferich teilt unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen mit, daß die vierte Krieganleihe ohne die Zeichnungen im Felde und im Auslande 10,4 Milliarden Mark ergeben hat und fügt hinzu: Hierdurch ist die Finanzierung des Krieges für ein weiteres halbes Jahr gesichert. Was es bedeutet, daß ein Volk von 70 Millionen, durch völkerrechtswidrige Gewaltakte von der Außenwelt abgeschnitten und ganz auf eigene Kraft gestellt, im zwanzigsten Kriegsmonat abermals dem Vaterlande mehr als 10 Milliarden darbringt — kein Wort dürfte an die Größe dieser Tatsache heranreichen. (Beifall.) Das bedeutet, daß allen Feinden zum Trotz unsere Kraft ungebrochen ist, das Vertrauen in unsere gute Sache und unseren Sieg nicht erschüttert werden kann und daß das deutsche Volk, wenn es gilt, den Feind zu schlagen, keinen Zwiespalt kennt, sondern einstimmig zusammensteht. Der Staatssekretär dankt allen, die an dem großen Erfolge Anteil haben, insbesondere den Millionen Zeichnern, die auch diesmal die Anleihe zu einer wahren Volksanleihe gemacht haben, sich selbst und dem Vaterlande zur Ehre. (Brausender, anhaltender Beifall.)

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat) erklärt namens der Mehrheit der Fraktion, für den Notetat zu stimmen, ohne dadurch der Stellungnahme gegenüber dem Hauptetat vorzugreifen.

Die Führer der National Liberalen, des Zentrums und der Konservativen erklären ihre Zustimmung zum Notetat und drücken ihre hohe Genugung über das glänzende Ergebnis der Krieganleihe aus, wodurch vom Volke ein glänzendes Zeugnis für den Kriegswillen, für den Willen zum Durchhalten und für die Siegeszuversicht ausgestellt wurde.

Stürmische Szenen während einer landesverräterischen Rede.

Abg. Haase (Sozialdemokrat) erklärt namens eines Teiles der Sozialdemokraten, nicht für den Notetat stimmen zu können, da sich der Klassencharakter des Staates in dieser Zeit ebenso scharf, wenn nicht schärfer als vorher zeige. Die Mißstände auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung verschärften sich so, daß in weiten Kreisen des Volkes Hunger und Unterernährung eingetreten seien. (Lebhafte Unruhe.)

Der Präsident fordert den Redner auf, keine allgemeine Diskussion zu führen.

Abg. Haase kritisiert fortgehend die Haltung der Regierung gegenüber dem freien Wort und gegenüber den Gewerkschaften und geht sodann zur Kritik der Außenpolitik über, wobei er wiederholt vom Präsidenten aufgefordert wird, sich an die Sache zu halten.

Während seiner Ausführungen kommt es zu Sturmsszenen, wie sie der Reichstag selten erlebt hat.

Fast jeder Satz Haases ruft stürmischen Widerspruch auf allen Seiten des Hauses hervor, selbst bei den Parteigenossen Haases, von denen Scheidemann und Reil unter lebhaftem Beifall des Hauses und der Tribünen ihm zurufen, die Vereinbarungen nicht eingehalten zu haben.

Abg. Haase betont die Sehnsucht der Massen aller Länder nach Frieden und erklärt, wie das Ringen, in dem es weder Sieger noch Besiegte geben werde, auch ausgehen möge, Europa werde der Verarmung entgegengehen. Der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei das Urteil gesprochen, weil sie nicht verhindern konnte, daß in ihrem Schoße die Kriegsfurie geboren wurde.

Nach diesen Worten befragt der Präsident das Haus, ob es den Abg. Haase weiter hören wolle.

Unter stürmischem Beifall wird beschlossen, dem Abg. Haase das Wort zu entziehen, wofür auch ein Teil der Sozialdemokraten stimmt, was bei den bürgerlichen Parteien mit Beifall und Händeklatschen aufgenommen wird.

Der Protest vom Regierungstische.

Schatzsekretär Dr. Helfferich erklärt, wenn ihn als Vertreter der verbündeten Regierungen nicht die Pflicht im Saale gehalten hätte, hätte er selbstverständlich während der Rede Haases den Saal verlassen. (Beifall.) Redner drückt vor dem Hause und dem ganzen deutschen Volke das tiefste Bedauern und die stärkste Enttäuschung darüber aus, daß ein Mann, der sich einen Vertreter des deutschen Volkes nennt (Lärm links), solche Ausführungen machen kann, die den Feinden Herz und Rücken stärken müssen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Rufe gegen Haase: Vertreter des Auslandes!

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn ein Redner es wagt, hier zu behaupten, daß es dem deutschen Volke nach all den schweren Lasten, aber auch nach allen großen Erfolgen, die wir auf jedem Felde errungen haben, an der Zuversicht fehlt, daß es siegen wird, so gibt es kein Wort, das scharf genug wäre, dies zurückzuweisen. Herr Haase, wenn Sie wissen wollen, wie das deutsche Volk darüber denkt, fragen Sie die, welche zehn Milliarden gezeichnet haben. Es sind Millionen Einzelzeichner darunter. Die Krieganleihe ist eine Volksanleihe. Das deutsche Volk zeigte damit, daß ihm eine Gesinnung, wie sie Haase bekundete, so fremd ist, wie es irgend etwas in der ganzen Welt sein kann. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Zusammenstöße im Reichstag.

N. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung in mehrstündigen Verhandlungen die Vorgänge der heutigen Sitzung besprochen. Das Ergebnis ist, daß der Abgeordnete Haase in genau derselben Form, wie es seinerzeit bei Liebknecht geschah, aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden ist. Die Gruppe um Haase, die sich aus 18 sozialdemokratischen Abgeordneten zusammensetzt, ist im Anschluß daran zusammengetreten, um unter dem Vorsitz Haases eine neue Reichstagsfraktion zu bilden.

In dem Beschlusse, durch welchen die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion heute dem Abgeordneten Haase die Rechte eines Fraktionsmitgliedes aberkannt hat, heißt es u. a., daß das heutige Auftreten, das ohne Wissen und wider den Willen der Fraktion erfolgt ist, illoyal sei und einen Disziplinbruch und Treubruch darstelle.

Die Abgeordneten, die sich mit Haase solidarisch erklärt haben und die neue Fraktion unter dem Namen „Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ bilden werden, sind außer Haase selbst: Bogther, Zubeil, Ledebour, Stolle, Geher, Schwarz (Lübeck), Hente, Herzfeld, Sohn (Nordhausen), Büchner, Stadthagen, Dittmann, Bod (Gotha), Antrief, Kunert und Burn, zu denen sich wahrscheinlich noch Liebknecht und Kühle gesellen werden. (Eine Meldung des Wolffschen Bureaus enthält noch die Namen Bernstein und Horn (Sachsen), während darin Antrief fehlt. Als Vorsitzende der Fraktion werden Haase und Ledebour genannt.) Diese Mitglieder der voraussichtlichen neuen Fraktion sind von der sozialdemokratischen Fraktion dem Bureau des Reichstages als nicht mehr befugt zur Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion oder Kommissionen bezeichnet worden und werden zu den Fraktionsstimmungen nicht mehr eingeladen.

N. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Bei einer Angelegenheit, bei der man überhaupt keine größere Diskussion erwartet hat und nach den Abmachungen des Seniorentonvents auch nicht erwarten durfte, bei der Beratung des Notgesetzes, das vom 1. April ab zur Fertigstellung des Etats erforderlich ist, haben sich heute die stürmischsten Szenen abgespielt und ist Empörung und gerechter Unwille so leidenschaftlich laut geworden, wie wohl noch niemals in diesem Reichstage, auch nach dem Gedächtnis derer nicht, die auf die Lage des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes zurückblicken. Das Ergebnis dieser stürmischen Zusammenstöße und Auseinandersetzungen ist, daß die große Spaltung innerhalb der sozialdemokratischen Partei und Fraktion, diese Spaltung zwischen einer Mehrheit, die in der Stunde der Gefahr und des Kampfes um die Existenz des Reiches nur deutsch sein und dem Vaterlande dienen will, und denen, die in unverbesserlichem Glauben an die Internationalität der Völker an der Gerechtigkeit dieses Abwehrkrieges zweifeln und dem gefährlichen Glauben nachgeben, daß unsere bisherigen Siege auf dem Schlachtfelde die Möglichkeit des Friedens bereits in unsere Hand gelegt hätten, — daß diese längst vorhandene Spaltung sich nun in eine Trennung der sozialdemokratischen Fraktion umgesetzt hat. Was die Partei und die Fraktion selbst und die Mehrheit in ihr mit unendlicher Geduld zu verhindern gesucht haben, die Trennung der Fraktion, das ist heute nach der Sitzung erfolgt. Nachdem die Mehrheit der Fraktion beschlossen hat, den Abg. Haase, ihren früheren Vorsitzenden, der auch jetzt noch Vorsitzender der Partei ist, wegen seines heutigen Verhaltens ebenso auszuschließen, wie vor längerer Zeit schon den Abg. Liebknecht, hat die Minderheit, bestehend aus Haase und 18 Genossen, den Austritt aus der Fraktion erklärt. Sie bildet unter Haases Vorsitz eine eigene Fraktion. Es gibt jetzt zwei sozialdemokratische Fraktionen und damit ist eine der wichtigsten Wandlungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei vollzogen, eine Wandlung, die sich aus der parlamentarischen Vertretung auf die Partei selbst übertragen wird.

Die Trennung der Radikalen und derer, die man bisher

Revisionsisten nannte, und wie man auch sagen kann, der nichtwäterländischen und der wäterländischen Sozialdemokraten, eine Entwicklung, die nach den Vorgängen während des Krieges nicht aufzuhalten war, hat damit ihren natürlichen Ausgang gefunden und das ist nicht nur für die Partei selbst, sondern für unser gesamtes Parteileben als Symptom eines Gesundungsprozesses zu begrüßen, wenn auch zunächst die Folge sein wird, daß im Reichstage die bisherige Minderheit der Sozialdemokraten, nun als eigene Partei nicht mehr von der Mehrheit gebändigt, während dieses Krieges sprechen darf, was deutsche Ohren nicht gerne hören, und was dem Ausland Freude machen wird. Ein Reich, das auf den Schlachtfeldern so steht wie wir, ein Volk, das eine vierte Kriegsanleihe mit dem unerhörten Erfolg von rund 11 Milliarden ausgebracht hat, das vertritt auch die 18 Mann um Haase, und auch der Reichstag von 397 Volksvertretern wird diese 18 um Haase vertragen und mit ihnen fertig werden, umso eher, je einiger und energischer diese überwältigende Mehrheit und je kühler und schlagfertiger ihr Präsident ist.

Ein Tag der Freude und des Stolzes war es, als nach Erledigung einiger kleiner Aufträge der Schatzsekretär Dr. Helfferich in kurzer Würdigung des Notgesetzes das Ergebnis der neuen Anleihe mitteilte, dieser Anleihe, die wieder für ein halbes Jahr die Kosten des Krieges vollkommen deckt, diese Anleihe, die aus eigener Kraft ohne fremde Hilfe zustande gekommen ist, aus einer Kraft, die unseren Feinden zeigen wird, wie wenig wir geschwächt sind, einer Kraft, die uns die Hoffnung auf den Sieg verstärkt und die Gewißheit schenkt, daß uns niemand bezwingen wird. Den Dank, den Dr. Helfferich allen aussprach, die zum Erfolge dieser Anleihe beigetragen haben, den Organisatoren und den vertrauensvollen Zeichnern, diesen Dank übertrugen dann die Rabener aller Parteien auf den Schatzsekretär selbst. Es klang wie ein Vertrauensvotum, das diesem Mann in diesem Augenblicke dargebracht wurde und es ist nicht nur ein Vertrauensvotum für unseren Kriegsschatzsekretär, man kann mehr sagen: ein Vertrauensvotum für unsere ganze Sache, für die Sache, wie sie zu Hause und im Felde von den Verantwortlichen geleitet und getragen wird. Es ist ein Votum gegen Mißtrauen, Kleinmut und Erregtheit, wie sie sich hier und da in letzter Zeit gezeigt haben.

In dieser kurzen Debatte über das Notgesetz hatte Scheidemann für die Sozialdemokraten gesprochen und ihre Zustimmung erklärt, ohne die Fraktion damit für die späteren Votums über den Etat zu binden. Eine Unruhe innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, heftiges Debattieren von Mitgliedern der Mehrheit und der Minderheit hatte sich bemerkbar gemacht und zu aller Ueberraschung erhielt Herr Haase, der Führer dieser Minderheit, vom Präsidenten das Wort. Nützlich wäre dies nicht gewesen, denn es hat von jeder Partei nur einer gesprochen, und was Herr Haase sprach, das war zwar nicht so krankhaft und schreiend vorgebracht, aber dem Inhalte nach doch so ziemlich dasselbe, was in oft geschilderten Szenen während des Krieges Herr Liebknecht als das Bekenntnis eines auch durch die Erfahrungen dieses Kriegsausbruches und die Haltung der Feinde unverbesserlichen Internationalisten und eines weltfremden Pazifisten gesagt und zu sagen sich bemüht hat. Herr Haase ist ein kühlerer Kopf als Liebknecht, ein klarer Fanatiker, aber er kann nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen sein, daß das, was er aussprach, dem Reiche nicht nütze, sondern schade. Seine eigenen Parteigenossen riefen ihm erregt zu: „Ihre Politik führt zur Verlängerung des Krieges, sie dient dem feindlichen Auslande, das alles war zum Unheil Deutschlands!“

Größer noch als die Entrüstung bei allen bürgerlichen Parteien war dann auch die der großen Mehrheit seiner eigenen Fraktion, denn ohne den Mut gehabt zu haben, in der Fraktion etwas Derartiges anzukündigen, hat er sich bei unerwarteter Gelegenheit im Plenum das Wort verschafft, um zu sagen, was ihm die Fraktion nicht erlaubt hätte. Es war ein Ueberfall gegen seine Genossen, und so erklärte er sich, daß ihm aus ihren Reihen in wachsender Erregung die Vorwürfe „Erbärmliche Feigheit! Unerhörte, hinterhältiger Kerl!“ entgegengeschleudert wurden, und als er gar nach Helfferichs Abwehr und nachdem Scheidemann unter dem stürmischen Jubel aller anderen Parteien und unter händelstischen erklärt hatte: „In der Stunde der Not lassen wir unser Vaterland nicht im Stich“, noch einmal das Wort ergriff, da stürmten seine Parteigenossen mit erregten Zurufen auf ihn ein und umdrängten ihn, sodaß im minutenlangen Lärm der Gang der Sitzung unterbrochen war und man glauben konnte, es würde zu Tötlichkeiten kommen.

In diesem Lärm schloß der Präsident die Sitzung und be-

traumte auf eine Stunde später eine neue an, und die verließ dann ganz ruhig. Das Notgesetz wurde angenommen, und der Präsident ermächtigt, die nächste Sitzung etwa für den 4. oder 5. April einzuberufen. Man erwartet, daß in dieser Sitzung der Reichszanzler über die gesamte Lage sprechen wird. Herr Haase hat nicht alles sagen können, was er wollte. Die Entrüstung der anderen Parteien hat ihn unterbrochen und schließlich hat ihm der Reichstag das Wort entzogen. Er wollte offenbar die Ursachen des Krieges nach seiner Auffassung entwickeln, aber, was er sagte und was erörtert worden ist, das entfachte die Entrüstung, die sich gegen ihn erhob. Wenn er für seine Person glaubt, daß wir nicht siegen werden, daß es nicht Besiegte und Sieger geben werde, und daß die gemeinsame Solidarität der Völker diesen Krieg beendigen könne, daß es an der deutschen Regierung liege, wenn er nicht schon beendet sei, so müßte er doch mit Rücksicht auf sein Vaterland das jetzt unausgesprochen lassen, denn es stärkt den Mut und die Herzen unserer Feinde, wie ihm später Helfferich in einer trefflichen Rede vorhielt.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

N. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel., z.) Im „Vorwärts“ werden heute morgen die Erklärungen der Fraktionsmehrheit und der Fraktionsminderheiten veröffentlicht. Wir geben daraus das folgende wieder:

Zur Information der Parteigenossen teilt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch das Pressebureau den Wortlaut der Ausführungen mit, die Genosse Ebert in der

Fraktionsitzung

am Freitag, den 24. März, Nachmittags über die Vorgänge in der Reichstagsitzung gemacht hat:

„In unserer letzten Sitzung haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Darnach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlage. Heute Morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorenkonvent zu fordern, daß nach Erledigung der U = Voot = Frage und des Stats des Auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden soll. Wir haben diesen Vorschlag dem Seniorenkonvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsitzung zugestimmt hat. Weder Geher noch Ledebour, die beiden Mitglieder des Seniorenkonvents, hat auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt, die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Stats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte sich etwas Unvorhergesehenes ereignen, dann solle der Vorstand unter sich eventuell mit der Fraktion beraten, was geschehen soll. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gut gefaßt und niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden soll. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohl vorbereiteten Rede bereit stand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß dieser Darstellung nicht widersprochen wird.

Es fand dann eine Aussprache über die vom Vorstande der Fraktion vorgelegte Erklärung statt. In namentlichen Abstimmungen wurde diese Erklärung mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Stimme enthielten sich vier, es fehlten 12 Genossen.

Die

„Erklärung der Fraktion“

hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsitzung zugetragen haben.“

In ihrer Fraktionsitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum nach der Behandlung des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehende politische Erörterung nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.“

In dieser Fraktionsitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hatte Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion auf das Schürffste gerügt hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verweigert haben.“

Im „Vorwärts“ wird dann weiter die folgende

Erklärung des Genossen Stolle

veröffentlicht:

In der Fraktionsitzung gab am Freitag der Genosse Stolle nach den Ausführungen des Genossen Ebert in seinem Namen und namens der Genossen Voot, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geher, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz-Lübeck, Stadthagen, Vogtherr, Wurm, Zubell folgende Erklärung ab:

„Namens meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionsitzung die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstages zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 1. Dezember 1915.“

Genosse Bernstein ersucht den „Vorwärts“ um Mitteilung, daß er sich angesichts des Fraktionsbeschlusses mit den Vorgenannten solidarisch erklärt. Die

Erklärung der Fraktionsminderheit

über die Gründung der neuen Fraktion lautet:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages erklären folgendes:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmbglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.“

Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.“

Berlin den 24. März 1916.

Bernstein, Voot, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geher, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubell.

Diese 18 Genossen haben von der Bildung der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ dem Bureau des Reichstages Mitteilung gemacht und als ihren Vorstand die Genossen Haase, Ledebour und Dittmann gewählt.

Endlich bringt der „Vorwärts“ noch folgende Erklärung:

„Die Unterzeichneten erklären zu den letzten Vorgängen in der Fraktion und im Reichstage:

1. daß sie in der Fraktion gegen die Zustimmung zum Notetat gestimmt haben;
2. daß beim Plenum des Reichstages bei der Abstimmung über das Notgesetz entsprechend dem bisherigen Brauch in der Fraktion, ihre Begegnung gegen die Vorlage durch Verlassen des Saales zum Ausdruck gebracht haben;
3. daß sie in der Fraktion gegen die Maßrege-

lung der 18 Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschluß gleich kommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitage zu.

Abrecht, Ansfried, Ennkel, Edmund Fischer, Hoch, Hofrichter, Hüttmann, Jaedel, Lautert, Raute, R. Reiffhaus, Rysfel, Schmidt (Weiß), J. Simon.

Der „Vorwärts“ selbst sucht in einem längeren Artikel das Verhalten der Fraktionsminderheit, die sich jetzt zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hat, zu verteidigen und den Disziplinbruch als notwendig hinzustellen.

„Die Minderheit hätte nicht zum Mitschuldigen einer Politik des Geschehenlassens werden dürfen, und da Auffassung gegen Auffassung stand, hätte es nur die Möglichkeit gegeben, zum einzigen Richter über Recht und Unrecht die Öffentlichkeit aufzurufen, die sozialdemokratische Masse selbst, das geschichtliche Urteil.“

Nachdem dann der „Vorwärts“ noch ausdrücklich feststellt, daß er seit Kriegsausbruch die politischen Auffassungen der Minderheit vertreten habe, schließt er seine Ausführungen mit folgenden Sätzen:

„Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich damit jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetreten, was nach der Tiefe der Meinungsgegensätze und vollends nach den Szenen des gestrigen Tages unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungehemmt durch die bisherigen Reibungen ihre besonderen Auffassungen vertreten können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Schwere der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtiger erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit.“

In eine Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteeinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwundlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente mit unwiderstehlicher Kraft wieder zusammenschließen werden, sobald die Irrten und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.“

Die kraftvolle organisatorische und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurückkehren, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die kraftvolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elemente aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwachende Kleinliche Gezänk hintanzuhalten und die Meinungsgegensätze in unberrtem Erkenntnisbrang gewissenhaft zu prüfen!“

Erpressung.

Es ist eine Eigentümlichkeit der Pariser Presse, daß die Entgegennahme von Bestechungsgeldern für sie eine normale Einrichtung geworden ist, die, soweit sie sich in den allgemein üblichen Formen bewegt, kaum noch Anstoß erregt und daher die Öffentlichkeit zwar nicht gerade sucht, aber doch auch nicht allzusehr fürchtet. Das gilt unter anderem von den Zuwendungen der großen Bank- und Verkehrsanstalten, in deren Gemüß sich die einzelnen Blätter nur dadurch unterscheiden, daß die Beträge je nach dem Einfluß, den eine Zeitung auf Grund ihrer Verbreitung, der Art ihres Leserkreises usw. genießt, größer oder geringer sind. Es ist klar, daß schon dadurch die Unterrichtung des französischen Volkes über wichtige Gebiete des öffentlichen Lebens vollständig gefälscht wird. Die Rückständigkeit des französischen Transportwesens zum Beispiel, die jetzt so schwer auf das Wirtschaftsleben des Landes drückt, ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Blätter im Frieden dafür bezahlt waren, alles in trefflicher Ordnung zu finden und über die besseren Einrichtungen des Auslandes zu schweigen. Doch mag das noch als erträgliches Uebel erscheinen. Schlimmer schon ist es, wenn die Presse sich an die kühnen Unternehmungen gegen das nationale Vermögen verläßt, an denen die Geschichte Frankreichs der letzten Jahrzehnte so reich ist. Die großen und kleinen Finanzskandale, die in fast ununterbrochener Folge dem französischen Sparrer an den Geldbeutel gingen, vom Panamaskandal bis zu dem durch das Eingreifen der Regierung verschleierten Lotterien-Schwindel waren nicht möglich gewesen, wenn nicht die Presse die finanziellen Raubzüge redend oder schweigend unterstützte hätte. Denn beides hat seinen Preis, ja es gilt hier buchstäblich das Sprichwort, daß Reden Silber, Schweigen aber Gold ist. Indessen fällt all das noch unter die Dinge, aus denen die Pariser Presse selber kaum ein Geheimnis macht, wie ja schon die durchaus ohne Scheu geübte Verpachtung des Finanzteils zeigt, die in dem Haushalt sämtlicher Pariser Blätter einen wesentlichen, in dem der einflussreichsten einen nach Hunderttausenden zählenden Posten darstellt. Man hat den deutschen Nationalökonom zuweilen vorgeworfen, daß ihre Wissenschaft nicht immer in genügender Fühlung mit der Wirklichkeit bleibe. Ihren französischen Berufsgenossen muß dieser Vorwurf erspart bleiben, wenn man weiß, daß zum Beispiel Herr Edmond Thérin, Herausgeber des „Economiste Européen“ und einer der angesehensten Gelehrten seines Faches, nebenbei als Pächter des Finanzteils von Zeitungen und Pressevermittler großer Kreditanstalten tätig ist. Die finanzpolitischen Lehren dieses Herrn gewinnen solchermachen an Einträglichkeit, was sie etwa an wissenschaftlicher Strenge verlieren.

Indessen beginnt das eigentliche Redaktionsgeheimnis der Pariser Zeitungen erst jenseits dieser glatten Geschäfte, obwohl schon innerhalb der sozusagen normalen Bestechlichkeit nicht alle mit der zynischen Offenheit vorgehen, mit der der „Matin“ es eine Zeit lang darauf anzulegen schien, Verfassungsproben an der Urteilsfähigkeit seiner Leser vorzunehmen. Die hauptstädtische Chronik ist unerschöpflich an Geschichten von säuberlich gefegten Zeitungsartikeln, die niemals über die beschränkte Öffentlichkeit des Büstenabzugs hinauskamen. Von Pressekampagnen, die mit heiligem Eifer begonnen und ohne ersichtlichen Grund plötzlich abgebrochen wurden. Von Zeitungspolemiken, hinter denen der Wissende die spendenden Hände wahrnahm, die auf der einen wie der anderen Partei das Feuer schürten. Kurz, von tausend profitablen Begeisterungen und Entrüstungen, deren Bereich freilich durch den Krieg und die natürlichen Grenzen, die er der Schamlosigkeit setzt, einigermassen verkürzt wurde. Doch nicht lange hat sich die Pariser Presse durch solche Beschränkung ihrer gewohnten Betriebssamkeit in ihren Einnahmen schädigen lassen. Sie sah bald just durch den Krieg eine neue Möglichkeit der Erpressung entstehen, die heute bereits, wie aus verständnisvoller Bektüre der Blätter leicht zu sehen ist und uns im übrigen durch unberrichtete Zeugen bestätigt wird, wahre Orgien feiert. Das ist die Spionerie. Alles, was in Frankreich einen ausländisch, vor allem deutsch klingenden Namen trägt oder vormals irgendwelche Beziehungen mit dem nunmehr feindlichen oder unter Umständen selbst neutralen Ausland unterhielt und mit solchem Makel ein ausreichendes Maß von Zahlungsfähigkeit vereint, zittert heute, wie man uns sagt, vor dem peinigenden Augenblick, da die patriotische Drohung oder menschenfreundliche Warnung in einer der zahlreichen und mehr oder weniger diskreten Formen an ihn herantreten mag, die zwischen dem Erpresser und seinem Opfer die Handhabe zu einem Besitzwechsel bieten. Man braucht kaum zu sagen, daß das Bewußtsein der Unschuld in diesem Falle kein Grund zur Beruhigung ist, denn wer möchte sich angesichts der zum Zweck hervorgerufenen und auf alle Weise genährten Gemütsverfassung, die heute in Frankreich herrscht, leichten Herzens einem für Geld ablsbaren Verdacht aussetzen?

Auch ist die Spionerie ein ausgezeichnetes Kampfmittel im Wettbewerb des Handels. Bei einem Beleidigungsprozess, der kürzlich zwischen der „Action Française“ und dem „Bonnet Rouge“ gespielt hat, sagte der Herausgeber des letzteren unter anderem: „Meine Herren, ich will nicht untersuchen, ob die Kampagnen des Herrn Leon Daudet nicht einen kommerziellen Ursprung haben. Wenn Herr Daudet sagt: „Comptoir d'Escompte“, will ich nicht ihre Aufmerksamkeit auf das Echo lenken, das erwidert: „Banque Continentale“. Wenn Herr Daudet sagt: „Maggi“, will ich Sie gleichfalls nicht auf das Echo aufmerksam machen, das antwortet: „Crémeries Syndiquées“. Wenn Herr

Daudet sagt: „Ostram-Lampe“, will ich Ihnen nicht zu bemerken geben, daß das Echo erwidert: „J-Lampe“. Wenn Herr Daudet von Herrn Kraß-Bouffac spricht, so wiederholt das gleiche Echo die Namen der Konkurrenten des Herrn Kraß-Bouffac. Und so weiter.“ Die Tätigkeit der „Action Française“, deren Hintergrund hier mit rhetorischer Vorsicht aufgedeckt wird, ist indessen nur die größte Art des journalistischen Geschäfts, zu dem die Spionerie den Stoff liefert. Sozusagen das rohe Schema des Betriebs, der sich hinter den Kulissen, der Öffentlichkeit nur in den seltensten Fällen bekannt, in viel zarteren Formen abspielt. Der vornehmste — und einträglichste — Weg der Erpressung ist heute wie früher der verschwiegene, und nur weil der „Matin“ diese Regel häufig mißachtete, ist seine Bestechlichkeit in dem unerbitterten Ruf gekommen, größer zu sein als etwa die des „Temps“ oder des „Figaro“. Auch sieht man, daß der „Matin“ heute klüger geworden ist und das Geschäft in der Stille betreibt.

Wenn die Regierung des Herrn Briand das beunruhigende und entnervende Treiben duldet oder gar begünstigt, so hat sie dafür ihre guten Gründe. Denn einmal würde die Revolverpresse — ein für Pariser Verhältnisse ungewöhnlich weit zu fassender Begriff — in ihrer Begeisterung für das Ministerium Briand erheblich nachlassen, wenn ihr in dieser Zeit der schlechten Geschäfte eine ihren Sitten und Gepflogenheiten angemessene Einnahmequelle verstopft würde. Und dann, war die Spionerie nicht von jeher die französische Art, den Schmerz der Niederlage zu betäuben? Jedes französische Fibel bezeugt, daß Frankreich nie besiegt wurde, es sei denn durch Verrat. Und offenbar ist die Hoffnung der Regierenden auf den Sieg bereits so gering, daß sie denen Dank wissen, die die Phantasie des Volkes im voraus mit Spionen und Verrätern bevölkern, den herkömmlichen, die Last der geschichtlichen Verantwortung in etwas erleichterten Trägern der Schuld an der Niederlage.

Oesterreich-Ungarns Zukunft.

Anschauungen eines Engländers.

Die Tage vergehen, doch sie gleichen sich nicht. Aber auch die Meinungen mancher Männer ändern sich im Laufe der Zeiten gar wesentlich. Man rechnet mit dem kurzen Gedächtnisse der Mittwelt und verurteilt heute bedenkenlos, was gestern noch gepriesen wurde. In England beobachtete man am Beginne des Weltkrieges gegenüber Oesterreich-Ungarn eine gewisse Zurückhaltung. Von Liebe war natürlich nicht die Rede, allein auch der trübe Strom des Hasses mälzte sich nicht durch das Königreich. Allmählich vollzog sich jedoch ein Umschwung in der Stimmung. Die Zahl derer, die mißgünstig und geringschätzig auf die Habsburgermonarchie blickten, wuchs nicht unbedeutend. Gehässige Nachrichten wurden auch dann willig verbreitet, wenn sie alle Zeichen der Unwahrheit trugen; abenteuerliche Geschichten und läppische Erfindungen fanden durch das geduldige Zeitungspapier ihre Verbreitung. Vor allem aber dürften zwei Männer das wenig schmeichelhafte Verdienst für sich in Anspruch nehmen, den Wandel im Denken und im Urteile gefördert zu haben. Sie erfreuten sich des Vortheiles, als Kenner der Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn zu gelten und sie nützten ihre bevorzugte Stellung aus, um der Habsburgermonarchie mit der Feder in der Hand Schaden zuzufügen.

Der eine hat sich freilich immer als Gegner Oesterreich-Ungarns erwiesen. Herr William Steed wollte jahrelang in Wien, wo er die „Times“ als Korrespondent vertrat. Seine Berichte erregten oft peinliches Aufsehen; noch schlimmer war jedoch die Wirksamkeit dieses Mannes hinter den Kulissen. Herr Steed beugte sich nicht mit den Vorbeeren, die dem Journalisten winken, er wollte mehr sein als ein Zeitungsberichterstatter und gebürdete sich gerne als Vorkämpfer des englischen Volkes. Diese Sendung faßte er allerdings sehr eigenmächtig auf. Er verstand es, alle mißvergnügten Elemente um sich zu versammeln und seinen Salon zum Vereinigungspunkte all derer zu machen, die mit der Schwäche Oesterreich-Ungarns rechneten. Steeds offene und geheime Wirksamkeit wurde zwar unangenehm empfunden, aber die berühmte österreichische Langmut ließ ihn gewähren. Endlich kam jedoch die Stunde des Abschiedes. Herr Steed übersiedelte nach London, um seine feindselige Tätigkeit in verstärktem Maße fortzusetzen. Ein Buch, das im Jahre 1913 herauskam und das nicht nur in England, sondern auch in Frankreich verbreitet wurde, sollte die Berechtigung des Verfassers darthun, als Fachmann über Oesterreich-Ungarn zu schreiben und zu sprechen. Allein Steed hat die Quellen der Kraft, die in der Habsburgermonarchie so reichlich sprudeln, niemals gesehen. Sein stark entwickeltes Selbstbewußtsein konnte die Mängel an tieferer Kenntnis nicht wettmachen. Steed erblickte bloß jenes Oesterreich-Ungarn, das er kennen wollte; seine Wünsche schufen die Bilder, die er wahrnahm.

Von einer ganz anderen Art ist der zweite Mann, Herr Seton-Watson, der das Pseudonym Scotus Viator wählte. Er hat die Verhältnisse gründlich zu studieren gesucht, mit Heißhunger Bücher und Zeitschriften verschlungen und bei aller Einseitigkeit doch das Bestreben nach Wahrheit an den Tag gelegt. Von einem Fremde der Magyaren wurde Seton-Watson allerdings zu einem Gegner dieses Volkes; er glaubte den Nationalitäten Ungarns zu Hilfe eilen zu müssen und in ihrem Dienste in der Welt wirken zu sollen. Ohne die Rücksichten des Fremden zu beobachten, mengte er sich in die innere Politik der Habsburgermonarchie ein, und er tat dies mit Schärfe und Leidenschaftlichkeit. Persönlich blieb er jedoch ein bescheidener Mensch, dessen guter Wille nicht zu bestreiten war. Nach dem Rechten strebend, irte er nicht selten in Ton und Gebärde, aber immerhin wollte er das Gute.

Seton-Watson, der seit dem Weltkriege mit Lebhaftigkeit gegen Oesterreich-Ungarn Feindschaft zu erwecken sucht, hat vor nicht ganz einem Jahrzehnt ein Büchlein veröffentlicht, das es verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden. Es beschäftigt sich mit der Zukunft Oesterreich-Ungarns und der Haltung der Großmächte und sollte eigentlich heute in tausenden Exemplaren im Inselkönigreiche verbreitet werden. Wäre es doch geeignet, mancherlei Irrtümer zu beseitigen und dem Treiben der Heher einen Riegel vorzuschieben. Gleich in der Einleitung wendet sich Seton-Watson „gegen die oberflächliche Ansicht“, daß der Bestand der Habsburgermonarchie an eine einzelne Person gebunden sei. Von Frankreich und England meint er, daß die beiden Staaten ein Interesse an der Erhaltung Oesterreich-Ungarns als Großmacht hätten; ja sie dürften keine Anstrengung scheuen, die Doppelmonarchie an der Donau „als eine politische und ökonomische Einheit in der modernen Welt zu erhalten“.

Im ersten Kapitel der Schrift „Die Zukunft Oesterreich-Ungarns und die Haltung der Großmächte“ wird das Verhältnis des Deutschen Reiches zur Habsburgermonarchie erörtert. Dabei geht der Verfasser von dem berühmten Ausspruche des tschechischen Geschichtsschreibers Palacký aus, daß man sich beeilen müßte, Oesterreich zu schaffen, wenn es nicht schon längst existieren würde. In diesem Zusammenhange nennt Seton-Watson das österreichische Parlament eines „der demokratischsten des ganzen Kontinents“. Besonders beachtenswert erscheint uns der zweite Abschnitt, der die Beziehungen Rußlands zur Habsburgermonarchie darlegen will. Herr Sazonow hätte gut getan, vor seiner letzten programmatischen Rede in der Duma dieses Kapitel zu lesen. Mit Offenheit wird die Entwicklung der panslawistischen Bestrebungen verfolgt. Lassen wir den Verfasser selbst reden. „Katharina II. tat noch mehr,

um das slavische Gefühl jenseits der Grenzen zu stärken. 1774 sandte sie einen russischen Obersten nach Tokaj, um den Ankauf von Wein zu besorgen. Dort blieb die russische Agentie durch fast dreißig Jahre, wobei sich ihre Bemühungen selbstverständlich nicht bloß auf die Beschäftigung der Weingärten beschränkten. 1821 machte Alexander I. an der nordungarischen Grenze einen Besuch und teilte in ruthenischen Gemeinden Geschenke aus. Seine Motive wurden sieben Jahre später sichtbar, als man bei den ruthenischen Priestern Waffendepots entdeckte. . . . Kurz, Intrigen in Oesterreich-Ungarn gehören zu den festen Traditionen der russischen Politik, die das doppelte Ziel verfolgt, die Habsburgermonarchie einzuschüchtern und die russische Herrschaft auszudehnen.“ Am Schluß dieses Abschnittes lesen wir: „Das Bedürfnis nach einem starken Bollwerk gegen den Ausbreitung Oesterreichs; und so bildet heute das Bedürfnis nach einer kräftigen Barriere gegen den slavischen Vorstoß die beste Rechtfertigung für Oesterreich-Ungarns Fortdauer.“ Jetzt aber ist das Zarenreich der Bundesgenosse Englands und Oesterreich-Ungarn gilt als Feind.

Im dritten Abschnitte bemüht sich Seton-Watson, Klar zu machen, daß kein Land ein größeres Interesse habe, die guten Beziehungen zwischen Wien und Rom zu fördern als Großbritannien, das sowohl mit Oesterreich-Ungarn als mit Italien „durch traditionelle Bande der Freundschaft“ verknüpft sei. Dann geht er zur Darstellung des Verhältnisses zwischen der Habsburgermonarchie und ihrem süblichen Nachbarn über. Geben wir dem Verfasser wieder selbst das Wort. „So weist alles auf die dringende Notwendigkeit eines modus vivendi mit Oesterreich-Ungarn für Serbien hin“ — führt der Britte aus — „und das Kabinett Paris wird trotz seiner tüchtigen und kräftigen Haltung seine eigene Stellung und die der Dynastie untergraben, wenn eine Verständigung noch länger aufgeschoben wird. Baron Mehrenthal zeigte in seiner ersten öffentlichen Erklärung einen verständlichen Geist gegen Serbien, und wenn er, was anzunehmen ist, zur alten Balkanpolitik Andrassy's und Kalnochy's zurückkehrt, werden sich die Schwierigkeiten, den Frieden zu erhalten, nicht als unüberwindlich erweisen. . . Die wirkliche Gefahr liegt in der Macht der Armee in Serbien und in der Notwendigkeit, ihre antioesterreichischen Chefs auszuführen.“ Vorher hatte Seton-Watson den Kampf um Bosnien und die Herzegowina geschildert und auf die „reiche Saat austrophober Pamphlete und Ausstreunungen in den Journalen“ hingewiesen. In England jedoch — so meinte er — „werden wohl nur wenige Leute durch solche Manöver gewonnen werden und die wunderbare Wandlung, die in Bosnien und der Herzegowina durch die österreichisch-ungarische Herrschaft bewirkt wurde, spricht sicherlich dagegen, daß wir ihre Uebergabe in die zarte Fürsorge des Königs Peter begünstigen sollten.“ Und noch einmal betont Seton-Watson später, daß er auch nicht an die Möglichkeit eines Zerfalles Oesterreich-Ungarns glauben könne.

In den wenigen Friedensjahren, die seit dem Erscheinen dieser Schrift, seit 1908, verfloßen sind, hat nichts die Grundlagen Oesterreich-Ungarns erschüttert, nichts die Argumente Seton-Watsons entkräftet. Im Weltkriege aber wurde erst vollends offenbar, wie richtig jene urteilten, die dem alten Reiche an der Donau die stärkste Lebenskraft zusprachen. Doch Herr Seton-Watson ist heute anderen Sinnes als früher. er versällt nun in die Fehler, vor denen er früher warnen wollte. Er hat unrecht, da er sich selbst widerspricht.

Richard Charney.

Aus Oesterreich-Ungarn

(Von unserem Korrespondenten)

nk. Wien, 15. März.

Wiedereröffnung der Börsen und des Wiener Gemeinderates — Tagung für Volkswohlfahrt — Der Eiserne Wehrmann und die Wohltätigkeits-Granate — Studenten und Studentinnen

Das große Ereignis des Tages ist — nicht etwa der Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen zu Portugal, denn an solche Dinge sind wir nun schon zur Genüge gewöhnt, sondern die gestern erfolgte Wiederöffnung der Börsen in Wien und Budapest. Obwohl natürlich während der ganzen Kriegszeit ein Effektenverkehr von Bank zu Bank stattgefunden hat, so sah man selbst in den mit den Verhältnissen vertrautesten Kreisen mit großer Spannung diesem Tag entgegen, an dem sich nach mehr als 1½-jähriger Pause die Tore der Börsenhäuser wieder öffnen würden. Das Losungswort der Zukunft wird auf allen Gebieten „Abbau“ sein müssen. Die Kriegszeit haben so eigentümliche Verhältnisse erzeugt, daß man lange brauchen wird, bis man diese wieder in normale überführen können. Dieser Abbau ist gewiß überall eine komplizierte und langwierige Sache. Auch in unsern Börsenverhältnissen durfte weniger als irgendwo anders durch plötzliches Vorgehen das gefährdet werden, was man durch weise Vorsicht durch das Schließen der Börsen gleich bei Beginn des Krieges glücklich angebahnt hatte. Infolgedessen ist der Börsenverkehr auch nur in einem hinsichtlich der Zeit und des Umlages resp. der zum Handel bestimmten Effekten beschränkten Maße wieder aufgenommen worden. Auch werden bis auf weiteres die Kurse noch nicht offiziell notiert werden. Es ist äußerst erfreulich, daß der Börsenverkehr bereits am ersten Tag einen ganz ruhigen und zuverlässigen Charakter hatte. Der Tag, dem viele mit Angst entgegensehen, ist wohl durchwegs befriedigend ausgefallen. Es ergibt dies einen neuen Beweis für unsere bei gerechter Beurteilung der bestehenden Verhältnisse anerkanntenswerten günstigen wirtschaftlichen Lage. Volles Lob verdient auch die vor kurzem errichtete Divisenzentrale, durch deren Eingreifen der Kurs unserer Valuta, insbesondere in der Relation mit Deutschland, heute schon weit günstiger ist, als vordem, da man damals gewissen spekulativen Auswüchsen nicht wirksam entgegenzutreten konnte.

Wie sehr unsere gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich infolge der großen militärischen Erfolge, die wir mit Stolz und Freude verzeichnen können, beruhigt und konsolidiert haben, geht aus dem Umstande hervor, daß nach fast anderthalbjähriger Unterbrechung vor einigen Wochen der Wiener Gemeinderat wieder zusammentrat. Die Sitzung nahm einen überaus würdigen Verlauf, und einstimmig wurden die Maßnahmen genehmigt, die der Bürgermeister und der Stadtrat in der Zeit seit der letzten Sitzung am 22. September 1914 auf Grund ihrer Vollmachten angeordnet hatten. Der Wiener Gemeinderat hätte zum Teil in diesem Frühjahr neu gewählt werden müssen. Die Wahlen wurden aber von der Regierung mit Recht untersagt, da zu viel Wähler gegenwärtig im Felde stehen und die Gefahr bestand, daß eine jetzt vorgenommene Wahl nicht den wahren Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen könnte.

Ein anderes interessantes Moment war die anfangs dieser Woche hier abgehaltene erste deutschösterreichische Tagung für Volkswohlfahrt. In seiner Begrüßungsansprache bezeichnete sie der Vorsitzende treffend als ein deutsches Kulturparlament, das von Anhängern der verschiedensten Parteien besichtigt worden sei, um an der Lösung der Zukunftsfragen des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Eine Reihe für die jetzige Zeit außerordentlich wichtiger Fragen wurde behandelt, so die des Geburtenrückganges, des Säuglingschutzes und der Volksseuchen. Überall trat

hier die richtige Erkenntnis auf, daß die großen Opfer, die der Krieg uns auferlegte, nur durch eine äußerst strenge, zielbewußte und energische Bevölkerungs- und Wohlfahrts-Politik ausgeglichen werden könnten. Daß man aber bei dieser Tagung nicht nur an die Zukunft, sondern gewissermaßen auch an die Gegenwart dachte, geht daraus hervor, daß auch ein interessantes Referat über Kriegerheimstätten, für die die Stadt Wien ein besonderes Interesse hat, erstattet wurde. Auch diese Frage liegt hervorragendermaßen im Interesse des Staates, des Volkes und der Gesellschaft; man muß auf alle Art, also auch durch innere Kolonisation, trachten, die biologische Reserve zu stärken, die Volksvermehrung zu fördern, die Zahl der Selbstverfolger zu vermehren und die Intensität der Landwirtschaft zu erhöhen.

Man sieht, daß wie im wunderbaren, heuer ausnahmsweise vorzeitig eingetretenen Frühling, dessen wir uns hier erfreuen, alles in der Natur mächtig zu spritzen und zu sprossen beginnt, gleiches Regen und Bewegungen sich auch auf andern Gebieten zeigt. Möge bald eine kräftige Sonne des Friedens die Früchte all dessen zeitigen.

Anfangs März jährte sich auch der Tag, an dem in Wien der erste „Wehrmann in Eisen“ aufgestellt wurde. Die hübsche Idee dieser hölzernen Monumente, die durch Einschlagen von Nägeln zugunsten wohltätiger Institutionen in eiserne verwandelt werden, stammt von einem österreichischen Aristokraten, der dem Erzherzog Franz Ferdinand nahe stand, vom Korvettenkapitän Theodor Graf Hartig. Unser Wehrmann hat in der kurzen Zeit eines Jahres eine schon fast läckenlose eiserne Panzerung erfahren. Er ist aber auch zum Vorbild hunderter ähnlicher Denkmäler geworden, die zum Teil sehr geschmackvoll, zum Teil leider so geschmacklos waren, daß auch die an sich so schöne Idee starken Eintrag erfuhr. Daß sie in gelungenster Weise in Wien ihren Ausgangspunkt nahm, ist kein Zufall. Besitzen wir doch unter unseren Wahrzeichen den berühmten „Stoß in Eisen“, den Stamm eines alten Lärchenbaumes — seinerzeit des äußersten Baumes des Wiener Waldes — in den jeder durch das alte Wien gewanderte Schlossergeselle als Erinnerung einen Nagel eingetrieben hat. Von hier nahm der Glücksnagel seinen Ursprung, und der „Stoß in Eisen“ des mittelalterlichen Wien hat in unserer Zeit im „eisernen Wehrmann“ eine neue Blüte erlebt. Es wäre eine interessante Statistik, könnte man feststellen, wie viel Geld in diesem Jahre durch die Glücksnägel den Wohltätigkeitsinstituten zugekommen ist. Der Wiener Wehrmann hat schon weit über eine Viertelmillion Kronen eingebracht.

Eine andere hübsche Sitte macht ihm aber in den Straßen Wiens starke Konkurrenz. Seit einiger Zeit sieht man an den belebtesten Punkten der Stadt getreue Nachbildungen unserer berühmt gewordenen größten Geschosse, der gigantischen Granaten unserer 42er Mörser. Sie sind hohl und ein Schild trägt die Aufschrift, daß niemand vorübergehen möge, der nicht seinen Obolus zugunsten verwundeter Krieger in ihren eisernen Bauch geworfen habe, und sei es auch nur die geringste Münze. Hier sieht man wieder, wie das Kleine zum Großen wird, denn auch das Ertragnis dieser Granaten, in die die Vorübergehenden meist nur Hellerstücke werfen, ist außerordentlich groß.

Seit kurzem sieht man noch eine andere Neuerung in den Wiener Straßen: Unsere Mittelschüler tragen hunte Studentenkappen, die je nach den verschiedenen Schulen in verschiedenen Farben gehalten sind. In Galizien ist bekanntlich für die Mittelschüler eine Uniform vorgeschrieben. Da im vorigen Jahre nun sehr viele galizische Flüchtlinge in Wien weilten, war die schide Uniform ihrer Gymnasialen und Realschüler in den Straßen Wiens viel gesehen. Dies war dann die Veranlassung, daß man unserer Schuljugend den alten Wunsch erfüllte, nach deutschem Muster Kappen zu tragen.

Nun werden aber unsere Mittelschulen auch bereits von sehr vielen jungen Mädchen besucht und diese sehen nun in ihrem neuen Kopfschmuck ganz besonders originell und reizvoll aus.

Der hohe Prozentsatz der Mädchen unter den Besuchern unserer Gymnasien führt dazu, daß die Frauen immer weiter gelehrte Berufe für sich zu erobern suchen. Natürlich war keine Zeit für sie so günstig als jetzt, wo ja auch so viele Hochschüler den Heldentod gefunden haben. Am 11. März erschienen daher mehrere Vorstandsmitglieder des Vereins für erweiterte Frauenbildung beim Unterrichtsminister und überreichten eine Petition um Zulassung der Frauen zum Studium der Jurisprudenz. Die juristische Fakultät ist die einzige weltliche, die den Frauen jetzt noch bei uns verschlossen ist. Der Minister hob hervor, daß ein Jurist ohne praktische Ausbildung nicht denkbar sei, und daß es sich daher bei Beurteilung der Frage in hervorragendem Maße um die Auffassung jener maßgebenden Regierungsstellen handle, die bezüglich des Praktizierens von Frauen bei Gericht und in der Verwaltung in Betracht kämen. Im übrigen stelle er sich der Frage wohlwollend gegenüber. Bekanntlich ist diese Frage anderwärts schon vielfach zugunsten der Frauen gelöst worden, und es ist kaum anzunehmen, daß die Frauen, die sich gerade jetzt im Kriege durchwegs so glänzend bewährt haben, nicht auch diesen Erfolg noch erringen werden. Ob und inwieweit er ein dauernder sein wird, ist etwas anderes. An einem müssen wir aber gewiß in der nächsten Friedenszeit unbedingt festhalten: Man hindere niemanden, der sich im Interesse des Ganzen nützlich machen will.

Die Spaltung der deutschen Fraktion.

Aus den Berichten über die Reichstagsfraktion, in der der schleichende Gegensatz innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion offenkundig wurde, und aus den ihr nachfolgenden Erklärungen ist erstens zu ersehen, daß jener Sturm im Reichstag in der Hauptsache eine allerdings sehr leidenschaftliche und lärmende Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten war und ist zweitens zu erkennen, warum die Fraktionsmehrheit über Haases Vorgehen so empört war. Beiläufig bemerkt, darf man sich durch „Schilderungen“ wie die, daß „es zu Sturmzügen kam, wie sie der Reichstag selten erlebt hat“, nicht gleich zu übertriebenen Vorstellungen einer besonderen Wildheit verführen lassen; in diesem überfachlichen, temperamentlosen Parlament, das überdies durch zwanzig Monate „Burgfrieden“ eingekerkert und entnervt worden ist, werden schon ein paar Zwischenrufe als „Sturm“ gedeutet. Tatsächlich findet sich in dem Bericht der Zwischenruf eines einzigen Nichtsozialdemokraten verzeichnet; alles übrige war der Streit unter den Genossen. Die Mitglieder der Mehrheit waren nun darüber so erregt, daß ihnen Haase in der Fraktionsfraktion auch nicht die bescheidenste Andeutung gemacht hat, er wolle und werde sprechen. Wie sich die Dinge in der Fraktion bis zu der verhängnisvollen Reichstagsfraktion vom Freitag gestaltet haben, hat Ober in der Fraktionsfraktion, die der Reichstagsfraktion unmittelbar nachfolgte, folgendermaßen geschildert:

In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Danach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlagen. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorentenentwurf zu fordern, daß nach Erledigung der U-Boot-Frage und des Etats des Auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden sollte. Wir haben diesen Vorschlag im Seniorentenentwurf unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsfraktion zugestimmt hat. Weder Seger noch Lebebour, die beiden Mitglieder des Seniorentenentwurfs, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstag keine Hindernisse zu bereiten. Sollte sich etwas Unvorhergesehenes ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten, was geschieden solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere Genossen haben auch nur mit einem Worte angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden solle. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer vorbereiteten Rede bereitstand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.

Demgegenüber wird von der Minderheit allerlei eingewendet. Erstens war der Fraktionsmehrheit „gut genug bekannt“, daß bei der Minderheit der dringende Wunsch nach einer solchen Aussprache bestehe, zweitens „konnte sie gar nicht im Zweifel darüber sein, daß die Minderheit ebenso wie am 21. März handeln würde“ (wozu zu bemerken ist, daß das damalige „Handeln“, das bekanntlich in einer ebenso kurzen wie ruhigen Erklärung Seyers bestand, nicht „ebenso“ war wie am Freitag), aber dessen ungeachtet ist es schwer einzusehen, warum die Minderheit den Entschluß in der Fraktionsfraktion nicht offen angekündigt hat. Was soll sie denn gehindert haben, etwas, was sie ernstlich vorhatte und wovon sie doch überzeugt ist, daß es zu tun ihre Pflicht sei, der Fraktion bekanntzugeben? Wenn man sich schon trennen muß, so wäre es doch ungleich würdiger gewesen, die Trennung als die Folge schwerer Meinungsverschiedenheiten zu vollziehen, als in dem häßlichen Ständchen vor der bürgerlichen Öffentlichkeit. Der Eindruck ist nicht abzuweisen, daß der Fraktion bewusst keine Mitteilung gemacht wurde: um der äußerlichen Demonstration willen und um den Schein zu retten, als wäre man nicht weggegangen, sondern wäre ausgeschlossen worden. An den peinlichen Szenen, die dann in der Reichstagsfraktion gewisse Mitglieder der Mehrheit ausgeführt haben (worunter eine der tadelnswertesten ist, daß einige sogar für die Wortentziehung gestimmt haben), tragen also Haase und seine Anhänger ihr gut Teil an Schuld und Verantwortung. Die männliche Ankündigung und Trennung im Schoße der Fraktion wäre unseres Bedünkens ihre Pflicht gewesen.

Nun folgte, was folgen mußte: die Mehrheit erklärte (in der Fraktionsfraktion nach der Reichstagsfraktion), daß die Fraktionsmitglieder, „welche die gemeinsam gefassten Beschlüsse geöblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirklicht haben“. Diese Erklärung, vom Fraktionsvorstand vorgelegt und in der Fraktion mit 58 gegen 33 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen, hat folgenden Wortlaut:

Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsfraktion zugetragen haben. In ihrer Fraktionsfraktion am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum (nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission) zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarfraktion der Seniorentenentwurf widerspruchlos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Verkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen. In dieser Fraktionsfraktion ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird ein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Jänner die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt

hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefassten Beschlüsse geöblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirklicht haben.

Darauf gab Stolle namens sechzehn Mitglieder die Erklärung ab (Bernstein hat nicht mitgeteilt, sondern sich nur „solidarisch erklärt“):

Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionsfraktion die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstages zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 1. Dezember 1915,

und die Spaltung war vollzogen. Die neue Fraktion (ihre Mitglieder haben wir bereits mitgeteilt) gab folgende Erklärung ab:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages erklären folgendes: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.

Von vierzehn Mitgliedern der Mehrheit wird übrigens jener „Ausschluß“ bereits mißbilligt. Die Abgeordneten Albrecht, Antrick, Emmel, Edmund Fischer, Hoch, Hofrichter, Gätmann, Jädel, Leutert, Raute, P. Reihhaus, Rysfel, Schmidt (Reihen), J. Simon erklären nämlich, daß sie gegen die Zustimmung zum Notetat in der Fraktion gestimmt haben und sich im Reichstag der Abstimmung enthalten und „daß sie in der Fraktion gegen die Maßregelung der achtzehn Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschluß gleichkommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitag zu.“ Damit haben wir die äußerlichen Vorgänge mitgeteilt und machen kein Hehl daraus, daß wir wohl meinen, daß sie sich, ganz abgesehen von der prinzipiellen Seite der Spaltung, worüber ja noch lange und oft die Rede sein wird, in anderer Form hätten vollziehen sollen und daß an den beschämenden Vorfällen im offenen Reichstag beide Teile mitschuldig sind. Hervorzuheben wäre noch, daß der „Vorwärts“ noch die Spaltung, die er, wie es seiner durchgängigen Haltung entspricht, natürlich billigt, in sehr besonnener Weise bespricht. Er erklärt:

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich nun jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetretene, was nach der Tiefe der Meinungsgegenstände unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungenügend durch die bisherigen Reibungen ihre besonderen Auffassungen vertreten können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Gebote der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtiger erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit. In eine Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteieinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwundlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente mit unüberwindlicher Kraft wieder zusammenschließen wird, sobald die Irrer und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.

Die kraftvolle organisatorische und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurückkehren, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die kraftvolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elemente aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwindende Kleinliche Geizhalsniederzuhalten und die Meinungsgegenstände in unbeeinträchtigtem Erkenntnisdrang gewissenhaft zu prüfen!

Das ist richtig und vernünftig geredet und es wäre lebhaft zu wünschen, wenn sich alle lebenden und schreibenden Genossen an diese Mahnung halten wollten.

Haases Rede.

Die Rede Haases, die in dem Bericht des Korrespondenzbüros in der Schilderung der „Sturmzüge“ beinahe untergegangen ist, hatte folgenden Wortlaut (wir geben ihn mit den Unterbrechungen wieder):

Im Notetat sehe ich mit einem Teil meiner Freunde einen Vertrauensakt für die Regierung und eine Vorwegnahme des ordentlichen Etats. (Scheidemann: Nein!) Meine Stellung zum Notetat ist deshalb abhängig zu der vom Hauptetat. Wie ich diesen ablehne, kann ich auch dem Notetat nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei der Minderheit der Sozialdemokraten.) Für diese Frage kommt insbesondere in Betracht die Haltung der Regierung zu den wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik. Wir haben gestern und vorgestern gesehen, was die Regierung unter der Neuorientierung auf finanzpolitischem Gebiet versteht. Es handelt sich dabei um eine einmalige mögliche Ausgabe nicht einmal aus dem Vermögen, sondern aus dem Zuwachs, der in dieser Zeit gewaltig geflogen ist, und auf der anderen Seite werden die Verbrauchszunahme und Verkehrssteuern hemmend wirken auf unser ganzes Leben und der Arbeiterklasse ungeheure Lasten bringen. Hier zeigt sich der Klassencharakter des Staates ebenso scharf in dieser Zeit wie vorher. Fast alle Parteien, nicht nur wir, haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die Regierung versagt hat. Wiederholt haben wir hervorgerufen müssen, daß die Regierung diejenigen Aufgaben, die ihr gestellt waren, in keiner Weise erfüllt hat. (Große Unruhe.) Wir haben es erlebt, daß sich Hunderte von Frauen und Männern frühmorgens zum Teil schon in der Nacht haben an die Türen drängen müssen und

Stunden um Stunden warten, bis sie auch nur das aller-notwendigste aller Lebensmittel, die Kartoffeln, erhielten. Die Regierung hatte verkündet, daß sie nach den Erfahrungen des vorigen Jahres Wache stehen würde und daß Mißstände nicht wieder vorkommen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mißstände haben sich noch verschärft. In ihrer Folge ist eingetreten eine Unterernährung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts und große Unruhe.)

Präsident Dr. Kaempf: Das ist eine neue Generaldiskussion über den Etat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Notetat!) Den stelle ich dem Etat gleich und eine allgemeine Diskussion über den Etat lasse ich nicht mehr zu oder in ganz beschränktem Maße. An diese Umwandlung müssen wir uns halten.

Haase (fortfahrend): Es muß doch dem Redner beim Notetat die Möglichkeit gegeben sein, die Gründe für seine Ablehnung zu entwickeln. (Präsident Kaempf: Dabei brauchen Sie aber nicht auf eine Generaldiskussion überzugreifen.) Einige Momente werde ich wenigstens streifen müssen. Wir haben besondere Beschwerden erhoben gegen die Haltung der Regierung gegenüber dem freien Wort. Alle Versuche, die Zensur einzuschränken auf Mitteilungen rein militärischen Inhalts, sind gescheitert. Die Zensur, die gegeben war, daß der Belagerungsstand nur aufrecht erhalten werden soll bis zum Schluß der Mobilmachung, ist nicht gehalten worden. Nichts ist geschehen, um den Beschwerden abzuhelfen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist von der Regierung rühmend hervorgehoben worden. Aber bis heute hat die Regierung noch nicht die Zeit gefunden, die Bestimmungen aufzuheben, die den Gewerkschaften gegenüber den Charakter eines Ausnahmengesetzes haben. Das Vereinsgesetz ist hier in allen drei Lesungen angenommen worden. Aber auch dieses Gesetz zu verabschieden hat sich die Regierung noch nicht verstanden. Sie erklärt, sie habe das nicht getan, weil sie nicht einen Kampf unter den Parteien entfesseln wollte. Der Grund ist nicht stichhaltig; denn ein Steuergesetz hat die Regierung eingebracht, das die Parteien in scharfer Kampfstellung gegeneinander bringt und das das Volk mehr aufregen wird, wie es Kämpfe über das Vereinsgesetz hätten tun können. Die Gleichberechtigung der Staatsbürger wäre wahrhaftig eine Forderung, die durchgeführt werden könnte und werden müßte. Wenn man von Millionen verlangt, daß sie gleiche Pflichten erfüllen, wenn man die Gleichheit im Schützengraben immer wieder betont und fordert, so muß man auch darauf sehen, daß diejenigen, die jetzt schon in zwanzig Kriegsmontaten ihre schwere Pflicht erfüllt haben, wenn sie endlich zurückkehren, nicht als Staatsbürger minderen Rechtes behandelt werden.

Und wohin steuert die auswärtige Politik der Regierung? Schon im März des vorigen Jahres habe ich ausgeführt, daß bei unserer günstigen militärischen Position unsere Regierung die Verpflichtung hat, den anderen die Hand zum Frieden zu bieten. Seitdem ist ein Jahr verfloßen und noch ist ein Ende des menschenmordenden Krieges nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Massen ihre Sehnsucht zum Frieden zu erkennen gegeben. Die Volksvertretung würde ihre Aufgabe verstehen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieses starken Friedenswillens macht, wenn sie sich eine Binde vor die Augen legt. Ein solches Verhalten würde sich auch schwer rächen. Auch die Politiker in den feindlichen Staaten werden immer mehr zu der Einsicht genötigt, daß unsere Heeren eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden kann. Aber alles spricht dafür, daß unser Heer durch seine Erfolge die Gegner nicht auf die Knie zwingen wird. (Stürmischer Widerspruch.) Zu mächtige Koalitionen stehen sich gegenüber, und am Schluß dieses furchtlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben. (Lebhafter Widerspruch und Ohufe. — Präsident Dr. Kaempf mahnt den Redner zur Mäßigung.) Sie alle werden zugeben müssen, daß meine Darlegungen sehr wohl begründet sind. (Erneuter Widerspruch.) Wie auch das Ringen ausgehen mag, Europa geht einer Verarmung entgegen. Es ist hier hervorgehoben worden, daß sich die Bürger darauf werden einrichten müssen, allein vier Monate im Jahre zu arbeiten, um die Zinsen für die Kriegsanleihen aufzubringen und die Mittel zur Unterhaltung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Gestern ist darauf hingewiesen worden, daß es sogar dahin kommen kann, daß wir bis zu sechs Monaten im Jahre dafür arbeiten müssen. Was hat es auch vom Standpunkt der Befürworter und Anhänger des Krieges für einen Sinn, den Krieg fortzusetzen? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabzäumen und verhindern wollen... (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Präsident Dr. Kaempf mahnt von neuem darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen in die Generaldiskussion gehören und jetzt nicht gemacht werden dürfen.) Es darf nicht übersehen werden, daß, wenn wir nur die Unabhängigkeit des Reiches aufrecht erhalten wollen, wir schon Frieden haben würden. (Lebhafter Widerspruch.) Für die sozialistischen Arbeiter ist es die herbe Tragt, daß sie, die die gemeinsame Idee der Völkerverbrüderung... (Stürmische Unterbrechungen. Abgeordneter Kretsch: Kein deutscher Arbeiter denkt so! Stürmische Gegenrufe aus der sozialdemokratischen Minderheit. Gegenrufe rechts. Großer Lärm und neue Mahnung des Präsidenten zur Sache. Auf rechts: Diese Rede wollen wir nicht hören!) Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Sie werden nicht bestreiten können, daß in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Ruinierter des Krieges sind, längst eingesehen wird, daß der Krieg eine falsche Rechnung ist. Man sollte annehmen, daß nur von kompletten Narren und gewissenlosen Menschen die Welt Herrschaft angestrebt werden kann. (Stürmische Zurufe.)

Präsident Dr. Kaempf: Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise das Notetatsgesetz zu verabschieden. Wenn Sie weiter so allgemeine Ausführungen machen, muß ich Sie zur Sache rufen.

Haase (fortfahrend): Keine Geschäftsordnung, die ich kenne, kann mich verhindern, meinen Standpunkt darzulegen. Aber ich will mich Ihrem Wunsche so weit als möglich fügen. (Reil [Soz.]: Sie sprechen ohne unsere Zustimmung. — Stürmischer Beifall und Handklatschen rechts, im Zentrum und bei den Liberalen, stürmische Gegenrufe der sozialdemokratischen Minderheit.) Der Abgeordnete Reil hat durch Ihr Handklatschen den Lohn für seine Tat dahin. (Reil: Eine Unehrlichkeit bleibt eine Unehrlichkeit! Heftige Rufe und Gegenrufe innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion.) Da es mir nicht verattet wird, auch nur im Umriß darzulegen, wie kurzzeit die äußere politische Lage ist, und wie die großen Massen des Volkes sich dazu verhalten, so werde ich bei anderer Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus, aber doch zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, welche Treibereien nicht nur von den Frondeuren in der Wilhelmstraße, sondern...

Präsident Kaempf: Ich rufe den Redner zur Sache und werde das Haus sofort befragen, ob es ihm das Wort weiter verstaten will. (Abgeordneter Lebebour [Soz.]: Belagerungsverstöße!)

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 25. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

23. März. Im Val Sugana (Brenta) griffen feindliche Abteilungen, durch Artillerie unterstützt, mehrmals unsere Stellungen an. Sie wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließen in unserer Hand einige Gefangene, Waffen und Munition. Auch bei

Mavilaz (Klittcher Becken) und auf dem Muzli (Krn) wurden in derselben Nacht feindliche Vorrückungsversuche vereitelt. Auf dem Muzli brachen unsere Abteilungen, nachdem sie den Gegner zurückgeworfen hatten, gegen die feindlichen Gräben vor und warfen zahlreiche Bomben. Verschiedene Geschützkämpfe längs der Front, besonders auf den Höhen westlich von Görz. Unsere Fliegeraufklärung stellte die Anwesenheit zahlreichen rollenden Materials längs der Eisenbahn des Bacatales (Fria) fest. Andre Flieger von uns bombardierten Dypachiasella (Kostanjevica) und Nabresina und lehrten sodann, trotz des Feuers zahlreicher Luftabwehrbatterien, umverschert zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Asiago und Telve (Val Sugana), ohne Schaden anzurichten.

24. März. Feindliche Kolonnen auf dem Marsch im Abschnitt des oberen Asticoales beim Kopfpunkt des Val d'Alsa und auf den Bergen östlich des Fasinatales wurden gestern von unserer Artillerie angegriffen. Diese beschloß auch einen beladenen Materialzug im Bahnhof von Caldonazzo. Im Cordevole erweiterten unsere Truppen im heftigen Schneesturm ihren Besitz am Gang nordöstlich des Sasso di Mezzodi und besetzten ferner die Ortschaften Ballazza und Ruoz im Tal. In Karnien griff in der Nacht auf den 23. d. eine feindliche Abteilung in weißen Ueberkleidern unsere Stellungen am linken Ufer des Rio di Lanza (oberes Chiavotal) an, wurde aber sofort zurückgeschlagen. An der Fonzofront dauerte gestern der Geschützkampf fort mit langen Unterbrechungen infolge Nebels und andauernden Regens. Unsere Artillerie bombardierte den Bahnhof von Santa Lucia-Tolmein und die Ortschaft Modreice, wo Truppenbewegungen gemeldet waren.

25. März. Im Raume von Rovereto am 23. d. Artilleriekämpfe, auf welche während der Nacht kleinere feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen bei Mt-Mori (Rio Cameras, Etich) und Potrich (Val Tereagnolo) folgten, welche alle zurückgewiesen wurden. Fortwährend schlechtes Wetter beeinträchtigte die Artillerietätigkeit am Fonzoz. Lebhaftigkeit nur bei Tolmein und auf den Höhen nordwestlich von Görz.

Rußland.

24. März. In der Gegend von Friedrichstadt erbeuteten unsere Erkundungsabteilungen, welche die Dina überschritten hatten, ein feindliches Maschinengewehr.

Im Abschnitt Jakobstadt setzten die Deutschen mit starken Kräften Gegenangriffe bei Augustinhof (23 Kilometer nordwestlich Jakobstadt) an, die wir mit Erfolg abwießen. Nordwestlich des Warsungsees (7 Kilometer südöstlich von Buschhof) entwickelt sich unser Angriff weiter.

In der Gegend von Dinaburg gingen unsere Truppen vor, nachdem sie mehrere feindliche Gegenangriffe zurückgeschlagen hatten. In der Gegend südlich von Dinaburg dauert der Kampf an.

In der Gegend nördlich von Widsy, nordwestlich des Sellysees (4 Kilometer nordöstlich von Widsy) und im Abschnitt Meschtele-Blipy (1 Kilometer südlich von Meschtele) sehr heftiger Kampf. Stellenweise wurde mit dem Bajonett gefochten. Im Laufe der Nacht zum 23. März erzwangen unsere Truppen trotz heftigen feindlichen Feuers alle Hindernisklinien des Feindes. Im Abschnitt von Blipy wurde ein deutscher Gegenangriff abgewiesen. Unsere Artillerie hält an vielen Orten die Stellung des Feindes unter Feuer und hindert ihn, die verursachten Schäden auszubessern.

Zwischen dem Narocz- und dem Wiszniewsee dauert der Kampf an. Unsere Truppen warfen den Feind aus einem Wäldchen in der Gegend Bliznik-Mokrzhee (hart südlich des Naroczsees), das stark befestigt und dicht mit Drahthindernissen umzogen war.

Nach ergänzenden Nachrichten wurden im Laufe der Gefechte vom 18. bis zum 21. März an Gefangenen von unsern Truppen eingebracht: in der Gegend nordwestlich von Postawy 2 Offiziere und 160 Soldaten, und am Naroczsee 18 Offiziere und 1255 Soldaten. Außerdem erbeuteten wir 18 Maschinengewehre, 26 große und 10 kleine Bomben-

werfer, 2 Minenwerfer, eine 15-Zentimeter-Haubitze, 4 Scheinwerfer, 637 Gewehre, einen Kasten mit 300 Handgranaten, ferner zwölf Infanteriemunitionswagen.

Weiter südlich bis in die Waldgegend und in Galizien an vielen Orten Feuerwechsel.

25. März. Im Rigaer Frontabschnitt Artillerie- und Infanteriekämpfe. Im Abschnitt von Jakobstadt bauen unsere Truppen ihre Erfolge südöstlich von Augustinhof weiter aus. Sie eroberten nach heftigem Kampf den befestigten Teil des Dorfes Putag (3 Kilometer südöstlich von Augustinhof) und wehrten dort mehrere heftige Gegenangriffe der Deutschen ab. Auf dem linken Flügel des Abschnittes von Jakobstadt, südlich von Livenhof, entwickelten sich ebenfalls Kämpfe. Im Abschnitt von Dinaburg kamen unsere Truppen, die stellenweise das eroberte Gelände besetzten, weiter vor. Nördlich Widsy griffen unsere Truppen die feindliche Stellung in der Gegend nordwestlich des Sellysees an. Trotz überaus heftigen feindlichen Artilleriefeuers gelang es unsern Truppen, mehrere Hindernisklinien des Gegners zu überwinden. Die Deutschen verwendeten Explosivgeschosse. Nordwestlich von Postawy verhinderten unsere Batterien durch gut liegendes Feuer die Versuche des Feindes, unter dem Schutze eines Schneesturmes seine durch unser Feuer zerstörten Hindernisse auszubessern. Weiter südlich bis zu den Koltnosümpfen und auch dort Feuerkampf. In einzelnen Abschnitten dort wurde das Artilleriefeuer sehr lebhaft.

In Galizien ist die Lage unverändert.

Frankreich.

24. März. 11 Uhr abends. In den Argonnen machte der Feind nach Sprengung einer unserer Minen bei Bauquois einen Angriff, konnte vorübergehend in unserm Graben der ersten Linie Fuß fassen, wurde aber durch einen Gegenangriff vertrieben, wobei wir etwa 30 Gefangene machten. Andauernd lebhaftes Feuer unserer Artillerie auf die feindlichen Verbindungen in den östlichen Argonnen und auf das Gehölz von Malancourt und Avocourt.

In der Gegend nördlich von Verdun im Laufe des Tages kein bedeutendes Ereignis, abgesehen von zeitweiliger Beschließung unserer zweiten Linien westlich und östlich der Maas. Unsere Batterien antworteten kräftig.

Nordöstlich St. Mihiel erzielte das Feuer unserer weittragenden Geschütze auf dem Bahnhof von Vigneulles gute Ergebnisse. Ein Schuppen wurde zerstört, ein Zug, der im Bahnhofsstand, in die Luft gesprengt.

Belgischer Bericht.

Die Artillerietätigkeit war beiderseits ziemlich lebhaft, hauptsächlich im Abschnitt Dixmude. Handgranatenkämpfe in der Gegend des Fährmannshäufes.

25. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen gestattete uns ein Handstreich auf einen feindlichen Graben bei Courte-Chauffee einige Gefangene zu machen und dem Feinde Verluste zuzufügen. Westlich und östlich der Maas verlief die Nacht ruhig. In der Boevre Artilleriekampf in der Gegend von Moulainville. Von dem übrigen Teile der Front ist nichts Wesentliches zu melden.

11 Uhr nachts. In Belgien beschossen wir die feindlichen Schützengräber östlich von Boesinghe und bei Hetjas. In den Argonnen ziemlich heftige Artilleriekämpfe in dem Abschnitt Four de Paris-Courte-Chauffee-Haute Chevauchee. Westlich der Maas bedeutende Tätigkeit der Artillerie gegen unsere zweiten Linien und östlich in der Gegend des Pfefferhügels und bei Doucaumont. In den Boevre kam es in den Abschnitten der Maas Höhen im Laufe des Tages zu keinem Infanteriegefecht. Auf der übrigen Front verlief der Tag ruhig.

Die Sozialdemokratie im Industriegebiet.

3. Aus dem Industriegebiet, 27. März. Die Mandate von sieben Wahlkreisen im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet sind zurzeit im Besitz der Sozialdemokratie. Die Inhaber sind: Dittmann (Venneper-Reinscheld), Scheidemann (Solingen), Haberland (Düsseldorf), Ebert (Elberfeld-Barmen), Dr. Erdmann (Dortmund), König (Hagen) und Spiegel (Altena-Iserlohn). Davon gehören sechs der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, nur einer, Dittmann, ist der neuen Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Dieses Verhältnis 6:1 dürfte aber für die Masse der sozialdemokratischen Parteigänger im Industriegebiet, wenn man ihre Gefolgschaft für die alte Mehrheit oder für die neue Mehrheit in Betracht zieht, schwerlich zutreffen. Die radikale Linke hat hier verhältnismäßig mehr Anhänger, als in der Zahl der Mandate zum Ausdruck kommt. Bei den stetigen wirtschaftlichen Kämpfen in diesem Gebiet ist es eine natürliche Erscheinung, daß der Radikalismus, die revolutionäre Propaganda hier mehr Anhänger finden kann, als die gemäßigtere Louart der revisionistischen Richtung in der Sozialdemokratie. Die jetzige Spaltung in der Fraktion wird hierin vorläufig keine Verschiebung zugunsten des rechten Flügels bringen. Schon in der Presse überwiegt die radikale Richtung. Neben dem Bochumer Volksblatt steht nur noch die Dortmunder Arbeiterzeitung auf der Seite der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Für eine Politik im Sinne der neuen Fraktion Haase-Debour-Dittmann wirkten schon lange die Essener Arbeiterzeitung, die Düsseldorfer Volkszeitung und die Elberfelder Freie Presse. Aber selbst diesen radikalen Blättern kamen die Vorgänge vom 24. März etwas überraschend. Die Essener Arbeiterzeitung gibt dies offen zu, meint aber schließlich:

Für die Partei braucht nach unserer Auffassung die neue Fraktions-spaltung ebensowenig eine Spaltungsgefahr zu bedeuten wie die Vorgänge im Dezember. Die Genossen, die auf dem Standpunkt der Mehrheit stehen, wollen mit verschwindenden Ausnahmen eine solche Spaltung nicht, sie werden ihr durch Kräftigung der Organisation entgegenarbeiten. Haben sie doch nun die Gewähr — dank dem unberechtigten Beschlusse der Fraktionsmehrheit —, daß im Reichstag auch so gesprochen wird, wie es ihrer Auffassung entspricht.

Nach der Düsseldorfer Volkszeitung ist die neue Fraktion Haase-Debour die Vertretung des prinzipiellen Sozialismus. Dieses Blatt schreibt:

So hat also die Fraktionsmehrheit ihr Kriegswort getront und die Vertreter des prinzipiellen Sozialismus vor die Tür gesetzt. Daß der fragliche Beschluß nur mit 58 gegen 33 Stimmen gefaßt wurde, müßte auch den Scheidemännern zu denken geben. Wie selbstverständlich jubelt die bürgerliche Presse unter Ausfällen gegen die Minderheit über diese „Spaltung der Partei“. Wir sehen die Dinge vorläufig noch kühler an. Spaltung der Fraktion ist noch nicht notwendig Spaltung der Partei. Aber das letztere haben die Parteigenossen zu bestimmen, und wer vermöchte vorderhand beweisen, daß sie überwiegend der Politik der Mehrheit folgen.

Die Elberfelder Freie Presse findet, daß die Vorgänge vom 24. März eine bedauerliche Erscheinung seien, über die sie keine Erleichterung und Freude empfinde, teilt aber den Standpunkt der Minderheit vollständig. Es sei eine verhängnisvolle Überstürzung und ein großer Fehler gewesen, den 18 Genossen ihre Rechte zu nehmen; das hätten sich diese nicht gefallen lassen können, sie seien aus der Fraktion getrieben worden. Parlamentarisch ist nach der Essener Arbeiterzeitung die Fraktionsspaltung deshalb von Bedeutung, weil durch diese Spaltung die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr die stärkste sei, also im Plenum die ersten Redner wieder an das Zentrum abgeben müsse.

Ganz anders wie in den radikalen Blättern lautet das Urteil in der Dortmunder Arbeiterzeitung. Dort wird u. a. gesagt:

Die Sondererklärung Haases hat Folgen gezeitigt, über die nur die Todfeinde der Arbeiterklasse ihre reine Herzensfreude haben werden. Die sozialdemokratische Partei befindet sich mitten in einer Katastrophe, sie kann ihr nicht mehr entkommen. Es nützt nichts, von der schweren Verantwortung der Schuldigen zu reden, wenn diesen das Verantwortungsgefühl fremd ist. Unter der stillen, unverhohlenen Freude unserer Gegner und der Regierung spielte sich der bedauernde Vorgang öffentlich im Parlament ab. Er wird furchtbare Folgen nach sich ziehen! Es ist in der Parteigeschichte ein einzig dastehender Disziplinbruch, den Haase begangen. Die zwanzig Genossen, die in der Debatte durch Geber ihre Absehung der Kriegskredite begründen ließen, hatten das vorher der Fraktion mitgeteilt, so daß diese dazu Stellung nehmen konnte. Haase hat das nicht getan. Die Handlung Haases hat die Fraktion geprengt und zersplittert — die sozialdemokratische Partei. Was ein Bismarck mit seinem Sozialistengesetz nicht fertig gebracht, ist der Minderheit durch Verschwendung Haases gelungen. Unsere Opposition hat zur Freude unserer Gegner uns die Hoffnung zunichte gemacht, daß wir nach Kriegsbeendigung die Arbeitermassen in einer riesigen Organisation sammeln könnten, um dann erneut und erfolgreich für die Rechte der Proletarier zu kämpfen. Nur wenn die proletarischen Massen sich erst mehr wirtschaftliche und politische Rechte erkämpfen haben werden, können sie eine höhere Kulturstufe erklimmen, sie sich selbst zu machen für die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe: Die Verwirklichung der sozialistischen Ideen.

Eines ist immer festzuhalten: beide Teile, die Mehrheit und die neue Fraktion, wollen dasselbe Endziel der Partei streben, die Verwirklichung der sozialistischen Ideen. Aus diesen Gründen seien zwei Dinge hervorgehoben, aus der radikalen Düsseldorfer Volkszeitung die Ansicht, daß erst zu beweisen sei, daß die Parteigenossen überwiegend der Politik der Mehrheit folgten, und aus dem Dortmunder Blatt die Meinung, daß die Hoffnung auf Sammlung einer riesigen sozialdemokratischen Organisation am Ende des Krieges vernichtet worden sei. Die Stim-

mung der Mehrheit der Parteigenossen im Industriegebiet steht nicht immer im Einklang mit der parlamentarischen Haltung des Mandatsinhabers des jeweiligen Wahlkreises. Im Wahlkreis Düsseldorf, dessen Abgeordneter Haberland zur Mehrheit hält, haben die Parteifunktionäre in ihrer Mehrheit sich für die Politik der Minderheit erklärt. Im Wahlkreis Scheidemanns, in Solingen, ist die Stimmung dieselbe. Im Wahlkreis des Abg. Ebert, des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, in Elberfeld-Barmen, billigten die Parteifunktionäre in ihrer Mehrheit die Kriegskreditbewilligung, aber das Genossenblatt, die Freie Presse, schwimmt ganz im Fahrwasser der Minderheit. Im großen und ganzen hat die Politik der Gruppe Haase-Debour-Liebnecht unter den sozialdemokratischen Wählermassen im Industriegebiet einen nicht zu unterschätzenden Anhang, und der Hinweis des Düsseldorfer Genossenblattes, daß erst zu beweisen sei, ob die Parteigenossen überwiegend der Politik der Mehrheit folgten, ist wenigstens für das Industriegebiet nicht ganz unbegründet.

Bei allen diesen Beobachtungen und Erfahrungen handelt es sich lediglich um die Parteigenossen hinter der Front. Wie das Bild sich ändern wird, wenn einmal die jetzt zur Fahne gerufenen Arbeitermassen nach dem Ende des Krieges wieder politisch sich betätigen können, darüber kann man heute sich nur in Vermutungen äußern. Für die Organisation der Sozialdemokratie wird dann den Führern eine der schwierigsten Aufgaben erwachsen. Das Rückgrat der Sozialdemokratie ist, wie in allen industriellen Gauen, so auch im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Arbeitnehmerverband, die Gewerkschaft. Die freien Gewerkschaften haben aber unter den Wirkungen des Krieges ungeheuer gelitten, wie jüngst in der Dortmunder Arbeiterzeitung einer der Führer, August Winnig, nachwies. Am Schluß des zweiten Vierteljahres 1914, also vor dem Ausbruch des Krieges, zählten die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften 2 510 500 Mitglieder, am Schluß des zweiten Vierteljahres 1915, also nach dem ersten Kriegsjahr, dagegen nur noch 1 180 400 Mitglieder. Da bis dahin 1 061 400 Mitglieder ausgemustert waren, ergab sich schon nach dem ersten Kriegsjahr nach dem Abzug der zur Fahne Eingezogenen ein wirklicher weiterer Verlust von 268 700 Mitgliedern. Nach Winnigs Darstellung ist dieser Verlust aber doppelt so groß, weil innerhalb dieser Zeit die berichtenden Verbände 243 800 neue Mitglieder aufgenommen hatten, so daß sich, abgesehen von den Ausgemusterten, tatsächlich ein Verlust von 512 500 Mitgliedern im ersten Kriegsjahr für die freien Gewerkschaften ergibt. Die Hauptursache dieses Verlustes liegt in den tiefgreifenden Änderungen im deutschen Wirtschaftsleben in den ersten Jahren des Krieges. Sehr wichtig ist es deshalb, wie Winnig sagt, daß „die im Felde stehenden Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Rückkehr Organisationen vorfinden, die in ihrer Aktionsfähigkeit genug Anziehungskraft besitzen, um diese Massen wieder an sich zu fesseln.“ Dahin zielt auch die jetzige Bemerkung der Dortmunder Arbeiterzeitung, daß die Opposition Haase und Genossen die Hoffnung zunichte gemacht habe, daß die Sozialdemokratie nach dem Kriege die Arbeitermassen in einer riesigen Organisation sammeln könnte. Welche Stellung werden nun die freien Gewerkschaften zu der Spaltung in der Fraktion nehmen? Die Gewerkschaftsführer, die zugleich Parlamentarier sind, zählen durchweg zur Mehrheit, wie nach den Erklärungen vieler Gewerkschaftsführer in dem

Janssonschen Buche „Arbeiterinteressen und Kriegserlebnisse“ auch nicht anders zu erwarten war. Aber in einzelnen Gewerkschaften stehen nicht alle Mitglieder auf demselben Standpunkt. In der größten freien Gewerkschaft, im Metallarbeiterverband, der vor dem Kriege mehr als eine halbe Million Mitglieder zählte, gibt es nicht wenige radikale Elemente; in andern größern Gewerkschaften finden sich ebenfalls solche, wenn auch nicht in so erheblichem Maße. Die Spaltung der Fraktion dürfte deshalb nicht ganz spurlos an den Verbänden vorübergehen.

Diese sich stetig türmenden Schwierigkeiten für die Zeit nach dem Kriege machen die rasche Entschlossenheit erklärlich, mit welcher die Mehrheit der Fraktion das Lichtschwert zwischen sich und Haase und Genossen zerschneiden hat. Hier im Industriegebiet werden jetzt die Anhänger der Politik der neuen Fraktion alles daran setzen, die Zahl der Anhänger dieser Richtung zu mehren. Der Abg. Wolfgang Heine hat in seiner, auch in der Kölnischen Zeitung mitgeteilten, Betrachtung über die Krisis in der Sozialdemokratie gesagt: „Freilich von der Regierung und andern Parteien wird es abhängen, ob die Richtung der Haase und Genossen der verdienten Bedeutungslosigkeit verfällt, oder ob sie weiterhin einen lähmenden und Deutschland vor dem Ausland beschämenden Einfluß ausüben kann.“ Heine hätte zu der Regierung und den andern Parteien noch einen Dritten hinzufügen können: die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Von ihrer Klugheit und Taktik wird vieles abhängen. Schon Scheidemann hat am 24. März den Haase und Genossen zugerufen: „In der Stunde der Not läßt der deutsche Arbeiter sein Vaterland nicht im Stich.“ Mit diesem Geiste muß die Mehrheit der Fraktion noch immer mehr die zu ihr zählende Arbeiterschaft zu durchdringen suchen. Dieser Geist ist der beste Schild gegen das Treiben der Haase und Genossen. Auch im Industriegebiet hat man in jüngster Zeit ein mannhaftes deutsches Wort gehört. Als der englische Handelsminister Runciman im englischen Unterhause der deutschen Industrie und dem deutschen Handel auch nach dem Kriege eine möglichst große Vahmlegung angekündigt hatte, antwortete auf diese englische Drohung das Blatt des deutschen Textilarbeiterverbandes, die Textilarbeiterzeitung:

Wenn Englands Regierung wirklich so verblendet ist, um zu glauben, Deutschlands Zukunft so gestalten zu können, wie es der englische Handelsminister verkündigen zu müssen glaubte, dann möge sie sich nur nicht die Zeit lang werden lassen. Wenn das deutsche Volk nur zu wählen hat zwischen einer so verkümmerten Existenz, wie sie ihm der englische Handelsminister nach dem Kriege zugebacht hat, und der Existenz, die es im Kriege führen muß, dann würde es sich sicher für die Existenz im Kriege entscheiden und kämpfen, um zusehen zu machen solche Pläne der Habsucht, wie sie Runciman geschmiedet hat.

Die in Bochum erscheinende Bergarbeiterzeitung, das Blatt der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter, gab diese Antwort wieder mit der Erklärung: „Diese Antwort unterschreiben wir.“ Bleibt dieser Geist wach, und die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann ihr Teil dazu beitragen, dann werden die Bäume der radikalen Minderheit auch im Industriegebiet nicht in den Himmel wachsen.

Die große Kriegskonferenz der Entente

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 22. März.

Zum erstenmal seit Kriegsbeginn ist Paris wieder einmal aus sich herausgegangen. Mit der kraftvollen Herzlichkeit, die ihr eigen ist, hat die Pariser Bevölkerung den Prinzen Alexander von Serbien begrüßt. Kein Volk ist den Franzosen sympathischer als die Belgier und die Serben, keine Fürsten werden mehr verehrt als der König der Belgier und König Peter von Serbien und sein Sohn und Nachfolger Alexander. Man hat in Frankreich selbst schwere Zeiten durchgemacht und hat darum Sinn für das Unglück. Im Prinzen Alexander sah man den Vertreter der kleinen und doch großen serbischen Armee, die unter unsäglichen Leiden das Land verlassen mußte und sich jetzt wieder ansieht, in den Kampf einzutreten. Und man jubelte diesem Regenten ohne Land zu, wie man dem Zaren von Rußland oder dem König von England nicht zugejubelt hätte. Es war, als ob die ganze Bevölkerung von Paris wenigstens auf diese Weise Serbien dafür entschädigen wollte, daß die Entente es nicht verstand, dem kleinen Land zeitig genug zu Hilfe zu kommen.

Prinz Alexander, seine Heerführer und der Ministerpräsident Paschitsch werden an den Konferenzen teilnehmen, die teils in der französischen Hauptstadt, teils im französischen Hauptquartier stattfinden. Die Vorarbeiten sind schon seit einiger Zeit im Gange, und die englischen, italienischen und russischen Vertreter haben daran teilgenommen. Zwei Tage lang hat der italienische Generalissimo Cadorina Gelegenheit gehabt, sich nach seinem Stabschef mit den französischen, englischen und russischen Vertretern zu unterhalten. Und wenn er wieder aus London zurückkommt, so wird er in Paris Salandra und Sonnino vorfinden. Der italienische Ministerpräsident, dessen Stellung neugestärkt ist, und sein Mitarbeiter, der Minister des Außern, erwidern den Besuch des Ministerpräsidenten Briand und nehmen an den Konferenzen teil.

Wie sich der Arbeitsplan dieser Konferenzen gestaltet, darüber ist wohl viel geschrieben worden, etwas Sicheres weiß aber niemand. Die einen sagen, die Politiker hätten sich nur noch über einen Plan zu einigen, den die Militärs schon vorbereitet hätten, die andern sagen umgekehrt, daß die Militärs sich über den Plan der Politiker aussprechen müssen. Die dritten meinen gar, es sei noch nichts Bestimmtes vorbereitet.

Bei diesen Vermutungen braucht man sich nicht lange aufzuhalten. Wichtigere sind die Probleme, die sich den Beratern stellen und über die einige Angaben gemacht werden können. Das allgemeine Ziel all dieser Konferenzen ist eine bessere Koordination der Anstrengungen im Schoße der Entente. Von den vier europäischen Großmächten der Entente ist eine gar nicht im Krieg mit Deutschland: Italien. Dies wurde als ein Hindernis für ein wirksames Zusammenarbeiten angesehen. Die Gründe sind schon oft ausgeführt worden, warum Italien Deutschland den Krieg nicht auch erklärt hat. Inzwischen hat sich aber in der italienischen öffentlichen Meinung ein Umschwung vollzogen, und viele der Gründe, die noch vor wenigen Monaten ins Gewicht fielen, haben jetzt keine Geltung mehr. Der Ruf «nostra guerra» hat sich in den der «unica guerra» verwandelt, weil man eingesehen hat, daß das Schicksal jeder Macht mit dem ihrer Gruppe verknüpft ist. Schon nach dem Besuch Briands in Rom wurde im „Bund“ gesagt, daß der Krieg zwischen Deutschland und Italien bald ausbrechen werde. Diese Voraussage kann schon in den nächsten Tagen wahr werden. Italien hat nichts getan, um den Krieg zu vermeiden, der unvermeidlich ist. Es hat die deutschen Schiffe schon längst beschlagnahmt; aber die deutsche Regierung hielt es nicht für angezeigt, aus dieser Beschlagnahme bei Italien einen «casus belli» zu machen, wie das gegenüber Portugal geschehen ist.

Für die gemeinsame Aktion wird von zwei Lösungen gesprochen. Die erste wäre eine stückweise Zertrümmerung des gegnerischen Blocks, wobei Deutschland zuletzt an die Reihe käme. Die Befürworter dieser Lösung sagen, daß zunächst Oesterreich-Ungarn außer Gefecht gesetzt werden müsse. Dafür sei der Durchbruch an der italienischen Front, kombiniert mit einer

russischen Aktion und einem Vorgehen der Armee von Saloniki nötig. Zum Durchbruch würde die italienische Heeresleitung von England und Frankreich an Soldaten und Material das erhalten, was sie für nötig hält. Die andere Schule sagt, daß vor allem das französische und das belgische Gebiet vom Feinde gesäubert werden müssen. Dafür sei eine große Anstrengung auf der Westfront nötig, wofür die Italiener ebenfalls eine Armee liefern sollen. Als ausgemacht kann angenommen werden, daß die Westmächte der Entente entschlossen sind, sich gegenseitig ihr Material und ihre Truppen zur Verfügung zu stellen. General Cadorna ist da, um die technische Seite dieser Abmachung zu erörtern, während Salandra und Sonnino die Bedingungen der italienischen Gefiltschaft festzusetzen haben.

Die Anwesenheit der Serben, unter denen sich drei serbische Armeeführer befinden, deutet darauf hin, daß im Balkan etwas geschehen soll, welche Lösung auch immer angenommen wird. Prinz Alexander hat sich schon vor einigen Wochen dahin ausgesprochen, daß die Entente die Erfahrung der Serben in den Balkanländern mit Nutzen zu Rate ziehen könnte. Seitdem die italienisch-serbische Rivalität ganz geschwunden ist, stehen einer einheitlichen Handlung im Balkan weniger Hindernisse entgegen. Schließlich ist auch anzunehmen, daß der Kriegsrat genau weiß, ob er etwas von Rumänien zu erwarten hat oder nicht, ebenso wie man in Berlin über die wahren Absichten dieses Balkanstaates jetzt unterrichtet sein wird.

Man versteht es, daß sich in Frankreich Stimmen dafür erheben, daß bei der Ausarbeitung des gemeinsamen Kriegsplans die bisherigen Leistungen und Opfer Frankreichs berücksichtigt werden. Frankreich hat im Anfang den kräftigsten Stoß aufgefangen und konzentriert gegenwärtig große Kräfte des Gegners auf sich. Frankreich hat schwer gelitten, weil die Mängel seiner Kriegsbereitschaft mit Menschenopfern bezahlt werden mußten und weil die Tapferkeit seiner Soldaten sehr groß ist. Kein Wunder, daß die Franzosen finden, es sollen nun auch die kräftig herhalten, die bisher weniger Gelegenheit hatten, sehr große Menschenopfer zu bringen, die aber vom Sieg nicht geringere Vorteile haben werden als Frankreich. Der Senator Humbert ist der erste gewesen, der diesen Gedanken öffentlich ausgesprochen hat, und er führt ihn im „Journal“ vom 22. März ganz deutlich aus. Auch diese Frage der richtigen Dosierung der Anstrengungen und Opfer ist ein Traktandum der großen Konferenz, und es ist nicht das unwichtigste.

Welche Ergebnisse diese Konferenz haben wird, muß die Zukunft zeigen. Hier ist man einig in der Erklärung, daß die Offensive von Verdun keinen Plan der Entente durchkreuzen kann. Festzustellen ist, daß die Entente je mehr sich inniger zusammenschließt. Dieses bei mächtigen Koalitionen seltene Phänomen erklärt sich durch die Einsicht jedes einzelnen Gliedes der feindlichen Gruppen, daß sein Schicksal mit dem seiner Gruppe eng verknüpft ist.

Frankreich vor der großen Konferenz.

Die französischen Offiziösen gleichen heute in manchen Beziehungen der Akademie, die auf Befehl Richelieus zu unterfuchen hatte — nicht, ob der „Cid“ Corneilles gefallen habe, was sogar der allmächtige Kardinal nicht leugnen konnte, sondern — aus welchen Gründen der „Cid“ nicht hätte gefallen dürfen. Heute müssen auch die Machthaber im Elysée und die Hausstrategen der Boulevard-Redaktionen zugeben, daß die Deutschen vor Verdun immer weiter vorrücken. Es kommt nun alles darauf an, militärwissenschaftlich darzutun, daß die Boches von Rechts wegen und nach Maßgabe aller Theorien hätten zerschmettert werden müssen, denn sie wurden nach ganz kindisch-unsinnigen und lächerlich veralteten Rezepten geführt und kämpften wie eine toll gewordene „Büffelherde“. Wenn das nicht viel zu schmeichelhaft für die beiden regierenden Advokaten wäre, möchten wir sagen, sie erinnerten uns an Chateaubriand, der zwar keineswegs bestreiten wollte, daß Bonaparte ein „Schlachten Gewinner“ gewesen sei; der ihn aber doch an Feldherrnfähigkeit unter den geringsten beliebigen General stellte. Bonaparte habe die Kriegskunst gar nicht vervollkommenet, sondern sie sei mit ihm auf ihre Anfangsstufe zurückgefallen. Die Hauptsache ist für uns, daß wir auch weiter „Schlachtengewinner“ bleiben. Was sonst die Franzosen von uns denken, ist uns sozusagen „Wurst“. Glücklicherweise dämmert es heute sogar in gallischen Schädeln, daß die Dinge vor Verdun keineswegs so glanzvoll stehen für Frankreich, wie Poincaré und Briand ihre beschränkten Untertanen glauben machen wollen. Der vorlaute Deputierte Accambray machte den Anfang, und nun sind Roux-Costadou, Humbert, Hervé, Béranger, Clemenceau usw. mit dem Ruf gefolgt: „Nehmt dem Volk die dreifache Lügenbinde von den Augen, die ihr ihm vorgelegt habt! Fort mit allen leeren Hoffnungen! Das da vor Verdun ist keine Berrücktheit der Deutschen, kein letzter Verzweiflungshieb der verendenden deutschen Bestie, sondern der klug, sorgsam und von langer Hand vorbereitete Plan der deutschen Heeresleitung. Es geht jetzt für Frankreich um Sein oder Nichtsein!“ Die ersten Wahrheitsforderer konnten vom Elysée noch als Narren oder Hochverräter abgetan werden; heute genügen ein paar anmaßliche Redensarten nicht mehr, und einperren kann man doch auch nicht alle Parlamentarier und Zeitungsherausgeber so wie jene 250 Verbreiter der ersten Schreckensmeldungen von Verdun. Soeben brachten „Lemps“ und ähnliche Hegeblätter noch unter ihren hochpolitischen letzten Depeschen das Telegramm, daß die von der holländischen Grenze nach Berlin gehenden Züge zehn Stunden lang vor der Einfahrt liegen bleiben mußten, damit die Reisenden nicht die schreckliche Unterdrückung der Unruhen ansehen könnten, die in der verzweifeltsten deutschen Bevölkerung bei der Nachricht von der völligen Auflösung der deutschen Heere vor Verdun ausgebrochen seien. Heute kann sich selbst der Moniteur des Monsieur Poincaré nicht mehr solche Mätzchen erlauben. Es ist die höchste Zeit, daß etwas geschieht, sagt man sich im Kreise der Kriegsspekulanten. Da aber im Felde anscheinend nichts getan werden kann, muß die mit Barnum-Kellame angekündigte Bierverbandskonferenz die Siege markieren und feiern, die der nun endlich zu einheitlicher Kriegsführung unbeugsame entschlossene Bierverband irgendwo, irgendwie und irgendwann einmal zu erringen gedenkt. —

Dieser militärische Zweck stellt indes nur einen Teil der „weltgeschichtlichen“ Bedeutung dieser Konferenz dar. In Paris soll jetzt vor allem auch die wirtschaftliche Erdrösselung Deutschlands vollendet und der Zoll- und Boykottkrieg beraten werden, der nach unserer militärischen Zerschmetterung beginnen und uns gleich zum zweiten Male totschlagen soll. Dieser Krieg nach dem Krieg ist der mit leidenschaftlicher Inbrunst festgehaltene Lieblingswunsch unserer charmanten Nachbarin. Rußland (dem man übrigens nur eine Rolle zweiten Ranges auf der Konferenz zugeteilt hat) und Italien zögern; England, das bisher in dieser Beziehung mit Frankreich durch dick und dünn ging, bekommt plötzlich „ideale“ Bedenken, was immer ein beunruhigendes Symptom bei John Bull ist. Es will den Krieg nicht um Handelsinteressen geführt haben; es will nicht einmal in einen so kränkenden Verdacht kommen! Das ist, nach allem was vorhergegangen, als etwas wie moralischer Stagenjammer anzusehen. Nicht als wenn den menschenfreundlichen Insulanern unsere Aushungerung und Vernichtung gleichgültig geworden wäre; diese bleibt im Gegen-

Aufgaben für die deutschen Frauen.

Von Gertrud Bäumer.

Im Laufe des April erschienen im Verlag von Eugen Diederichs in Jena unter dem Titel "Weit hinter den Schlingengärten" die Vorträge und Aufsätze, die Gertrud Bäumer in der im Monat des Nationalen Frauentages gehalten und geschriebenen hat. Wir geben einige Abschnitte daraus wieder.

Bevölkerungspolitik

Es liegt etwas Unruhiges, Hoffnungsloses — etwas Leeres und Mächtigeloses in dem Wort. Man will das Leben, das Leben selbst zum Gegenstand politischer Maßnahmen machen, durch gesellschaftliche Einrichtungen von außen her "erschelen", im sozialen Laboratorium experimentell herstellen. Man wird das Gefühl nicht los, daß darin irgendeine Umkehrung von Mittel und Zweck, von dem Verhältnis der schöpferischen Kraft zu ihrem Lebensformen steht. Der Mensch wird zu ausschließlich als Werkzeug für eine Gesellschaftsaufgabe angesehen, und man täuscht sich über die tatsächliche lebendige Macht dieses Zweckbewußtseins in ihm selbst und über dessen Erziehbareit. Die Größe der Nation, eine freie Blüte ihres elementaren Lebens, wird — natürlich immer erst in dem Augenblick, wo dieses Elementare anfängt sich mächtig aufzutreten — zum Inhalt eine Politik, zum Ziel politischer Bemühungen gemacht. Noch mehr tritt das hervor, wenn, wie das jetzt nahe liegt, die Stärkung der Weibkraft als Zweck der Kindererziehung in den Vordergrund gestellt wird. Jede, auch die opferbereite, heldenhafte Mutter muß sich innerlich dagegen auflehnen, daß sie für das Schlachtfeld gebären soll. Jede weiß, daß sie opfern muß, wenn die Not es fordert, jede wird stolz sein auf den Weibtag, den sie selbst zur Selbstbehauptung ihres Landes gestellt hat, aber keine wird darin den Subjektivität ihrer mütterlichen Leistung sehen, daß sie Soldaten ins Leben stellt. Jede empfindet, daß dieser Mensch, dies Leben um seiner selbst willen wert ist, da es sein, kostbar durch sich selbst, und weil es zum Reich und Wert der lebendigen Seelen mit seinem Ich und seiner Kraft hingewirkt hat, wo dieses ursprüngliche, durch keine äußeren Zwecksetzungen erkälte Gefühl für das Leben da ist, das reine Glück über das Kind, jenes Glück, aus dem das Wort vom "Kindererzeugen" stammt — da ist der kraftvolle Wille zur Mutterchaft.

Bedeutung der Religion

Auf den letzten Kongressen ist — aus dem Gefühl heraus, daß die Bevölkerungszunahme eine ernste Frage, keine rein

politische ist — verschiedentlich auf die Bedeutung der Religion hingewiesen. Meist auch wieder in der äußerlichen Betonung eines religiösen Gebots und seiner Befolgung. Der Zusammenhang liegt aber doch tiefer, liegt darin, daß das gleiche sittliche Kraftverhältnis, das sich in der Gesellschaft einer geistig geschaffenen Lebensanschauung zeigt, überhaupt ein verantwortungsvolles Leben höher ermöglicht als eine heuristische und genußvolle, und eben darum auch die Verantwortung für Kinder nicht fürchtet, sondern sucht. Gewiß hat die Weltanschauung mit dieser Frage zu tun, aber nicht sofern sie diese oder jene, katholisch oder protestantisch, sondern sofern sie Abbild und Ausdruck einer Stimmung ist, inneren Gütern bemißt. Es gibt ein Wort Herders, das heißt "Leben des Lebens Lohn", und man kann vielleicht sagen, daß die Bevölkerungsfrage von dem innersten Erfassen dieser Wahrheit abhängt. Dauerndes Glück, sich haltende innere Bereicherung ist nicht zu gewinnen durch Entwertung des Lebens von Aufgaben und Pflichten, sondern in dem Maße, als wir für andere da sind, austreten, schaffen, weil nur dann auch das Leben der anderen zu uns kommt, sich uns mitteilt und uns reich macht. Menschen, die zu uns gehören, sind der höchste Reichtum, letzten Endes der einzige, den wir besitzen, und es gibt nichts Größeres, als eines andern Menschen Leben entzünden und aufbauen. Das Wissen darum besitzt die schlichteste Mutter in dem Glück über ihr Kind, und zu diesem Wissen gelangt schließlich wieder die freieste Lebensauffassung als zu ihrer letzten Erkenntnis, ihrem höchsten Frieden wieder in eins aufzunehmen, und die erhabenste Lehre erscheint als Ausdeutung einer schlichtesten inneren Erfahrung. Nicht äußere Güter, nicht Besitz und Begehren, sondern der Mensch ist das Glück des Menschen.

Unerfüllter sozialer Gehalt

Es ist nicht mehr wie merklich und ganz und gar widerständig, daß die Zugehörigkeit zu einem "höheren", d. h. geistiger, Beruf dokumentiert werden muß durch Diners von bestimmter Länge und Güte, durch einen Salon von bestimmter Beschaffenheit und hundert andere Erfordernisse eines rein materiellen Weltvermögens? Die große Weibkraft der Leute, die das alles haben müssen, verschaffen es sich keineswegs aus eigenem, sondern lediglich aus Standsbedürfnis. Sollte die Selbstachtung und innere Unabhängigkeit unserer Gebildeten nie so groß werden können, daß sie in der geschmackvollen und durchgegeistigsten Einfachheit des Kennzeichens ihrer Bildung suchen, worin sie die überlegene Kultur, die sie darstellen wollen, im Grunde viel unerschöpflicher zum Ausdruck bringen können, als wenn sie mit dem bloßen

äußeren Aufwand des Barvermögens konkurrieren? Tatsächlich aber bedürfte es geradezu eines neuen Lebensstils der gebildeten Minderbemittelten, um dieser Forderung zu genügen. Daß dieser Stil geschaffen wird, ist bevölkerungspolitisch wichtiger als eine Kinderzulage. Und es müßte möglich sein, ihn zu schaffen. Vielleicht wird der Krieg eine Reaktion gegen den bisherigen Weg der ständigen Steigerung des materiellen Luxus bringen. Und damit würden sehr viele Ehe- und Kinderhindernisse fortfallen: Kautelen, Repressalien, gesellschaftlicher Ehrgeiz usw., der ganze aufreibende Wettbewerb des Mitlebens, durch den Beamte, Offiziere, vielbeschäftigte die wertvollsten und begabtesten Kräfte des Volkes, zu sinkenden Kinderzahlen kommen.

Die Dame

Die Kindermüdigkeit der verhältnismäßig gutgestellten Frauen hängt innerlich damit zusammen, daß sie sich als Individuen der gesellschaftlichen Rangstufe des Mannes geworben sind, dessen soziale Erfolge sie in ihren Reibehüllen, Pölsen und Perlen zur allgemeinen Kenntnis und Anschauung zu bringen haben. Diese Frauen, denen ein von außen ihnen aufgedrängtes Glück bald zur eigenen Natur wird, sind in der Ober- und Mittelschicht die eigentlichen Trägerinnen des Gebärtraktts, weil sie eitel, oberflächlich, reichlich und anpruchsvoll werden müssen in der Pflichtlosigkeit ihres Daseins, und weil sie immer weiter hinausgedrängt werden aus der Arbeit, frischen Unmittelbarkeit des Lebens. Sie kennen die Erfolg, die Mühe und den Lohn, die Anspannung und den Natur und dem Leben.

Disziplin der Frauen

Wir wissen alle, daß wir uns mehr Disziplin, mehr Disziplinierungsfähigkeit bei den Frauen gewünscht hätten. Wir wissen, auf wie schwanendem Grunde wir unsere ganze Aufklärung über die Volksernährungsfragen bauen mußten, weil das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit des Einzelhaushaltes mit der Volkswirtschaft einfach nicht in der genügenden Kraft und Selbstverständlichkeit entwickelt war.

Zur Schulreform

Auf sorgfältigste Ausnutzung aller guten Anlagen angewiesen, brauchen wir ein Schulsystem, das jeder Begabung den Aufstieg zu höchstmöglicher Leistung erleichtert. Diese Notwendigkeit rückt aber auch als eine moralische heute an höhere Stelle, ja fast über die grundsätzliche Diskussion hinaus: als Dank und Lohn für die Leistung der Missionen, die heute ihr Leben einsehen, müssen wir alle die Gammurgen, die im Aufbau unserer Schule den Aufstieg der Begab-

ten an Zufälligkeiten des Standes, der Geburt und der Mittel knüpfen, entschlossen wegzuräumen. Dem demokratischen Prinzip, das wir damit in unser Schulwesen zum Teil neu einführen, muß jedoch ein aristokratisches zur Seite gestellt werden: die strenge Wertung der wirklichen Fähigkeiten. Wir müssen aufräumen mit all den Nachgiebigkeiten und Duldsamkeiten, durch die man den hoffnungslos Unbegabten immer noch ermöglicht, sich durch ihre standesgemäße Erziehung auf diese oder jene Weise durchzuqualen. Wir wollen in unserer jungen Generation den Respekt vor der Kraft und vor der Leistung erzeugen. Wir haben ja gar kein Interesse daran, den Schwachen über seine Schwäche hinweg zu täuschen und ihnen die Kraftproben zu ersparen. Es gibt ein viel besseres Mittel, die Enttäuschungen des nicht "schulbegabten" Kindes zu mildern: das ist die noch vielfach fehlende Wertung praktischer Anlagen. Das Subjekt muß, ebenso wie die Bekämpfung des einzelnen Kindes, dafür sorgen, daß seine besonderen Anlagen sich entwickeln können und daß es auf Grund seiner Kräfte da in das Ganze eingeordnet wird, wo es seinen Platz ausfüllen und wirklich etwas leisten kann.

Intellektualisierung der Frau

Was hat man alles argumentiert darüber, daß diese starke Intellektualisierung den Willen lähme und die körperliche Widerstandskraft einschränke, daß sie eine Schwächung der Kräfte und der Lebensenergie sei. Ich glaube, daß das, was gerade von unserer gebildeten Jugend im Kräftegebrauch geleistet worden ist, alle diese Befürchtungen als vollkommen gegenstandslos erweisen hat. Wir brauchen uns nicht mehr so zu fürchten vor dem Gehirnmenigen, wie es in den letzten Jahrzehnten Mode geworden. Und wir wollen uns auch vor dem weiblichen Gehirnmenigen nicht mehr fürchten. Denn wir haben es alle erlebt, daß die Kräfte der Hilfsbereitschaft, die aus dem Herzen kommen — die Kräfte, die immer die produktivsten und stärksten sein werden bei Männern und Frauen —, daß diese Kräfte vielfach gesammelt und vergehtet werden dadurch, daß ihnen die Fähigkeit geistiger Disziplin und organisierter Verwertung nicht zur Seite ging. Wir haben erlebt, wie stark unsere ganze Volkserziehung darauf gestellt ist, daß der einzelne — ob er an führender Stelle steht oder mitarbeitet — sich auf das Wesen der Organisation stützt oder mitarbeitet. Und diese Fähigkeit der Organisationsfähigkeit ist nun einmal doch das Ergebnis der Intellektualisierung des modernen Menscheng. Man wird nach diesem Krieg alle die Befürchtungen kaum wieder aufstehen sehen, die in aller intellektuellen Verfeinerung eine Lähmung des Lebenswillens sehen wollen.

Die Pariser Konferenz

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 27. März.

Der 27. März 1916 wird, ebenso wie der 27. März 1856, ein Datum in der Weltgeschichte sein. Im selben Saale, wo damals über den Frieden (abgeschlossen am 30. März) verhandelt wurde, der dem Krimkrieg folgte, versammeln sich heute die berufenen Vertreter derjenigen Staaten, die mit den Zentralmächten, den Bulgaren und Türken im Kriege sind, um auf Grund dessen Beschluß zu fassen, was in den Vorarbeiten von den Technikern ausgemacht wurde. Alles, was bisher in Paris und Chantilly stattgefunden hat, war nichts anderes als Vorarbeit zu dieser Konferenz, die so etwas ist wie ein Kongreß des einen der beiden Lager, die sich seit August 1914 im Kriege miteinander befinden. Seit jenem August hat sich die Zahl der Kriegführenden nur vergrößert. Zu den anfangs alleinstehenden Zentralmächten sind die Türkei und Bulgarien getreten, zu der Entente ist getreten der Staat, den die kluge Politik Bismarcks an die Zentralmächte zu fesseln vermochte, und die Republik Portugal.

Diese erste, von allen Staaten der Entente mit Ausnahme Montenegros beschickte Konferenz von Persönlichkeiten, die mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet sind, wird von Frankreich präsiert. Aus der uns zur Verfügung gestellten offiziellen Kongreßordnung ersehen wir, daß am Kopf des großen Mittelstisches Briand seinen Platz hat zwischen dem Kriegsminister General Roques und dem Marineminister Admiral Lacaze; neben Roques kommen Bourgeois, Thomas und Jules Cambon, neben Lacaze Joffre und Castelnau. Es folgen am Haupttisch (nach alphabetischer Reihenfolge der Länder) für Belgien: Baron de Broqueville, Baron Beyens, General Wielemans; für Großbritannien und Irland: Asquith, Lord Bertie of Thame, Sir Edward Grey, Lloyd George, Lord Kitchener, General Sir W. Robertson; für Italien: Salandra, Tittoni, Sonnino, General Cadorna, General Dall'Olio; für Japan: Botschafter Matsui; für Portugal: Minister Chagas; für Rußland: Botschafter Iswolsti, General Schilinski; für Serbien: Paschitsch, Wesnitsch, Domanowitsch und General Paschitsch, der oben am großen Mittelstisch an den General de Castelnau anschließt. Außerdem hat jede der vier Kernmächte der Entente im selben Saal noch je einen besondern Tisch (Frankreich drei), woran die Vorsteher der diplomatischen und militärischen Dienste Platz nehmen. Diese Vertreter sind für Frankreich: de Margerie, de Béarn, General Pellé; für Italien: de Martino; für Großbritannien und Irland: Oberst Henkey und H. O'Beirne, und für Rußland: Sewastopoulo. An der Konferenz nehmen also 37 Personen teil. Der Kongreßsaal befindet sich im Hochparterre des Ministeriums des Neuhern, im Saal, den man vom Quai d'Orsay aus sieht.

Es versteht sich von selbst, daß die Verhandlungen dieser Konferenz streng geheim sind. Man kann von ihnen nur sagen, daß sie sich auf den Krieg beziehen, und daß die Konferenz in der Lage ist, für alle Teile bindende Beschlüsse zu fassen. Natürlich gibt es auch Leute, die bedeutend mehr wissen wollen. So schrieb der „Matin“ gestern: „Der große Kriegsrat der Verbündeten, den Briand vereinigen wollte und den er morgen präsidieren wird, stellt sich wie ein feierlicher Kongreß dar, wo die Grundlagen des künftigen Europa endgültig gelegt werden; wir können sogar ohne Uebertreibung sagen, daß die Fundamente einer neuen Epoche gelegt werden. Sowohl in diesen diplomatischen und militärischen Unterredungen, wie in den wirtschaftlichen Konferenzen, die folgen, werden die Regierungen, die über die Hälfte der Menschheit regieren, beschließen, das Sonderinteresse einem höchsten Interesse unterzuordnen, das dasselbe für alle ist: dieses Interesse ist, daß alle Nationen, die fortzuschreiten wünschen, in Zukunft durch starke Schranken gegen jedes Attentat geschützt sind, ähnlich dem, das Deutschland im August 1914 mit Vorbedacht verübt hat.“ Sehen wir nun, was einen Tag später das „Journal“ schreibt, das nicht weniger gut unterrichtet sein will als sein Konkurrent: „Was man indes sagen kann, ohne ein Geheimnis zu verraten, ist, daß die Konferenz sich einzig und allein mit den Mitteln befaßt wird, den Kampf zu einem guten Ausgang zu bringen. Jetzt ist nicht der Augenblick, die Karte Europas umzugestalten. Bevor man daran denkt, den Ergebnissen des Sieges vorzugreifen, muß man ihn sichern. Dafür gibt es nur ein

einziges Mittel: das meiste aus den gemeinsamen Hilfsmitteln der Verbündeten herauszugiehen und zwar auf allen Gebieten, auf dem wirtschaftlichen, auf dem finanziellen und hauptsächlich auf dem militärischen. Das wird das Werk der Konferenz sein, an der die Chefs der Regierungen, der Armeen und der Technik teilnehmen.“ Man sieht, daß die beiden großen Pariser Blätter so ziemlich das Gegenteil sagen; während das eine schon die Landkarte neu bemalt, ist das andere der Ansicht, die Konferenz werde sich erst mit den Mitteln befassen, mit denen der Bär erlegt werden soll, bevor man sein Fell verkauft.

Die historische Bedeutung dieser Konferenz scheint uns ohne Rücksicht auf die Einzelheiten ihrer Traktandenliste darin zu liegen, daß sie eine erste geschlossene Kundgebung des einen Teiles des kriegsführenden Europas ist. Und da nicht viel Aussicht vorhanden ist, daß auch nach Einstellung der Feindseligkeiten die jetzt Verbündeten sich so schnell wieder trennen werden, so haben wir den ersten Kongreß einer der Gruppen, aus denen sich nachher Europa, vielleicht die Welt zusammensetzen wird. Die andere Gruppe kennen wir ebenfalls; sie besteht aus den Zentralmächten, der Türkei und Bulgarien. Gegenwärtig hat sich dieser erste Kongreß, dem ganz sicher andere nachfolgen werden, vorwiegend mit militärischen und diplomatischen Problemen zu befassen. Es wird eine Zeit kommen, wo die wirtschaftlichen Probleme an die Spitze der Traktandenliste kommen werden. Eine solche wirtschaftliche Konferenz ist in Vorbereitung, im andern Lager sind die diesbezüglichen Vorarbeiten schon weiter gediehen. Die Welt besteht aber nicht nur aus Kriegführenden; es sind auch noch Mächte da, die am Kriege nicht aktiv teilgenommen haben. Ihre Zahl hat zwar Tendenz abzunehmen; aber einige werden doch noch übrig bleiben. An diplomatischen und militärischen Verhandlungen der kriegsführenden Gruppen haben die nur ein mittelbares Interesse, an den wirtschaftlichen ein unmittelbares. Werden die Neutralen auf diesem Gebiete, wo sie beteiligt sind, gleich passiv bleiben wie auf den andern? Oder wird sich neben den wirtschaftlichen Kampfgruppen der Kriegführenden oder der ehemaligen Kriegführenden eine Gruppe ehemaliger Neutraler aufrichten, nicht sowohl zum wirtschaftlichen Kampf gegen irgend einen Staat oder eine Gruppe, als zur Verteidigung der eigenen, durch die neuen Verhältnisse berührten wirtschaftlichen Interessen?

Die Resolution der Konferenz

Paris, 29. d. (Havas.) Vor ihrem Auseinandergehen nahm die Konferenz der Alliierten einstimmig folgende Resolutionen an: Die Vertreter der alliierten Regierungen in Paris am 27. und 28. März versammelt, bekräftigen ihre volle Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte und die Solidarität der Verbündeten. Sie bestätigen alle zur Verwirklichung der Einheit der Aktion an der Einheit der Front getroffenen Maßnahmen. Sie verstehen darunter insgesamt die Einheit der militärischen Aktion, gesichert durch das zwischen den Generalstäben geschaffene Uebereinkommen, die Einheit der wirtschaftlichen Aktion, deren Organisation die gegenwärtige Konferenz geregelt hat, und die Einheit der diplomatischen Aktion, die ihren unerschütterlichen Willen garantiert, den Krieg bis zum Siege der gemeinsamen Sache fortzuführen. Die verbündeten Regierungen beschließen, in wirtschaftlicher Beziehung ihre Solidarität der Gesichtspunkte und der Interessen in die Praxis umzusetzen. Sie beauftragen die wirtschaftliche Konferenz, die demächst in Paris tagen wird, ihnen Maßnahmen zu unterbreiten, um diese Solidarität zu verwirklichen durch Stärkung, Koordinierung und Vereinheitlichung dieser wirtschaftlichen Aktion zwecks Verhinderung der Verproviantierung des Feindes. Die Konferenz hat beschlossen, in Paris ein permanentes Komitee einzusetzen, in dem alle Alliierten vertreten sein werden. Die Konferenz hat beschlossen:

1. Die Organisation eines Zentralbureaus für Frachtwesen, die in London begonnen wurde, weiter zu verfolgen.
2. Gemeinsam und innerst kürzester Frist an die Auffindung von Mitteln und Wegen heranzutreten, um gleichmäßig auf alle verbündeten Nationen die aus dem Seetransport herrührenden Lasten zu verteilen und die Frachthäuser zu verhindern.

Die letzte Sitzung der Konferenz

Paris, 29. d. (Havas.) Die Konferenz der Verbündeten hielt Dienstag nachmittag 5 Uhr im Ministerium des Neuhern ihre vierte und

letzte Sitzung ab. Nach Erledigung der Arbeiten dankte der Vorsitzende, Briand, den Abgeordneten der verbündeten Mächte für ihre schätzenswerte Mitarbeit, welche die Arbeit des Vorsitzenden wesentlich erleichtert habe. Er teilte mit, daß er im Namen der ganzen Versammlung den Soldaten aller verbündeten Nationen, welche mit so viel Heldennut für Freiheit und Recht kämpfen, seine Bewunderung ausgesprochen habe. Die Versammlung stimmte Briand einmütig zu, der sein vollständiges Vertrauen in den Sieg bekundete, welcher die von den verbündeten Nationen gemeinsamen, fortgesetzten Anstrengungen krönen werde. Briand beglückwünschte sie zu der Leichtigkeit, mit der die verschiedenen, zur Beratung gelangten Fragen geregelt wurden. Die Ergebnisse dieser ersten Konferenz hätten deren Nützlichkeit trefflich erwiesen. Wenn neue Fragen auftauchen sollten, welche eine gemeinsame Beratung der Regierungen erfordern, werden die Verbündeten sicher der Ansicht sein, daß sie am besten in einer neuen Zusammenkunft geregelt werden.

Die Konferenz erteilte den Worten des Präsidenten ihre einmütige Zustimmung. Der italienische Botschafter Tittoni dankte der französischen Regierung dafür, daß sie die Anregung zu dieser Konferenz gegeben habe, deren Ergebnisse nicht verfehlen werden, den günstigen Einfluß auf die Beendigung des Krieges auszuüben. Er ergriff die Gelegenheit, um dem französischen Ministerpräsidenten seine lebhafteste Dankbarkeit für die würdige Art auszusprechen, mit der er die Arbeit der Konferenz geleitet hat, und für sein veröhnliches Vorgehen, das ihm die Bewunderung und Schätzung aller derjenigen eintrug, welche die Ehre hatten, mit ihm in Berührung zu kommen. Briand sprach dem italienischen Botschafter für seine schmeichelhaften Worte seinen Dank aus und rühmte die hohe Gesinnung, in welcher alle Abgeordneten der verbündeten Mächte die der Konferenz unterbreiteten wichtigen Fragen geprüft und gelöst hätten.

Reichspost

3 Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugpreise:
 Bettäglich zweimaliger Zustellung für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärtig:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.
 Länder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
 und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

ien, Mittwoch den 29. März 1916

XXIII. Jahrgang

Reichspost

der Russen.

der Sionzofront.

Die Ideen von 1914.

Von Dr. Richard v. Kralik.

Gott sei Dank, daß endlich ein Mann, der in der Welt mehr gilt, als unsereiner, den ganzen Weltkrieg nicht nur als Ausgeburt des Handelsneides und der Gewinnsucht der verschiedenen Völker wertet, sondern als Kampf weltgeschichtlicher Kulturideen. So der schwedische Professor Kjellen in dem kleinen Schriftchen „Die Ideen von 1914“, das ich jedem meiner Leser in die Hand geben möchte. Denn ich verlange nicht, daß man mir selber glaube, wenn ich die Ideen als das Wesentliche in der geschichtlichen Entwicklung bezeichne. Als ich das in meiner österreichischen und Wiener Geschichte durchführte, meinte ein „geistvoller Beurteiler“, so verdienstlich das sei, werde doch fast nur die geistige Kultur berücksichtigt, es fehle also das Rückgrat. Danach müßte also ein Biograph Goethes vor allem erforschen, wie Goethe gegessen, verdaut und das zum Essen notwendige Geld sich verschafft habe, woraus dann der Faust und die Iphigenie hervorgegangen seien. Gewiß, das Essen und die Vorsorge der Haus- und Volkswirtschaft für dergleichen ist sehr notwendig, es ist aber nur das Mittel, nicht der Zweck, ebenso wie Linte und Papier nur Mittel, nicht Zweck des Schreibens sind. Die materialistische Geschichtsauffassung, die einst Buckle am geistreichsten, aber sehr einseitig gepflegt hat, hat der geniale Mann vor seinem Tode noch selber reumütig zurückgenommen. Auch die Rechtsordnung ist nicht Selbstzweck: das ganze attische Staats- und Rechtswesen war, epigrammatisch gesprochen, nur dazu da, einen Weisen wie Sokrates zum Märtyrer seiner Ideen zu machen; und das englische Staatswesen in seiner ganzen Heuchelei war nur dazu da, damit ein Shakespeare in welterschütternden Klagen dagegen protestieren könne.

Darum erschien es mir auch sehr einseitig, daß Naumann als Propagator für sein „Mitteleuropa“ fast nur wirtschaftliche Motive spielen ließ. Die Geschichte des Zollvereins beweist, daß bei dessen Gründung und Entwicklung nicht nur wirtschaftliche, sondern mehr noch politische und nationalistische Gründe mitgewirkt haben; ja ohne diese wäre es niemals zu einer wirtschaftlichen Einigung gekommen, dieweil die verschiedenartigen rein wirtschaftlichen Interessen allzu widerstreitend, voll von Reibungen sind und darum eigentlich keine Initiative besitzen, da sie sich selber aufheben. Mitteleuropa, oder besser gesagt: der Weltbund der Zentralmächte wird sicherlich bestehen und sich über den zentralen Teil der Menschheit verbreiten; aber es ist mir zweifelhaft, ob er aus rein wirtschaftlichen Gründen erstehen wird. Er wird und muß aber ganz gewiß schon aus militärischen, politischen, kulturellen und anderen idealen Gründen erwachsen.

Es ist, so lehrt uns Kjellen, ganz sicher, daß die Zentralmächte und die exzentrischen Mächte sich in diesem

Weltkrieg nach der Verschiedenheit der idealen Grundanschauungen in jene zwei großen Weltparteien geschieden haben und in der Hauptsache um eine verschiedene Kulturanschauung ringen bis zu einer Entscheidung, die, wenn nicht unmittelbar, doch mittelbar durch den Weltkrieg erfolgen muß. Unsere Gegner haben daher, richtig verstanden, ganz recht, wenn sie erklären und auch in ihrem Herzen verneinen, sie kämpften für das, was sie Zivilisation nennen, gegen den Militarismus. Wir müssen ihnen für diese scharfe Fassung des Gegensatzes dankbar sein. Nur ist uns eben das, was jene Militarismus schelten, die höhere Form der Organisation, der Ordnung, der Vergesellschaftung; und das, was sie Zivilisation nennen, ist uns Auflösung der Organisation, ist uns Mechanismus, Atomismus, äußerlicher Formalismus, Phrasentum, sei es nach der anarchischen Seite wie bei Franzosen und Italienern, sei es nach der despotischen Seite wie bei den Moskowitern. An Stelle eines staatlichen Rechtsorganismus, wie er unser Ideal ist, haben zuerst die Engländer, besonders seit der Revolution von 1688, eine äußerliche Technik auswuchernder Parteiherrschaft durch Parlamentsausschüsse, genannt Ministerien, gesetzt. Die Franzosen haben, den Engländern folgend, von 1789 an Schritt vor Schritt alles Organische ihres fränkischen Staatswesens zu Staub zerrieben. Am deutlichsten ist es bei den Italienern, wo an Stelle des Staatsorganismus eine geheime Camorra oder Mafia herrscht und das angeblich souveräne Volk durch bezahlte Schreier und Tumultuanten lenkt. Ähnliches hat man sich ja in diesen Tagen im dortigen Parlament selber zugeschrieben.

Kjellen bezeichnet jenen Gegensatz sehr prägnant durch die einleuchtende Formel: Der Weltkrieg ist ein Kampf zwischen den Ideen von 1789 und denen von 1914; d. h. zwischen dem gallischen Gedanken und dem „deutschen Gedanken in der Welt“ (nach Kofrbach); zwischen der hohlen Phrase von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, wie sie die Schreckenszeit der französischen Revolution so herrlich illustriert hat, und den deutschen Ideen von Ordnung, von Verantwortung, Zusammengehörigkeit, Autorität, Selbstzucht, Disziplin, Voraus-sicht, Gerechtigkeit, Frömmigkeit, Gotteskindschaft, Opfermut; zwischen der selbstfüchtigen „Erklärung der Menschenrechte“ dort und der zuchtvollen Anerkennung der „Menschenpflichten“ hier; zwischen dem bodenlosen Subjektivismus der Persönlichkeit bei jenen, die sich durch gar nichts imponieren läßt, und der Anerkennung des Objektiven bei uns, dem sich der Mensch beugen muß, indem er sein Glück nicht im Wohlleben, in Genuß, sondern in der Arbeit, im Werk findet.

Es ist allerdings nicht das erstmal, daß die Ideen von 1789 den organisatorischen Ideen gegenüberreten, wie denn auch die Ideen von 1789 eine lange Ahnenschaft haben; sie stammen eigentlich von den griechischen Sophisten, vom doktrinären Humanismus der Renaissancezeit, vom englischen Deismus mit dem aus ihm hervorgegangenen Freimaureertum. Die dem gegenüberstehenden objektiven, organischen Ideen sind bereits gleich nach der französischen Revolution von den Romantikern und unseren deutschen Klassikern aufgestellt worden, als sie über die grauenhafte, heuchlerische und gedankenlose Auswirkung der Revolutionsideen erschrafen. Auf allen Gebieten der Politik, des Sozialismus und der Kultur waren sodann die Jahre 1848 und 1849 eine Reihe innerer Entscheidungskämpfe zwischen beiden Ideenengruppen (wie ich ausführlich im eben erschienenen 2. Band der Geschichte der neuesten Zeit gezeigt habe).

Willen der Fraktion zum Notetat hielt, nachdem die Fraktion beschlossen hatte, bei dieser Gelegenheit keine prinzipiellen Auseinandersetzungen zu führen. Der Abgeordnete Haase hatte an der entsprechenden Fraktionsitzung teilgenommen, sich dem Beschluß scheinbar gefügt und ebenso wenig wie späterhin im Seniorenkonvent etwas davon verlautbaren lassen, daß er bei dieser Gelegenheit, die stets im Reichstag von allen Parteien als eine rein formale Angelegenheit behandelt worden ist, zu programmatischen Ausführungen das Wort ergreifen würde. Das, was er in seiner Rede gesagt hat, hätte bis auf zwei anstößige Stellen eben so gut von einem revisionistischen Mitgliede der Partei gesagt werden können. Weniger der Inhalt der Rede, sondern der Bruch des im Seniorenkonvent getroffenen Abkommens, die Fronde gegen die eigene Fraktion, der Umstand, daß jeder derartige innere Gegensätzlichkeit unseren Feinden im Ausland Hoffnungen auf eine Zerrüttung der inneren Verhältnisse Deutschlands erwecken könnte, war es, was den Reichstag so erregte.

Eine Fraktionsgemeinschaft hat nur dann Sinn, wenn sie in allen wichtigen Fragen der Politik geschlossen vorgeht. Man kann die Mitglieder nicht zwingen, ihre Abstimmung entgegen ihrer inneren Ueberzeugung nach dem Willen der Mehrheit einzurichten, aber man muß von der Minderheit verlangen, daß sie sich wenigstens in taktischer Beziehung dem Willen der Mehrheit fügt. Das haben die um Haase schon seit längerer Zeit nicht mehr getan. Am 21. Dezember 1915 haben sie durch den Mund des Abgeordneten Geyer eine Erklärung abgegeben, die im ausgesprochensten Gegensatz zu der Haltung der Mehrheit stand. Damals führte dieser Vorgang dazu, daß der Abgeordnete Haase den Vorsitz in der Fraktion niederlegen mußte. Die Verhältnisse zwischen Mehrheit und Minderheit waren inzwischen immer unerträglicher geworden. Wer an der Tür des Fraktionszimmers vorbeiging, hörte erregte Rufe und immer sich wiederholende Läuten der Präsidialglocke; völlig erschöpft kamen die Fraktionsmitglieder aus den langwierigen erregten Sitzungen herab. Das Arbeiten wird nach der vorgenommenen Spaltung für jeden der beiden Teile ein einfacheres, leichteres, ruhigeres sein.

Aber ob die Spaltung in der Fraktion eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei zur Folge haben wird, steht noch keinesfalls fest. Darüber kann allein die Wählerschaft selbst — vertreten durch ihren Parteitag — Beschluß fassen. Und gegen diesen Beschluß steht natürlich allen Dissidenten frei, aus der Partei auszuscheiden, eine neue zu bilden. Ja, es bleibt sogar die Möglichkeit, daß auch bei einer Spaltung der Partei diese in gewissen Gegenden die gemeinsame Organisation beibehält. Wir haben einen solchen Vorgang seinerzeit bei der Spaltung der freisinnigen Partei erlebt, die in Schleswig-Holstein sich nicht vollzog, sondern in gemeinsamer Organisation weiterarbeitete.

Man soll sich auch keinen Illusionen darüber hingeben, daß es sich bei der Scheidung in zwei Fraktionen um eine reinliche Scheidung zwischen Revisionisten und Radikalen handle. In der Minderheitsgruppe sitzen ausgesprochene Revisionisten wie Eduard Bernstein, der Mann, der wie kein zweiter zur wissenschaftlichen Widerlegung des Marxismus beigetragen hat, der lange Jahre hindurch, als die Radikalen noch die unbeschränkte Herrschaft in der Partei hatten, geradezu ein Märtyrer seiner Ueberzeugung war, der von ihnen in wenig vornehmer Weise drangsalirt worden war mit den bekannten Stockschlägen auf den Magen. Es mutet geradezu komisch an, jetzt Bernstein und Rautsky Arm in Arm auf derselben Seite der Sozialdemokratie zu finden. Zu den Revisionisten gehört Edmund Fischer, dem auch früher von den Radikalen übel mitgespielt worden ist. Und umgekehrt sitzen in den Reihen der Hauptpartei eine ganze Anzahl ausgesprochener Radikaler. Ist doch auch der Beschluß, wodurch denen um Haase die Rechte der Fraktionszugehörigkeit entzogen wurden, nur mit 58 gegen 33 Stimmen gefaßt worden. Aber zweifellos hat der früheren so oft totgesagte Revisionismus in der zurückgeliebener Partei die große Mehrheit und die unbestrittene Führung.

Es würde voreilig sein, heute vorauszusagen, welche Entwicklung die beiden Richtungen nehmen werden. Ein Bernstein, ein Edmund Fischer werden sich nie in voller Uebereinstimmung mit Ledebour, Geyer, Stadthagen usw. befinden. Und umgekehrt sind die Gegensätze zwischen Hoch und Heine zu groß, um sich dauernd überbrücken zu lassen. Entweder sie finden sich nach dem Frieden alle in der

Die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei.

Von Georg Götthein.

Mitglied des deutschen Reichstages.

Berlin, 28. März.

Am Freitag ist das längst erwartete Ereignis einer Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages eingetreten, der Reichstagsfraktion, nicht der Partei. Nur aus ersterer sind 18 Mitglieder ausgeschieden und haben sich zu einer besonderen Fraktion zusammengetan. Gleichzeitig hat der bisherige Parteivorstand, der Abgeordnete Haase, seine Stellung als Vorsitzender der Partei niedergelegt. Anlaß zu dem Vorgang gab eine Rede in der Reichstagsitzung, welche der Abgeordnete Haase ohne Wissen und

Das Haar in der Suppe.

Militärisch ist die Pariser Konferenz wohl ergebnislos geblieben, wie nicht anders zu erwarten. Ein Dauerausschuß mehr; das ist alles, was von dieser großen Unternehmung übrig bleibt. Die Frage war nun, was etwa der von England ausgegangene Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses für den „Krieg nach dem Krieg“ durch die Verhandlungen in Paris für greifbare Gestalt gewinnen würde. Wenn man durch die Schweizer Presse recht berichtet wird, so war die Pariser Konferenz wirtschaftlich ein noch armseligeres Unternehmen als militärisch, denn — so wird da behauptet — die Frage eines wirtschaftlichen Verrufs gegen Deutschland für die Zeit nach dem Kriege sei in Paris nicht einmal erwähnt worden. Die „Neuen Zürcher Nachr.“ halten diese ganze Sache, über die in der Presse aller Verbandsländer so viele Wochen lang so viel Lärm gemacht wurde, bereits für völlig abgetan „nach dem kategorischen Satz von Lloyd George, daß es in Geschäftssachen keinen Revanchekrieg gebe, und der ebenso kategorisch ablehnenden Geste aus St. Petersburg.“

Wenn aber solches am grünen Holze geschieht, was soll's am dünnen werden? Wenn eine Säule Englands wie Lloyd George den englischen Lieblingsgedanken an einen „Krieg nach dem Krieg“ so preisgibt, was soll man sich erst in anderen Ländern des Verbandes noch viel dafür ereifern, wo man ohnehin nur aus Hörigkeit gegen England sich auf die Sache eingelassen hatte. Was z. B. Rußlands Empfindungen in dieser Sache angeht, so brachte die „Rjetsch“ noch vor der Pariser Konferenz einen Artikel über „die internationale Konferenz und die Interessen Rußlands“, worin sie an der Hand statistischer Daten dartut, wie sehr Rußland an den Handelsbeziehungen mit Deutschland interessiert, und wie bedenklich und voreilig es ist, diese Beziehungen ohne entsprechende sichere Bürgschaften durch die übrigen Verbandsmächte abbrechen zu wollen.

„Unter den Ländern der Entente hat Rußland das meiste Interesse an den Handelsbeziehungen mit Deutschland. Vergleicht man die Bilanz der Ein- und Ausfuhr Rußlands und der aller anderen Ententemächte für die Jahre 1911, 1912, so zeigt sich, daß Rußland für sich allein nach Deutschland Waren von einem Geldwerte ausfuhrte, der dem der Ausfuhr nach den drei anderen Ländern gleichkommt. Dabei fällt folgender Umstand besonders schwer ins Gewicht: Der Handel mit Deutschland trug sehr viel zu der Aktivität unserer Handelsbilanz bei, da dorthin 2,5mal soviel beförderten als wir von dorthin bezogen. Für die Jahre 1911, 1912 erhielten wir von Deutschland für unsere Waren um 1008,9 bzw. 848,1 Mill. M. in Gold mehr als die

geflüchteten der neuen Zinsflüchten, die infolge der Deffnung des reicheren Sibiriens nach den Weltmärkten betunden, und an dem angedachten des Drauges, den die Erzeugnisse des beginnenden unteren Handelsinteressen an Bedeutung zu gewinnen. Und auch im ferneren Osten. Die Märkte des nahen Ostens, die auch bisher die natürliche Sphäre unseres Einflusses bildeten, müssen dabei eine ganz besondere Berücksichtigung finden. Die bisherige einseitige englische Verkehrspolitik, die für die Interessen unserer Ausfuhr günstiger als auf dem Gebiete des Weltverkehrs hergeben, eines der zu der Zusammenarbeit eines neuen internationalen Verkehrsverhältnisses im Handel abzurufen und sich zu erleichtern. Im einzelnen muß England von seinem Standpunkt aus, die russische Ausfuhr nach diesen Ländern zu bandsmächten eine ganze Reihe von Tarifvergünstigungen, Der Verfasser fordert daher von den anderen drei Ver-

spiele.“
in unterem auswärtigen Handel überhaupt eine dominierende Rolle
Deutschland, dessen Handel mit uns sehr vorrückt war und
ten Geldes. Ingefahr die Hälfte unserer Gesamtexport ging nach
Summe der von uns an Deutschland für eingeführte Waren bezahl-